Patrick Jajko

VERÄNDERUNG DER STRASSENNAMENLANDSCHAFT IN BUDAPEST UND WIEN ZWISCHEN 1918 UND 1934

Dissertation

2016

Andrássy Gyula Deutschsprachige Universität Budapest

Interdisziplinäre Doktorschule

Prof. Dr. Ellen Bos

Patrick Jajko, M.A.

Veränderung der Straßennamenlandschaft in Budapest und Wien zwischen 1918 und 1934

Betreuer:

Ao. Univ.-Prof. Dieter-Anton Binder

Promotionsausschussvorsitzender:

Prof. Dr. András Masát

*Gutachter*in:*

Univ.-Doz.in Dr.in Heidemarie Uhl
Dr. habil. Georg Kastner

Mitglieder:

Prof. Dr. Gerhard Seewan
Dr. Richard Lein
Dr. Orsolya Lénárt (Zusatzmitglied)

Meiner Frau.

Danksagung

Die vorliegenden Seiten und die darin enthaltenen Gedanken sind das Ergebnis eines langfristigen miteinander Wirkens von verschiedenen Menschen an verschiedenen Orten. All diese Menschen haben Anteil daran, dass ich diese Dissertation beenden konnte.

Besonderer Dank gebührt meinem Betreuer Univ.-Prof. Dieter-Anton Binder für gelassenes Verständnis und Hinweise in Zeiten intensiven Arbeitens sowie Unterstützung und Respekt während der gesamten Arbeitsphase.

Das Doktoratskolleg für Mitteleuropäische Studien, vom österreichischen Bundesministerium für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft (bmwfw) institutionell und von seinem Repräsentanten, Ministerialrat Dr. Christoph Ramoser, persönlich gefördert, bot mir vor allem durch die akademische Infrastruktur und die finanzielle Unterstützung einen geeigneten Rahmen, diese Dissertation zu beenden. Demenstrechend gilt dem Ministerium sowie Ministerialrat Dr. Christoph Ramoser großer Dank. Dieser Dank gilt auch Ursula Mindler-Steiner und Richard Lein für ihre wertvolle Anmerkungen und vielen kritischen Hinweise. Schließlich ist es auch Dr. habil. Georg Kastner zu verdanken, dass das hiesige Forschungsvorhaben im Rahmen der Austrian Centers Tagung und der German Study Association präsentiert werden konnte und dort inspirierende Ideen ausgetauscht wurden.

Doch darüber hinaus war die Zeit in Budapest mit vielen Kaffees verbunden, für die vielen motivierenden und spannenden Kaffeehausgespräche danke ich meinen Kolleginnen, Kollegen und Freunden. Besonders danke ich Fabienne Gouverneur, Timea Djerdj, Andra-Octavia Drăghiciu, Era Regner, Friedericke Gollmann, Orsolya Lénárt, Maria Fanta, Tim Kraski sowie darüber hinaus Philipp Siegert und Melinda Tátrai.

Gleichsam habe ich besonders in meiner Familie immer wieder und ohne Unterlass Ermutigung, Unterstützung und manchmal auch Hinweise auf Deadlines erhalten, ohne die diese Arbeit ebenso wenig zu bewältigen gewesen wäre, wie ohne die Freude und bedingungslose Hilfe.

Aber ohne dich, Kristina, wäre diese Arbeit kaum zu dem geworden, was sie ist. Ohne dich wäre die Arbeit noch voll von Worten, die dem Duden unbekannt sind. Ohne dich gäbe es unzählige Wortwiederholungen, verschiedenster Worte, deren Highscores du gezählt hast. Ohne dich wäre diese Arbeit allein deswegen nicht fertig, weil ich mich oft hätte allein freuen müssen über erreichte Fortschritte. Für deine unendliche Liebe, Begeisterung und Geduld mir und meiner Arbeit gegenüber werde ich dir ewig dankbar sein.

Wien, 26. Oktober 2016

Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis I
Abkürzungsverzeichnis IV
Abbildungsverzeichnis V

Einleitung **1**

I. Forschungsstand **12**

II. Theoretische Grundlagen **28**

1. Das Toponym als Eigenname – Theoretische Grundlagen zu Eigennamen 28
2. Straßennamen und Namen von Plätzen – Die Mikrotoponyme 36
3. Kommunikation: Grundbegriffe 41
   3.1 Symbolisch generalisiertes Kommunikationsmedium Macht 51
   3.2 Verbreitungsmedien/ Massenmedien 57
   3.3 Toponyme als Form der Macht und als Verbreitungsmedien 63
4. Definitorische Aspekte zum Raumbegriff 72
5. Gedächtnis, Erinnerung und Toponym 76

III. Methodik und Quellen **83**

1. Straßennamenanalyse: Analysemethodik und Analysekategorien 83
   1.1 Analyse aufgrund von „Basisinformationen“ 96
   1.2 Die „Bezugsanalyse“ von Straßennamenveränderungen 104
   1.3 Die „Bedeutungsanalyse“ der Straßennamenveränderungen 111
      1.3.1 Anthroponyme in der Bedeutungsanalyse 113
      1.3.2 Toponyme in der Bedeutungsanalyse 119
   1.4 Qualitative Einzelanalyse von Umbenennungen 124
   1.5 Quellen zur Analyse und Kategorisierung 125

IV. Wien und Budapest – Metropolen in der Entwicklung **128**

1. Metropole macht Metropole: Wien und Buda, Pest, Obuda bis zur Budapester Vereinigung 128
   1.1 Wiener und Zisleithanische Entwicklungen und deren Diffusion auf Buda, Pest und Obuda und das Königreich Ungarn 129
   1.2 Auf dem Weg Budapest zu werden: Buda, Óbuda und Pest sowie Wien zwischen Revolution und den infrastrukturellen Folgen des Ausgleichs . 140
2. Die beiden Metropolen in der k.u.k.-Monarchie 148
   2.1 Soziale Entwicklungen und räumliche Ordnung der Bevölkerung 149

2.2 Formierung von Massenbewegungen 156
2.3 Parteiengründungen und Wahlrechtsreformen 167
2.4 Probleme und ihre städtischen Lösungen in Budapest und Wien bis 1917 190

3. Budapest und Wien in der Zwischenkriegszeit 214
3.1 Der Druck der Straße – Budapest zwischen Reformieren und Restauration bis 1920 215
3.2 Wien reformieren – Zwischen Kriegsende, Revolutionsstimmung und Demokratisierung 245
3.3 Konstituieren und Stabilisieren der restaurierenden Kräfte des ungarischen Königreiches in Budapest 262
3.4 Konsolidieren und Reformieren durch sozialdemokratischen Kräfte. Das Werden und Ende des „Roten Wien“ 277

V. Straßennamenveränderungen in der Zwischenkriegszeit..... 301

1. Prozess und exemplarische Beispiele während des Krieges in Wien und Budapest 301

2. Beobachtungen aufgrund der Basisinformationen 310
2.1 Budapest 311
2.2 Wien 320
2.3 Vergleich.....329

3. Beobachtungen aufgrund der Bezugsinformationen unter Berücksichtigung der Basisinformation 336
3.1 Budapest 336
3.1.1 Fallbeispiel: Ajtósi Dürer – Budapest // Albrecht Dürer – Nürnberg 336
3.1.2 Fallbeispiel: Straßennamen und die Folgen des Vertrages von Trianon.....343
3.1.3 Geografischer und Politisch-geografischer Bezug in den Straßennamenveränderungen Budapest 346
3.1.4 Fallbeispiel: Kossuth Lajos tér – „A nemzet főtére“.....355
3.1.5 Politisch-inhaltlicher und Politisch-institutioneller Bezug sowie weitere Bezüge in den Straßennamenveränderungen Budapest...361
3.1.6 Fallbeispiel: Szent Imre herceg – Sohn von Szent István király.....367
3.2 Wien 373
3.2.1 Fallbeispiel: Argentinierstraße – von Beschlüssen und politischer Partizipation der Anlieger.....373
3.2.2 Fallbeispiel: An der Niederhaid – vom „Volksmund“ ins offizielle Straßenverzeichnis.....383
3.2.3 Geografischer und Politisch-geografischer Bezug in den Straßennamenveränderungen Wiens 386

3.2.4 Fallbeispiel: Vom Mai 1919 zum November 1919 – die Veränderung von Verkehrsflächenamen in Wien 1919 und 1920 394
3.2.5 Politisch-inhaltlicher und Politisch-institutioneller Bezug sowie weitere Bezüge in den Straßennamenveränderungen Budapest 410
3.2.6 Fallbeispiele: Gustav Mahler. Sozialdemokratischer Künstler und 1848 als Sozialdemokratische Revolution. 417
3.3 Vergleich 428
4. Beobachtungen aufgrund der Bedeutungsinformationen unter Einschluss der Basis- und Bezugsdaten 443
4.1 Wien 443
4.2 Budapest 456
4.3 Vergleich 465
VII. Zusammenfassende Analyse und Schlussbetrachtung 469
Quellen- und Literaturverzeichnis 482

Abkürzungsverzeichnis

Abb.	Abbildung
AG	Aktiengesellschaft
BFL	Budapest Főváros Levéltára
BP	Budapest
bzgl.	bezüglich
CDU	Christlichdemokratische Union Deutschlands
CP	Christlichsoziale Partei
d.h.	das heißt
DDR	Deutsche Demokratische Republik
FP	Függetlenségi Párt
inkl.	inklusive
k. k.	kaiserlich-königlich
k.u.k.	kaiserlich und königlich
kgl.	Königlich
KMP	Kommunisták Magyarországi Pártja
KPÖ / KPDÖ	Kommunistische Partei (Deutsch-) Österreichs
LPG	Landwirtschaftliche Produktionsgesnossenschaft
M. Abt.	Magistratsabteilung
MOVE	Magyar Országos Véderő Egyesület
Mrd.	Milliarden
MSZDP	Magyarországi Szociáldemokrata Párt
NC	Numerus clausus
NDP	Nemzeti Demokrata Párt
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
ÖPNV	Öffentlicher Personen- und Nahverkehr
o.A.	ohne Autor*in
SDAP / SDAPDÖ	Sozialdemokratische Arbeiterpartei (Deutsch-) Österreichs
sog.	sogenannt

Abbildungsverzeichnis

Kapitel III – Methodik und Quellen

Abbildung 1: Kategorienschlüssel

Abbildung 2: Kategorien und jeweilige Eigenschaften der Analyseeinheit „Basisinformation“

Abbildung 3: Die Bezirke Budapests zwischen Oktober 1895 und 1929

Abbildung 4: Die Bezirke Budapests zwischen Oktober zwischen 1930 und 1945

Abbildung 5: Die Bezirke Wiens im Jahr 1910

Abbildung 6: Kategorien und jeweilige Eigenschaften der Analyseeinheit „Bezugsanalyse“

Abbildung 7: Bedeutungskategorie und die Eigenschaften des Nomen Appellativum sowie des Nomen Proprium

Abbildung 8: Bedeutungskategorie und die Eigenschaften des Nomen Appellativum sowie des Nomen Proprium ergänzt um die Analyseigenschaften der realen Nomen Proprium.

Abbildung 9: Die den individuellen realen Anthroponymen untergeordneten allgemeinen Analysekategorien und die jeweiligen Eigenschaften.

Abbildung 10: Binnendifferenzierung der übergeordneten Eigenschaften Funktion-Politisch und Funktion-Kulturell.

Abbildung 11: Untergliederung der Toponyme.

Abbildung 12: Kategorienschlüssel

Kapitel V – Straßennamenveränderungen in der Zwischenkriegszeit

Abbildung 13: Stadtzentrum von Budapests im Jahr 1910, „Váczi körút“ und „Várkért rakpart“ selbst hervorgehoben, Ausschnitt selbst aus Quelle erstellt.

Abbildung 14: Teil des Zentrums von Budapests um 1914, „Vilmos Császár út“ selbst hervorgehoben, Ausschnitt selbst aus Quelle erstellt.

Abbildung 15: Stadtzentrum von Budapests im Jahr 1910, Váczi körút und Várkért rakpart selbst hervorgehoben, Ausschnitt selbst aus Quelle erstellt.

Abbildung 16: Absolute Verteilung aller *Namensveränderungen* in den Budapester Stadtbezirken gemäß der Bezirksaufteilung aus dem Jahr 1930 nach *Jahr der Veränderung.*

Abbildung 17: Absolute Verteilung von *Arten der Namensveränderungen* nach Bezirk in Budapest.

Abbildung 18: Absolute Verteilung von *Arten der Namensveränderungen* in Budapest nach Jahr

Abbildung 19: Absolute Verteilung der Namensänderungen auf Clusterthemen nach Bezirken und nach Jahren in Budapest.

Abbildung 20: Absolute Verteilung der *Namensveränderungen* hinsichtlich der Ortsinformation *Bedeutungsvolle Orte* und *Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV)* je Stadtbezirk in Budapest.

Abbildung 21: Absolute Verteilung der *Namensveränderungen* hinsichtlich der Ortsinformation *Bedeutungsvolle Orte* und *Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV)* je Jahr in Budapest.

Abbildung 22: Absolute Verteilung aller *Namensveränderungen* in den Wiener Stadtbezirken gemäß der Bezirksaufteilung aus dem Jahr 1930 nach *Jahr der Veränderung.*

Abbildung 23: Absolute Verteilung von *Arten der Namensveränderungen* in Wien nach Jahr.

Abbildung 24: Absolute Verteilung von *Arten der Namensveränderungen* nach *Bezirk* in Wien.

Abbildung 25: Absolute Verteilung der Namensänderungen auf Clusterthemen nach Bezirken und nach Jahren in Wien.

Abbildung 26: Absolute Verteilung der *Namensveränderungen* hinsichtlich der Ortsinformation *Bedeutungsvolle Orte* und *Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV)* je Stadtbezirk in Wien.

Abbildung 27: Absolute Verteilung der *Namensveränderungen* hinsichtlich der Ortsinformation *Bedeutungsvolle Orte* und *Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV)* je Jahr in Wien.

Abbildung 28: Relative Verteilung der *Arten der Namensveränderung* pro Jahr in Budapest, bezogen auf die Gesamtzahl der Namensveränderungen inklusive der Jahressumme aller Veränderungen je Jahr.

Abbildung 29: Relative Verteilung der *Arten der Namensveränderung* pro Jahr in Wien, bezogen auf die Gesamtzahl der Namensveränderungen inklusive der Jahressumme aller Veränderungen je Jahr.

Abbildung 30: Relative Verteilung der *Namensveränderungen* hinsichtlich der Ortsinformation *Bedeutungsvolle Orte* und *Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV)* je Jahr in Budapest, bezogen auf die Gesamtzahl der Namensveränderungen.

Abbildung 31: Relative Verteilung der *Namensveränderungen* hinsichtlich der Ortsinformation *Bedeutungsvolle Orte* und *Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV)* je Stadtbezirk in Wien, bezogen auf die Gesamtzahl der Namensveränderungen.

Abbildung 32: Relative Verteilung der *Namensveränderungen* hinsichtlich der Ortsinformation *Bedeutungsvolle Orte* und *Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV)* je Stadtbezirk in Budapest, bezogen auf die Gesamtzahl der Namensveränderungen.

Abbildung 33: *Relative Verteilung der Namensveränderungen* hinsichtlich der Ortsinformation *Bedeutungsvolle Orte* und *Öffentlichen*

Personennahverkehr (ÖPNV) je Stadtbezirk in Wien, bezogen auf die Gesamtzahl der Namensveränderungen.

Abbildung 34: „Ilka utca“, später „Nürnberg utca“ & „István utca“, später „Ajtósi Dürer utca“, 1912.

Abbildung 35: Entwürfe von Glockenblumenpokalen von Albrecht Dürer

Abbildung 36: Geographische Lokalisierung aller einführenden Namensveränderungen mit den Eigenschaften des geographischen Bezugs *europäisch*, die vor dem Vertrag von Trianon Teil des Staatsgebietes der ungarischen Krone waren.

Abbildung 37: Stadtgebiet wo die „Brassó utca“, „Törcsvár utca“, „Tömös utca“ und „Zajzon utca“ eingeführt werden, 1928.

Abbildung 38: Absolute Verteilung der möglichen *geographischen Bezüge* auf die *Arten der Namensveränderungen* in Budapest.

Abbildung 39: Absolute Verteilung der möglichen *geographischen Bezüge* in *den Stadtbezirken* in Budapest mit mehr als 25 Namensveränderungen im gesamten Betrachtungszeitraum.

Abbildung 40: Absolute Verteilung der möglichen *geographischen Bezüge* in *den Jahren* mit 25 oder mehr Namensveränderungen im gesamten Stadtgebiet Budapests.

Abbildung 41: Absolute Verteilung der möglichen *politisch-geographischen Bezüge* auf die *Arten der Veränderung* in Budapest während des gesamten Betrachtungszeitraums.

Abbildung 42: Absolute Verteilung der möglichen *politisch-geographischen Bezüge* in *den Jahren* mit 25 oder mehr Namensveränderungen im gesamten Stadtgebiet Budapests.

Abbildung 43: Absolute Verteilung der möglichen *politisch-geographischen Bezüge* in *den Stadtbezirken* Budapests mit mehr als 25 Namensveränderungen im gesamten Betrachtungszeitraum.

Abbildung 44: Absolute Verteilung der *politisch-geographischen Bezüge* auf *Bedeutungsvolle Orte* in Budapest während des gesamten Betrachtungszeitraums.

Abbildung 45: Lage des Parlaments und der Burg in Budapest.

Abbildung 46: Verkehrsflächen, die 1918 und 1919 in Budapest einer oder mehrerer Namensveränderung unterzogen wurden.

Abbildung 47: Absolute Verteilung der *politisch-inhaltlichen* und *politisch-institutionellen Bezüge* in *den Jahren* mit 25 oder mehr Namensveränderungen im gesamten Stadtgebiet Budapests.

Abbildung 48: Absolute Verteilung der *der politisch-inhaltlichen* und *politisch-institutionellen Bezüge* auf die *Arten der Veränderung* in Budapest während des gesamten Betrachtungszeitraums.

Abbildung 49: Relative Verteilung des *geographischen*, *politischen*, *sozialen*, *kulturellen* und *Naturbezuges* aufgrund der Veränderungswerte je Jahr in Budapest.

Abbildung 50: Absolute Verteilung der *Historischen Tiefe* auf die *Arten der Veränderung* in Budapest während des gesamten Betrachtungszeitraums.

Abbildung 51: Absolute Verteilung der *Historischen Tiefen* auf *Bedeutungsvolle Orte* in Budapest während des gesamten Betrachtungszeitraums.

Abbildung 52: „Szent Imre herceg utja“ und „Nagyboldogasszony utja“, 1930.

Abbildung 53: Die „Neumanngasse“ und die „Favorittenstraße“, die im Zuge der Einführung einer Argentinienierstraße bzw. -gasse diskutiert wurden.

Abbildung 54: Die Lage der „Alleegasse“ in Wieden, die in „Argentinierstraße“ umbenannt wurden ist.

Abbildung 55: Die unbenannte Gasse im neuen Siedlungsgebiet, die als „Argentiniergasse“ 1920 beschlossen wurden ist.

Abbildung 56: Kartenausschnitt des zur Benennung vorgesehenen Weges, später „An der Niederhaid“ in der Nähe des Sanatoriums.

Abbildung 57: Absolute Verteilung der möglichen *geographischen Bezüge* exklusive der Eigenschaft *ohne* auf die *Arten der Namensveränderungen* in Wien.

Abbildung 58: Absolute Verteilung der möglichen *geographischen Bezüge* exklusive der Eigenschaft *ohne* in *den Stadtbezirken* Wiens mit mehr als 25 Namensveränderungen im gesamten Betrachtungszeitraum.

Abbildung 59: Absolute Verteilung der möglichen *geographischen Bezüge* in *den Jahren* mit 25 oder mehr Namensveränderungen im gesamten Stadtgebiet Wiens.

Abbildung 60: Absolute Verteilung der möglichen *politisch-geographischen Bezüge* auf die *Arten der Veränderung* in Wien während des gesamten Betrachtungszeitraums.

Abbildung 61: Absolute Verteilung der möglichen *politisch-geographischen Bezüge* in *den Jahren* mit 25 oder mehr Namensveränderungen im gesamten Stadtgebiet Wiens.

Abbildung 62: Absolute Verteilung der *politisch-geographischen Bezüge* in *den Stadtbezirken* Wiens mit mehr als 25 Namensveränderungen im gesamten Betrachtungszeitraum.

Abbildung 63: Verkehrsflächen, deren Namenveränderung im November 1919 in Wien beschlossen wurden.

Abbildung 64: Absolute Verteilung der *politisch-inhaltlichen* und *politisch-institutionellen Bezüge* in *den Jahren* mit 25 oder mehr Namensveränderungen im gesamten Stadtgebiet Wiens.

Abbildung 65: Absolute Verteilung der *politisch-geographischen Bezüge* auf die *Arten der Veränderung* in Wien während des gesamten Betrachtungszeitraums.

Abbildung 66: Relative Verteilung des *geographischen*, *politischen*, *sozialen*,

kulturellen und *Naturbezuges* exklusive der Eigenschaft *ohne* aufgrund der Veränderungswerte je Jahr in Wien.

Abbildung 67: Absolute Verteilung der *Historischen Tiefe* auf die *Arten der Veränderung* in Wien während des gesamten Betrachtungszeitraums.

Abbildung 68: Absolute Verteilung der *Historischen Tiefen* auf *Bedeutungsvolle Orte* in Wien während des gesamten Betrachtungszeitraums.

Abbildung 69: Absolute Verteilung der *politisch-geographischen Bezüge* auf *Bedeutungsvolle Orte* in Wien während des gesamten Betrachtungszeitraums.

Abbildung 70: Die Lage der „Maximillianstraße“ im I. Bezirk, die in „Mahlerstraße“ umbenannt wurden ist.

Abbildung 71: Lageplan des „Achtundvierziger Platzes“ im XIII. Bezirk.

Abbildung 72: Relative Verteilung des *geographischen*, *politischen*, *sozialen*, *kulturellen* und *Naturbezuges* bei allen Veränderungen in Budapest und Wien.

Abbildung 73: Relative Werte der möglichen *geographischen Bezüge* exklusive der Eigenschaft *ohne* in Budapest und Wien während des gesamten Betrachtungszeitraums.

Abbildung 74: Relative Werte der möglichen *politisch-geographischen Bezüge* exklusive der Eigenschaft *ohne* in Budapest und Wien während des gesamten Betrachtungszeitraums.

Abbildung 75: Absolute Werte der möglichen *politisch-inhaltlichen Bezüge* exklusive der Eigenschaft *ohne* nach *Art der Veränderung* in Budapest und Wien während des gesamten Betrachtungszeitraums.

Abbildung 76: Absolute Werte der möglichen *politisch-institutionellen Bezüge* exklusive der Eigenschaft *ohne* nach *Art der Veränderung* in Budapest und Wien während des gesamten Betrachtungszeitraums.

Abbildung 77: Relative Werte der möglichen *politisch-inhaltlichen Bezüge* (links) und der *politisch-institutionellen Bezüge* (rechts) exklusive der Eigenschaft *ohne* in Budapest und Wien während des gesamten Betrachtungszeitraums.

Abbildung 78: Relative Werte der möglichen *politisch-inhaltlichen Bezüge* (links) und der *politisch-institutionellen Bezüge* (rechts) exklusive der Eigenschaft *ohne* in Budapest und Wien während des gesamten Betrachtungszeitraums, bezogen auf *Bedeutungsvolle Orte*.

Abbildung 79: Relative Werte der möglichen *Historischen Tiefe* exklusive der Eigenschaft *ohne* in Budapest und Wien während des gesamten Betrachtungszeitraums.

Abbildung 80: Absolute und Relative Verteilung der Straßennamen auf Appelative und Propria in Wien.

Abbildung 81: Absolute Verteilung der Appelativa in Wien auf allgemeine Begriffe und lokale Orte.

Abbildung 82: Absolute Verteilung der Propria in Wien auf reale und fiktive Namen.

Abbildung 83: Absolute Verteilung der realen Nomina propria nach Art der Propriae und Stadtbezirk in Wien gemäß der Bezirksaufteilung aus dem Jahr 1930.

Abbildung 84: Absolute Verteilung der realen Nomina propria nach Art der Propriae und Jahr der Veränderung in Wien.

Abbildung 85: Absolute und relative Verteilung der Eigenschaften realer Anthroponyme in Wien

Abbildung 86: Absolute Verteilung realer Anthroponyme mit kultureller und politischer Funktion auf die einzelnen Eigenschaften in Wien.

Abbildung 87: Absolute und relative Verteilung realer Toponyme auf Makro- und Mikrotoponyme sowie absolute Verteilung auf die einzelnen Eigenschaften innerhalb der Makrotoponyme und Mikrotoponyme in Wien.

Abbildung 88: Absolute und Relative Verteilung der Straßennamen auf Appelativa und Propria in Budapest.

Abbildung 89: Absolute Verteilung der Appelativa in Budapest auf allgemeine Begriffe und lokale Orte.

Abbildung 90: Absolute Verteilung der Propria in Budapest auf reale und fiktive Namen.

Abbildung 91: Absolute Verteilung der realen Nomina propria nach Art der Propriae und Stadtbezirk in Budapest gemäß der Bezirksaufteilung aus dem Jahr 1930.

Abbildung 92: Absolute Verteilung der realen Nomina propria nach Art der Propriae und Jahr der Veränderung in Wien.

Abbildung 93: Absolute und relative Verteilung der Eigenschaften realer Anthroponyme in Budapest.

Abbildung 94: Absolute Verteilung realer Anthroponyme mit kultureller und politischer Funktion auf die einzelnen Eigenschaften in Budapest.

Abbildung 95: Absolute und relative Verteilung realer Toponyme auf Makro- und Mikrotoponyme sowie absolute Verteilung auf die einzelnen Eigenschaften innerhalb der Makrotoponyme und Mikrotoponyme in Budapest.

Einleitung

Hat eine Bevölkerung „republikanische Gefühle“? [1] Und wie reagiert die vermeintlich republikanisch fühlende Gesellschaft, wenn ein Spielplatz im Frühjahr 1919 *Kaiser Franz Josef-Jubiläumskinderspielplatz* heißt? [2] Interessierte es die Kinder, die dort spielten oder deren Eltern? Von politischer Relevanz war es sicher. Denn als im Frühjahr 1919 im Wiener Gemeinderat auf jene „republikanischen Gefühle“ [3] verwiesen wurde, schienen jene Emotionen durch solche Namen innerhalb Wiens verletzt. Offenbar bewegten diese als wenig republikanisch angenommenen Namen zumindest die Gefühle einiger Wiener Gemeinderäte im Frühling 1919 – negativ. Andere Namen wiederum fehlten denselben Personen als Straßennamen und waren mit positiveren – zumindest keinen aktiv verletzenden – Gefühlen oder gar mit Dankbarkeit und Anerkennung verbunden. Womöglich wurden die gefühlsmäßigen Verletzungen aber auch *in realiter* empfunden – vor dem Ersten Weltkrieg in Fabriken und beim Leben in einer Großstadt, während des Krieges an der Front, auf der Flucht und in den Städten sowie nach dem Krieg durch Revolution, Gegenrevolution, Gewalt, Frieden und Konsolidierung.

Budapest und Wien sind jene beiden Städte, an deren Beispielen diese gesellschaftlichen Brüche anhand der Veränderungen von Straßen- und Platznamen zwischen 1918 und 1934 untersucht werden sollen. In Budapest wie in Wien kam es besonders vor und nach dem Krieg zu Kundgebungen, Demonstrationen und Parteigründungen, die Symptome für den Prozess der gesellschaftlichen Differenzierung waren und sind. Sozialräumliche Segregation, Arbeitsbedingungen, Löhne, Produktionsweisen, Warenangebot, politische Teilhabe, technische Entwicklungen in verschiedensten Bereichen[4] und räumliche Mobilität [5] – kurzum gesellschaftliche Herausforderungen verbunden mit „der

---

1 Gemeinderat: Stenographischer Bericht über die öffentliche Sitzung vom 30. Mai 1919; in: Amtsblatt der Stadt Wien; Nr. 46, 07. Juni 1919,S. 1312.

2 Vgl.: WStLA, M. Abt. 14, A3/1 – Schreiben des Oberbaurates der Magistratsabteilung 54,Wien, 29. Dezember 1927.

3 Gemeinderat: Stenographischer Bericht über die öffentliche Sitzung vom 30. Mai 1919; in: Amtsblatt der Stadt Wien; Nr. 46, 07. Juni 1919, S. 1312.

4 Vgl.: Melinz, Gerhard; Zimmermann, Susanne: Großstadtgeschichte und Modernisierung in der Habsburgermonarchie; in: Melinz, Gerhard; Zimmermann, Susanne (Hrsg.): Wien – Prag – Budapest: Blütezeit der Habsburgmetropolen; Urbanisierung, Kommunalpolitik, gesellschaftliche Konflikte (1867-1918); Wien, 1996, S. 15-33 ,hier S. 16.

5 Maderthaner, Wolfgang; Musner, Lutz: Die Anarchie der Vorstadt: Das andere Wien um 1900;

sozialen Frage“ – führten auch zur „Differenziertheit und Fragmentiertheit des kollektiven und individuellen Bewußtseins”[6], die “zu einer Krise von kollektiven und individuellen Identitäten führte.”[7] Im Extremfall waren es „Überfüllung, Chaos und Kontingenz“[8], die empfunden wurden. Die Reaktion war oftmals, dass sich gesellschaftliche Positionen mittels (Wahl-)Kampf formierten, die ordnungsgebend sein wollten – in Vereinen, Parteien und Verbänden, und die auf „individuelle wie kollektive Seins-Feststellungen“[9] zielten. Den gleichen Grund haben auch die Benennungen.

„The reason why we name people and places is that we are interested in their continued identity, need to make identifying references to them, and need to have a singular term that 'does not depend for its referential or identifying force upon any particular position or relation, which preserves the same referential force through its objects changes positions or relation' when different speakers bear different relations to them.“[10]

Die „Republikanische[n] Gefühle“[11] zeigen aber, dass in der Umbruchsituation 1918/1919 in Wien der Name eines Kinderspielplatzes – und viele andere Namen auch – diesen theoretischen Grund einer Benennung nicht mehr erfüllte. Die damals politisch artikulierten Gefühle eines Teils Bevölkerung sowie der *Kaiser Franz Josef-Jubiläumskinderspielplatz* waren Positionen unterschiedlicher kollektiver Seins-Feststellungen, die unter Umständen auch individuell wirken konnten, aber eben konkurrierten bei der Benennung von Orten innerhalb einer Stadt. Gleiches geschah auch in Budapest, als im Sommer und Herbst 1919 über politische Organe hinaus das Alltagsleben von Menschen sogar durch Nachkriegsgewalt beeinflusst wurde. Ein Name für einen Platz im Stadtgebiet Wiens oder Budapests war und ist bis zu einem gewissen Grad eine Artikulation für Empfundenes, das primär durch (gewählte) politische Interessengruppen Eingang in die Karten und den Alltag der Menschen fanden. Woraufhin wiederum andere Interessengruppen darauf reagierten. In beiden Städten spielten die

---

Frankfurt am Main, 1999, S. 136.

6 Csáky, Moritz: Ideologie der Operette und Wiener Moderne. Ein kulturhistorischer Essay zur österreichischen Identität; Wien, Köln, Weimar, 1996, S. 136; Melinz / Zimmermann, Großstadtgeschichte und Modernisierung, S. 16.

7 Csáky, Ideologie der Operette, S. 136.

8 Maderthaner / Musner, Anarchie der Vorstadt, S. 136.

9 Maderthaner / Musner, Anarchie der Vorstadt, S. 136.

10 Jeshion, Robin: The Significance of Names; in: Mind and Language; Nr. 24, Vol. 4, 2009, S. 370-403, hier S. 377. Jeshion zitiert hier Strawson, P.: Subject and Predicate in Logic and Grammar; Hants, 1974, S. 38.

11 Gemeinderat: Stenographischer Bericht über die öffentliche Sitzung vom 30. Mai 1919; in: Amtsblatt der Stadt Wien; Nr. 46, 07. Juni 1919, S. 1312.

Regierungen der jeweiligen Staaten bereits im 19. Jahrhundert eine bedeutende Rolle hinsichtlich ihrer Gestaltung. Gesamtstaatliche Behörden, Infrastrukturprojekte und Stadtentwicklungspolitik wurden auch und besonders von der Präsenz der Regierungen mitbeeinflusst.[12] Gleichzeitig waren militärische, wirtschaftspolitische und machtpolitische sowie nationalitätenpolitische Überlegungen determinierend bei der Gestaltung der Städte bis hin zur Frage: welchen Namen eine Straße tragen soll oder nicht. Letztlich war die Bedeutung der beiden Städte herausragend für staatliche Investitionen vor, während und nach dem Ersten Weltkrieg.[13] Die Frage der Benennung von Orten innerhalb der Großstädte Budapest und Wien wurde ab 1867 schließlich auch deswegen politisch relevant, da es die wichtigsten Städte Südosteuropas und als Residenzstädte der königlichen und kaiserlichen Familie ökonomische und kommunikative Zentren für die sie umgebenden Regionen waren.[14]

Neben diesen sachlich-geschichtsspezifischen Gründen ist es außerdem so, dass in der Straßennamenforschung selbst umfassendere vergleichende Studien selten sind. Der detaillierte Stand der Forschungen wird in dem dafür vorgesehenen Kapitel beschrieben, jedoch muss hier bereits erwähnt werden, dass es ein Defizit an vergleichenden Studien gibt, die die Straßennamenveränderungen in größeren Ballungsgebieten miteinander verbinden.[15] Eines der Ziele der Arbeit ist es, diese Lücke teilweise zu füllen.

Die Betrachtung der Straßennamensveränderungen bedarf jedoch einiger grundlegender terminologischer Klärungen. Das heißt: in welcher Formen werden Ortsnamen grundsätzlich verwendet, welche Schriften und welche Sprachen finden sich unter Umständen im vorliegenden Text. Diese terminologischen Aufgaben ergeben sich nicht zuletzt aus der Tatsache, dass eine besondere Form von Eigennamen, nämlich Straßennamen, der Hauptforschungsgegenstand ist. Daher

---

12 Vgl.: Melinz / Zimmermann, Großstadtgeschichte und Modernisierung, S. 28; Melinz und Zimmermann verweisen hier auf Wysocki, Josef: Infrastruktur und wachsende Staatsausgaben. Das Fallbeispiel Österreich 1868-1913; Forschungen zur Sozial- Wirtschaftsgeschichte, Band 20, Stuttgart, 1975, S. 55ff; Redl, Leopold / Wösendorfer, Hans: Die Donauinsel. Ein Beispiel politischer Planung in Wien; Wien, 1980, S. 35.

13 Vgl.: Melinz / Zimmermann, Großstadtgeschichte und Modernisierung, S. 28.

14 Vgl.: Vörös, Károly: Budapets Weg zur Großstadt (1848-1919); in: Ságvári, Agnes (Hrsg.): Budapest. Die Geschichte einer Hauptstadt; Aus dem Ungarische von Alpári, Tilda / Alpári, Paul u.a., Budapest, 1973, S. 40-49 hier S. 42; Melinz / Zimmermann, Großstadtgeschichte und Modernisierung, S. 15.

15 Vgl.: Azaryahu, The Critical Turn and Beyond: The Case of Commemorative Street Naming; in: An International E-Journal for Critical Geographies, 10 (1), 2011, S. 28-33, hier S. 28-29.

gilt es einmal festzuhalten, wie in Hinblick auf die Toponyme verfahren wird. Bei Wien stellt sich das als kaum schwierig dar: das Toponym Wien führt Csendes zurück auf die Salzburger Annalen, die am Ende des 9. Jahrhunderts auf einen Kampfort hinweisen, ob Gewässer oder Siedlung benannt werden bleibt unklar. Dennoch bleibt der Name in unterschiedlichen Entwicklungsstadien des Deutschen erhalten.[16] Mit dem Toponym Wien wird daher auf den kommenden Seiten immer auf die der Zeit entsprechende städtische Siedlung verwiesen. Siedlungen, die nicht Teil der Stadt sind, oder wenn konkrete Stadtteile gemeint sind, werden entsprechend konkreter benannt. Sonst meinen der Verweis auf Wien sowie der Verweis auf jeden anderen Raum mittels eines Namens den zur entsprechenden Zeit bezeichneten Raum. Anders formuliert: es wird vorausgesetzt, dass die durch Toponyme bezeichneten Räume sich zeitlich verändern, während Toponyme in den meisten Fällen identisch bleiben. Ändert sich jedoch das Toponym, wie im Fall der Siedlungen Buda, Pest und Obuda zu Budapest, wird das genauso wie im Fall der Straßennamen expliziert, auch wenn sich im Gegensatz zu den Straßennamen bei veränderten Staats- und Stadtnamen keine weitergehenden historischen Einordnungen anschließen.

Bei allen weiteren Toponymen neben Wien und Budapest ist eine weitere grundlegende Klärung nützlich. Toponyme werden hinsichtlich ihrer Mehrsprachigkeit in Exonyme und Endonyme eingeteilt. Diese Einteilung ist in ihrer internationalen Reglementierung und Definition relativ jung. Endonyme meinen entsprechend der United Nations Group of Experts on Geographical Names: „Name of a geographical feature in an official or well-established language occurring in that area where the feature is situated.“[17] Ein Exonym dagegen ist definiert als „Name used in a specific language for a geographical feature situated outside the area where that language is widely spoken, and differing in its form from the respective endonym(s) in the area where the geographical feature is situated.“ [18] Um einen willkürlichen Gebrauch aufgrund einzelner Kriterien zu

16 Vgl.: Csendes, Peter: Das Werden Wiens – Die Siedlungsgeschichtlichen Grundlagen; in: Ders. / Opll, Ferdinand (Hrsg.): Wien. Geschichte einer Großstadt, Band 3: Von 1790 bis zur Gegenwart; Wien, 2006, S. 55-94, hier S. 61-63.

17 Jordan, Peter: Criteria for the use of exonyms – a next approach; United Nations Group of Experts on Geographical Names, Working Paper 64; Wien, 2011, http://unstats.un.org/unsd/geoinfo/ungegn/docs/26th-gegn-docs/WP/WP64_Criteria.pdf, 03. Mai 2014, S. 3.

18 Jordan, Criteria, S. 3.

vermeiden, ist im hier zitierten Papier eine Liste an Kriterien entwickelt worden, die im Hinblick auf das Problem der Verwendung von unterschiedlichen Namen auch für wissenschaftliche Texte eine disziplinunabhängige Möglichkeit bietet, zu entscheiden, ob ein Endonym oder ein Exonym verwendet werden soll.[19] In der vorliegenden Arbeit werden verschiedene Toponyme verwendet. Ohne in die Details einer Kategorisierung vertiefen zu wollen, die Teil des Kapitels „Das Toponym als Eigenname – Theoretische Grundlagen zu Eigennamen“ ist, wird sowohl für Straßen- wie für Stadt-, Bundeslands- und Staatsnamen das gegebenenfalls transkribierte Endonym verwendet. Existieren mehrere Endonyme, wird das in einer Fußnote deutlich gemacht. Diese Festlegung soll es Lesenden möglich machen, zu verstehen, welche Ortsnamen in Verwendung sind und dem Autor eine Hilfe bei der Verwendung sein, um durchaus emotionale Veränderungsprozesse klarer zu beschreiben. Denn bereits das Eingangsbeispiel zeigt, dass Veränderungen mit Gefühlen verbunden sind. Wobei die vorliegende Arbeit sich der Beschreibung von Veränderungen widmet und bei entsprechenden Quellen auch die zeitgenössisch artikulierten Empfindungen einfließen lässt.

Toponyme ändern sich, also verändern sich auch Straßennamen. Allerdings geschieht das nicht zufällig. Vielmehr bieten Straßennamen oder Namen von Plätzen die Möglichkeit, Informationen zu kommunizieren. Denn letztlich setzt jeder Raum dynamische und kommunikative Prozesse unterschiedlichen Inhalts voraus. Raum ist Rahmen für und als Ergebnis von Kommunikationsprozessen zu verstehen. Er ist der physische Rahmen, den die Gruppe in einem Prozess wahrnimmt, in Besitz nimmt und gestaltend nutzt.[20] Straßennamen und Namen von Orten sind eine der konkretesten Formen dieser Kommunikation. Der Raum insgesamt ist ein „materieller Informationsträger in Wort und Bild“[21] und damit ein nicht zu unterschätzender Stimulus der individuellen Gedächtnisbildung. Die Wahrnehmung des Einzelnen korreliert dabei aufgrund des kommunikativen Charakters des Raumes mit jenem der Gruppe sehr stark, was zur Verbindung zwischen dem Bereich des individuellen Gedächtnisses mit jenem Bereich des

19 Vgl. allgemein: Jordan, Criteria.

20 Vgl.: Csáky, Moritz: Das Gedächtnis der Städte: kulturelle Verflechtungen - Wien und die urbanen Milieus in Zentraleuropa; Wien, Köln, Weimar, 2010, S. 101.

21 Assmann, Aleida: Der lange Schatten der Vergangenheit. Erinnerungskultur und Geschichtspolitik; BpB Band 368, Bonn, 2007.

sozialen Gedächtnisses führt. Aus dieser Verbindung der beiden Gedächtnisbereiche gehen Kommunikationsformen hervor, die gegenüber dem Gedächtnis des Einzelnen zu Überträgern von gesellschaftlichen Konstruktionen werden. Jene Konstrukte sind jedoch durch ihren kommunikativen Charakter einer ständigen Neuaushandlung und Wiederbelebung durch Gruppen und Individuen unterworfen. Die Träger dieser Konstruktionen können beispielsweise Denkmäler, Gebäude, Straßen oder Plätze sein.[22] Diese theoretischen Vorbetrachtungen weisen auf die Bedeutung von Straßennamen hin. Ebenso wurde eingangs schon die emotionale Ebene erwähnt: diese Kommunikationsprozesse werden bewusst und unbewusst durchsetzt von Gefühlen. „Place names are also important in creating and maintaining emotional attachments to places, even in the face of physical alienation from these very same places.“[23] Veränderungsprozesse dieser Namen sind daher meist „[e]motionally laden, highly publicized and intensively debated“[24.] Wahrgenommen werden diese Gefühle durch die Menschen, in deren Umwelt ein Straßenname verändert wird, oftmals erst, wenn es zu einer Veränderung kommt. Davor sind Raumnamen in der Umgebung von Wohnorten oder entlang von Arbeitswegen vor allem Alltag.

„The power of commemorative place naming, for example, vomes from the manner in which history is inscribed into our daily vocabulary, both verbal and visual. Appearing on road signs, addresses, advertising billboards, and maps, the past constantly made part of one's spatial and historical frame of reference, contributing to the creation of a larger 'city-text'.“[25]

Namen von Straßen und Plätzen werden alltäglich verwendet. Erst wenn in einer Gesellschaft eine Gruppe Veränderungsbedarf sieht, es zu Diskussionen über eine Veränderung kommt, zeigen sich unterschiedliche Motivationslagen für oder gegen eine Veränderung – dabei werden auch emotionale Argumente vorgebracht. Denn während der alltäglichen Nutzung steht die Orientierung im Vordergrund – die

22 Vgl.: Assmann, Schatten der Vergangenheit, S. 32f.

23 Rose-Redwood, Reuben / Aldermann, Derek / Azaryahu, Maoz: Geographies of toponymic inscription: new directions in critical place-name studies; in: Progress in Human Geography, Nr. 34, Vol. 4, 2010, S. 453-470, hier S. 458. Rose-Redwood / Aldermann / Azaryahu verweisen hier auf Kearney, A.; Bradley, J.: 'Too strong to ever not be there': place names and emotional geographies; in: Social and Cultural Geography, Nr. 10, 2009, S. 77-94 und Davidson, J.; Bondi, L.; Smith, M. (Hrsg.): Emotional Geographies; Aldershot, 2005.

24 Azaryahu, Maoz: German reunification and the politics of street names: the case of East Berlin; in: Political Geography, Nr. 6, Vol. 16, 1997, S. 479-493, hier S. 479.

25 Dwyer, Owen J. / Aldermann, Derek H.: Memorial landscapes: analytic questions and metaphors; in: GeoJournal, Nr. 73, 2008, S. 165-178, hier S. 167. Dwyer, Aldermann verweisen hier auf Azaryahu, Maoz: The power of commemorative street names; in: Environment. Planning D, Nr. 14, 1996, S. 311-330.

Orientierung im Raum. Wird eine Namensveränderung diskutiert, wird die ideologische Orientierung plötzlich wichtiger. Die Raumnamen geben jedoch aufgrund ihrer emotionalen und historischen Bedeutung unter Umständen weit mehr als Orientierung im Raum. Sie sind Teil der Medienkulturgesellschaft. In dieser wird das, was als Realität gilt, durch verschiedene Bilder mit Bedeutung versehen und zusammengesetzt. Schließlich ergibt sich so eine Welt, die den Menschen auch hinsichtlich des Wissens Orientierung gibt. Wobei Raumnamen unflexibler sind als andere Teile dieses Gesamtbildes. Nichtsdestotrotz sind sie veränderbar und so tragen sie auch zu einer Neureproduktion von Bedeutung bei. [26] Bei diesen Veränderungsprozessen sind Bevölkerung und politisches System in einer besonderen Art relevant. In autoritären oder totalitären Regierungssystemen finden sich tendenziell zentralere Benennungsprozesse sowie inhaltlich eindeutig nicht-plurale Schwerpunkte. [27] Hier besteht die Möglichkeit, dass die Bevölkerung mit Widerstand reagiert. Besonders erinnernde Straßennamen bedeuten Selektion. Auch bei einem dezentralisierten Mediengebrauch werden Namensveränderungsprozesse zum Anlass für Widerstand, denn „[...] place names reproduce discourses of ideology and identity.“[28] Als Widerstand kann auch das andersartige Aussprechen von neuen Namen gesehen werden – oft werden Namen dabei allerdings mundartlich/dialektal ausgesprochen.[29]

---

26 Vgl.: Schmidt, Siegfried J.: Medien: Die Koppelung von Kommunikation und Kognition; in: Krämer, Sybille (Hrsg.): Medien. Computer. Realität. Wirklichkeitsvorstellungen und Neue Medien; Frankfurt am Main, 1998, S. 55-72, hier S. 55, S. 64.

27 Vgl.: Enzensberger, Hans Magnus: Baukasten zu einer Theorie der Medien; in: Kursbuch, 1970, Nr. 20, S. 159-186, hier S. 167.

28 Azaryahu, Maoz: Rabin's road: The politics of toponymic commemoration of Yitzhak Rabin in Israel; in: Political Geography, Nr. 31, 2012, S. 73-82, hier S.74. Azaryahu verweist hier auf Berg, L.; Vuolteenaho, J. (Hrsg.): Critical toponymies. The contested politics of place naming; Farnham, 2009; Vgl. ebenso Rose-Redwood / Aldermann / Azaryahu, Geographies of toponymic inscription und Azaryahu, Maoz: The purge of Bismarck and Saladin: The Renaming of streets in East Berlin and Haifa, a comparative Study in culture-planning; in: Germanistische Linguistik, Nr. 129-130, 1996, Reader zur Namenskunde III, 1, Toponymie; S. 801-814.

29 Vgl.: Schmidt, Medien, S. 63; Luhmann, Niklas: Die Politik der Gesellschaft; hrsg. von André Kieserling, Frankfurt am Main, 2000, S. 175. Dafür, wie das Gedächtnis diese Leistung vollbringt, verweist Luhmann auf von Foerster, Heinz: What Is Memory that it May Have Hindsight and Foresight as well?; in: Bogoch, Samuel (Hrsg.): The Future of the Brain Sciences: Proceedings of a Conference held at the New York Academy of Medicine; New York, 1969, S. 19-64; vgl. außerdem Csáky, Gedächtnis der Städte, S. 103; Coates, Richard: Endonymic Place-name Alternants and Their Cultural Significances; in: Helleland, B.; Ore, C.-E.; Wikstrøm, S. (Hrsg.): Names and Identities; Oslo Studies in Language 4/2, Oslo, 2012, S. 61-70. Vgl. schließlich: Rose-Redwood / Aldermann / Azaryahu, Geographies of toponymic inscription, S. 462. Rose-Redwood / Aldermann / Azaryahu verweisen hier auf Kadmon, N.: Toponymy and geopolitics: the political use – and misuse – of geographical names; in: The Cartographic Journal, Nr. 41, 2004, S. 85-87, sie verweisen auch auf Zeidel, R.: Naming and counternaming: the struggle between society and state as reflected in Iraq and the Arab sector in Israel;

Diese allgemeinen, theoretischen Einführungen sind grundlegend für die vorliegende Arbeit und werden später noch konkretisiert und umfassender hergeleitet. Doch die bisher erläuterten Zusammenhänge sind es, die in dieser Arbeit betrachtet werden. Die zentrale Forschungsfrage ist: **Wann und warum werden wie viele Namen, die unterschiedliche Narrative kommunizieren, a) vergeben, b) gelöscht, c) neu eingeführt, d) innerhalb des Stadtgebietes auf andere Orte verlegt – kurz verändert?** Die hier kurz angedeutete Möglichkeit führt zur Hypothese, dass vor allem Veränderungen im Regierungssystem als Ursache – besonders ideologische Wechsel innerhalb eines Systems – gelten können und analysiert werden. Doch neben dieser allgemeinen Antwort sollen weitergehende Antworten gefunden werden auf die Frage, welche Narrative kommuniziert werden und wie sie in einem komplementären Mediensystem Bedeutung erlangen. Diese Teilfragen werden beantwortet, wobei sowohl die Makroebene der ausgewählten beiden Städte sowie die Mikroebene, das heißt Einzelfälle, in Betracht kommen. Die Veränderungsprozesse und deren Begründungen können so nachgezeichnet und daraus schließlich räumlichen Muster und ideologische/inhaltliche Bezüge in beiden Städten nachgezeichnet werden.

Die Arbeit wird sich der zentralen Frage sowie den ergänzenden Forschungsfragen in verschiedenen Kapiteln nähern. Im Anschluss an die **Einleitung** folgt ein Kapitel zum Stand der Forschungen innerhalb der Toponymie. Dabei wird der Schwerpunkt auf Forschungen zur Straßennamenkunde liegen und betrachtet werden vor allem für diese Arbeit relevante Studien sowie Texte. Darüber hinaus werden, für den möglichst konkreten und grundlegenden Einblick in die Forschung im Themengebiet der Arbeit, ebenfalls einige grundlegende Arbeiten einfließen.

Die Überlegungen aus dem **Kapitel zum Forschungsstand** werden in den Folgekapiteln um weitere Literatur ergänzt, die nicht dezidiert der Toponymie gewidmet ist aber eine hohe Bedeutung für die Arbeit hat. Besonders umfassend geschieht das im Kapitel über die theoretische Auseinandersetzung dessen, was ein Toponym sein kann und wie es in dieser Arbeit definiert ist. Ziel dieses Kapitels ist es, theoretische Annahmen aus der linguistisch und geographisch dominierten

---

in: Orient, Nr. 47, 2006, S. 201-217.

Toponymie, der Kommunikationswissenschaft und Soziologie mit historischen und kulturwissenschaftlichen Gedanken zu verbinden. Das **Theoriekapitel** ist in Unterkapitel unterteilt, die ihrerseits unterschiedliche Schwerpunkte haben. Begonnen wird mit einer Darstellung von Beiträgen aus der älteren und neueren Toponymie. Auf diesen Seiten liegt der Fokus besonders auf linguistischen und geographischen Ansätzen zur Frage, was ein Toponym ist. In den darauf folgenden Unterkapiteln wird zunächst sehr umfassend auf Kommunikationstheorie eingegangen, um ein theoretisches Fundament für die Definition von Toponymen zu haben. Hier liegt der Ausgangspunkt bei der grundlegenden Frage, welche Aufgaben Medien bei der Kommunikation haben. So dienen Medien der Sicherstellung von Kommunikation. Sicherstellung meint dabei nicht nur die Übertragung sondern auch die Annahme der Kommunikationsinhalte. Wenn dies geschieht, ist Kommunikation erfolgreich abgelaufen. Doch bevor eine Kommunikation erfolgreich ist, existieren Hürden, die die Kommunikation scheinbar aussichtslos auf Erfolg machen.[30] Welche Hürden das sind und wie diese überbrückt werden und welche Rolle Toponyme als eine Form von Macht und parallel als eine Form von Verbreitungsmedium haben, soll ebenso geklärt werden. Letztlich werden auch historische und kulturwissenschaftliche Perspektiven mit den zuvor dargestellten Ansätzen zusammengeführt. Es ist vor allem dieser letzte Teil, in dem die Gründe für staatlich festgelegte Raumnamen mit der Wahl von den jeweiligen Benennungen verbunden werden – Gedanken, die bereits ausgeführt sind: Orientierung in Raum und Zeit/Vergangenheit zu geben.[31]

An diese theoretischen Gedanken schließt sich das **Kapitel zur Forschungsmethodik** an. Hier wird darauf eingegangen, wie die Definition in der Arbeit konkret angewandt wird, um die Forschungsfrage zu beantworten. Dabei geht es vor allem darum, den Lesenden zu erläutern, wie und auf welche Weise die Veränderungen in den Straßennamenkorpora von Budapest und Wien während der Zwischenkriegszeit gemessen und erfasst werden und schließlich mit der Lebensrealität der Menschen in jener Zeit verbunden werden können. Konkret wird

30 Vgl.: Luhmann, Niklas: Unwahrscheinlichkeit der Kommunikation; in: Ders.: Aufsätze und Reden; Stuttgart, 2011, S. 76-94.

31 Vgl.: Löffler, Heinrich: Probleme der amtlichen Flurnamengebung aus nameskundlicher Sicht; in: Germanistische Linguistik, Nr. 129-130, 1996, Reader zur Namenskunde III, 1, Toponymie; S. 495-505, hier S. 499; Vgl.: Rose-Redwood / Aldermann / Azaryahu, Geographies of toponymic inscription, S. 461f.

im Hinblick auf den ersten Teil die Methodik von Dietz Bering et al.[32] modifiziert und diese Modifizierungen werden auch mit dem vorliegenden Datenmaterial begründet. Der zweite Teil basiert vor allem auf Herangehensweisen der Mikrogeschichte. Hier werden den quantitativ erhobenen Daten aufgrund der Methodik Berings konkrete quellenbasierte Berichten und deren Kontext komplementär zur Seite gestellt, um Veränderungen in den Straßennamenkorpora nachvollziehbarer zu machen.

Damit die Veränderungen grundsätzlich greifbar sind und die gewählten Analysekategorien nachvollziehbarer werden, schließt sich an die Methodik ein umfassendes **Kapitel zum zeitlichen Kontext** an. In diesem Kapitel, das wiederum dreigeteilt ist, werden die historischen Entwicklungen Budapests und Wiens innerhalb der Zeit von 1848/49 bis 1934 geschildert. Das Kapitel zum historischen Kontext der Forschungsfrage geht dabei so vor, dass zu Beginn immer allgemeine Zusammenhänge erläutert werden, die schließlich in konkreten Betrachtungen der Städte und deren Lösungen münden. Um schließlich auch Ähnlichkeiten oder Unterschiede zu erkennen, wurden die einzelnen Stadtkapitel immer in der jeweiligen Epoche nacheinander angeordnet. Diese historische Einführung beginnt 1848/49, um zunächst die gesellschaftliche Situation innerhalb der gesamten kaiserlich-königlichen Monarchie zu veranschaulichen. Denn darauf aufbauend beginnt das zweite Teilkapitel beim Ausgleich, beziehungsweise geht bereits deutlich konkreter auf die Entwicklungen innerhalb der beiden Städte ein. In dem zweiten Teilkapitel werden somit die stadthistorischen Entwicklungen, die sozialen Spannungen in den Städten sowie die (kommunal)politischen Antworten auf die wachsenden Herausforderungen betrachtet. Dabei wird auch auf die Entwicklungen während des Krieges eingegangen. Insgesamt spielen in diesem Abschnitt vor allem politische und soziale Entwicklungen eine Rolle, die letztlich den zeithistorischen Kontext für die Veränderungen in der Namenslandschaft von Budapest und Wien bilden.

Daran schließt sich **das vorletzte Kapitel** an. Hier werden nun die **Veränderungen bei Veränderungen von Straßennamen** betrachtet. Dieses

32 Vgl.: Bering, Dietz / Großsteinbeck, Klaus / Werner, Marion: Wegbeschreibungen. Entwurf eines Kategoriensystems zur Erforschung synchroner und diachroner Straßennamenkorpora; in: Zeitschrift für Germanistische Linguistik, Nr. 3, Vol. 27, 1999, S. 135-166, hier S. 147.

Kapitel ist dabei so unterteilt, dass die einzelnen Hauptanalyseebenen jeweils eines dieser vier Unterkapitel bedeuten. Einzig das erste führt in die Problematik historisch ein, in dem hier noch Veränderungen aus dem Jahr 1917 und der Kriegsjahre betrachtet werden, um auch die verwaltungstechnischen Hintergründe bei einer Umbenennung zu erfassen. Innerhalb dieser darauf folgenden drei Unterkapitel wird jede Stadt hinsichtlich der Perspektive separat betrachtet und anschließend ein Vergleich zwischen den beiden Städten gezogen. So werden zuerst die allgemeinen Informationen zu Veränderungen in Budapest betrachtet, daraufhin jene in Wien und schließlich werden Signifikanzen verglichen. Daran schließt das Unterkapitel an, in dem konnotative Namensbedeutungen geprüft werden und schließlich folgt in ein weiterer Schritt, mittels dem tatsächliche Bedeutungen zum Zeitpunkt der Veränderung betrachtet werden. Erkenntnisse aus den vorangehenden Teilen werden auch in den folgenden Kapiteln einbezogen.

Abgeschlossen werden wird diese Arbeit mit **Schlussbetrachtungen**. In diesem letzten Kapitel werden nochmals wichtige theoretische Annahmen, zeithistorische Umstände sowie Analyseergebnisse zusammengetragen, um die Forschungsfrage zu beantworten und schlussendlich auch weitere Forschungsmöglichkeiten zu zeigen.

I. Forschungsstand

Im Folgenden werden die Entwicklungen in der erinnernden Toponymie betrachtet und bei (methodischen) Überlappungen auch Texte mit über die Namensgebung hinausgehenden Inhalten knapp einfließen, da es sich bei der Namensgebung um das Kernthema des Dissertationsprojektes handelt. Texte zur Gedächtnis- und Raumtheorie sowie zur Stadtforschung sind unabhängig davon zwar theoretische Grundlage aber nicht eigentlicher Forschungsgegenstand und werden daher im Zusammenhang mit der Terminologie (Kapitel II) diskutiert. Die Straßennamenlexika werden vor allem im Quellen- und Methodikkapitel (Kapitel III) reflektiert, da es sich in diesen Fällen um bedeutende Quellen dieser Arbeit handelt, die aber nur in einem untergeordneten Teil darstellend und unter bestimmten Fragestellungen analysierende Beiträge beinhalten.

Die Forschung im Themenbereich Gedächtnis und (politische) Systemumbrüche wird allgemein immer wieder erweitert und durch verschiedene Publikationen, die Denkmäler im öffentlichen Raum und auch Straßennamen berücksichtigen, ergänzt. Entsprechend ist die vorliegende Arbeit Teil eines größeren Themenbereiches, der vor allem im Hinblick auf die Transformation der ostmitteleuropäischen Staaten nach 1990/91 eine geografische Erweiterung erfahren hat. In Bezug auf die kommemorative Toponymie, das heißt erinnernde Raumbezeichnungen, konkreter Straßennamen, ist die vorhandene Forschung dabei vor allem auf wenige Fallbeispiele beschränkt und es sind kaum größere komparative Arbeiten vorhanden. Maoz Azaryahu, der sowohl zur erinnernden Toponymie forscht und sich mit dem Forschungsstand auseinandersetzt, schätzt die interdisziplinäre[33] Literaturlage für den europäischen Raum als unausgeglichen ein. Zur von ihm aufgeworfenen Frage, warum die Toponymie in der geografischen Wissenschaft bis vor einigen Jahren ein Randdasein fristete[34], kommt die Kritik, dass nicht-englischsprachige Fallstudien einem größeren Publikum verschlossen

33 „Interdisziplinär“ meint vor allem, dass im Bereich der Toponymie Beiträge aus „Anthropologie, Kartographie, Geographie, Geschichts- , Rechts- , Literatur-, Politikwissenschaften, Philosophie, Umweltpsychologie und besonders Linguistik“ vorliegen, die entsprechend dem Forschungsgegenstand nicht separat betrachtet werden. Zitiert aus: Berg, Lawrence D. / Vuolteenaho, Jani: Towards Critical Toponymies; in: Dies. (Hrsg.): Critical Toponymies. The Contested Politics of Place Naming; Re-materialising Cultural Geography, Band 5, Farnham, Burlington, 2009, S. 1-18, hier S. 2.

34 Vgl.: Rose-Redwood / Aldermann / Azaryahu, Geographies of toponymic inscription, S. 455.

blieben.[35]

Diese letzte Kritik bezieht sich vor allem auf das Fehlen größer angelegter vergleichender Analysen von „'toponymic cleansing' in the wake of a regime change [which] is crucial for understanding the symbolic transformation of the urban landscape.“[36]

Jedoch lässt sich für den deutschsprachigen Raum feststellen, dass Dietz Bering[37] und weitere Autoren wichtige theoretische Grundlagen sowie erforschte Straßennamenveränderungen im Hinblick auf den von Azaryahu hervorgehobenen Kontext unternommen haben. Diese Feststellung teilt auch Bering selbst, wenn er ausgehend von seinen Überlegungen über die 2011 getätigte Publikation einer Projektskizze von 1989 sagt, dass „die vielen Texte, die aus dem gesetzten Impuls entstanden sind, […] in der Tat bemerkenswert“[38] sind. Gleichzeitig attestiert er aber ebenso wie Azaryahu, dass noch deutlich mehr Forschungspotenzial vorhanden ist. Er nimmt dabei direkt Bezug auf die Studie zu Straßennamen und deren historischer Entwicklung in Köln seit deren Kodifizierungsbeginn 1130, die unter Mitarbeit verschiedener Personen und in verschiedenen Forschungsarbeiten entsteht.[39]

Stellvertretend erwähnt sei Peter Glasers Aufsatz mit verdichteten Erkenntnissen „Vom Ortsgedächtnis zum Gedächtnisort: Straßennamen zwischen Mittelalter und Neuzeit“[40]. Glaser macht darin deutlich, dass sich in der Straßennamenforschung neben dem in dieser Arbeit verfolgten Ansatz der „Erforschung kultureller Gedächtnisformationen, deren Wissenschaftsfokus auf identitätsstiftende Erinnerungskulturen und deren Medien ausgerichtet ist“ außerdem Fragen der

---

35 Vgl.: Azaryahu, Critical Turn and Beyond, S. 28-29.

36 Azaryahu, Critical Turn and Beyond, S. 28-29.

37 Vgl.: Bering, Dietz: Grundlegungen kulturwissenschaftlicher Studien über Straßennamen: Der Projektentwurf von 1989; in: Eichhoff, Jürgen / Seibicke, Wilfried / Wolffsohn, Michael (Hrsg.): Name und Gesellschaft. Soziale und historische Aspekte der Namengebung und Namenentwicklung; Thema Deutsch, Band 2, Mannheim, Leipzig, Wien, Zürich, 2001, S. 270-281; Bering / Großsteinbeck / Werner, Wegbeschreibungen; Bering, Dietz: Straßennamen und kulturelles Gedächtnis; in: Föllner, Ursula / Luther, Saskia / Weiner, Jörn (Hrsg.): Straßennamen und Zeitgeist. Kontinuität und Wandel am Beispiel Magdeburgs; Halle (Saale), 2011, S. 12-34.

38 Bering, Grundlegungen kulturwissenschaftlicher Studien über Straßennamen, S. 270.

39 Vgl.: Bering, Grundlegungen kulturwissenschaftlicher Studien über Straßennamen, S. 271.

40 Vgl.: Glaser, Peter: Vom Ortsgedächtnis zum Gedächtnisort: Straßennamen zwischen Mittelalter und Neuzeit; in: Eichhoff, Jürgen / Seibicke, Wilfried / Wolffsohn, Michael (Hrsg.): Name und Gesellschaft. Soziale und historische Aspekte der Namengebung und Namenentwicklung; Thema Deutsch, Band 2, Mannheim, Leipzig, Wien, Zürich, 2001, S. 282-302.

Stadtsemiotik sowie der Mentalitätsgeschichte erörtern lassen. Dabei sind diese verschiedenen Perspektiven auch eine Folge verschiedener Benennungspraxen durch die Bevölkerung. Die langsame Veränderung generischer oder spezifischer Namensteile im Laufe des Mittelalters führt so eher zu einer mentalitätsgeschichtlichen Betrachtung. „[D]ie immer wieder 'Kampf', ja 'Krieg' genannten Auseinandersetzungen um die onomastische Umstrukturierung der Straßennamenkorpora in den Städten“ [41] hingegen führen eher zu einer Betrachtung der „Straßennamen als säkularisierte Gedächtnisorte“[42].

Wesentliche Quellen für diese Arbeit sind Namenssammlungen sowie Adressbücher und Grundbücher sowie Kodizes von Straßenbezeichnungen. [43] Damit eine umfassende Aufnahme und Bearbeitung von diesen Quellentypen möglich ist, verweisen Bering sowie Glaser in den beiden oben zitierten Texten auf einen anderen fundamentalen Text, wenn eine Analyse aller Straßennamen eines Stadtgebietes vorgenommen werden soll. Um etwaige Brüche sowie Kontinuitäten erkennbar machen zu können, sind umfassende Kategoriensysteme notwendig. Bering sowie Klaus Großsteinbeck und Marion Werner haben dementsprechend einen „Entwurf eines Kategoriensystems zur Erforschung synchroner und diachroner Straßennamenkorpora“ entwickelt, der unterschiedliche Kategorieebenen umfasst: „A: Basisinformationen (nichtlinguistische Daten), B: Formanalyse (morphologisch-syntaktische Struktur), C: Bezugsanalyse (konnotatives Potenzial), D: Bedeutungsanalyse (denotatives Potenzial)“[44]. Die so gebildeten Ebenen bilden sodann auch das Analysepotenzial von Straßennamen insgesamt ab und werden entsprechend beispielsweise in der Arbeit von Glaser verwendet.

Doch neben diesem eher quantitativen und ganzheitlichen Ansatz bieten sich weitere Möglichkeiten, diese Problematik zu analysieren. In den jüngeren Jahren entwickelte sich dementsprechend ein qualitativ arbeitender und kritisch fundierter Bereich der Wissenschaften. Vor allem wandelte sich die Perspektive, und die Betrachtung der politische Dimension wurde zunehmend kritischer. In dieser Betrachtungsweise wurde sie auch von Azaryahu als wesentlicher Einfluss auf

41 Vgl.: Bering, Grundlegungen kulturwissenschaftlicher Studien über Straßennamen, S. 271.

42 Vgl.: Glaser, Vom Ortsgedächtnis zum Gedächtnisort, S. 288.

43 Vgl.: Glaser, Vom Ortsgedächtnis zum Gedächtnisort, S. 289-291.

44 Bering / Großsteinbeck / Werner, Wegbeschreibungen, S. 147.

städtische Landschaften angesehen, und rückte schließlich in den Vordergrund von wissenschaftlichen Arbeiten.[45] Dieser Aspekt fokussiert Namensänderungen, Umstellen oder Abreißen von Denkmälern als politische Handlungen stärker.[46]

Diese (politisierten) Auswahlprozesse sind Grundlage jeder Gedächtnisebene. Das kulturelle Gedächtnis zeichnet sich gleichermaßen durch eine solche Dynamik aus. Entsprechend kann hier von einem politischen Gedächtnis gesprochen werden, das eine besondere Form des kulturellen Gedächtnisses ist.[47] Die notwendigen semiotischen Analyseebenen im Sinne von Azaryahu sind vor allem das Verhältnis von Inhalt des zu erinnernden Namens und dessen Akzeptanz durch die Umgebung, sowie die Art und Weise der Namensgebung und etwaige Partizipation der Öffentlichkeit.[48]

Zusätzlich zu Azaryahus Publikationen[49] widmeten sich andere Autoren vor allem dem Denkmal als einer Form der öffentlichen Repräsentation von Identität und ihren Veränderungen. Wesentliche Texte finden sich dazu im Sammelband von Stefan Riesenfellner. „Steinernes Bewußtsein I“ behandelt ausschließlich österreichische Exemplare dieser Repräsentationsform.[50] Markus Kristan trifft dabei in seinem Beitrag dieses Sammelbandes, „Denkmäler der Gründerzeit in Wien“[51], bereits in den ersten Absätzen die Aussage, dass Denkmäler neben dem Erinnern immer noch einen „zweites Motiv“ – erschließbar aus den geschichtlichen Zusammenhängen – haben.[52]

Ebenso erinnern Straßen neben ihrer Orientierungsfunktion des Alltages[53] zuerst an eine wichtige Persönlichkeit oder referieren auf Ereignisse. Doch noch mehr als bei Denkmälern, die mit der Inschrift ihr „zweites Motiv“ andeuten, eröffnet sich das

45 Vgl.: Rose-Redwood / Aldermann / Azaryahu, Geographies of toponymic inscription, S. 455.

46 Vgl.: Azaryahu, Maoz: Renaming the Past: Changes in „City Text“ in Germany and Austria, 1945-1947; in: History and Memory 2, 2, 1990, S. 32-53 sowie Azaryahu, Critical Turn and Beyond, S. 28-33.

47 Vgl.: Assmann, Schatten der Vergangenheit, S. 36; Riesenfellner, Stefan (Hrsg.): Steinernes Bewußtsein I. Die öffentliche Repräsentation staatlicher und nationaler Identität Österreichs in seinen Denkmälern; 1998, Wien, Köln, Weimar.

48 Vgl.: Azaryahu, Critical Turn and Beyond, S. 31-32.

49 Darunter auch Azaryahu, Maoz: The power of commemorative street names; in: Environment and Planning D: Society and Space, 14, 1996, S. 311-330; Azaryahu, German reunification, S. 479-493; Azaryahu, purge of Bismarck and Saladin, S. 801-814.

50 Riesenfellner, Steinernes Bewußtsein I.

51 Kristan, Markus: Denkmäler der Gründerzeit in Wien; in: Riesenfellner, Steinernes Bewußtsein I, S. 77-166.

52 Vgl.: Kristan, Denkmäler der Gründerzeit, S. 77-78.

53 Diese Orientierungsfunktion kommt aber auch ohne erinnernde Benennungen aus, wie die nummerierten Straßen amerikanischer Großstädte zeigen.

Hauptmotiv für die Wahl eines bestimmten Straßennamens nicht sofort. Er ist ein Medium der Kommunikation für Gedächtnis. Dabei ist der Moment der Wahl wesentlich: Er trägt „zur Hälfte Erinnerung an das Vergangene, zur anderen Hälfte erheben sie [die gewählten Namen; Anm. d. A.] jedoch Anspruch auf etwas Kommendes: […] indem sie verbindliche angeben, vorschreiben, was zu erinnern [sic] ist.“[54]

So schreibt es Sillaber in seinem Aufsatz „Straßennamen – Wegweiser zur Identität“, in dem er vor allem auf die Namensänderungen der österreichischen Landeshauptstädte eingeht. Methodisch beschreitet Sillaber das Problemfeld semiotisch: Er bettet die Benennungen in Form von Texten in ihr gesellschaftliches Umfeld ein und macht Umbenennungen über die positivistischen Befunde der Quellen hinaus verständlich[55]. Der Text von Sillaber bietet für diese Arbeit dabei über sein methodisches Vorgehen hinaus Berührungspunkte, wenn „dem *Besonderen des Alltäglichen*“[56] nachgegangen wird, denn Sillaber zeigt in seinem Beitrag die grundlegenden Konnotationen der Straßennamen in den österreichischen Landeshauptstädten inklusive Wiens. Dabei entwickelt er die These, dass Straßennamen und Namen von Plätzen aufgrund ihrer Heimat-“produzierenden“ Fähigkeiten, im Moment der Veränderung destabilisierend für jene Heimat sind und ebenso umkämpft. Entsprechend kommt Straßennamen auch Bedeutung zu bei der Formation eines kollektiven Gedächtnisses.[57]

Eine Kombination aus Beidem, Denkmälern und Straßennamen, findet sich bei verschiedenen Beiträgen von Emilia Palonen[58]. Sie orientiert sich in ihren Betrachtungen ebenfalls an Azaryahus Positionen. In ihrem Arbeitspapier „Politics

54 Sillaber, Alois: Straßennamen: Wegweiser zur Identität; in: Riesenfellner, Steinernes Bewußtsein I, S. 575-618, hier S. 576.

55 Vgl.: Sillaber, Straßennamen, S. 580, Sillaber verweist hier auf Ehetreiber, Christian / Rath, Otto: Geschichtsbilder in Grazer Straßennamen; in: Riesenfellner, Stefan / Uhl, Heidemarie: Todeszeichen: Zeitgeschichtliche Denkmalkultur in Graz und in der Steiermark vom Ende des 19. Jahrhunderts bis zur Gegenwart; S. 197-217 sowie auf Schmid, Georg: Die Spur und die Trasse: (Post-)Moderne Wegmarken der Geschichtswissenschaft; Wien, Köln, Weimar, 1997.

56 Sillaber, Straßennamen, S. 575.

57 Vgl.: Sillaber, Straßennamen, S. 577-578.

58 Vgl.: Palonen, Emilia: Politics of Memory in the City-Text of Budapest; ECPR Working Paper, Edinburgh, 2003; http://helsinki.academia.edu/EmiliaPalonen/Papers/384133/The_City-Text_In_Post-Communist_Budapest_Street_Names_Memorials_and_the_Politics_of_Commemoration, 24. Januar 2012; Dies.: Canonisation an Recanonisation in Hungarian Street Names; in: Dobos, István / Szegedy-Maszák, Mihály: Kánon és kanonizáció; Budapest, 2003, S. 148-161 sowie Dies.: The city-text in post-communist Budapest: street names, memorials, and the politics of commemoration; in: GeoJournal, 73, 2008, S. 219-230.

of Memory in the City-Text of Budapest“ verfolgt Palonen zwei zentrale Thesen, die für das hiesige Dissertationskonzept grundlegend sind. Sie zeigt, dass erinnernde Straßennamen zwei Funktionen haben: „First, it [memory] looks at the city-text as the arena of political contestation […]. Secondly, it asses city-text as marking space and forming a public collective memory […].“[59] In ihrem Text wird deutlich, dass die Reorganisation von Raum in Budapest vor allem das späte 19. Jahrhundert „with its bourgeois, noble and Habsburg elements, and the 1956-ism“ [60] dominieren und dem historischen Diskurs ausgesetzt sind. [61] Das Aufkommen vor allem habsburgischer Referenzen galt den Zielen der Depolitisierung und einer Dekanonisierung. Ersteres basiert auf der Annahme, dass diese Verweise auf eine lang zurückliegende Geschichte der habsburgischen Ära in weiten Teilen der Gesellschaft positiv oder gar nicht konnotiert gewesen seien. Zweitens sollte das Prinzip nach dem mittels Straßennamen erinnert wird, verändert werden. Es sollten ideologische Argumente aus dem Erinnerungsdiskurs ferngehalten werden.[62]

Jedoch zeigt Palonen in einem weiteren Aufsatz, dass dadurch die neuen Straßennamen aufgrund ihres thematischen Schwerpunktes und Übergewichts ein neues Prinzip gebildet wurde[63]: „[T]hey form a fairly coherent set of names, the national canon, which are repeatable, and repeated, from town to town, or, in Budapest, from district to district.“[64] Jedoch führte diese Entwicklung von – bildlich gesprochen - „ungeschriebenen Gesetzen“ nicht zu einem Rückgang an Debatte über Namen, was sich in allen Publikationen von ihr zu diesem Thema zeigt[65].

Es ist bereits peripher erwähnt worden, dass besonders die Ansätze von Azaryahu[66] und Palonen[67] von kritischer Theorie geprägt sind. „In particular, it

---

59 Palonen, Politics, S. 1.

60 Palonen, Politics, S. 13.

61 Vgl.: Palonen, Politics, S. 13. Einen ähnlichen Ansatz über eine deutlich längere Periode verfolgt Bodnar, Eva: “I Have Often Walked Down This Street Before...But What Was it Called?”: Changes to Street Names in Budapest from the End of Turkish Rule to the Present; in: Past Imperfect, 15, 2009, S. 115-153.

62 Vgl.: Bodnar, “I Have Often Walked…”, S. 18.

63 Vgl.: Palonen, Canonisation, S. 148.

64 Palonen, Canonisation, S. 152.

65 So auch besonders bei Palonen: City-text in post-communist Budapest.

66 Vgl. grundsätzlich: Azaryahu, Critical Turn and Beyond.

67 Vgl.: Palonen, Emilia: Reading Budapest: Political Polarisation in Contemporary Hungary; Ph.D. Thesis, University of Essex, 2006, http://polemics.files.wordpress.com/2007/06/emilia_palonen_phd_thesis2006.pdf, 29. Dezember 2012,

shows how power relations shape commemorative priorities and produce certain geographies of public memory.“[68] Dabei zeigt sich, dass die von ihnen gewählten Forschungsobjekte, das heißt die Straßennamenkorpora vor allem in Städten der post-sozialistischen Staaten liegen.

In Azaryahus Pilotstudie steht dabei vor allem Berlin im Fokus und wird mit Tel Aviv verglichen, seiner Vorgehensweise soll aufgrund ihres grundlegenden Charakters besonderer Raum gewidmet sein.[69] Berlin ist außerdem erwähnt, da es sich bei dieser Stadt, wie Azaryahu hervorhebt, um eine Stadt handelt, die eine Vereinigung zweier Stadtteile erlebte und dazu auch Zentrum eines gesamtstaatlichen Zusammenschlusses war. Damit bestand die Herausforderung, wie Straßennamen verändert werden sollten, sowohl im Hinblick auf die Entscheidungsbefugnisse, die bei Lokalvertretungen, der Stadtverwaltung aber auch beim Bund lagen, respektive jeweils zumindest große Interessen vorhanden waren, die Entscheidungsfindung untereinander zu beeinflussen, wenn es um die inhaltliche Ausrichtung der Namen ging, die gerade das demokratische Erbe reflektieren sollten.[70]

Dabei zeigt sich bei den ersten Umbenennungsvorschlägen, die in Listen 1990/91 vorlagen, „that two fundamental approaches were emerging: a moderate-minimalist and a radical-maximalist.“ [71] Dabei war die dem minimalistischen Vorschlag entsprechend kurze Liste jene, die vor allem von den ehemaligen Offiziellen der DDR vertreten wurde, während die konservativen Kräfte der CDU deutlich mehr Namen verändert sehen wollten. Letztere „were interested not only in erasing salient Soviet symbols […], but also targeted heroes of the revolutionary tradition of German socialism, such as Marx, Engels, Rosa Luxemburg and Ernst Thälmann.“ [72] Dagegen moderate Kräfte bis hin zu jenen des minimalistischen Ansatzes sahen zwar ebenfalls die Löschung von Erinnerung an den Stalinismus und Leninismus, allerdings sollte es weiterhin eine Erinnerung der sozialistischen Bewegung der Vorkriegszeit geben. In den ersten Entscheidungen der

---

S. 14, S. 34, S. 89-94.

68 Azaryahu, Critical Turn and Beyond, S. 28.

69 Vgl.: Azaryahu, German reunification, S. 479-493; Azaryahu, purge of Bismarck and Saladin, S. 801-814.

70 Vgl.: Azaryahu, German reunification, S. 479-480.

71 Azaryahu, German reunification, S. 484.

72 Azaryahu, German reunification, S. 484.

Bezirksverwaltungen blieben dann oft sowohl führende Autoren und Politiker der sozialistischen Idee erhalten sowie auch Wiederstandkämpfer gegen den Nationalsozialismus keinesfalls aus der Namenslandschaft getilgt wurden.[73] Jene Straßen und Plätze, die im Rahmen der gesamtstädtischen Aufgaben dem Senat der Stadt Berlin in ihrer Benennung unterstellt waren, wurden durch eine Kommission in den Jahren 1993/94 verändert. Die Kommission arbeitete entsprechend der selbst gegebenen Richtlinie, dass erinnernde Namen „'in the widest possible sense reflect all traditions that have place in the memory of a pluralistic, tolerant democracy', the commission also concluded that the Federal Republic, in its capacity as the second German democracy, should not publicly honour those who contributed to the destruction of the first German democracy.“[74] Während dieser Diskussion waren die politischen Entscheidungsträger sowie Anhänger des minimalistischen Ansatzes „erfolgreicher“, wobei gemäß Azaryahu die bundespolitische Situation ebenso wie die Lokalpolitik Einfluss hatte. Konkret beobachtet Azaryahu in der Ostberliner Bevölkerung ein Gefühl der Kolonisierung und Paternalismus durch den Westen. Ebenso warben Politiker des minimalistischen Ansatzes dafür, die begrenzten finanziellen Mittel anderswo zu investieren.[75]

Neben diesen Studien zu den Berliner Straßennamen finden sich noch einige andere Studien, wie von Ingrid Kühn, die die aus der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik entstandenen Bundesländer vergleichend betrachtet.[76] Sie berücksichtigt Wohngebietsnamen ebenso wie Folgen von Namensänderungen für beispielsweise Apotheken, die oftmals einen ihrer Lage entsprechend beschreibenden Namensteil haben, der ihre Lokalisierung erleichtert. Gleichermaßen findet sich die sozialistische Ideologisierung im landwirtschaftlichen Lebensumfeld wieder, wenn Produktionsgenossenschaften oder Betriebe benannt

---

73 Vgl.: Azaryahu, German reunification, S. 487.

74 Azaryahu, German reunification, S. 488.

75 Vgl.: Azaryahu, German reunification, S. 490-491.

76 Vgl.: Kühn, Ingrid: Umkodierung von öffentlicher Erinnerungskultur am Beispiel von Straßennamen in den neuen Bundesländern; in: Eichhoff, Jürgen / Seibicke, Wilfried / Wolffsohn, Michael (Hrsg.): Name und Gesellschaft. Soziale und historische Aspekte der Namengebung und Namenentwicklung; Thema Deutsch, Band 2, Mannheim, Leipzig, Wien, Zürich, 2001, S. 303-317; Kühn, Ingrid: Strassennamen nach der Wende; in: Germanistische Linguistik 129-130. Reader zur Namenskunde III, 1, Toponymie, 1996, S. 793-800; Kühn, Ingrid: Veränderungen der Straßennamen in den neuen Bundesländern nach der Wende; in: Tiefenbach, Heinrich / Löffler, Heinrich (Hrsg.): Personenname und Ortsname. Basler Symposion. 6. und 7. Oktober 1997; Heidelberg, 2000, S. 267-277.

wurden.[77]

Palonen behandelt besonders umfassend die Veränderungen der Straßennamen in Budapest in der Nach-Wende-Zeit.[78] Dies gibt der Autorin für diese Arbeit in Bezug auf einen der hier gewählten Fallbeispiele eine besondere Rolle. In Anlehnung an Azaryahu „[t]he changes [of street names; Anm. d. A.] under examination are indicative of political developments, but the city-text is also a battleground for political control over space and symbols.“[79] Orientiert an Eva Bodnár[80] entwickelt Palonen eine strukturell ähnliche Studie, wie sie zu diesem Zeitpunkt bereits für Berlin (siehe oben) oder București durch die Arbeit von Duncan Light[81] sowie Moskvá[82] gab. Dabei lässt sich in Budapest in den 1990er Jahren ein ähnlicher Gegensatz beobachten wie in Berlin: „The 1990s led to a stark differentiation between the political left and right in Hungary, which became sedimented and polarized in the early 2000s.“[83] Dabei orientiert sich Palonen an der Diskursanalyse in Bezugnahme auf Laclau[84]. Das Straßennamenkorpora wird als Stadttext definiert, indem politische Identifikatoren, besonders im Hinblick auf die Frage, welche historischen Personen zu heroisieren sind, ebenso Teil des Konfliktes ist wie die Frage des parteipolitischen Besitzes und den Regeln zum Verändern des Stadttextes.[85] Dabei zeigen sich diverse Themen, die in Budapest versucht wurden, zu implementieren. Die 1956er Revolution war genauso in der Diskussion sehr prominent wie die Unabhängigkeit und Freiheit.[86] Besonders hervorzuheben ist aber im Hinblick auf die vorliegende Arbeit, dass

„the late nineteenth century was treated as the ‘obvious’ or ‘easy’ option that avoided the

---

77 Vgl.: Sommerfeldt, Karl-Ernst: Zu den Bezeichnungen Genossenschaftlicher Betriebe in der DDR; in: Germanistische Linguistik 129-130. Reader zur Namenskunde III, 1, Toponymie, 1996, S. 347-353; Naumann, Horst: Zur Entwicklung der Mikrotoponymie in der sozialistischen Landwirtschaft; in: Germanistische Linguistik 129-130. Reader zur Namenskunde III, 1, Toponymie, 1996, S. 507-515.

78 Vgl.: Palonen, Reading Budapest.

79 Palonen, city-text in post-communist Budapest, S. 219.

80 Vgl.: Bodnar, “I Have Often Walked…”.

81 Vgl.: Light, Duncan et. al.: Toponymy and the Communist city: Street names in Bucharest, 1948–1965; in: GeoJournal 56, 2002, S. 135–144; Light, Duncan: Street names in Bucharest, 1990 –1997: exploring the modern historical geographies of post-socialist change; in: Journal of Historical Geography 30, 2004, S. 154–172.

82 Vgl.: Gill,Graeme: Changing Symbols: The Renovation of Moscow Place Names; Russian Review, Nr. 3, Vol. 64, 2005, S. 480-503.

83 Palonen, city-text in post-communist Budapest, S. 219.

84 Vgl.: Palonen, city-text in post-communist Budapest, S. 220. Palonen verweist hier auf Laclau, E.: New reflections on the revolutions of our time; London, 1990.

85 Vgl.: Palonen, city-text in post-communist Budapest, S. 220.

86 Vgl.: Palonen, city-text in post-communist Budapest, S. 226-228.

politically sensitive interwar period. Yet, it also expressed national sovereignty, marking the era when, in 1867, decades after the defeat of the revolution of 1848, Hungary gained an autonomous status within the Habsburg Empire.“[87]

Nachdem aber die Namen dieser Zeit noch nicht „'national' enough“[88] waren,

„[t]he commemoration shifted towards the interwar period, which embraced elements important for the Hungarian post-communist right wing discourses, such as peasant populism and religion. […] The post-communist extreme-right in particular has been calling, in addition for commemoration of admiral Miklós Horthy (the most important Hungarian head of state in the interwar period), for the return of the aforementioned Trianon monument on Szabadság tér at the location of the former Trianon memorial, where soil from all corners of historic Hungary was brought to unite the nation symbolically.“[89]

Die bereits erwähnte Eva Bodnár[90] gibt über diese konkreten Änderungen der Nachwendezeit einen Überblick über Veränderungen in den letzten 300 Jahren und ist damit gleichzeitig Orientierung für die vorliegende Arbeit. „Examples of these changes include the creation of cults of collective remembrance and personality in the nineteenth century and irredentism in the twentieth century.“[91] Dabei verfolgt sie die These, dass Straßennamen nationalen Konsens und kollektive Identität reflektieren. Ihr Vorgehen entspricht dabei vielen anderen Studien dieses Bereiches und vielen hier zitierten Autorinnen und Autoren. Es werden auf theoretischer Grundlage basierende Muster dargestellt und daraufhin in den jeweiligen zeitlichen Kontext eingebettet.[92] Dabei geht sie aus von grundsätzlichen offen einsehbaren Benennungen beziehungsweise zuerst Nummerierungen.

„In Vienna, Maria Theresa (1740-1780) first ordered houses to be officially numbered with a decree dated 10 March 1770, although some official numbering pre-dated the promulgation of the law. Recording street names on physical signs followed on February 4 1782, when Joseph II (1780-1790) ordered the name of each street to be painted on house walls at the point where the passageway began. For Ofen (Buda) and Pest, which was also under the jurisdiction of the Habsburg rulers, Joseph II ordered a similar house numbering, the painting of the names of streets on house walls, and a regulation of the city districts as had taken place in Vienna.“[93]

---

87 Palonen, city-text in post-communist Budapest, S. 228.

88 Palonen, city-text in post-communist Budapest, S. 228. Palonen verweist hier auf Magyar Nemzet, 17. Juli 1990.

89 Palonen, city-text in post-communist Budapest, S. 228.

90 Vgl.: Bodnar, “I Have Often Walked…”.

91 Bodnar, “I Have Often Walked…”, S. 115.

92 Vgl.: Bodnar, “I Have Often Walked…”, S. 117.

93 Vgl.: Bodnar, “I Have Often Walked…”, S. 126. Bodnar verweist hier auf Wohlrab, Hertha / Czeike, Felix: Die Wiener Häusernummern und Straßentafeln; in: Wiener Geschichtsblätter, Nr. 3, Vol. 61, 1946 sowie Uhl, Roman: Beiträge zur Geschichte der Straßenbenennung in Wien; in: Wiener Geschichtsblätter, Nr. 3, Vol. 61, 1946.

Die Namen waren ausschließlich deutschsprachig[94]. Ende des 19. Jahrhunderts attestiert Bodnar vor allem ungarischsprachige Namen, die neuen Namen „were literal transcriptions, like Wiener Thor and Bécsi kapu. Some were translations with poetic license, like Bey der Saulen, altered to Szent háromság tér, and some street names were rechristenings, like Haubt Platz into Disz tér“[95]. Darüber hinaus zeigen sich erste erinnernde Benennungen entsprechend Bodnar nach dem Ausgleich, als Deák Ferenc zu erinnern begonnen wurde.[96] Kossuth Lajos fand ebenso bereits Eingang in die Erinnerung. Bodnar attestiert – und das lässt sich im Fall von Kossuth Lajos und beispielsweise Petőfi Sándor bis heute fortsetzend für gültig erklären[97] –

„What mattered at this time was the number of street signs that an individual received, with quantity expressing level of importance to Hungarian cultural identity.“[98] 1918 und 1919 kam es dann dazu, dass die politischen Regime „imprint its value system on the Hungarian capital using the symbolism of the street landscape“[99].

Besonders hervorzuheben ist, dass selbst Miklos Horthy zu Lebzeiten, ebenso wie seine Frau und sein Sohn Teil der Namenslandschaft wurden, während Namen verlorengegangener Gebiete Zeichen des damaligen Revisionismus seien.[100] Mit diesen Tendenzen zeigt die Autorin entsprechende Muster, denen in der vorliegenden Arbeit nachgegangen werden soll, die aber zuweilen auch in ihrer quantitativen Signifikanz hinterfragt werden sollen.

Die bisher erwähnten vor allem auf politische Herrschaftsstrukturen ausgerichteten kritischen Betrachtungen werden in jüngerer Zeit immer öfter auch von Perspektiven ergänzt, die sich mit Benennungsprozessen und ökonomischen Einfluss auseinandersetzen. Reuben Rose-Redwood und Derek Alderman bieten entsprechende Perspektiven auf die Privatisierung von öffentlichen Raum in New York oder anderen Finanzzentren an:

„In an age when the right to name everything from prominent buildings and subway stations to entire towns is being commodified, there is clearly a need for a more nuanced critical theory of political toponymy that moves beyond the long-held belief that place

94 Zu Prag vgl.: Kalousková, Lenka: Deutsche Straßen- und Platznamen Prags; in: Beiträge zur Namesnforschugn, Nr. 4, Vol. 47, 2012, S. 441-457.

95 Bodnar, “I Have Often Walked…”, S. 128.

96 Vgl.: Bodnar, “I Have Often Walked…”, S. 131-133.

97 Vgl.: Palonen, Canonisation, S. 152-153.

98 Bodnar, “I Have Often Walked…”, S. 131-134.

99 Bodnar, “I Have Often Walked…”, S. 137.

100 Vgl.: Bodnar, “I Have Often Walked…”, S. 138-140.

naming is a strictly 'cultural' phenomenon which is somehow disconnected from the political, economic, and social struggles over the production of 'place'.“[101]

Dietz Bering sieht ähnliche Entwicklungen im Hinblick auf Fußballstadien und die „Kommerzialisierung der Namenwelt“[102]. Über diese Studien und Beiträge hinaus, die vor allem eine starke Tendenz deutlich machen, finden sich diese Perspektiven versammelt im Sammelband „Critical Toponymies. The Contested Politics of Place Naming“ von Lawrence D. Berg und Jani Vuolteenaho wieder.[103] Beide legen einleitend dar, dass die wissenschaftliche Erarbeitung ebenso wie die Modernisierung von Namenslandschaften – vor allem verstanden als eine Homogenisierung – kaum bis gar nicht politischen oder ökonomischen Einfluss zu betrachten gesucht hat, sondern vielmehr philosophisch bis geografisch orientiert war.[104] Mit Mitte bis Ende der 1980er Jahre, so Vuolteenaho und Berg, begannen erste Autoren den kritischen Fokus verstärkt einzunehmen. Die Folge dieser Einflüsse war, dass im Rahmen der theoretischen Entwicklung, die Verbindung von Namen, öffentlichem Raum und der Bedeutung von öffentlichem Raum in einer definitorisch-kritischen Entwicklung, vor allem die Heterogenität von Benennungsmöglichkeiten im öffentlichen Raum erfasste. Das heißt, so eröffneten sich die bis Ende der 1980er Jahre relativ naiven Betrachtungen die Möglichkeit, den status-quo von Macht- beziehungsweise Bedeutungsverhältnissen ebenso in den Blick zu nehmen wie

„[c]onversely, in cases where socio-cultural tensions are paramount, toponymic struggles may surface in a variety of everyday forms: from organized re-naming campaigns to the spontaneous use of alternative names and pronunciations, grouses against the renditions of of history in official toponyms, refusals to unlearn marginalized names, and so on.“[105]

An diese theoretische Entwicklung anschließend sind zu Wien verschiedene Formen der wissenschaftlichen Bearbeitung dieses Themas im Bereich der zeithistorischen Studien entstanden.[106] Dabei ergänzt die Diplomarbeit von Birgit

---

101 Rose-Redwood, Reuben / Alderman, Derek: Critical Interventions in Political Toponomy; in: ACME: An International E-Journal for Critical Geographies, Nr. 1, Vol. 10, 2011, S. 1-6, hier S. 2.

102 Vgl.: Bering, Dietz: Fußballstadien. Zur Kommerzialisierung der Namenwelt; in: Reitzenstein, Wolf-Armin Frhr. v. (Hrsg.): Flurnamen, Straßennamen; Deutsche Namenforschung auf sprachgeschichtlicher Grundlage, Band 3, Hildesheim, Zürich, New York, 2011, S. 23-33.

103 Vgl.: Berg / Vuolteenaho, Critical Toponymies.

104 Vgl.: Berg / Vuolteenaho, Critical Toponymies, S. 6.

105 Berg / Vuolteenaho, Critical Toponymies, S. 11.

106 So die Konferenz: “International Directions in critical place-name Research and the Vienna Case Study”, Wien, 6./7. Mai 2013; ebenso die Diplomarbeit von Birgit Nemec: Straßenumbenennungen in Wien als Medien von Vergangenheitspolitik. 1910-2010. Mit besonderer Berücksichtigung der Gender-Problematik; Diplomarbeit, Wien, 2008 sowie besonders Rathkolb, Oliver / Autengruber, Peter / Nemec,

Nemec die kritische Perspektive abermals, da sie Gender-Fragen eine zentrale Rolle in ihrer Arbeit einräumt. Damit zeigt sie im Sinne der kritischen Namensstudien ein Defizit in gesellschaftlichen Benennungsprozessen. Doch darüber hinaus ist ihre Diplomarbeit von besonderem Interesse, da sie auch die Zwischenkriegszeit mitbetrachtet[107], wenn dies auch nur beschränkt auf die Bezirke Innere Stadt, Leopoldstadt, und Landstraße der Stadt Wien bezogen geschieht.[108] Theoretisch folgt sie – bildlich gesprochen – den Pfaden von oben erwähnten Autoren und versteht die Stadt als einen Text im Rahmen semiotischer Straßennamenforschung. Entsprechend spielen aber auch Systembrüche und Machtwechsel eine zentrale Rolle in der Auseinandersetzung mit den Straßennamen.[109] Doch darüber hinaus wurden mit ihrer Arbeit wichtige Quellenbestände teilweise schon gesichtet und dokumentiert sowie intensiv aufgearbeitet.[110]

Weit darüber hinaus reichend ist die Studie von Oliver Rathkolb, Peter Autengruber, Birgit Nemec und Florian Wenninger. Der „Forschungsprojektendbericht. Straßennamen Wiens seit 1860 als 'Politisches Erinnerungsorte'" ist Ergebnis der Forschungsarbeit seit 2011. Ausgangspunkt war die Diskussion über den Namen eines Teils der Ringstraße: Dr.-Karl-Lueger-Ring. Dabei erinnern die Prüfkriterien sehr an die von Azaryahu zitierten Richtlinien der Berliner Kommission. In Wien hatte die kritische Analyse der Straßennamen entsprechend zum Ziel,

> „ob die durch die Benennung einer Fläche geehrten Personen Handlungen gesetzt haben, die nach heutigen Maßstäben und demokratischen Werthaltungen eine intensive Auseinandersetzung und Prüfung vor der Auszeichnung durch eine Benennung einer Straße oder eines Parks durch die Stadt Wien erfordern würde."[111]

Das heißt, „ob diese Personen durch öffentliche antisemitische, rassistische, faschistische Äußerungen oder Handlungen hervorgetreten sind."[112] Rathkolb et al. schreiben, dass vor allem der Nationalsozialismus und die Aktivitäten von Menschen in dieser Zeit im Vordergrund standen. Ungeachtet der Empfehlungen,

---

Birgit / Wenninger, Florian: Forschungsprojektendbericht. Straßennamen Wiens seit 1860 als "Politisches Erinnerungsorte"; Wien, 2013.

107 Vgl.: Nemec, Straßenumbenennungen, S. 78-84.

108 Vgl.: Nemec, Straßenumbenennungen, S. 9.

109 Vgl.: Nemec, Straßenumbenennungen, S. 40-41.

110 Vgl.: Nemec, Straßenumbenennungen, S. 51-56.

111 Rathkolb et al., Forschungsprojektendbericht, S. 11.

112 Rathkolb et al., Forschungsprojektendbericht, S. 11.

die die Studie gibt, gilt es darüber hinaus zu erwähnen, dass sie äußerst nah an der Herangehensweise der kulturwissenschaftlichen Straßennamenanalyse von Glasner und Bering arbeitet, wie sie von weiter oben bereits erläutert worden ist. Die Autorin und die Autoren der Studie haben zum Zweck ihrer Arbeit die Personen in einer Datenbank erfasst und zur finalen Analyse aufgrund besonders der Kategorieebene C, das heißt, dem Konnotationsgehalt eines Namens, wie er aus Quellen, Reden, Zeitungen und ähnlichem hervorging, kategorisiert.[113] Nicht zuletzt besteht der Wert der Studie abgesehen von ihrem Interesse für die öffentliche Administration der Stadt in einem technisch-pragmatischen sowie einem theoretischen Grund. Die Studie führt auch in die Problematik der Straßennamen ein und hält Grundlegendes ebenso wie Details fest. Aber vor allem ist sie im Rahmen des gesamten Forschungsstandes insofern eine Besonderheit, als dass es neben einer ähnlichen Studie zu Köln keine weiteren derart umfassend kulturwissenschaftlich fundierten Straßennamenstudien mit einer kritischen Perspektive gibt, die semiotische qualitative Ansätze mit empirisch quantitativen Ansätzen zu verbinden weiß.

Einen kleinen Beitrag dazu lieferte bereits vor Erscheinen der Studie der bereits erwähnte Text von Sillaber: Er ist insofern für die Arbeit noch wesentlicher, als dass er inhaltliche Umbenennungsmuster ausarbeitet und mit einigen knappen Beispielen präsentiert. Dabei zeigt er für die Zwischenkriegszeit, dass grundsätzliche Probleme der Selbstidentifikation der österreichischen Gesellschaft nach 1918 sich in den Wiener Straßennamen wiederfinden. Die ersten beiden „Komplexe“, die er so knapp herausarbeitet sind der „Habsburgkomplex“ und der „Deutschlandkomplex“. Dabei greift Sillaber mit Verweis auf Friedrich Heer auf einen Begriff von Hellmuth Andics [114] zurück. Beide „Komplexe“ sind insoweit miteinander verbunden, als dass jener gegenüber der Dynastie eine Verdrängung meint. Gegenüber dem nordwestlichen Nachbarstaat wird in Teilen der Bevölkerung sowie der Parteien „ein Glaube an Deutschland“ [115] besonders prägend. Darüber hinaus werden gerade in der Anfangsphase revolutionär sowie

113 Vgl.: Rathkolb et al., Forschungsprojektendbericht, S. 13-15.

114 Vgl.: Heer, Friedrich: Der Kampf um die österreichische Identität; Wien, Köln, Graz, 1981, S. 334. Heer verweist hier auf Andics, Hellmuth: 50 Jahre unseres Lebens. Österreichs Schicksal seit 1918; 2. Auflage, Wien, 1968, S. 369.

115 Heer, österreichische Identität, S. 334

republikanisch konnotierte Namen eingeführt. Später folgen Namen in Erinnerung an Opfer rechtsextremer Gewalt und in den Jahren 1929/30 findet „ein verstärktes Rekurrieren auf revolutionäre Traditionen“[116] statt, wenn die 1848er Revolution sowie 1789 aktive Personen erinnert werden.[117] Spannend ist außerdem Sillabers Ausblick über die Jahre des Zweiten Weltkrieges hinaus. Dort zeigt er, dass auf der einen Seite die in der Zwischenkriegszeit eingeführten Namen nur teilweise nicht zurückkehrten, jedoch die sozialdemokratischen Opfer des Jahres 1934 Teil öffentlicher Erinnerung wurden.[118]

Einen ebenfalls semiotischen Ansatz wählte Moritz Csáky in seinem Buch „Das Gedächtnis der Städte“. Er bezieht sich darin jedoch kaum auf Straßenbezeichnungen sondern orientiert sich ausschließlich an anderen kulturellen Gegenständen und erörtert die „kulturellen Verflechtungen [in] Wien und [den] urbanen Milieus in Zentraleuropa“ anhand von Sprache, Theater, dem Kaffeehaus oder der Bildung.[119] Diese soziokulturellen Träger von Entwicklungen in Städten Mitteleuropas schlagen sich auch im topografischen Raum nieder. Durch verschiedenste Entwicklungen von Stadtteilen aufgrund historischer Entstehungsumstände, Lage, äußerst selten durch Planung, jedoch vor allem durch die dort lebenden Bevölkerung, die eine Stadt oder einen Bezirk von Generation zu Generation prägt, wie Peter Stachel in seinem Aufsatz „Stadtpläne als politische Zeichensysteme, symbolische Einschreibungen in den öffentlichen Raum“ feststellt.[120] Mit Verweis auf Maurice Halbwachs zeigt er ebenfalls, wie bereits zitierte Autoren, dass der urbane Raum aufgrund seiner Struktur und Entstehung „Symbolträger für [...] Elemente sowohl individueller als auch kollektiver Erinnerung und damit letztlich für Identitätsstiftungen, die an Erinnerungen geknüpft sind.“[121] Die Ausrichtung dieses Textes von Stachel ist einführender Natur und bezieht alle Inhalte eines Stadtplanes ein: Änderungen von

116 Sillaber, Straßennamen, S. 580.

117 Vgl.: Sillaber, Straßennamen, S. 579-580.

118 Vgl.: Sillaber, Straßennamen, S. 601-602.

119 Vgl.: Csáky, Gedächtnis der Städte.

120 Vgl.: Stachel, Peter: Stadtpläne als politische Zeichensysteme. Symbolische Einschreibungen in den öffentlichen Raum; in: Ders. / Jaworski, Rudolf (Hrsg.): Die Besetzung des öffentlichen Raumes. Politische Plätze, Denkmäler und Straßennamen im europäischen Vergleich; Berlin, 2007, S. 13-60, hier S. 14-15.

121 Stachel, Stadtpläne, S. 15. Stachel verweist hier auf Halbwachs, Maurice: Das kollektive Gedächtnis; Stuttgart, 1967, S. 133f.

Benennungen [122] ebenso wie Veränderungen an der Architektur [123] oder Denkmälern[124].

Die Forschungslücke in diesem Wissenschaftsbereich liegt vor allem bei dem von Azaryahu angesprochenen umfassenderen vergleichenden Studien basierend auf einer Kombination aus semiotischer Textarbeit und positivistischer Quellenarbeit zur Toponymie in Städten einer historisch von verschiedenen Einflüssen geprägten Region. Die vorliegende Arbeit versucht an die Arbeit der genannten Forscherinnen und Forscher insofern anzuschließen, als dass sie eine komparative geschichtswissenschaftliche Studie zu Straßennamen der Zwischenkriegszeit vorlegen will, um fundierte Anknüpfungspunkte für ein weitergehendes Arbeiten in der (kritischen) kommemorativen Toponymie zu ermöglichen. Hinzu kommt, dass sie das von Duncan Light deutlich gemachte Defizit, „that there is a need for greater engagement with the 'users' of urban place names in order to understand their everyday banal interactions with toponymy that are embedded within the practices of everyday life and the implications of this for elite renaming practices"[125], ebenso durch entsprechende Quellensuche vor allem in den Analysen einzelner Fallstudien auszugleichen versucht, indem entsprechende Quellen von Namensbenutzern hinzugezogen werden. Wobei bereits einschränkend deutlich gemacht werden muss, dass hier auch ein Mehrwert in der Analyse von Selbstzeugnissen liegen würde, dass aber im Hinblick auf den Umfang der Straßennamenveränderungen in einer Arbeit nicht geleistet werden kann.

122 Hier sei vor allem verwiesen auf Stachel, Peter: Der Heldenplatz. Zur Semiotik eines österreichischen Gedächtnis-Ortes; in: Riesenfellner, Steinernes Bewußtsein I, S. 619-656 sowie Stachel, Peter: Der Heldenplatz als österreichischer Gedächtnisort; http://www.oeaw.ac.at/ikt/mitarbeit/sta/heldenplatz_d.html, 24. Januar 2012.

123 Stachel, Stadtpläne, S. 17f.

124 Stachel, Stadtpläne, S. 19-20.

125 Light, Duncan / Young, Craig: Place (re)naming, power, resistance and indifference in post-socialist Bucharest; in: Trends in Toponymy 5. Programme and Book of Abstracts; Bern, 2012, S. 32.

II. Theoretische Grundlagen

1. Das Toponym als Eigenname – Theoretische Grundlagen zu Eigennamen

Ausgehend von den im Forschungsstand erläuterten Entwicklungen in der wissenschaftlichen Diskussion zum Umgang und Einordnung sowie Auswertung von Straßennamen soll im nun folgenden Teil eine eigene definitorische Einordnung geschehen. Dabei wird der Versuch unternommen, die gewählten theoretischen Ansätze möglichst umfassend zu erläutern. Damit ist das Ziel verbunden, bisher zurückhaltend in die Toponymie eingebundene Ansätze auf nachvollziehbarste Weise einer weiteren Diskussion zu eröffenen.

Auf einer äußerst allgemeinen Ebene sind Toponyme Namen für Orte oder Räume. Den griechischen Begriffen *topos* (Ort) und *onomia* (Name) enlehnt, werden Toponyme als Unterkategorie der Eigennamen verstanden. Dazu findet sich in einem Sammelband der Zeitschrift Linguistik der Vorschlag einer Systematik zur Differenzierung von Bezeichnungen unterschiedlicher Dinge. Ausgehend von dem Eigennamen entfaltet der Autor dieser Systematik, Uwe Diederichsen, eine Unterscheidung von Subjekt- und Objektbezeichnungen.[126] Diese Kategorisierung basiert vor allem auf der juristischen Ausbildung Diederichsens. Das zeigt sich daran, dass die Rezipienten der Systematik darauf hinweisen, dass Tiernamen aus linguistischer Perspektive keine Sachbezeichnungen, sondern Bezeichnungen von Subjekten seien, was am Namensrepertoire deutlich werde. Ungeachtet dieser Anmerkung werden Straßennamen analog zu Namen von Plätzen als Unterkategorie der unbeweglichen Objekte der politischen Verwaltung geführt. Dieser Kategorie sind die Benennungen von Privatgrundstücken beigeordnet. Weiterhin würden den Namen unbeweglicher Verwaltungsobjekte Staaten-, Bundesländer-, Regierungsbezirke- und Flurnamen sowie Namen für Kommunen zugeordnet. Weitere mögliche Namensgruppen sind unter anderem Gebäude-, Wald- oder Gewässernamen (Hydronyme) [127] . Allerdings sind diese

126 Vgl.: Debus, Friedhelm / Seibicke, Wilfried: Vorwort; S. XII; in: Germanistische Linguistik, Nr. 129-130, 1996, Reader zur Namenskunde III, 1, Toponymie; S. XI-XVI. Debus, Seibicke verweisen hier auf Diederichsen, Uwe: Funktionen des Namenrechts und das Funktionieren von Namen im Recht – Aspekte einer juristischen Onomastik; in: Das Standesamt, Nr. 46, 1993, S. 345-352.

127 Vgl.: Debus / Seibicke, Vorwort, S. XIV. Debus, Seibicke verweisen hier auf Debus, Friedhelm: Fischerflurnamen; in: Eichler, Ernst / Hilty, Gerold u.a. (Hrsg.): Namensforschung. Ein internationales

Namenskategorien nicht immer definitorisch greifbar: So sehen sie die Möglichkeit, dass Kanäle als künstlich geschaffene Wasserwege ebenso wie sie Hydronyme haben können, auch als Verkehrswegenamen (Hodonyme) kategorisiert werden können.[128] Entsprechend entwerfen die Rezipienten Diedrichsens eine modifzierte und für Toponyme detailliertere Systematik, die Straßen vor allem als Unterkategorie der geopolitischen Topoi terrestrischer Räume definiert. Dem stehen vor allem geomorphologische Topoi gegenüber, auf gleicher Ebene finden sich außerdem geosphärische Topoi.[129] Allerdings deuten sie in ihrem Text bereits an, dass diese Kategorisierungen schwierig zu entwerfen sind. Das formale wie semantische Namensrepertoire [130] sowie das Integrieren des menschlichen Eingriffs in diese Toponymiekategorien sind zwei Ursachen für die Bildung einer Systematik, beides sind allerdings auch Ausgangspunkte für die Problematik von Kategorisierungen. Doch existieren weitere Schwierigkeiten bei der Kategorisierung und Definition von Eigennamen, denen die Toponyme angehören. Richard Coates entwarf ausgehend vom Denken John Stuart Mills[131] drei Ideen, mit denen er versucht, dem Problem einer Definition von Eigennamen näher zu kommen: „(1) Names are words for individuals (Singletons of Any Kind). (2) Names have no meaning. (3) Names are to be classified as either proper or common.“[132]

Das „for“ der ersten Annahme meint vor allem, dass der Eigenname für drei Funktionen innerhalb einer Kommunikation verwendet wird. Zuerst bekommt etwas Einzelnes/Individuelles durch die Benennung einen Namen verliehen. Doch genauso wie der Eigenname Name für das Einzelne ist, ist er auch Name für andere Einzelne. Ein Vorname ist der Name einer konkreten Person. Doch genauso kann er auch Name anderer Personen sein. Spricht daher jemand von „seinem Namen“, dann ist der Fall ähnlich wie bei „seiner Familie“ oder „seiner Heimatstadt.“ Allerdings ergebe sich hier die Schwierigkeit, dass die Familie oder eine Heimatstadt als Identifikationsrahmen herangezogen werden können, jedoch

---

Handbuch zur Onomastik; 1. Band, 1995, S. 288-294.

128 Vgl.: Debus / Seibicke, Vorwort, S. XIV.

129 Vgl.: Debus / Seibicke, Vorwort, S. XV.

130 Vgl.: Langendonck, Willy van: Theory and Typology of Proper Names; Trends in Linguistics. Studies and Monographs 168; Berlin, New York, 2007, S. 205-210.

131 Vgl.: Coates, Richard: A strictly Millian Approach to the Definition of the Proper Name; in: Mind and Language; Nr. 24, Vol. 4, 2009, S. 433-444. Coates Ausführungen basieren im Wesentlich auf Mill, John Stuart: A System of Logic, Ratiocinative and Inductive; London, 1843.

132 Coates, Millian Approach, S. 433. „Names“ meint bei Coates „Proper Names“.

die Gruppe der Namentragenden lässt sich kaum zu einem solchem Prozess der Identifikation nutzen, ausgenommen es sind umgangssprachliche Bezeichnungen – eben keine Eigennamen. Neben der Benennung finden Namen auch bei der Adressierung und dem Verweis Verwendung um auf ein Einzelnes zu deuten. Wird eine Person angesprochen, so wird dieser Person ihre Aufmerksamkeit auf den Ansprechenden richten, genauso wie eine Gruppe von Menschen ihre Aufmerksamkeit auf die Person richten wird, auf die mittels dem Namen verwiesen wird.[133] Für Annahme eins, „Names are words for individuals (Singletons of Any Kind)“[134], liegt das Problem darin, dass ein Name für Individuen bestimmt ist, es jedoch von einem Namen viele Objekte gibt, die individuell bezeichnet werden – ohne lexikalische Gemeinsamkeit oder ohne dass eine Intention des Denotat vorhanden wäre, den Namen zu teilen[135]:

„We give proper names to people, certain places (cities, countries, squares), natural bodies (mountains, rivers, planets), institutions (universities, restaurants), some anmial (pets), some kinds of artifacts (works of art, books, movies), some events, some ideas and some theories. Other kinds of things are rarely given proper names: most artifacts (individual cars, earrings, iPhones), most non-human animal and flora (that spider, this tomato plant), most places, most events, most ideas.“[136]

Mit Bezug auf John Locke lässt sich sagen, dass das vergeben von Namen in solchen Situationen passiert, „in which men have 'an occasion to mark particularity' in communication.“[137] Der Grund dafür, dass demgegenüber nicht alles mit einem Namen versehen wird, läge vor allem in den Grenzen der koginitiven Kapazitäten der Kommunizierenden und darüber hinaus erfüllt das grenzenlose Benennen nicht das Ziel der Sprache, „which, for Locke, is the communication of thoughts with others“[138]. „In sum, proper names essentially refer to individuals (or individual groups), while common names refer to categories.“[139] Die zweite Annahme Coates' meint, dass Namen keine Bedeutung haben: „Names have no meaning.“[140] Das heißt nicht, dass sie keine Denotation hätten, denn die Eigennamen bezeichnen

133 Vgl.: Coates, Millian Approach, S. 434.

134 Coates, Millian Approach, S. 433. „Names“ meint bei Coates „Proper Names“.

135 Vgl.: Coates, Millian Approach, S. 437.

136 Jeshion, The Significance of Names, S. 370-403.

137 Jeshion, The Significance of Names, S. 371. Jeshion zitiert hier Locke, John: Essay Concerning Human Understanding; Buch III, Kap. 2, § 5.

138 Jeshion, The Significance of Names, S. 371. Jeshion verweist hier auf Locke, John: Essay Concerning Human Understanding; Buch III, Kap. 3.

139 Semenza, Carlo: The Neuropsychology of Proper Names; in: Mind and Language; Nr. 24, Vol. 4, 2009, S. 347-369, hier S. 348.

140 Coates, Millian Approach, S. 433. „Names“ meint bei Coates „Proper Names“.

zumindest situationsbedingt ein konkretes Objekt oder Subjekt, jedoch in Anlehnung an John Stuart Mill, besitzen Eigennamen keine Konnotation.[141]

Eigennamen scheinen jedoch etwas zu vermitteln, dass es möglich werden ließe sie zu kategorisieren, „either through shared sociocultural knowledge or through liguistic structure“[142]. Jedoch sind diese Dinge nicht das, was die Bedeutung eines Namens ausmacht. Denn grundsätzlich erscheint ein Name für alle Menschen, Tiere und Gegenstände verwendbar. Ein Auto, ein Haustier und alles, was mit einem Namen versehen werden kann, ist denkbar – unabhängig von dem, was gemeinhin mit dem Namen verbunden wird, kommt hinzu, dass diese Dinge durch Verwendung verändert werden. Die Bedeutungsfülle von Eigennamen wird dennoch vom Sprachgebrauch eingeschränkt. Durch linguistische Regeln wird etwas in seiner Bedeutung herausgehoben. Die Elemente des Eigennamens sind dann nicht mehr einfache linguistische Teile, sondern werden zu einem festen Eigennamen. So ist der *Zweite Weltkrieg* ein Name für den Krieg zwischen 1939 und 1945. Als Schauplatz des Krieges könnte dem Namen entnommen werden, dass es die Welt war. Die Ordnungszahl deutet an, dass es einen *Weltkrieg* zuvor gab. Jedoch sind sowohl der *Welt*-, der *Kriegs*begriff sowie die Zählung relativ. Diese Relativität ist dem Eigennamen zu Eigen. Während der Satz *Der* zweite Weltkrieg *war der dritte Weltkrieg* ein Widerspruch im Bezug auf die Zählung ist, ist es der Satz *Der* Zweite Weltkrieg *war der dritte Weltkrieg* nicht. Der Eigenname deklariere mittels linguistischer Besonderheiten ausschließlich das Denotatum, die Verbindung zwischen dem Beschreibenden und dem Beschriebenen.[143] Denn dem Denotatum steht die Referenz, der Verweis, gegenüber. „Reference is an act performed by language user, in which an expression is used to pick out one or more entities in some world“[144].

Die dritte Annahme meint, „Names are to be classified as either proper or common“ [145], das Namen klassifiziert werden könnten und zwar entweder als umgangssprachliche oder Eigennamen. Jedoch sind Namen so beschaffen, dass

141 Vgl.: Coates, Millian Approach, S. 434.

142 Coates, Millian Approach, S. 435.

143 Vgl.: Coates, Millian Approach, S. 435f. Zur Bildung lingusitischer Regeln vgl. ebenso: Semenza, Neuropsychology, S. 348f.

144 Coates, Millian Approach, S. 437.

145 Coates, Millian Approach, S. 433. „Names“ meint bei Coates „Proper Names“.

sie sowohl in die eine wie auch in die andere Gruppe eingeordnet werden können. Hier destilliert sich für Coates das Problem der Eigennamen in einem wesentlichen Grund heraus: „It has been customary to think of the relation between a name and what it applies to as one involving denotation.“[146] Das heißt, die Unterscheidung zwischen allgemeinen aber relativ klaren Beschreibungen von Eigennamen ist üblicherweise durch die Verwendung der Namen unklar.[147] „The logjam kann be broken by *reconceptualizing the relation between a name and what it applies to as one involving reference*, and not denotation.“ [148] Dem entsprechend können Eigenenamen definiert werden als

„long-term, interpersonally available linguistic representations of their referents. […] [T]heir broader function is as common singular representations of their referents for long-term trans-personal, trans-contextual thought and talk.“[149] „Proper names are singular referring terms that refer rigidly to individuals (particulars), where 'individuals' is to be taken in its most general way, so as to include concrete objects, persons, places, events, ideas, abstract objects (if there are any). […] Proper names are distinguished referring terms insofar as they lack semantic descriptive content.“[150]

Daraus folgen drei Punkte: (1) Eigen/Individuell zu sein auf Grund eines Eigennamens ist eine Art der Referenz, ergo hängt es vom Verwender der Sprache ab, (2) ob es sich um einen Eigennamen handelt oder um einen allgemeinen Ausdruck und vor allem bedeutet das (3), dass die Eigennamen weder strukturell noch lexikalisch Gruppen bilden[151]:

„If proper names *lack sense /have no intentional properties*, and if *being a proper name is a question of how name-expressions are used to refer*, then any expression can be a proper name just in case the person using it for an individual does not, as part of the act of reference, access the sense of any lexical items contained in it.“[152] Und „proper names directly refer to their bearers; sentences containing proper names express singular propositions that contain the name's bearer as a constituent.“[153]

Wenn Eigennamen dennoch lexikalische Inhalte zugesprochen bekommen, sind die Inhalte individuell und bleiben unabhängig vom Referenzakt. In solchen Situationen wird der Name vielmehr als unbestimmter Verweis verwendet: „It is a

146 Coates, Millian Approach, S. 437.

147 Vgl.: Coates, Millian Approach, S. 437.

148 Coates, Millian Approach, S. 437.

149 Jeshion, The Significance of Names, S. 371f. Jeshion verweist hier auf Locke, John: Essay Concerning Human Understanding; Buch III, Kap. 3.

150 Jeshion, The Significance of Names, S. 375.

151 Vgl.: Coates, Millian Approach, S. 437.

152 Coates, Millian Approach, S. 437.

153 Jeshion, The Significance of Names, S. 386.

label for a bit of space in relation to which different humans will adduce different bits of knowledge.“[154] Alles in allem lässt sich sagen, dass der Verweis auf ein individuelles Subjekt oder Objekt durch einen Namen – der referentielle Kommunikationsakt – ein auf etwas eindeutig definiertes verweist und es benennt. Ungeachtet dessen kann ein Name für mehrere Individuen existieren ohne dass dadurch deren Individualität in Frage gestellt wird. Jedoch wird damit deutlich, dass ein so entstandener Eigenname keinen eindeutigen Sinn hätte. Spätestens wenn Städtenamen Eingang finden in die Bezeichnung von Personen oder typischerweise Personennamen für Autos, Tiere oder andere Objekte wie Straßen und Plätze verwendet werden, wird dies deutlich. Zuletzt lassen sich aufgrund des subjektiven Verweisaktes Eigennamen nicht *a priori* kategorisieren.[155] Hinzu kommen kommunikative Prozesse, die umgangssprachliche Worte zu Eigennamen werden lassen oder in umgekehrte Richtung. Für ersteres ist *Schwarzwald* ein mögliches Beispiel. Die Beschreibung eines dunklen Waldes wurde zu einem Namen für einen Wald bzw. einer Mittelgebirgsregion im heutigen Südwestdeutschland. In die andere Richtung lässt sich aus der aktuellen Sprachverwendung das Wort *googeln* nennen, dass seit 2004 im Rechtschreibduden als schwaches Verb geführt wird und auf die Internetsuchmaschine *Google* verweist. Das Schwarzwaldbeispiel zeigt, „at some point of time, it became possible to use a fully descriptive expression to refer onymically, that is without actual or implied use of lexical content of the expression.“[156]

„The main benefit of the analysis is a unified application of the notion of senselessness in the definition of name. It requires a new definition of properhood based on reference instead of denotation. It is possible that the distinction between two types of reference identified, semantic and onymic, may be founded in neurophysiology. […] In some circumstances, both types of reference may be simultaneously available (if not necessarily activated).“[157]

Wie Coates hier andeutet, existieren trotz der Bedeutungslosigkeit eines Namens an sich Möglichkeiten, ihn aus neuropsychologischer Sicht dennoch als einen semantischen Verweis zu verwenden. Denn die Bedeutungslosigkeit entspringt

154 Coates, Millian Approach, S. 438. Vgl. ebenso Semenza, Neuropsychology, S. 366.

155 Vgl.: Coates, Millian Approach, S. 439.

156 Vgl.: Coates, Millian Approach, S. 441.

157 Coates, Millian Approach, S. 444.

lediglich dem Grund, weshalb Eigennamen überhaupt gebildet und verwendet werden.

„Name use is about maximizing the chances of succesful reference with the most economical means possible. Names are economical because their reference is unmediated by sense, and I [Coates] take this to mean that names have lower processing costs than fully articulated semantically referring expressions.“[158]

Die Vorhandenen semantischen Inhalte eines Namens sind allerdings individuell geprägt. „This fact makes the link they have with their reference fragile and sensitive to cognitive changes with age, brain deterioritation or lack of organic resources.“ [159] Das besondere an Namen ist, dass sie im Gegensatz zu umfassenden Begriffen oder Beschreibungen ein fixes Donotat haben, wenn Namen Verwendung finden. Begriffe referieren unterdessen nicht auf einzelne Objekte und das Verständnis einer Beschreibung ist ebenso beschränkt. Stattdessen wird die Beziehung zwischen dem Namen und dem Namensverwender im Moment des Kommunikationsaktes, das heißt dem Referenzprozess, mittels des Namens begründet. Daher ist es nicht notwendig, dass die Kommunikationspartner irgendein weiteres lexikalisches Wissen haben müssen, um zu wissen, worauf verwiesen wird und ebenso wenig muss der Kommunizierende irgendeine Erklärung liefern, um einen Eigennamen zu einem Eigennamen werden zu lassen.[160]

Auf dieser Basis ist verständlich, wann Namen vergeben werden/entstehen: In Anlehnung an Strawson hat Jeshion drei Situationen expliziert, in denen dies geschieht. Grundbegebenheit ist ein Gruppe von kommunizierenden Personen. Im Fall 1 geht es um den häufigen Bedarf, einen klaren Verweis zu schaffen für ein bestimmtes Objekt. Im Fall 2 möchte die Gruppe kontinuierlich eine Referenz etablieren und im Fall 3 existieren keinerlei knappe ökonomische Beschreibungen des Objektes. Der Name wird in jedem Fall ohne lexikalischen Inhalt verstanden, sondern als Verweis auf das benannte Objekt[161]:

„The communicative utility in giving names to certain places and events that large group of speakers need to refer to, and possess no other common, non-relational singular term for,

158 Coates, Millian Approach, S. 440. Coates verweist hier auf Sperber, D. / Wilson, D.: Relevance; Oxford, 1986.

159 Semenza, Neuropsychology, S. 365.

160 Vgl.: Jeshion, The Significance of Names, S. 375.

161 Vgl.: Jeshion, The Significance of Names, S. 376. Jeshion verweist hier auf Strawson, P.: Subject and Predicate in Logic and Grammar; Hants, 1974, S. 36.

is fundamental to explaining why they are named.“[162] Und „the reason why we name people and places is that we are interested in their continued identity, need to make identifying references to them, and need to have a singular term that 'does not depend for its referential or identifying force upon any particular position or relation, which preserves the same referential force through its objects changes positions or relation' when different speakers bear different relations to them.“[163]

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass sich Eigennamen ausschließlich in einem Kommunikationsakt konstituieren. Das geschieht durch die beteiligten Kommunikationspartner. Dabei spielen Bedeutungen, die etwaige Begriffe haben, wenn sie als Namensteil bestehen, keine Rolle, beziehungsweise bleiben unverändert. Grundlegende Sprachkonventionen oder grammatikalische Formen, die Bedeutung geben, sind deutlich wesentlicher als lexikalische Inhalte, da sie in den Prozess der Namensgebung bereits einfließen.[164] Straßen und Plätze wären solch Begriffe, die mit einem bestimmten semantischen Wissen ausgestattet sind, aber nichtsdestotrotz auch formalsprachlich als klassifizierende Elemente dienen.[165] Inwiefern bei der Benennung einer Straße oder eines Platzes mit einem Personennamen in der Form erinnernder, das heißt kommemorativer, Straßennamen, verschiedene Konnotationen bezüglich des Personennamens darüber hinaus als wesentlich anzusehen und zu analysieren sind, wird weiter unten gezeigt.

162 Jeshion, The Significance of Names, S. 379.

163 Jeshion, The Significance of Names, S. 377. Jeshion zitiert hier Strawson, P.: Subject and Predicate in Logic and Grammar; Hants, 1974, S. 38.

164 Vgl.: Langendonck, Theory and Typology, S. 116-117.

165 Vgl.: Langendonck, Theory and Typology, S. 206.

2. Straßennamen und Namen von Plätzen – Die Mikrotoponyme

Straßennamen – Subklasse der Eigennamen – werden als Mikrotoponyme bezeichnet [166] und haben vor allem die Funktionen des Differenzierens und Orientierens.[167]

„Rechtliche, soziale, wirtschaftliche und topographische Verhältnisse finden ebenso ihr Abbild in Namensschöpfungen wie politische Ereignisse, Volksbrauchtum, Glaube und Aberglaube, Scherz und Ernst usf.“[168] „Die Flurnamen als sprachliche Äußerungen des Volkstums spiegeln in vielfältiger Weise die innigen Bindungen des örtlich-bäuerlichen Menschen an seine Flur wider. Diese äußert sich zunächst in der Namensschöpfung.“[169]

Die emotionale Bindung betonend kann gesagt werden, dass „[p]lace names are also important in creating and maintaining emotional attachments to places, even in the face of physical alienation from these very same places.“ [170] Veränderungsprozesse dieser Namen sind daher meist „[e]motionally laden, highly publicized and intensively debated“[171]. So wurde der östliche Teil Berlins nach der Wende ebenso einer Umbenennung von Toponymen unterzogen wie beispielsweise die ostmitteleuropäischen Städte Prag, Budapest oder Warschau. In all diesen Fällen galt es die antikommunistischen Entwicklungen auch in den Straßennamen zu manifestieren.[172] Entsprechend lassen sich Straßennamen als eine Gruppe der Eigennamen definieren, die als „Bezeichnungen für Straßen, Gassen, Wege und Plätze und andere Örtlichkeiten innerhalb einer Siedlung verstanden [werden].“[173] Strittig hingegen ist der Zusatz, den die Autorin dieser Definition macht, wenn sie schreibt: „Die Namen sollen 'einprägsam' sein.“[174]

---

166 Vgl.: Kühn, Strassennamen, S. 793. Kühn verweist hier auf Koss, G.: Namensforschung. Germanistische Arbeitshefte; Tübingen, 1990, S. 89.

167 Vgl.: Kühn, Strassennamen, S. 793.

168 Kleiber, Wolfgang: Vom Sinn der Flurnamenforschung. Methoden und Ergebnisse; in: Germanistische Linguistik, Nr. 129-130, 1996, Reader zur Namenskunde III, 1, Toponymie; S. 405-417, hier S. 406.

169 Kleiber, Flurnamenforschung, S. 412.

170 Rose-Redwood / Aldermann / Azaryahu, Geographies of toponymic inscription, S. 458. Rose-Redwood / Aldermann / Azaryahu verweisen hier auf Kearney, A. / Bradley, J.: 'Too strong to ever not be there': place names and emotional geographies; in: Social and Cultural Geography, Nr. 10, 2009, S. 77-94; Davidson, J. / Bondi, L. / Smith, M. (Hrsg.): Emotional Geographies; Aldershot, 2005.

171 Azaryahu, German reunification, S. 479.

172 Vgl.: Azaryahu, German reunification, S. 479. Ähnlich emotionale Debatten: Vgl.: Azaryahu, Rabin's road, S. 73-82.

173 Fuchshuber-Weiss, Elisabeth: Strassennamen in der Region – Befunde Tatsachen, Folgerungen; in: Germanistische Linguistik, Nr. 129-130, 1996, Reader zur Namenskunde III, 1, Toponymie; S. 761-767, hier S. 761.

174 Koß, G.: Eigenname und Namenerwerb; in: Blätter für oberdeutsche Namenforschung; 18. Jh., 1981, S. 11ff; Stadt Altdorf b. Nürnberg (Hrsg.): Straßen- und Hausnummern-Verzeichnis mit einem Lageplan; Altdorf, 1962, S. 3 zitiert nach Fuchshuber-Weiss, Strassenamen, S. 762.

Allerdings wieder klarer und in Anlehnung an die Definition der Eigennamen als bloße Referenz primär ist wohl die Funktion, dass sie „einen Ortspunkt oder eine Fläche zweifelsfrei als diese eine lokale Individualität kennzeichnen und identifizieren“ [175] sollen. Da Flurnamen oder Straßennamen im Verhältnis zu denkbaren terrestrischen und exterrestrischen Flächen nur eine kleine Fläche bezeichnen, die vor allem regional von Bedeutung für die Orientierung im Raum sind und nur einen beschränkten Anwenderkreis haben, gelten sie als Mikrotoponyme. [176] Dabei sind sowohl die Flurbezeichnungen, die unbebautes Land, wie Waldwege, meinen, sowie die Straßennamen, die vor allem bebautes Land meinen mit dem Einzug der Kartografie in den Fokus der administrativen Kontrolle gerückt. Die Kartierung von Flurnamen „entspringt einem […] amtlichen Interesse der Landesbeschreibung und der staatlichen Oberaufsicht über Grund und Boden. Sie erhebt den Anspruch auf Vollständigkeit und überörtliche, selbst überregionale Gültigkeit.“ [177] Die Folge können mehrere gleiche amtliche Ortsnamen sein, die unterschiedlichen regionalen Bezeichnungen durch die Bevölkerung entsprechen, da die Reichweite der Karte deutlich höher ist als der Horizont von mit einem bestimmten Ort verbundenen Gruppen – die Individualität eines historischen Flurnamens wird damit relativ. Zugunsten der nun überregionalen Kartenbenutzer (Beamten, Wanderern u.a.) wird zudem eine schriftliche Standardisierung der Namen notwendig, um Orientierung sicher zu stellen. [178] Die Standardnamen, die so offiziell für die örtliche(n) Sprache(n) festgelegt werden oder weitestgehend etabliert sind durch häufige Anwendung, bilden die Endonyme.[179]

Insbesondere jedoch die Verbindung von Straßennamen und einer Nummerierung wird staatlicher Anknüpfungspunkt zur Raumkontrolle. In dieser Form wird die Möglichkeit etabliert, Wissen zu schaffen, dass die Bevölkerung erfasst, ihren Aufenthaltsort definiert, Steuererhebung möglich macht und weiteres Handlungspotenzial für staatliches sowie ökonomisches Agieren einräumt, um die

175 Löffler, Probleme der amtlichen Flurnamengebung, S. 498.

176 Vgl.: Löffler, Probleme der amtlichen Flurnamengebung, S. 498f.

177 Löffler, Probleme der amtlichen Flurnamengebung, S. 499.

178 Vgl.: Löffler, Probleme der amtlichen Flurnamengebung, S. 499.

179 Vgl.: Jordan, Criteria, S. 4, Fußnote 1. Inwiefern besonders Namen von Städten oder Siedlungen von einem offiziellen Endnonym abweichen können vgl.: Coates, Endonymic Place-name Alternants, S. 61-70.

Sicherheit und den Schutz der Bürger ebenso sicher zu stellen, wie zielgerichtetes Werben um Verbraucher.[180]

Fuchshuber-Weiss entwickelt aufgrund der Entwicklung von Kommunen, die für neuerschlossene Gebiete um eine Stadt oder wachsende Kommunen weitere Namen benötigen, die im Rahmen des bekannten Wissens aus historischen Karten oder Dokumenten bisher keine Bezeichnungen zu haben schienen, die Untergruppe der soziokulturell motivierten Straßennamen. Das sind ihrer Meinung nach „[s]olche, die in irgendeiner Form Vergangenheit oder Gegenwart einer kleineren oder größeren Kommune 'verarbeiten' oder widerspiegeln, in lokaler oder überlokaler Form.“[181] Dem gehören auch erinnernde Namen an. „The use of place names for commemorative purposes is based on a long-standing cross-cultural convention, which maintains that pronouncing the proper names of the dead facilitates remembrance.“ [182] Im Mittelpunkt steht bei soziokulturell motivierten Namen die „im weitesten Sinne geprägte soziokulturelle Motiviertheit der Namen, die die Öffentlichkeit bewegt.“[183]

Ebenso wie Namen für neu erschlossene Gebiete sind diese Namen auch in Stadtregionen auffindbar, die bereits einen Namen besaßen. Denn Namen dieser Art basieren ebenso auf älteren überlieferten mikrotoponymen Bezeichnungen wie sie diese zu imitieren versuchen. Beispielsweise wurden im 19. Jahrhunderts in Dortmund Namen eingeführt, um mittelalterliche Vergangenheit hervorzuheben und dabei ältere Namen zu tilgen: *Königshof* für *Vor dem Burgtor links* oder *Kaiserstraße* für den *Hellweg nach Unna*. Dabei wurde bei dem Änderungsprozess scheinbar bewusst darauf verzichtet, die Industrialisierung in den Namen stärker zu thematisieren und stattdessen die mittelalterliche Vergangenheit beizubehalten, jedoch zu modifizieren.

Um Imitationen handelt es sich dann, wenn neue Stadtviertel entwickelt werden und dabei durch Namen eine dort gemäß den Namen bisher scheinbar vorhandene Landschaft geschaffen wurde, die nie existierte[184], analog entstehen

180 Vgl.: Rose-Redwood / Aldermann / Azaryahu, Geographies of toponymic inscription, S. 461f.
181 Fuchshuber-Weiss, Strassenamen, S. 763.
182 Rose-Redwood / Aldermann / Azaryahu, Geographies of toponymic inscription, S. 459.
183 Fuchshuber-Weiss, Strassenamen, S. 763.
184 Vgl.: Fuchshuber-Weiss, Strassenamen, S. 763f.

Musiker- oder Literatenviertel.[185] Werden historische Personen einer besonderen Zeit in einem Viertel zusammengefasst, kann sogar von einer zusammenhängenden Erzählung zu einem bestimmten Thema gesprochen werden oder eine historische Periode durch dieses Viertel präsentiert werden.[186] Dabei bleibt eine Orientierungsfunktion ebenso erhalten, wie weiterhin das Stadtgebiet differenziert wird. Soziokulturell motivierte Namen sollen „in vorher nahezu ländlichen Gebieten womöglich so etwas wie Urbanität“[187] wecken. Seien es bestimmte Viertel, scheinbare Natur oder historische Namensksontrukte, all diese Tendenzen deuten auf „ein Selbstverständnis der Kommunen“[188] hin, „so etwas wie eine topische Identität aufzubauen.“[189] Dieses Identifikationspotential führt dazu, dass Namen als einer von mehreren „apparatuses of identification“[190] angesehen werden können. Neben der Ordnung von Raum tragen sie auch zur „spatial identification of individuals“[191] bei.[192] Hinzu kommt die Möglichkeit neues Selbstbewusstsein zu bilden, indem Mensch in der Lage ist, sich selbst zu lokalisieren und genauso andere.[193] Doch entgegen einer topischen Identität zeigen sich beispielsweise Umbenennungen nach dem Zweiten Weltkrieg in Nürnberg als äußerst abhängig von politischen Konstellationen. Hier sollte mittels botanisch orientierten Namen erreicht werden, eine zeitlose lokale Identität

185 Vgl.: Fuchshuber-Weiss, Strassenamen, S. 762. Fuchshuber-Weiss verweist hier auf Straßennamen: Grundsätze für Wahl und Schreibung. Im Auftrage der Gesellschaft für deutsche Sprache, bearbeitet von Hottenrott, A.; Lüneburg, 1953, S. 7, S. 19.

186 Vgl.: Azaryahu, Maoz / Foote, Kenneth E.: Historical space as narrative medium: on the configuration of spatial narratives of time at historical sites; in: GeoJournal, Nr. 73, 2008; S. 173-194, hier S. 183.

187 Fuchshuber-Weiss, Strassenamen, S. 764.

188 Fuchshuber-Weiss, Strassenamen, S. 764.

189 Fuchshuber-Weiss, Strassenamen, S. 764.

190 Caplan, J. / Torpey, J. (Hrsg.): Documenting individual identitiy: the development of state practices in the modern world; Princeton, 2001, zitiert nach Rose-Redwood / Aldermann / Azaryahu, Geographies of toponymic inscription, S. 461.

191 Rose-Redwood / Aldermann / Azaryahu, Geographies of toponymic inscription, S. 461.

192 Vgl.: Rose-Redwood / Aldermann / Azaryahu, Geographies of toponymic inscription, S. 461. Rose-Redwood / Aldermann / Azaryahu verweisen hier auf Curry, M. / Phillips, D. / Regan, P.: Ermergency response systems and the creeping legibility of people and places; in: The Informations Society, Nr. 20, 2004, S. 357-369; Curry, M.: Toward a geography of a world without maps: lessons from Ptolemy and postal codes; in: Annals of the Association of American Geographers, Nr. 95, 2005, S. 680-691; Fravaque-Vitkovic, C. et al.: Street addressing and the managment of cities; Washington D.C., 2005; Rose-Redwood, Reuben: Governmentality, geography, and geo-coded world; in: Progress in Human Geography, Nr. 30, 2006, S. 469-486; Ders.: Indexing the great ledger of the community: urban houses numbering, city directories, and the production of spatial legibility; in: Journal of Historical Geography, Nr. 34, 2008, S. 286-310; Thale, C.: Changing adresses: social conflict, civic culture, and the politics of house numbering reform in Milwaukee, 1913-1931; in: Journal of Historical Geography, Nr. 33, 2007, S. 125-143.

193 Vgl.: Rose-Redwood / Aldermann / Azaryahu, Geographies of toponymic inscription, S. 461.

zu schaffen, während die Vergangenheit des Nationalsozialimus getilgt wurde. Hierdurch wird die immanente politische Rolle von Straßennamen offenkundig[194]:

„Unternimmt man es, die Entscheidung für Namen der Gruppen zu interpretieren, deren Bestimmungswörter sich, auch dort, wo sie den Anschein der Zeitlosigkeit erwecken, aus den gesellschaftlichen Erfahrungen der jüngeren und jüngsten Vergangenheit herleiten lassen, wird man als gemeinsames Merkmal die Absicht, so etwas wie eine geistig-geschichtliche Identität und Orientierung anzubieten, herauslesen dürfen.“[195]

Leitmotive soziokulturell motivierter Namen sind daher vor allem kommunale Praktikabilität sowie die „symbolische Repräsentation einer Gemeinde.“[196] Somit werden die Kategorien der Darstellung und Selbstdarstellung wesentlich bei der Wahl von Namen und die Namen von Straßen und Plätzen können „in der Region Heimat zur Kulisse machen – durch Auswechselbarkeit und Beliebigkeit, durch Konturenlosigkeit und Geschichtslosigkeit, durch Geschichtsverfälschung und Vergangenheitsverdrängung.“[197] Analog dazu lassen sich diese Straßennamen auch mit dem Ziel verbinden, den „Horizont“ der Bevölkerung zu erweitern, wenn Straßen oder Plätze Namen von weit entfernten Orten bekommen. Ergänzend muss noch daraufhin hingewiesen werden, dass es auch die Tendenz gibt, nicht mehr herleitbare Namen durch die Nummerierung von Straßen zu ersetzen.[198] Damit zeigt sich, dass „[...] [S]treet names are embedded into the structures of power and authority.“[199] Sie umfassen zum Teil ebenso Referenzen für politische Weltdeutungen wie sie Orientierung in einem Dorf, einer Stadt oder einer Gesellschaft geben. So entsteht nicht nur eine Karte einer Stadt, die beschrieben wird, sondern ebenso eine Karte der Geschichte. Autorisiert durch die entsprechenden politischen Institutionen sind sie ein Ergebnis der „mass-producing traditions“[200] und werden anderen inoffiziellen oder Minderheiten-Erzählungen vorgezogen, die neben diesen festgeschriebenen Narrativen noch existieren.[201]

„Wbester's [sic] dictionary defines toponymy as 'The place names of a region or a language' which highlights the extent to which place names weld language and geography.

194 Vgl.: Fuchshuber-Weiss, Strassenamen, S. 764f.

195 Fuchshuber-Weiss, Strassenamen, S. 765f.

196 Fuchshuber-Weiss, Strassenamen, S. 766.

197 Fuchshuber-Weiss, Strassenamen, S. 766.

198 Vgl.: Kleiber, Flurnamenforschung, S. 412f.

199 Azaryahu, German reunification, S. 480.

200 Hobsbawn, Eric: Mass-producing traditions: Europe 1870-1914; in: Ders. / Ranger, T. (Hrsg.): The Invention of Tradition; Cambridge, 1983 zitiert durch Azaryahu, German reunification, S. 480.

201 Vgl.: Azaryahu, German reunification, S. 480.

Place names figure prominently in cultural construction of the landscape. There are not to be found in dictionaries but rather in maps and in encycplopedias, which inform about the specific places considered to be worthy of mentioning. As a special nomenclature, toponymy constitutes a branch of knowledge about the world."[202]

Dabei verlieren sie keineswegs ihre alltägliche Bedeutung. Denn trotz der scheinbar geringeren Sichtbarkeit eines Straßennamens im Vergleich zu einem Denkmal haben sie Einfluss auf das, was Menschen mit der Geschichte verbinden. Der Grund dafür liegt in der Präsenz der Straßennamen im alltäglichen Leben, dessen Teil sie sind, wo sie als selbstverständlich wahrgenommen werden und ohne Hinterfragen verwendet werden.[203] „The merit of a place name as a commemorative vehicle that it transforms an official discourse of history into a shared cultural expierience that is embedded into practices of erveryday life."[204] Doch ungeachtet dessen „As a result of the conversion of historical names into place names, the geographic denotation takes over while the exitence of a historical referent becomes increasingly obscure to most users of the city."[205] Oder gemäß dem von Coates ausgeführten Gedanken ist die Referenz im Sprachakt unterschiedlich, sowie der Name über die Referenz auf den Ort hinaus durch andere Formen in anderen Sprechsituationen andere Referenzen darstellt. Welche Formen das sind, ist vor allem eine Frage Straßennamen als Formen von Kommunikationsmedien zu verstehen.

3. Kommunikation: Grundbegriffe

Medien dienen aufgrund ihrer vermittelnden Aufgabe der Sicherstellung von Kommunikation. Sicherstellung meint dabei nicht nur die Übertragung sondern auch die Annahme der Kommunikationsinhalte. Wenn dies geschieht, ist Kommunikation erfolgreich abgelaufen. Doch bevor eine Kommunikation erfolgreich ist, existieren Hürden, die die Kommunikation scheinbar aussichtslos

202 Azaryahu, Maoz / Golan, Arnon: (Re)naming the landscape: The formation of the Hebrew map of Israel 1949-1960; in: Journal of Historical Geography, Nr. 27, Vol. 2, 2001, S. 178-195, hier S. 180.

203 Vgl.: Azaryahu, German reunification, S. 482. Azaryahu verweist hier auf Kertzer, David: Ritual, Politics and Power; Yale, 1988, S. 153.

204 Rose-Redwood / Aldermann / Azaryahu, Geographies of toponymic inscription, S. 459.

205 Rose-Redwood / Aldermann / Azaryahu, Geographies of toponymic inscription, S. 459.

auf Erfolg machen.[206]

Die erste Hürde besteht in einem gegenseitigen Verständnis der Information unter den Kommunikationspartnern. Das heißt, dass der Sinn des Kommunikationsinhaltes nur im Kontext verständlich ist – unter der Voraussetzung, dass individuelle und von einander getrennte Bewusstsein vorhanden sind. Die zweite Hürde besteht in der Erreichbarkeit der Empfänger. Mit zunehmender räumlicher und zeitlicher Unabhängigkeit und zunehmender Individualisierung sinkt die Wahrscheinlichkeit von *face-to-face*-Kommunikation und damit das Annehmen einer Mitteilung. Und selbst wenn bewegliche Träger vorhanden sind, gewährleisten diese noch kein erfolgreiches Erreichen der Empfänger, da auch die Aufmerksamkeit der Menschen nicht zwingend auf diese Träger gerichtet ist. Die dritte und wesentliche Hürde besteht in den Erfolgschancen einer Kommunikation. Damit ist gemeint, dass es nicht sicher ist, dass der erreichte verstehende Empfänger sich die in der Kommunikation enthaltenen Informationen zu eigen macht und sein Handeln danach anpasst, das heißt seine Handlungsauswahl daran orientiert oder eben dies nicht tut und anders handelt. Diese Hürden stehen in Verbindung miteinander und verhalten sich zueinander so, dass wenn eine von ihnen verkleinert wird, sich eine andere vergrößert.[207]

Dabei betrachtet Niklas Luhmann, auf dessen Arbeiten sich die kommenden Seitan aufbauen, die Kommunikation nicht als „Entlastung und Erweiterung der kognitiven Fähigkeiten von Lebewesen“[208]. Viel bedeutender für ihn ist die Verbindung „von *extremer Sozialabhängigkeit und hochgradiger Individualisierung*“ innerhalb einer sich komplex entwickelten Gesellschaft, die vor allem auf der Fähigkeit basieren, sich aufgrund der dem Mensch gegebenen kognitiven Fähigkeiten durch Sozialisierung Informationen zu beschaffen ohne diese ursächlich zu erfahren.[209] Dabei sind die beiden eng verknüpften Dinge der Schlüssel zur Frage, wieso die Menschen kommunizieren. Diese leben Einzeln und wählen aufgrund von Vorteilen den Kontakt zu anderen, womit sie sich kommunikativ betätigen, um weiterhin frei zu bleiben und nicht abhängig zu einander zu werden sondern gegenüber der

206 Vgl.: Luhmann, Unwahrscheinlichkeit, S. 76-94.

207 Vgl.: Luhmann, Unwahrscheinlichkeit, S. 78-80; Luhmann, Niklas: Gesellschaft der Gesellschaft; Band 1, Frankfurt am Main, 1997, S. 190f.

208 Luhmann, Gesellschaft, S. 191.

209 Vgl.: Luhmann, Gesellschaft, S. 192f.

kommunizierenden Gesellschaft, die sie für den Kontakt benötigen.[210] Dies baut auf der Grundannahme auf, dass „Kognition und Kommunikation kategorial trennbar, also autonom“[211] sind und miteinander verbunden werden müssen – mittelbar durch Medien. All dies geschieht im Kontext der Kultur, die das orientierende Programm liefert, an dem sich sowohl Kommunikation wie auch Kognition ausrichten.[212] Diese strukturelle Trennung bedeutet allerdings auch, dass beide Teile, Kommunikation und Kognition, einander benötigen. Denn erst im Moment der Äußerung eines Gedankens durch einen kommunikativen Vermittler wie Sprache wird eine kognitive Leistung wiederum zugänglich für Gedanken. Die Differenz liegt „zwischen psychisch Gemeintem und kommunikativ realisiertem Sinn.“[213]

Wie Kontakt zu Stande kommt und somit eine Gesellschaft sich aufgrund des Kommunikationssystems entwickeln kann, gründet sich in der „Unterscheidung von *Medium und Form*“[214], Luhmanns Alternative zum Übertragungsbegriff. Der Begriff *Kommunikationsmedien* meint entsprechend die „operative Verwendung der *Differenz* von medialem Substrat und Form.“[215] Das Verwenden dieser Differenz, so Luhmann macht Kommunikation möglich.[216] Die Form „ist *zeitlich entfaltete Selbstreferenz*.“[217] Sie ist selbstreflexiv, da sie eine Grenze zwischen Unterscheidungen darstellt, die wiederum zur Klärung auffordern, welche Seite bezeichnet wird. Zeitlich ist sie deswegen, da Zeit benötigt wird, die andere Seite zu wählen, das heißt die Grenze, die von der Form gezogen wird zu überschreiten oder eben sich weiterhin für die Ausgangskonstellation zu entscheiden. Dieser Zwang zur Unterscheidung zwischen zwei möglichen Beobachtungen ist charakteristisch für die Form, sie zielt dabei nicht auf eine Einheit von diesen zwei Dingen ab, sondern auf den Unterschied und schließt das aus, was aufgrund der

---

210 Vgl.: Luhmann, Gesellschaft, S. 194.

211 Krämer, Sybille: Was haben die Medien, der Computer und die Realität miteinander zu tun? Zur Einleitung in diesen Band; in: Dies. (Hrsg.): Medien. Computer. Realität. Wirklichkeitsvorstellungen und Neue Medien; Frankfurt am Main, 1998, S. 9-26, hier S. 16.

212 Vgl.: Krämer, Medien, der Computer und die Realität, S. 17.

213 Schmidt, Medien, S. 61.

214 Luhmann, Gesellschaft, S. 195.

215 Luhmann, Gesellschaft, S. 195.

216 Luhmann, Gesellschaft, S. 195.

217 Luhmann, Gesellschaft, S. 60.

getroffenen Unterscheidung nicht unterschieden werden kann.[218] Kommunikation funktioniert so, dass ein Medium, das aus lose gekoppelten Elementen besteht, zu Formen gebunden wird, das heißt: die Elemente fixiert werden. Dabei bedeutet die Formung der Elemente eine Markierung für Unterscheidungen. [219] Die Unterscheidung wird intentional, das Bewusstsein kann sie wahrnehmen und mit ihr umgehen.[220] Das Medium selbst ist passiv, es wird geformt.[221]

„Nehmen wir als Beispiel das Medium Handlung, und stellen wir uns die Gesellschaft als Gesamtheit ihrer Handlungen vor. Dann beruht Freiheit auf der strikten Kopplung von Handlungen in der Zurechnung auf einzelne Personen, die an der Form ihrer Handlungen erkennbar sind; und lose Kopplung gäbe dann die Möglichkeit, Handlungen für jeweils auftauchende Zwecke zu rekrutieren, weil sie nicht an Personen gebunden sind.“[222]

Die Kopplung ist zeitlich beschränkt. Die Elemente werden gekoppelt und wieder entkoppelt und dabei wieder frei. Das Medium wird in diesem Kreislauf des Bindens und Entbindens und erneuten Bindens verwendet. Ähnlich verhält es sich mit dem Medium des Sinns. Dieser findet sich periodisch als Form und zwar dann, wenn er konkret erlebt oder kommuniziert wird. Dabei ist es die feste Bindung der Form, die das Medium in diesen Kreislauf drängt. Dieses Drängen basiert, so Luhmann, auf einem „*Zusammenhang von Durchsetzungsstärke und zeitlicher Flüchtigkeit der Form*“[223]. Formen erhalten sich nur via Gedächtnis, Schrift und Druck und das weil sie gegebenenfalls als wichtig deklariert werden. In diesem Fall bekommen sie eine Semantik. Dennoch bleiben die Medien frei verfügbar und variieren – im Fall von Wörtern beispielsweise – durch häufige Verwendung innerhalb der Sprachgeschichte. Verwendbar sind unterdessen nur Formen, denn Wörter allein können noch nicht als Sprache verwendet werden, erst Sätze machen die Worte operationalisierbar. Kommunikation bedeutet daher aufgrund der Unterscheidung von Form und Medium einen Fokus auf Dinge zu richten, an

---

218 Vgl.: Luhmann, Gesellschaft, S. 60-62. „Kreuzen ist kreativ. Denn während Wiederholung einer Bezeichnung nur deren Identität bestätigt (und wir werden später sagen: deren Sinn in verschiedenen Situationen testet und damit kondensiert), ist das Hin- und Herkreuzen keine Wiederholung und kann daher auch nicht zu einer einzigen Identität zusammengezogen werden.“ Ebd. Vgl. ebenso: Krämer, Medien, der Computer und die Realität, S. 17; Seel, Martin: Medien der Realität und Realität der Medien; in: Krämer, Sybille (Hrsg.): Medien. Computer. Realität. Wirklichkeitsvorstellungen und Neue Medien; Frankfurt am Main, 1998, S. 244-264, hier S. 248.

219 Vgl.: Luhmann, Gesellschaft, S. 198.

220 Vgl.: Seel, Medien der Realität, S. 248

221 Vgl.: Krämer, Medien, der Computer und die Realität, S. 77.

222 Luhmann, Gesellschaft, S. 198f.

223 Luhmann, Gesellschaft, S. 200.

die angeschlossen werden soll.[224] Dabei ist besonders die Sprache ein Beispiel, das die Relativität dieser Unterscheidung zeigt. Denn ebenso wie die Worte Medien der Sprache sind, so sind Worte wiederum Formen von Lauten. Letztere unterdessen können minimiert werden bis auf Frequenzen, die ihrerseits Medien sind. Seel macht deutlich, dass es keinen letzten Moment der Unterscheidung gibt, da diese Unterscheidung wiederum geschieht in einer Sphäre von anderen Differenzen, „die nicht zugleich Gegenstand dieser Unterscheidung sein können."[225]

Medien und deren *Formen* können als die Einrichtungen betrachtet werden, mit denen die oben erwähnten Hürden verkleinert werden. Mit *Medien* meint Luhmann „einen Begriff, der zusammenfassend sämtliche Einrichtungen bezeichnet, die der Umformung unwahrscheinlicher in wahrscheinliche Kommunikation dienen, und zwar für alle drei [oben erwähnten; Anm. d. A.] Grundprobleme." [226] Er unterscheidet dabei genauer zwischen Verbreitungs- und Erfolgsmedien. Erstere vergrößern „die *Reichweite sozialer Redundanz"* [227] und Erfolgsmedien sichern Kommunikation ab auch wenn die Annahme von Informationen für einen selbst negative Folgen haben könnte: „So gibt man eigene Güter her oder leistet Dienste, wenn (und nur wenn) dafür bezahlt wird."[228] Diese Entwicklung wird aber auch kritisch gesehen vor allem im Bezug auf das Geld. Die Einführung des Geldes bedeute die Einführung der finanziellen Zahlungsmittel als „die Universalsprache […] des Eigennutzes."[229]

Die Überwindungsmöglichkeiten der oben genannten Hürden sind dreierlei: die Sprache spielt eine wesentliche Rolle als verständnisgenerierendes Medium. Durch Sprache wird im Wesentlichen einmal die Anschlussfähigkeit sichergestellt [230] . Wahrgenommenes wird durch ihre symbolischen Generalisierungen – durch Worte, Metaphern und Begriffe, ergo einer „Form der

---

224 Vgl.: Luhmann, Gesellschaft, S. 199-201; Seel, Medien der Realität, S. 246.

225 Seel, Medien der Realität, S. 247.

226 Luhmann, Unwahrscheinlichkeit, S. 81.

227 Luhmann, Unwahrscheinlichkeit, S. , S. 202.

228 Luhmann, Unwahrscheinlichkeit, S. , S. 204.

229 Innis, Harold A.: Die Eule der Minvera; in: Barck, Karlheinz (Hrsg.): Harold A. Innis – Kreuzwege der Kommunikation. Ausgewählte Texte; Wien, New York, 1997, S. 69-94, hier S. 73.

230 Vgl.: Schmidt, Medien, S. 61f.

symbolischen Generalisierung übergreifender Werte“ [231] – erst verständlich, eingeschlossen sind so kommunizierbare Konventionen oder soziales Wissen. Dieses Wissen entwickelt sich evolutionär durch Diskurse. Es umfasst einfach gesagt die Fähigkeit situationsbedingt zu wissen, was oder wie etwas gesagt werden muss, um erfolgreich zu kommunizieren und bedeutet somit in besonderen Fällen die Anwendung symbolisch generalisierter Kommunikationsmedien. Allgemein wird dieses Wissen durch Kommunikation erzeugt, bestätigt oder ggf. modifiziert. Es bedeutet die Realität, die konstruiert wird, wenn kommuniziert wird.[232]

Sprache schafft so „den Eindruck des übereinstimmenden Verstehens als Basis weiteren Kommunizierens [...] – wie brüchig immer dieser Eindruck zustandegekommen sein mag.“[233] Dabei ist die Wortwahl – als Beispiel für die Wahl einer Medienform – situationsbedingt selektiv. Verbreitungsmedien, speziell auch Massenmedien, seien unterdessen jene *Medien*, die in der Lage sind räumliche und/ oder zeitliche Inkonkruenz der Kommunikationsteilnehmer zu überbrücken[234]. Das erste Medium dieser Art ist die Schrift oder andere Formen zur Fixierung von Informationen wie der Buchdruck [235] sowie elektronische Medien[236].[237]

„Schrift verändert die Möglichkeiten, ein soziales Gedächtnis einzurichten, das von den neuropsychologischen und psychologischen Mechanismen der einzelnen Menschen unabhängig ist. Die Fixierung von Erinnerung und Wiederholbarkeit in Objekten und Inszenierungen (Riten, Festen) wird nicht sogleich aufgegeben; aber die ständige Selektion dessen, was aufgeschrieben wird, produziert jetzt Erinnern und Vergessen in der Form von Entscheidungen, die auf Kriterien und Kontrollen angewiesen sind.“[238]

Was dabei als festhaltenswert ausgewählt wird, ist kaum zu unterschätzen für die kulturelle Entwicklung, „weil sie das Gedächtnis immens erweitern, aber auch durch ihre Selektivität einschränken, was für anschließende Kommunikationen zur

231 Luhmann, Niklas: Einführende Bemerkungen zu einer Theorie symbolisch generalisierter Kommunikationsmedien; in: Ders.: Aufsätze und Reden; Stuttgart, 2011, S. 33-75, hier S. 35.

232 Vgl.: Schmidt, Medien, S. 61f.

233 Luhmann, Unwahrscheinlichkeit, S. 81.

234 Vgl.: Krämer, Medien, der Computer und die Realität, S. 16.

235 Zum Buchdruck vgl.: Luhmann, Gesellschaft, S. 291-302; Innis, Eule der Minerva, S. 92.

236 Zu elektronischen Medien vgl.: Luhmann, Gesellschaft, S. 302-311.

237 Luhmann, Unwahrscheinlichkeit, S. 81f.

238 Luhmann, Gesellschaft, S. 289f. Dies sind nur die Folgen der Schrift für das Gedächtnis. Weitere Folgen der Schrift für die gesellschaftliche Differenzierung ebd., S. 289f.

Verfügung steht.“ [239] Dabei ist Schrift innerhalb des erwähnten Diskurses zu Beginn vor allem ein Herrschaftsmittel. Besonders Herold Innis zeigt anhand von Beispielen früherer Gesellschaften, dass abhängig von der Komplexität eines Schreibsystems, dieses im Extremfall nur einer besonderen Klasse zugänglich ist, da es schwer zu erlernen ist. Ist das Schreibsystem noch dazu nicht flexibel, wird eine rasche Anpassung an die Umgangssprache ebenso schwierig und die Schrift exklusiver. Das Lesen auf der anderen Seite bedeutet vor allem in frühen Gesellschaften zuerst eine Anerkennung der besonderen Stellung der schreibenden Gruppe.[240] In dieser anfänglichen Exklusivität liegt auch begründet, weshalb Luhmann eher von Verbreitungsmedien spricht. Schrift kann in dieser frühen Zeit nicht als ein Massenmedium verstanden werden, da es der Masse kaum zugänglich war.[241] Daher bezeichnet Siegfried J. Schmidt die Gesellschaft auch als Medienkulturgesellschaft[242], das heißt vor allem, dass die Kultur einer Gesellschaft einer gemeinsamen Wirklichkeit entspricht, die zusammen mit Bedeutungsinhalten zu einem Bild der Welt wird, in dem sich die Mitglieder orientieren können und auf Basis dessen sie miteinander in Kontakt treten und kommunizieren können. Dabei reproduzieren sie Kultur immer wieder neu und passen sie an die Situation an, „wodurch von vornherein ein Moment von Varianz und Dynamik in die Entwicklung von Kultur eingebaut ist, ohne deren Stabilität und Evidenz zu gefährden.“[243] Zu den Verbreitungsmedien zusätzlich kommen noch die durch Talcott Parsons hinzugefügten „symbolisch generalisierten ‚media of interchange’“[244].[245]Diese letztgenannten Medien werden weiter unten anhand der Frage, was Macht ist, ausgeführt.

Diese Definition von Medien kann noch erweitert oder anders strukturiert werden. Siegfried J. Schmidt schlägt eine andere aber ähnliche Definition vor, die jedoch

---

239 Luhmann, Unwahrscheinlichkeit, S. 82.

240 Vgl.: Innis, Eule der Minerva, S. 70, S. 82.

241 Vgl.: Innis, Eule der Minerva, S. 75.

242 Vgl.: Schmidt, Medien, S. 55.

243 Schmidt, Medien, S. 64.

244 Vgl.: Luhmann, Unwahrscheinlichkeit, S. 81. Luhmann verweist hier auf primär auf Parsons, Talcott: Politics and Social Structure; New York, 1969 sowie Ders.: Social Structure and the Symbolic Media of Interchange; in: Blau, Peter M. (Hrsg.): Approaches to the Study of Social Structure; New York, 1975, S. 94-120.

245 Luhmann, Unwahrscheinlichkeit, S. 81f; Luhmann; Niklas: Die Realität der Massenmedien; Frankfurt am Main, 1996; Krämer, Medien, der Computer und die Realität, S. 14.

deutlich stärker am alltäglichen Sprachgebrauch des Medienbegriffes orientiert ist. Als Medien bezeichnet Schmidt „alle Materialitäten, die systematisch zu einer geregelten und gesellschaftlich relevanten semiotischen (bzw.) symbolischen Kopplung von lebenden Systemen genutzt werden (können).“ [246] Das schließt verschiedene Spezifizierungen „z.B. nach Kopplungsbereichen, nach ihrer Materialität, nach Zugänglichkeit“[247] ebenso ein, wie „Grad der Organisation, der Ökonomisierung und der Herrschaftsfunktionen des jeweiligen Mediums.“[248] Dabei folgt der nicht der Medien/Form-Unterscheidung von Luhmann sondern differenziert für die wissenschaftliche Betrachtung von Mediensystemen anders. Dieses komplexe System wird von ihm vor allem durch vier Ebenen gebildet: Semiotische Kommunikationsinstrumente, das technisch-mediale Dispositiv beziehungsweise die jeweilige Medientechnologie, die sozialsystemische Institutionalisierung eines Mediums sowie die jeweiligen Medienangebote.“[249] Wird diese Differenzierung des Mediensystems vergleichen mit der Definition Luhmanns, so fällt auf, dass Schmidt stärker an einer strikteren Operationalisierung interessiert ist. Dabei bleiben dennoch Ähnlichkeiten zu Luhmann vorhanden.

Die Instrumente der Kommunikation entsprechen einem ungekoppelten Medium bei Luhmann. Diese losen Materialien stehen innerhalb des Mediensystems zur Verfügung, um kommunizieren zu können[250]: Sprachen, Töne, Bilder. Die Technik meint unterdessen Fernseh- oder Drucktechnik ebenso wie Rundfunktechnik. Astrid Erll macht deutlich, dass vor allem hier der Fokus der meisten vergangenen Betrachtungen lag und zählt unter anderem Walter Benjamin, Marshall McLuhan oder Paul Virilio [251] sowie Hans Magnus Enszensberger [252] auf. Enzensberger definiert diese Medien nicht normativ, sondern zählt sie auf. Darunter fallen Nachrichten-Satelitten, Video-Recorder, Fernsehen, elektronische Kopierverfahren

246 Schmidt, Medien, S. 57.

247 Schmidt, Medien, S. 57.

248 Schmidt, Medien, S. 57.

249 Schmidt, Siegfried J.: Kalte Faszination: Medien, Kultur, Wissenschaft in der Mediengesellschaft; Weilerswist, 2000, S. 93f zitiert durch Erll, Astrid: Medium des kollektiven Gedächtnisses: Ein (erinnerungs-) kulturwissenschaftlicher Kompaktbegriff; in: Dies. / Nünning, Astrid (Hrsg.): Medien des kollektiven Gedächtnisses. Konstruktivität – Historizität – Kulturspezifizität; Berlin, 2004, S. 3-24, hier S. 13.

250 Vgl.: Schmidt, Medien, S. 57.

251 Vgl.: Erll, Medium des kollektiven Gedächtnisses, S. 13. Erll verweist hier auf Schmidt, Siegfried J.: Kalte Faszination: Medien, Kultur, Wissenschaft in der Mediengesellschaft; Weilerswist, 2000, S. 93-95.

252 Vgl.: Enzensberger, Baukasten, S. 159-186.

ebenso wie Datenbanken und Computer. Wesentlich ist allerdings bei Enzensberger, dass diese neueren Techniken mit älteren wie dem Film, der Fotografie oder dem Druck das Mediensystem bilden.[253]

Harold A. Innis, nicht Teil der Aufzählung, aber ebenso wesentlicher Vertreter einer technologieorientierten Medienwissenschaft, zeichnet in seinen medientheoretischen Abhandlungen vor allem die Auswirkungen auf Institutionen und Kultur nach. Innis beschreibt die Medienentwicklung als eine Entwicklung im Sinne Luhmanns: Hürden wie Raum und Zeit müssen überbrückt werden. Dabei teilt er Luhmanns Meinung, dass jedes Hilfsmittel dieser Art spezialisiert ist.[254] Im Zentrum stehen dabei Dinge wie Töne, Steine oder Papier und Druck, allgemein die „Gestalt des Mediums“[255]. So zeigt er beispielsweise anhand der beginnenden Schriftgeschichte in China im frühen 2. Jahrhundert, dass die damalige Schrift „für die Aufrechterhaltung existierender politischer und religiöser Institutionen“[256]sorgte. Ein anderes Beispiel ist der durch die Muslime im 9. Jahrhundert begonnene Transfer dieser Technik der Papierherstellung via Sizilien und Spanien nach Europa. Dabei steht für Innis weniger der Inhalt der Texte im Vordergrund: Aristoteles' Texte wurden vor allem durch muslimische Bibliotheken Spaniens nach Europa weitergeben. Sondern die technische Möglichkeit der Schrift und des Papieres – auf dessen Basis im 12. Jahrhundert stetig deutlicher zu werden schien, wie sich die Korruption in den kirchlichen Kreisen entwickelte. Und ebenso „half das Papier der Schreibkunst, über den Bereich der Klöster hinaus zu gelangen.“[257] Auf dieser Basis interpretiert Innis auch die Entwicklung moderner Sprachen, die das Lateinische zu schwächen begannen. Nicht zuletzt führte demnach auch das Papier zur Entwicklung der Inquisition – dem Kampf gegen jene, die diese Technik und die Sprache zu nutzen wussten, um Bibelübersetzungen zu schreiben.[258] Das Medium – als Verbreitungsmedium, als Technik – wird hier immer wieder als Werkzeug für etwas gesehen. Die Erfindung eines Kalenders zur Kontrolle über

253 Vgl.: Enzensberger, Baukasten, S. 159.

254 Vgl.: Innis, Herald A.: Ein Plädoyer für die Zeit; in: Barck, Karlheinz (Hrsg.): Harold A. Innis – Kreuzwege der Kommunikation. Ausgewählte Texte; Wien, New York, 1997, S. 120-146, hier S. 122.

255 Vgl.: Innis, Herald A.: Tendenzen der Kommunikation; in: Barck, Karlheinz (Hrsg.): Harold A. Innis – Kreuzwege der Kommunikation. Ausgewählte Texte; Wien, New York, 1997, S. 95-119, hier S. 95.

256 Innis, Eule der Minerva, S. 82.

257 Vgl.: Innis, Eule der Minerva, S. 82f.

258 Vgl.: Innis, Eule der Minerva, S. 85-87.

Zeit durch fixe Daten[259] ist ein anderes Beispiel, an dem Innis deutlich macht, dass aufgrund der Entwicklung neuer Techniken Herrschaftsverhältnisse verändert wurden. Der Grund dafür liegt vor allem in der in der Technik, die „eine bedeutende Rolle bei der Verteilung von von Wissen in Zeit und Raum“ [260] spielt. Dabei differenziert Innis sehr stark zwischen den unterschiedlichen Mitteln zur Kommunikation, jedoch kaum bei den Anwendern oder gar dem Machtbegriff[261].

Für Luhmann bedeuten diese Dinge vor allem Verbreitungsmedien: In konkreter Form erhöhen sie zuerst Handlungsmöglichkeiten, können Selektionen erleichtern oder erschweren und sorgen alsbald für eine hohe Redundanz von Informationen.[262] Die Institutionalisierung hingegen ist ein deutlicher Hinweise auf die Form eines symbolisch generalisierten Kommunikationsmediums: Schulen, Fernsehanstalten oder Verlage sind Teil dieser Kategorie. Sie sind rechtlich eingebettete Formen, Subsysteme der Gesellschaft, die besondere Wege der Kommunikation fördern und verbreiten.[263] Das konkrete Medienangebot ist von all diesen Faktoren geprägt. Für das Toponym, das Bennenen einer Straße beziehungsweise die Schilder und Karten bedeutet das, dass es als unterschiedliche Form dieser jeweiligen Medien auftritt.

Dabei kommen diese Einflüsse recht unerkannt in der Materialität zusammen. Die Form selbst, die konkrete Botschaft, überlagert das Material, trotz dass es Sinn zu beeinflussen in der Lage ist. [264] Krämer nennt dies einen „'Überschuß' an Sinn“ oder „'Mehrwert' an Bedeutung.“[265] Der Sinnüberschuss ist nicht intendiert, wenn ein Zeichen oder eine Form genutzt wird, dennoch ist er vorhanden. Diese Erscheinung sei „eine unbeabsichtigte Spur“[266]. Spuren sind immer unbeabsichtigt und beiläufig und keinesfalls intendiert. Hier existiert eine Analogie zu Luhmann. Die Form selbst ist temporär begrenzt und Fixierung des Mediums in dem Sinn,

---

259 Vgl.: Innis, Plädoyer für die Zeit, S. 124.

260 Vgl.: Innis, Tendenzen der Kommunikation, S. 95f.

261 Vgl.: Innis, Tendenzen der Kommunikation, S. 101.

262 Vgl.: Luhmann, Unwahrscheinlichkeit, S. 86.

263 Vgl.: Erll, Medium des kollektiven Gedächtnisses, S. 13. Erll verweist hier auf Schmidt, Siegfried J.: Kalte Faszination: Medien, Kultur, Wissenschaft in der Mediengesellschaft; Weilerswist, 2000, S. 93-95.

264 Vgl.: Krämer, Sybille: Das Medium als Spur und als Apparat; in: Dies. (Hrsg.): Medien. Computer. Realität. Wirklichkeitsvorstellungen und Neue Medien; Frankfurt am Main, 1998, S. 73-93, hier S. 74.

265 Krämer, Medium als Spur, S. 79.

266 Krämer, Medium als Spur, S. 79.

wie ein Zeichen die Konkretisierung und bewusste Inszenierung im Gegensatz zur unbewussten Spur ist. Dennoch ist das Medium bei Luhmann trotz Form vorhanden wie die Spur bei einem Zeichen.[267] Alle diese Einflüsse, die bewusst sowie unbewusst kommuniziert werden durch bestimmte Materialitäten oder Techniken, ergänzen einander komplementär. Jede neue Art der medialen Vermittlung bedeutet eine Profilierungsherausforderung für die bereits vorhandenen semantischen Möglichkeiten, Techniken, Organisationen oder Angebote.[268]

3.1 Symbolisch generalisiertes Kommunikationsmedium Macht

Das Symbolische der symbolisch generalisierten Medien steht für all jene Dinge, die etwas bezeichnen und gleichzeitig das Bezeichnete mit artikulieren. Das heißt, das Symbol bei Luhmann bedeutet die „Einheit von Bezeichnendem und Bezeichnetem“[269]. Damit wird die Trennung zwischen diesen beiden Teilen des Gleichen aufgehoben: „so daß man das Bezeichnende als stellvertretend für das Bezeichnete (und nicht nur: als Hinweis auf das Bezeichnete) benutzen kann.“[270] „Das Symbol ist demnach ein Zeichen, dass die Zeichenfunktion reflektiert […].“[271] Im Gegensatz zur Sprache also, die versucht in zufälligen komplexen Situationen Verstehen sicher zu stellen, setzen die symbolisch generalisierten Kommunikationsmedien dies aufgrund von Konventionen voraus und sorgen in diesen komplexen Situationen dafür, dass „auf wunderbare Weise Nein-Wahrscheinlichkeiten in Ja-Wahrscheinlichkeiten“[272] des Kommunikationserfolges transformiert werden. Darin liegt der Wert des Symbols für Luhmann: Während es die oben genannte Differenz in sich trägt und damit auch die Möglichkeiten der Ablehnung oder Zustimmung impliziert, macht es die Annahme aber

267 Krämer, Medium als Spur, S. 79.

268 Vgl.: Schmidt, Medien, S. 57; Innis, Eule der Minvera, S. 69.

269 Luhmann, Gesellschaft, S. 319.

270 Luhmann, Gesellschaft, S. 319.

271 Luhmann, Niklas: Die Kunst der Gesellschaft; Frankfurt am Main, 1995, S. 287 zitiert nach Rolf, Eckard: Symboltheorien; Berlin, New York, 2006, S. 289.

272 Luhmann, Gesellschaft, S. 320. Diese „wunderbare Weise“ beruht im Wesentlichen auf einer Institutionalisierung. Vgl.: Ebd., S. 204.

wahrscheinlich und überbrückt diese Differenzen.[273] Entsprechend erfolgssichernd sind diese von Parsons entwickelten und in Folge von Luhmann weiterentwickelten symbolisch generalisierten Kommunikationsmedien. Die Formen, in denen diese Medien auftreten, automatisieren verallgemeinernd in bestimmten Situationen Prozesse der Übernahme von Informationen in die eigenen Handlungen. Sie basieren auf der Sprache als etwas, worüber ein Vorverständigtsein[274] besteht, dies entspräche dem linguistischen Code, die linguistische Nachricht sei dann das, was tatsächlich noch kommuniziert wird.[275] Diese Medien wurden lange nicht als Medien betrachtet.[276] Sie entsprechen den von Parsons und Luhmann evolutiv entwickelten gesellschaftlichen Systemen[277] und entwickelten sich auf Basis der Schrift, die als unbedingte Voraussetzung[278] gilt.

Innerhalb des gesamtgesellschaftlichen Systems gilt Macht vor allem als Medium des Subsystems Politik. Die Erfindung der Schrift ist der Schlüsselmoment für die Entstehung von Machtketten. Administrative Bürokratien basieren ebenso auf solchen komplexen Machtketten wie die demokratische Kontrolle politischer Macht.[279] Symbolisch generalisierte Kommunikationsmedien wie Macht basieren im Wesentlichen auf der Notwendigkeit, Kommunikation verständlich verfügbar zu machen „für eine unbekannte Zahl von Nichtanwesenden und für noch nicht genau bekannte Situationen“[280].[281] Sie bildeten sich in Form einer abstrakten Grundlagen für Verständnis zu einem Zeitpunkt, als die Differenzen zwischen den Kommunikationspartnern sich soweit auseinander entwickelten, dass „die Prämisse einer einheitlichen, natürlich-moralisch-rechtlichen Grundlage“ nicht mehr gegeben war:

„Staatsräson und amour passion, methodisch erarbeitete wissenschaftliche Wahrheit, Geld

---

273 Vgl.: Rolf, Symboltheorien, S 288. Rolf verweist hier auf Luhmann, Niklas: Die Wissenschaft der Gesellschaft; Frankfurt am Main, 1990, S. 190; vgl. ebenso Krämer, Medium als Spur, S. 78f.

274 Vgl.: Schmidt, Medien, S. 62.

275 Vgl.: Luhmann, Einführende Bemerkungen, S. 35.

276 Vgl.: Luhmann, Unwahrscheinlichkeit, S. 82. Luhmann verweist hier auf Ders.: Einführende Bemerkungen zu einer Theorie symbolisch generalisierter Kommunikationsmedien; in: Ders.: Soziologische Aufklärung. Band 2; Opladen, 1975, S. 170-192 sowie Ders.: Generalized Media and the Problem of Contingency; in: Loubser, Jan J. et. al. (Hrsg.): Explorations in General Theory in Social Science: Essays in Honor of Talcott Parsons, Band II; New York, 1976, S. 507-532.

277 Vgl.: Luhmann, Einführende Bemerkungen, S. 33.

278 Vgl.: Luhmann, Unwahrscheinlichkeit, S. 83.

279 Vgl.: Luhmann, Niklas: Macht; 4. Auflage, Konstanz, München, 2012, S. 134.

280 Luhmann, Unwahrscheinlichkeit, S. 82.

281 Vgl.: Luhmann, Unwahrscheinlichkeit, S. 82.

und Recht nehmen verschiedene Wege, indem sie sich auf je verschiedene Kommunikationswege – die Staatsräson z.B. das Militär und die Verwaltungshierarchie, der amour passion den Salon, den (publizierbaren) Brief und den Roman – und sie führen zur Ausdifferenzierung verschiedenartiger Funktionssysteme, die schließlich den Verzicht auf eine ständische Ordnung der Gesellschaft und damit den Übergang in die moderne Gesellschaft ermöglichen.“[282]

In diesem Moment wird deutlich, dass die steigende Wahrscheinlichkeit der Verbreitung von Kommunikationsinhalten die Erfolgschancen verkleinert und dass, trotz der steigenden Ordnung der Gesellschaft in ihrem Differenzierungsprozess, die eine Normalisierung von Kommunikation mit sich bringt, Medien benötigt werden, die weiterhin den Kommunikationserfolg in verschiedenen Situationen sichern.[283] Anders gesagt:

„Die Kultur wird durch Veränderungen im Bereich der Kommunikationstechnik unter neuartige Anforderungen gestellt. Die Art, wie sie Überzeugungsmittel geordnet hatte, gerät unter den Druck veränderter Bedingungen der Plausibilität […].“[284]

Die Folge ist die Notwendigkeit, Wege der Kommunikation zu finden, die einen Kommunikationspartner überzeugen beziehungsweise motivieren, Informationen anzunehmen und sie dem eigenen Handeln zugrunde zu legen.[285] Dinge wie Macht oder Wahrheit sind es, „die speziell die Motivation zur Annahme von Selektionsofferten konditionieren und regulieren.“[286] Das berufen auf Wahrheit oder die Verwendung und Manipulation von Herrschaftssysmbolen auf eine Art, die Überlegenheit sichtbar macht, ermöglichen das.[287] Eine Unterscheidung zwischen ihnen und weiteren symbolisch generalisierten Kommunikationsmedien bedeutet die Grundlage für eine Ausdifferenzierung sowie Spezialisierung der Gesellschaft.[288] Alles in allem kann unter solchen symbolisch generalisierten Kommunikationsmedien eine Zusatzeinrichtung zur Sprache verstanden werden,

„nämlich ein Code generalisierter Symbole, der die Übertragung von Selektionsleistung steuert. Zusätzlich zur Sprache [...] haben Kommunikationsmedien mithin auch eine Motivationsfunktion, indem für die Annahme fremder Selektionsleistungen nahe legen und für den Normalfall erwartbar machen. Kommunikationsmedien können sich demnach immer dann bilden, wenn die *Selektionsleistung des einen Partners* zugleich als

---

282 Luhmann, Unwahrscheinlichkeit, S. 83. Vgl. ebenso: Innis, Tendenzen der Kommunikation, S. 101f, S. 107, S. 110.

283 Vgl.: Luhmann, Unwahrscheinlichkeit, S. 83; Luhmann, Einführende Bemerkungen, S. 33.

284 Luhmann, Unwahrscheinlichkeit, S. 84.

285 Vgl.: Röttgers, Kurt: Freiheiten und Mächte; in: Fischer, Peter (Hrsg.): Freiheit oder Gerechtigkeit. Perspektiven politischer Philosophie; Leipzig, 1996, S. 88-130, hier S. 89f.

286 Luhmann, Macht, S. 13.

287 Vgl.: Luhmann, Niklas: Gesellschaft der Gesellschaft; Band 1, S. 321.

288 Vgl.: Luhmann, Macht, S. 13.

Motivationsleistung des anderen dient. Die Symbole dieses Zusammenhanges von Selektion und Motivation übernehmen dann die Funktion einer Vermittlung und machen den Zusammenhang beider Seiten deutlich, so daß er als antizipierbarer Zusammenhang die Selektivität verstärken und zusätzlich motivieren kann."[289]

Dem Medium der Macht liegen allgemein zwei Annahmen zu Grunde: Zuerst heißt das, dass beide Kommunikationspartner voneinander wissen, dass sie selbst selektiv Agieren[290], wobei sich „die einflußnehmende Kommunikation auf einen Partner"[291] bezieht, „der in seinen Selektionen dirigiert werden soll."[292] Damit dirigiert werden kann, muss die zweite Bedingung erfüllt sein: Symbole müssen vorhanden sein. Die Symbole, ihrerseits „kulturell formbar, evolutionär veränderbar und mit einer größeren Zahl von Systemzuständen kompatibel"[293], ersetzen dabei die ursprüngliche Ausgangssituation, die so abstrahiert wird. An die symbolisch generierte Situation anschließend bedeutet das Dirigieren nur, dass der zu beeinflussende Kommunikationspartner aufgrund von gemeinsamen Codes unter seinen verschiedenen Handlungsmöglichkeiten höchstwahrscheinlich diese auswählt, die durch den Code deutlich wird.[294] Am konkreten Beispiel hieße das, dass nicht ein willkürlicher Name für eine Straße verwendet wird, sondern der Code des offiziellen Namens der Stadtverwaltung verstanden wird als der Name, den es zu verwenden gilt. Um dies zu analysieren gilt es die verschiedenen Handlungsmöglichkeiten der beiden Kommunikationspartner, die ohne Code nicht identisch seien, zu berücksichtigen. Das heißt, Formen der Macht beeinflussen nicht irgendein Objekt, sondern eines, dass selbstständig handelt und Subjekt ist.[295] Denn nur auf Basis dieser Betrachtung kann deutlich werden, wenn Macht vorliegt: Macht wirkt so, dass die Selektionsauswahl beeinflusst wird. Durch das Handeln einer Person wird ein dem sinnkomplementäres Handeln einer anderen Person ausgelöst.[296] Machtgröße zeichnet sich dadurch aus, dass ihr Einfluss

289 Luhmann, Macht, S. 14f. Hervorhebungen durch Luhmann.

290 Vgl.: Luhmann, Macht, S. 15. Luhmann verweist hier auf Parsons, Talcot / Shits, Edward A. (Hrsg.): Toward a General Theory of Action; 1951, Cambridge Mass., S. 14ff sowie auf March, James G. / Simon, Herbert A.: Organizations; New York, 1958.

291 Luhmann, Macht, S. 15.

292 Luhmann, Macht, S. 15.

293 Luhmann, Macht, S. 18.

294 Vgl.: Luhmann, Macht, S. 15.

295 Vgl.: Luutz, Wolfgang: Warum Macht eine immanente soziale Angelegenheit ist. Eine notwendige Gegenrede; in: Allgemeine Zeitschrift für Philosophie, Jhg. 33, 2008, S. 181-189, hier S. 183; Luhmann, Macht, S. 15f. Luhmann verweist hier auf Abramson, E. et al.: Social Power and Commitment: A Theoretical Statement; in: American Sociological Review, Nr. 23, 1958, S. 15-22.

296 Vgl.: Luhmann, Gesellschaft, S. 336f; Luhmann, Einführende Bemerkungen, S. 49.

soweit reicht, dass selbst bessere Alternativen ausgeschlagen werden. Demnach kann Macht nur dort sein, wo Alternativen sind, die unterdessen nicht durch Zwang ausgelöscht werden dürfen.[297] Es wird deutlich bei Weisungen, Befehlen oder „einer Suggestion, die durch möglich [sic] Sanktionen gedeckt ist.“[298] „[D]ie Form der Macht ist nichts anderes als diese Differenz, die Differenz zwischen der Ausführung einer Weisung und der zu vermeidenden Alternative.“ [299] Die Sanktionsmittel sind es unterdessen, die eine Generalisierung benötigen. Das Medium, das heißt die lose Koppelung, besteht in „Machtziele[n] und den Sanktionsmitteln, und die Benutzung von Macht legt dann die Form fest […].“[300] Die Grenze der Macht ist dort, wo die zu dirigierende Person sich gegen die Weisung entscheidet und den Weisenden zur Sanktion oder zum Verzicht zwingt. Die Macht scheitert, weil sie nicht erreicht, was sie wollte.[301] In diesem Moment kann beispielsweise die Zurückweisung einer Anweisung aufgrund der Handlungsfreiheit des Weisungsempfängers als eine Umkehrung der Machtverhältnisse und die nicht ausschließliche Asymmetrie von Macht hindeuten. [302] Machtsteigerung bedeutet schließlich Freiheit beziehungsweise Willenspluralität der „Unterworfenen“ vergrößern.[303]

Zwang hingegen wirkt entgegengesetzt. Zwang minimiert die Entscheidungsmöglichkeiten derart, dass im Extremfall gar keine Macht mehr vorhanden ist, denn der Gezwungene hat keinerlei Handlungsalternativen mehr und selbst wenn – er wählt nicht mehr selbst, denn was er tun muss, entscheidet der Zwangausübende für ihn. An dieser Stelle funktionieren symbolisch generalisierte Kommunikationsmedien nicht mehr, weil sie die Handlungsselektion nicht mehr vereinfachen können, da der Zwangausübende sich entschlossen hat für sich und den Gezwungenen zu entscheiden.[304] Daher kann von Macht auch nicht gesprochen werden als Unterdrückung oder „Brechung eines fremden

297 Vgl.: Luutz, Macht, S. 183.

298 Luhmann, Gesellschaft, S. 355.

299 Luhmann, Gesellschaft, S. 356.

300 Luhmann, Gesellschaft, S. 356.

301 Vgl.: Luhmann, Gesellschaft, S. 387.

302 Vgl.: Luutz, Macht, S. 184; Luutz verweist hier auf Foucault, Michel: Analytik der Macht; Frankfurt am Main, 2005.

303 Vgl.: Luhmann, Macht, S. 17; Luutz, Macht, S. 183, Luutz verweist hier auf Arendt, Hannah: Vita activa oder Vom tätigen Leben; München, Zürich, 8. Auflage, 1996.

304 Vgl.: Luhmann, Niklas: Macht; S. 16.

Willens“[305]. Das Recht, das heißt Gesetze, wiederum bedeutet eine Selbstreflexion der Macht[306] durch den Rechtsstaat und damit die Möglichkeit dieses politischen Mediums, Gesellschaft zu gestalten [307] und die physische Gewalt zu zentralisieren [308] , wann die Anwendung dann rechtens ist, entscheiden die notwendigen Organisationen[309]. Darauf basieren Formen wie die politische Wahl oder die „Pressionsmacht von Untergebenen“ [310] . Vor allem demokratische diskursive Formen der Macht, wie Institutionen, sichern abermals die Willenspluralität und die Symmetrie der Machtverhältnisse. [311] Unterdessen existieren sehr viele Möglichkeiten, Macht auszuüben (Drohpotentiale), deren Anwendbarkeit aber eine Grenze hat, wo der Machthaber Informationen benötigt, die er nicht selbst produziert hat.[312]

Für die Gesellschaft ist es notwendig, Substitute zu bilden, um Macht erfahrbar zu machen. Hierarchien sind ein solches Substitut. [313] Sie beinhalten vor allem asymmetrische Machtbeziehungen – es besteht die gesellschaftliche Annahme, dass „ein Vorgesetzter mehr Macht hat als ein Untergebener“[314]. Die Geschichte eines Systems ist in der Form, als dass bestimmte Situationen des Konfliktes erinnert und normalisiert werden, ein weiteres Substitut. Denn mit dem Einschreiben in ein Gedächtnis werden Situationen und Handlungen in Erwartungen eingeschrieben, um abermals entsprechend erfolgreich zu handeln wie in der Vergangenheit oder aber eben exakt nicht so zu Handeln, um Misserfolg vorzubeugen. Als Grundlage des Vergleiches werden hier Machtverhältnisse offenkundig, einzelne Momente symbolisch brisant.[315] „Entscheidend [sei] die Form, in der Politik sich selbst realisiere.“ [316] Insgesamt wird bei Existenz eines Machtgefälles ein Wille sinnlos. In dieser Einsicht besteht daher auch „die Funktion

305 Vgl.: Röttgers, Freiheiten und Mächte.

306 Vgl.: Innis, Herald A.: Das Problem des Raumes; in: Barck, Karlheinz (Hrsg.): Harold A. Innis – Kreuzwege der Kommunikation. Ausgewählte Texte; Wien, New York, 1997, S. 147-181, hier S. 153.

307 Vgl.: Luhmann, Gesellschaft, S. 357.

308 Vgl.: Luhmann, Gesellschaft, S. 380.

309 Vgl.: Luhmann, Gesellschaft, S. 389.

310 Luhmann, Gesellschaft, S. 372f.

311 Vgl.: Luutz, Macht, S. 184.

312 Vgl.: Luhmann, Gesellschaft, S. 359.

313 Vgl.: Röttgers, Freiheiten und Mächte, S. 89f.

314 Luhmann, Macht, S. 17.

315 Vgl.: Luhmann, Macht, S. 17.

316 Luhmann, Politik, S. 140.

von Macht: Sie stellt mögliche Wirkungsketten sicher unabhängig vom Willen des machtunterworfenen Handelnden – ob er will oder nicht.“ [317] Der Wille wird keineswegs gebrochen, sondern lediglich neutralisiert, Macht fordert Handlungen, auch wenn sie gewollt werden, der Handelnde muss es nun sowieso tun. Im Wesentlichen wird so Kontingenz reguliert. „Wie jeder andere Medien-Code bezieht sich auch der Macht-Code auf eine mögliche (!) – nicht notwendig auf eine wirkliche – Diskrepanz der Selektionsleistungen von Alter und Ego, indem er sie ‚egalisiert’.“ [318] Macht ist somit ein Katalysator und nicht Ursache. Macht beschleunigt das Eintreten von Situationen.[319] Sie muss dabei nicht zwingend vorhanden sein, sondern kann auch durch Verbreitungsmedien kommuniziert worden sein oder einfach in Form von Handlungsanreizen bekannt sein. Rechtliche Rahmenbedingungen sind ein solches Beispiel, ebenso wie wenn ökonomische Macht in Form von Weisungen auftritt – Nicht zu verwechseln mit dem finanziellen Interesse, das sich im Medium des Geldes manifestiert.[320] Macht findet sich daher in individuellem Handeln ebenso wie „in sozialen Beziehungen“ und schließlich in verschiedenen Formen „strukturelle[r] bzw. institutionelle[r] Macht“[321].

3.2 Vebreitungsmedien/ Massenmedien

„Mit dem Begriff der Massenmedien sollen im folgenden alle Einrichtungen der Gesellschaft erfaßt werden, die sich zur Verbreitung von Kommunikation technischer Mittel der Vervielfältigung bedienen. Vor allem ist an Bücher, Zeitschriften, Zeitungen zu denken, die durch die Druckpresse hergestellt werden; aber auch an photographische oder elektronische Kopierverfahren jeder Art, sofern sie Produkte in großer Zahl mit noch unbestimmten Adressaten erzeugen. Auch die Verbreitung der Kommunikation über Funk fällt unter den Begriff, sofern sie allgemein zugänglich ist und nicht nur der telephonischen Verbindung einzelner dient. [...] [N]icht genügen [soll] die öffentliche Zugänglichkeit des Raumes, in dem Kommunikation stattfindet. [...] [D]er Grundgedanke ist, daß erst die maschinelle Herstellung eines Produktes als Träger der Kommunikation – aber nicht schon Schrift als solche – zur Ausdifferenzierung eines besonderen Systems der

317 Luhmann, Macht, S. 19.

318 Luhmann, Macht, S. 19.

319 Vgl.: Luhmann, Macht, S. 19.

320 Vgl.: Luutz, Macht, S. 186f.

321 Luutz, Macht, S. 187. Außerdem existiert noch Macht im Sinne der menschlichen „Fähigkeit zu reflexiver Selbststeuerung“, sie entspräche bei Luhmann vor allem einer Verbindung von Kognition und (Selbst)Wahrnehmung durch Kommunikation. Vgl.: Luhmann, Gesellschaft, S. 192f.

Massenmedien geführt hat.“[322]

Diese organisierten Massenmedien seien in der Lage, „das Repertoire der Einstellungen und Bereitschaften selektiv zu beschränken, auf das andere Teilsysteme der Gesellschaft zurückgreifen können.“[323] Das heißt konkret, dass Massenmedien/ Verbreitungsmedien nicht in der Lage sind, die Selektionsmöglichkeiten eines anderen Systems zu beeinflussen.[324] Dabei ist das Ziel eines solchen Mediums primär, Informationen zu verbreiten, ergo die soziale Redundanz zu erhöhen.[325] Informationen sind vor allem als „Unterschiede, die einen Unterschied machen“[326] zu verstehen. Damit Unterschiede vorhanden sind, müssen zumindest zwei unterschiedliche Tatsachen vorhanden sein und in einer Sequenz auftreten. Informationen basieren aufeinander und lassen sich ordnen: Aus welchen Informationen lassen sich wahrscheinlichere oder unwahrscheinlichere Handlungsverläufe ableiten? Das Kalkül ist eine Möglichkeit, dies zu tun, das stetige langsame Voranschreiten und immer wieder neue Einbeziehen von weiteren vorher nicht berechenbaren Informationen eine andere Möglichkeit.[327] Aufgrund dessen, dass Massenmedien diese Unterschiede kommunizieren und weitergeben – die Redundanz erhöhen – schaffen sie „Voraussetzungen für weitere Kommunikation [...], *die nicht eigens mitkommuniziert werden müssen*. Das gilt für aktuelles Informiertsein ebenso wie für aktuelles Kultiviertsein, was Urteile über Werte, Lebensformen, Mode und Nicht-mehr-Mode angeht.“[328]

Die fortschreitende Technisierung am Ende des 19. Jahrhunderts hat entsprechend früh Möglichkeiten wie Werbung, Telegramme oder Schnellpresse ermöglicht und damit Möglichkeiten für die Erhöhung sozialer Redundanz geschaffen.[329] Besonders jedoch die Frage des „Kultiviertseins“ einer Person oder

---

322 Luhmann, Realität, S. 10f.

323 Luhmann, Unwahrscheinlichkeit, S. 85.

324 Vgl.: Luhmann, Unwahrscheinlichkeit, S. 85.

325 Vgl.: Luhmann, Gesellschaft, S. 202.

326 Luhmann, Realität, S. 100.

327 Vgl.: Luhmann, Realität, S. 100.

328 Luhmann, Realität, S. 120. Darunter fallen auch die Inhalte sozialen Wissens, Konventionen, Geschlechterdifferenzen oder gesellschaftliche Hierarchien. Vgl.: Schmidt, Medien, S. 62. Schmidt verweist hier auf Schmidt, Siegfried J.: Kognitive Autonomie und soziale Orientierung, Konstruktivistische Bemerkungen zum Zusammenhang von Kognition, Kommunikation, Medien und Kultur; Frankfurt am Main, 1994.

329 Vgl.: Innis, Eule der Minerva, S. 90.

einer Personengruppe ist eine häufig diskutierte, die einhergeht mit einer Kritik an Technik und besonders ihrer Auswirkungen auf Kultur. So schreibt Innis: Die Grenzen des Buchdruckes „traten beim Abgleiten des Buches auf das Niveau von Edelreklame, bei der Ablösung des Bauwerkes durch den Wolkenkrazer, jene Kathedrale des Kommerzes, und bei starker Vereinfachung von Orthographie und Semantik zutage.“[330] Dabei war der Einfluss der Printverbreitungsmedien vor allem räumlich beschränkt, sie kreierten jedoch einen periodischen Zeitablauf des Alltags und ihre Inhalte waren beständig. Rundfunkgeräte hingegen beeinflussten die Verbreitungsmöglichkeiten auch räumlich. Mit den Radios etablierte sich, so Innis, eine Zentralisierung und führte zu noch einem stärkeren Bewusstsein von Zeitfluss als eine Zeitung.[331]

Nicht nur aktuelle Informationen werden also kommuniziert, sondern auch Vergangenes spielt eine wesentliche Rolle. Verbreitungsmedien sind die Grundlage für ein Gedächtnis der Gesellschaft oder ein System eines kollektiven Gedächtnisses. Dessen Funktion besteht „darin, daß man bei jeder Kommunikation bestimmte Realitätsannahmen als bekannt voraussetzen kann, ohne sie eigens in die Kommunikation einführen und begründen zu müssen.“[332] So kontrolliert es als eine Art Hintergrundfolie der Kommunikation die Inhalte dieser, beachtet „im Seitenblick“ weitere Informationen und – das scheint wesentlich - „schaltet allzu gewagte Informationen als unwahrscheinlich aus.“[333] Hierin zeigt sich, werden beispielsweise Nachrichten oder Unterhaltung betrachtet, dass die Medien durch diese Gedächtnisfunktion Informationselemente lose koppeln. Erst in ihrer konkreten Form, eben den Nachrichten, wird ein Teil dessen abgerufen und fest gekoppelt. Das heißt während in einer Nachrichtensendung Informationen den Wahrnehmungserwartungen des Konsumenten entsprechend ihrer Form angepasst sein sollten, ist das Gedächtnis als Medium nicht gleichermaßen vorkonfiguriert, sondern bietet nur Unterscheidungsmöglichkeiten auf denen die Nachrichten aufbauen.[334] Gemäß Luhmann müsste daher von Formen des kollektiven Gedächtnisses gesprochen werden, die den Inhalt des Gedächtnisses

330 Innis, Eule der Minvera, S. 92.
331 Vgl.: Innis, Tendenzen der Kommunikation, S. 119.
332 Luhmann, Realität, S. 121.
333 Luhmann, Realität, S. 121.
334 Luhmann, Realität, S. 120f.

verwenden und auf ihn zurückgreifen, ergo Erinnern. Auf dieser Grundlage werden Individuen durch Medien auch unterschiedlich typisiert. Im Bericht oder einer Nachricht konsumiert das Individuum, wie andere gehandelt haben. Das heißt eine Sendung wie die Tagessschau individualisiert insofern wenig, als dass sie nur wenig Raum für Identifikation bietet, sondern berichtet, was andere Menschen taten.[335] Für die Werbung gilt das Individuum als mündig Handelnder. Der Mensch ist frei, im Sinne seiner Kalkulationen zu handeln, Produkte zu kaufen oder nicht. Die Unterhaltung hingegen nutzt die Fiktionalität insofern, als dass sie kein so klares Bild entwickelt. Es ist zuvordermeist dem Konsumenten überlassen, sich zu identifizieren.[336] In diesen verschiedenen Formaten werden die Informationen des (kollektiven) Gedächtnisses nur in der Gegenwart reaktiviert: „[E]in Gedächtnis kann nur zu gegenwärtig-aktuellen Operationen etwas beisteuern.“[337]

Luhmann fährt davon ausgehend fort bei der Annahme, dass der Hauptprozess des Gedächtnisses das Vergessen sei. Der Grund hierfür liegt in der kurzen Zeit der Gegenwart, vergangene Informationen abzurufen, zu kompilieren und zu verwenden: die Vergangenheit wird komprimiert und schafft Kapazitäten für neue Informationen. [338] Die Arbeitsgrundlage eines Gedächtnisses ist daher eine rekonstruierte Vergangenheit. Wird der Prozess des Vergessens unterdessen aufgehoben oder gehemmt, werden „dauerhafte 'Eigenwerte'“ geschaffen. Von Außen betrachtet bedeutet das Erinnern – Die Abwesenheit von Vergessen und das damit verbundene rekreieren von Vergangenem.[339] Diese Rekreation bedeutet ein Selektionsprozess, der abhängig von der technischen Entwicklungen mehr oder weniger Menschen offen steht. [340] Die Leistung der Formen der Verbreitungsmedien als materialisierte Kommunikation und als solche als Grundlage des Gedächtnisses liegt besonders in diesen Prozessen und damit in der Verknüpfung von Vergangenheit und Zukunft, denn in dieser Verbindung liegt eine wesentliche Orientierung von Kommunikation: Vergangenes und Kommendes

335 Vgl.: Luhmann, Realität, S. 131.

336 Vgl.: Luhmann, Realität, S. 132.

337 Luhmann, Politik, S. 172.

338 Vgl.: Luhmann, Politik, S. 172. Luhmann verweist hier auf die Neurophysiologie: Förster, Heinz: Das Gedächtnis: Eine quantenphysikalische Untersuchung; Wien, 1948; Ders.: Quantum Mechanical Theory of Memory; in: Ders. (Hrsg.): Cybernetics: Transaction of the Sixth Conference; New York, 1949, S. 112-145.

339 Vgl.: Luhmann, Politik, S. 172f.

340 Vgl.: Enzensberger, Baukasten, S. 167.

bilden einen Rahmen, der Anschlussfähigkeit sicherstellt.[341]

Die Analyse dieser als Massenmedien charakterisierten technischen Formen findet unterdessen vor allem so statt, dass diese Analyse sich auf die Massenmedien und konkret auf die Masse als Orientierungsgröße beschränkt. Es würde vor allem gefragt werden, wie „das individuelle Verhalten durch Massenpresse, Film und Funk massenhaft deformiert wird.“ [342] Enzensberger schreibt dazu: „Von Manipulation ist meist mit dem Unterton der Weheklage die Rede. […] Die These der Manipulation dient auch der eigenen Entlastung.“[343] Luhmann sieht aufgrund der starken Differenzierung der Gesellschaft gleichfalls ein Problem in dieser Engführung.[344] Dabei macht Luhmann klar, dass die Subsysteme, aus denen die Gesellschaft besteht („etwa Familien, Politik, Wirtschaft, Recht, Gesundheitssystem“) Grundlage dafür sind, dass das Handeln einer Person wahrnehmbar wird und ggf. auch über diese Systeme hinaus Wirkung, das heißt gesellschaftliche Wirkung, zeitigen kann. [345] Entsprechend sollte eine Medienbetrachtung deutlich differenzierter sein, sie muss ausgehend von der Annahme, dass Systeme Zeichen wahrscheinlicher Kommunikation sind,

„sowohl die Veränderungen in der Verbreitungstechnik als auch die Unterschiede der Erfolgschancen von Kommunikation und deren Veränderung sowie Rückwirkungen beider Problembereiche aufeinander berücksichtigen. Zu all dem kommt noch die Frage, ob es unabhängig von der Vermittlung durch Systemdifferenzierung noch direkte Auswirkungen auf individuelle Einstellungen und Motive gibt, die im systemtheoretischen Sinne zur Umwelt des Sozialsystems Gesellschaft gehören, eben deshalb aber auf dieses zurückwirken.“[346]

Innis sieht die Entwicklungen der Schriftlichkeit, als Kommunikationsmittel, nicht derart differenziert. Seiner Ansicht nach führten die Verbreitungsmedien vor allem Ende des 19. Jahrhunderts und der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts zu „kultureller Gleichförmigkeit“[347] innerhalb von Staaten sowie zum „übermäßige[n]

341 Vgl.: Schmidt, Medien, S. 63; Luhmann, Politik, S. 175. Wie das Gedächtnis diese Leistung vollbringt, ist Luhmann nicht klar, er verweist dazu auf Foerster, Heinz von: What Is Memory that it May Have Hindsight and Foresight as well?; in: Bogoch, Samuel (Hrsg.): The Future of the Brain Sciences: Proceedings of a Conference held at the New York Academy of Medicine; New York, 1969, S. 19-64.

342 Luhmann, Unwahrscheinlichkeit, S. 84.

343 Enzensberger, Baukasten, S. 163f.

344 Vgl.: Luhmann, Unwahrscheinlichkeit, S. 84.

345 Vgl.: Luhmann, Unwahrscheinlichkeit, S. 85.

346 Luhmann, Unwahrscheinlichkeit, S. 85.

347 Innis, Plädoyer für die Zeit, S. 133.

Interesse an Sensationen und Krieg“ [348] innerhalb der Geschichtsschreibung. Gleiches gelte für die Sensationslust der Nachrichtenberichterstattung. All dies sei vor allem auf die steigende Verfügbarkeit von Papier und die Beschleunigung von Drucktechniken zurückzuführen.[349] Er kritisiert dies mit den Worten: „Die westliche Gemeinschaft ist durch die Zermalmungseffekte der maschinellen Industrialisierung des Kommunikationswesens zersetzt worden.“[350] Dabei expliziert er die Differenz zwischen den auf dem Auge und dem Ohr basierenden Kommunikationsmitteln, die, wenn sie nur auf einem von beidem beruhen, negative folgen haben: Dominiert das Auge, entwickelten sich einflussreiche gehörgestützte Kommunikationsmittel und sorgten für größere Unmittelbarkeit. Innerhalb dieses Spannungsfeldes entwickelte sich unterdessen, so Innis, nicht nur das Potenzial, die Gesellschaft abzubilden, sondern auch Täuschungsmöglichkeiten.[351]

Enzensberger und Schmidt gehen beide ebenso auf diese Veränderungen ein. Während ersterer aufgrund des Publikationszeitpunktes beschränkt ist, darauf aufmerksam zu machen, dass Medien in seinem technischen Verständnis des Begriffes keine reinen Empfänger kennen, sondern diese – einem Radio gleich – auch potentielle Sender sind. Und auf dieser Nur-Empfänger-Annahme genutzt werden, um Partizipation zu verhindern bzw. Produktionsverhältnisse im Sinne Marx zu manifestieren.[352] Kann Schmidt, der nahezu dreißig Jahre später schreibt, zeigen, dass hier eine Veränderung stattgefunden hat. Der Rezipient wurde demnach „vom (mehr oder weniger passiven) Konsumenten zum aktiven Nutzer.“[353] Dies basiert aber nicht zuletzt auch auf einer bedeutenden Feststellung, die sich so bei Enzensberger noch nicht findet, denn die Entwicklungen der Medienwirkungsforschung anführend, macht Schmidt, klar, dass „man hier mit linearen Wirkungsmodellen nicht weiterkommt.“ Entsprechend sind Luhmanns sowie Schmidts theoretische Ausführungen vor allem Beschreibungen des

348 Innis, Plädoyer für die Zeit, S. 134.

349 Vgl.: Innis, Plädoyer für die Zeit, S. 133f.

350 Innis, Plädoyer für die Zeit, S. 136; Er äußert sich ähnlich in Innis, Herald A.: Ein kritischer Rückblick; in: Barck, Karlheinz (Hrsg.): Harold A. Innis – Kreuzwege der Kommunikation. Ausgewählte Texte; Wien, New York, 1997, S. 182-187, hier. S. 182.

351 Vgl.: Innis, Plädoyer für die Zeit, S. 137f.

352 Vgl.: Enzensberger, Baukasten, S. 160f.

353 Schmidt, Medien, S. 58. Schmidt verweist hier auf Winter, R.: Der produktive Zuschauer: Medienaneigenung als kultureller und ästhetischer Prozess; München, 1995.

Kommunikationssystems zwischen einem emanzipatorischen und einem repressiven Mediengebrauch im Sinne Enzensbergers. Diese charakterisieren sich vor allem durch

„Denzentralisierte Programme, Jeder Empfänger [gilt als] ein potentieller Sender, Mobilisierung der Massen, Interaktion der Teilnhemer, feedback, Politischer Lernprozess, Kollektive Produktion, Gesellschaftliche Kontrolle durch Selbstorganisation.“[354] Dem steht der repressive Gebrauch gegenüber: „Zentral gesteuertes Programm, Ein Sender, viele Empfänger, Immobilisierung isolierter Individuen, Passive Konsumhaltung, Entpolitisierungsprozess, Produktion durch Spezialisten, Kontrolle durch Eigentümer oder Bürokraten.“[355]

3.3 Toponyme als Form der Macht und als Verbreitungsmedien

Das Toponym als Eigenname liegt dem allgemeinen Bedürfnis zugrunde, etwas zu benennen. Die Motivation, einen Namen festzulegen für einen Platz oder einen Weg, kann allerdings ebenso Orientierung wie Ordnung sein. Das Toponym als eine Form des Mediums Macht zu verstehen basiert vor allem auf letzterer Motivation. Wie bereits in den Ausführungen zum Toponym an sich gezeigt, ist die Festlegung von Namen auf einer Karte mit dem Ziel verbunden, Administratoren, Reisenden oder andere nichtortsansässige Personen die Orientierung zu ermöglichen [356] sowie Steuern zu erheben [357]. Aus diesen Gründen wurden Gebäude im 18. Jahrhundert nummeriert und nachdem dies nicht mehr genügte wurden Flurnamen vergeben, um die Identifizierbarkeit eines Haushaltes im Steuerregister oder aufgrund anderer Intentionen sicher zu stellen. Mit dieser Entstehung erster Straßennamen werden diese im 19. und 20. Jahrhundert zu einer Form für die Verbreitung von Ideologien[358]:

„... [R]enamings of Street became a well-known feature of political upheavals and ruptures in hegemonic ideologies. […] [S]treet-Names […] are a source in which to read the 'historical memory' of a given society.“[359] „Seen as a text, a toponymy is a twofold system of signification. On one level, which is immediated and unreflected, each place name signifies a geographical location. On another level, however, toponymy signifies the ideology which

354 Enzensberger, Baukasten, S. 173.

355 Enzensberger, Baukasten, S. 173.

356 Vgl.: Löffler, Probleme der amtlichen Flurnamengebung, S. 499.

357 Vgl.: Rose-Redwood / Aldermann / Azaryahu, Geographies of toponymic inscription, S. 461f.

358 Vgl.: Kühn, Strassennamen, S. 793. Kühn verweist hier auf Bach, A.: Deutsche Namenskunde; Band II, Heidelberg, 1954, §548.

359 Azaryahu, purge of Bismarck and Saladin, S. 802.

underlies and legitimitates its use as a proper nomenclature."[360]

Das bedeutet, dass Toponyme im Sinne Luhmanns nur soweit als Form der Macht gesehen werden können, als dass sie politisch festgelegt worden sind. Entsprechend ist das Recht, wie Namen vergeben werden und derartige Prozesse geregelt sind, eine bedeutende Form, um die Macht der Entscheidung über Namen und Orte zu zentralisieren oder aufzuteilen.[361] Aus diesen in der Gesellschaft etablierten Rechtsnormen geht auch das Toponym hervor. Als Symbol im Sinne Luhmanns steht es an sich für eine politische Entscheidung und im Anschluss an die Entscheidung erfüllt es seitens der Machthaber die Funktion, dass die Adressaten des Namens eines Straße diesen verwenden, um Orientierung sicherzustellen. Damit bedeutet die Verwendung eines offiziellen Straßennamens die erfolgreiche Kommunikation einer von mehreren Namensmöglichkeiten, wenn verschiedene Ideologien oder deskriptive Namen in Betracht gezogen werden.[362] Anders gesagt ist dabei die Dominanz von politischen Prozessen sehr groß. Sie beeinflussen die kommunikativen Prozesse mit dem Ziel der Bildung einer offiziellen Kultur der Benennungen im Sinne der Mehrheit.[363]

„The selection of street names is a political procedure cetermined by ideological needs and political power relation. […] The politics if naming also entails the issue of jurisiction and specifically the legal status of local (district), city and state agencies in regard to the naming of streets. […] In democratic regimes, local government is legally in charge of naming streets, even though the state may have some rights as to the names of streets in specific areas of the national capital that are rendered nationally representative."[364]

So wurden beispielsweise im Berlin der Zeit nach 1989/1990 neben den unterschiedlichen vorhandenen ideologischen Forderungen auch die Positionen von einzelnen Bezirksparlamenten wie dem Senat und der Bundesregierung einbezogen. Die dadurch offen gelegten Interessengegensätze machten den Entscheidungsprozess kompliziert und langwierig.[365] Unabhängig von demokratischen Staaten hat David Kertzer den Ausdruck „ritual of revolution" geprägt. Straßennamenveränderungen können als ein solcher Akt gesehen werden. Demnach haben diese Namen vor allem die Aufgabe, den

360 Azaryahu / Golan, (Re)naming the landscape, S. 181. Azaryahu, Golan verweisen hier auf Eco, Umberto: Einführung in die Semiotik; München, 1972, S. 310.

361 Vgl.: Rose-Redwood / Aldermann / Azaryahu, Geographies of toponymic inscription, S. 466.

362 Vgl.: Luhmann, Macht, S. 15.

363 Vgl.: Azaryahu, purge of Bismarck and Saladin, S. 802.

364 Azaryahu, German reunification, S. 481.

365 Vgl.: Azaryahu, German reunification.

politischen Umbruch zu unterstützen und die ideologischen Veränderungen zu verdeutlichen zumal sie den Umbruchakt insofern für den Alltag katalysieren, als dass sie einen meist lange verwendeten Namen ablösen und ggf. selbst lange etabliert sein werden.[366]

So bilden die Straßennamen einen Text einer Stadt im Sinne einer Karte. Diese stellt einen Teil der Zeit und des Raumes dar und zeigt, wie diese beiden Dinge in einer Theorie der Welt ineinander greifen. Werden Straßennamen an sich betrachtet, so sind sie die offizielle Version einer Vergangenheit, festgesetzt auf Straßenschildern. Dabei werden die Bedeutungen dieser Vergangenheit durch das politische Machtzentrum geprägt, nur durch dieses Zentrum erlaubte, beschlossene Formen werden weitergegeben. Erklärungen von Namen erfolgen im Anschluss daran in Schulen oder Kirchen sowie weiteren Gruppen, die mehr oder weniger dem staatlichen Einfluss ausgesetzt sind. Allerdings werden besonders im Nationalstaat des späten 19. Jahrhunderts und den darauf folgenden Jahrzehnten mit der Vereinheitlichung der Verwaltung auch spätestens dann einheitliche Schulcurricula geschaffen, eine „state education, transformed people into citizens of a specific country: peasants into Frenchmen.“ [367] Nur mit dieser Form der Ausbildung bereits in jungen Jahren der Schülerinnen und Schüler aber auch durch Literatur über die Mythen eines Kollektives[368] für breitere Gesellschaftsteile lassen sich Denkmäler ebenso eindeutiger konnotieren als wenn sie allein stünden.[369]

Ist dieser Einfluss gering oder nicht vorhanden können sich jedoch Alternativen entwickeln. Dennoch bleiben Straßenschilder eine durch offizielle Entscheidungen geprägtes Verbreitungsmedium. Die Möglichkeiten zur Veränderung eines Namens einer Straße auf dem Straßenschild führen nur über die politische Macht. Dabei argumentieren die Inhalte der Straßenschilder meist für diejenigen, die über die entsprechenden Funktionen im politischen System verfügen, für bestimmte Personen, Gruppen, Parteien oder Ideologien. Sie legitimieren damit die Herrschaft

366 Vgl.: Azaryahu, German reunification, S. 481f. Azaryahu verweist hier auf Kertzer, Ritual, S. 153.

367 Hobsbawn, Mass-producing traditions, S. 264. Hobsbawn verweist hier auf Weber, Eugen: Peasants into Frenchmen: The Modernization of Rural France, 1870-1914; Stanford, 1976. Vgl.: Hobsbawn, Mass-producing traditions, S. 282.

368 Vgl.: Hobsbawn, Mass-producing traditions, S. 271-275. Hobsbawn verweist hier auf Gérard, Alice: La Révolution Française: Mythes et Interprétations. 1789-1970; Paris, 1970.

369 Vgl.: Hobsbawn, Mass-producing traditions, S. 264.

und verwenden oft Namen, die als Anknüpfungspunkte in die Vergangenheit gerichtet sind.[370] Dabei ist für den Text der Stadt charakteristisch, dass die legitimierende repräsentierte Vergangenheit keiner chronologischen Erzählung folgt, sondern zeitlich ungeordnet im Raum liegt. Dennoch kann der Leser des Textes diesem Informationen entnehmen, die die offizielle Version der Vergangenheit repräsentieren.[371]

So basiert der Umbenennungsakt an sich vor allem auf einer Reihe von entsprechend offiziellen politischen Entscheidungen: Zuerst muss ein Name entfernt werden, der nicht mehr länger Teil des Gedächtnisses sein soll. Im zweiten Schritt werden neue Namen ausgewählt, die die entfernten Namen ersetzen. Beide Schritte müssen im Zusammenhang betrachtet werden und zeigen den Einfluss der Autorität.[372]

„[...] [T]he act of naming is often a demonstration of authority that entails the notion of appropriation. Naming is not a mere linguistic gesture but often evinces specific power relations. Naming places is an aspect of exploration as well as of (re)settlement activities.“[373]

Toponyme als politische Vehikel für Ideen betrachtet, machen sie allerdings anfällig für Veränderungen. Denn „[t]he association of commemorative toponyms with specific social, cultural, and political systems makes them vulnerable to shifts in political ideologies and discourses of history.“[374] So sind politische Wandel häufig Gründe, Plätze und Straßennamen zu verändern. Das Umbenennen wird damit an sich zur Sprache des Systems: Es wird mittels der Namen durch das Regime gezeigt, dass es die Kontrolle über den Raum sowie die Symbole der Gemeinschaft besitzt.[375] Inhaltlich lässt sich sagen: „a city-text comprises heroes only“[376].

Damit Straßennamen jedoch Ideen und Symbole eines Kollektivs verbreiten können, müssen die Entscheidungsträger von weiteren Medien Gebrauch machen. Dies ist auch notwendig, denn wird davon ausgegangen, dass Namen im Moment

370 Vgl.: Azaryahu, purge of Bismarck and Saladin, S. 803.

371 Vgl.: Azaryahu, purge of Bismarck and Saladin, S. 803f.

372 Vgl.: Azaryahu, German reunification, S. 482.

373 Azaryahu / Golan, (Re)naming the landscape, S. 181. Sie verweisen besonders zum Aspekt der Entdeckung auf Carter, P.: The Road to Bonay Bay; New York, 1988 über die Benennungspraxis von Captain Cook in Australien.

374 Rose-Redwood / Aldermann / Azaryahu, Geographies of toponymic inscription, S. 460.

375 Vgl.: Rose-Redwood / Aldermann / Azaryahu, Geographies of toponymic inscription, S. 460.

376 Azaryahu, purge of Bismarck and Saladin, S. 804.

der Verwendung vor allem für den Verweis auf das bezeichnete Objekt stehen, bedeutete dies für Straßennamen, dass sie im Moment der Verwendung ausschließlich für die Straße stünden und frei von jeder weiteren Bedeutung wären. Dennoch kann dann von weiteren Bedeutungen gesprochen werden, wenn der Name durch andere Handlungen, die mit der Straße oder dem Platz in Verbindung stehen können, auf weitere Objekte verweist. So kann ein Name durch Geschichtsunterricht oder „Propagierung politischer Ideen“[377] Verwendung finden, denn erst die Zusätze „Straße“, „Platz“, „Gasse“, „út“, „utca“ oder „tér“ referieren auf die Lokalität. Wohingegen im Namen „Kossuth Lajos“ auf eine Person verweisen wird, die abhängig vom Sprechakt in historische oder auch zeitgenössische Zusammenhänge eingebunden sein kann. Entsprechend kann bei solchen Namen auf einer Ebene oberhalb des Sprechaktes auch von semiotischen Objekten gesprochen werden, „which render and convey meaning and which therefore occupy a central place in any cultural system.“[378] Sie beziehen weitere Verbreitungsformen der Ideologie oder des Staates mit ein.

So stehen auch die Namen, die Sommerfeldt anhand seiner Analyse von Namen der landwirtschaftlichen Produktionsgesnossenschaften (LPG) in der DDR eruiert, nicht ohne ideologische Prägungen, von denen das autoritäre System wollte, dass sie kommuniziert werden. Die Kategorien bilden daher einen Querschnitt durch die geistigen Grundlagen der Herrschaftsform in der DDR: Das Motiv der Freiheit (*Freies Leben*, *Freie Erde*, *Befreite Heimat*) deute vor allem „auf die Veränderung der Gesellschaftsordnung“[379] hin. Es soll sowohl auf die Bodenreform als auch auf „die Befreiung vom Faschismus“[380] hingewiesen werden. Das nächste Motiv ist der Frieden, der herrsche (*Weltfrieden*, *Tag des Friedens*), durch einen starken Staat immer wieder erkämpft werden müsse (*Friedensstaat*), wozu wiederum jede (westgrenznahe) LPG ihren Beitrag liefern solle (*Bollwerk des Friedens*, *Auf Friedenswacht*). Analog finden sich Namen, die Symbole der domnierenden Ideologie ebenso zitieren wie die neue und vermeindlich positiven Entwicklungen in der Zukunft. (*Roter Stern*, *Hammer und Sichel*, *Neuer Weg*, *Neuland unterm*

377 Kühn, Strassennamen, S. 793. Kühn verweist hier auf Kramer, J.: Französische Straßennamen in einigen rheinischen Städten. 1791-1814; in: Beiträge zur Namensforschung Neue Folge (BzN NF), Nr. 20, 1985, S. 9-18.

378 Azaryahu, Purge of Bismarck and Saladin, S. 802.

379 Sommerfeldt, Bezeichnungen Genossenschaftlicher Betriebe, S. 348.

380 Sommerfeldt, Bezeichnungen Genossenschaftlicher Betriebe, S. 348.

Pflug, *Frohe Zukunft*, *Neue Hoffnung*, *Heller Morgen*, *Morgenrot*, *Vorwärts*, etc. pp.). Ebenso finden sich Namen, die „[d]urch den Zusammenschluss von Genossenschaften entstehen“[381] (*Einheit*, *Vereinte Kraft*, *Hand in Hand*) oder die auf Zeitpunkte von Ereignissen entweder von LPG oder von gesamtstaatlicher Bedeutung hinweisen (*V. Parteitag*, *10.*/ *20.*/ *25. Jahrestag der DDR*, *7. Oktober*, *8. März*[382]).[383] Ebenso finden sich Personennamen (*Thomas Müntzer*, *Karl Marx*, *Ernst Thälmann*, *Wilhelm Pieck*, *Fritz Reuter*, *Klaus Störtebecker*). Die Kategorien dieser Personen reichen von historischen Persönlichkeiten der Reformationszeit über Autoren sozialistischer Bücher, Arbeiterführer und politisch bedeutende Personen des Zeitgschehens bis zu Personen mit regionaler Bedeutung. Die Produkte der LPGen stehen jedoch im Hintergrund, Namen dieser Art sind selten, noch davor werden Namen geografischer Besonderheiten der Region verwendet. Analog entwickelten sich die Namen der Handwerkszusammenschlüsse. Allerdings spielen die produzierten Gegenstände im Namen eine deutlich größere Rolle.[384] Insgesamt attestiert Sommerfeldt den Namen vor allem, dass sie je nach Name den Mitgliedern der Genossenschaft nur noch sehr wenig sagen würden, die inhaltlichen Bezüge scheinen wenn es sich um Begriffe vor allem der „sozialistischen Sprachkultur“ [385] handele, den Mitgliedern eher unbekannt zu sein.[386]

Hierin zeigt sich, dass die Kommunikation von Ideologie durch Namen primär im Interesse der Namensgeber ist, die Semantik eines Namens bei der Verwendung im konkreten Kommunkationsakt eher zu Gunsten des reinen Referenzwertes verloren geht und die Notwendigkeit besteht, die Bedeutung der Namen durch andere Medien nachzuliefern. Dann können Straßennamen als Symbole einer politischen Semiotik gesehen werden,

„which involves the interplay between primary, utilitarian functions that are 'denoted' and a complex set of secondary, symbolic functions, which are 'connoted'. The latter involve cultural values, social norms, and political ideologies that are associated with the symbolic message of the sign. The utilitarian function of toponyms is to designate different 'places'

381 Sommerfeldt, Bezeichnungen Genossenschaftlicher Betriebe, S. 349.
382 Entspricht dem Gründungstag einer LPG.
383 Vgl.: Sommerfeldt, Bezeichnungen Genossenschaftlicher Betriebe, S. 348f.
384 Vgl.: Sommerfeldt, Bezeichnungen Genossenschaftlicher Betriebe, S. 351f.
385 Sommerfeldt, Bezeichnungen Genossenschaftlicher Betriebe, S. 350.
386 Vgl.: Sommerfeldt, Bezeichnungen Genossenschaftlicher Betriebe, S. 350.

as part of a gerneral system of spatial orientation."[387]

In diesem Rahmen bewegt sich auch die Möglichkeit der Menschen, Widerstand gegen diese administrativen Akte zu leisten. Weniger in einem konfrontativen, jedoch in einem symbolischen Sinn: Das umfasst die „appropriation of certain artifacts and significations from the dominant culture and their transformation into symbolic forms that take on new meaning and significance"[388] für kleinere und ggf. unterdrückte, zumindest jedoch nicht-offizielle Gruppen. [389] In diesem Spannungsfeld entwickeln sich Straßenzüge und toponymische Landschaften zu einer „toponymic warfare" in der an den Rand gedrängte (Sprach-)Gruppen innerhalb der Bevölkerung eigene Kartensysteme als Widerstandsformen entwickelten.[390] Diese Praxis umfasst auch das „counternaming" von bestimmten Orten[391] sowie eine andersartige Aussprache von Namen.[392] Insoweit „[...] place names reproduce discourses of ideology and identity."[393] Entsprechend stecken in Straßennamen verschiedene Ebenen, die ebenso Werte und geographische Besonderheiten umfassen wie die Möglichkeit einer kollektiven Vergangenheit, die durch die Definition von besonderen Personen oder Orten und Daten sowie die Verwendung von Sprache präsent gemacht wird. Der so gebildete Text einer Stadt umfasst einen wichtigen Teil dessen, was eine Theorie der Welt hervorbringt und reflektiert gleichsam die Gesellschaft. „Writing or rewriting a city-text is an example

---

387 Rose-Redwood / Aldermann / Azaryahu, Geographies of toponymic inscription, S. 458. Rose-Redwood / Aldermann / Azaryahu verweisen hier auf Azaryahu, power of commemorative street names, S. 311-330; Eco, Umberto: Function and sign: semiotics of architecture; in: Gottdiener, M.; Lagopoulos, A. (Hrsg.): The city and the sign: an introduction to urban semiotics; New York, 1986, S. 55-86.

388 Cosgrove, D.; Jackson, P.: New directions in cultural geography; in: Area, Nr. 19, 1987, S. 95-101, hier S. 99 zitiert durch Rose-Redwood / Aldermann / Azaryahu, Geographies of toponymic inscription, S. 462.

389 Vgl.: Rose-Redwood / Aldermann / Azaryahu, Geographies of toponymic inscription, S. 462.

390 Vgl.: Rose-Redwood / Aldermann / Azaryahu, Geographies of toponymic inscription, S. 462. Rose-Redwood, Aldermann, Azaryahu verweisen hier auf Kadmon, N.: Toponymy and geopolitics: the political use – and misuse – of geographical names; in: The Cartographic Journal, Nr. 41, 2004, S. 85-87.

391 Vgl.: Rose-Redwood / Aldermann / Azaryahu, Geographies of toponymic inscription, S. 462. Rose-Redwood, Aldermann, Azaryahu verweisen hier auf Zeidel, R.: Naming and counternaming: the struggle between society and state as reflected in Iraq and the Arab sector in Israel; in: Orient, Nr. 47, 2006, S. 201-217.

392 Vgl.: Rose-Redwood / Aldermann / Azaryahu, Geographies of toponymic inscription, S. 462. Rose-Redwood, Aldermann, Azaryahu verweisen hier auf Berg, L.; Kearns, R.: Naming as norming: 'Race', gender, and the identity politics of naming places in Aoteeroa/ew Zealand; in: Environment and Planning D, Nr. 14, 1996, S. 99-122; Coates, Richard: Endonymic Place-name Alternants and Their Cultural Significances; in: Helleland, B.; Ore, C.-E.; Wikstrøm, S. (Hrsg.): Names and Identities; Oslo Studies in Language 4/2, Oslo, 2012, S. 61-70.

393 Azaryahu, Rabin's road, S. 74. Azaryahu verweist hier auf Berg / Vuolteenaho, Critical Toponymies; Rose-Redwood / Aldermann / Azaryahu, Geographies of toponymic inscription; ebenso Azaryahu, purge of Bismarck and Saladin, S. 801.

of interaction between sociopolitical and semiotic processes in culture.“[394] „Rather, they result directly from people's commemorative decisions and actions as ambedded within and constrained by particular socio-spatial conditions.“[395] Hierbei muss aber deutlich unterschieden werden in den Zeiten. Herrscht ein autoritäres politisches System ist der Mediengebrauch tendenziell zentral und entspricht deutlich weniger dem in diesem letzten Zitat angeklungenen dezentralisierten Mediengebrauch im Sinne Enzensbergers. Dennoch wird ein Gedächtnis gebildet, dass basierend auf der Komplementarität der Medien eine Grundlage der Kommunikation für die Bevölkerung schafft, wie es Vebreitungsmedien im Sinne Luhmanns tun. Diese Gedächtnisbildung umfasst jede Art von Herrschaftsform. „In the ninteenth and twentieth centuries, the systematic construction of 'national' toponymies was an aspect of nation-building and state-formation.“[396] Dabei wird meist die Nähe „to power-filled sites“ [397] forciert. Doch trotz der notwendigen Differenzierung zwischen dem Verwenden der Straßennamen im Alltag auf der einen Seite und der offiziellen Verwendung als Form, um Narrative zu verbreiten, auf der anderen Seite, fallen diese beiden Dinge zusammen, wenn es eben darum geht, dass zu bilden, was zunächst nicht nur als Grundlage der Orientierung im Raum sondern auch als besonderes kulturelles Wissen in einer Gesellschaft vorhanden sein sollte, wenn es nach den Machthabern geht.[398] Jedoch tragen Straßennamen zumeist eine besondere Unreflektiertheit in sich, wenn sie im Alltag verwendet werden:

„The power of commemorative place naming, for example, vomes from the manner in which history is inscribed into our daily vocabulary, both verbal and visual. Appearing on road signs, addresses, advertising billboards, and maps, the past constantly made part of one's spatial and historical frame of reference, contributing to the creation of a larger 'city-text'.“[399]

Und so haben sie trotz der scheinbar geringeren Sichtbarkeit eines Straßennamens im Vergleich zu einem Denkmal Einfluss auf das, was Menschen mit der Geschichte verbinden. Der Grund dafür liegt in der Präsenz der

394 Azaryahu, Purge of Bismarck and Saladin, S. 801.

395 Rose-Redwood, Reuben / Aldermann, Derek / Azaryahu, Maoz: Collective memory and the politics of urban space: an introduction; in: GeoJournal, Nr. 73, 2008, S. 161-164, S. 161.

396 Azaryahu / Golan, (Re)naming the landscape, S. 181.

397 Dwyer / Aldermann, Memorial landscapes, S. 168.

398 Rose-Redwood / Aldermann / Azaryahu, Geographies of toponymic inscription, S. 459.

399 Dwyer / Aldermann, Memorial landscapes, S. 167. Dwyer / Aldermann verweisen hier auf Azaryahu, Maoz: The power of commemorative street names; in: Environment. Planning D, Nr. 14, 1996, S. 311-330.

Straßennamen im alltäglichen Leben, dessen Teil sie sind, wo sie als selbstverständlich wahrgenommen werden und ohne Hinterfragen verwendet werden und so die Redundanz der Namensinformation erhöhen.[400]

400 Vgl.: Azaryahu, German reunification, S. 482. Azaryahu verweist hier auf Kertzer, Ritual, S. 153. Zur Redundanz vgl.: Luhmann, Gesellschaft, S. 202.

4. Definitorische Aspekte zum Raumbegriff

Das Benennen von Plätzen spielt eine konstitutive Rolle im Begründen von Orten. Durch das Benennen von Plätzen werden kulturelle Codes eingeschrieben und politische Macht deutlich.[401] Damit wird hier zurückgegriffen auf den Akt der Benennung von physischen Räumen. Ohne die oben teilweise bereits ausgeführten Gründe für Benennungen oder die Rolle der Verantwortlichen zu rekapitulieren, ist diese Handlung äußerst bedeutend. Denn die Benennung eines physisch vorhandenen Platzes ist eine Form dessen, wie physischer Raum zu sozialem Raum wird. Der soziale Raum ist eine wesentliche Dimension, die es mittelbar zu untersuchen gilt. Der Mensch als Leser, als wahrnehmendes Subjekt und die von ihm wahrgenommen sowie (re)produzierten Zeichensysteme sind wesentliche Voraussetzungen für die Entstehung von Räumen. Das heißt, dass der Raum an sich immer sozial ist, dagegen „[n]atürlicher Raum hat heute den Charakter eines Hintergrundbildes. Menschen erinnern sich an natürliche Räume, besetzen sie mit Phantasien, finden sie jedoch nicht mehr in der Praxis vor."[402] Durch Kommunikation werden Beziehungsgeflechte gesponnen, die, auch wenn sie nur zeitweilig sind, in einem Raum verschiedene Orte eröffnen können.[403] Ergo ist der Raum die Differenz zwischen Objekten, den „Verflechtungen und ihren Veränderung".[404] Wie hier Martina Löw zitiert wird, lässt sich auch der Raumbegriff von Athony Giddens sehr knapp umreißen. Für ihn umfasst Raum Orte, die sich

---

401 Rose-Redwood / Aldermann / Azaryahu, Geographies of toponymic inscription, S. 456. Rose-Redwood, Aldermann, Azaryahu verweisen hier auf Carter, P.: The road to Botany Bay; London, 1987.

402 Lefébvre, Henri: Production of Space; Oxford, Cambridge, 1991, original. 1974, S. 31 zitiert durch Löw, Martina; Steets, Silke; Stoetzer, Sergej (Hrsg.): Einführung in die Stadt- und Raumsoziologie; Frankfurt am Main, 2001, S. 52. Das Konzept der Landschaft bedeutet demnach sozialer Raum zu sein. Vgl.: Sauer, Karl Otto: Die Morphologie der Landschaft; in: Franzen, Brigitte / Krebs, Stefani (Hrsg.): Landschaftstheorie; Köln, 2005, S. 91-107. Bei Giddens wird Raum nicht mehr struktural sondern lokal gedacht. Strukturen sind nicht raumabhängig. Daher ist Raum ein durch das Soziale geschaffener Ort („locale") Vgl.: Giddens, Anthony: Die Konstitution der Gesellschaft. Grundzüge einer Theorie; Frankfurt am Main, 1988, S.170.

403 Vgl.: Löw / Steets / Stoetzer, Stadt- und Raumsoziologie, S. 10; Csáky, Gedächtnis der Städte, S. 101 sowie Herrmann, Heike: Raumbegriffe und Forschungen zum Raum – Eine Einleitung; in: Dies. (Hrsg.): RaumErleben. Zur Wahrnehmung des Raumes in Wissenschaft und Praxis; Beiträge zur Sozialraumforschung, Band 4, Farmington Hills (MI), 2001, S. 7-30, hier S. 8

404 Löw / Steets / Stoetzer, Stadt- und Raumsoziologie, S. 51. Vgl. ebenso: Hayden, Dolores: Urbane Landschaftsgeschichte: Der „Sense of Place" und die Politik des Raumes; in: Franzen, Brigitte; Krebs, Stefani (Hrsg.): Landschaftstheorie; Köln, 2005, S. 204-237, hier S. 206. Zur Rolle der Wahrnehmung und sozialer Besitznahme vgl. ebenso: Hermann, Raumbegriffe, S. 7, Hermann verweist hier vor allem auf Michel Foucault und die von ihm herausgestellte „wechselseitige Abhängigkeit von Raum und Diskurs" ebenso geschehen wie im Bezug auf Pierre Bourdieus Perspektive auf den Raum durch dessen Bedeutung als „soziale[s] Feld und Elemente sozialer Ungleichheit sowie den sozialen und physischen angeeigneten Raum".

durch das an jeweils den Orten ablaufende soziale Interagieren charakterisieren lassen und in ihrer Größe äußerst unterschiedlich sein können.[405] Dabei können in einem Raumausschnitt, einem Ort, verschiedene Handlungen stattfinden und parallel ablaufen.[406] Parallele Räume jedoch kennt Giddens nicht, vielmehr wird ein Raum nur durch die verschiedenen Interaktionen an einzelnen Orten des Raumes in einen Kontext gesetzt. [407] Dennoch liegt dem bereits ein relationales Raumverständnis zugrunde[408], dem auch der Kulturbegriff Moritz Csákys als Art eines „Kommunikationsraumes“[409] folgt. Sowohl das Wahrnehmen als auch das soziale Interagieren basieren auf der menschlichen Handlung. Das schlägt sich auch in der Definition von Raum von Martina Löw et al. nieder: „Wir begreifen Räume als relationale (An)Ordnungen von Lebewesen und sozialen Gütern an Orten.“ [410] Der Prozess, der im Begriff „(An)Ordnungen“ steckt, meint dieses Handeln. Das In-Beziehung-Treten zwischen Objekten benötigt, um raumkonstitutiv zu sein, das aktive Wahrnehmen und Verflechten, das Interagieren[411] beziehungsweise Kommunizieren:

„[D]urch die[se] Setzung oder Verwerfung von Elementen, von Zeichen, Symbolen und Codes [...] [werden] kontinuierlich und performativ soziale Lebenswelten konstruiert, konstituiert, repräsentiert und reproduziert, individuelle und kollektive Identitäten geschaffen und Machtverhältnisse ausgehandelt.“[412]

Vor allem die zeitliche Kontinuität kommunikativer Prozesse, die bei Csáky für den Kulturraum wesentlich und vor allem von Dauer ist, bedeutet einen anderen Teil von „(An)Ordnungen“. Dabei kann unabhängig von der Art, wie Zeit geordnet wird, diese als insofern bedeutend für die „(An)Ordnungsprozesse“ gesehen werden, als dass sie Raum in besondere Orte zu zerlegen vermag. So lässt sich der Raum einer Wohnung in Orte zerlegen, die aufgrund von physischen menschlichen Bedürfnissen zu unterschiedlichen Zeiten genutzt werden.[413]

---

405 Vgl.: Giddens, Gesellschaft, S. 170.

406 Vgl.: Giddens, Gesellschaft, S. 124.

407 Vgl.: Giddens, Gesellschaft, S. 170.

408 Vgl.: Löw / Steets / Stoetzer, Stadt- und Raumsoziologie. Zum relationalen Raumbegriff ebenso Hermann, Raumbegriffe, S. 11f.

409 Vgl.: Csáky, Gedächtnis der Städte, S. 101-104.

410 Löw / Steets / Stoetzer, Stadt- und Raumsoziologie, S. 63.

411 Vgl.: Giddens, Gesellschaft, S. 170.

412 Csáky, Gedächtnis der Städte, S. 101. Hervorhebung durch den Autor dieser Seiten. Csáky verweist hier vor allem im Zusammenhang mit dem relationalen Raumbegriff auf Bachmann-Medick, Doris: Cultural Turns. Neuorientierungen in den Kulturwissenschaften; Reinbeck bei Hamburg, 2006, S. 292.

413 Vgl.: Giddens, Gesellschaft, S. 171f.

Auch den Ort gilt es zu definieren, vor allem da er ein wesentlicher Begriff der Raumdefinition bei Löw et al. ist. Der Ort ist im Fall der oben gewählten Raumdefinition „einzigartig“ und „spezifisch mit seiner Materialität“, das heißt Ort meint vor allem physisch vorhandene klar lokalisierbaren Punkte.[414] Damit würde Ort die Giddensche Bedeutung von *place* haben.[415] Gleichzeitig ist jedoch der Prozess der Raumproduktion als sozialer Prozess, das heißt das *spacing*, an einen Ort im Sinne von Platzierung gebunden. Denn der Ort an sich lässt sich vor allem im Moment der sozialen Bedingtheit nur schwer vom Raum trennen.[416] Das Spacing kann ein Schlüssel für eine verwendbare Ortsdefinition sein. Das Spacing bei Löw et al. meint „das Platzieren von sozialen Gütern und Menschen sowie das Positionieren primär symbolischer Markierungen, um Ensembles von Gütern und Menschen als solche kenntlich zu machen (Ortseingangs- und ausgangsschilder).“[417] Damit hat das Platzieren vor allem im Fall symbolischer Markierungen auffällige Parallelität mit dem Verorten von Zeichen und Symbolen in Zeichensystemen – inklusive ihrer Veränderlichbarkeit. Denn Csáky, der diese Verortung schematisiert, zeigt, dass verschiedene Zeichen, unabhängig ob materiell wie Straßenschilder oder immateriell wie eine konkrete Verhaltensweise, Teile jeweiliger Zeichensysteme sind, Zeichen in diesen Zeichensystemen verortet werden.[418] Analog dazu können Stadtteile oder deren Abbildungen in Form von Karten als Zeichensysteme verstanden werden. Werden Straßenschilder oder andere Objekte in einer Stadt platziert, so werden besondere Ensembles kenntlich gemacht und ebenso Zeichen in Zeichensystemen verortet. Wird diese immaterielle Ebene des (An)Ordnens im Raum durch das Platzieren als Verorten von Symbolen und Zeichen in Zeichensystemen und Codes verstanden, ist Ort im Sinne der Verdichtung dieser raumschaffenden Prozesse als Verdichtung von (An)Ordnungen von Raum an einem bestimmten Platz zu sehen. Diese Definition hat zur Folge, dass vor allem die in diesem Dissertationsprojekt zu erforschenden Plätze, die auch Straßen im physischen Sinne sein können, erfasst sind in ihrer Funktion als Erinnerungsorte. Damit wäre der Inhalt von Orten erfasst, den bereits

414 Löw / Steets / Stoetzer, Stadt- und Raumsoziologie, S. 63.

415 Vgl.: Giddens, Gesellschaft, S. 169f.

416 Vgl.: Hermann, Raumbegriffe, S. 14, vgl. ebenso Ahrens, Daniela: Grenzen der Enträumlichung. Weltstädte, Cyberspace und transnationale Räume in der globalisieren Moderne; Opladen, 2001, S. 24.

417 Löw / Steets / Stoetzer, Stadt- und Raumsoziologie, S. 64.

418 Vgl.: Csáky, Gedächtnis der Städte, S. 103.

Goethe beschreibt: „Orte dagegen, wo man 'auf jedem Platz, in jedem Moment' in die Tiefe gehen kann, bewahren noch ein Geheimnis.“[419] Unterdessen soll der Platz im Sinne eines Punktes verstanden werden und damit sowohl Orten als auch Räumen topografischen Koordinaten geben – dies entspricht damit dem Giddenschen place-Begriff.[420]

419 Goethe, Johann Wolfgang von; Schiller, Friedrich: Briefwechsel; Band 1, Jena, 1905, S. 415-418 zitiert durch Assmann, Aleida: Erinnerungsräume. Formen und Wandlungen des kulturellen Gedächtnisses; 4. Auflage, München, 2004, S. 299f.

420 Vgl.: Löw / Steets / Stoetzer, Stadt- und Raumsoziologie, S. 63. Löw / Steets / Stoetzer verweisen hier auf Giddens, Anthony: A Reply to my critics; in: Held, David; Thompson, John B. (Hrsg.): Social Theory of Modern Societies: Anthony Giddens and his Critics; Cambridge, 1989, S. 249-302, hier S. 276.

5. Gedächtnis, Erinnerung und Toponym

Mit diesen terminologischen Klärungen wurde erfasst, was Raum ist, wie er sich bildet und wo er sich verdichtet. Da erinnernde Benennungen im Raum der Stadt neben den Plätzen, die dadurch zu Orten werden, bestimmte Inhalte verbunden werden sollen und so Erinnerungsorte bzw. -räume sowie Gedächtnisorte oder -räume entstehen, gilt es diese beiden Begriffe Erinnerungen und Gedächtnis ebenso zu klären und abzugrenzen.

Der Platz als physischer Rahmen entspricht in gewisser Weise einem physischen Rahmen, den die Gruppe in einem Prozess wahrnimmt, in Besitz nimmt und gestaltend nutzt.[421] Somit ist der Platz durch seine Inbesitznahme mittels (An)Ordnen ein „materieller Informationsträger in Wort und Bild“[422] und daher ein nicht zu unterschätzender neurologischer Stimulus der individuellen Gedächtnisbildung, da die Zeichensysteme zu Reizen im Gehirn führen und via Reaktion, Adaption oder Korrektur – alles Prozesse des (An)Ordnens – das individuelle Gedächtnis beeinflussen.[423] Doch über diesen neurologischen Charakter des Gedächtnisses hinaus bedarf es einer Unterscheidung zwischen der Erinnerung und dem Gedächtnis und innerhalb des Gedächtnisbegriffes wiederum einer Unterteilung. Um den Begriff Gedächtnis zu fassen, wählt die Kulturwissenschaftlerin Aleida Assmann einen historisch weit zurückreichenden literaturwissenschaftlichen Weg: Sie definiert Gedächtnis vor allem ausgehend von den beiden lateinischen Termini „ars“ und „vis“. „Ars“ meint vor allem die Technik mit der Wissen zum Ziel der exakten Rekapitulation konserviert wird. Hervorzuheben ist im Besonderen die Rolle der Zeit, die unter dieser Auffassung von Gedächtnis keinen Einfluss auf den Prozess des Speicherns hat. Als Beispiel kann der Brief dienen: Die sendende Person schreibt etwas auf Papier. Die Intention ist dann, dass exakt diese Worte beim Empfänger ankommen. In dem Fall sind Schrift und Papier das Speichermedium.[424] Im Wort „vis“ hingegen wird

421 Vgl.: Csáky, Gedächtnis der Städte, S. 101.

422 Assmann, Schatten der Vergangenheit.

423 Vgl.: Assmann, Jan: Körper und Schrift als Gedächtnisspeicher: Vom kommunikativen zum kulturellen Gedächtnis; in: Csáky, Moritz; Stachel, Peter (Hrsg.): Speicher des Gedächtnisses. Bibliotheken, Museen, Archive 1: Absage an und Wiederherstellung von Vergangenheit – Kompensation von Geschichtsverlust; Wien, 2000, S. 199-213, hier S. 199f.

424 Vgl.: Assmann, Erinnerungsräume, S. 27f.

die Zeit wesentlich und beeinflusst den Prozess stark. Es kommt „zu einer grundsätzlichen Verschiebung zwischen Einlagerung und Rückholung“[425] dessen, was gedacht wird. Hier wird deutlich, dass es einen Unterschied zwischen den beiden begrifflichen Ebenen „ars“ und „vis“ bei dem Verständnis von Gedächtnis gibt. Auf der einen Seite steht das selektive Speichern („ars“), respektive das oben erwähnte womöglich unbewusste Vergessen im Sinne Luhmanns, und auf der anderen das Erinnern („vis“). Hier ist die Zeit unwesentlich und ausgeschalten, dort ist sie grundlegend für den Prozess: „Das Erinnern verfährt grundsätzlich rekonstruktiv; es geht stets von der Gegenwart aus, und damit kommt es unweigerlich zu einer Verschiebung, Verformung, Entstellung, Umwertung, Erneuerung des Erinnerten zum Zeitpunkt seiner Rückrufung.“[426]

Luhmann spricht auch von einer Komprimierung des Vergangenen durch die gegenwartsbezogene konstruierte Erinnerung. [427] Insgesamt basiert das Gedächtnis auf der Abwesenheit von Vergessen und der Selektion von erinnerungswertem in Abhängigkeit der verfügbaren Medien.[428] Die Selektion der Gegenwart zielt dann vor allem auf eine Anschlussfähigkeit der Vergangenheit an die Zukunft. [429] Ein Beispiel hierfür sind rituelle Zeichensysteme, die generationenübergreifend kommuniziert werden.[430]

Die Schrift ist dabei kaum zu unterschätzen, als das erste Medium dieser Art ermöglicht die Schrift als Form die Fixierung von Informationen.[431] Ein soziales Gedächtnis für kleinere und mit dem Druck und der Alphabetisierung von weiten Teilen der Bevölkerung auch für größere Gruppen[432] kann entstehen – unabhängig von den begrenzten Merkfähigkeiten des menschlichen Gedächtnisses. Ebenso jedoch hat die Schrift wie andere Formen dieser Medien eine große Bedeutung, nicht nur „weil sie das Gedächtnis immens erweitern, aber auch durch ihre

425 Vgl.: Assmann, Erinnerungsräume, S. 29.

426 Assmann, Erinnerungsräume, S. 29. Vgl.: Luhmann, Politik, S. 172; Erll, Erll, Medium des kollektiven Gedächtnisses, S. 4.

427 Vgl.: Luhmann, Politik, S. 172f.

428 Vgl.: Enzensberger, Baukasten, S. 167.

429 Vgl.: Schmidt, Medien, S. 63; Luhmann, Politik, S. 175. Wie das Gedächtnis diese Leistung vollbringt, ist Luhmann nicht klar, er verweist dazu auf Foerster, Heinz von: What Is Memory that it May Have Hindsight and Foresight as well?; in: Bogoch, Samuel (Hrsg.): The Future of the Brain Sciences: Proceedings of a Conference held at the New York Academy of Medicine; New York, 1969, S. 19-64.

430 Vgl.: Csáky, Gedächtnis der Städte, S. 103.

431 Luhmann, Unwahrscheinlichkeit, S. 81f.

432 Vgl.: Innis, Eule der Minvera, S. 75.

Selektivität einschränken, was für anschließende Kommunikationen zur Verfügung steht.“ [433] Problematisch wird diese Unterscheidung im Alltag: Denn kaum ein Mensch memoriert im Sinne von „ars“ Vergangenheit zur Gänze innerhalb einer Gruppe. Der Mensch ist, wie zum Beginn dieses Teils der Gedächtnisterminologie hingewiesen, durch Reize der Wahrnehmung [434] in seiner Rekapitulation beeinträchtigt. Affektuale Kommunikation mit anderen Menschen ist daher wesentlich für die Bildung von Gedächtnis und den Prozess des Erinnerns, denn „Affekte geben unseren Erinnerungen Prägnanz und Horizont.“ [435] Womit ausreichend deutlich gemacht sei, dass das Erinnern im wesentlichen ein „Prozess der dynamischen Aktualisierung von Gedächtnis […], das heißt immer unterschiedlich ist.“[436] Damit ergibt sich abhängig von sozialem Umfeld und den umgebenden Räumen eine vielfältige Erinnerung analog zu polyphonen Texten.[437] Damit wird Gedächtnis zum Inhalt des Prozesses. Was es wert ist, Gedächtnisinhalt zu werden ist jedoch untrennbar mit der bereits erwähnten Affektualität von Kommunikationsprozessen und sozialer Interaktion verbunden. Gibt es diese nicht mehr, dann entsteht hier ein Gedächtnis, dass wieder zurückweist auf die Ebene der Speichertechnik: Ein Speichergedächtnis. Es „ist entgrenzt und amorph, die strukturierenden, form- und horizontbildenden Prinzipien der Funktion sind hier weggefallen, wie sie aus den Bedürfnissen der Gruppe nach Identität, Normativität und Orientierung erwachsen.“[438] Einen solchen Fall kann das Internet darstellen. Es wäre damit ein Extremfall des Gedächtnisses. Es bildete sich nach der modernen Technisierung der Schriftlichkeit und fördere das Niederschreiben von Wissen aber auch das spätere Nicht-Verwenden von diesem Wissensspeicher. Dennoch sind diese Bestände verfügbar und bilden einen Teil des Gedächtnisses einer Gruppe.[439]

---

433 Luhmann, Unwahrscheinlichkeit, S. 82.

434 Vgl.: Csáky, Gedächtnis der Städte, S. 18.

435 Assmann, Körper und Schrift, S. 199f. Vgl.: Erll, Medium des kollektiven Gedächtnisses, S. 7. Erll verweist hier auf Halbwachs, Maurice: Das Gedächtnis und seine sozialen Bedingungen; Frankfurt am Main, 1985 sowie Ders.: Das kollektive Gedächtnis; Frankfurt am Main, 1991.

436 Csáky, Moritz: Die Mehrdeutigkeit von Gedächtnis und Erinnerung. Ein kritischer Beitrag zur historischen Gedächtnisforschung; http://epub.ub.uni-muenchen.de/603/, 10. Oktober 2011, S. 12.

437 Vgl.: Csáky, Mehrdeutigkeit, S. 13.

438 Assmann, Körper und Schrift, S. 204.

439 Assmann, Körper und Schrift, S. 205f. Vgl. ebenso Assmann, Aleida: Zur Mediengeschichte des kulturellen Gedächtnisses; in: Erll, Astrid; Nünning, Astrid (Hrsg.): Medien des kollektiven Gedächtnisses. Konstruktivität – Historizität – Kulturspezifizität; Berlin, 2004, S. 45-60, hier S. 52f.

Eine weitere besondere Form neben dem Speichergedächtnis ist das kulturelle Gedächtnis. Daneben existiert ebenso das kommunikative Gedächtnis. Während das Speichern bei einem Speichergedächtnis vor allem den Prozess meint, der mit den Informationen des Gedächtnissses abläuft, bedeuten das kommunikative beziehungsweise das kulturelle Element der anderen beiden Gedächtnisbegriffe vor allem deren Inhalt. Das kommunikative Gedächtnis umfasst zuvordermeist einen zeitlichen Rahmen von zwei bis drei Generationen, das heißt etwa 80 bis 100 Jahren und ist geprägt von Erinnerungen, die Menschen einander beispielsweise in Familien informell durch alltägliche Interaktion weitergeben. Das kulturelle Gedächtnis hingegen beinhaltet einer Vergangenheit, die weit über die bekannten kommunikativen Erinnerungsinhalte hinausgehen kann und bis in eine „absolute Vergangenheit einer mythischen Urzeit“ [440] reichen kann. Mit der Schriftlichkeit entsteht dann auch das Speichergedächtnis, das verbunden ist mit der Möglichkeit des grenzenlosen Akkumulierens von Informationen. Dem unendlichen Speichern steht das Funktionsgedächtnis gegenüber. Dieses ist es auch, dass Luhmann meint, wenn er das Gedächtnis von der Gegenwart aus denkt.[441] Denn das Funktionsgedächtnis findet die „Fundierung der Gegenwart auf einer bestimmten Vergangenheit.“ [442] Und ebenso, wie bei Luhmann die Schriftlichkeit wesentlich ist für dieses Gedächtnis, ist diese auch zentral bei Assmann/Assmann. Denn sie führt ebenso wie zum Speichern auch zum selektiven Charakter des Funktionsgedächtnisses.[443]

„Cities serve as powerful symbols and repositories of memory.“ [444] Die Straßennamen nehmen neben vielen weiteren Elementen einer Stadt eine besondere Rolle ein. „That landscape and memory are mutually constituitive of one another is a fact well-established by serveral decades of careful research and original scholarship into the politics of collective memory and urban space.“[445] Denkmäler bilden zusammen mit anderen Elementen einer Stadt eine

---

440 Assmann, Aleida / Assmann, Jan: Das Gestern im Heute. Medien und soziales Gedächtnis; in: Merten, Klaus / Schmidt, Siegfried J. / Weischenberg, Siegfried (Hrsg.): Die Wirklichkeit der Medien. Eine Einführung in die Kommunikationswissenschaft; Darmstadt, 1994, S. 114-140, hier S. 120.

441 Vgl.: Luhmann, Politik, S. 172

442 Assmann / Assmann, Gestern im Heute, S. 123.

443 Vgl.: Assmann / Assmann, Gestern im Heute, S. 119-123.

444 Rose-Redwood / Aldermann / Azaryahu, Collective Memory, S. 162. Rose-Redwood / Aldermann / Azaryahu verweisen hier auf Laddm B.: The ghosts of Berlin: Confronting German history in the urban landscape; Chicago, 1997.

445 Dwyer / Aldermann, Memorial landscapes, S. 165.

Gedächtnislandschaft, ein Zeichensystem und damit einen sozialen Raum. Dazu gehören Straßennamen genauso wie historische Fassaden, Hinweisschilder auf vergangenes Geschehen, Parks und freie Plätze.[446]

„They [the memorials; Anm. d. A.] give the past a tangability and familiarity – making the history they commemorate appear to be part of the natural and taken for granted order of things.“[447] „By expanding the scale of memory or increasing the geographic extent of commemoration, social actors and groups hope to make images of the past retrievable or available to a larger array of publics.“[448]

Was dabei Erinnerungsprozesse beginnen lässt ist im Wesentlichen zurückzuführen auf eine Kombination aus geografischen und sozialen Konstruktionen basierend auf den bereits dargelegten Entscheidungsprozessen.[449] So treten Benennungs- und Umbenennungsakte als sozialer Prozess verbunden mit Ideen vor allem dann auf, wenn radikale Systemwandel zu einem Prozess der narrativen Neuorientierung eines Kollektives durch die Machthaber führen „In the ninteenth and twentieth centuries, the systematic construction of 'national' toponymies was an aspect of nation-building and state-formation.“ [450] Diese Eingriffe gehen dann weit darüber hinaus nur politische Institutionen zu verändern, sondern haben „effects on daily life, on language and on space“[451]. Weiterhin ist die emotionale Bindung einer Person oder einer Gruppe an einen benannten Ort sehr bedeutend, „even in the face of physical alienation from these very same places.“[452] Auf dieser Grundlage basiert letztenendes auch die Möglichkeit eines Namens als ein Anknüpfungspunkt des Gedächtnisses einer großen Gruppe von Menschen zu dienen und dieses gegebenenfalls zu verändern. [453] Dabei reflektieren sie nicht nur ein Narrativ der Geschichte, sondern stellen viele

---

446 Vgl.: Dwyer / Aldermann, Memorial landscapes, S. 167.

447 Dwyer / Aldermann, Memorial landscapes, S. 167. Dwyer, Aldermann verweisen hier auf Azaryahu, Maoz: The power of commemorative street names; in: Environment. Planning D, Nr. 14, 1996, S. 311-330 sowie auf Foote, K.: Shadowed ground: America's landscapes of violance and tragedy; 2. Auflage, Austin/ Texas, 2003. Vgl. ebenso.: Azaryahu / Foote, Historical space, S. 179.

448 Aldermann, Derek H.: Street names and the scaling of memory: the politics of commemorating Martin Luther King, Jr within the African American community; in: Area, Nr. 35, Vol. 2, 2003, S. 163-173, hier S. 164.

449 Rose-Redwood / Aldermann / Azaryahu, Collective Memory, S. 161.

450 Azaryahu / Golan, (Re)naming the landscape, S. 181.

451 Lefebvre, Henri: The Production of Space; übersetzt aus dem Französischen von Donald Nicholson-Smith; Maiden, Oxford, Victoria, 1991, S. 54.

452 Rose-Redwood / Aldermann / Azaryahu, Geographies of toponymic inscription, S. 458. Rose-Redwood, Aldermann, Azaryahu verweisen hier auf Kearney, A.; Bradley, J.: 'Too strong to ever not be there': place names and emotional geographies; in: Social and Cultural Geography, Nr. 10, 2009, S. 77-94; Davidson, J. / Bondi, L. / Smith, M. (Hrsg.): Emotional Geographies; Aldershot, 2005.

453 Vgl.: Aldermann, street names, S. 164.

verschiedene Variationen bereit, die durch die städtische Gesellschaft gebildet werden. „[...] [T]he 'polyvocal' nature of urban commemorative symbols, pointing out that 'they often possess an official meaning bearing the intension of the creator or creators in mind, but informal references may be attached to them, enforcing, neutralizing and ever counteracting the original intension.'"[454] Eine Stadt ist immer Gedächtnisspeicher für die symbolische Kontrolle und den symbolischen Widerstand.[455] Besondere Bedeutung kommt dabei den Orten zu, die ausgewählt werden und den sozialen Raum verändern möchten. Ebenso wie top-down-Eingriffe durch das politische System sind analoge Verfahren auch durch das Wirtschaftssystem im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten denkbar. Entsprechend lässt sich Geld als ein wichtiger Faktor in der Art und bei dem Umfang wie Raum durch soziale Interaktion verändert werden kann nennen. Ungeachtet dessen gründet sich der Raum nach wie vor auf der alltäglichen sozialen Interaktion „of cooperation and competition."[456]

„Toponymic commemoration involves both naming places and placing names. In principle the politics of toponymic commemoration involves two interrelated aspects: eligibility for commemoration and the status of the commemoration, envinced in the prestige of its location in space."[457]

Dies bedeutet eine Verbindung zwischen dem Namen und dem Denotat und dessen Rolle aufgrund der Lage, Länge und Wichtigkeit der Straße oder des Platzes.[458] Auf der Suche nach geeigneten Orten für eine Umbenennung mit dem Ziel „to establish the legitimacy of their [social actors and groups; Anm. d. A.] public indentities and histories, particularly in times of political change and conflict"[459] sind diese Faktoren sehr zentral. Azaryahu und Foote äußern die Annahme, dass „historical space as a narrative medium"[460] neben anderen Medienformen wie Film,

---

454 Rose-Redwood / Aldermann / Azaryahu, Collective Memory, S. 162. Rose-Redwood, Aldermann, Azaryahu zitieren hier Nas, P.: Congealed time, compressed place: Roots and branches of urban symbolic ecology; in: International Journal of Urban and Regional Research, Nr. 24, 1998, S. 545-549, hier S. 547.

455 Vgl.: Rose-Redwood / Aldermann / Azaryahu, Collective Memory, S. 162.

456 Aldermann, street names, S. 164. Aldermann verweist hier auf Herod, A.: The production of scale in United States labour relations; in: Area, Nr. 23, 1991, S. 82-88.

457 Azaryahu, Rabin's road, S. 74.

458 Vgl.: Azaryahu, Rabin's road, S. 74. Azaryahu verweist hier auf Ferguson, P.: Reading city streets; in: The French Review, Nr. 51, 1988, S. 391.

459 Rose-Redwood / Aldermann / Azaryahu, Collective Memory, S. 161. Rose-Redwood / Aldermann / Azaryahu verweisen hier auf Forest, B. / Johnson J. / Till, K.: Post-totalitarian national identity: Public memory in Germany and Russia; in: Social & Cultural Geography, Nr. 5, 2004, S. 357-380. Vgl. ebenso.: Light, street names.

460 Azaryahu / Foote, Historical space, S. 180.

Bild, Handlungen oder einem Zusammenspiel dieser Formen angesehen werden kann. Damit schaffen die beiden Autoren einen Ausgangspunkt, um die Arten wie der Raum als erzählendes Medium verwendete wird, zu analysieren.[461] Das Augenmerk liegt dabei auf dem Arrangement der Erzählelemente im Raum, „the spatial configuration of history."[462] Entsprechend deuten sie an, welche Bedeutung die physischen Gegebenheiten des Raumes haben. Denn nicht nur die Verweise auf Geschichte, sondern auch die Anordnung in Verbindung mit weiteren Elementen wie Gebäuden, Hinweisen, Denkmälern oder Inschriften gilt es mit einzubeziehen. Inschriften oder Verweise sind unterdessen sehr häufig, da mit diesen Mitteln an einem bestimmten Ort, wo etwas geschah, sehr leicht an das entsprechende Geschehen hingewiesen werden kann.[463]

Die physischen Gegebenheiten lassen sich in drei Ebenen aufteilen, die wesentlich sind bei der Auswahl von Objekten, die umbenannt werden sollen. Die Flächengröße des physischen Raumes ist dabei vor allem fassbar durch die Straßenlänge und -breite sowie der Anzahl der Straßen. Die Menge der Hausnummern spielt eine ebenso wichtige Rolle, denn je größer diese ist, desto eher findet ein Straßenname Eingang in die tägliche Praxis. Das Level der Straßen meint vor allem die Wichtigkeit der Straßen innerhalb des Stadtgebietes, ihre Prominenz im Stadtzentrum oder die Anzahl der Benutzer können mögliche Maßstäbe zur Einteilung sein, wie sie bereits in Straßenkarten durch unterschiedliche Farbgebung Niederschlag finden.[464] Der dritte Faktor ist die Anbindung der Straßen in der Stadt, die vor allem unter folgendem Gesichtspunkt betrachtet wird: Inwiefern verbindet die Straße mit dem einen Namen beispielsweise zwei Plätze mit jeweils zwei anderen Namen. Hierin besteht die Möglichkeit Narrative in den Raum zu schreiben und Namen zu verbinden. Dadurch können auch Namen mit Straßen verbunden werden, die sonst gegebenenfalls keine Verbindung hätten. Bei der Umbenennung einer Straße oder eines Platzes fließen also verschiedene Faktoren in die Auswahl ein. Die

461 Vgl.: Azaryahu / Foote, Historical space, S. 180. Azaryahu / Foote verweisen hier auf Potteiger, M.; Purinton, J.: Landscape narratives: Design practices for telling stories; New York, 1998 sowie auf Jahn, M.: Narratology: A guide to the theory of narrative; Köln, 2005.

462 Azaryahu / Foote, Historical space, S. 180. Hervorhebungen durch Azaryahu / Foote.

463 Vgl.: Azaryahu / Foote, Historical space, S. 183.

464 Vgl.: Aldermann, street names, S. 165f. Aldermann verweist hier auf Azaryahu, Maoz: The power of commemorative street names; in: Environment. Planning D, Nr. 14, 1996, S. 311-330, hier S. 325.

Sichtbarkeit, der Zugang, weitere Elemente der Umgebung und die umgebene Symbolik werden berücksichtigt und dabei wird meist die Nähe „to power-filled sites“[465] forciert. Ebenso können jedoch Anwohner Berücksichtigung finden.[466]

„Depending on the location and spatial extent of these streets, they can represent an expansion [...] and cultural expression or reinforcement of the boundaries that have traditionally constrained […] identity and power.“[467]

Die Raumgestaltung kann im Extremfall sogar dazu führen, dass dadurch einzelne Geschichten in einem Stadtteil oder entlang eines Weges, einer Straße oder auf einem Platz erzählt werden sollen durch Namen aber auch in Zusammenhang mit Denkmälern oder ähnlichem. Dabei sei vor allem die Chronologie einer Geschichte aus Sicht einiger Literaturwissenschaftler ein wesentlicher Kern einer Erzählung.[468] Dies kann jedoch auf die Raumerzählung nur schwer zutreffen:

„The contrast between what can and cannot easily be achieved in spatial forms of historical presentation is appearent in the case of commeorative street names. The historical referents co-exist simultaneosly in the cityscape, but with no linear thread of chronological order connecting them, temporality yields to synchronicity. Commemorative street names refer to both national and local narratives of the city, but as a presentation of history, their narratives of the city, but as a presentation of history, their narrativity is limited to their commemorative capacity to evoke 'significant moments' or 'significant heroes' of history.“[469]

Dennoch gibt es die Möglichkeit, besondere Gruppen von Personen zu bündeln, um so eine zusammenhängende Erzählung zu einem bestimmten Thema zu anzuregen oder eine historische Periode zu behandeln.[470] Aufgrund der Annahme, dass staatlich festgelegte Toponyme als erinnernde Güter des öffentlichen sozialen Raumes Stellvertreter der Weltansichten der machthabenden Regierung

---

465 Dwyer / Aldermann, Memorial landscapes, S. 168.

466 Vgl.: Aldermann, street names, S. 166. Aldermann verweist hier auf Azaryahu, Maoz: The power of commemorative street names; S. 325; in: Environment. Planning D, Nr. 14, 1996, S. 311-330, hier S. 325. Aldermann verweist hier auf Goings, K.W.; Mohl, R.A. (Hrsg.): The new African American urban history; Thousand Oaks, 1996.

467 Aldermann, street names, S. 165.

468 Vgl.: Azaryahu / Foote, Historical space, S. 180. Azaryahu / Foote verweisen hier auf Goodman, N.: Twisted tales; or story, study and symphony; in: Mitchell, W. J. T. (Hrsg.): On narrative; Chicago, 1981, S. 99-116; Scholes, R.: Language, narrative and anti-narrative; in Mitchell, W. J. T. (Hrsg.): On narrative; Chicago, 1981, S. 200-208; 1981, Coste, D.: Narrative as communication; Minneapolis, 1989.

469 Azaryahu / Foote, Historical space, S. 183. Azaryahu / Foote verweisen hier auf Aldermann, Derek H.: Street names as memorial arenas: The reputational politics of commemorating Martin Luther King, Jr. in Georgia county; in: Historical Geography, Nr. 30, 2002, S. 99-120; Azaryahu, Maoz: The power of commemorative street names; in: Environment and Planning D, Nr. 14, 1996, S. 311-330; Berg, L. / Kearns, R.: Naming as norming: 'Race', gender, and the identity politics of naming places in Aoteeroa/ew Zealand; in: Environment and Planning D, Nr. 14, 1996, S. 99-122; Stump, R.: Toponymic commemoration of national figures: The cases of Kennedy and King; in: names, Nr. 36, 988, S. 203-216; Yeoh, B.: Street names in colonial Singapore; in: Geographical Review, Nr. 82, 1992, S. 313-322. Vgl. ebenso: Aldermann, street names; Azaryahu, German reunification.

470 Vgl.: Azaryahu / Foote, Historical space, S. 183.

seien, verändern sie aufgrund des ausreichenden sozialen Kapitals die Gedächtnislandschaft einer Stadt entsprechend bei Veränderung. Dabei werden Narrative von Minderheiten oder scheinbar unbedeutenden Gruppen meist nicht beachtet oder beschränkt auf einen kleinen Teil dieser Bevölkerungsteile. Doch dennoch enthalten Namen Spuren, die Rückschlüsse zuließen auf diejenigen, die diese Namen installiert haben.[471] Lineare oder chronologische Erzzählreihenfolgen im Raum zu installieren bedeutet beispielsweise Tore, die als Ein- und Ausgang markiert sind zu nutzen. Sie ermöglichen es dem Benutzer eines solchen Weges, der Chronologie entsprechend den angezeigten Weg zu folgen. Zäune ermöglichen das Folgen des Weges und markieren Linien entlang denen sich bewegt werden sollte. Andere Routen wiederum können an unterschiedlichsten Punkten begonnen werden. Die Charakteristik einer solchen Anordnung gibt zumeist auch Auskunft über das Geschichtsbild und die Autoren eines solchen Raumnarrativs. Der Pilgerweg kann als Prototyp dieser Art von räumlicher Erzählung gesehen werden. Hierbei handelt es sich um einen Weg, der verschiedene Orte von religiöser oder moralischer Bedeutung miteinander verbindet und auf diese Weise zu Ziel hat, Lebenswege gegebenenfalls Tragödien von Märtyrern oder Propheten in der glaubenden Person wieder aufleben zu lassen.[472]

Analog existieren Raumerzählungen, die Orte miteinander verbinden ohne in einer exakten oder verbindlichen Reihenfolge angeordnet zu sein. Meist sind dies alltägliche Lebenswege, die aber dennoch in einer Tages-, Wochen- oder Lebensgeschichte verbunden werden können, wobei im letzten Fall, der Lebensgeschichte, sofern Orte wie Geburtsort, Schulorte, Arbeitsortegegeben fixiert sind, sie in bestimmten Maß wählbar waren und somit nicht „dem fixierten Weg einer Nation“, der Imagination ist, gleichen, sondern kontingent sind.[473] Dennoch existieren derartige Wege als säkularisierte Form des Pilgerns, um beispielsweise bestimmte „Kollektivheiligtümer“ in einem solchen Pfad zu inkoporieren. Ein Beispiel ist ein Wanderweg in Jerusalem vom Yad Va'Shem zum Herzl-Berg. Auch hier ist die Topographie des Raumes ein wesentliches Element

471 Vgl.: Dwyer / Aldermann, Memorial landscapes, S. 168.

472 Vgl.: Azaryahu / Foote, Historical space, S. 184.

473 Vgl.: Azaryahu / Foote, Historical space, S. 185f.

der Erzählung.[474] „[...] [T]he naming of places is one of the primary means of attempting to construct clearly demarcated spatial identities.“[475] Jedoch haben derartige Erzählungen das Problem, dass sie stark vereinfachend sind: „time or space is shortend, concatenated, compresse, lengthened, embellisched, straightened, or smoothed.“[476] Es gilt also bei der Installation eines solchen Weges verschiedene Faktoren zu berücksichtigen, die über eine räumliche Erzählung beispielsweise in Form eines Museums hinausgehen: Denn Wegbeschaffenheit, Aus- bzw. Ansichten, Richtungen, Bewegungsarten und Entfernungen sollten berücksichtigt werden. Dies macht es umso schwierige eine Geschichte im Raum zu erzählen. Hinzu kommt, dass diese Erzählungen sich nur schwer abschließen lassen und die Begebenheiten im Raum in den seltensten Fällen vollständig kontrollierbar sind, womit ein jeder Benutzer dieser Wege eine neue Geschichte durchlaufen könnte.[477] Damit zeigen sie die Eigenschaften eines jeden Gedächtnisses, das vorhanden ist im Allgemeinen und jeder konkreten Form der Gedächtnismedien im speziellen, die Erinnerungsprozesse beginnen. Hinzu kommt außerdem, dass die Autorenschaft umso unklarer wird, wenn Wege sich über eine lange Zeit entwickelten, womit diese Raumerzählungen immer wieder einer De- und Rekonstruktion ausgesetzt sind, die entweder evolutiv oder explosiv den Verlauf verändert.[478]

„[...] [I]t means that the configuration of spatial narratives, more than others, can readily be changed as a result of social or political pressures. [...]For instance, references to either 'battle' or 'massacre' offer two diametrically opposite versions of a historical event.“[479]

Ebenso wie diese Konstruktionsprozesse in der Öffentlichkeit stattfinden können, so werden sie nach der Beendigung und der Implementierung von Straßennamen Teil der Kommunikation im alltäglichen Ablauf. Auf der Suche nach einer Straße oder einem Platz finden so Begriffe unreflektiert Eingang in das Gespräch, in den Briefverkehr oder andere Formen der Kommunikation.[480]

„In this sense, the apparent weakness of the historical referent actually augments the

474 Vgl.: Azaryahu / Foote, Historical space, S. 187.

475 Rose-Redwood / Aldermann / Azaryahu, Geographies of toponymic inscription, S. 454.

476 Azaryahu / Foote, Historical space, S. 187.

477 Vgl.: Azaryahu / Foote, Historical space, S. 187.

478 Vgl.: Azaryahu / Foote, Historical space, S. 192.

479 Azaryahu / Foote, Historical space, S. 192f.

480 Vgl.: Dwyer / Aldermann, Memorial landscapes, S. 167. Dwyer, Aldermann verweisen hier auf Azaryahu, Maoz: The power of commemorative street names; in: Environment. Planning D, Nr. 14, 1996, S. 311-330.

power of the commemorative place names to render a certain version of history not only familiar, but also self-evident. The merit of a place name as a commemorative vehicle that it transforms an official discourse of history into a shared cultural experience that is embedded into practices of everyday life."[481]

So kann der Name durch diese Praxis eben auch stärker identifiziert werden mit dem Raum, denn „history becomes geography." [482] So werden ihnen durch Verwendung oder Veränderung auch andere Werte eingeschrieben „contigent on the ruling social and moral order." [483] . Doch sind Namen nicht nur in Kommunikationssituationen angewandte Verweise oder Träger einer Bedeutung, sondern sie markieren vor allem die Bedeutung des Denotats.[484] Was dazu führt, dass der Text einer Stadt, das heißt alle Straßennamen gelesen als einen Text, „represents not only a version of history but also commemorative priorities and hegemonic discourses of former periods." [485] Orte des Gedächtnisses oder Gedächtnisorte entsprechen daher Plätzen, die vor allem durch (an)geordnete Inhalte eines Erinnerungsprozesses entstehen.[486]

Auf Basis dessen werden Medien geschaffen, die Symbol für die Verdichtungsprozesse sind, die für den Ort charakteristisch sind. Dabei zeichnet den Ort des Gedächtnisses aus, dass er Inhalte fixiert, die den Ort nicht zwingend beschreiben, sondern durch andere Formen kommuniziert werden. So beinhaltet die Statue einer Person oder der Name auf einem Straßenschild ebenso die Biografie sowie Ansichten und Gedanken der Person aber auch die Umstände der Aufstellung oder der Platzveränderung einer solchen Statue, je nach dem was von Situation zu Situation erinnert wird. Insofern basiert die Frage nach dem, was gedacht wird, auf dem Erinnerungsprozess: Orte des Gedächtnisses werden Anlässen von gesellschaftlichen Konstruktionen[487]. Jene Konstrukte sind durch den kommunikativen Charakter der Erinnerung einer ständigen Neuaushandlung

---

481 Rose-Redwood / Aldermann / Azaryahu, Geographies of toponymic inscription, S. 459.

482 Rose-Redwood / Aldermann / Azaryahu, Geographies of toponymic inscription, S. 459.

483 Azaryahu, Purge of Bismarck and Saladin, S. 801.

484 Vgl.: Jeshion, The Significance of Names, S. 373.

485 Rose-Redwood / Aldermann / Azaryahu, Geographies of toponymic inscription, S. 460.

486 Vgl.: Csáky, Mehrdeutigkeit, S. 14.

487 Diese Konstruktionen können im Sinne eines ausgereiften Bildungsgedächtnisses verstanden werden, das basierend auf Schriftlichkeit in Texten manifestiert. Im konkreten Fall können darunter alle Texte verstanden werden, die gelesen werden können, wobei es bestimmte Texte gibt, die zusätzlich dazu konkrete Konstruktionen eher manifestieren, wie Schulbücher oder Gedenkrituale. Vgl.: Assmann, Körper und Schrift, S. 206; vgl. insbesondere zu Ritualen Kertzer, Ritual, S. 30.

und Wiederbelebung durch Gruppen und Individuen unterworfen.[488] Das Toponym kann einen solchen Auslöser zu Erinnerungsprozessen darstellen und somit als eine konkrete Form des Verbreitungsmediums von Gedächtnisinhalten, installiert durch Erinnerungsprozesse, dienen und letztere abermals auslösen. Da Toponyme in der Form des Straßennamens oder des Namens eines Platzes vor allem als Einsatz von Macht verstanden werden, um bestimmte Dinge zu kommunizieren, kann die Gruppe der Straßennamen einer Stadt, in einer übertragenen Form verstanden werden als ein Exemplar, des Funktionsgedächtnisses, wenn die Intention der Machthaber in den Vordergrund gerückt wird, oder als ein Speichergedächtnis, wenn der benannte Ort und/oder der weitere Bedeutungsinhalt in der jüngeren Vergangenheit liegend erinnert werden.

Aus diesen theoretischen und terminologischen Annahmen lassen sich die für diese Arbeit grundlegenden Forschungsfragen generieren. Allgemein wird mittels der im nächsten Kapitel zu erläuternden Quellen und der Methodik gefragt werden, **wann und warum (bestimmte) Namen, die unterschiedliche Narrative kommunizieren, a) vergeben, b) gelöscht, c) neu eingeführt, d) innerhalb des Stadtgebietes auf andere Orte verlegt?** Die theoretischen Annahmen scheinen primär politische Brüche und damit verbundene ideologische Wechsel zu sein. Doch neben dieser allgemeinen Antwort sollen weitergehende Antworten gefunden werden auf die Frage, welche Narrative kommuniziert werden und wie sie in einem komplementären Mediensystem Bedeutung erlangen. Damit lassen sich verschiedene Anschlussfragen aufstellen, die von der Makroebene eher die Mikroebene betrachten. Das heißt, wo es geboten scheint aufgrund der besonderen Rolle eines konkreten Fallbeispiels die Folgen einer Namensveränderung für den öffentlichen Raum, ergo für die Gestaltung des jeweiligen topografischen Ortes zu betrachten. Ebenso geben Fallbeispiele Raum für die Reflexion einer konkreten Veränderung durch die Öffentlichkeit: Positionierungen oder gar Widerstand ebenso wie Meinungsverschiedenenheiten von Verantwortungsträgern werden daher ebenso mit einfließen. Das Kernziel der Dissertation ist, die Frage nach dem theoretischen und praktischen „Warum“ von Veränderungen im Text des städtischen Raumes in Wien und Budapest anhand historischer-kulturwissenschaftlicher Methodik zu klären und ihre Umstände zu

488 Vgl.: Assmann, Schatten der Vergangenheit, S. 32f.

erheben.

III. Methodik und Quellen

Nach den umfassenden theoretischen Erläuterungen, werden in diesem Kapitel Operationalisierungsmöglichkeiten erörtert. Dabei werden zunächst die Grundlagen für die Analyse beschrieben und in einem konzeptionalisierenden Schritt mit den Entwicklungen der Forschung verbunden. So werden die zu betrachtenden Kategorien gebildet, die für die Straßennamenanalyse der gegebenen Fälle im Hinblick auf die offene Fragestellung ergiebig sind. Nachdem bereits in der Einleitung deutlich wurde, dass sich diese Arbeit mit dem „Warum“ von Veränderungsprozessen beschäftigt, gilt es diese Frage zu konkretisieren. Beantwortet werden soll diese Frage spezifischer anhand der räumlichen Muster, inhaltlichen Bezüge und Bedeutungen von Straßennamenveränderungen innerhalb der beiden Stadtgebiete in der Zeit von 1918 bis 1934. In einem weiteren Schritt wird im Rahmen der Operationalisierung erläutert, auf welchen Grundlagen die Namen kodiert werden. Schließlich wird auch erklärt, wie dies geschieht, um an vergleichbare deskriptive Daten zu gelangen, die neben ergänzenden Analysen weiterer Quelleninformation sowie Sekundärliteratur, die Grundlage für die Auswertung in Kapitel VI. sein werden.

1. Straßennamenanalyse: Analysemethodik und Analysekategorien

Bereits im Forschungsstand wurde deutlich, dass die vorliegende Arbeit, für die Annäherung an die Forschungsfrage, verschiedene Methoden und Ansätze verbindet. Die interdisziplinäre Betrachtung bedeutet dabei nicht nur das Tableau der verschiedenen Disziplinen der zu analysierenden Objekte zu berücksichtigen, sondern auch methodisch kombiniert vorzugehen. Ausgehend von der Annahme, dass politische Brüche in der Straßennamenlandschaft auffindbar sind, wird auch eine offene methodische Herangehensweise notwendig, wie sie bereits in der theoretischen Grundlegung deutlich geworden ist. Nicht zuletzt ist es ein Ziel dieser Arbeit die im Forschungsstand herausgearbeitete Forschungslücke fehlender größerer vergleichender Studien zum alltäglichen Phänomen der Straßennamen zu schließen.

Grundsätzlich folgt daraus für die Methodik, dass in dieser Arbeit der generische

Teil des Namens definitorisch zentral für die Frage, was analysiert wird, ist. Es werden Verkehrsflächen, das heißt Straßen, Plätze, Gassen und Wege analysiert, denn diese Worte sind es, die den zu analysierenden Namen ihre wesentliche Referenzfunktion gegenüber Straßen und Plätzen geben. Als ein Sonderfall werden auch Brücken berücksichtigt, sofern Akten vorhanden sind. Parks werden nicht berücksichtigt, da sie zumindest in Wien selten als Verkehrsfläche genutzt werden und in Budapest gar nicht. Wird der Forschungsstand gebührend berücksichtigt, kristallisiert sich mit den Wegbeschreibungen[489] von Dietz Bering et al. ein bedeutender Ansatz heraus, der Anknüpfungspunkte sowohl quantitativ wie qualitativ bietet, um die Straßennamenkorpora zweier Städte wie Budapest und Wien in der Zwischenkriegszeit zu untersuchen.

Bering sowie beispielsweise Peter Glaser[490] arbeiten dabei mit verschiedenen Gruppen von Kodes, die sie jeweils zueinander ins Verhältnis setzen und miteinander vergleichen, um Diskontinuitäten in den Straßennamenlandschaften zu lokalisieren. In diesem Teilkapitel werden die verschiedenen Gruppen von Kodes, das heißt, die unterschiedlichen Ebenen der Analysekriterien aufgrund der theoretischen Überlegungen abgeleitet und definiert. Bereits im letzten Teil des vorherigen Kapitels wurden wesentliche Fragen zur Analyse zusammengefasst und theoretische Fragestellungen mit den Konzepten von Kommunikation, Gedächtnis und Toponymie verbunden. Hier sollen nun noch einmal kurz die zentralen Punkte knapp wiedergegeben werden, um mittels der Kategoriegruppen die verschiedenen Dimensionen der theoretischen Überlegung aufzuzeigen.

Zunächst wurde deutlich, dass eine Kommunikation die Grundlage von gesellschaftlicher Interaktion darstellt und somit jede gesellschaftliche Praxis in Abhängigkeit zu den verfügbaren Medien steht – so wie auch das Gedächtnis und der Prozess des Erinnerns respektive des Vergessens.[491] Vor allem der hier zentrale Erinnerungsprozess ist ein komprimierend (re)konstruierender Prozess[492], der im Hinblick auf seine Kommunikationsformen äußerst vielfältig ist. Straßennamen sind in den Formen ihrer physischen Erscheinungen auf Karten

489 Vgl. grundsätzlich: Bering / Großsteinbeck / Werner, Wegbeschreibungen.

490 Vgl.: Glaser, Vom Ortsgedächtnis zum Gedächtnisort.

491 Vgl.: Luhmann, Politik, S. 172-173.

492 Assmann, Erinnerungsräume, S. 29.Vgl.: Luhmann, Politik; S. 172; Erll, Astrid: Medium des kollektiven Gedächtnisses: Ein (erinnerungs-)kulturwissenschaftlicher Kompaktbegriff; S. 4.

oder entsprechenden Beschilderungen eine Möglichkeit, durch Erinnerungsprozesse gestaltetes Gedächtnis sowie geographische Besonderheiten benannter Lokalitäten zu kommunizieren. Wobei die Komplementarität der Kommunikationsformen insofern eine wichtige Rolle zukommt, als das dadurch in verschiedenen Kommunikationssituationen je verschiedene Formen der Kommunikation des Denotats durch den Namen sowie weitere Referenzebenen des Namens zu reproduzieren im Stande sind. Dabei sind Straßennamen und Namen von Plätzen oftmals ein besonderer Ausdruck politischer Willensbildung und geben somit vor allem bei plötzlichen Veränderungen Auskunft über ideologische Konflikte und tragen dabei, wie dargelegt, aktiv zu Bildung von kollektiven institutionalisierten Narrativen bei.[493]

Nun spielen auch die räumlichen Gegebenheiten eine zentrale Rolle, denn von ihnen hängt ab, in welcher Quantität ein Name genutzt und seine Konnotationsebenen mitkommuniziert werden. Nicht zuletzt hängt davon aber auch ab, wie erfolgreich ein Narrativ durch den alltäglichen Charakter eines Straßennamens rezeptiv in das Gedächtnis Eingang findet und von hier einem Anknüpfungspunkt für weitere Erinnerungsprozesse werden könnte.[494]

Diese verschiedenen Charakteristika von Straßen und Plätzen sowie ihrer Namen finden sich in den Analyseeinheiten wieder. Diese Einheiten sind maßgeblich am „Entwurf eines Kategorienrasters zur Erforschung synchroner und diachroner Straßennamenkorpora“ [495] von Dietz Bering, Klaus Großsteinbeck und Marion Werner orientiert, beziehungsweise von diesen übernommen wurden und werden nun knapp erläutert, bevor eine genaue Definition der einzelnen Kategorien folgt. Die Gruppe um Dietz Bering, die besonders profiliert zu Kölner Straßennamen forschte und forscht, formulierte im hier zitierten Beitrag „Wegbeschreibungen“ ein „systematische[s] Kategorienraster zur umfassenden - synchronen und diachronen - Erforschung von Straßennamenkorpora“[496]. Mit diesem Raster ist es möglich,

493 Vgl.: Uhl, Heidemarie: „Bollwerk deutscher Kultur“. Kulturelle Repräsentation nationaler Politik in Graz um 1900; in: Uhl, Heidemarie (Hrsg.): Kultur – Urbanität – Moderne. Differenzierungen der Moderne in Zentraleuropa um 1900; Studien zur Moderne 4, Wien, 1999, S. 39-82, hier S. 47; Azaryahu, purge of Bismarck and Saladin, S. 801; Azaryahu, Rabin's road, S. 74; Azaryahu / Golan, (Re)naming the landscape; Berg / Vuolteenaho, Critical Toponymies; Dwyer / Aldermann, Memorial landscapes, S. 167-168; Rose-Redwood / Aldermann / Azaryahu, Geographies of toponymic inscription.

494 Aldermann, street names, S. 164-165.

495 Bering / Großsteinbeck / Werner, Wegbeschreibungen, S. 135.

496 Bering / Großsteinbeck / Werner, Wegbeschreibungen, S. 136.

weitestgehend unabhängig von der betroffenen Kommune, Straßennamengeschichte mit einem Fokus auf die Entwicklung des kulturellen Gedächtnisses zu betrachten und etwaige Trends zu beobachten.[497]

Nachdem bereits im Forschungsstand über die Arbeit dieser Gruppe geschrieben wurde, soll hier das Hauptaugenmerk vollends auf der Methodik und dem Kategorienraster liegen, um deutlich zu machen, in welchen Punkten es übernommen und wo es für die vorliegende Arbeit modifiziert worden ist. Eine Grundüberlegung war dabei ein hoher Differenzierungsgrad des Rasters sowie dessen übersichtliche Struktur. Dieser letzte Punkt ist vor allem bedeutend, weil es nur so möglich ist, das Raster je nach Forschungsinteresse „nach dem Baukastenprinzip den spezifischen Analyseanforderungen eines bestimmten historischen Segmentes“ [498] anzupassen. Dabei wurden vier Analyseeinheiten entwickelt, die – bei Bering et al. als Ebenen bezeichnet – wie folgt aufgeschlüsselt werden: „A: Basisinformationen (nichtlinguistische Daten), B: Formanalyse (morphologisch-syntaktische Struktur), C: Bezugsanalyse (konnotatives Potenzial), D: Bedeutungsanalyse (denotative Aspekte)“ [499] . Entsprechend des hohen Differenzierungsgrades innerhalb der vier Ebenen entstand das in Abbildung 1: Kategorienschlüssel von Bering et al. entwickelte relativ komplexe Schaubild von Kategorieebenen und ihren Kategorien.[500]

Die einzelnen Eigenschaften der Kategorien zielen in diesem Schaubild darauf ab, eine möglichst über lange Zeiträume hinweg laufende Forschung von Straßennamenkorpora zu ermöglichen und inhaltliche Vergleiche zu erlauben. Dabei trägt dieses Schema sowohl relativ leicht zu kategorisierenden Straßennamen ebenso Rechnung wie wenn Namen einer deutlich detaillierteren Kategorisierung hinsichtlich ihres konnotativen wie denotativen Gehaltes bedürfen.[501] Im Hinblick auf die Fragstellung der Arbeit geht es nun darum, dass zuerst ausschließlich Veränderungen der Straßennamenlandschaft betrachtet werden. Dafür ist es notwendig, die möglichen Hinweise auf Veränderungen eines Namens in einer grundlegenden Analyseeinheit zu berücksichtigen. Bering et al.

497 Vgl.: Bering / Großsteinbeck / Werner, Wegbeschreibungen, S. 135-136.
498 Bering / Großsteinbeck / Werner, Wegbeschreibungen, S. 147.
499 Bering / Großsteinbeck / Werner, Wegbeschreibungen, S. 147.
500 Vgl.: Bering / Großsteinbeck / Werner, Wegbeschreibungen, S. 146-147.
501 Bering / Großsteinbeck / Werner, Wegbeschreibungen, S. 149-155.

sieht dafür die „Ebene A: Basisinformationen“ [502] vor. Hierin finden sich daher Verweise auf politische Entscheidungen, weitere Quellenverweise sowie eine Lokalisierung der Straße oder des Platzes. Daneben existieren außerdem „*Kategoriefelder*, die codierte bzw. schematisierte Informationen enthalten.“ [503] Darunter zählen beispielsweise für die Analyse notwendige Jahreszahlen, Bezirke oder die Art der Veränderung des Straßennamens. Mit dieser allgemeinen Analyseeinheit von Kategorien lassen sich somit grundsätzliche Informationen abbilden. Aussagen darüber, wann oder wo auf welche Weise Namen verändert wurden, werden möglich und es entstehen generalisierende Daten, die bereits einen Vergleich erlauben. Diese Analyseeinheit wird modifiziert und übernommen, die Modifizierung wird im nächsten Teilkapitel ausgeführt.

Die Analyseeinheit der Formanalyse, die Ebene B, das heißt generische Wortteile, Namen in Mundart und mit fremdsprachigen Einflüssen, wird nicht übernommen. Das. Die linguistische Namensanalyse bietet zu den möglichen Analysefokussen deutlich mehr Potenzial, wenn sie über einen deutlich längeren Zeitraum durchgeführt wird als der in dieser Arbeit untersuchter Zeitrahmen von etwas mehr als einem Jahrzehnt.[504]

502 Bering / Großsteinbeck / Werner, Wegbeschreibungen, S. 150.

503 Bering / Großsteinbeck / Werner, Wegbeschreibungen, S. 150. Hervorhebung durch Bering et al.

504 Vgl.: Bering / Großsteinbeck / Werner, Wegbeschreibungen, S. 151-152.

Abbildung 1: Kategorienschlüssel.

Quelle: Bering et al., Wegbeschreibungen, 149. Ebenfalls abgedruckt in: Bering, Dietz; Großsteinbeck, Klaus: Die ideologische Dimension der Kölner Straßennamen von 1870 bis 1945; in: Jaworski, Rudolf; Stachel, Peter (Hrsg.): Die Besetzung des öffentlichen Raumes. Politische Plätze, Denkmäler und Straßennamen im europäischen Vergleich; Berlin, 2007, 311-336, hier 318-319.

Eine weitere relevante Gruppe von Kategorien ist die Analyseeinheit, die Bering et

al. als „Ebene C: Bezugsanalyse“[505] überschreiben. Für alle Namen verwendbar, werden hier geographische, politische oder historische Bezüge deutlich. Dabei werden in dieser Analysegruppe Referenzen operationalisiert, die über den Namen an sich – bei der Verwendung in einem konkreten Kommunikationsakt – hinausgehen. Entgegen der These, Namen wären über den Ortsverweis hinaus sinnlos, ermöglicht diese Analyseebene die Betrachtung von weitergehenden semantischen Bezügen, die ein Name haben kann[506]. Solche Bezüge zeigen sich durch die zu beschreibende Operationalisierung in relativ klar voneinander abzugrenzenden Referenzkategorien. Insgesamt stehen diese Kategorien nebeneinander und sind gleichwertig, sofern sie für einen Namen relevant sind. Mit ihrer Hilfe werden vor allem Brüche auf allgemein-politischer Ebene sichtbar, es werden Unterschiede operationalisierbar, die sich zwischen politischen Systemen oder politischen Parteien innerhalb einer Stadt darstellen. Ebenso soll es möglich sein, auf diese Weise die Rolle der vorherigen politischen oder geographischen Orientierungen zu zeigen.[507]

Allerdings – das wird sich später noch zeigen – sind die Kategorien dieser zweiten Analyseeinheit relativ grob. Bering et al. verwenden die Metapher eines Schleppnetzes, um die Wirkung der Bezugsgruppen zu beschreiben. Das heißt, dass Namen umfassend zugeordnet werden können, somit allerdings eine Analyse von konkreteren Bezügen nicht möglich ist, da lediglich vergleichsweise grobe Gruppen gebildet werden können.[508] So bleiben auf der Bezugsebene feingliedrige Einteilungen unreflektierbar, sie werden einem Schleppnetz gleich – bildlich gesprochen – mit geschleppt ohne aber in die Analyse einfließen zu können.

So bleiben der linguistische Typ als Eigenname, i.e. *Nomen proprium*, beziehungsweise der Typ eines Gattungsnamens, i.e. *Nomen appellativum* oder – in einem weiteren Schritt der Differenzierung dieser beiden Typen – allgemeine Begrifflichkeiten im Fall eines *Nomen appellativum* auf der einen Seite sowie beispielsweise real vorhandenen *kollektiven Anthroponyme* unberücksichtigt.

505 Bering / Großsteinbeck / Werner, Wegbeschreibungen, S. 152.

506 Vgl.: Coates, Millian Approach, S. 444.

507 Vgl.: Bering / Großsteinbeck / Werner, Wegbeschreibungen, 152-153.

508 Bering, Dietz: Das Gedächtnis der Stadt. Neue Perspektiven der Straßennamenforschung; in Kremer, Dieter / Arcamone, Maria G. (Hrsg.): Onomastik. Akten des 18. Internationalen Kongresses für Namenforschung, Trier, 12.-17. April, Band 1: Chronik, Namenetymologie und Namengeschichte, Forschungsprojekte; Tübingen, 2002, S. 209-226, hier S. 220.

Jedoch ist besonders die konzeptionelle Unterscheidung von Bezugspunkten und konkreten Bedeutungen von Nöten, um beispielsweise zielführend Anknüpfungspunkte des Erinnerns durch Namen deutlich machen zu können. So ergibt sich beispielsweise die Möglichkeit, Straßennamen, die an Personen erinnern und Straßennamen, die auf Orte verweisen, zu vergleichen. Eine andere Möglichkeit ist der Vergleich von Werten jener Namen, die allgemeine Begrifflichkeiten beinhalten und jenen Namen, die Eigennamen beinhalten. Das setzt voraus, dass über einen geographischen und einen politischen Bezug hinaus, die Namen an sich stärker ausdifferenziert analysiert werden. Das geschieht in der Analyseeinheit der Bedeutungsanalyse, Ebene D bei Bering et al..[509] Diese Gruppierungen basieren – wie bereits deutlich gemacht – auf den Gedanken von Dietz Bering et. al..

Nachdem die Kategoriegruppen erläutert sind, sollen nun die jeweiligen Kategorien der Analyseeinheiten vorgestellt werden. Diese dienen der Abbildung der Tendenzen der Namensveränderungen der Zwischenkriegszeit in Budapest und Wien. Dabei wird detailliert auf die Kategorievorschläge des vorhandenen Konzepts eingegangen und herausgearbeitet, warum bestimmte Kategorien verwendet und andere wiederum nicht berücksichtigt werden. Im Anschluss daran sollen knapp die Quellengrundlagen, Dokumente und Texte für eine Kodierung erörtert und das Vorgehen der Fallanalyse beschrieben werden.

1.1 Analyse aufgrund von „Basisinformationen“

Wie bereits oben angedeutet, umfasst diese Analyseeinheit die grundlegenden Informationen über die Umbenennung. Die Abbildung 2: Kategorien und jeweilige Eigenschaften der Analyseeinheit Basisinformation zeigt den Kodeplan für die Analyseeinheit Basisinformationen, wie er für die vorliegende Analyse verwendet wird und welche möglichen Eigenschaften die Namen in der jeweiligen Kategorie haben können.

Dieser Kodeplan folgt dabei weitestgehend dem Vorschlag von Bering et al., die Abweichungen werden im Folgenden erläutert.

509 Vgl.: Bering / Großsteinbeck / Werner, Wegbeschreibungen, S.154-155.

Die Kategorie Stadtbezirke umfasst als mögliche Eigenschaften für die Straßennamen alle Stadtteile der beiden Städte im Betrachtungszeitraum, das heißt die Straßennamen werden entsprechend der Stadtteilnummern und einem Kürzel für die jeweilige Stadt kodiert. Diese Kodierung wird durch die Tatsache erleichtert, dass in keiner der beiden Städte im Betrachtungszeitraum Vorstädte angeschlossen wurden, somit existieren keine Veränderungen im Hinblick auf die Stadtbezirke. Allerdings gab es in Budapest eine Restrukturierung der Stadtbezirke. Das heißt, die vorhandenen Bezirke sind innerhalb des Untersuchungszeitraumes nicht vergrößert sondern neugegliedert worden. Einzig ein kleines Gebiet in Csepel wurde neues Stadtgebiet und Teil des elften Bezirks. Allerdings wird dieser Aufnahme unberücksichtigt gelassen. Änderungen innerhalb des Gebietes als Teil der Stadt konnten im Betrachtungszeitraum keine eruiert werden.

Abbildung 2: Kategorien und jeweilige Eigenschaften der Analyseeinheit „Basisinformation“.

Quelle: inhaltlich angelehnt an Bering et al., Wegbeschreibungen, 149; Zur Abbildungsart vgl.: Raithel, Jürgen: Quantitative Forschung. Ein Praxisbuch; 2. Auflage, Wiesbaden, 2008, 86.

Kategorie	**Mögliche Eigenschaften**
Stadtbezirke	BP I bis BP XIV, W I bis W XXI
Jahr der Veränderung	1918 bis 1934
Art der Namensveränderung	Neubenannt Umbenannt Modifiziert Gewachsen Weggefallen Rückbenannt
Cluster	Ja Nein
Bedeutungsvoller Ort	Ja Nein
Öffentlicher Personennahverkehr	Ja Nein

Abbildung 3: Die Bezirke Budapests zwischen Oktober 1895 und 1929 zeigt das Stadtgebiet, wie es sich bis 1929 gliederte. Allerdings zeigt die Reform im Jahr 1929, dass die Bezirke danach, das heißt ab 1930, anders strukturiert wurden, wie Abbildung 4: Die Bezirke Budapests zwischen Oktober 1930 und 1945. Somit bestehen die Eigenschaften dieser Kategorie aus den Bezirksnummern in der jeweiligen Stadt zum Stand des Jahres 1930 in Budapest und zum Stand von 1910

in Wien[510] (siehe Abbildung 5: Die Bezirke Wiens im Jahr 1910 und werden – der Klarheit halber – jeweils mit „BP“ für Budapest sowie „W“ für Wien versehen.

Bering et al. entwickelten das Konzept Benennungs- und Tilgungsjahr, sie markieren den Zeitraum in dem ein oder mehrere Namen einer Straße existent waren. Ein zweites Benennungs- und Tilgungsjahr soll über Modifikationen von Straßennamen hinweg deutlich zu machen, dass der konnotative Gehalt in Form des erinnernden Namens weitestgehend gleich blieb und sich beispielsweise nur der generische Teil des Straßennamens geändert hat. Da aber in der hier durchzuführenden Analyse, die generischen Teile des Namens keine Rolle spielen, sondern die semantische Ebene berücksichtigt wird, beschränkt sich der vorliegende Kodeplan der Basisinformationen auf jeweils ein Jahr der Veränderung, um den konkreten Zeitpunkt einer Veränderungsart mit dem Zeitgeschehen verbinden zu können Ausschlaggebend ist das Beschlussjahr.[511] Die Art der Namensveränderung kommt nicht bei Bering et al. vor, was daran liegt, dass das Ansinnen von Bering et al. die Erfassung von Gesamtkorpora ist. Im vorliegenden Text geht es jedoch besonders um die Erfassung von Veränderungen in zwei vorhandenen Korpora in einem kleinen Zeitraum. Daher wurden die Eigenschaften Art der Benennung sowie Art der Tilgung in einer neuen Gruppe Art der Namensveränderung kombiniert.

510 Vgl.: Stadterweiterung; in: Historisches Lexikon Wien, Band 5, Ru-Z, S. 289-299.

511 Vgl.: Bering / Großsteinbeck / Werner, Wegbeschreibungen, S. 150.

Abbildung 3: Die Bezirke Budapests zwischen Oktober 1895 und 1929

Quelle: Budapest anyakönyi kerületei 1895 október 1.- 1929; in: Budapest és Környékének Közigazgatási és Polgári Anyakönyvi szervezete 19873-1949; Öffentlicher Aushang des Stadtarchivs Budapest.

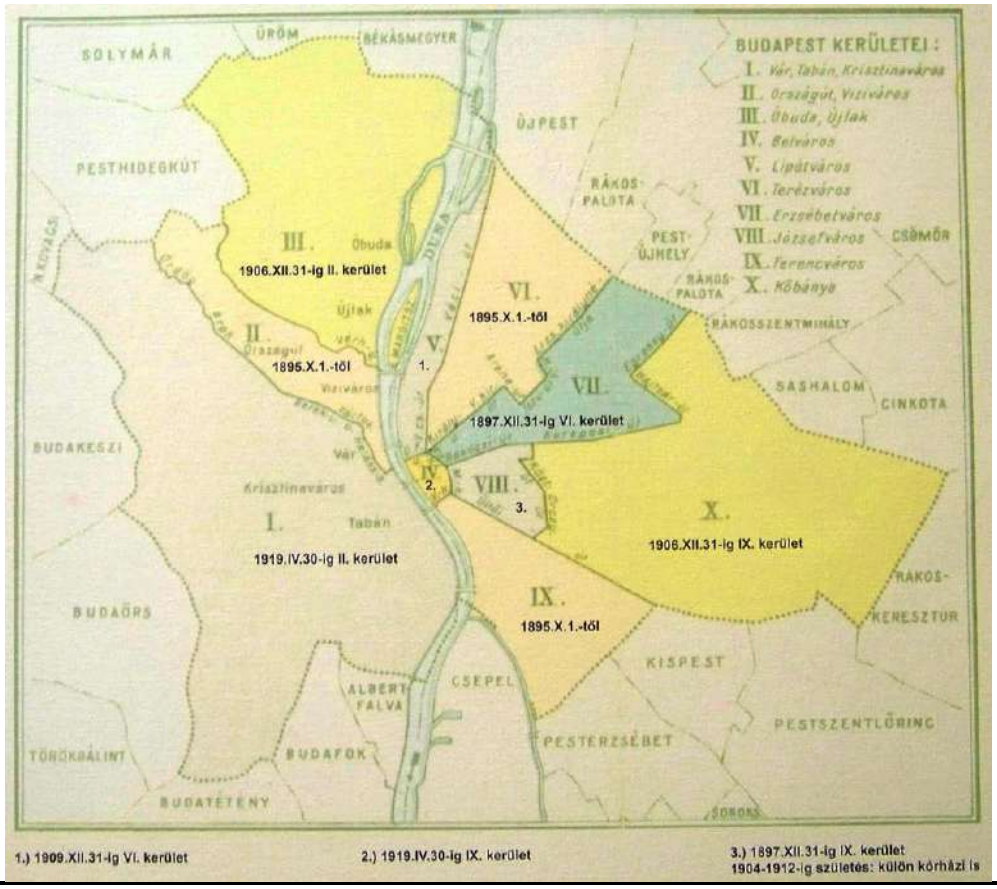


Abbildung 4: Die Bezirke Budapests zwischen Oktober zwischen 1930 und 1945

Quelle: Budapest kerületi Beosztása 1930-1949; in: Budapest és Környékének Közigazgatási és Polgári Anyakönyvi szervezete 19873-1949; Öffentlicher Aushang des Stadtarchivs Budapest.

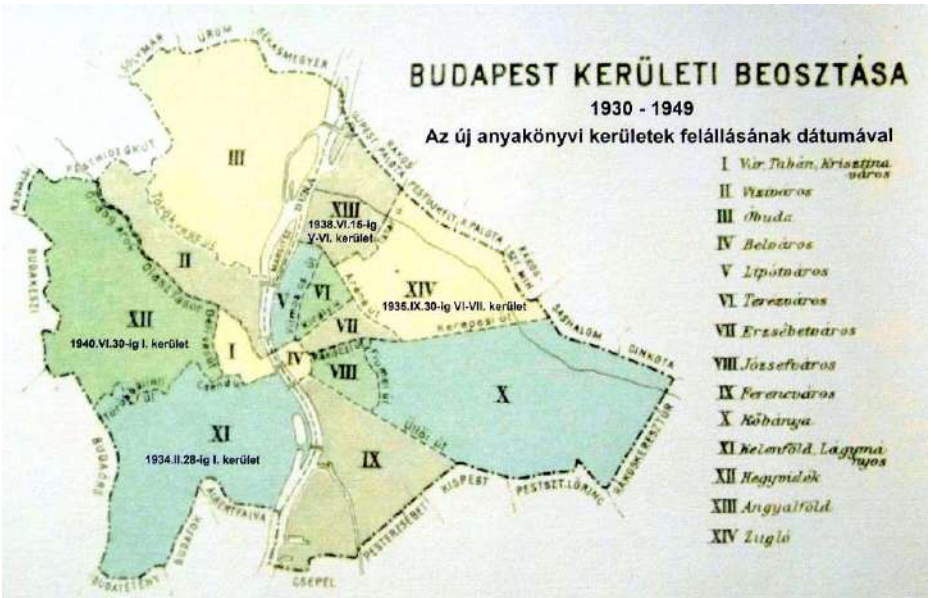
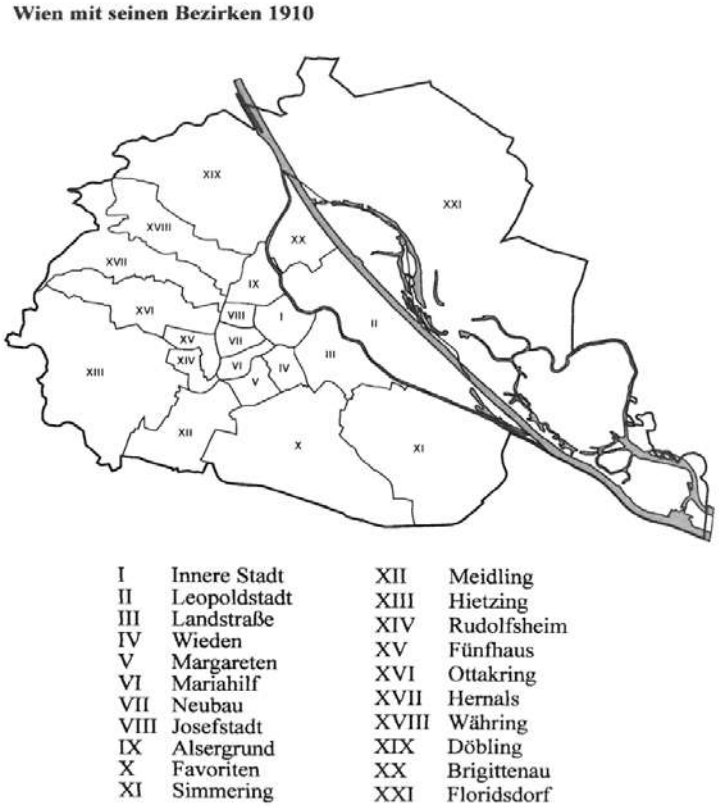


Abbildung 5: Die Bezirke Wiens im Jahr 1910

Quelle: Wien mit seinen Bezirken 1910; in: Csendes, Peter; Opll, Ferdinand (Hrsg.): Wien. Geschichte einer Stadt. Band 3: Von 1790 bis zur Gegenwart; Wien, Köln, Weimar, 2006, 874.



Bei der Art der Veränderung werden sechs wesentliche Ausprägungen berücksichtigt. Wird eine Straße, eine Gasse, ein Platz oder ähnliches frei und besitzt keinen Namen, der amtlich fixiert ist, wird eine Neubenennung notwendig. Gleiches gilt für einen Straßenabschnitt, der entlang einer bereits bestehenden Straße frei wird, beispielsweise durch den Abriss eines Gebäudes: auch in diesem Fall handelt es sich um eine Neubenennung.

Die Umbenennungen sind eine andere Eigenschaft zur Kodierung. Eine Umbenennung ist dann geschehen, wenn zuvor bereits ein Name amtlich vorhanden war, der deutlich verändert wurde. Es liegt im Hinblick auf die vorliegende Untersuchung auch dann eine Umbenennung vor, wenn nur ein Teil einer benannten Straße einen anderen Namen erhält. Diese Teilumbenennung bedeutet hier gleichfalls eine Umbenennung.

Die Modifizierungen von Straßennamen umfassen vor allem – im Hinblick auf den nicht-generischen Namensteil – partielle Veränderungen am Namen. Das heißt,

wenn eine Straße ein unbestimmtes Anthroponym trägt und dieser Name beispielsweise um einen Vor- oder Nachnamen, akademische Titel oder Adelstitel ergänzt wird, wird ein Name modifiziert.

Im Fall der Eigenschaften geerbt und gewachsen existiert im vorliegenden Text von Bering et. al. eine relative Unklarheit. Zum einen wird anhand von Beispielen gewachsen immer wieder auf die Gemeinden an sich bezogen, die als lange unabhängig und spät eingemeindet, einen Korpus von Straßennamen aufweisen, der sich im Hinblick auf die Heterogenität der Ebene B von anderen Kommunen zu unterscheiden scheint, jedoch bleibt eine genaue Definition aus. Daher wird für die vorliegende Analyse der Begriff gewachsen als die amtliche Benennung einer Straße oder eines Platzes nach einem in der Bevölkerung verbreiteten Flurnamen verstanden. Das vorliegende Quellenmaterial gibt dazu Anlass, da punktuell auf solche Flurnamen verwiesen wird, wenn Neubenennungen vorkommen. Um eine durch Baumaßnahmen notwendig gewordene Neubenennung von jenen zu unterscheiden, die einen bereits vorhandenen inoffiziellen Namen fixieren, ist es sinnvoll, diese Eigenschaft – auf diese Weise verstanden – beizubehalten. Demgegenüber bleibt die Eigenschaft geerbt unklar und auch im vorhandenen Material gibt es keinen Anhaltspunkt, diese Kategorie aufgrund eines konkreten Verweises einer „Vererbung“ eines Namens zu übernehmen.

Aufgrund von Umbenennungen ist auch mit dem Wegfallen von Namen zu rechnen. Wegfallen bedeutet grundsätzlich, wenn ein Straßenname aus der Namenslandschaft verschwindet. Das kann durch eine Auflassung von Straßen geschehen, da der Boden vor Ort zur Bebauung freigegeben wurde oder es wegen einer Umbenennung geschieht. Dabei ist zu betonen, dass es sich um den Namen einer konkreten Straße handelt und nicht um den Namen generell.

Analog zu einer amtlichen Festschreibung eines *gewachsenen* Namens als besonderer Form der Neubenennung werden Namen, die rückbenannt wurden ebenso geführt. Hierbei handelt es sich abermals um eine besondere Form der Namensveränderung. Konkret ist das ein Sonderfall der Umbenennung. In einem solchen Fall soll der zu verändernde Name, nicht nur durch einen neuen ersetzt, sondern aus einer besonderen Form der politischen Opposition der Amtsträger zum vorhandenen Namen werden – gleichsam restaurierend und in starker

Ablehnung gegen über dem Neuen[512] – der Name wieder eingeführt, der vor dem zu verändernden Namen bereits vorhanden war.

Verändert wurden die Eigenschaften der Kategorie Art der Namensveränderung im Hinblick auf Bering et al. insofern als, dass aufgrund keiner stattgefundenen Stadterweiterungen im Betrachtungszeitraum, die Umbenennungen durch Stadterweiterung ausgespart werden.

Ob ein Name Teil eines Clusters ist, zeigt sich daran, ob seitens der städtischen Behörden die erklärte und realisierte Intention vorlag, Namen eines bestimmten Themenbereichs im Hinblick auf ein Narrativ zusammenhängend in einem konkreten Siedlungsgebiet einzuführen. Da diese Kategorie im Hinblick auf die vorliegenden Daten Auskunft über konkrete Topoi der Straßennamenlandschaft gibt, wird diese Kategorie von Bering et al. übernommen. Werden Straßennamen mit gleichen Bezügen oder Bedeutungen eingeführt ohne aber in den Dokumenten eine erklärte Intention für einen Themencluster zu finden, werden die Namen entsprechend der Bezüge oder Bedeutungen gruppiert betrachtet.

Die letzte Kategorie, die vom vorliegenden Konzept der Analyseeinheit Basisinformation übernommen wird, ist der Zentralitätsfaktor. Allerdings wird sie zu einer Kategorie des bedeutungsvollen Ortes modifiziert. Denn während Bering et al. für den Zentralitätsfaktor eine Stadt in verschiedene konzentrische, vom Zentrum entfernende, Schichten aufteilen, in denen eine Straße in ihrem Abstand vom Zentrum der Stadt lokalisierbar wird [513] , umfasst das Konzept eines bedeutungsvollen Ortes eher die Möglichkeit, besonders im Fall des aus mehreren Städten zusammengeschlossenen Budapests, Straßen nahe machtvoller Orte zu lokalisieren, ohne ein Zentrum in einer Stadt festlegen zu müssen, das den Gegebenheiten nicht ausreichend gerecht wird. Diese Kategorie orientiert sich am Konzept der power-filled sites von Owen J. Dwyer und Derek H. Aldermann. Der Begriff meint dabei vor allem, dass Orte, die aufgrund verschiedener Merkmale viel eher dazu einladen, politische Umbrüche den Menschen zu kommunizieren als andere. Das Ziel der Umbenennungen an diesen Orten ist das gleiche, wie wenn viele Straßen den gleichen Namen erhalten: die Erweiterung der Reichweite von

512 Gerő, András: Public Space in Budapest. The History of Kossuth Square; übersetzt aus dem Ungarischen ins Englische von DeKornfeld Helen / DeKornfeld Thomas J., New York, 2009, S. 4.

513 Vgl.: Bering / Großsteinbeck / Werner, Wegbeschreibungen, S. 151.

Straße(n) als konkrete Kommunikationsform des kollektiven Gedächtnisses. Das, was erinnert werden soll, soll möglichst viele Menschen erreichen. Beim Konzept der power-filled sites steht dabei im Vordergrund, dass politische, ökonomische oder andersartige Organisationen oder Institutionen mit großem Einfluss auf die Gesellschaft an der Straße oder dem Platz anliegen. Entsprechend spielt bei der Analyse vor allem die Lage einer Straße in unmittelbarer Nähe zu einem bedeuteten Gebäude die ausschlaggebende Rolle.[514]

Letzte Ergänzung erfährt das Raster von Bering et al. auf eigenen Hinweis. In ihrem Beitrag sprechen sie von einem Wirkungskoeffizienten und weisen darauf hin, dass Straßennamen, die gleichzeitig Namen für Haltestellen des Öffentlichen Personennahverkehrs sind, in ihrer Reichweite der Kommunikation gegenüber anderen Straßen eine Sonderrolle einnehmen. Da es hier in der Arbeit nicht möglich ist, einen solchen Koeffizienten zu entwickeln, allerdings die Bedeutung beispielsweise einer Straßenbahnhaltestelle für einen größeren Kreis von Menschen nicht vernachlässigt werden sollte, findet dieses Kriterium damit Eingang in die Analyse, als Kategorie Öffentlicher Personennahverkehr.[515]

Keine Berücksichtigung finden die Kategorien Siedlung und Synchrone Nachweise. Zunächst zur Siedlung: Hierbei galt es, Siedlungstypen ins Verhältnis mit Mustern von Straßenbenennungen zu setzen. Da in der vorliegenden Analyse nur Veränderungen von Namen betrachtet werden und dies im ganzen Stadtgebiet der Fallstudien geschieht, wäre die mit der Kategorie intendierte Arbeit nicht zielführend für das Interesse der Arbeit.[516] Gleiches gilt für die Synchronen Nachweise. Mit ihnen ist gemeint, ob ein bestimmter Name zu einem bestimmten Zeitpunkt vorhanden ist oder nicht, um auf diese Weise „mentalitätsgeschichtliche Profile […] allgemeinhistorisch relevanter Epochen“ zu modellieren. Dies ist vor allem bei Studien mit einem langen Betrachtungszeitraum spannend. Im vorliegenden Fall jedoch wird eine solche „allgemeinhistorisch relevante Epoche“, die Zwischenkriegszeit nämlich, an sich betrachtet und etwaige Brüche in ihr durch die Bezugs- sowie die Bedeutungsanalyse herausgearbeitet.[517]

514 Dwyer / Aldermann, Memorial landscapes, S 168.

515 Vgl.: Bering / Großsteinbeck / Werner, Wegbeschreibungen, S. 163, Anm. 93.

516 Vgl.: Bering / Großsteinbeck / Werner, Wegbeschreibungen, S. 150, Anm. 70.

517 Vgl.: Bering / Großsteinbeck / Werner, Wegbeschreibungen, S. 151.

1.2 Die „Bezugsanalyse“ von Straßennamenveränderungen

Die Analyseeinheit der Bezugsanalyse, wie sie Bering et al. im Anschluss an die Basisinformationen präsentieren, wird für die vorliegende Analyse deutlich reduziert, da besonders die politischen Spannungen im Vordergrund der Analyse stehen.

Von besonderem Interesse ist und bleibt die Kategorie des geographischen Bezugs. Das Datenmaterial legt hierbei nahe, dass konkrete Aussagen im Hinblick auf diese Bezugskategorie möglich sind. Dabei ist es allerdings so, dass entgegen der vorhandenen Unterkategorien, die Bering et al. bei den Kategorieeigenschaften europäisch und national kreierten, in der vorliegenden Analyse keine weitere Unterkategorie verwendet wird. Lokal wird in der vorliegenden Analyse die Bezirksebene beider Städte meinen. Der Grund hierfür liegt in den jeweiligen Größen der Städte. Der Regionale Bezug wird somit im Hinblick auf die jeweilige Gesamtstadt bezogen. Die Eigenschaft, die Bering et al. als nationalen geographischen Bezug bezeichnen, wird in der vorliegenden Arbeit als staatlich geographischer Bezug bezeichnet. Der Grund für diesen Austausch eines Wortes liegt vor allem in der territorialen Entwicklung des Königreichs Ungarns und der Republik Deutsch-Österreich. Beide Staaten verloren nach dem Ersten Weltkrieg erhebliche Teile ihrer vormaligen Staatsgebiete, die aber teilweise – trotz der völkerrechtlich festgelegten Veränderung – durch Teile der jeweiligen Gesellschaft als national ihnen zugehörig definiert wurden[518]. Damit diesbezüglich keine Missverständnisse entstehen, wird daher an dieser Stelle vom Wort national Abstand genommen. Als selbsterklärende Begriffe werden die Eigenschaft europäisch und außereuropäisch übernommen. Hierbei dient diese gesamte Kategorie vor allem der Frage, ob der Straßennamenkorpus „einer Stadt eher als ‚innengeleitet‘ oder vielmehr als ‚außengeleitet‘ gelten muß“[519]. Außengeleitete Bezüge offenbaren somit vor allem im Hinblick auf das Bilden eines kollektiven Gedächtnisses an, dass externe Bezüge bedeutender sind als jene Anknüpfungspunkte, die das eigene Gemeinwesen hervorgebracht hat und *vice*

518 Vgl.: hierzu das Kapitel V. 3: Budapest und Wien in der Zwischenkriegszeit.

519 Bering / Großsteinbeck / Werner, Wegbeschreibungen, S. 152.

versa.[520]

Entsprechend der folgenden Abbildung 6: Kategorien und jeweilige Eigenschaften der Analyseeinheit „Bezugsanalyse“ bleibt auch der politische Bezug grundsätzlich erhalten. Ziel dieser Kategorie soll es sein, die politischen Brüche innerhalb des Betrachtungszeitraums auf einer allgemeineren Ebene zu beobachten. Dabei bleibt die Unterkategorie des lokalpolitischen Bezuges zunächst unberücksichtigt. Grund dafür ist eine im Kategorienraster von Bering et al. vorhandene Doppelung, eines Namens von lokalpolitischem Bezug sowie der Bedeutung eines Anthroponyms in der Bedeutungsanalyse mit der politischen Funktion Lokalpolitiker.

Die Unterkategorie der Kategorie Politischer Bezug, der politisch-geographische Bezug eines Namens, bleibt in einer modifizierten Form erhalten. Während sich beim Kategorienraster von Bering et al. zeigt, dass der Fokus der Forschergruppe vor allem auf Westdeutschland und konkret auf Köln lag, werden für eine Analyse der Veränderungen von Straßennamen in Budapest und Wien, zwei der politischen Zentren der ehemaligen k.u.k. Monarchie, die Kategorieeigenschaften fränkisch, römisch, germanisch, französisch und preußisch nicht benötigt. Da durch diese Kategorie Namen nicht nur in ihrem geographischen Bezug eingeordnet werden, sondern die im Namen inkludierten Raumbezüge auch eine politische Bedeutung haben, werden die Eigenschaften besonders im Hinblick auf den vorhandenen Datensatz wie folgt gestaltet: deutsch, italienisch, österreichisch, rumänisch, serbo-kroato-slowenisch, tschechoslowakisch, ukrainisch und ungarisch. Mit diesen Kategorien werden all jene Namen kodiert, die einen Bezug zu einem Ort oder einem Territorium haben, dass nach dem Ende des Ersten Weltkrieges und durch die Pariser Vorortverträge Teil einer der durch die Adjektive beschriebenen Staaten wurde. So steht deutsch für das Deutsche Reich[521], italienisch für das Königreich Italien[522], österreichisch für die Republik Deutsch-Österreich[523],

520 Vgl.: Bering / Großsteinbeck / Werner, Wegbeschreibungen, S. 152; Bering, Gedächtnis, S. 221.

521 Die Weimarer Republik wurde am 11. August 1919 als Deutsches Reich gegründet. Die Republik wurde bereits am 9. November 1918 ausgerufen.

522 Offizielles Endonym: Regno d’Italia.

523 Die deutschösterreichische Republik wurde am 12. November 1918 durch das Gesetz über die Staats- und Regierungsform von Deutschösterreich gegründet. Jedoch konstituierte sich das Staatsgebiet 1919 nicht wie die konstituierende Nationalversammlung. Während diese Versammlung noch Abgeordnete aus allen deutschsprachigen Teilen der ehemaligen Kronländer umfasste, umfasste das Staatsgebiet von 1919 viele Teile dieser Gebiete nicht mehr. Außerdem wurde der Staatsname verändert in Republik Österreich.

rumänisch für das Königreich Rumänien[524], serbo-kroato-slowenisch für das Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen[525], tschechoslowakisch meint die Tschechoslowakische Republik[526], ukrainisch bezieht sich auf das Territorium der Ukrainischen Sozialistischen Sowjetrepublik[527] und ungarisch auf das Königreich Ungarn. Dabei sind diese Staaten zuweilen erst mit den Vorortverträgen entstanden und ausgerufen, andere wiederum erst einige Monate später. Dennoch beschreiben diese Staatsnamen zumindest für den größten Teil des Betrachtungszeitraums die jeweiligen Staaten. Hinzu kommt als Sammeleigenschaft andere.

Die Kategorien: politische Orientierung und der ideologische Bezug werden stark modifiziert und angepasst. Nachdem die Eigenschaften, die Bering et al. diesen beiden Kategorien jeweils zuweisen, primär für einen besonders langen Analysezeitrum durchaus verwendbar sind, spielen verschiedene Eigenschaften für die Zwischenkriegszeit nur eine untergeordnete Rolle. Dies liegt vor allem daran, dass in dem kurzen Untersuchungszeitraum die dominierenden politischen Akteure äußerst wenige sind und somit eine derart feine Aufgliederung unnötig zu sein scheint. Ausgehend davon, dass Straßennamen „unmittelbar auf einen Akt politischer Willensbildung verweisen“ [528], der seine konkret Form in einem Beschluss für einen Namen findet und dem klare (partei)politische Mehrheiten in einem verantwortlichen Gremium voraus gehen, können beide Kategorien deutlich verkleinert beziehungsweise verändert werden. Statt also des Vorschlages von

524 Offizielles Endonym: Regatul României.

525 Offizielles Endonym: serbokroatisch: Kraljevina Srba, Hrvata i Slovenaca, serbisch-kyrillisch: Краљевина Срба, Хрвата и Словенаца, slowenisch: Kraljevina Srbov, Hrvatov in Slovencev. Zunächst wurde im herbst 1918 in einem nördlich gelegenen Teilterritorium der Staat der Slowenen, Kroaten und Serben gegründet. (Endonyme waren serbokroatisch: Država Slovenaca, Hrvata i Srba und slowenisch: Država Slovencev, Hrvatov in Srbov). Erst in der Folgezeit formierte sich das Königreich. Zwischen Dezember 1918 und Juni 1921 hatte es den Namen Kraljevstvo Srba, Hrvata i Slovenaca, i.e. Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen inne, bis es ab Juni 1921 den hier verwendeten Namen trug. 1929 wurde es zum Kraljevina Jugoslavija, dem Königreich Jugoslawien.

526 Offizielles Endonym: Československá Republika. Ausgerufen wurde der Staat als Republik am 28. Oktober 1918.

527 Offizielle Endonyme waren ukrainisch: Українська Радянська Соціалістична Республіка, Ukraïns'ka Radyans'ka Sotsialistichna Respublika, russisch: Украинская Советская Социалистическая Республика, Ukrainskaâ Sovetskaâ Socialističeskaâ Respublika. Der Staat wurde am 6. Januar 1919 (nach gregorianischem Kalender, am 24. Dezember 1918 nach julianischem Kalender) ausgerufen. Am 30. Dezember (gem. gregorianischem Kalender) wurde der Staat dann Teil der an diesem Tag neugegründeten Союз Советских Социалистических Республик, Soûz Sovetskih Socialističeskih Respublik (deutsches Exonym: Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, UdSSR). Weitere Endonyme der UdSSR existierten im Laufe der Zeit bis zu ihrem Verfall in allen regionalen Amtssprachen.

528 Uhl, Bollwerk, S. 47.

Bering et al. wird in der vorliegenden Analyse zum einen der Bezug im Hinblick das institutionelle Gefüge, der Polity/Politie betrachtet. Dies findet sich entsprechend in der Kategorie Politisch-Institutioneller Bezug[529]. Diese Kategorie ist ebenso eine Unterkategorie der Bezugsanalysekategorie Politischer Bezug wie die zweite neue Kategorie: Politisch-inhaltlicher Bezug.

Die Ausprägungen der Kategorie Politisch-Institutioneller Bezug sind: monarchisch, demokratisch und sozialistisch sowie ohne, diese sind gleichzeitig die inhaltlich relevanten Eigenschaften dieser Kategorie. Damit soll eine Möglichkeit geschaffen werden, Straßennamen auf ihren Bezug im Hinblick auf einen möglichen institutionellen Rahmen der Gesellschaft zu analysieren. Dabei legen die Datensätze für beide Fallbeispiele nahe, dass monarchisch und demokratisch für die vorhandenen politischen Kräfte relevant sind. Um die Tendenzen der in der Zwischenkriegszeit zeitgenössischen Deutung einiger Namen der ungarischen Räterepublik erfassen zu können, ist die Eigenschaft sozialistisch vorgesehen. Zuletzt bleibt bei unklar zu zuordnenden Namen die Möglichkeit, sie als ohne entsprechenden Bezug oder mit einem anderen als den genannten Bezügen zu kodieren.

Gleiches gilt für die Ausprägungen der Unterkategorie Politisch-Inhaltlicher Bezug. Die Eigenschaften dieser Unterkategorie werden an die, in den Fallbeispielen, dominierenden politischen Ideologien angelehnt. Das heißt, es werden die Eigenschaften sozialdemokratisch/ sozialreformerisch sowie christlichsozial/ Einheitspartei unterschieden. Das ist eine recht große Vereinfachung gegenüber dem durchaus vielfältigen und sich verändernden Parteiensystem der Zwischenkriegszeit beider Staaten. Doch diese hier gewählten politischen Gruppen zeichnen sich vor allem durch drei Dinge aus, zum einen sind sie relativ stabil, sie existieren trotz leichter inhaltlicher Transformationen die gesamte Zeit hinweg und zum zweiten haben sie jeweils ein ähnliches Pendant in beiden Städten. Darüber hinaus sind sie – drittens – in bedeutenden politischen Machtpositionen. Daher werden anderen Parteien außen vor gelassen. Zum Teil existieren sie nicht die ganze Zeit über oder verändern ihre inhaltliche Ausrichtung derart, dass sie beispielsweise vollkommen den Liberalismus ablegen, wie im Fall der

529 Vgl.: Politie; in: Schmidt, Manfred G.: Wörterbuch zur Politik; 3. Auflage; Stuttgart, 2012, S. 604.

Großdeutschen Volkspartei [530], außerdem ist es bei anderen Parteien noch schwieriger, sie programmatisch als ähnlich einzustufen und letztlich befinden sie sich kaum in politischen Machtpositionen, um die Straßennamenlandschaft zu gestalten. Dies sind – wie im Kapitel V erklärt wird – die bedeutenden politischen Akteure, die sich nach dem Ersten Weltkrieg in Budapest sowie in Wien einander gegenüber stehen. Entsprechend determinieren diese Parteien den inhaltlichen Charakter bei Entscheidungen. [531] Damit – der durchaus programmatisch vorhanden Unterschiede zum Trotz – eine Vergleichbarkeit zwischen den Werten Budapests und Ungarns hergestellt ist, sind die Eigenschaften doppelt bezeichnet. Das heißt sozialdemokratisch als österreichische Ausprägung und sozialreformerisch als ungarische Ausprägung ebenso wie christlichsozial und Einheitspartei werden jeweils in einer Ausprägung verbunden. Das heißt aber keinesfalls eine Gleichsetzung der Parteien, die hinter diesen Bezeichnungen stehen, was die inhaltlichen Profile der Parteien, wie in Kapitel V erläutert, teilweise ausschließen.

Die folgenden Kategorien der Bezugsanalyse des Kategorienraster von Bering et al. werden unverändert übernommen: sozialer Bezug, kultureller Bezug, historische Tiefe und Naturbezug. Das Datenmaterial legt diese Einteilung deswegen nahe, weil diese Bezüge oftmals Teil einer Begründung für Benennungen der Straßennamen sind. Der militärische und religiöse Bezug spielen im betreffenden Zeitraum keine explizite Rolle als Begründung für eine Namensveränderung, anders als nach 1933 [532]. Der soziale und der kulturelle Bezug allerdings werden dadurch definiert, dass der entsprechende Name mit sozialpolitischer sowie karitativer Arbeit sozialen Bezug verdeutlichen und im Sinne literarischer, dramaturgischer oder musikalischer Hinsicht kulturelle Bezüge gesehen werden. Die historische Tiefe meint, dass ein Name innerhalb der historischen Bewertung in eine bestimmte Zeit eingeordnet werden kann. Das Datenmaterial legt hier nahe diese Kategorie weiterhin aufrecht zu erhalten und zu erweitern. Die vorhandenen Eigenschaften Neuzeit, Mittelalter und Antike sind

530 Vgl.: Kriechbaumer, Robert: Die großen Erzählungen der Politik. Politische Kultur und Parteien in Österreich von der Jahrhundertwende bis 1945; Wien, Köln, Weimar, 2001, S. 497-487.

531 Vgl.: Policy; in: Schmidt, Manfred G.: Wörterbuch zur Politik; 3. Auflage; Stuttgart, 2012, S. 601-602.

532 Vgl.: Nemec, Birgit: Straßenumbenennungen als Medien von Vergangenheitspolitik; in: Rathkolb et al., Forschungsprojektendbericht, S. 25-44, hier S. 34-39.

zuweilen irrelevant oder zu grob, um die historische Tiefe von den untersuchten Fällen sinnvoll zu erfassen. Daher wird eine Aufteilung der Eigenschaften vorgenommen, die so auch für die Analyse verwendet werden. Die Eigenschaft Mittelalter erfährt eine Aufgliederung in drei Teile: Spätes Frühmittelalter (9.-11. Jh.), Hochmittelalter (11.-13. Jh.), Spätmittelalter (14.-15.). Die Neuere Geschichte wird ähnlich aufgegliedert beginnend mit der Frühen Neuzeit (16. Jh.) und daran anschließend mit dem 17.-18. Jahrhundert als Neuere Geschichte sowie die Neueste Geschichte (19. Jh.) und Gegenwart. Diese Ausprägungen der Kategorie basieren damit auf einer konventionellen geschichtswissenschaftlichen Periodisierung. Da die Zeitgeschichte unabhängig von der Diskussion, ob sie 1917 oder 1945 beginnt, in der Zwischenkriegszeit aufgrund ihres Gegenwartscharakters nicht relevant ist, wird stattdessen Gegenwart als Eigenschaft eingeführt. Nicht übernommen werden unterdessen die Unterkategorien der historischen Tiefe, die auf konkrete Jahreszahlen verweisen oder das biographische Mittel. Die Jahreszahlen selbst würden zu einer äußerst detaillierten Kodierung führen, die im Hinblick auf die Zwischenkriegszeit nicht zu relevanten Ergebnissen führen würden.

Gleiches gilt für das biographische Mittel, eine Kennzahl, dessen Berechnungsmethode [533] zwar nach Aussage von Bering et al. erfolgreich verwendet werden kann, um die „Hoch-Zeit“ des Wirkens einer Person zu bestimmen, aber für die vorliegende Arbeit ist das weniger von Gewinn. Hinzukommt, dass all diese drei Kategorien mit ihrem Verweis auf konkrete Jahreszahlen und Ereignisse auch in der qualitativen Analyse erfasst werden können, somit fällt die Entscheidung zugunsten dieser Methode.[534] Der Naturbezug bleibt deswegen in seiner vorhandenen Form erhalten, da er es erlaubt die Namen der Straßennamenlandschaft mit einem expliziten Natur-Bezug zu erfassen. Aus diesen Kategorisierungen ergibt sich das in Abbildung 6 dargestellte Kategorienraster für die Analyseeinheit „Bezugsanalyse“.

533 Vgl.: Bering / Großsteinbeck / Werner, Wegbeschreibungen, S. 153, Anm. 82.

534 Vgl.: Bering / Großsteinbeck / Werner, Wegbeschreibungen, S. 153.

Abbildung 6: Kategorien und jeweilige Eigenschaften der Analyseeinheit „Bezugsanalyse“.

Quelle: inhaltlich angelehnt an Bering et al., Wegbeschreibungen, 149; Zur Abbildungsart vgl.: Raithel, Jürgen: Quantitative Forschung. Ein Praxisbuch; 2. Auflage, Wiesbaden, 2008, 86.
„➥“ = Unterkategorie der darüber linksbündig angeordneten Analysekategorie.

Kategorie	**Mögliche Eigenschaften**	
Geographischer Bezug	OhneLokal Regional Staatlich Europäisch Außereuropäisch	
Politischer Bezug	Ja	Nein
➥Politisch-geographischer Bezug	Ohne Deutsch Italienisch Österreichisch Rumänisch Serbo-kroato-slowenisch Tschechoslowakisch Ukrainisch Ungarisch Anderer	X
➥Politisch-Inhaltlicher Bezug	Ohne Christlichsozial/ Einheitspartei Sozialdemokratisch/ Sozialreformerisch Anderer	X
➥Politisch-Institutioneller Bezug	Ohne Monarchistisch Demokratisch Sozialistisch Anderer	X
Sozialer Bezug	Ja Nein	
Kultureller Bezug	Ja Nein	
Natürlicher Bezug	Ja Nein	
Historische Tiefe	Ohne Spätes Frühmittelalter (9.-11. Jh.) Hochmittelalter (11.-13. Jh.) Spätmittelalter (14.-15.) Frühe Neuzeit (16. Jh.) Neuere Geschichte (17.-18. Jh.) Neueste Geschichte (19. Jh.) Gegenwart	

1.3 Die „Bedeutungsanalyse“ der Straßennamenveränderungen

Die letzte Analyseeinheit erlaubt eine noch stärkere Differenzierung in unterschiedliche Kategorien. Im Folgenden werden daher Veränderungen erläutert und es wird begründet, wieso Kategorien gegebenenfalls nicht übernommen sondern modifiziert werden. Dafür gilt es besonders den Fokus der Arbeit zu berücksichtigen, dass den erinnernden Charakter von für Straßennamen verwendeten Bezeichnungen zu erheben versucht. Auf diese Weise soll bei Straßennamen sowohl ihr konnotativer wie denotativer Gehalt berücksichtigen werden.

Abbildung 7: Bedeutungskategorie und die Eigenschaften des Nomen Appellativum sowie des Nomen Proprium.

Quelle: inhaltlich angelehnt an Bering et al., Wegbeschreibungen, 149; Zur Abbildungsart vgl.: Raithel, Jürgen: Quantitative Forschung. Ein Praxisbuch; 2. Auflage, Wiesbaden, 2008, 86.
„➥“ = Unterkategorie der darüber linksbündig angeordneten Analysekategorie.

Kategorie	**Mögliche Eigenschaften**		
Bedeutungskategorie	Proprium	Appellativum	unklar
➥Appellativum	X	Lokale Verortung Allgemeiner Begriff	X
➥Proprium	Real Fiktiv	X	X

Da auch mittels Begrifflichkeiten erinnert werden kann, bleibt die Bedeutungskategorie als eine Fundamentalkategorie erhalten, denn hier werden alle Namen in ihrer Bedeutung dem einen oder anderen Typus von *Nomen* zugeordnet, sofern das möglich ist, wie in der Abbildung 7: Bedeutungskategorie und die Eigenschaften des *Nomen Appellativum* sowie des *Nomen Proprium*.

Alle Straßennamen werden entsprechend der Bedeutungskategorie mit jeweils einer Eigenschaft versehen, die einer der beiden Typen von *Nomina* entspricht (*Nomen Proprium*, *Nomen Appellativum*) eingeteilt. Die beiden Typen der *Nomina*, die auf Ebene der Bedeutungskategorie noch Eigenschaften sind, werden dann wiederum zu eigenen Unterkategorien und als solche erneut unterteilt. Die Eigenschaften, die ein *Nomen Appellativum* auf dieser untergeordneten Ebene haben kann, können kein Nomen Proprium besitzen, wie in der Abbildung 7 durch das „X“ dargestellt ist.

Die Appellativa werden demnach in der vorliegenden Arbeit nur noch als jene lokaler Verortung oder allgemeine Begriffe gekennzeichnet. Lokale Verortung meint vor allem Worte, die je zu einem Straßennamen wurden und am Ort der Straße beispielsweise rein deskriptiv den Weg beschreiben. Darunter fallen bei Bering et al. Referenzen auf die Natur, die Infrastruktur oder Bauwerke, diese Binnendifferenzierung bleibt hier wegen oben genannter Gründe aus. Allgemeine Begriffe umfassen vor allem Herrschertitel, Institutionen oder Berufsgruppen, diese drei Eigenschaften bleiben ebenfalls unberücksichtigt und werden – sofern sich ein besonderer Fall herauskristallisiert in die qualitative Analyse einfließen. Die Nomina propria werden jeweils mit der Eigenschaft fiktiv oder real gekennzeichnet. Eine weitere Einteilung wird weiter unten nur noch mit den realen *Nomina propria* durchgeführt. Die fiktiven, i.e. mythologischen, religiösen, literarischen oder sonstige, *Nomina propria*, spielen im Hinblick auf das Datenmaterial sowie die Fragestellung keine Rolle in der Analyse.

Damit werden alle weiteren Kategorien sich ausschließlich auf reale *Nomina propria* konzentrieren, wobei *real* sich auf das Referenzobjekt bezieht. Von besonderem Interesse sind dabei Personennamen (*Anthroponyme*), Ortsnamen (*Toponyme*) und Ereignisnamen (*Praxo*- sowie *Phänonyme*). Diese Namenstypen sind auch die Eigenschaften der Kategorie der *realen Eigennamen* wie sie im Kategorienraster von Bering et al. – neben einem weiteren – vorgeschlagen werden. Dabei wird in der vorliegenden Analyse allerdings davon abgesehen, *Praxonyme* und *Phänonyme* separat zu betrachten, sondern stattdessen werden diese Eigennamentypen, die verschiedene Formen von Ereignissen bezeichnen[535], in einer Gruppe summiert. *Ergonyme*, als Namen von Institutionen und/ oder durch Menschen geschaffene Produkte bleiben unberücksichtigt, da das Datenmaterial derartige Namen nicht beinhaltet. Die Ergänzung von Abbildung 7 zu Abbildung 8: Bedeutungskategorie und die Eigenschaften des *Nomen Appellativum* sowie des *Nomen Proprium* ergänzt um die Analyseigenschaften der realen *Nomen Proprium* zeigt, wie sich diese Unterteilung im Hinblick auf die Analyse niederschlägt.

535 Vgl.: Nübling, Damaris: Zeitnamen; in: Brendler, Andrea / Brendler, Silvio (Hrsg.): Namenarten und ihre Erforschung. Ein Lehrbuch für das Studium der Onomastik. Anlässlich des 70. Geburtstags von Karlheinz Engst; Hamburg, 2004, S. 835-856, hier S. 838-839; Vasil'eva, Natalija: Die Terminologie der Onomastik, ihre Koordinierung und lexikographische Darstellung. Kurze Problemdarstellung; in: Namenkundliche Informationen, Nr. 99/100, 2011, S. 31-46, hier S. 42.

Abbildung 8: Bedeutungskategorie und die Eigenschaften des Nomen Appellativum sowie des Nomen Proprium ergänzt um die Analyseigenschaften der realen Nomen Proprium.

Quelle: inhaltlich angelehnt an Bering et al., Wegbeschreibungen, 149; Zur Abbildungsart vgl.: Raithel, Jürgen: Quantitative Forschung. Ein Praxisbuch; 2. Auflage, Wiesbaden, 2008, 86.
„➥" = Unterkategorie der darüber linksbündig angeordneten Analysekategorie.

Kategorie	**Mögliche Eigenschaften**			
Bedeutungskategorie	Proprium		Appellativum	unklar
➥Appellativum	X		Lokale Verortung Allgemeiner Begriff	X
➥Proprium	Real	Fiktiv	X	X
➥Real	Anthroponym Toponym Praxo-/ Phänonym Sonstige	X	X	X

Um dem Differenzierungsgrad, der im weiteren Kategorienraster im Bereich der Bedeutungsanalyse von Bering et al. vorgenommen wird, aber zugleich den konkreten Datensätzen dieser Arbeit sowie dem Erkenntnisinteresse im Hinblick auf die politischen Brüche gerecht zu werden, werden ausschließlich die *Anthroponyme* und die *Toponyme* weiter untergliedert.

1.3.1 Anthroponyme in der Bedeutungsanalyse

Bei den *Anthroponymen* werden im Ausgangsraster von Bering et al. zwei Arten unterschieden: *kollektive* und *individuelle* Anthroponymen. Nachdem bereits im vorherigen Kapitel theoretisch darauf hingewiesen wurde, dass vor allem *Helden* Eingang in die Straßennamenlandschaft finden[536], spielt diese Einteilung eine herausragende Rolle. Dabei wird es nicht um die Frage gehen, was ein Held/ eine Heldin genau ist oder warum eine Person eine Heldin/ ein Held sein soll, sondern vielmehr wird diese theoretische Annahme als Ausgangspunkt genommen, um zu zeigen, welche Individuen erinnert wurden und aus welchen gesellschaftlichen Bereichen sie kommen. Konkret wird nach der *gesellschaftlichen Funktion* eines Individuums gefragt, die dazu führt, dass es öffentlich und offiziell erinnert wird. Entsprechend ergeben sich für eine Beschreibung der Unterkategorie der individuellen Anthroponyme folgende allgemeine Kategorien, die bei diesen Namenstypen in der Analyse berücksichtigt werden.

536 Vgl.: Azaryahu, purge of Bismarck and Saladin, S. 804.

Der Namensteil, bei Bering et al. Namentyp, ermöglicht eine Messung der Konkretheit der Erinnerung im Hinblick auf Einzelpersonen sowie einen Vergleich mit der Modifikation als Art der Namensveränderung. Inwiefern Titel Teil eines Straßennamen sind, zeigt, wie die politischen Verantwortungsträger mit dieser Art der gesellschaftlichen Unterscheidung von Personen umgehen. Dabei ist zunächst nicht wichtig, ob es sich beispielsweise um Adels- oder akademische Titel handelt. Diese beschreiben oftmals dynastisch-politische Funktionen oder wissenschaftliche Qualifikationen und werden daher in der funktionalen Analyse als solche berücksichtigt.

Das Geschlecht soll als Unterkategorie ebenso erfasst werden, dabei beschränkt sich die hiesige Analyse auf männlich, weiblich und geschlechtlos. Denkbare andere Eigenschaften der Geschlechterkategorie werden aufgrund der vorhandenen Datensätze nicht aufgenommen. Die Eigenschaft geschlechtslos steht im Zusammenhang mit den kollektiven *Anthroponymen* und wird später knapp erläutert. Der Wirkungsbereich gibt Auskunft über das räumliche Maß der Reichweite eines Menschen und seiner Tätigkeit. Das Merkmal Lokal beschränkt sich auf einen Bezirk, während regional ein stadtweites Wirken meint und überregional über die Stadtgrenzen hinausgeht.

Die nationale Zuordenbarkeit von Namen bezieht sich auf die Namensträger und wird von Bering et al. nicht vorgesehen. Grund dafür kann die Kategorie des politisch-geographischen Bezuges sein, die konkrete Regionalgesellschaften bereits aufgrund physisch-räumlicher Einordnung semantisch benennen könnte und so unterscheidbar macht[537]. Darüber hinaus will diese Kategorie keinesfalls die Nationalität der Namenspatinnen und Namenspaten Budapester und Wiener Straßennamen für eine konkrete Teilgesellschaft ausschließlich kollektivieren, sondern vielmehr die Frage beantworten, wie viele dieser Namen retrospektiv betrachtet transnational sind[538]. Im Vordergrund steht dabei die Annahme einer besonderen Pluralität innerhalb der k.u.k. Monarchie[539], die nicht nur auf einem

537 Vgl.: Luhmann, Gesellschaft, S. 1048.

538 Vgl.: Csáky, Mehrdeutigkeit, S. 11.

539 Vgl.: Brix, Emil: Pluralität. Die Erneuerung der Moderne; in: Wunberg, Gotthart / Binder, Dieter A. (Hrsg.): Pluralität. Eine interdisziplinäre Annäherung; Wien, Köln, Weimar, 1996, S. 273-296, hier S. 275.

Miteinander von verschiedenen Teilgesellschaften beruhte, sondern auf diese Weise kollektive wie individuelle Narrative mit einer hier zumindest Ansatzweise zu erfassenden Pluralität ausstattete. Lebensorte werden hier ebenso herangezogen wie die Herkunft eines Menschen. Daraus ergeben sich die Eigenschaften Eine, Zwei und Mehr sowie Unklar.

Die Funktion einer Person wird vielschichtig zu messen versucht. Abgesehen von unklaren Fällen, sind politische, militärische, ökonomische, kulturelle, religiöse, akademische, soziale und administrative Funktionen scheinbar selbsterklärende Eigenschaften. Allerdings gilt es diese dennoch voneinander abzugrenzen.

Am kritischsten scheint die politische Funktion, hier kann es besonders oft zur Notwendigkeit kommen, dass Doppelbeschreibungen eines Namens notwendig werden. Damit dies nicht geschieht, werden die einzelnen Namen so mit einer Eigenschaft beschrieben, dass die in Zwischenkriegszeit hervorstechende Funktion einer Person berücksichtigt wird. Bering et al. verweisen dazu auf ein Beispiel aus Köln. Hier zeigt sich, dass um 1900 auffallend viele Militärführer eine Widmung in der Straßennamenlandschaft erhielten, davon unberührt bleiben jedoch etwaige politische Tätigkeiten gleicher Personen in späterer Zeit, die allerdings zum Benennungszeitpunkt noch nicht bekannt gewesen sein konnten.[540] So werden alle Eigenschaften in der Weise zugeordnet, wie die offiziellen Begründungen Informationen über diese Namen enthalten. Militärische Funktionen heißt entsprechend im Militär aktiv gewesen zu sein, ökonomische Funktionen stehen in untrennbarer Verbindung zum Wirtschaftsleben während soziale Funktionen besonders die Fürsorge betreffen. Ähnlich verhält es sich mit religiösen Funktionen, die einhergehen können mit sozialem Engagement Pfarrer, Ordensmitglieder, Äbte, Bischöfe und andere Handlungsbereiche innerhalb religiöser Institutionen sind hier gemeint. Bering et al. nehmen für diese Funktionsgruppe eine Unterkategorisierung vor, die hier nicht übernommen wird, da diese Funktionsgruppe in einem so hohen Detailgrad nicht im Datensatz enthalten ist. Gleiches gilt für die administrativen Funktionen, die durch Verwaltung, Gericht, Bildungsinstitution, Kulturinstitution, Sportinstitution und die Sammeleigenschaften Organisation und Sonstige weiter differenziert wird. Auch

540 Vgl.: Bering / Großsteinbeck / Werner, Wegbeschreibungen, S. 158.

sie bleibt aus dem Grund undifferenziert, weil dieser hohe Detailgrad für den Datensatz nicht notwendig ist.

Diese detaillierteren Eigenschaften wirken als zu Grunde gelegter definitorischer Rahmen für die administrativen Funktionen. Analog wird mit den akademischen Funktionen umgegangen, die in einer weiteren Analysekategorie bei Bering et al. differenziert werden, hier jedoch als akademische Namensgruppe nicht weiter aufgeteilt werden. Dafür gibt es zwei Gründe, zum einen ist der Detailgrad nicht notwendig und zum anderen sind die Unterkategorien sowohl disziplinär wie funktional: Naturwissenschaft, Geisteswissenschaft, Jurist, Ökonom, Mediziner, Universalgelehrter, Pädagoge, Ingenieur. Für diese Analyse bleiben die Teilelemente lediglich als definitorischer Rahmen erhalten, grundlegend dabei muss aber die akademische Tätigkeit sein.

Lediglich die kulturellen und politischen Funktionen erhalten in nächster Stufe eine erneute Binnendifferenzierung und sollen daher hier nicht weiter umrissen. Dafür geben die Datensätze ebenso Anlass wie die Heterogenität dieser beiden Funktionsgruppen, die sich nicht auf einen Handlungsort wie die Universität oder die Verwaltungsarbeit beschränken lassen. Sonstige Funktionen werden wohl kaum vorhanden sein, dennoch ist die Kategorie *Sonstige* obligatorisch, um innerhalb der Kategorie alle Namen erfassen zu können.

Die Eigenschaft Erbauer scheint – es gibt bei Bering et al. keine explizite Definition – jene Person zu meinen, die unmittelbar an der Erbauung der Straße oder wesentlicher architektonischer Elemente an der entsprechenden Straße beteiligt war. Damit überschneidet sie sich partiell mit dem Architekten, der als kulturelle Funktion erfasst ist oder mit etwaigen Bauherren, die durch bürokratische oder politische Funktionen kodiert werden können. Aufgrund dieser terminologischen Problematik sowie der Irrelevanz in Bezug auf die Datensätze Budapests und Wiens bleibt diese Eigenschaft daher unberücksichtigt.

Abbildung 9: Die den individuellen realen Anthroponymen untergeordneten allgemeinen Analysekategorien und die jeweiligen Eigenschaften.

Quelle: inhaltlich angelehnt an Bering et al., Wegbeschreibungen, 149; Zur Abbildungsart vgl.: Raithel, Jürgen: Quantitative Forschung. Ein Praxisbuch; 2. Auflage, Wiesbaden, 2008, 86.

Kategorie	**Mögliche Eigenschaften**
Namensteil	Vollname Zuname Vorname sonstige
Titel	Ja Nein
Geschlecht	Männlich Weiblich Geschlechtslos
Wirkungsbereich	Unklar Lokal Regional Überregional
Nationale Zuordenbarkeit	Unklar Eine Zwei Mehr
Funktion	Unklar Politisch Militärisch Ökonomisch Kulturell Religiös Akademisch Sozial Administrativ Sonstige

Wie bereits oben beschrieben, werden die *politische* sowie die *kulturelle* Funktion nochmals in einer Binnendifferenzierung mit weiteren Eigenschaften konkretisiert (Abbildung 10: Binnendifferenzierung der übergeordneten Eigenschaften Funktion-Politisch und Funktion-Kulturell.). Dies geschieht auch bei Bering et al. im Kategorienraster. Die Autoren und die Autorin verwenden dafür eine sehr feine Aufgliederung bezüglich politischer Funktionen. Kaiser, König, Prinz, Fürst, Herzog, Graf, Präsident, Kanzler, Regierungsmitglied, Abgeordneter, Bürgermeister, Lokalpolitiker, Parteifunktionär, Politischer Aktivist, Gewerkschaftler und Diktator

stellen dabei ein sehr breites Spektrum an politischen Funktionen dar, die eine Straßennamenanalyse von langen Zeiträumen ermöglicht. Dies ist hier nicht das Ziel, daher sind einige Eigenschaften nicht von Nöten, gleichzeitig müssen weitere hinzugefügt oder gruppiert werden. Kaiserin/ Königin beziehungsweise Kaiser/ König bleiben als Eigenschaft erhalten und werden gruppiert. Das ergibt sich aus der Union dieser beiden Ämter innerhalb der k.u.k. Monarchie. Dabei bezieht sich die Eigenschaft des Kaisers/ der Kaiserin auf Wien, während die Funktion des Königs/ der Königin sich auf Budapest bezieht. Aufgrund der Fallstudien werden außerdem die Eigenschaften Thronfolger und Reichsverweser aufgenommen. Alle weiteren adelsbasierenden Eigenschaften werden als Politisch-dynastische Funktionen gruppiert.

Abbildung 10: Binnendifferenzierung der übergeordneten Eigenschaften Funktion-Politisch und Funktion-Kulturell.

Quelle: inhaltlich angelehnt an Bering et al., Wegbeschreibungen, 149; Zur Abbildungsart vgl.: Raithel, Jürgen: Quantitative Forschung. Ein Praxisbuch; 2. Auflage, Wiesbaden, 2008, 86.

Kategorie	**Mögliche Eigenschaften**
Politische Funktion	Kaiserin/ Königin; Kaiser/ König
	Thronfolger
	Reichsverweser
	Politisch-dynastisch
	Bundespräsident
	Regierungschef
	Regierungsmitglied
	Abgeordnete/ Abgeordneter
	Bürgermeister
	Lokalpolitiker/ Lokalpolitikerin
	Parteifunktionär/ Parteifunktionärin
	Gewerkschafter/ Gewerkschafterin
	Sonstige
Kulturelle Funktion	Autorinnen/ Autoren
	Künstlerin/ Künstler
	Architektin/ Architekt
	Sonstige

Die weiteren politischen Funktionen werden ebenfalls modifiziert. Präsident wird gemäß der Verfassung der Republik Österreich zu Bundespräsident. Trotz dass in Österreich ein Bundeskanzler existierte, wird Kanzler unter Rücksichtnahme des Königreichs Ungarn, wo die Regierung durch einen Ministerpräsidenten geleitet wurde, mit Regierungschef ersetzt. Regierungsmitglied sowie Abgeordnete/

Abgeordneter bleiben erhalten. Gleiches gilt für Bürgermeister und Lokalpolitiker beziehungsweise Lokalpolitikerin – die bezirks- sowie stadtweit aktiv gewesen sind. Ebenso werden Parteifunktionär und Gewerkschafter/ Gewerkschafterin übernommen. Alle weiteren Funktionen werden unter Sonstiges subsumiert. Diese detaillierte Differenzierung wird vor allem aufgrund des Interesses am politischen Bruch übernommen, damit detailgenau nachgezeichnet werden kann, welche politischen Funktionsebenen von einer Erinnerungspolitik betroffen waren.

Die kulturellen Funktionen sind in der Binnendifferenzierung bei Bering et al. ebenfalls fein aufgegliedert. Schriftsteller und Journalist werden unter Autorinnen/ Autoren gruppiert, da hier keine terminologische Trennschärfe zu gewährleisten wäre. Alle anderen Eigenschaften, i. e. Künstlerin/ Künstler (Malerei, Musik und Bildhauerei), Architektin/ Architekt und Sonstige bleiben unverändert (Abbildung 10). Nur Sportlerinnen und Sportler werden nicht übernommen, da es dazu keine Datensätze gibt.

Bisher unerwähnt blieben die *kollektiven Anthroponyme*. Sie verweisen auf Stämme, Gruppen in der Bevölkerung, Firmen, Adelsdynastien, konkrete Familien oder Gruppen grundsätzlich, wie Geschwister. Derartige Benennungen finden sich allerdings nicht in einem Maß, dass die von Bering et al. vorgenommene Binnendifferenzierung relevant wäre für die vorliegende Analyse. Stattdessen werden diese Namen in der vorliegenden Arbeit als geschlechtslos kodiert. Auf diese Weise bleiben sie innerhalb vergleichbar mit *individuellen Anthroponymen*, ohne allerdings das Kategorienmodell wegen einer relativ kleinen Menge von Namen noch umfassender zu machen.

1.3.2 Toponyme in der Bedeutungsanalyse

Bei den Toponymen, die als Straßennamen verwendet und als solche hier analysiert werden, ergibt sich keine so detaillierte Aufteilung. Weder Bering et al. noch die Datensätze legen das Nahe. Zunächst existiert jedoch innerhalb der Toponyme eine zweiteilige Binnendifferenzierung, die, um die Analyse des geographischen Bezuges zu konkretisieren, übernommen wird. Toponyme werden von Bering et al., wie von anderen im Kapitel II behandelten Onomasten, in *Mikro*- und *Makrotoponyme* unterteilt.

Das *Makrotoponym* bezeichnet folgende, auch in diese Analyse einfließende, Eigenschaften: Ort hinführend, Ort, Burg, Berg, Gewässer und Region sowie Sonstige. Diese Eigenschaften meinen, dass ein Straßenname entweder nach einem Ort benannt ist, das heißt einer Kommune unabhängig ihrer Größe und zu ihr hinführt – im ersten Fall – oder – wie im zweiten Fall – lediglich nach ihr benannt ist. So können Straßen auch nach Burgen, Bergen, Gewässern oder Regionen benannt sein. Regionen meinen hierbei Bundesländer oder die ungarischen Megyék, also Komitate. Nicht aufgenommen werden die Eigenschaften: Partnerstadt, Insel und Kontinent. Die Städtepartnerschaft ist an sich keine junge Erscheinung, erlebt aber im Hinblick auf Europa besonders seit 1945 erst eine weitere Verbreitung und ist in Folge auch an weitere katalysierende Zäsuren gebunden wie – für die Bundesrepublik Deutschland – die Unterzeichnung des Deutsch-Französischen Freundschaftsvertrages im Jahr 1963 oder die Wende 1989/90 und den Beitritt verschiedener Ostmitteleuropäischer Staaten zur Europäischen Union.[541] Inseln sowie Kontinente kommen im Datenmaterial nicht vor und werden daher ausgeschlossen. Die Eigenschaft Land wird durch Staat ersetzt, um terminologische Klarheit zwischen den die Bundesländer umfassenden Regionen und den hier gemeinten Staaten zu sichern.

Das *Mikrotoponym* wird seinerseits in Flurnamen und lokal verorteten Namensreferenzen aufgeteilt. Flurnamen selbst sind Namen für Wege, Felder, Wälder, Haine und andere landschaftliche Referenzobjekte. Sie werden oftmals außerhalb von Ortschaften oder Städten verwendet. Die Menschen, die Flurnamen verwenden, leben unmittelbar in der Umgebung dieser Wege und Felder und Nutzen sie relativ regelmäßig, außerdem sind Flurnamen oftmals nicht amtlich festgelegt.[542] Lokal verortete Namen meinen hingegen *Mikrotoponyme*, die in einem überschaubaren Raum auf ein an der Straße liegendes Objekt verweisen. Diese Objekte sind wiederum die Unterteilungsmöglichkeiten, die Bering et al. vorschlagen um die lokale Verortung besser auf das Referenzobjekt beziehen zu können. So kann eine lokale Verortung eine der Eigenschaften haben und auf Natur, Bauwerk, Infrastruktur oder Siedlung sowie auf sich selbst zu verweisen. Neben der Sammeleigenschaft Sonstiges überschneiden sich diese möglichen

541 Vgl. allgemein Stock, Antonia: Städtepartnerschaft und interkulturelle Begegnung – ausgewählte deutsche Städte und ihre Partner im Ausland; Magisterarbeit, Hildesheim, 2005, S. 9-20.

542 Vgl.: Löffler, Probleme der amtlichen Flurnamengebung, S. 498-499.

Referenzobjekte zuweilen. Abhängig vom amtlich explizierten Referenzobjekt wird daher jeder Straßenname entsprechend kodiert, dessen nicht-generischer Namensteil kein *Nomen appellativum* ist. Natürliche Objekte sind beispielsweise Grünflächen, während Bauwerke konkrete Gebäude meinen und Infrastruktur wiederum beispielsweise Verkehrsinfrastruktur wie Bahnhöfe oder Flughäfen umfasst. Siedlungen sind kleinere innerstädtische Gebiete, die keine eigenen Kommunen sind, auf die eine Straße verweisen kann. Aus diesen Einteilungen ergibt sich die in der Abbildung 11 veranschaulichte Untergliederung der Toponyme.

Abbildung 11: Untergliederung der Toponyme.

Quelle: inhaltlich angelehnt an Bering et al., Wegbeschreibungen, 149; Zur Abbildungsart vgl.: Raithel, Jürgen: Quantitative Forschung. Ein Praxisbuch; 2. Auflage, Wiesbaden, 2008, 86.
„➥" = Unterkategorie der darüber linksbündig angeordneten Analysekategorie.

Kategorie	**Mögliche Eigenschaften**		
Toponym	Mikrotoponym		Makrotoponym
➥ Makrotoponym	X		Ort hinführend Ort Burg Berg Gewässer Region Staat Sonstige
➥ Mikrotoponym	Lokale Verortung	Flurname	
➥ Lokale Verortung	Natur Bauwerk Infrastruktur Siedlung Selbstreferentiell Sonstiges	X	X

Aus beschriebenen und definierten Kategorien bildet sich in Anlehnung an das Schaubild von Bering et al. ein ähnliches, allerdings an die Fälle Budapests und Wiens in der Zwischenkriegszeit angepasstes Schaubild in Abbildung 12: Kategorienschlüssel. Dieser in Abbildung 12 abgebildeter Kategorienschlüssel ist die Grundlage für die Kategorisierung der Straßennamen. Dabei ist zu berücksichtigen, dass keine Mehrfachkodierungen innerhalb der Bedeutungsanalyse möglich sind. Denn in der Bedeutungsanalyse soll aufgrund

der detaillierten Analysekategorien versucht werden die vielschichtige Namensbedeutung zu operationalisieren. Eine Mehrfachkodierung würde der quantitativen Auswertung von Namen entgegenstehen. Schließlich geht es hier um die – soweit intersubjektiv plausiblen – Bedeutungen der einzelnen Namen, bevor sie als Straßenname verwendet wurden. Daher geben die Basisinformationen sowie die Bezugsanalyse allgemeine Informationen, während die Bedeutungsanalyse die Bildung konkreterer Gruppen von Straßennamen gleicher Eigenschaft ermöglicht, die wiederum in sich verglichen werden können. Besonders zur Bedeutungsanalyse schreiben Bering et al., dass

„[h]ier […] der semantische Referenzpunkt des jeweiligen StrN [Straßennamen; Anm. d. A.] angesteuert [wird], und die Klassifizierung folgt einem klar trennenden, streng hierarchischen Pfad von der Grobgliederung bis hin zu feinsten Ausdifferenzierung. […] Alle Subkategorien summieren sich in jeder nächsthöheren Kategorie zu 100%. Auf diese Weise entsteht eine Vielzahl unterschiedlicher Bezugsgrößen, die aber durch einen klaren, festgelegten Pfad, dem die Kategorisierung jedes StrN [Straßennamen; Anm. d. A.] folgt, einwandfrei aufeinander bezogen sind […].“[543]

543 Bering / Großsteinbeck / Werner, Wegbeschreibungen, S. 153.

Abbildung 12: Kategorienschlüssel

Abbildungsquelle: vgl.: Bering et al., Wegbeschreibungen, 149; Bering, Großsteinbeck, Kölner Straßennamen, 318-319.

A: Basisinformationen

Stadtbezirk
- Ohne
- Deutsch
- Italienisch
- Österreichisch
- Rumänisch
- Serbo-kroato-slowenisch
- Tschechoslowakisch
- Ukrainisch
- Ungarisch
- Anderer

Benennungsjahr

Tilgungsjahr

Art der Namensveränderung
- Neubenannt
- Umbenannt
- Modifiziert

Gewachsen

Weggefallen

Rückbenannt

Cluster
- Ja/Nein

Bedeutungsvoller Ort
- Ja/Nein

Öffentlicher Personennahverkehr
- Ja/Nein

Geographischer Bezug
- Ohne
- Lokal
- Regional
- Staatlich
- Europäisch
- Außereuropäisch

Politischer Bezug
- Ja/Nein → a)-c)

a) Politisch-geographischer Bezug
- Ohne
- Deutsch
- Italienisch
- Österreichisch
- Rumänisch
- Serbo-kroato-slowenisch
- Tschechoslowakisch
- Ukrainisch
- Ungarisch
- Anderer

b) Politisch-Inhaltlicher Bezug
- Ohne
- Christlichsozial/ Einheitspartei
- Sozialdemokratisch/ Sozialreformerisch
- Anderer

c) Politisch-Institutioneller Bezug
- Ohne
- Monarchistisch
- Demokratisch
- Sozialistisch
- Anderer

B: Bezugsanalyse

Sozialer Bezug
- Ja/Nein

Kultureller Bezug
- Ja/Nein

Naturbezug
- Ohne
- Mit

Historische Tiefe
- Ohne
- Spätes Frühmittelalter (9.-11. Jh.)
- Hochmittelalter (11.-13. Jh.)
- Spätmittelalter (14.-15.)
- Frühe Neuzeit (16. Jh.)
- Neuere Geschichte (17.-18. Jh.)
- Neueste Geschichte (19. Jh.)
- Gegenwart

C: Bedeutungsanalyse

Bedeutungskategorie
- Appellativum → d)
- Proprium → e)
- Unklar

d) Appellativum
- Lokale Verortung
- Allgemeiner Begriff

e) Proprium
- Real → f)
- Fiktiv

f) Real
- Anthroponym → g)
- Toponym → p)
- Praxo-/ Phänonym
- Sonstige

g) Anthroponym → h)-o)

h) Namensteil
- Vollname
- Zuname
- Vorname
- sonstige

i) Titel
- Ja/Nein

j) Geschlecht
- Männlich/Weiblich

k) Wirkungsbereich
- Unklar
- Lokal
- Regional
- Überregional

l) Nationale Zuordbarkeit
- Eine
- Zwei
- Mehr

m) Funktion
- Unklar
- Kulturell → n)
- Politisch → o)
- Ökonomisch
- Militärisch
- Religiös
- Akademisch
- Sozial
- Administrativ
- Sonstige

o) Kulturelle Funktion
- Autorinnen/ Autoren
- Bildende Künstlerin/ Bildender Künstler
- Sportlerin/ Sportler
- Architektin/ Architekt
- Sonstige

n) Politische Funktion
- Kaiserin/ Königin, Kaiser/ König
- Thronfolger
- Reichsverweser
- Politisch-dynastisch
- Bundespräsident
- Regierungschef
- Regierungsmitglied
- Abgeordnete/ Abgeordneter
- Bürgermeister
- Lokalpolitiker/ Lokalpolitikerin
- Parteifunktionär/ Parteifunktionärin
- Gewerkschafter/ Gewerkschafterin
- Sonstige

q) Toponym
- Mikrotoponym → q)
- Makrotoponym → r)

q) Makrotoponym
- Ort hinführend
- Ort
- Burg
- Berg
- Gewässer
- Region
- Staat
- Sonstige

r) Mikrotoponym
- Flurname
- Lokale Verortung → s)

s) Lokale Verortung
- Natur
- Bauwerk
- Infrastruktur
- Siedlung
- Selbstreferentiell
- Sonstiges

1.4 Qualitative Einzelanalyse von Umbenennungen

Während für die oben beschriebene Analyse der Namensveränderungen von Budapest und Wien das Kategorienraster und damit die Analysemethodik von Bering et al.[544] als Grundlage dient, wird sich die vorliegende Arbeit für den zweiten Analyseteil an verschiedenen Analysen zu Straßennamen in Wien orientieren. Maßgeblich dafür ist vor allem der Forschungsprojektendbericht von Oliver Rathkolb, Peter Autengruber, Birgit Nemec und Florian Wenninger[545] sowie die Arbeit von Birgit Nemec zu Straßenumbenennungen.[546]

Nemec sowie Rathkolb et al. fokussieren sich im Hinblick auf die Analyse der Beispiele auch auf die Methodik der Mikro-Histories[547]. Dabei verfolgt Nemec das gleiche Ziel, dass auch hier der Analyse von Fallbeispielen zu Grunde liegt: „Eine Betrachtung der Fallbeispiele – der kleinen Einheiten – soll die verschiedenen Prozesse und Politiken, Vorstellungen, Aspekte und Handlungsmöglichkeiten der Akteure sichtbar machen, die auf Umbenennungen von Straßen wirken.“[548] Etwas knapper formuliert, folgte auch das Forschungsprojekt von Rathkolb et al. diesem Ziel, wenn „die kritische Analyse und zeithistorische Kontextualisierung der Benennung von Verkehrsflächen und Parks im gesamten Stadtgebiet“ [549] als Projektziel formuliert worden ist. Allerdings konzentriert sich das Forschungsprojekt explizit auf Personennamen, die sich in der Straßennamenlandschaft auffinden ließen. Ungeachtet der Forschungsfragen beider Arbeiten ist deren Methodik sehr ähnlich. Archivalien, wissenschaftliche Studien sowie etwaige Publikationen und Reden – sofern Personennamen betroffen sind – bieten die Grundlage für die Analyse der Fallstudien.[550]

In der vorliegenden Arbeit werden die Fallbeispiele für die qualitative Analyse nach

---

544 Vgl.: Bering / Großsteinbeck / Werner, Wegbeschreibungen.

545 Vgl.: Rathkolb et al., Forschungsprojektendbericht.

546 Vgl.: Nemec, Straßenumbenennungen.

547 Vgl.: Rathkolb et al., Forschungsprojektendbericht, S. 26; Nemec, Straßenumbenennungen, S. 8. Nemec verweist hier unter anderem auf Lüdtke, Alf: Alltagsgeschichte, Mikro-Historie, historische Anthropologie; in: Goertz, Hans-Jürgen (Hrsg.): Geschichte. Ein Grundkurs; Reinbeck, 1998, S. 565-567; Medick, Hans: Mikro-Historie; in: Schulz, Winfried (Hrsg.): Sozialgeschichte, Alltagsgeschichte, Mikro-Historie. Eine Diskussion; Göttingen, 1994, S. 40-53; Tanner, Jakob: Historische Anthropologie – zur Einführung; Hamburg, 2004.

548 Nemec, Straßenumbenennungen, S. 8.

549 Rathkolb et al., Forschungsprojektendbericht, S. 11.

550 Vgl.: Rathkolb et al., Forschungsprojektendbericht, S. 11; Nemec, Straßenumbenennungen, S. 55.

verschiedenen Faktoren gruppiert. Diese Faktoren sind verschiedene Kategorien der Bezugsanalyse. Der wesentliche Faktor ist die in der statistischen Analyse offenkundige Signifikanz von bestimmten Kategorien im Rahmen der Bezugs- oder der Bedeutungsanalyse. Da es sich in der vorliegenden Arbeit um einen Vergleich zweier Städte handelt, genügt die Signifikanz einer bestimmten Bezugsgruppe schon in einer der beiden Städte. Anhand des Vergleiches mit einer anderen Stadt und ihren Ausprägungen der Straßennamen kann dann ein bestimmtes Veränderungsmuster in der einen Stadt mit entsprechenden fehlenden, schwächeren oder stärkeren Beispielen verdeutlicht werden.

Ein weiteres Kriterium für die Auswahl eines Falles für die qualitative Analyse stammt bei etwaiger fehlender statistischer Bedeutung direkt aus dem vorliegenden Quellenmaterial. Denn auch im Hinblick auf die bereits im Forschungstand deutlich gewordene Frage nach der Beteiligung von Menschen, die Straßennamen täglich nutzen, sollen gegebenenfalls Fallbeispiele einfließen – trotz dass sie womöglich nicht besonders auffällig in der Statistik sind. Damit soll vor allem verhindert werden, dass detailliert rekonstruierbare Diskussionen zu Umbenennungen unberücksichtigt bleiben. Darüber hinaus sind es besonders jene Dokumentationen von Umbenennungen, die Einblick in beteiligte Personen, Institutionen und Argumentationen möglich machen.[551]

1.5 Quellen zur Analyse und Kategorisierung

Bei der Analyse von Straßennamen sind unterschiedliche Quellen relevant. Im Folgenden werden die der hiesigen Analyse zu Grunde liegenden Quellen erläutert.

Ungeachtet diverser analysierender Publikationen, die im Forschungsstand bereits rekapituliert wurden, sind für die hiesige Analyse besonders die in den Amtsblättern der Stadt Wien enthaltenen Protokolle zuständiger Gremien sowie die dem gleich kommenden Tanácsülési és bizottsági jegyzőkönyvek[552], im weiteren unter der Archivsignatur BFL II.1.a geführt, verwendet. Darüber hinaus sind die Akten der Wiener Magistratsabteilung (M. Abt.) 18 (ab 1927 Magistratsabteilung

551 Vgl.: Nemec, Straßenumbenennungen, S. 59-64.

552 Protokollbücher der Gemeinderats- und Ausschußsitzungen.

54)[553] – im weiteren geführt unter der Archivsignatur M. Abt. 218 – von 1920 bis 1934 und für die Zeit zwischen 1918 und 1920 jene Bestände der damaligen Magistratsabteilung 61 – im weiteren geführt unter der Archivsignatur M. Abt. 116 – für die Analyse wesentlich. Einschränkend muss zu den Wiener Akten erwähnt werden, dass die Dokumente der M. Abt. 218 und der M. Abt. 116 nur teilweise vorhanden sind. Bereits Nemec verweist darauf, dass „in den Akten der Magistratsabteilungen die Fachgruppen zu den Verkehrsflächenbenennungen zwischen 1925-1945 skartiert wurden."[554] Ebenso sind von besonderer Bedeutung die Budapester Aktengruppen Budapest Székesfőváros Tanácsának iratai [555] (weiters BFL IV.1407) und Székesfőváros Polgármesterének iratai[556] (weiters BFL IV.1409). Auf diesen Quellen basieren auch die von den jeweiligen Verwaltungen zusammengestellte Listen von Straßennamen, die immer dann herangezogen werden, sofern die hiesigen Dokumente keine Auskunft erhalten. Für Wien sind das besonders zwei Bände aus den Beständen des Konskriptionsamtes, die als Straßenverzeichnis dienten [557]. Die Dokumentation hier endet allerdings 1930. Dementgegen ist eine ähnliche Listung von Straßennamen in Budapest, die Raktári Jegyzék, aus dem Jahr 1949, mit 45 Bänden im Umfang komplett in dem Sinne, als das alle im Betrachtungszeitraum veränderten Namen beinhaltet sind[558].

Zuletzt sind die Karten der Städte eine weitere Quellengattung, die hier verwendet wird. Sowohl für Wien als auch für Budapest lässt sich das in einigen Fällen bereits mit einem Straßenverzeichnis verbinden. [559] Ansonsten sind sie wesentliche Informationsgeber über etwaige bedeutungsvolle Orte und den öffentlichen Personennahverkehr. Die Straßennamenlexika beider Städte dienen in der Analyse vor allem in Zweifelsfällen als Klärung, zumal sie in Einzelfällen weitere Quellen hinzugezogen haben oder lexikalisch umfassendere Informationen zu einzelnen Namen geben, die über die hier verwendeten Quellen hinaus gehen.

---

553 Vgl.: Czeike, Felix / Csendes, Peter: Die Geschichte der Magistratsabteilungen der Stadt Wien; Wiener Schriften, Heft 33, Wien, München, 1972, S. 154.

554 Nemec, Straßenumbenennungen, S. 55.

555 Akten des Budapester Hauptstädtischen Rates

556 Akten des Hauptstädtischen Bürgermeisters

557 Vgl.: WStLA, Straßenverzeichnis des Konskriptionsamts 1890-1930, 1.1.8.B53.25; WStLA, Straßenverzeichnis des Konskriptionsamts 1890-1930, 1.1.8.B53.26.

558 Vgl.: HU BFL, Raktári Jegyzék, XV.18 1-45 kötet.

559 Vgl.: Für Wien WStLA, Plan und Führer von Wien in Buchform aus dem Jahr (1915), 3.2.1.1.P5.6344; für Budapest HU BFL, Budapest berületének és a külterület egy részének várostérképe (1903), XV.16.e.251/172

Maßgeblich sind bei den Kategorisierungen zwar die, doch werden die sehr umfassenden Namensdokumentationen von Peter Autengruber für Wien[560] sowie das von Ráday Mihály herausgegebene Pendant zu Budapest [561] ebenfalls berücksichtigt werden. Nicht zuletzt das historische Namenlexikon von Fried Umlauft erlaubt Einblicke in die Bedeutungen und Bezüge von Straßennamen vor der Kriegszeit[562].

Besonders bedeutend für Wien sind in der vorliegenden Analyse die Amtsblätter, wo sich neben den Protokollen von Gemeinderat, Stadtrat und Stadtsenat auch Protokolle des Ausschusses für technische Angelegenheiten finden, denn in all diesen Gremien finden sich Thematisierungen von Straßenumbenennungen, zum Teil mit konkreten Basisinformationen sowie Informationen für die Bezugs- und die Bedeutungsanalyse. Ähnlich bedeutend sind die Akten des BFL IV.1409. Auch hier finden sich alle Veränderungen der Straßennamenlandschaft, die während der Zwischenkriegszeit vorgenommen worden sind, allerdings sind hier nicht immer Basisinformationen oder Anknüpfungspunkte für die Bezugs- und Bedeutungsanalyse verfügbar. Darüber hinaus ist Achtsamkeit geboten, da eine vom Gemeinderat in Wien beschlossene Veränderung keinesfalls unmittelbar beziehungsweise überhaupt umgesetzt wurde.[563] Daher werden zwar im folgenden Text die Beschlussjahre als Referenzzeitpunkt verwendet, aber nur, wenn es tatsächlich zu einer Umbenennung kam. Zumindest für die grundsätzliche Umsetzung lassen sich die Bände des Konskriptionsamtes in Wien sowie die Raktári Jegyzék heranziehen. Mittels deren Hilfe ist es auch möglich, weitere Dokumente zu bestellen. Besonders in Budapest war diese Möglichkeit gegeben, so wurden hier viele Einzelakte bestellt. Grund hierfür war eine fehlende Bündelung analog zu Wien. Die Skartierung von Akten und ein Archivbrand im Jahr 1944 erschweren die Quellenlage in Budapest. Denn beides hat im Hinblick auf viele Dokumente, die Straßennamen betreffen, zu einer deutlichen Verkleinerung der Zahl der verfügbaren Dokumente geführt.

560 Vgl.: Autengruber, Peter: Lexikon der Wiener Straßennamen; 9. Auflage, Wien, 2012.

561 Vgl.: Ráday, Mihály: Budapesti utcanevek A-Z; Budapest, 2013.

562 Vgl.: Umlauft, Fried: Namenbuch der Straßen und Plätze von Wien; Wien, 1905.

563 Vgl. exemplarisch: Amtsblatt der Stadt Wien, 1921, Nr. 1, S. 8. Vgl.: Nemec, Straßenumbenennungen, S. 56.

IV. Wien und Budapest – Metropolen in der Entwicklung

Nachdem die Kategorisierungen anhand historischer Entwicklungstendenzen und bestimmter Erscheinungen gesamtgesellschaftlicher Art orientiert sind, dient die nun folgende historische Einführung dazu, sowohl den Kategorien sowie der darauf folgenden Analyse von Straßennamensveränderungen einen Kontext zu geben. Dabei wird im ersten Teilkapitel besonders auf allgemeine Entwicklungen im Reichsgebiet eingegangen werden die zwischen 1848/49 und dem Ausgleich liegen. Darauf folgt im zweiten Teilkapitel, „Die beiden Metropolen in der k.u.k.-Monarchie“, ein stärkerer Fokus auf die städtischen Räume nach dem Ausgleich und insbesondere nach der Vereinigung Budapests. An dieser Stelle werden die Probleme und Herausforderungen für beide Städte unter Berücksichtigung der gesamtstaatlichen Ereignisse dargestellt. Dabei rücken die städtischen Gesellschaften immer mehr in den Vordergrund, je näher dem Ende des Ersten Weltkriegs gekommen wird. Das Kapitel „Budapest und Wien in der Zwischenkriegszeit“ konzentriert sich auf die Stadtgeschichten Wiens und Budapests in der Zwischenkriegszeit bis 1934. In diesem dritten Abschnitt wird damit der Kontext beschrieben, in dem die zu analysierenden Veränderungen in der Namenslandschaft vorgenommen werden. Bei diesem gesamten Kontextkapitel „Wien und Budapest – Metropolen in der Entwicklung“ sollen also zuerst allgemeine und dann konkretere Entwicklungsschritte dargestellt werden.

Den Rahmen bildet vor allem die Geschichte der politischen und sozio-ökonomischen Entwicklungen, kulturelle Grundmuster werden aber auch durch historisch-kulturwissenschaftliche Arbeiten ergänzt: Beide Städte werden dabei durchgängig nebeneinander gestellt, um etwaige Ähnlichkeiten und Unterschiede in den Entwicklungen deutlich machen zu können.

1. Metropole macht Metropole: Wien und Buda, Pest, Obuda bis zur Budapester Vereinigung

Im Fokus dieses Kapitels werden die Entwicklungen von Mitte des 19. Jahrhunderts bis zum Ausgleich stehen. Stadthistorisch bedeutet diese Zeit einen

Wachstum beider urbanen Siedlungsgebiete sowohl im Hinblick auf die Fläche wie die Einwohnerschaft. Dies mag ebenso als Folgeerscheinung der industriell-technischen Entwicklung gesehen werden wie die entsprechenden Spannungen innerhalb der urbanen Bevölkerungen, die im Laufe der Zeit artikuliert werden. Dennoch wird der Fokus zunächst auf allgemeinere Entwicklungen gelegt, um die Ausgangssituationen für den bedeutenden staatsrechtlichen Akt des Ausgleichs 1867 zu erfassen.

1.1 Wiener und Zisleithanische Entwicklungen und deren Diffusion auf Buda, Pest und Obuda und das Königreich Ungarn

Wieso Budapest und Wien zentral sind in diesem Text sind, wird schon von Beginn des historischen Kontexts deutlich. Die Revolution von 1848/49 ist ein europäisches Ereignis. Die Vielschichtigkeit dieser Zäsur findet sich auch innerhalb Kaiserthum Oesterreich[564] vielerorts, darüber hinaus standen die Geschehnisse dieser vielen Ort alle „miteinander in Verbindung“[565]. Doch nicht die Ereignisse der Jahre 1848/49 selbst, sondern die ebenso überregionalen Folgen für das Kaisertum Österreich sollen im Weiteren betrachtet werden. Damit soll eine knappe Vorgeschichte zum 1867 führen.

Allgemein lässt sich zu den Ereignissen dieser Jahre sagen, dass sie soziale wie nationale Differenzen offen legten. Die Forderungen, die in Wien und Pest gestellt wurden und unter anderem Pressefreiheit, Bauernbefreiung und die Schaffung „einer konstitutionellen Regierung“[566] beinhalteten, „waren nach den Begriffen des österreichischen Vormärz revolutionär“[567]. Auch im ungarischen Teil der Monarchie, konkret in Ofen/Buda und Pest, gingen Teile des Adels trotz seiner Unterstützung für einige der liberalen und nationalen Ideen keinesfalls vollends konform mit den

564 Weitere Endonyme oft gesprochener Sprachen in diesem politischen Raum: Osztrák Császárság (Ungarisch), Austrijsko Carstvo (Kroatisch), Rakouské císařství (Tschechisch), Cesarstwo Austrii (Polnisch), Rakúske cisárstvo (Slowakisch), Avstrijsko cesarstvo (Slowenisch), Аустријско царство (Serbisch), Imperiul Austriac (Rumänisch), Impero austriaco (Italienisch) und Австрійська імперія (Ukrainisch).

565 Kann, Robert A.: Geschichte des Habsburgerreiches 1526-1918; Forschungen zur Geschichte des Donauraumes, Band 4, 3. Auflage, Wien, Köln, Weimar, 1993, S. 275.

566 Kann, Geschichte des Habsburgerreiches, S. 275.

567 Kann, Geschichte des Habsburgerreiches, S. 275.

weitgehenden Forderungen.[568] Gefordert von Teilen der urbanen Mittelschicht und unterstützt von Studierenden und Arbeiterinnen und Arbeitern inkl. Teilen des Handwerks [569], beziehungsweise der sogenannten „Märzjugend“ um Petöfi Sándor[570] und später um den dieser Tage freigelassenen Politiker Mihály Táncsics, blieben diese Forderungen, abgesehen von einer Veränderung des Status der Bauern[571], am Ende der Revolution daher kaum erfolgreich. Gleiches gilt auch für diverse Forderungen von Autonomie[572] oder jener (nach einem nach Zensus) gewählten ungarischen Landtag, der am 2. Juli 1848 eröffnet wurde und dann aber bis zum Ausgleich nicht mehr tagte. Die legislativen Maßnahmen zu Gunsten eines eigenen Staatshaushaltes sowie einer eigenen Armee und einer ungarischen Währung wurden umgesetzt, während Forderungen anderer sich formierender Nationen innerhalb Ungarns unberücksichtigt blieben.[573] Diese führten zu Widerstand und auch – im Einvernehmen mit der kaiserlichen Regierung, die trotz der Bestätigung des Kaisers gegen die ungarischen Maßnahmen war – zum militärischen Eingreifen kroatischer Truppen in Ungarn. Doch nicht nur die führenden Akteure der kroatischen Bewegung waren im Hinblick auf die Ungarischen Maßnahmen besorgt beziehungsweise inspiriert.

Die slowakische Nationalbewegung formulierte ähnliche Forderungen wie die ungarischen Demonstranten, gleiches gilt für die serbische Bewegung dieser Monate, der Slawenkongress in Prag war der mit solchen Forderungen verbundene gesamtstaatliche Rahmen in dem sich besonders die slawischen Forderungen formierten, während rumänische Bedürfnisse vom Fürstentum unterstützt durch eine Versammlung in den Maitagen 1848 proklamiert wurden[574]. In diesem Zusammenhang haben sich die sozialen Probleme, aufgrund der

568 Vgl.: Barta, István: Kampf um die bürgerliche Umgestaltung. Revolution und Freiheitskampf (1790-1849); in: Barta, István et al. (Hrsg.): Die Geschichte Ungarns; Budapest, 1971, S. 241-334, hier S. 300, S. 303-304; Halász, Zoltán: Kurze Geschichte Ungarns; Budapest, 1974, S. 156.

569 Vgl.: Kann, Geschichte des Habsburgerreiches, S. 275.

570 Auch bekannt als „Pilvaxisten“, benannt nach ihrem Stammlokal, vgl.: Kalla, Zsuzsa: An der Spitze der Märzjugend: Petőfis politisches Bild; in: Fischer, Holger (Hrsg.): Die ungarische Revolution von 1848/49. Vergleichende Aspekte der Revolutionen in Ungarn und Deutschland; Hamburg, 1999, S. 93-108, hier S. 93 Kalla bietet eine Übersicht über alle wesentlichen Mitglieder des Kreises, die später bei der Namensanalyse noch eine Rolle spielen werden; vgl. allgemein: Hanák, Péter: Die Geschichte Ungarns. Von den Anfängen bis zur Gegenwart; Essen, 1988, S. 126.

571 Vgl.: Bogyay, Thomas von: Grundzüge der Geschichte Ungarns; 4. Auflage, Darmstadt, 1990, S. 112.

572 Kann, Geschichte des Habsburgerreiches, S. 278-279.

573 Vgl.: Hanák, Geschichte Ungarns, S. 128.

574 Vgl.: Barta, Kampf um die bürgerliche Umgestaltung, S. 308-309.

schlecht durchgeführten Bauernbefreiung (meist keine Magyaren) durch die ungarischen Grundbesitzer beziehungsweise die Regierung des Königreiches, mit Forderungen politischer Emanzipation verquickt [575] . Was nicht nur eine Radikalisierung bedeutete, sondern gleichfalls dazu führte, dass liberale Politiker in Ungarn deutlich an Einfluss verloren, während „[d]er Held der Radikalen“ [576], Kossuth Lájos die Führung übernahm und der Reichstag deutlich an Spielraum verlor. [577] Erst langsam, während der umbrechenden Situation, wurden auch gemäßigte liberale Kräfte aufgrund gewalttätiger Ausbrüche in Dörfern auf die nationalen Spannungen innerhalb der Bevölkerung aufmerksam.[578]

Die Situation in Wien war ebenso aufgebracht. Während die Regierung zwischenzeitlich aus ihrem Innsbrucker Ausweichquartier zurückgekehrt war, destabilisierte sich die Lage wieder aufgrund einer meuternden Garnison und daran anschließenden gewaltsamen Zusammenstößen zwischen widersetzlichen Teilen der Armee und regulären Truppen. Studierende und Arbeiter unterstützten dabei besonders die befehlsverweigernden Einheiten und erkämpften unter der Führung von Józef Bem die Oberhand. Dies endete in einer Rückeroberung durch das Militär. Während Bem fliehen konnte, wurde beispielsweise „Robert Blum, ein Abgeordneter der Frankfurter Nationalversammlung, den seine Immunität nicht vor einem Kriegsgerichtsverfahren schützte“[579], sowie andere Politiker erschossen. Im Anschluss daran waren die revolutionären Aktivitäten in den Teilen außerhalb des ungarischen Teils der Monarchie deutlich weniger radikal und gewichtig. Zusätzlich kam es zu einem Regierungswechsel und Erzherzog Franz wurde die Krone übertragen.[580]

Die Anerkennung des neuen Monarchen seitens Ungarn blieb jedoch ebenso aus wie die Krönung mit der Stephanskrone. Nachdem die Regierung um Fürst Schwarzenberg den neuen Kaiser von der Sanktionierung der Märzverfassung Anfang März 1849 überzeugte und Ungarn damit als verkleinertes Kronland

---

575 Vgl.: Halász, Geschichte Ungarns, S. 160. Was auch für die magyarischen Bauern galt, die zuvordermeist für ihre soziale Befreiung kämpften und erst in Folge verstärkter national-basierender Argumentation diese Parolen aufnahmen. Vgl.: Hanák, Geschichte Ungarns, S. 129.

576 Kann, Geschichte des Habsburgerreiches, S. 280.

577 Vgl.: Kann, Geschichte des Habsburgerreiches, S. 278-280; Halász, Geschichte Ungarns, S. 160-161.

578 Vgl.: Hanák, Geschichte Ungarns, S. 132.

579 Kann, Geschichte des Habsburgerreiches, S. 281-282.

580 Vgl.: Kann, Geschichte des Habsburgerreiches, S. 283.

zurückblieb, wuchs der Widerstand Ungarns gegen die Habsburger.[581] Dies gipfelte in Folge des militärischen Misserfolges der kaiserlichen Truppen gegen die ungarischen Generäle György Klapka und Görgey Artúrin in der Erklärung zur Absetzung des Hauses Habsburg-Lothringen am 14. April 1849. Ein Kompromiss durch den Reichstag Ungarns war durch die von Kossuth vorgenommene Erklärung ausgeschlossen[582], die ihn gleichzeitig zum Reichsverweser[583] werden ließ. Die bereits davor vereinbarte Unterstützung durch Truppen des Rossijskoj Imperii[584] führte zum Ende der ungarischen Kämpfe. Beschleunigt wurde dies durch die Spannungen zwischen dem sich später den zaristischen Truppen ergebenden Görgey und dem alsbald nach Devlet-i ʿalīye[585] fliehenden Kossuth. Während Görgey am Leben blieb, wurden viele andere, die im Land blieben, hingerichtet. „Unter ihnen befanden sich auch ein hessischer Graf, ein Wiener Advokatensohn, ein kroatischer Grenzer, ein Banater Serbe, ein Preßburger und ein Schemnitzer 'Deutschungar'.“[586] Darüber hinaus wurden noch deutlich mehr Menschen hingerichtet.[587]

Die Konsequenz dieser Umbruchjahre war, dass drei mögliche staatliche Organisationsformen Ungarns im Verhältnis zu Gesamtreich, die für die Zukunft denkbar wurden, auf das Tableau der Politik gelangten. In zeitlicher Reihenfolge waren es das 1847er Königreich Ungarn, das im Sinne eines gesellschaftlichen Rahmens der Restauration zwischen 1815 und 1848 vor allem feudal strukturiert war. Daneben erscheint das 1848 durch die Gesetze des April 1848, ein Königreich, das sich durch ein konstitutionell sanktioniertes Verhältnis liberaler Prägung in einem Gesamtreich befindet und in bestimmten Bereichen der Gesellschaft zu reformieren begonnen hatte[588].

---

581 Vgl.: Bogyay, Geschichte Ungarns, S. 108.

582 Vgl.: Barta, Kampf um die bürgerliche Umgestaltung, S. 325.

583 Vgl.: Bogyay, Geschichte Ungarns, S. 109.

584 Росси́йская импе́рия, Russisches Imperium – respektive – Kaiserreich. Dies ist jedoch das offizielle Endonym. Daneben existierten verschiedene Minderheitensprachen.

585 دولت عثمانيه , der erhabene Staat, ab 1876 دولت عثمانيه , Devlet-i ʿOsmānīye, der osmanische Staat. Dies ist jedoch das offizielle Endonym. Daneben existierten verschiedene Minderheitensprachen.

586 Bogyay, Geschichte Ungarns, S. 111.

587 Vgl.: Kann, Geschichte des Habsburgerreiches, S. 287-288; Bogyay, Geschichte Ungarns, S. 108-110; Halász, Geschichte Ungarns, S. 160-169; Hanák, Geschichte Ungarns, S. 131-135.

588 Vgl.: Radványszky, Anton: Das ungarische Ausgleichsgesetz vom Jahre 1867; in: Forschungsinstitut für den Donauraum Wien (Hrsg.): Der Österreichisch-Ungarische Ausgleich von 1867. Vorgeschichte und Wirkungen; Wien, München, 1967, S. 90-112, hier S. 92. Radványszky macht allerdings darauf aufmerksam, dass Teile der Gesetze von 1848 aufgrund ihres Widerspruchs zur Pragmatischen

Zuletzt bleibt das Königreich Ungarn des Jahres 1849. Jenes Königreich, dass durch eine relativ konfrontative Politik mit der Erklärung der Unabhängigkeit von der Habsburgerdynastie – bis zu seinem Tod und darüber hinaus untrennbar mit Kossuth verbunden[589] – durch die parlamentarische Versammlung in Debrecen, einen Status anstrebte, der der Vorstellung des Kaiserhauses widersprach. Es sind vor allem die zweite und die dritte institutionelle Form, die die folgenden Jahre prägen werden, während eine vollständige Herstellung des Zustands vor 1848 nur partiell und keinesfalls auf Dauer denkbar schien.[590] Es folgte eine zentralistische, neo-absolutistische Politik, die durch Kaiser Franz Joseph bestimmt war: „Der neue Kaiser fügte seinem Namen Franz, mit dem er im Familienkreis genannt wurde, Joseph hinzu, als Zeichen seiner Anerkennung des aufgeklärten Josefinismus. Dies sollte die Liberalen für ihn gewinnen. Doch die symbolische Bedeutung drückte sich nicht so sehr durch den Doppelnamen aus als durch die Tatsache, dass Franz, der Namen seines erzreaktionären Großvaters, zuerst kam und der des aufgeklärten genialen Urgroßonkels als zweiter. Diese Mischung und diese Wertordnung blieben für Franz Josephs Regierung von 68 Jahren bezeichnend.“[591]

Damit reflektiert die Namenswahl auch ein wenig die Biografie einer seiner wichtigsten Politiker und Ratgeber nach dem Tod von Schwarzenberg: Alexander Bach. Bach selbst war im Vormärz ein Vertreter liberaler Ideen, während er alsbald – auch vom Vorwurf des Opportunismus begleitend – immer konservativere Werte und eine deutlich konservativere, das heißt monarchietreuere Politik zu vertreten und zu betreiben begann.[592] Das System an sich war in den folgenden Jahren spätestens ab dem Sylvesterpatent[593] durch eine erhebliche Zentralisierung der Verwaltung geprägt gewesen, die sich nicht nur durch die Schaffung der Wiener Ministerien oder die Gründung des einheitlichen Wirtschaftsgebietes, sondern auch durch eine Aussendung von vor allem deutschsprachigen Beamten aus Wien in die einzelnen Teile des Landes zeigt. Dabei wurden durch die neoabsolutistische

---

Sanktion bereits veränderungsbedürftig waren.

589 Vgl.: Gönczi, Katalin: Lajos Kossuth oder die Personifikation der Freiheit. Eine Fallstudie zur Entstehung von nationalen Mythen in Ungarn; in: Fischer, Holger (Hrsg.): Lajos, Kossuth (1802-1894). Wirken – Rezeption – Kult; Hamburg, 2007, S. 137-154, hier S. 148.

590 Vgl.: Molnár, Miklós: Geschichte Ungarns. Von den Anfängen bis zur Gegenwart; herausgegeben und übersetzt aus dem Französischen von Balla, Bálint, Hamburg, 1999, S. 291.

591 Kann, Geschichte des Habsburgerreiches, S. 283.

592 Vgl.: Kann, Geschichte des Habsburgerreiches, S. 291.

593 Vgl.: Hanák, Péter: Das Zeitalter des Neoabsolutismus (1849-1867); in: Barta, István et al. (Hrsg.): Die Geschichte Ungarns; Budapest, 1971, S. 335-375, hier S. 337.

Verwaltung nicht nur Autonomiebestrebungen unterbunden, sondern auch das Gedenken an die 1848/49er Revolution durch die Behörden so gestört, dass „[j]e rücksichtsloser die Behörden die Erinnerung an die Kämpfe und ihre Helden auszumerzen suchten, desto mehr verklärte sich ihr Bild mit Kossuth und dem toten Freiheitsdichter Petöfi im Mittelpunkt“[594].[595]

Besonders die Bauernbefreiung wird oft mit Kossuth in Verbindung gebracht, wobei das in vielerlei Hinsicht eingeschränkt werden muss, als dass die Art, wie die allgemeine Regelung im Königreich Ungarn umgesetzt wurde, die Bauern nicht zwingend befreite.[596] Seitens Wiens sah die Gesetzgebung eine Entschädigung für die Grundbesitzer vor, die von der jeweiligen Regierung zu zahlen war. Dies entsprach auch dem Beschluss des ungarischen Landtags vom 15. März 1848.[597] In Ungarn jedoch wurden die Bauern nach der Revolution zu einem Drittel herangezogen, diese Entschädigung zu zahlen, da es bereits während des Jahres 1848 zu Problemen der Auszahlung durch den Staat gekommen war[598]. Die Auszahlungen fehlten den Grundbesitzenden jedoch um ihre eigenen Wirtschaften wiederum zu sichern[599] und zu weitergehenden Beschlüssen war noch während der Revolution 1849 kaum jemand bereit.[600] Die weiteren Drittel zahlten die Verwaltung und der ursprüngliche Besitzer.[601]

Neben dieser Politik gegenüber den mehr oder weniger Erwerbstätigen war die Wirtschaftspolitik des zentralistischen Reiches langsam zusammengeführt worden. Die Ablösung der inneren Zollgrenzen sowie die ermäßigten Steuersätze, die mit dem Deutschen Zollverein beziehungsweise mit dem Königreich Preußen 1853 zeigten, dass verschiedene Teile der Industrie des Reiches durchaus wettbewerbsfähig waren. Besonders zu erwähnen sind die Luxusgüterindustrie sowie die Industrie der Metallverarbeitung und die Textilindustrie. Die 1854 eröffnete Semmeringbahn ist ein Zeichen für die Industrialisierung dieser Zeit. Ebenso kam es im ungarischen Reichsgebiet zu einer wachsenden

---

594 Bogyay, Geschichte Ungarns, S. 113.

595 Vgl.: Halász, Geschichte Ungarns, S. 169f; Molnár, Geschichte Ungarns, S. 288.

596 Vgl.: Bogyay, Geschichte Ungarns, S. 112.

597 Vgl.: Hanák, Geschichte Ungarns, S. 126.

598 Vgl.: Hanák, Geschichte Ungarns, S. 128; Barta, Kampf um die bürgerliche Umgestaltung, S. 306.

599 Vgl.: Bogyay, Geschichte Ungarns, S. 112.

600 Vgl.: Hanák, Geschichte Ungarns, S. 132.

601 Vgl.: Kann, Geschichte des Habsburgerreiches, S. 295-296.

Wirtschaftsentwicklung im Bereich der Landwirtschaftsindustrie sowie in den Bereichen des Kohlebergbaus und der Eisenverhüttung, wovon Produkte immer öfter in die westlichen Reichsteile verkauft werden konnten.[602]

Besonders im mittleren und höheren Bildungswesen versuchte der Amtskollege, Graf Leo Thun, sich von Bachs Politik ein wenig abzusetzen. Bach selbst arbeitete sehr eng mit der katholischen Kirche zusammen und rückte diese quasi in die Position einer ideologischen Kernsäule des neoabsolutistischen Systems[603]. Nichtsdestotrotz gelang es Thun, eine verhältnismäßig fortschrittliche Bildungspolitik zu betreiben, in der Naturwissenschaften, Mathematik und moderne Fremdsprachen in der Mittelschulbildung einen erhöhten Stellenwert bekamen. Institutionelle Reformen blieben allerdings aus, auch eine Reform der unteren Schulebenen wurde nicht vorgenommen.[604] Nicht zuletzt schien ein wesentliches Ziel die „Schaffung eines gesamtstaatlichen Patriotismus“[605], was jedoch kaum auf Widerhall stieß und entsprechend erfolglos blieb.[606] Das hing besonders mit dem grundsätzlichen passiven Widerstand vieler politischer Verantwortungsträger aber auch weiterer Teile der Bevölkerung zusammen, der ebenso von Hoffnungslosigkeit und Abneigung geprägt war[607]. Die Schulbildung sowie die Karriere in der Verwaltung für den kleinen und verarmten Adel blieb als eine der wenigen Möglichkeiten aufzusteigen, das heißt finanziell erfolgreich zu sein.[608]

Das es zu einem politischen Wandel in der Regierung kam, kann besonders auf die Auswirkung des Krieges um das Königreich Sardinien zurückgeführt werden. 1859 durch eine Niederlage beendet, zeigte es die möglichen innenpolitischen Probleme des praktizierten Herrschaftssystems: „Die Willkürherrschaft erwies sich als schwach, wurzellos und unzeitgemäß. Sie hatte eine dünne Basis, sie konnte sich über das ergebene Heer der Bürokraten und eine kleine Gruppe kaisertreuer Aristokraten hinaus nur auf Bajonette stützen – solange diese sie überhaupt zu stützen vermochten.“ [609] Besonders die im Königreich vereinten

602 Vgl.: Kann, Geschichte des Habsburgerreiches, S. 296; Halász, Geschichte Ungarns, S. 171.

603 Vgl.: Kann, Geschichte des Habsburgerreiches, S. 293.

604 Vgl.: Kann, Geschichte des Habsburgerreiches, S. 295.

605 Bogyay, Geschichte Ungarns, S. 112.

606 Vgl.: Bogyay, Geschichte Ungarns, S. 112.

607 Vgl.: Molnár, Geschichte Ungarns, S. 288-289; Szegö, Johann: Ungarisches Wien; Wien, 1998, S. 114.

608 Vgl.: Hanák, Geschichte Ungarns, S. 136-137; Hauszmann, Janos: Kleine Geschichte Budapests; Regensburg, 2012, S. 105.

609 Hanák, Geschichte Ungarns, S. 137.

Bevölkerungsgruppen die zu einem eigenständigen Staat strebten, zwangen den Kaiser zu Veränderungen in Bezug auf die institutionelle Gliederung des Staates und bezüglich etwaiger stärkerer Partizipationsmöglichkeiten der einzelnen Bevölkerungen.[610] Deutlich wurde das in Ungarn ebenfalls, wo die Reaktion auf den italienischen Erfolg zu Feierlichkeiten und Kundgebungen zu ehren von Petőfis und anderer „nationaler Dichter“ führte[611] und somit erstmalig seit dem Ende der Revolutionen von 1848 in Ungarn der ungarische Jahrestag am 15. März begangen wurde, wobei es unter anderem zu Zusammenstößen zwischen den Ordnungskräften und Demonstranten kam.[612] Auch Kossuth war an diesen Entwicklungen nicht unbeteiligt, hatte er doch vorher mit König Napoleon III die Aufstellung einer ungarischen Legion geplant sowie ein „Ungarisches Nationales Direktorium“ gegründet, in dem neben ihm Teleki László und Klapka György Mitglieder waren. Auf diese Wiese sollte ein erneuter Aufstand aus dem Krieg mit dem piemontesischen Königshaus hervorgehen, der Ungarn befreien sollte. Als dies jedoch ausblieb, engagierten sich dennoch viele Offiziere und Soldaten aus Ungarn in der Bewegung Guiseppe Garibaldis, um für ein italienisches Königreich zu kämpfen. Das Militärbündnis, das Kossuth mit Camillo Benso Graf von Cavour zum Zweck eines gemeinsamen Kampfes gegen die Habsburger schloss, blieb jedoch ebenso – bildlich gesprochen – ein Papiertiger wie die Ungarnlegion keinen Einsatz in Ungarn selber hatte. Denn es gab 1861 weder einen Krieg noch einen Aufstand und Cavour verstarb im gleichen Jahr.[613]

Zusätzlich wurde diese Stimmung durch Széchenyi István katalysiert, als er 1859 im Frühjahr in einer anonym erschienen Schrift argumentierend und satirisch offen mit der Regierungspraxis bricht und zwar konträr entgegen seiner gesamten Politik vor 1848 und auch solange er an der aktiven Politik der Revolution beteiligt war. Sein politisches Engagement war immerzu kaisertreu, kompromissbereit und in seinem Sinne für die Fortentwicklung Ungarns innerhalb der Habsburgermonarchie gewesen. Besonders parodiert Széchenyi den ehemaligen Innenminister Alexander Bach. Die Hauptthese dieses Buches „Ein Blick auf den anonymen Rückblick“, geschrieben „von einem Ungarn“ ist darin: „Franz Joseph ist entweder

610 Vgl.: Bogyay, Geschichte Ungarns, S. 114.
611 Vgl.: Halász, Geschichte Ungarns, S. 172.
612 Vgl.: Hanák, Geschichte Ungarns, S. 138.
613 Vgl.: Hanák, Geschichte Ungarns, S. 141.

ein rechtmäßiger König oder ein Eroberer. Im ersten Fall müsste er seine Pflichten beachten, wie sie in den alten Verträgen zwischen der Dynastie und der Nation niedergelegt sind. Im zweiten kann er tun und lassen, was ihm beliebt, darf aber keine Loyalität erwarten“ [614]. Nachdem der damalige Statthalter in Ungarn, Erzherzog Albrecht, der Polizeibehörde in Wien schrieb, dass in Ungarn Széchenyi als der Autor bezeichnet werden könnte, wurden die Wohnräume des längst in Döbling bei Wien Lebenden durchsucht. Als er dann am 8. April tot aufgefunden wurde, war die Resonanz in Ungarn sehr groß. In Pest fand eine Trauermesse mit 80 000 Menschen statt[615], an der auch der neue Statthalter, Feldzeugmeister Ludwig Benedek, teilnahm um eine versöhnlichere Politik zu beginnen – die auch durch die beiden folgenden Verfassungsakte deutlich werden sollten.[616]

Es folgten das Februarpatent 1860 und das Oktoberdiplom von 1861, um das Staatsgefüge in seiner Gesamtheit zu verändern. Das erste stellte den Zustand von 1847 partiell wieder her und kam in Ungarn besonders konservativen Politikern entgegen, demgegenüber forcierte zweites wieder eine stärkere Zentralisierung aber auch Orientierung an den 1848er Artikeln[617]. Die Wahl des Parlamentes in Ungarn ging gegen jene Konservativen aus, die das Oktoberdiplom unterstützt hätten[618]. Mit diesem ersten Diplom wurden erstmals seit 1848 wieder eine Kanzlei sowie eine Statthalterei des Wiener Hofes in Budapest eingerichtet. Ebenso wurden die Komitatsverwaltungen wieder geschaffen und der Landtag sollte in bestimmten Grenzen an der Gesetzgebung des Reiches mitwirken können. Die Reform des Diploms aus dem Oktober 1860 geschah bereits ein Jahr später und nicht zuletzt auch aufgrund des Wirkens des Bürgertums im Wiener Umfeld: Jene forderten weitere parlamentarischen Rechte für den Reichsrat, was einen weitergehenden Zentralismus bewirkte [619]. Beide Texte sollten daraufhin im ungarischen Landtag sanktioniert werden. Das Gremium, dass zuerst auf Wirken „Kossuths Freund […] Teleki Lászlo“[620] und seiner Gruppe, die den Kaiser nach wie vor nicht anerkannten, einen Beschluss dagegen fassen wollte, entschied dann

614 Oplatka, Andreas: Graf Stephan Széchenyi. Der Mann, der Ungarn schuf; Wien, 2004, S. 419.
615 Die Trauer war landesweit, schreibt Hanák. Vgl.: Hanák, Geschichte Ungarns, S. 138.
616 Vgl.: Oplatka, Graf Stephan Széchenyi, S. 419-447.
617 Vgl.: Radvánszky, Das ungarische Ausgleichsgesetz, S. 94.
618 Vgl.: Halász, Geschichte Ungarns, S. 172.
619 Vgl.: Hanák, Geschichte Ungarns, S. 138.
620 Hanák, Geschichte Ungarns, S. 139.

mit einer knappen Mehrheit für die Fraktion Deák Ferenc', eine Stellungnahme zu beschließen, aus der die Meinung des Reichstages hervorging. Dieser erklärte, dass für ihn die Gesetzgebung von 1848 Verhandlungsgrundlage sein solle.[621] Denn die Politik dieser Jahre in Ungarn entwickelte sich stetig – eng verbunden mit Deák Ferenc[622] – dazu, den Dualismus von 1848 wiederherzustellen. Dabei war die vom Landtag formulierte Adresse ein entsprechendes Zeichen, weiter zu verhandeln und immerhin keine Ablehnung der Gesetze und damit symbolisch des Kaisers bedeutete – zumal die Gruppe um Deák der Anerkennung des Kaisers grundsätzlich nahe war. [623] Dies wurde seitens der Regierung in Wien ausgeschlossen. [624] Die Folge war die erneute Auflösung des Landtages von Ungarn unter dem Protest der Parlamentarier sowie die Wiedereinführung des absolutistischen Regierens durch den Kaiser. Ein erneuter Aufstand blieb dennoch aus: intern verhindert durch die Unberechenbarkeit der bäuerlichen Bevölkerung sowie der eigenen Minderheiten, extern unterbunden durch ein ausbleibenden Angriff auf die Monarchie seitens Italiens. „Die führende Schicht des ungarischen Widerstandes geriet sowohl im Lande selbst wie auch in der internationalen Arena in die Isolierung“[625].[626]

Erst 1865 erfolgte die Sistierung des Februarpatents. Die so reichsweit vorgenommene Außerkraftsetzung des stärker zentralistisch geprägten Reichsgefüges ermöglichte dem Kaiser die Verhandlungen mit dem ungarischen Reichstag, der Endes des Jahres 1865 wieder tagte. Doch neben diesem politischen Verhandlungsfeld, scheitert 1866 die habsburgische Monarchie auf einem anderen, dem des Deutschen Bundes. Nachdem das Königreich Preußen gegen die Bad Gasteiner Beschlüsse verstieß und nach einem Austritt aus dem Deutschen Bund das habsburgisch verwaltete Holstein besetzte, kam es zum Krieg zwischen den beiden Adelshäusern, der in Hradec Králové[627] zu Ungunsten von Kaiser Franz-Josef endete. Nach diesem verlorenen Krieg sowie der damit verbundenen Auflösung des Deutschen Bundes und dem parallel entstandenen

621 Vgl.: Halász, Geschichte Ungarns, S. 172-173
622 Vgl.: Bogyay, Geschichte Ungarns, S. 113.
623 Vgl.: Hanák, Geschichte Ungarns, S. 139.
624 Vgl.: Bogyay, Geschichte Ungarns, S. 114; Hanák, Geschichte Ungarns, S. 139.
625 Hanák, Geschichte Ungarns, S. 139.
626 Vgl.: Hanák, Geschichte Ungarns, S. 138-139.
627 Königgrätz.

Verlust von Venetien an das Regno d'Italia[628] konzentrierte sich die Wiener Reichspolitik auf die zweitgrößte Bevölkerungsgruppe des Reiches, die Magyaren. Sie waren eine der bedeutendsten Bevölkerungen des Reiches und eine jener mit einer besonders starken staatspolitischen Tradition.

„Wenn die Not auch immer mehr verarmte Adlige zum Einlenken bewegte, wurde der Wiener Regierung doch durch die Geschehnisse, wie den ungarischen Steuerstreik von 1860, peinlich daran erinnert, daß dieses Staats- und Nationalbewußtsein noch eine reale Macht war, die kein anderes nichtdeutsches Volk der Monarchie besaß."[629]

Dies wurde insofern positiv aufgenommen als das auch jener Teil der ungarische Führungsschicht, die in der Mitte des Jahrhunderts noch den politischen Ideen Kossuths folgte, mittlerweile einen Ausgleich weniger ausschloss, woran fehlender Erfolg sowie, im Fall der Konföderationsidee Kossuths, fehlende Möglichkeiten der Umsetzung Ursachen sein mögen. Jedoch lehnte er weiterhin den Ausgleich ab und machte dies in verschiedenen Formen wie „Studien, Artikeln und Briefen"[630] deutlich.[631]

Damit stand die Position Kossuths in einem grundsätzlichen Widerspruch zu Deák Ferenc' Position, die er 1865 in einem Brief kommunizierte. Konträr entgegen Kossuth 1849er Unabhängigkeitspolitik heißt es dort unter anderem: „[...] de készek leszünk mindenkor törvényszabta úton saját törvényeinket a birodalom. szilárd fennállhatásának biztosságával összhangzásba hozni, s a lajtántúli országok szabadságának és alkotmányos kifejlődésének útjában állani soha nem fogunk."[632]

Im Anbetracht der sich so entwickelten Mäßigung der Bevölkerung und des passiven Widerstandes des Adels gegen die Verwaltung agierte Deák in ungarischen Führungskreisen auf eine Weise – der eben zitierte Satz ist ein Beispiel – dass bis 1867 eine sichere Mehrheit für einen Ausgleich entstand,

---

628 Königreich Italien.

629 Bogyay, Geschichte Ungarns, S. 115.

630 Hanák, Geschichte Ungarns, S. 142.

631 Vgl.: Hanák, Geschichte Ungarns, S. 142.

632 Deák Ferenc: „Húsvéti cikk"; in: Pesti Napló vom 16. April 1865; im Internet verfügbar unter http://kerdem.blog.hu/2013/04/16/ma_148_eve_jelent_meg_a_pesti_naploban_deak_ferenc_husveti_cikke, 25. Juni 2014, sowie veröffentlicht in Kónyi, Mano: Deák Ferenc Bezedei; Band 3, Budapest, 1889, S. 309-310. Auf Kónyi verweist auch Radvánszky, Das ungarische Ausgleichsgesetz, S. 98 und übersetzt diese Passage wie folgt: „wir werden immer bereit sein, unsere Gesetze auf verfassungsmäßigem Wege in Einklang zu bringen mit den Bedürfnissen der Sicherheit und Festigkeit der Monarchie, und wir werden niemals ein Hindernis bilden für die freiheitliche und verfassungsmäßige Entwicklung der österreichischen Kronländer." Radvánszky, Das ungarische Ausgleichsgesetz, S. 98.

während sich Kaiser Franz Josef von Kaiserin Elisabeth ebenso wie von Ministerpräsident Freiherr Ferdinand von Beust von der Idee überzeugen ließ, mit dem ungarischen Landtag trotz großer Widersprüche über einen Ausgleich zu verhandeln. Beschlossen wurde das Gesetz dann 1867. So erfolgte die Krönung des Königs im Juni 1867 in Buda. Außerdem ernannte der Kaiser noch im Februar Krönung Graf Andrássy Gyula zum Ministerpräsidenten. [633] „Der Ausgleich erkannte Ungarn oder 'die Länder der ungarischen Krone' als souveränes Königreich an, das mit den 'im Reichsrat vertretenen Königreichen und Ländern' […] durch Realunion verbunden war.“[634]

1.2 Auf dem Weg Budapest zu werden: Buda, Óbuda und Pest sowie Wien zwischen Revolution und den infrastrukturellen Folgen des Ausgleichs

Wird über die Vereinigung der ungarischen Städte geschrieben, so wird dies zumeist mit einem Blick auf den Ausgleich getan. Das geschieht in dem Sinne, als dass die erste Verordnung der Vereinigung von Buda und Pest, seinerzeit von Bertalan Szemere bereits am 24. Juni 1849 unter Bewilligung von Kossuth Lajos erlassen in größeren Zusammenhängen unberücksichtigt bleibt. Das mag vor allem an den fehlenden unmittelbaren Folgen dieser Ordnung liegen, die nicht weiter implementiert werden konnte.[635]

Die Reaktion Wiens auf diese Vereinigungsverordnung unmittelbar nach dem Ende der Revolution war eine erneute Aufteilung der beiden Städte. Nichtsdestotrotz bildete Pest-Buda einen der fünf Verwaltungsbezirke, in die das Königreich Ungarn 1849 eingeteilt war. Darüber hinaus kam es auf kommunaler Ebene im Dezember des gleichen Jahres zu einer „administrativ[en] und steuerlich[en]“ Eingliederung Óbudas in die Gemeinde Buda. Dennoch blieb die Besetzung von Stellen im Verwaltungsapparat sowie die Art und Weise wie Menschen Mitglieder der Gemeinderatsausschüsse werden konnten, durch die neoabsolutistische Einsetzungspraxis des königlichen Statthalters in Budapest begrenzt. Um neben dem umfassenden Polizei- und Justizapparat auch militärisch auf erneute

633 Vgl.: Bogyay, Geschichte Ungarns, S. 116; Halász, Geschichte Ungarns, S. 175.

634 Bogyay, Geschichte Ungarns, S. 117.

635 Vgl.: Hauszmann, Geschichte Budapests, S. 100.

Aufstände vorbereitet zu sein, wurde nicht zuletzt auf dem Géllert-hegy die Zitadelle errichtet.[636] Die realisierten Befestigungsanlagen auf dem Hügel sind jedoch aufgrund ihrer Unvollständigkeit gegenüber dem Ursprungsplan von Zitterbarth Mátyás und Kasselik Ferenc nur ein kleiner Teil, die militärstrategisch wertlos sind. Dennoch erfüllte die Anlage insofern ihre Funktion, als dass sie abschreckend wirkte. Das Gebäude war „in deren [der Bevölkerung Budapests; Anm. d. A.] Augen [...] verhaßt. […] Die öffentliche Meinung befaßte sich unaufhörlich mit der Schleifung der Zitadelle.“[637]

Insofern waren die Wiener Militärgebäude, die als Reaktion auf die Ereignisse 1848/49 errichtet wurden, deutlich konsequenter ausgebaut: Sowohl das Arsenal als auch die Kaiser-Franz-Jospehs-Kaserne sind realisiert worden und später wurde noch die Roßauer Kaserne ergänzt. Nachdem die erstgenannte Kaserne östlich, die Zweitgenannte westlich der Stadt liegt, wurde deutlich, dass „die Stadt militärisch gleichsam in die Zange“[638] genommen werden konnte. Der Wille, die Stadtbevölkerung Wiens möglichst ähnlich wenig Freiraum zur politischen Partizipation zu geben, schlug sich unterdessen in Wien dadurch nieder, dass bis 1853 der Belagerungszustand aufrecht erhalten wurde. Die Jahre nach der Revolutionen ermöglichten, wie bereits oben knapp angedeutet, trotz der nicht vollständigen Umsetzung der 1848er Forderungen ein gewisses Wirtschaftswachstum, dass sich sowohl in Budapest wie in Wien beobachten lässt. So führte der ökonomische Aufschwung der Stadt spätestens ab den 1850er Jahren durch die Investitionen des Bürgertums zu einigen Firmenneuansiedlungen aber auch kommunale Einrichtungen wurden gegründet. 1850 vergrößerte sich Wien außerdem über die bisherigen Stadtgrenzen des Mittelalters hinaus um 34 Vorstädte und umfasste dadurch dann 431 000 Einwohner.[639]

Bereits im folgenden Jahr wurde der Gemeinde jedoch durch das “Silberpatent” wieder die Möglichkeit der politischen Teilhabe genommen, da die Verfassung von 1849 damit außer Kraft gesetzt und der Absolutismus wiederhergestellt wurde. Sympathien für den Hof gibt es erst wieder ab 1854 als Franz Joseph Prinzessin

636 Vgl.: Hauszmann, Geschichte Budapests, S. 104-106.

637 László, Gerő: Zitadelle; in: Tóth-Epstein, Elisabeth (Hrsg.): Historische Enzyklopädie von Budapest; Budapest, 1970, S. 420.

638 Pohanka, Reinhard: Eine kurze Geschichte der Stadt Wien; Wien, Köln, Weimar, 1998, S. 173.

639 Vgl.: Pohanka, Geschichte der Stadt Wien, S. 173.

Elisabeth von Bayern heiratete. Der Ausbau der Stadt wurde vom Magistrat ebenso wie vom Kaiser gegen den Willen des Militärs fortgesetzt und so wurde Mitte der 1850er Jahre der Glacis punktuell zurückgebaut und 1857 beschloss der Kaiser den Rückbau der Festungsanlagen zu Gunsten der darauf zu errichtenden zukünftigen Ringstraßen.[640] Nach Ausschreibung für Bebauungsvorschläge und Abriss wurde die Ringstraße 1865 vom Kaiser eröffnet. Der Straßenbau war finanziert durch die Verkaufseinnahmen der Grundstücke entlang der Straßen, die an Bürgertum und Adel veräußert worden und im Anschluss zusätzlich zu verbliebenen staatlichen Bauvorhaben wie Votivkirche, Rathaus und Reichsratsgebäude in Konkurrenz traten und so hochrepräsentative Bauten errichtet wurden.[641] „Der Ring ist nicht zuletzt der bauliche Ausdruck eines Triumphes des Liberalismus, die materielle und symbolische Repräsentation eines wie auch immer verspäteten und widersprüchlich zur dominierenden Wirtschaftsverfassung aufgestiegenen (Finanz-)Kapitalismus. Und doch ist (mit Ausnahme der dem Kaiserkult zugedachten Votivkirche) de facto jedes einzelne Ringstraßengebäude in seiner Gestaltung, Situierung und Kontextualisierung die sehr konkrete Projektion einer Konkurrenz höchst unterschiedlicher Machtansprüche und kultureller Ambitionen.“[642]

Trotz der sehr prunkvollen und architektonisch unterschiedlichen Bauvorhaben blieb vor allem der Glacis weitestgehend erhalten. Er sollte eine gewisse Linie markieren, hinter der nach dem Ende der Bauphase die Vorstädte mit der großen Menge an “rebellischem Proletariat” lagen und so von der Stadt zu trennen versucht worden sind.[643] Diese Vororte sind es allerdings auch, die stetig Zuwanderung beziffern können und kontinuierlich wachsen und so dem Wachstum Wiens entgegenstehen. Daher folgt eine weitere Eingemeindung vom damals X. Bezirk, Favoriten. Dieser wie andere Vorstädte entwickeln sich zum wesentlichen Siedlungsgebiet der Arbeiterschaft die dort in Fabriken arbeiteten “und in schnell errichteten Zinskasernen Unterkunft findet.” Verelendung und Krankheit, vor allem

640 Vgl.: Pohanka, Geschichte der Stadt Wien, S. 174.

641 Vgl.: Pohanka, Geschichte der Stadt Wien, S. 177.

642 Maderthaler, Wolfgang: Von der Zeit um 1860 bis zum Jahr 1945; in: Csendes, Peter / Opll, Ferdinand (Hrsg.): Wien. Geschichte einer Stadt. Band 3: Von 1790 bis zur Gegenwart; Wien, Köln, Weimar, 2006, S. 175-524, hier S. 179.

643 Vgl.: Pohanka, Geschichte der Stadt Wien, S. 178.

die Lungentuberkulose, sind prägend.[644]

So kam es nach 1850 weitere 11 Jahre später zu einer erneuten Stadterweiterung. Diese zwei Erweiterungen vergrößerten die Stadt um einfach-bürgerliche Siedlungsgebiete innerhalb des Walls und um Vororte, die besonders von Industrie geprägt waren. Damit verbunden differenziert sich die Stadt in ihrer räumlichen Gliederung weiter aus: Während innerhalb des Walls bürgerliche Wohnquartiere dominierten, wurden die äußeren Bezirke von verarmten Bevölkerungsteilen bewohnt, sofern überhaupt Wohnungen vorhanden waren. Denn „[e]iner Bevölkerungszunahme von rund 40 Prozent zwischen 1830 und 1850 war lediglich eine etwa zehnprozentige Vermehrung des Wohnungsbestandes gegenübergestanden." Letztendlich entstand mit dem Ring ein Straßenzug, der zwar in sich unterschiedliche Interessen konkurrieren ließ, jedoch nach Außen die Elite der Bevölkerung abschottete von den ärmeren Teilen der Bevölkerung außerhalb des Ringes. Die sozialräumliche Segregation wurde manifestiert. Selbst das kleinere und mittlere Bürgertum wich aus dem Ring in andere eng an die Innenstadt angrenzende Viertel und verdrängt so wiederum ärmere Menschen nach weiter außen. Verstärkt wurde diese Raumaufteilung durch das Fehlen entsprechender Verkehrsanbindungen, die es vor allem den oberen Gesellschaftsschichten ermöglicht hätte, sich schnell zwischen dem bedeutenden Zentrum und den äußeren Teilen der Stadt zu bewegen. Durch weitere Unternehmensansiedlungen am Stadtrand im Süden und Nordosten bildeten sich noch vor dem Ausgleich ebenfalls Arbeiterquartiere um die Firmenstandorte. Umgesetzt wurden sie vor allem durch schachbrettmusterähnliche Straßenzüge, die sich gemäß der zweiten Wiener Bauordnung vom 23. September 1859 durch Geradlinigkeit auszeichnen mussten.[645]

In Budapest lassen sich neben der bereits erwähnten symbolischen Landmarke in der städtischen Landschaft auch ökonomische Entwicklungen beobachten. So beginnen sich spätestens mit den 1850er Jahren erste Fabrikviertel zu entwickeln, die als Vororte um die städtischen Gemeinden herum entstanden. Bedeutende Industriezweige sind dabei der Eisenguss, der untrennbar mit den Namen Ganz verbunden sind. 1845 als Gießerei gegründet, entwickelt sich dieses Unternehmen

644 Vgl.: Pohanka, Geschichte der Stadt Wien, S. 179.

645 Vgl.: Maderthaner, 1860 bis zum Jahr 1945, S. 183.

im Umfeld einiger anderer Firmen in der Metallverarbeitung im Großraum Budapest zu einem führenden Schwermetallbetrieb [646] . Eine der bedeutendsten städtebaulichen Änderungen im Zentrum zwischen den beiden Stadtteilen waren die Baumaßnahmen zu den Donaukais womit die Donauregulierung innerhalb der urbanen Region teilweise erfolgte. [647] Bereits im Rahmen der Arbeit einer „Verschönerungskommission", eingesetzt von Palatin Erzherzog Joseph, wurden in Pest klassizistische Elemente schon vor der Revolution umgesetzt, während das Kiskörút [648] in den Jahren davor entstand, wo zuvor Stadtmauer und eine der Landstraßen waren. [649]

Großereignisse – ähnlich der Hochzeit in Wien – waren es auch in Budapest, die hier zu einer Entspannung in der Bevölkerung führten, aber gleichfalls zu Modernisierungen im Stadtbild. Symbolisch wurde für den Besuch des Königs im April 1852 in Buda Festbeleuchtung angebracht. Diese sollte „Ausdruck der grenzenlosen Freude der gesamten Bevölkerung"[650] über den Besuch des Königs sein. Die „Rückkehr der Heiligen Stephanskrone samt Krönungsinsignien" nach Budapest im Herbst 1853 wurde ebenfalls gefeiert nachdem diese Gegenstände während der Revolution bei Orsova vergraben wurden. Doch ebenso schienen die folgenden nationsbezogenen symbolischen Akte die gesellschaftliche Zurückhaltung und den passiven Widerstand zu wandeln. Vor allem drei Ereignisse sind hier von Bedeutung. Zuerst die Feierlichkeiten zum 100. Geburtstag von Kazinchy Ferenc, die 1859 begangen wurden. Ähnlich wichtig war die Gedenkdemonstration von Studierenden die, ein Jahr darauf, an die Revolution von 1848 erinnern sollte. Während dieser Kundgebungen kam es allerdings zum Zusammenstoß mit der Polizei und so waren Verletzte und auch ein Toter zu beklagen. Anfang Mai wurde außerdem ein Requiem begangen, denn in und um die innerstädtische Pfarrkirche Pests trauerten, wie bereits beschrieben, viele

646 Vgl.: Hajnal, Anett: Die Ganz-Werke um die Wende des 19./20. Jahrhunderts in Budapest – schöne alte Welt oder schlimme Ausbeutung? Ein Bericht über verschiedene Lesarten von Bürgern und Arbeitern; Vortrag vom 11. April 2014, gehalten auf der Konferenz „Wirtschaft und Erinnerung. Industrie und Handel zwischen Traditionalismus, Identitätsbildung und Musealisierung", Chemnitz, 2014.

647 Vgl.: Vörös, Budapests Weg zur Großstadt, S. 40-41.

648 Dies betrifft die heutige Strecke von der Szabadság híd, Vámház tér, Vámház körút, Múzeum körút, Karoly körút Deák tér.

649 Vgl.: László, Gerő; Berza, László: Ansiedlungsgeschichte; in: Tóth-Epstein, Elisabeth (Hrsg.): Historische Enzyklopädie von Budapest; Budapest, 1970, S. 11-37, hier S. 18-19.

650 Hauszmann, Geschichte Budapests, S. 106.

Menschen um Széchenyi István, der einen Monat zuvor in Döbling verstarb. Ungeachtet dessen wurde für die städtischen Gemeinden eine neue Sprachregelung beschlossen. Gemäß der Beschlüsse der Gemeinderäte wurde Ungarisch noch 1860 zur Verwaltungssprache in Buda und Pest. Das Oktober- und das darauf folgende Februardiplom wurden ebenso wie vom Landtag nicht von den Gemeinderäten Budas und Pests angenommen, worauf deren Auflösung erfolgte. Doch die wirtschaftliche Entwicklung war nach wie vor bedeutend für das Reich, dies zu zeigen vermochte eine Wirtschaftsmesse 1865, bei der selbst König Franz Josef I Pest besuchte.[651]

Der Ausgleich führte in Budapest im Zuge der so gewonnenen unabhängigeren politischen Gestaltungsmöglichkeiten zu größeren Stadtplanungen die vor allem durch den Hauptstädtischen Rat für Öffentliche Arbeiten koordiniert wurden. Der Rat selbst war direkt dem Ministerpräsidenten zugeordnet, womit die Bedeutung Budas und Pests für die Regierung deutlich wird. „Auf Grundlage der Ergebnisse eines internationalen Planwettbewerbs wurde 1872 ein umfassender Regulierungsplan für die Hauptstadt ausgearbeitet“[652]. Mit dem Gesetz von 22. Dezember 1872 kam es somit zur Gründung der Hauptstadt unter dem Namen Budapest. Ein Jahr darauf wählte die Generalversammlung der Stadt “Károly Ráth zum Oberbürgermeister (1873-1897), Károly Kammermayer zum Bürgermeister (1873-1896) und Károly Gerlóczi zum stellvertretenden Bürgermeister (1873-1897)”[653].[654]

Durch die landesweite Modernisierung war auch der Sitz des Landtages, Buda sowie Pest als politisch mittlerweile sehr starke Gemeinde verbunden. Denn bis dato existierte keine tatsächliche ungarische Hauptstadt im nominellen Sinn. Allein Buda oder Pest erfüllten allerdings auch nicht die Kriterien, um auf Monarchieebene vergleichbar neben Prag oder Wien stehen zu können. Die Voraussetzungen dafür wurden jedoch schnell geschaffen. Auf der Grundlage eines sogenannten Enteignungsgesetztes von 1868 konnten Flächen im Stadtgebiet für städtebauliche Maßnahmen verwendet werden. Gleichzeitig wurde der Stadtkredit zum Ausbau der Infrastruktur und wichtiger Gebäuden in Pest per

651 Vgl.: Hauszmann, Geschichte Budapests, S. 107.
652 Vörös, Budapests Weg zur Großstadt, S. 41.
653 Hauszmann, Geschichte Budapests, S. 112.
654 Vgl.: Vörös, Budapests Weg zur Großstadt, S. 41.

Gesetz steuerfrei. Entsprechend dem vom Landtag verabschiedeten Gesetz war der neugegründete Rat für Öffentliche Arbeiten zuständig - “u.a. die Anfertigung von Stadtregulierungsplänen sowie Ausbau und Regulierung der Hauptverkehrsstraßen”. Sein erster Vorsitzender war Podmaniczy Frigyes, der dieses Amt von 1873 bis 1905 innehatte. Nach der Ausschreibung für einen umfassenden Bau- und Entwicklungsplan im Jahr 1871 bekam Lechner Lajos den Auftrag sein Konzept umzusetzen.

1892 wurde Budapest von Franz Joseph I. zur neben Wien gleichberechtigten Residenzstadt erhoben. Dies mochte auch dem Faktum geschuldet gewesen sein, dass bereits unmittelbar nach der Einigung der Stadtteile zu Budapest und der Neugründung beziehungsweise Eingemeindung von Arbeitervierteln die neue ungarische Hauptstadt ökonomisch wie politisch im ungarischen Königreich zentraler Knotenpunkt war. Die liberale Wirtschaftspolitik der “Tisza-Ära”, durchgesetzt von Graf Tisza Kálmán, der 15 Jahre lang bis 1890 Ministerpräsident Ungarns war, führte in Budapest zum erheblichen ökonomischen Wachstum, der selbst 1873 durch den Wiener Börsenkrach nicht nachhaltig geschwächt wurde, wenn er auch für den Moment zu einem starken Einbruch führte. Bedeutend war ausländisches Kapital, dass in die Banken vor Ort floss und diese wiederum circa 47% des Kapitals der Industriegesellschaften besaßen. “In Budapest gab es 1896 schon 17 Banken, 10 Sparkassen und 30 Kreditgenossenschaften”[655].[656]

Entsprechend durch die politischen Ambitionen der ungarischen Eliten vorangetrieben[657], wuchs die Stadt in Konkurrenz zu Wien sowohl in der Einwohnerzahl als auch in ihrer Fläche schnell an. Vorbilder waren London mit „einer professionalisierten Fachverwaltung“[658] und Paris, denn „Paris verkörperte zentralisierte Macht und Administration zur Sicherung faktischer und symbolischer

655 Hauszmann, Geschichte Budapests, S. 113.

656 Vgl.: Hauszmann, Geschichte Budapests, S. 112-113.

657 Vgl.: Melinz, Gerhard / Zimmermann, Susanne: Großstadtgeschichte und Modernisierung in der Habsburgermonarchie; in: Dies. (Hrsg.): Wien – Prag – Budapest: Blütezeit der Habsburgmetropolen; Urbanisierung, Kommunalpolitik, gesellschaftliche Konflikte (1867-1918); Wien, 1996, S. 15-33, hier S. 22; als Überblick geeignet ist Sipos, András: „Stammeshäuptlinge“ und Reformer. Kräfteverhältnisse und Strukturen in der Budapester Kommunalpolitik 1873 bis 1914; in: Melinz, Gerhard / Zimmermann, Susanne (Hrsg.): Wien – Prag – Budapest: Blütezeit der Habsburgmetropolen; Urbanisierung, Kommunalpolitik, gesellschaftliche Konflikte (1867-1918); Wien, 1996, S. 108-122; vgl. ebenso Ságvári, Agnes: Budapest als ungarische Nationalhauptstadt und Berlin als „europäisches“ Vorbild (1867-1937); in: Brunn, Gerhard / Reulecke, Jürgen (Hrsg.): Metropolis Berlin. Berlin als deutsche Hauptstadt im Vergleich europäischer Hauptstädte 1871-1939; Bonn, Berlin, 1992, S. 445-470, hier S. 446-448.

658 Ságvári, Budapest als ungarische Nationalhauptstadt, S. 458.

Suprematie im Lande“[659] während darüber hinaus Berlin als Anregung für neuere Stadtentwicklungspolitik galt, beispielsweise in den Bereichen der Kommunalwirtschaft oder der Bildungspolitik[660]. Dies führte dazu, das Budapest 1910 bereits 900 000 Einwohner[661] hatte. Die ökonomische Entwicklung der ungarischen Hauptstadt war somit insgesamt in der Zeit bis zum Ersten Weltkrieg vor allem durch eine Modernisierung in der agrarisch geprägten Wirtschaft „und damit verbundenen Export- und Finanzinteressen“[662] dominiert. „Dies galt in beträchtlichem Ausmaß selbst für die Periode seit den 1890er Jahren, als ein zweiter großer Industrialisierungsschub die Ausbildung neuer großer Leitsektoren (Maschinenbau und Stahl, später auch Elektroindustrie) mit sich brachte, die sich wiederum stark auf die Agglomeration Budapest konzentrierten“[663].[664]

659 Ságvári, Budapest als ungarische Nationalhauptstadt, S. 458.

660 Vgl.: Ságvári, Budapest als ungarische Nationalhauptstadt, S. 458-461.

661 Vgl. als Gesamtüberblick: Faragó, Tamás: Die Budapester Bevölkerungsentwicklung und die Zuwanderung. 1840 bis 1941; in: Melinz, Gerhard / Zimmermann, Susanne (Hrsg.): Wien – Prag – Budapest: Blütezeit der Habsburgmetropolen; Urbanisierung, Kommunalpolitik, gesellschaftliche Konflikte (1867-1918); Wien, 1996, S. 58-72.

662 Melinz / Zimmermann, Großstadtgeschichte und Modernisierung, S. 15-33, 23.

663 Melinz / Zimmermann, Großstadtgeschichte und Modernisierung, S. 15-33, 23.

664 Vgl.: Melinz / Zimmermann, Großstadtgeschichte und Modernisierung, S. 15-33, 22-23.

2. Die beiden Metropolen in der k.u.k.-Monarchie

Mit der Vereinigung der kleineren Städte wurde eine neue Stadt gebildet, die damit die größte und bei Weitem bedeutendste in Ungarn war: Verkehrsknotenpunkt und Ort des größten „Waren-, Kredit- und Arbeitskräftemarktes“[665]. In der Zeit nach der Vereinigung konnte Budapest bis zum Ersten Weltkrieg zu einer der wichtigen Städte für Zentral- und Südosteuropa heranwachsen. Neben der ökonomischen Bedeutung kam Budapest als Hauptstadt außerdem „zentrale politische Verwaltungsfunktionen“. Neben der politischen Relevanz war Budapest auch kulturelles und (massen)kommunikatives Zentrum Ungarns und „schuf Schritt für Schritt ihre eigene spezielle Großstadtkultur“[666].[667] Die kaiserliche und königliche Familie erkannte diese Entwicklung der neuen Großstadtregion mit der Erhebung zur Residenzstadt an und machte damit ihren Charakter als Knotenpunkt in Politik und kulturellem Leben innerhalb des Staatsgefüges deutlich. Trotz der von Wien oder auch Prag zu unterscheidenden Voraussetzungen für die Modernisierung ihrer Landschaften und die Gestaltung von Kommunalpolitik war Budapest das ökonomische Zentrum für den gesamten östlich der Stadt gelegenen Teil des gemeinsamen Staates.[668]

In dem nun folgenden Kapitel wird ausgehend von der Situation nach dem Ausgleich nochmals detaillierter auf die gesellschaftlichen Entwicklungen geblickt. Im Fokus liegen dabei die Städte Wien und Budapest mit ihrer gesellschaftlichen Entwicklung, die damit verbundenen sozialen Spannungen und die Entwicklung politischer Partizipation auf kommunaler Ebene sowie Probleme der Stadtentwicklung und der Kriegszeit und deren Lösungen in den jeweiligen Gemeinden. Nicht zuletzt sind es diese Entwicklungen, die die Grundlage für die kommenden innenpolitischen Brüche Ungarns nach dem Friedensvertrag sowie in der Republik Deutsch-Österreich und gleichzeitig die Basis bilden, auf denen sich die jeweiligen politischen Systeme etablieren und ihr Gedenken ideologisch gefärbt konsolidieren. Diese beiden Bereiche sind insofern von Interesse als, dass sie in einer Gesamtschau die Möglichkeit eröffnen sollen, Zusammenhänge zwischen

665 Vörös, Budapests Weg zur Großstadt, S. 42.

666 Vörös, Budapests Weg zur Großstadt, S. 42.

667 Vgl.: Vörös, Budapests Weg zur Großstadt, S. 42.

668 Vgl.: Melinz / Zimmermann, Großstadtgeschichte und Modernisierung, S. 15.

den „vielfältig miteinander verbundenen Industrialisierungsprozessen“ [669] im Hinblick auf „eine Akzentuierung gesellschaftlicher Polarisierungen und Desintegrationserscheinungen“[670] zu ermöglichen, die wiederum Grundlage sind für die Entwicklungen, die sich daran in der Zwischenkriegszeit anschließen.

2.1 Soziale Entwicklungen und räumliche Ordnung der Bevölkerung

Anschließend an die Makroperspektive der ökonomischen Entwicklungen lässt sich in Hinblick auf eine stärkere städtische Perspektive sagen, dass im Rahmen der Industrialisierung und der wirtschaftlichen Entwicklungen beispielsweise die Löhne sowie die Wohnverhältnisse Indikatoren sind für die Situation in den Städten. So waren die Reallöhne in beiden Städten in etwa vergleichbar, jedoch waren die Anstiege der Löhne in Wien vielmehr mit einer Veränderung der Lebensverhältnisse beziehungsweise einem sozialen Wandel verbunden. Das kann beispielsweise bei Verbesserungen der Wohn- und Arbeitsverhältnisse beobachtet werden. Beides blieb in Budapest aus, weder wohnten die Menschen besser, noch konnten sie sich in sicheren Arbeitsverhältnissen wiederfinden, „Tagelöhnerarbeit, Dienstbotendasein, Wechsel von Beschäftigung und Aufenthalt waren und blieben für Budapest offenbar weitaus charakteristischer als für Wien.“[671] Wobei in Bezug auf die Wohnverhältnisse zu sagen ist, dass in Budapest ein großer Bedarf an Neubauten war und das Bevölkerungswachstum ungleich dynamischer war als in Wien, wo darüber hinaus vor allem Umbauten vorgenommen wurden, um Wohnraum zu schaffen.[672]

Die Lohn- sowie die Wohnsituation stellen dabei vor allem soziale Problematiken der industrialisierten Gesellschaft dar. Die große Menge an Menschen mit äußerst niedrigen Löhnen stellte in den Augen der politischen Eliten, die sich vor allem in der Kommunalpolitik engagierten jedoch eine machtpolitische Gefahr dar. Das Wahlrecht war unterdessen das Mittel, mit dem diese Gefahr versucht wurde, aus

669 Vgl.: Melinz / Zimmermann, Großstadtgeschichte und Modernisierung, S. 16.
670 Vgl.: Melinz / Zimmermann, Großstadtgeschichte und Modernisierung, S. 16.
671 Melinz / Zimmermann, Großstadtgeschichte und Modernisierung, S. 24.
672 Vgl.: Melinz / Zimmermann, Großstadtgeschichte und Modernisierung, S. 24.

dem politischen Prozess fernzuhalten oder eben Zugeständnisse zu machen.[673] Ausgangspunkt für die sozialen Spannungen waren in Budapest sowie in Wien die Reformen, die zum Teil bereits vor dem Ausgleich bäuerliche Bevölkerung emanzipieren sollten. Jedoch entwickelte sich die komplexe Situation eher so, dass „[d]ie liberale Mobilisierung des Bodens, die damit zusammenhängende fortschreitende Realteilung ebenso wie die Pauperisierung breiter (unter-)bäuerlicher Schichten, die soziale Differenzierung der Bauernschaft, der Preisverfall bei landwirtschaftlichen Produkten, Überschuldung und faktische Erschöpfung der Kreditversorgung“ [674] zu einer destabilisierenden Krise in der Landwirtschaft führte. Die wachsende Bevölkerung der 1860er Jahre migrierte entsprechend innerhalb der Grenzen des Staates[675].

„Dorfproletariat, Dorfarmut und ländlicher ‘Überschußbevölkerung’ überhaupt wurden zum Hauptreservoir eines kolossalen Stroms der Nah- und Binnenwanderung, der die (wenigen) industrialisierten Enklaven der Monarchie, vor allem aber das rasch expandierende, boomende Zentrum Wien belieferte.“[676]

Die Technisierung dieser Jahre verstärkte diese Wanderung durch neue Kommunikations- und Fortbewegungsmittel ebenso wie durch eine erhöhte Nachfrage von Arbeitskräften in Industriegebieten. Wien war eines der Hauptziele dieser Bewegung. „Kurzum – die moderne Stadt dominiert, restrukturiert, formt und überformt das Land gemäß ihrer Logik und ihren Bedürfnissen, und das dieserart transformierte und funktional neu bestimmte Land liefert (billige) Arbeitskraft in Massen in die Stadt.“ [677] Die Binnenmigration nach Wien war vor allem durch böhmische und mährische Arbeiter dominiert [678], die sozial segregiert in Randbezirken beziehungsweise vorstädtischen Siedlungen lebten, was zu Plänen führte, Wien in Nationalitätenviertel zu gliedern[679].[680] Ab 1911 sollte in Wien auch

673 Vgl.: Maderthaner / Musner, Anarchie der Vorstadt, S. 21.

674 Maderthaner, 1860 bis zum Jahr 1945, S. 175.

675 Vgl.: Fassmann, Heinz: Die Bevölkerungsentwicklung 1850-1910; in: Österreichische Akademie der Wissenschaften (Hrsg.): Soziale Strukturen. 1. Teilband: Von der feudal-agrarischen zur bürgerlich-industriellen Gesellschaft. Teilband 1/1: Lebens- und Arbeitswelten in der industriellen Revolution; Wien, 2010, S. 159-184, hier S. 172-173.

676 Maderthaner / Musner, Anarchie der Vorstadt, S. 41.

677 Maderthaner, 1860 bis zum Jahr 1945, S. 176.

678 Vgl.: Fassmann, Bevölkerungsentwicklung 1850-1910, S.173; Banik-Schweizer, Renate: Der Prozess der Urbanisierung; in: Österreichische Akademie der Wissenschaften (Hrsg.): Soziale Strukturen. 1. Teilband: Von der feudal-agrarischen zur bürgerlich-industriellen Gesellschaft. Teilband 1/1: Lebens- und Arbeitswelten in der industriellen Revolution; Wien, 2010, S. 185-232, hier S. 193, insbesondere Tabelle 17.

679 Vgl.: Csáky, Ideologie der Operette, S. S. 208; Csáky, Gedächtnis der Städte, S. 135.

680 Vgl.: Maderthaner, 1860 bis zum Jahr 1945, S. 178.

die sogenannte Luegerstadt nach den Plänen von Camillo Sittes entstehen. Es sollte ein Nobelquartier werden, dass mittels einer “Mauer von der [angrenzenden] proletarischen Umgebung abgesondert sein sollte.“[681] Die Umsetzung scheiterte jedoch aufgrund der hohen Ambitionen und die neuen Straßen und Plätzen, die angelegt wurden, diese tragen heute die Bezeichnung Niebelungenviertel.[682]

Während die Männer oftmals in der Industrie arbeiteten, verdienten Frauen vor allem im Haushaltsdienst Geld. Die Dienstmädchen bildeten dabei einen besonders großen Teil dieser Art von Erwerbstätigkeit, lebten im Jahr 1890 – 86 000 Dienstmädchen in Wien – waren es 1910 bereits um die 99 000 Frauen. Circa ein Drittel aller Frauen die Geld verdienten, arbeiteten in dieser Art.[683] Entsprechend dieser Entwicklung lebten in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts zwischen 16% und 18% Tschechen in Wien. Allerdings bekannte sich von diesen vielen Menschen nur etwa ein Drittel bis zu 25% zu Weiher Herkunft wenn Volkszählungen waren.[684] Wien erreicht im Jahr 1910 die Einwohnerzahl von 2 Millionen und einen Anteil nicht in Wien geborener Menschen von 65%.[685] Neben den bereits im vorherigen Kapitel erwähnten städtebaulichen Segregationspraktiken ist vor allem Floridsdorf typisch. Ein bisher weitgehend unbesiedeltes Gebiet wurde auch in diesem Fall einer *tabula rasa* ähnlich empfunden und durch Kapitalinvestitionen mit einer Logik codiert, die „nicht einmal die symbolische Integration in das Stadtganze verlangte.“[686] Die bisherige vor allem aufgrund der geographischen Lage erschlossene Siedlung Floridsdorf wurde infolgedessen besonders intensiv von der urbanisierenden Industrialisierung geprägt. „1910 hatten hier bereits mehr als 100 fabriksmäßige Betriebe, davon sechs mit einer Belegschaftszahl von über 1000 Beschäftigen, ihren Standort – eine Konzentration, wie sie in keinem anderen Stadtteil Wiens auch nur annähernd erreicht wurde.“[687] Besonders die Arbeiter, Arbeiterinnen beziehungsweise soziale

681 Maderthaner / Musner, Anarchie der Vorstadt, S. 147.

682 Vgl.: Maderthaner / Musner, Anarchie der Vorstadt, S. 147.

683 Vgl.: Maderthaner / Musner, Anarchie der Vorstadt, S. 42; Banik-Schweitzer, Renate: Großstädte im gesellschaftlichen Entwicklungsprozess in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts; in: Melinz, Gerhard / Zimmermann, Susanne (Hrsg.): Wien – Prag – Budapest: Blütezeit der Habsburgmetropolen; Urbanisierung, Kommunalpolitik, gesellschaftliche Konflikte (1867-1918); Wien, 1996, S. 34-45, hier S. 40-41.

684 Vgl.: Maderthaner, 1860 bis zum Jahr 1945, S. 176-177.

685 Vgl.: Maderthaner, 1860 bis zum Jahr 1945, S. 178.

686 Vgl.: Maderthaner, 1860 bis zum Jahr 1945, S. 187.

687 Vgl.: Maderthaner, 1860 bis zum Jahr 1945, S. 187.

Randgruppen waren für die Bezirke Simmering, Favoriten, Brigittenau und eben Floridsdorf sehr prägend. Hietzing und Fünfhaus dagegen hatten den kleinsten Anteil an diesen Bevölkerungsgruppen.[688]

Wird die Bevölkerungsentwicklung in Budapest betrachtet, zeichnet sich ein ähnliches Bild. Die Einwohnerzahl entwickelt sich in den 1910er Jahren über die 900 000 Einwohner-Marke, werden die Vorstädte hinzugerechnet, können über 1,5 Millionen Einwohner gezählt werden. Die Stadtplanung war somit vor besondere Herausforderungen gestellt. Breite Hauptstraßen und Plätze wurden ab der 1870er Jahre eingerichtet, erst historistisch und ab 1900 im Jugendstil gestaltet mussten ihnen zum Teil ganze Stadtviertel weichen. Zeitgleich entstanden auch Bürgerhäuser und Repräsentativbauten, so zum Beispiel verlegte die Stadtverwaltung ihren Sitz aus einem baufälligen Gebäude in das Invalidenpalais. Für die Arbeiter wurden in den Außenbezirken der Stadt Mietkasernen errichtet, die nicht zuletzt von äußerst engen Straßenzügen geprägt waren, während Wohnungen vor allem durch den Umbau vorhandener Häuser entstanden. Innerhalb von wenigen Jahrzehnten wurden zwischen 1876 und 1912 drei Donaubrücken errichtet.[689] Bereits seit dem Reformzeitalter in den Jahren vor der Revolution von 1848 strömte stetig Bevölkerung in die Umgebung Budapests. Seit den 1880er Jahren nahm diese Bewegung zu und begann sich auch von den bisher besonders betroffenen Siedlungen Soroksár, Ujpest und Rákospalota auf weitere Gebiete der Budapester Vorstädte auszuweiten. Für die Zeit zwischen 1848 und 1914 war demnach die Zuwanderung nach Budapest analog zu Wien, der größte Wachstumsfaktor für die Bevölkerung der Stadt.[690]

Im Rahmen der Bevölkerungsentwicklung Budapests ist der Anstieg aufgrund von Zuwanderung um die Jahrhundertwende der stärkste. Darüber hinaus verliert das Bevölkerungswachstum im innerstädtischen Bereich deutlich an Bedeutung, denn während das Wachstum der Bevölkerung in den Außenbezirken bis etwa 1880 zwar stärker war als in Bezug auf die inneren Stadtteile, blieb der Anteil der Bevölkerung in den äußeren Stadtteilen lange Zeit sehr klein. Die Binnenmigration der Bürger war dabei die wesentliche Ursache. Zwischen 1877 und 1880

688 Vgl.: Maderthaner / Musner, Anarchie der Vorstadt, S. 55.

689 Vgl.: Vörös, Budapests Weg zur Großstadt, S. 44.

690 Vgl.: Faragó, Budapester Bevölkerungsentwicklung, S. 59.

beispielsweise betrug ihr Anteil am Wachstum 95%, dieser Wert verkleinert sich bis 1910 auf etwa 55%. Damit wandern allein in der Zeit von 1877 bis 1910 mehr als 400 000 Menschen nach Budapest ein.

„Der Schwerpunkt des Bevölkerungswachstums verschob sich so sehr auf die Vorstädte und Randbezirke, dass die Bevölkerung der Innenbezirke der Hauptstadt, die noch zur Mitte des 19. Jahrhunderts 75% der Bevölkerung der Agglomeration ausmachte, am Vorabend des Ersten Weltkrieges kaum mehr die 40%-Marke überstieg“[691].

Dabei stießen die zuwandernden Menschen ebenso auf Probleme des mangelnden Wohnraumes wie auf Verordnungen und Erlässe, die es ihnen schwer machten, sich innerhalb der Budapester Verwaltungsgrenzen niederzulassen, während andererseits die Lebenserhaltungskosten in den Siedlungen außerhalb des Budapest der Jahrhundertwende gleichfalls günstiger waren wie die Miet- und Immobilienkosten. Nicht zuletzt findet diese enorme Zuwanderung ihre Ursachen in der besonders großen Anziehungskraft Budapests als industriellen Zentrums, denn

„[d]ie Urbanisierung und gewerblich-industrielle Entwicklung in den übrigen Landesteilen [blieb] weit hinter dem westeuropäischen Niveau [zurück] und diese Regionen [konnten] daher keine entsprechende Anziehungskraft auf die, aus den Dörfern und aus der Landwirtschaft abwandernde, Bevölkerung ausüben“[692].[693]

Dies lässt sich besonders an der Zahl der in Budapest Geborenen erkennen: diese war sowohl 1920 wie 1880 unter 40% der in der Volkszählung befragten Menschen. Während in Wien eine bedeutende Zuwanderungsgruppe aus Böhmen und Mähren kam, stammten in der Zeit seit dem Ausgleich die meisten Menschen aus ungarischen Gebieten, wobei der Region Felvidék vor dem Ausgleich eine besondere Position als Herkunftsgegend zukam. Felvidék liegt in der heutigen Slowakei.[694] Andere Gebiete waren die Region der Tiefebene Ungarns oder Liptó, Turócz sowie Árva und Szepes, alle vier Orte liegen in der heutigen Slowakei[695]. Dabei zeigte sich die gesamte Zeit vom Ausgleich bis zum Ersten Weltkrieg, dass Menschen mit Berufen, in der Industrie, der unteren Verwaltung oder aber Beamte das höchste Mobilitätsverhalten hatten. Analog war die Binnenmobilität innerhalb der Stadt in diesen Bevölkerungsgruppen deutlich höher als bei anderen. Das heißt, dass sie deutlich öfter den Wohnsitz gewechselt haben als andere

691 Faragó, Budapester Bevölkerungsentwicklung, S. 62.
692 Faragó, Budapester Bevölkerungsentwicklung, S. 64.
693 Vgl.: Faragó, Budapester Bevölkerungsentwicklung, S. 62-64.
694 Vgl.: Faragó, Budapester Bevölkerungsentwicklung, S. 66-67.
695 Vgl.: Banik-Schweizer, Prozess der Urbanisierung, S. 195.

Gruppen.[696]

Diese äußerst lokal-mobile Gruppe an Menschen war allerdings auch jene, die in einer hohen Abhängigkeit zu den Unternehmern in den sie beschäftigt waren, stand. Vor allem in Budapest sowie im Wiener Neulerchenfeld[697] lässt sich ein Aufheben der im Zuge der Modernisierung vollzogene Trennung von Wohnraum und Arbeitsbereich [698] durch Arbeiterkolonien beziehungsweise Heimarbeitswohnungen wieder beobachten: die Wohngebäude gehörten oft den Arbeitgebern, was bei einer Entlassung automatisch zu einem Wohnsitzwechsel führte. [699] Dies war jedoch nur ein Zeichen der großstädtisch polarisierten Gesellschaft, die sich besonders mit dem Beginn der 1880er Jahre in Budapest entwickelte, als die Stadt immer stärker zu einer „Fabrikstadt“ [700] wurde. Die Polarisierung eröffnet sich vor allem im Hinblick des hohen Anteils der Menschen mit niedrigsten Löhnen, die in den 1880er Jahren und den 1890er Jahren immerhin zwischen zwei Drittel bis vier Fünftel der Bevölkerung ausmachten. Dem gegenüber steht eine kleine Elite, die 1886 so beschrieben wird, dass sie vor allem in Vereinen und Gesellschaften aktiv sei.

„Jemand hat berechnet, dass es in Budapest so viele Vereine und Gesellschaften gibt, wonach ein gebildeter, bemittelter Budapester Einwohner während der Arbeitszeit eines Jahres von 8 Uhr morgens bis 8 Uhr abends jeden Tag, in jeder Stunde eine Ausschuss- oder Generalversammlung finden kann, wo er sich für das Gemeinwohl nützlich machen kann“[701],

schrieb ein anonymer Zeitgenosse übertreibend. Die Segregation zwischen dieser hier übertrieben beschriebenen Gruppe der Bevölkerung gegenüber der größeren aber auch deutlich ärmeren Bevölkerung zeigte sich in Budapest durch eine

„mentale Landkarte der Stadt, [die] in 'bekannte' und 'unbekannte' Gegenden zerfiel. Die

696 Vgl.: Faragó, Budapester Bevölkerungsentwicklung, S. 68-69.

697 Vgl.: Maderthaner, 1860 bis zum Jahr 1945, S. 296.

698 Vgl.: Hanák, Peter: Verbürgerlichung und Urbanisierung. Ein Vergleich der Stadtentwicklung Wiens und Budapests; Kulturstudien. Bibliothek der Kulturgeschichte Sonderband 13, in: Hanák, Peter (Hrsg.): Der Garten und die Werkstatt. Ein kulturgeschichtlicher Vergleich. Wien und Budapest um 1900; Wien, Köln, Weimar, 1988, S. 17-59, hier S. 18.

699 Vgl.: Szulovszky, János: Die gewerblich-industrielle Arbeitswelt in Ungarn; in: Österreichische Akademie der Wissenschaften (Hrsg.): Soziale Strukturen. 1. Teilband: Von der feudal-agrarischen zur bürgerlich-industriellen Gesellschaft. Teilband 1/1: Lebens- und Arbeitswelten in der industriellen Revolution; Wien, 2010, S. 379-422, hier S. 420.

700 Gyáni, Gábor: Großstadterfahrung am Beispiel Budapests; aus dem Ungarischen übersetzt von Ulrike Harmat; in: Österreichische Akademie der Wissenschaften (Hrsg.): Soziale Strukturen. 1. Teilband: Von der feudal-agrarischen zur bürgerlich-industriellen Gesellschaft. Teilband 1/1: Lebens- und Arbeitswelten in der industriellen Revolution; Wien, 2010, S. 539-560, hier S. 546.

701 Ohne Verfasser: A Budapesti Társaság; Budapest, 1886, 465-466 zitiert durch Gyáni, Großstadterfahrung am Beispiel Budapests, S. 546.

mentale Entfremdung der von den unteren und armen Schichten bewohnten Stadtteile betraf vor allem die Mittelklasse und die oberen Kreise. Diese, als 'gefährliche Plätze' verbuchten Stadtgegenden gelangten nur ab und zu – vor allem als ethnographische Kuriositäten – ins geistige Blickfeld dieser höheren Familien, vorausgesetzt, dass die deren Existenz überhaupt wahrnahmen.“[702]

Anders und allgemeiner formuliert bestimmt

„[d]ie projektive Segmentierung städtischen Terrains durch das Soziale [...] so symbolisch Differenz von Herrschaft und Abhängigkeit und vielfach auch topographisch die Differenz von Zentrum und Peripherie. Die Vorstadt formiert sich also zuerst im Kopf, bevor sie sich als materielle Konfiguration realisiert.“[703]

Hinzu kommt eine nicht zu vernachlässigende Trennung aufgrund der Einwohner der Vorstadt. „Das Dorf im Kopf schafft ihre Lebenswelt in der Vorstadt, die wesentlich eine mündliche ist. [...] Zentrum und Peripherie sind auch über die Achsen von schriftlicher und mündlicher Kultur stratifiziert.“[704] Die Schrift und damit nicht zuletzt die (politische) Macht obliegt dem Zentrum, das im unschriftlichen Stadtrand eine vermeintlich geschichtslose Zone wahrnimmt, während die Menschen der Vorstädte oral Identitäten schaffen durch Mundartverwendung ebenso wie durch Liedgut oder Dichtung.[705] Die Reaktionen sind in Budapest oben bereits geschildert, das für Wien um 1900 im Folgenden attestierte, lässt sich ebenso auf Budapest übertragen.

“Die Episteme des bürgerlichen Verdachts unterschiedet folgende Kategorien: die Vorstadt als Ort potentieller Rebellion und Revolten, die Vorstadt als Ort der Krankheit, dies Siechtums und der Prostitution, die Vorstadt als Ort der Kriminalität und des Vagantentums, die Vorstadt als Ort ethnisch-kultureller Unordnung und Durchmischung (und damit auch als Projektionsfläche antisemitischer Ressentiments), letztlich also die Vorstadt als sozialpathologisches Geschwür, das den vorgeblichen gesunden Stadtleib zu bedrohen scheint.“[706]

Ebenso wie im Wien zeichnet die zeitgenössische Literatur beispielsweise von der Siedlung Tabán ein Bild, dass von Esoterik, Unheimlichkeit und Vergnügen gleich dominiert ist wie von der kritischen Beschreibung der sozialen Zustände – Armut, Krankheit und Hunger – im entsprechenden Gebiet[707].

Die arme Bevölkerung hatte keine finanziellen Möglichkeiten aus der Segregation

---

702 Gyáni, Großstadterfahrung am Beispiel Budapests, S. 546.

703 Maderthaner / Musner, Anarchie der Vorstadt, S. 14.

704 Maderthaner / Musner, Anarchie der Vorstadt, S. 47.

705 Vgl.: Maderthaner / Musner, Anarchie der Vorstadt, S. 47.

706 Maderthaner / Musner, Anarchie der Vorstadt, S. 89.

707 Vgl.: Gyáni, Großstadterfahrung am Beispiel Budapests, S. 547, Gyáni zitiert hier ausführlich Szentesi, Rudolf [=Kiss, József]: Budapesti rejtelmek; II/1, Budapest, 1874, S. 21f.

zu kommen und die reichere Bevölkerung entfernte sich von Stadtteilen mit Vorortscharakter. So lebten besonders in Budapest reichere Menschen und Großfamilien in der Gegend der, im Hinblick auf das Millenniumsjubiläum im Jahr 1896 neu geschaffene, Andrássy út und das daran anliegende Városliget. Dort dominierten Wohnungen mit mehreren Stockwerken, großen und vielen Zimmer, die äußerst repräsentativen Charakter hatten.[708]

Die Fremderfahrung findet sich analog zu den sozio-ökonomisch bedingten Unterschieden auch, wenn die jüdische Bevölkerung Budapests betrachtet wird. Nicht besonders hochgeschätzt, lebte sie vor allem in der Nähe der Oper, relativ nahe dem Stadtzentrum, jedenfalls aber vor allem vor der einsetzenden Differenzierung der jüdischen Gemeinde relativ dicht beieinander. Gleiches betraf auch Kalvinisten. 40% ihrer Mitglieder lebten in drei aneinander anschließenden Bezirken in Pest. Insgesamt ist die räumliche Aufteilung der Stadt Budapests durchaus jener Einteilung Wiens ähnlich, besonders im Hinblick auf die soziale Aufteilung lassen sich zuweilen gleiche Denkmuster im Umgang mit der Vorstadt beziehungsweise Arbeitersiedlungen beobachten.[709]

Damit ist die gesellschaftliche Situation in beiden Städten durch eine erhebliche Polarisierung geprägt gewesen, die besonders sozial bedingt war. Diese Gegensätze finden sich auch auf der Straße der Städte sowie im Gegensatz von Stadt und Land wieder. Denn während die Bevölkerung alltägliche Schwierigkeiten zu bewältigen hatte, die durch Krankheiten ebenso wie durch Armut in der Stadt wie auf dem Land deutlich wurden, formierten sich entgegen großer Feierlichkeiten wie der Milleniumsfeier in Budapest um 1896 bereits davor Streikbewegung und politische Kräfte, die gegen diese Gegensätze vorgehen wollten.[710]

2.2 Formierung von Massenbewegungen

Die politischen Kräfte waren einander stark entgegengesetzt, wenn beispielsweise der sogenannte „ungarische Kulturkampf“ zwischen Staat und Kirche berücksichtigt wird. Dieser gipfelte am Ende des 19. Jahrhunderts in der laizistischen Gesetzgebung von 1894/95, die die Zivilehe und staatliche Matrikel

708 Vgl.: Hanák, Verbürgerlichung und Urbanisierung, S. 30-31.

709 Vgl.: Gyáni, Großstadterfahrung am Beispiel Budapests, S. 550.

710 Vgl.: Hauszmann, Janos: Ungarn; Regensburg, 2004, S. 200.

einführt und darüber hinaus alle israelitischen Religionen als gleichberechtigt anerkannte[711]. Diese kann als ein bedeutender Schritt der liberalen Politik in Ungarn um die Jahrhundertwende gelten, setzte sie sich doch gegen den Widerspruch Franz Josef I. und den päpstlich unterstützten Widerspruch der Katholiken im eigenen Land durch. Politisch entwickelte sich Ungarn immer stärker in die Richtung eines extremen Kampfes zwischen liberalen und konservativen Ideen. Die Gefahr dieser Entwicklung zu Beginn des 20. Jahrhunderts war vor allem, dass liberale Einflüsse im Institutionengefüge und der weniger liberalen politischen Kultur in diesem „Kampf“ zum Opfer fallen konnten.

Eine sich in dieser Situation entwickelnde neue Erscheinung der Jahrhundertwende in der ungarischen Politik war die Magyarországi Szociáldemokrata Párt (MSZDP), die seit ihrer Gründung 1890 das sogenannte Hainfelder Programm der österreichischen Sozialdemokratie übernommen hatte und vor allem innerhalb der ländlichen und ärmeren Dorfbevölkerung in den östlichen Komitaten auf positive Reaktionen stieß. Mit der so gegründeten Ungarischen Sozialdemokratischen Partei, bekommt die bereits kurz zuvor in Hainfeld etablierte Sozialdemokratische Partei Österreichs[712] einen Partner in Budapest. Auf Basis dieser Faktoren war es auch die ungarische Sozialdemokratie, die sowohl am 1. Mai 1900 als auch in vielen anderen Massendemonstrationen in den Jahren davor federführend agierte. Auf diese Weise verlieh sie ihrer zentralen Forderung, der Verstaatlichung von Privatbesitz und der damit erhofften Befreiung der Arbeiterschaft, Nachdruck. Die staatlichen Reaktionen waren meist mit Unterdrückungen der Kundgebungen durch Gewalteinsatz verbunden. Diese Entwicklungen geschahen unterdessen parallel zu staatlich organisierten Großereignissen, als da die Beisetzung von Kossuth Lájos und die Feierlichkeiten zum 1000jährigen Jubiläum der Landnahme wären.[713]

Ersteres hatte zu Spannungen mit Wien geführt, denen sich die Regierung Wekerle Sándor ausgesetzt sah. Zumal seitens der Dynastie kein Interesse in einem Erinnern an Kossuth stand.

---

711 Vgl.: Gottas, Friedrich: Liberale in Österreich und Ungarn – Versuch einer Gegenüberstellung; in: Erdődy, Gábor (Hrsg.): Das Parteiensystem Österreich-Ungarns; Budapest, 1987, S. 47-70, hier S. 65.

712 Vgl.: Mommsen-Reindl, Margareta: Österreich; in: Wende, Frank (Hrsg.): Lexikon zur Geschichte der Parteien in Europa; Stuttgart, 1981, S. 441-470, hier S. 463.

713 Vgl.: Hauszmann, Ungarn, S. 198-199.

„Through a series of carefully calculated moves in the days and weeks following Kossuth's death on March 20, the Habsburg authority prohibited official paintings, statues or plaques from being commissioned in his honor, and forbade the performance of any theater or opera production that referred to Kossuth's life."[714]

Gleiches galt für das ungarische Parlament sowie die ungarische Regierung und jede offizielle Stelle: es war verboten seitens der Politik auf die Rückkehr des Leichnams aus Turin, wo er lange Zeit lebte, zu reagieren. Auch die Stadt Budapest wurde zunächst davon abgehalten, eine offizielle Trauerfeier zu begehen und selbst der Weg den der Leichnam nehmen sollte, führte „via a carefully laid-out route that would not cross traditional Austrian lands"[715]. Nicht zuletzt galt die Überführung einer Privatperson und keiner Person von offiziellem Rang. Nachdem jedoch der internationale Ruf Kossuth zu einem ebenso internationalen Presseecho führte und zusätzlich die Regierung wenig Willens war, die strengen Regeln aus Wien vollends umzusetzen, wurde der Stadt Budapest durch die ungarische Regierung ermöglicht eine Finanzierung für die Bestattung bereitzustellen[716] und diese zu veranstalten[717]. Diese Gelder ermöglichten letzten Endes doch ein relativ üppiges Begräbnis mit vorheriger Prozession.

„The procession, led by men dressed in the regalia and carrying the standard and flags of the 1848 revolutionary army, was followed closely by one thousand mourning women dressed in black, twenty canopied cars, the clergy, Kossuth's family, deputies, delegates, a contingent of invited peasants, and finally hundreds of small children, all making use of the widest and most visible city streets of the emerging metropolis."[718]

Doch darüber hinaus kam mit dem Erinnerungsverbot für offizielle Stellen in Teilen der ungarischen Bevölkerung abermals die Befürchtung auf, noch für längere Zeit und trotz des Ausgleichs Wien unterworfen und kein gleichberechtigter Partner zu sein.[719] Ungeachtet dessen eröffnete Kaiser und König Franz Joseph I. während der Regierung Bánffy Dezső am 2. Mai 1896 die Festlichkeiten in denen

„Budapest, die junge, starke und reiche Metropole, die unübersehbar stolz auf ihre Modernität und ihren Glanz war. Besonders stolz zeigte man sich über die in aller Eile gebaute Untergrundbahn, die die Erste ihrer Art auf dem europäischen Festland war,

---

714 Barenscott, Dorothy: Trafficking in Photographs. Representational Power and the Case of Lajos Kossuth, Budapest 1894; in: History and Memory, Vol. 22, Nr. 2, 2010, S. 34-67, hier S. 36.

715 Barenscott, Trafficking in Photographs, S. 36.

716 Vgl.: Die Presse vom 22. März 1894, 47. Jhg., Nr. 79, S. 3.

717 Vgl.: Pajkossy, Gábor: Lajos Kossuth; in: Gerő, András (Hrsg.): Die ungarischen Liberalen; Budapest, 1999, S. 151-166, hier S. 166. Pajkossy spricht von keiner konkreten Finanzierung, sondern lediglich vom Veranstalten.

718 Barenscott, Trafficking in Photographs, S. 36-37.

719 Vgl.: Barenscott, Trafficking in Photographs, S. 35-37.

sowie über die elektrischen Straßenbahnen auf den Straßen von Budapest“[720].

Ebenso war die 1896 eröffnete Franz-Jospehs-Brücke eine von drei zwischen 1876 (Márgit Brücke) und 1903 (Erzsébet Brücke) eröffneten Brücken[721].[722] Nun, „[w]er würde wohl beim Aussprechen des Wortes Fin de siècle an zunehmende Funktionsstörungen eines in Auflösung begriffenen Reiches, an parlamentarische Anarchie, wiederholte Regierungskrisen und blutige Demonstrationen denken?“[723] Diese Erscheinungen waren Teil des Alltags in der Wiener und Budapester Moderne. Darüber hinaus sind es die in dieser Frage knapp zusammengefassten Dinge, die das politische Geschehen dominierten und somit ein Ergebnis der gesellschaftlichen Entwicklungen innerhalb Budapests waren.[724]

Die ungarische Regierung musste entsprechend bereits im Vorfeld der Festlichkeiten 1896 dafür Sorge tragen, dass politische Aktivisten nicht Gegenveranstaltungen planen würden. Zu diesem Zwecke wurden 300 Menschen abgeschoben sowie auch besonders radikale Arbeitergruppierungen aufgelöst waren. Dennoch gab es Formationen, die sich kritisch zeigten. Die führende Partei der Opposition, Függetlenségi Párt (FP), ihrerseits eine den Ausgleich ablehnende Partei, die den Rechtszustand von 1848 wiederherstellen wollte, und weitere oppositionelle parlamentarische Gruppen störten deswegen Parlamentsdebatten, ebenso wie sie bei einer Volksversammlung im Rahmen des Festaktes mit circa 1000 Arbeitern die Marseillaise sangen. Als am 1. Mai die Ausstellung zum Millennium eröffnet werden sollte, existierte ein Polizeiverbot das Versammlungen untersagte. Dennoch kamen zwischen 12 000 und 15 000 Menschen mit roten Fahnen zusammen. Einige Tage später kam es zu einem Demonstrationszug mit eigener Kapelle, dessen Ziel eine weitere Versammlung der FP war. Jedoch intervenierte die Polizei so sehr, dass es Verletzte gab und selbst die lokale bürgerliche Presse Unverständnis gegenüber der Art und Weise, wie die Polizei vorging, formulierte. Während des Sommers begannen sich außerdem andere Bevölkerungsteile unter verschiedenen Nationalfahnen zu formieren und zu

720 Hauszmann, Ungarn, S. 200.

721 Vgl.: Hauszmann, Geschichte Budapests, S. 113.

722 Vgl.: Hauszmann, Ungarn, S. 199-200.

723 Hanák, Peter: Die Parallelaktion von 1898. Fünfzig Jahre ungarische Revolution und fünfzig Jahre Regierungsjubiläum Franz Josephs; in: Ders. (Hrsg.): Der Garten und die Werkstatt. Ein kulturgeschichtlicher Vergleich. Wien und Budapest um 1900; Kulturstudien. Bibliothek der Kulturgeschichte Sonderband 13, Wien, Köln, Weimar, 1988, S. 101-117, hier S. 101

724 Vgl.: Hanák, Parallelaktion von 1898, S. 101-102.

demonstrieren.[725]

In einem ähnlichen Spannungsverhältnis steht das fünfzigjährige Thronjubiläum Franz Josephs im Verhältnis zum 50. Jahr seit den Ereignissen von 1848. Bereits vor 1898 kam von Kossuth Ferenc der Vorschlag dieses zweite Jubiläum zu begehen und den 15. März zu einem entsprechenden Jahrestag zu machen[726]. Dabei dominierte in den öffentlichen Verlautbarungen aus Kreisen der FP sonst eine relative Vorsicht. Die Sensibilität Wiens war soweit bekannt, dass erklärt wurde, dass es lediglich um das Erinnern geht, jedoch damit keinesfalls der König, die Dynastie oder die staatliche Ordnung zu Disposition stünden. Ministerpräsident Bánffy ging aber nicht auf diesen Vorschlag ein, sondern blieb der Politik der Jahre zuvor treu, „den Geist der nationalen Opposition [zu] bekämpfen, den Kossuth-Kult [zu] eliminieren“[727]. Sein Vorschlag war infolgedessen, den 11. April zu einem Feiertag zu erheben, jenem Tag 1848 als die freiheitlichen Rechte durch den Kaiser und König sanktioniert worden sind[728]. Die Reaktionen waren entsprechend vernichtend, doch der 15. März wurde längst inoffiziell als Feiertag zu Ehren der Helden auch von 1849 begangen. Das Gesetz, dass schlussendlich den 11. April als Feiertag festlegte[729], betonte unterdessen lediglich die liberalen Ideen, während seitens der Opposition die Bauernbefreiung ebenso fehlte wie ihr der Dank und die Huldigung für den König unnötig erschienen. Es folgten Demonstrationen von Jugendlichen für den 15. März und ein erneutes Einschreiten der Polizei wie es sonst nur gegenüber Arbeiterdemonstrationen der Sozialisten geschah[730]. 1898 wurde der 15. März als Protestfeiertag besonders von jungen Menschen, Studierenden, Oberschülerinnen und Oberschülern ebenso begangen wie von Arbeitergruppen und Landbevölkerung. Es blieb damit ein Missklang in den

725 Vgl.: Vörös, Károly: Milleniumszeit; in: Tóth-Epstein, Elisabeth (Hrsg.): Historische Enzyklopädie von Budapest; Budapest, 1970, S. 221-235, S. 232.

726 Vgl.: Hanák, Parallelaktion von 1898, S. 102. Hanák verweist hier auf az 1896. évi november hó 23-ára hirdetett országgyülés nyomtatványai. Képviselőház. Napló. [Aktenstücke des für den 23. November 1896 verkündeten Reichstages. Abgeordnetenhaus] Bd. XIV. Budapest, Sitzung vom 11. März 1898, 9.

727 Vgl.: Hanák, Parallelaktion von 1898, S. 103.

728 Vgl.: Hanák, Parallelaktion von 1898, S. 103. Hanák verweist hier auf az 1896. évi november hó 23-ára hirdetett országgyülés nyomtatványai. Képviselőház. Napló. [Aktenstücke des für den 23. November 1896 verkündeten Reichstages. Abgeordnetenhaus] Bd. XI, Nr. 345, 192-193; Bd. XIV, Sitzung vom 26. Februar 1898.

729 Hanák, Parallelaktion von 1898, S. 102. Hanák verweist hier auf az 1896. évi november hó 23-ára hirdetett országgyülés nyomtatványai. Képviselőház. Napló. [Aktenstücke des für den 23. November 1896 verkündeten Reichstages. Abgeordnetenhaus] Bd. XIV. Budapest, Sitzung vom 12. März 1898, 38-39.

730 Hanák, Parallelaktion von 1898, S. 102. Hanák verweist hier auf Magyarország, 1. April 1898.

Feierlichkeiten beider Tage, die jeweils den Ereignissen der Revolution gewidmet waren.

Eine Dissonanz zwischen Hof und Teilen der ungarischen Gesellschaft, sowie eine ähnliche Disharmonie zwischen der Regierung, die den Ausgleich anerkannte und einem Teil der Opposition, die nach wie vor den Zustand von 1848 wiederherstellen wollte und den Ausgleich ablehnte, ist erhalten geblieben. Doch selbst innerhalb der ungarischen Gruppierungen lässt sich beobachten, dass keinesfalls offensichtlich war, was die Parteien meinten. Denn während die FP gegenüber der Öffentlichkeit die Unabhängigkeit, die Emanzipation der Bauern von 1848 heraufbeschwörte, verhielt sie sich dennoch gegenüber dem ungarischen König loyal. Die Regierungspartei unterdessen artikulierte eine Königstreue „als sie die Person Franz Josephs mit der Glorie des innig geliebten, konstitutionellen Königs und ihren eigenen Opportunismus mit der Herzenswärme von treue und Hingabe schmückten“[731]. Darüber hinaus zeigte sich das gespannte Verhältnis in der Gesamtmonarchie: denn „[n]icht zwei [Regierungsjubiläum und ungarisches 1848er Jubiläum; Anm. d. A.], sondern ein halbes Dutzend unterschiedlicher Traditionen stießen also bei dieser ominösen Jahreswende am Ende des Jahrhunderts aufeinander“ [732] , da auch die unterschiedlichen Nationalitäten unterschiedliche Deutungen feierten.[733]

Im Laufe des restlichen Jahres 1898 sollte der Kaiser geehrt werden. Erschwert wurde dies abermals von einer politischen Hürde. Denn bis Ende 1898 existierte kein durch die Parlamente verlängerter Ausgleich, sondern nur ein durch die beiden Regierungen festgelegtes Provisorium bis 1903. Nachdem allerdings die Parlamente nicht befragt wurden, löste dies erheblichen Protest in Ungarn aus. Die Festlichkeiten sollten sich aufgrund dieser tagespolitischen Spannungen auf Dankgottesdienste am 2. Dezember beschränken, außerdem gab es diverse Adressen an den Kaiser und König. Jedoch führte das Datum zu Protesten, da am 2. Dezember 1849 die ungarischen Generäle, die gegen die kaiserlichen Truppen kämpften, hingerichtet wurden. Zuletzt wurde Kaiserin Elisabeth am 10. September getötet. Ihr zu Ehren sollte in Budapest eine Statue aufgestellt werden, jedoch war

731 Hanák, Parallelaktion von 1898, S. 106.

732 Hanák, Parallelaktion von 1898, S. 107.

733 Vgl.: Hanák, Parallelaktion von 1898, S. 103-107.

das mit dem Versetzen der Statue von Heinrich Hentzi von Arthurm verbunden. Als Ort für die Hentzi-Statue wurde vom ungarischen Landesverteidigungsministerium die Kadettenakademie in Buda vorgeschlagen. Hentzi jedoch, der innerhalb Ungarns größtenteils als Verräter der 1848er Revolution erinnert wurde und auch von einem ungarischen Standgericht 1848 wegen Verrat zu einer Gefängnisstrafe verurteilt wurde, sollte keinesfalls in einer ungarischen Militärbehörde geehrt werden. Proteste folgten, so dass die vereinende Geste der Ehrung von Kaiserin Elisabeth in den Diskussionen unterging, während am 2. Dezember im Königreich Ungarn kühl der Tag des Königs und Kaisers begangen wurde.[734]

Diese Beispiele verdeutlichen vor allem den Dissens zwischen der Opposition in Budapest und der Regierung. Es sind die wachsenden Spannungen im Hinblick auf andere Bevölkerungsgruppen sowie die politischen Schwierigkeiten, aber auch die internen Zweideutigkeiten beispielsweise der FP, die Großereignisse in Wien in den Jahren davor sowie in den darauf folgenden Jahren noch stärker von einer sozialen Komponente geprägt.

In Wien war bereits 1873 die Weltausstellung ein Zeichen vor allem für eine modernisierte und industrialisierte Gesellschaft, es galt die positiven modernisierenden Seiten der Kommunalpolitik zu präsentieren. Die Vorbereitung zur Ausstellung brachte einen großen Aufschwung in der Bauwirtschaft, denn neben dem Gelände an sich galt es auch Hotels zu bauen und den öffentlichen Personennahverkehr auszuweiten und ein Krankenhaus zu errichten. Vor allem die letzten beiden Vorhaben wurden von der, diesem Großprojekt skeptisch gegenübergestandenen, Gemeinde Wien beigetragen, die ansonsten in ihrer Politik sehr von der Regierung gefördert worden ist. Die Börse in Wien verstärkte den damaligen Wirtschaftsboom spekulativ, woraufhin die vor allem aufgrund großer Kapitalanhäufungen gewachsenen Kredite in Verbindung mit hohen Preisen dazu führten, dass am 9. Mai 1873 acht Tage nach der Eröffnung der Weltausstellung, die Börse zusammen brach.[735] Diese Krise ging sowie die zuvor geschehene erhebliche ökonomische Modernisierung des liberalen Wien – bildlich gesprochen – Hand in Hand mit einer immer stärker gewachsenen sozialen Ungleichheit. Darüber hinaus „blieben Bürgerrechte und die Entwicklung des

734 Vgl.: Hanák, Parallelaktion von 1898, S. 107-110.

735 Vgl.: Maderthaner, 1860 bis zum Jahr 1945, S. 202.

Rechtsstaates Projekte, die nicht entsprechend der eigentlichen Universalität des Liberalismus umgesetzt wurden, beschränkt auf die ökonomische und politische Elite“[736].[737] Die sich daraus entwickelnde Spaltung der Bevölkerung, besonders aber die wirtschaftlich schwierige Zeit für das Kleinbürgertum führte zu einer Radikalisierung, die die Liberalen nicht auffangen konnten. So „kam es zur folgenreichen Verschmelzung von antikapitalistischen mit strukturkonservativen und antimodernistischen Sentiments.“[738] Wachsender Antisemitismus war ebenso eine Folge wie verstärkte Fremdenfeindlichkeit besonders bei jenen, die bisher politisch oder ökonomisch benachteiligt blieben.[739]

Der „Makart-Zug“ markiert innerhalb Wiens diesen Bruch. Zum Anlass der silbernen Hochzeit des Kaiserpaares wurde ein Festzug entlang der Ringstraße veranstaltet. Dieser Zug wurde zur Inszenierung einer Gruppe genutzt, die entsprechend ihrer Kritik an der liberalen Wirtschaftsform mittels Kostümierungen der Renaissance ihre Version einer verklärten glorreichen Vergangenheit des zünftigen Handwerkes darzustellen versucht. Es zeigte sich das Kleinbürgertum. Eine Gruppe die sich als im Liberalismus der Gründerzeit verloren gegangen wägte, aber ihre Lebendigkeit in aller Öffentlichkeit an einem bedeutenden Ort des ökonomischen Liberalismus dieser Zeit zeigen wollte.[740] So war es diese Demonstration sowie andere Erscheinungen, das das Ende der liberalen Regierungszeit in Wien seit Anfang der 1880er Jahre bereits anzudeuten schienen. „[E]s war, wie Friedrich Austerlitz formulierte, die Revolte des 'autochtonen Spißertums' – und es war zugleich mehr.“[741] Karl Lueger wurde bald zur Kristallisationsfigur dieser Bewegung, denn auf Veranstaltungen der Fünfguldenmänner profilierte er sich als rhetorisch begabter Populist. Er formulierte die unklaren „Anti-ismen“ der kleinbürgerlichen Gewerbetreibenden und Handwerker und mobilisierte die sich Stück für Stück strukturierende Gruppe. Basis für die heterogen zusammengesetzte Bewegung waren besonders der Antikapitalismus, der Antisemitismus und der Antiliberalismus, letzterer war das die

736 Maderthaner, 1860 bis zum Jahr 1945, S. 205.

737 Vgl.: Maderthaner, 1860 bis zum Jahr 1945, S. 204.

738 Maderthaner, 1860 bis zum Jahr 1945, S. 205.

739 Vgl.: Maderthaner, 1860 bis zum Jahr 1945, S. 205; Maderthaner / Musner, Anarchie der Vorstadt, S. 187.

740 Vgl.: Maderthaner, 1860 bis zum Jahr 1945, S. 206.

741 Austerlitz, Friedrich: Karl Lueger; in: Die Neue Zeit. Wochenschrift der deutschen Sozialdemokratie; Jhg. 19, Bd. 2, 1901, S. 36 zitiert nach Maderthaner, 1860 bis zum Jahr 1945, S. 217.

Gruppe einende Element. So war Luegers Programm der „unentwegte Kampf gegen das mit Hilfe der Verbreitung des Judentums international organisierte Großkapital“ [742] . [743] Diese Entwicklung war Ergebnis einer Radikalisierung der politischen Kultur, die dazu führte, dass die Gruppen des mittleren und höheren Kleinbürgertums ebenso betraf, wie es die Existenz von Mittelstand sowie armen Bevölkerungsschichten wirtschaftlich derart gefährdete, dass „die auf Balance ausgerichteten Konfliktregelungsmechanismen der tradierten politischen Kultur“[744] ihre Wirkung verlor. [745] Eine bedeutende neue Praxis, der sich politische Bewegungen zeitweise bedienten, waren

„Dekulturationsmuster, um sich selbst zu legitimieren. [...] Die Stigmatisierung von Sprachen, von kulturellen Inhalten oder von Menschen, die plötzlich als ‘Fremde’ apostrophiert aus dem eigenen sozial-kulturellen Kontext ausgeschlossen werden, sind deutliche Indizien eines solchen dekulturativen Verhaltens. Dekulturativ deshalb, weil gerade im sozial-kulturellen Zusammenhang Zentraleuropas bzw. der Monarchie und ihrer Länder die nationale Ideologie nun ganz bewußt und in der Tat mit erstaunlichem Erfolg solche Merkmale des pluralistischen, ethnisch-kulturellen Gefüges auszugrenzen, zu verleugnen und zu ‘vergessen’ versuchte, die zu konstitutiven Kriterien des kulturellen Bewußtseins ihrer Bewohner bzw. bestimmter sozialer Schichten gehört hatte.”[746]

Aus der Radikalisierung, der Entstehung von Massenbewegungen und der Tendenz des Dekulturativen entwickelte sich in Wien ebenso wie in Budapest immer wieder die Situation, dass sich größere Menschenmassen an Prozessionen und Umzügen ebenso wie an Demonstrationen beteiligten. Der oben erwähnte Zug ist nur ein Beispiel. Ein konkreter sozio-ökonomischer Anknüpfungspunkt waren die Wohnungspreise. Sie entwickelten sich vor dem Hintergrund einer großen Menge an Menschen die Wohnraum benötigte aufgrund des äußerst knappen Angebots 1911 in das Unfinanzierbare. Neuer Wohnraum konnte nicht oder nur schwer bezahlt werden, während jene, die Wohnraum hatten selbst trotz widriger Bedingungen auch erhöhte Mieten zahlen mussten um nicht obdachlos zu werden. Das Niveau der Wohnqualität in Budapest und Prag war im Vergleich zu Wien aber noch deutlich niedriger. Zeitgleich stiegen auch die Lebensmittelpreise. Beides führte in den Siedlungen der Mietskasernen immer wieder zu plötzlichen

742 Maderthaner, 1860 bis zum Jahr 1945, S. 219.

743 Maderthaner, 1860 bis zum Jahr 1945, S. 217-219.

744 Maderthaner / Musner, Anarchie der Vorstadt, S. 184.

745 Vgl.: Maderthaner / Musner, Anarchie der Vorstadt, S. 184.

746 Csáky, Ideologie der Operette, S. 230.

Kundgebungen gegen Immobilienbesitzer oder deren Verwalter.[747]

Damit verbunden fand am 17. September 1911 in Wien eine Großdemonstration gegen die Preissteigerungen statt an der „mehr als 100 000“ [748] Menschen teilnahmen. „[S]pontan, öffentlich, massenhaft, tumultuös, anarchisch und archaisch“[749] entwickelte sich der – nicht wie sonst von Ordnern der SDAPDÖ geleitete – Demonstrationszug zunächst in Kundgebungen äußerst friedlich. Durch Zufall – ein Jugendlicher feuerte mit einem Revolver in die Luft – eskalierte die Situation beim Abzug der Menschen. Steine wurden gegen das Rathaus, den Justizpalast und das Gebäude des Verwaltungsgerichts geworfen. Als die Situation auch im 16. Bezirk eskalierte, wo die Menschen durch Sicherheitskräfte hinbewegt wurden, wurden dort ungarische Honvéd-Truppen und Bosnische Kavallerie als Elitetruppen gegen die Demonstranten eingesetzt und am 18. September wurde das Standrecht verhängt. Nach weiteren Zusammenstößen beruhigte sich die Situation erst am 22. September gegen Abend.[750]

Als dies geschah – im Herbst 1911 – war in der Bevölkerung schon eine große Erfahrung entstanden. Organisation, Ablauf und wie die Forderungen am besten artikuliert werden könnten, um zu einem Erfolg zu führen war bereits 1893 bekannt geworden. Protest, Demonstrationen und so die symbolische Aneignung der Straße wurde somit alsbald ein bewährtes politisches Mittel zur Artikulation von Forderungen. 1893 war es die Demonstrationen aufgrund einer deutlichen Radikalisierung besonders im kleinbürgerlich-nationalen Milieu, sie führte 1893 zu einer Reform des Männerwahlrechts. Dabei war die Überlegung der herrschenden Regierungskreise maßgeblich, dass die sich jene bisher nicht einigungsbereiten Gruppen aufgrund einer solchen Ausweitung des Wahlrechts schneller einigen würden, während den demonstrierenden Menschen, vor allem Arbeiterinnen und Arbeiter,

„die Erweiterung des Wahlrechts als eine unmittelbarer Erfolg ihrer Straßendemonstrationen erscheinen [musste]. Ähnliches wiederholte sich 1905 im Zuge der größeren Auseinandersetzungen um die Einführung des gleichen und allgemeinen

747 Vgl.: Maderthaner / Musner, Anarchie der Vorstadt, S. 20-21.

748 John, Michael: „Straßenkrawalle und Exzesse“. Formen des sozialen Protests der Unterschichten in Wien 1880 bis 1918; in: Melinz, Gerhard / Zimmermann, Susanne (Hrsg.): Wien – Prag – Budapest: Blütezeit der Habsburgmetropolen; Urbanisierung, Kommunalpolitik, gesellschaftliche Konflikte (1867-1918); Wien, 1996, S. 230-245, hier S. 235.

749 Maderthaner, 1860 bis zum Jahr 1945, S. 306.

750 Vgl.: John, „Straßenkrawalle und Exzesse“, S. 235; Maderthaner, 1860 bis zum Jahr 1945, S. 306-308.

Männerwahlrechts. Die Krone hatte zur Einschüchterung der rebellischen magyarischen Grundherrenklasse das allgemeine Wahlrecht in Ungarn als ihr Programm proklamiert, die Nachrichten über den Ausbruch einer russischen Revolution im Zusammenspiel mit der großen Manifestation der Wiener Arbeiterschaft auf der Ringstraße verschafften den Argumenten der Straße erneut Gehör und mündeten in der Wahlrechtsreform von 1906.“[751]

Mit diesen Beispielen lässt sich nicht nur eine gewisse Erfolgswahrscheinlichkeit beobachten, sondern auch, dass immer öfter nicht nur eine bestimmte Gruppe von Menschen demonstrierte, sondern sich der Protest später auch immer mehr zu einem allgemeinen Volksprotest entwickelte. So nahmen 1914 an den Demonstrationen gegen Wohnungskündigungen nicht nur Arbeiter teil - es waren auch Kinder, Jugendliche, Frauen beteiligt, selbst Offiziere, sowie gewerbetreibende und bürgerliche „Patrioten“ fanden sich unter den Teilnehmenden. Dennoch lässt sich die oben beschriebene Polarisierung auch hier beobachten, da in Verbindung mit der wohn-räumlichen Segregation sowie die zuweilen unterschiedlichen inhaltlichen Anknüpfungspunkte politische Lage vor allem in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts entstehen.[752]

In den 1890er wie in den 1910er Jahren finden sich in Budapest besonders für das Wahlrecht demonstrierenden Menschenmengen. Die Demonstration am 23. und 24. Mai 1912 kann als ein starkes Zeichen gesehen werden, mit dem „eine Menge von hunderttausend Menschen“[753] von den Vorstädten kommend ins Zentrum zog und dort versuchte, den Parlamentsplatz zu besetzen. Als dies nicht gelang, verbarrikadierten sich die Menschen in den Vorstädten. „Die Barrikade stellt die symbolische Trennlinie zwischen der Vorstadt und der Innenstadt dar, zwischen der bürgerlichen […] Welt und ihrer eigenen engeren Welt.“[754] Der staatliche Widerstand gegen die Besetzung und die folgende Zurückdrängung der Bevölkerung aus dem Stadtzentrum brachte 184 Verletzte sowie 4 Tote, weshalb diese Tage als „blutroter Donnerstag“ bezeichnet werden.[755] Eine Zäsur der Stadtgeschichte mag der 23. Mai 1912 sein. Als Reaktion auf die Eskalation ließ daraufhin der Parlamentspräsident, Graf Tisza István, die Oppositionspolitiker

751 Maderthaner / Musner, Anarchie der Vorstadt, S. 21.
752 Vgl.: John, „Straßenkrawalle und Exzesse“, S. 237.
753 Gyáni, Großstadterfahrung am Beispiel Budapests, S. 559.
754 Gyáni, Großstadterfahrung am Beispiel Budapests, S. 559.
755 Vgl.: Gyáni, Großstadterfahrung am Beispiel Budapests, S. 559.

festnehmen.[756] Dabei sind dies nur einige Beispiele, die zeigen, dass die Formation von Massenbewegungen ortsübergreifend prägend war für jene Zeit.[757] So führten beispielsweise die Proteste und Krawalle zu Beginn der 1880er Jahre ab 1884 zu einem Ausnahmezustand in Wien, der von den Behörden verhängt worden war und bis 1892 andauerte. Es war jene Situation dieser Zeit, die auch in der Arbeiterschaft die Verbreitung von Judenfeindlichkeit und Antikapitalismus beförderte, indem politische Bewegungen Kapital aus deren schlechter Situation zu schlagen suchten. Dagegen war der 1. Mai 1890, organisiert von der kurz davor geeinigten österreichischen Sozialdemokratie, deutlich friedlicher und insgesamt nahm die gewalttätige Form des Protests bis in die Vorkriegsjahre weiter ab.[758]

2.3 Parteiengründungen und Wahlrechtsreformen

Die Demonstrationen und Kundgebungen verschiedener Gruppen geschahen in einem Prozess der gesellschaftlichen Differenzierung. Durch eine Vervielfältigung von Warenangebot und Produktionsweisen, durch erhöhte räumliche Mobilität und das zur Verfügung stehen von Kommunikationsformen wie Telefon, Telegraph und später weiteren technischen Entwicklungen kam es auch zu einer „Differenziertheit und Fragmentiertheit des kollektiven und individuellen Bewußtseins"[759], die "zu einer Krise von kollektiven und individuellen Identitäten führte."[760]

Diese Atomisierungen waren ebenso eine Folge wie „Überfüllung, Chaos und Kontingenz"[761]. Die Bevölkerung antwortete auf verschiedenen Ebenen und durch verschiedene Auslöser der Mobilisierung sowie der Kanalisierung von Inhalten mit verschiedenen sich bildenden Positionen, beziehungsweise gar mit Kämpfen, die auf „individuelle wie kollektive Seins-Feststellungen" [762] zielten. Es waren die Arbeitsbedingungen oder „die Teilnahme am öffentlichen und kulturellen Leben (allgemeines Männerwahlrecht, kommunale Mitbestimmung, Zugang zu

---

756 Vgl.: Hauszmann, Geschichte Budapests, S. 127.

757 Vgl.: Gottas, Liberale in Österreich und Ungarn, S. 52-53, S. 67; Maderthaner, 1860 bis zum Jahr 1945, S. 232-233.

758 Vgl.: John, „Straßenkrawalle und Exzesse", S. 231-232.

759 Csáky, Ideologie der Operette, S. 136.

760 Csáky, Ideologie der Operette, S. 136.

761 Maderthaner / Musner, Anarchie der Vorstadt, S. 136.

762 Maderthaner / Musner, Anarchie der Vorstadt, S. 136.

allgemeiner Bildung und öffentlichen Einrichtungen)“[763], die Ansätze boten für ein Selbstbewusstsein.

„Sie hatten ihren Ort in der modernen Stadt und wurden von einer sich ab dem frühen neunziger Jahren konstituierenden demokratischen Massenpartei, die ihre soziale Basis überwiegend unter den industriellen Arbeitermassen der Vorstädte fand, in zunehmend zentralistischer Wiese geführt und organisiert.”[764]

So war es die 1874 in Neudörfl als Sozialdemokratische Arbeiterpartei in Österreich gegründete Partei, die aus dem Arbeiterbildungsverein hervorging und vor allem für die Gruppe der Industriearbeiterschaft den parteipolitischen organisatorischen Rahmen bildete, der notwendig wurde, um eine Veränderung in den erwähnten Ansatzpunkten herbeizuführen. Dabei waren die ersten knapp 15 Jahre dieser Partei von inneren Zwistigkeiten ebenso geprägt wie von immer wieder vorkommender Infiltrierung durch die staatlichen Behörden. Ihre programmatische Ausrichtung war dabei in den ersten Jahren durch einen großdeutschen Lassalismus auf der einen Seite und einer internationalen Ausrichtung auf der anderen Seite geprägt. Die polizeilichen Eingriffe und damit verbundenen personalen Folgen betrafen vor allem die internationale und friedlicher ausgerichtete Gruppe innerhalb der Partei. Nicht zuletzt stärkte der staatliche Eingriff jene Positionen in der Partei, die in gewaltsamen Akten das Mittel der Wahl sahen, um an die Macht zu kommen, während gewaltablehnende Politiker, jene, die im Rahmen einer „legalen Machteroberung durch die Beteiligung an Wahlen und den Aufbau einer proletarischen Massenpartei“[765] am politischen System partizipieren wollten. Diese Auseinandersetzungen innerhalb der Partei schienen jedoch unabhängig von der Tatsache geführt zu werden, dass es grundsätzlich zu diesem Zeitpunkt eine innenpolitische Situation gab, die eine legale Machtübernahme kaum möglich machte.[766] Die parteipolitische Situation einige Jahre vor der Parteigründung war vor allem geprägt vom „neoständischen Prinzip der Interessenvertretung auch nach 1861 und 1867 […]: Die Kurien sollten im positiven Sinne politische Interessen mobilisieren und artikulieren helfen“[767].

763 Maderthaner / Musner, Anarchie der Vorstadt, S. 136.

764 Maderthaner / Musner, Anarchie der Vorstadt, S. 136.

765 Mommsen-Reindl, Österreich, S. 463.

766 Vgl.: Mommsen-Reindl, Österreich, S. 463.

767 Brauneder, Wilhelm: Parlamentarismus und Parteiensystem in der österreichisch-cisleithanischen Reichshälfte 1867-1918; in: Erdődy, Gábor (Hrsg.): Das Parteiensystem Österreich-Ungarns; Budapest, 1987, S. 13-36, hier S. 27-28.

Erst 1870 folgte eine stärkere Formierung von politischen Parteien und 1907 war mit der später noch zu behandelnden Wahlrechtsreform die Hoffnung verbunden, dass „nunmehr die dem parlamentarischen Leben schädlichen 'nationalen Parteien durch politische' ersetzt werden“[768].

Das Wahlrecht ist unterdessen ein inhaltlicher Schwerpunkt der Arbeiterbewegung gewesen und zwar spätestens seit der von den Deutschnationalen – wegen deren Rassenantisemitismus[769] – hinüber gewechselte Viktor Adler[770], Mitautor des Linzer Programms[771], begonnenen Formulierung der Verbindung von einem Kampf gegen die polizeilichen Übergriffe und einer Ausweitung des Wahlrechts. So stand bereits 1873 eine wahlrechtsbezogene Petition des Arbeitervereins im Reichsrat zur Diskussion[772]. Einige Jahre später wurde 1888/89 in Hainfeld für die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Österreichs (SDAP) dann kein Programm verabschiedet, sondern eine Prinzipienerklärung: Wahlrechtsreform und Sozialreform wurden als Primärziele der kommenden Jahre formuliert und im politischen Alltag bei wachsender Mitgliederzahl eingebracht und gefordert. Der Grund für die Erklärung mag sowohl in den Richtungsstreitigkeiten wie auch in der Tatsache begründet liegen, dass die Partei tschechische und österreichische Parteien verband. Diese beiden Tatsachen führten in Folge der 1890er und der 1910er Jahre wieder zu einer Trennung: Mangelnde politische Beteiligungsmöglichkeiten aufgrund der legalen politischen Partizipation gingen einher mit – trotz Brünner Programm von 1899 zur Gestaltung einer Integration von verschiedenen Bevölkerungsgruppen – erneut aufkeimenden nationalen Problemen, die inhaltlich-soziale Themen überlagerten, weshalb 1911 der tschechische Teil sich wieder trennte. Nicht ganz unwesentlich mag dabei auch die heterogene Situation der Arbeiterinnen und Arbeiter in der Monarchie gewesen sein, die sich bereits branchenspezifisch unterschieden[773].[774]

---

768 Brauneder, Parlamentarismus und Parteiensystem, S. 28. Brauneder zitiert hier Kaiser Franz Joseph ohne Angabe von Quellen.

769 Vgl.: Maderthaner, 1860 bis zum Jahr 1945, S. 259.

770 Vgl.: Gottas, Liberale in Österreich und Ungarn, S. 52-53, S. 66.

771 Vgl.: Konrad, Helmut: Arbeiterbewegung und Sozialismus in Cisleithanien; in: Erdődy, Gábor (Hrsg.): Das Parteiensystem Österreich-Ungarns; Budapest, 1987, S. 95-124, hier S. 105-109.

772 Vgl.: Seliger, Maren / Ucakar, Karl: Wahlrecht und Wählerverhalten in Wien 1848-1932. Privilegien, Partizipationsdruck und Sozialstruktur; Kommentare zum Historischen Atlas von Wien 3, Wien, 1984, S. 45.

773 Vgl.: Konrad, Arbeiterbewegung und Sozialismus, S. 97.

Insgesamt war der wesentliche Boden in Wien, in dem sich die Sozialdemokraten formierten, die Vorstadt. Dieser war ein Bereich des Stadtgebietes, der aufgrund geltender Normen ausgeschlossen war, über Streiks und Aufrühre politisch zu partizipieren. Wie die Christlichsozialen im Mittelstand eine zu mobilisierende Klientel sahen, waren es für die Sozialdemokraten zunächst die Arbeiter der Vorstadt und im Laufe beziehungsweise nach dem Ersten Weltkrieg verstärkt Arbeiterinnen und Jugendliche, die mobilisiert wurden sind. Dies geschah neben einer Bildungsinitiative durch Ludo Moritz Hartmann mittels „Volksheim“ und „Volksuniversität“, die zunächst in Ottakring gegründet wurden, mit einer „Politik der Identität. Die Arbeiter wurden als eine neue Entität gedacht, als die mit Zukunftserwartungen und Zukunftshoffnungen versehene 'Arbeiterklasse', als Teil eines Zukunftsprojektes, das aktuelles Leid als bloßes Durchgangsstadium erscheinen lässt.“ [775] Die Organisationsstruktur wurde so engmaschig etabliert, dass sie an die ländlichen Lebenserfahrungen der Arbeiter direkt anknüpfte. Die Vorstadt wurde so zu einem Raum der „Utopie der Gleichheit“ und damit zum Boden für das „Rote Wien“. [776]

Die christlichsoziale Bewegung gründete sich demgegenüber einige Jahre später. Ausgehend von der Selbstbezeichnung einer Gruppe im Reichsrat nach 1891 als Christlichsoziale verabschiedeten sie 1895 im Mai eine erste gemeinsame programmatische Resolution, womit sie sich als Christlichsoziale Partei (CP) gründeten. Die Bewegungen, aus denen sich die CP rekrutierte, waren vor allem von christlichem Hintergrund geprägt. Auf der einen Seite sozial-reformistisch auf der anderen Seite klerikal-konservativ, beinhaltete die Partei bereits zu Gründungszeiten innere Spannungen, die prägend sein sollten. Ihr Programm auf Reichsebene war vor allem von der Unabhängigkeit der einzelnen Königreiche geprägt, wie von einer Sozialpolitik, die vor allem Gewinnbeteiligung der Arbeiter und eine Bauernentlastung vorsah.

Im Hinblick auf das Parlament standen sie besonders in ihrer Gründungsphase im Umfeld von Karl von Vogelsang für eine Auflösung und die Einführung einer

774 Vgl.: Mommsen-Reindl, Österreich, S. 463.

775 Maderthaner, 1860 bis zum Jahr 1945, S. 241.

776 Vgl.: Maderthaner, 1860 bis zum Jahr 1945, S. 240-242. Maderthaner verweist hier auf Maderthaner, Wolfgang; Musner, Lutz: Outcast Vienna 1900: The Politics of Transgression; in: Internationel Labor and Working-Class History, Nr. 84, Herbst 2004, S. 35-36.

„berufsgenossenschaftliche[n], ständische[n] Vertretung“ [777] . Karl Lueger, seinerseits ab 1885 im Reichsrat Mitglied, entwickelte im Kontakt mit Vogelsang und anderen ein Programm zur Lösung der sozialen Frage, das im Wesentlichen Inhalt der Arbeit des Christlichsozialen Vereins war. Lueger „besetzte und artikulierte die Zwischenräume, die eine liberale Elitendemokratie zwischen sich und den von ihr marginalisierten Gruppen geschaffen hatte.“[778] Die Resonanz auf die Vorschläge in der Bevölkerung sorgte in den 1890er Jahren für einen großen Zulauf vor allem von Bauern und Kleinbürgerlichen und brachte der Partei somit eine große Wählerbasis. Jedoch konnte die Partei mit wachsenden Wählerzahlen nicht ihre politische Agenda beibehalten, vielmehr verlor die Partei ihren sozial-reformistischen sowie demokratischen Schwerpunkte, steigerte aber dennoch ihre Wahlerfolge, da sie sich konservativ-bürgerlichen Wählern öffnete. Die CP war aufgrund der Konkurrenz durch die SDAP und wegen des Todes von Karl Lueger 1910 unter großem Veränderungsdruck, der sich aber wegen innerer Richtungskämpfe und Korruptionsaffären nicht zu ihren Gunsten auswirkte, sondern zu einer Niederlage bei den Reichratswahlen 1911 führte, während sie vier Jahre davor noch die siegende Partei bei den Wahlen war.[779]

Es entstand mit den Christlichsozialen besonders auch in Wien eine Partei, die sich kulturell vor allem aufgrund des Antisemitismus deutlich gegen Teile der kulturellen Elite der Stadt wandte. Wirtschaftlich wurde sie vor allem der Opponent der Sozialdemokraten, da sie zwar den Liberalismus zunächst zu bekämpfen begann, alsbald aber durch eine analoge Gemeindefinanzierung [780], oder die Unterstützung der Hausbesitzer durchaus wieder eine liberale Wirtschaftspolitik betrieb.[781] Das Christlichsoziale städtisch-wienerische Gesellschaftsbild war dabei geprägt von Paternalismus und Autorität, es war „vorindustriell-bürgerlich, ständisch-familiär und christlich“[782]. Diese Imagination war ein Erfolgsgrund für die Christlichsozialen in Wien.

„Imaginiert ist Luegers Wien deshalb, weil er eine Gemeinschaft adressiert, die als solche nur in der Phantasie der Subjekte existiert und in einer Situation kultureller Entfremdung,

777 Mommsen-Reindl, Österreich, S. 447.
778 Maderthaner, 1860 bis zum Jahr 1945, S. 236.
779 Vgl.: Mommsen-Reindl, Österreich, S. 447.
780 Vgl.: Maderthaner, 1860 bis zum Jahr 1945, S. 228.
781 Vgl.: Maderthaner, 1860 bis zum Jahr 1945, S. 231.
782 Maderthaner, 1860 bis zum Jahr 1945, S. 237.

die soziale Primärbeziehungen nicht mehr zulässt, als politisches Mobilisierungsmoment aktualisiert wird.“[783]

Der 'kleine Mann' bekommt einen populistischen Code präsentiert, dem er sich anschließen kann, mit dem er sich in einem „anonymen [...] 'Wir' gegen die 'Anderen'“[784] abschließen kann.[785]

Es waren vor allem jene Parteien die nachhaltig zu Massenbewegungen wurden und als solche einen großen Einfluss gewannen, als das allgemeine und freie Wahlrecht eingeführt wurde. Die bereits erwähnte ungarische FP hatte ebenso eine relativ breite Basis, was ihre Fähigkeit zur Mobilisierung von Massen in den oben erwähnten Beispielen zeigte. Unabhängig von ihrem Auftauchen waren die Massenbewegungen ein Ergebnis jenes modernen Strebens nach einem kollektiv gültigen Artikulieren „des scheinbar Echten, Unverfälschten, Eigentlichen“[786], dass sie entwickelten, um die Abschwächung eines „traditionellen Wertekanons […] an identitätsstiftender Kraft“ [787] zu kompensieren. [788] Dies geschah in einem besonderen Maß auf emotionaler Ebene, ohne jene irrationalen Momente waren die Kristallationsformen der Politik um die Jahrhundertwende und ihrer Folgezeit – Antisemitismus und Nationalismus – nicht denkbar. Denn sie standen in einem besonderen Kontrast zur selbstskeptischen und kritischen Geisteshaltung bürgerlicher Eliten, die das Wien des 1900 maßgeblich prägten.[789]

Das ungarische Parteiensystem ist dabei allerdings deutlich weniger inhaltlich-ideologisch. Der inhaltlich dominante Konflikt zwischen den wesentlichen Parteiengruppen in Ungarn ist jener „zwischen den Ständen und dem Herrscherhaus“ [790]. Dabei ist außerdem zu beobachten, dass die ungarischen Parteien deutlich stärker mit Adelsfamilien verbunden sind. So ist es auch zu erklären, wieso sich die Parteien im Vorfeld des Ausgleichs jeweils besonders im Umfeld von Deák Ferenc (für den Ausgleich, eher dem Herrscherhaus treu) und Teleki István (gegen den Ausgleich) formierten, allerdings nach deren Ausscheiden

783 Maderthaner, 1860 bis zum Jahr 1945, S. 238.

784 Maderthaner, 1860 bis zum Jahr 1945, S. 238.

785 Vgl.: Maderthaner, 1860 bis zum Jahr 1945, S. 237-238.

786 Maderthaner, 1860 bis zum Jahr 1945, S. 234.

787 Maderthaner, 1860 bis zum Jahr 1945, S. 234.

788 Vgl.: Maderthaner, 1860 bis zum Jahr 1945, S. 234.

789 Vgl.: Maderthaner, 1860 bis zum Jahr 1945, S. 257.

790 Toth, Adalbert: Parteien und Reichtagswahlen in Ungarn. 1848-1892; Südosteuropäische Arbeiten, Band 70, München, 1973, S. 25.

aus der Politik kaum mehr als Parteien in Erscheinung traten. So waren es auch der im Exil lebende Kossuth Lájos (gegen den Ausgleich) und der im Land aktive Tisza Kálmán (für die Ausgleichssituation, dem Herrscherhaus eher treu), die jeweils die „äußerste Linke“ beziehungsweise die liberalen Gruppen um sich konzentrierten. Dabei waren diese Patronen der Parteien oftmals formell nicht Teil eines Parteivorstandes, übten dennoch erheblichen Einfluss auf die Inhalte aus.[791]

Entsprechend schwierig ist es, Parteien analog zu den vorher genannten österreichischen Fällen zu beschreiben. So lässt sich beispielsweise die relativ lange als liberal bezeichnete Regierungszeit von Tisza Kálmán in der Zeit von 1875 bis 1890 nur schwer als liberal im Sinne der ungarischen Sprachverwendung bezeichnen, denn liberal war zumindest im Laufe des 19. Jahrhunderts der Rechtsstand von 1848. Allerdings entspricht diese Position in der Zeit von Tiszas Amtszeit den Liberaleren, den Radikaleren, die wiederum Opposition sind, während Tisza entsprechend eher konservative Politik gemacht hat. Radikaler sind die FP und andere vor allem aber auch deswegen, weil sie in der Lage sind breite Bevölkerungsschichten zu mobilisieren und so soziale Probleme zu Gunsten ihrer Position in Bezug auf die staatsrechtliche Frage der Unabhängigkeit des Königreiches Ungarns zu nutzen wissen. „Sich für 'Sonderinteressen', für Belange der einzelnen Konfessionen oder Nationalitäten einzusetzen, erregte stets den Verdacht einer zersetzenden Tätigkeit, die die vermeintliche Einheit der Nation untergrub“[792]: Darunter fielen Parteien, die den Eindruck erweckten oder gar offen anstrebten, eine konfessionelle Partei oder eine Partei einer anderen Nationalität zu sein.[793] Analog waren die Interessen der Landwirtschaft Sonderinteressen, die trotz ihrer breiten betroffenen Bevölkerungsschichten aufgrund der agierenden Eliten erst nach signifikanten Ausweitungen des Wahlrechts in Kerninteressen von Parteien Eingang fanden. Gleiches gilt für die Arbeiterschaft und andere ärmere Bevölkerungsschichten, ihre sozialen Interessen und Problemlagen konnten sich zwar parteilich formieren, aber erst sehr spät an politischem Einfluss gewinnen.[794]

Im Folgenden wird es vor allem um die inhaltlichen Haupttendenzen der Parteien

---

791 Vgl.: Toth, Parteien und Reichtagswahlen, S. 27; Toth, Adalbert: Ungarn; in: Wende, Frank (Hrsg.): Lexikon zur Geschichte der Parteien in Europa; Stuttgart, 1981, S. 731-773, hier S. 733.

792 Toth, Parteien und Reichtagswahlen, S. 27-28.

793 Vgl.: Toth, Parteien und Reichtagswahlen, S. 30.

794 Vgl.: Toth, Ungarn, S. 732.

gehen, die sich vor allem bis zum Ersten Weltkrieg finden, aber darüber hinaus Auswirkungen auf die politischen Gruppen der Zwischenkriegszeit haben. In diesen Hauptgruppen finden sich auch die bisherigen beiden erläuterten Gruppen wieder: „Man stand entweder zum Hause Habsburg und akzeptierte die eingeschränkte Stellung Ungarns, die daraus folgte, oder man erstrebte je nach den Umständen mehr oder minder offen die volle staatliche Unabhängigkeit des Landes.“ [795] Die dritte Richtung lässt sich beschreiben mit „in der einen oder anderen Richtung kompromißfreudiger, aber alle im gemeinsamen Schicksal miteinander verbunden, zwischen diesen zerrieben zu werden.“[796]

Aus den gegebenen Umständen ist es keinesfalls einfach, die in der Zwischenkriegszeit dominierenden Interessen- beziehungsweise Weltanschauungsparteien auf bedeutende Bewegungen der Vorkriegszeit zurückzuführen[797]. Dennoch war die bereits erwähnte FP, eine Oppositionspartei seit dem Ausgleich, eine Partei, die bis nach dem Ersten Weltkrieg zumindest nominell Bestand hatte. Sie entstand erst 1874, hatte aber einige Vorläufer, die sich bereits im Jahr 1865 von der Ausgleichsopposition abspalteten, da sie nur eine Personalunion akzeptierten. Diese Gruppe gab sich daraufhin den Namen 48-as Párt, 48er Partei. Die Partei kombinierte in ihrem Programm frühzeitig die Forderung der Unabhängigkeit im Sinne der Personalunion mit Inhalten wie einer „bürgerlich-demokratischen Entwicklung“, was ihr 1872 auch Parlamentssitze einbrachte und somit die oppositionelle Arbeit ermöglichte. Das Programm blieb nach der Abspaltung eines Teils der Partei 1874 unverändert. Nun als Függetlenségi Párt arbeitend, wurde die Position unterstrichen, dass „Liberalismus materiell und geistig nur in einem unabhängigen Nationalstaat verwirklicht werden könnte.“[798] Die territoriale Integrität des Staates war dementsprechend etwaigen Minderheitenfragen übergeordnet, dabei verband diese Partei diese Forderungen bereits mit Vorschlägen für Wahlrechtsänderungen[799]. Die Neuformierung der Regierungspartei 1875 in Form der seitdem gegründeten liberalen Szabadelvű Párt führte zu einer Veränderung in der Opposition und somit zu einem Zulauf zur

795 Toth, Parteien und Reichtagswahlen, S. 78.

796 Toth, Parteien und Reichtagswahlen, S. 79.

797 Vgl.: Toth, Ungarn, S. 734.

798 Toth, Ungarn, S. 760.

799 Vgl.: Veliky, János: Wandlungen der Unabhängigkeitsbewegung in Ungarn nach 1867; in: Erdődy, Gábor (Hrsg.): Das Parteiensystem Österreich-Ungarns; Budapest, 1987, S. 71-76, hier S. 72.

FP. Vor allem der Besitzadel, der durch die Regierungsumbildung aus amtlichen Funktionen verdrängt wurde, engagierte sich nun mehr für das parlamentarische Geschäft der FP, was gleichzeitig eine Ausweitung der Wählerbasis von vormals eher intellektuellen Bürgern zu nun auch adligen Wählern führte, die zuvor in höheren wie in mittleren Kreise eher der liberalen Partei zugeneigt waren[800]. Damit änderte sich jedoch auch das Interessenspektrum insofern, als dass die demokratisch-liberalen Ideen zwar weiterhin vertreten wurden, aber dann eine Aufspaltung der Partei folgte. So waren es 1881 einige Siebenbürgische Abgeordnete, die den Ausgleich nicht länger hinterfragten und ihren Fokus auf Agrarinteressen lenkten, während die Partei 1883 die antisemitischen Abgeordneten aus ihren Reihen ausschloss.

Zehn Jahre nach der Aufspaltung der 48-as Párt in jene auf der einen und die FP auf der anderen Seite, kam es 1884 wieder zum Zusammenschluss der nun Függetlenségi és 48-as párt. Dies lag zum einen an dem großen Wahlerfolg in den Wahlen 1881, wo beide Parteien zusammen von den 413 aus Ungarn zu vergebenden Sitzen 89 Mandate entsandten. Allerdings kamen nun immer mehr gesellschaftliche Probleme auf, an denen entlang sich die unterschiedlichen Flügel innerhalb der Partei nicht mehr einigen konnten: Zivilehe und die soziale Frage. Es folgte erneut 1890 die Spaltung und daraufhin aber 1893 die Vereinigung. 1895 übernimmt Kossuth Ferenc, der Sohn Kossuth Lajos' die Führung der Partei ohne an ihrem Profil etwas zu verändern: Es bleibt bei einer Kombination aus liberalen Ideen und dem klaren Ziel der Unabhängigkeit Ungarns. Erst zu Beginn des 20. Jahrhunderts führt der Regierungswille der Partei zu einer Verwässerung des liberalen Programmes. Der Erfolg zeitigte sich 1905 als die Partei 37,3% der Stimmen erhielt und eine Koalition mit der Némzet Párt um die Adligen Graf Apponyi Albert, Graf Andrássy Gyula und Wekerle Sándor bildete. 1906 folgten 59,9% der Stimmen und dabei war sie allerdings so nachgiebig im Hinblick auf die Durchsetzung eigener Inhalte[801], dass eine inhaltliche Neuausrichtung inklusive der Forderung für ein freies Wahlrecht stattfand. Kossuth Ferenc und seine Anhänger hingegen gründeten die 48-as Függetlenségi Kossuth-párt. Die Folge waren bedeutende Stimmenverluste. Eine erneute Vereinigung fand auf der Basis

800 Vgl.: Gottas, Liberale in Österreich und Ungarn, S. 53; Veliky, Wandlungen der Unabhängigkeitsbewegung, S. 73.

801 Veliky, Wandlungen der Unabhängigkeitsbewegung, S. 74.

von Kompromissen 1913 statt, wegen der Einschränkung der Wahlrechtsforderungen und der möglichen Erweiterung der Freiheitsrechte. Graf Károlyi Mihály, ebenfalls Mitglied der Partei, vertrat unterdessen früh im Krieg eine friedliche Haltung und formte mit anderen Abgeordneten 1916 die 48-as Függetlenségi Károlyi-párt, bei der die Wahlrechtsreform erneut zentraler Bestandteil war.[802] Die Entwicklung und besonders der Name der Partei zeigt ihre relativ klare inhaltliche Tendenz der Ausgleichskritik und der abzielenden Unabhängigkeit. Dieser inhaltlichen Klammer werden in Kompromissen immer wieder andere Themenfelder wie das Wahlrecht, Kirchenpolitik oder Freiheitsrechte untergeordnet.

Währendessen hat die Magyarországi Általános Munkáspárt und ab 1890 die Magyarországi Szociáldemokrata Párt (MSZDP) eine klare inhaltliche Ausrichtung, die vielmehr weltanschaulich aber auch auf konkrete Interessen ausgerichtet ist, ausgebildet. Dabei ist bereits ihre Gründungsphase von Interesse für einen ihrer inhaltlichen Schwerpunkte. Denn die MSZDP entsteht vor allem auch durch eine Fusion mit der Nemválasztok Párt, der Partei der Nichtwähler um Frankel Leo. Ihre ersten ideologischen Ideen waren dabei geprägt von einer legalen Form der Veränderung des Systems, „der Kapitalismus werde auf friedlichem Wege, allein durch parlamentarische Auseinandersetzungen, in den Sozialismus hineinwachsen.“[803] Nachdem jedoch einige Mitglieder der Partei ihren inhaltlichen Schwerpunkt auf die agrarischen Bereiche legten ohne sich zeitgleich für ein allgemeines und freies Wahlrecht einsetzen zu wollen, kam es bereits 1897 zu einer Abspaltung der agrardemokratischen Parteimitglieder. Sie gründeten daraufhin die Magyarorszagi Független Szociálista Párt und setzten somit den Beginn der sozialistischen Parteien in Ungarn, die im Wesentlichen inhaltlich auf einer Linie mit der MSZDP lagen, jedoch selbstständige Parteien darstellten[804]. Der legale Weg zur Machtteilhabe im politischen System führte infolge der 1890er Jahre zu Gewerkschaftsgründungen im Umkreis der MSZDP. Darüber hinaus lässt sich sagen, dass ein Teil der Partei sich aufgrund der teilweise inhaltlichen Übereinstimmung an der FP besonders nach der Jahrhundertwende orientierte[805].

802 Vgl.: Toth, Ungarn, S. 761-462.

803 Toth, Ungarn, S. 757.

804 Vgl.: Toth, Ungarn, S. 759.

805 Vgl.: Erényi, Tibor: Das Austromarxismus und die ungarische Sozialdemokratie; in: Erdődy, Gábor

Während der Zeit zwischen 1908 und 1910 konnte die Partei außerdem radikale klassenkämpferische Mitglieder zurückdrängen und ausschließen, während sie im Laufe des Ersten Weltkrieges eine pazifistische Position einnahm.[806] Die jüngste Partei, die für die Jahre nach dem Ersten Weltkrieg relevant wird, ist neben der MSZDP ebenso eine Interessenpartei. Die 1909 gegründete 48-as és Függetlenségi Országos Gazdapárt, eine Partei, die die Interessen der Landwirte in den Mittelpunkt stellte, konnte vor dem Ersten Weltkrieg kaum politisch Bedeutung erlangen, was besonders am restriktiven Wahlrecht lag, rückte dann allerdings nach dem Ersten Weltkrieg stärker in den Fokus.[807]

Als Quintessenz der kurzen Parteiportraits lässt sich festhalten, dass die Wahlrechtsforderungen ein Kernbereich der Interessen ausmachten, um entweder an der politischen Macht beteiligt zu werden oder diese Macht zu untermauern. Dabei waren die Forderungen im Hinblick auf diese inhaltliche Ähnlichkeit keineswegs identisch und gleich-weiterreichend in ihren Auswirkungen. Zunächst war das ungarische Wahlrecht nach dem Ausgleich insoweit unverändert geblieben, als dass das Wahlrecht von 1848 weiterhin fort galt. Das heißt, es wurde unmittelbar und offen aufgrund der Mehrheitswahl aus mehreren Kandidaten ein Kandidat gewählt, gegebenenfalls fand eine Stichwahl statt. Wahlberechtigt waren 1848 nach dem neuen Gesetz 7,1% der Bevölkerung, etwa 800 000 Adlige und besitzende Bürger, da es einen Vermögens- sowie einen Bildungszensus gab. Allerdings konnte der Adel nichtsdestotrotz nicht verdrängt werden, zumal das Magnatenhaus, die Kammer der Adligen, unberührt blieb von diesen Änderungen. Da aber nach 1849 die politischen Aktivitäten der Parlamente lange Zeit eingestellt waren, veränderte sich das Wahlrecht nicht und wurde erst 1874 modifiziert. In diesem Jahr galt es, dafür Sorge zu tragen, dass die Parteien für den Ausgleich sicher immer die Regierung bilden könnten. Um das zu erreichen wurde der Zensus an die direkten Steuerzahlungen gebunden, um so den ökonomischen Profiteuren der Wirtschaftspolitik nach dem Ausgleich, mehr Gewicht zu geben. Außerdem wurde die Wahlperiode verlängert. Zuerst drei Jahre, darauf fünf Jahre, das sollten das politische Geschehen stabiler machen, wenn

(Hrsg.): Das Parteiensystem Österreich-Ungarns; Budapest, 1987, S. 91-94, hier S. 91.

806 Vgl.: Toth, Ungarn, S. 757-758.

807 Vgl.: Toth, Ungarn, S. 743.

externe Einwirkungen wie der Börsensturz 1873 geschahen.[808]

Das Landeswahlrecht ist besonders im Fall von Budapest insofern wesentlich, als das bereits zur Gründung der Stadt der damalige ungarische Ministerpräsident Andrássy Gyula deutlich gemacht hat, dass die Stadt als Hauptstadt äußerst hohe Bedeutung für die Unabhängigkeit des Landes habe und damit „die entsprechenden Aufgaben nicht zu Gänze der städtischen Selbstverwaltung überlassen werden“ [809] . [810] Im Anbetracht der so geschaffenen Realisierungsmöglichkeiten von besitzenden Gruppen der Stadtbevölkerung wurde partiell über die beeinträchtigte städtische Autonomie hinweggesehen: der städtische Haushalt musste ebenso vom jeweils zuständigen Minister angenommen werden wie Investitionsvorhaben in Kommunalbetriebe oder die Festlegung von Steuern der Gemeinde. Die Überprüfung war dabei nicht nur von formeller Art sondern auch der materielle Inhalt und die Folgen wurden berücksichtigt:

„Diese strenge zentralstaatliche Überwachung schloß eine Führungsrolle der auf landesweitem Parkett in Opposition befindlichen Kräfte in der Kommunalpolitik von vornherein aus, und der politische Kurs der Stadtführung konnte von den Intentionen der Regierung niemals grundlegend abweichen“[811].

Einzigen Einfluss auf den Oberbürgermeister der Stadt hatte der Gemeinderat, der aus drei Vorschlägen des Monarchen vom Gemeinderat gewählt wurde. Diesen leiteten zwar nicht die Administrationen, jedoch saß er dem Gemeinderat vor, hatte Mitsprachrechte beim Einsetzen von Beamten und war eine Kontrollinstanz der Regierung in den städtischen Angelegenheiten.[812]

Eine weitere Einschränkung bestand bei der Wahl der Mitglieder des Fővárosi Törvényhatósági Bizottság, denn dieser Munizipalausschuss mit seinen 400 Mitgliedern wurde entsprechend dem Landeswahlrecht von 1874 gewählt. In Budapest waren damit nur 5,5% der Bevölkerung wahlberechtigt und trotz eines Anstieges war die Zahl 1910 mit 8,69% kaum größer. Die Arbeiterschaft sowie ärmere Bevölkerungsschichten waren weitestgehend ausgeschlossen, einzig Teile der höher stehenden Arbeiter, wie Vorarbeiter oder Facharbeiter konnten zu

808 Vgl.: Toth, Ungarn, S. 731-732.

809 Sipos, „Stammeshäuptlinge“ und Reformer, S. 109.

810 Vgl.: Sipos, „Stammeshäuptlinge“ und Reformer, S. 109-110.

811 Sipos, „Stammeshäuptlinge“ und Reformer, S. 111.

812 Vgl.: Sipos, „Stammeshäuptlinge“ und Reformer, S. 110-111.

maximal einem Fünftel Wahlberechtigung erlangen. Es blieb allerdings bei einem Wahlvolk von ein Viertel bis ein Drittel aller mindestens 24-jährigen Männer der Stadt. Ausgeschlossen waren auch etwa insgesamt zwei Fünftel der Gruppe von Selbstständigen, Hausbesitzern, Rentner und Händlern.[813]

Darüber hinaus galt für Budapest, dass Wählende Lesen und Schreiben können und auch mindestens zwei Jahre an einem Wohnsitz gelebt haben mussten. Nicht zuletzt mussten sie sich in Wählerlisten registrieren und auch wählen gehen, allerdings vollzogen bereits nur zwei Drittel der möglichen Wahlberechtigten den ersten Schritt und nicht mehr als 50% dieser Menschen ging tatsächlich Wählen. Der Grund hierfür mag in der Zusammensetzung des Munizipalausschusses liegen. Denn während die Stadtpolitik bereits durch die Regierungsinteressen eingeschränkt war, mussten von den 400 Mitgliedern des Ausschusses, der der Gemeinderat war, mindestens 200 Personen aus der Gruppe der „Virilisten“ kommen. Dies waren die 1 200 höchsten Steuerzahler der Stadt. Die andere Hälfte wurde proportional zu den Einwohnerzahlen der Bezirke durch Bezirkskandidaten besetzt. Die Heterogenität der sozial prekär lebenden Menschen führte allerdings dazu, dass sie kaum Möglichkeit hatten, sich programmatisch zu positionieren. Es zeigt sich beispielsweise am Gemeinderat von 1903, dass lediglich knapp 3,5% Kleinhändler waren und sonst mit 41,85% intellektuelle Berufe dominierten, darunter wieder Anwälte die stärkste Gruppe bildeten. Entweder standen sie in Verbindung zu den hohen Wirtschafts- und Finanzkreisen der Stadt oder sie waren selbst einer der „Virilisten“. Gleiches gilt für mittlere Unternehmer. All dies erklärt auch die dominante Position der liberalen Partei auf städtischer Ebene: Budapest war somit eine Hochburg der Regierungspartei. Eine programmatische Ausrichtung über kurze Interessenbündnisse hinaus gab es allerdings nicht, weshalb Entscheidungen des Gemeinderates zuweilen willkürlich daherkommen, da die in Bezirken und unter Entscheidungsträgern vorbereiteten Abstimmungsverhalten nur einem kleinen Kreis offen standen.[814]

Oppositionspolitiker fanden jedoch nur schwer Eingang in dieses System. „[W]enn es ihm gelang, glaubhaft zu machen, daß insbesondere er sich den Interessen der

813 Vgl.: Sipos, „Stammeshäuptlinge“ und Reformer, S. 111.

814 Vgl.: Sipos, „Stammeshäuptlinge“ und Reformer, S. 112-114.

Reichen und Mächtigen widersetzen und somit für materiellen Aufstieg und gesellschaftliche Würdigung des Kleinbürgertums sorgen werde.“[815] So kam es 1897 zu einem ersten kommunalpolitischen Wahlprogramm um den jüdischen Rechtsanwalt Vázsonyi Vilmos aus Terézváros, jenem Stadtteil mit einer besonders hohen Anzahl jüdischer Bevölkerung. Im Programm formulierte er eine Umstrukturierung der Verwaltung die Beschaffung der „Virilisten“ ein allgemeines Wahlrecht sowie Minderheiten bei der Mandatsverteilung hätten berücksichtigt werden sollen. Einnahmen sollten so generiert werden, dass untere Einkommensschichten nicht so stark belastet sowie die Ausgaben der großen Masse der Bevölkerung angepasst werden sollten. Kombiniert wurden diese Forderungen mit einer Reihe von weiteren Vorschlägen, die die Einführung einer Grundbesitzsteuer, einer Erbschaftssteuer, die grundsätzliche Einführung progressiver Besteuerung verbanden mit Kommunalisierung von wirtschaftlich erfolgreichen Betrieben oder in der Tagespolitik auch die Einführung von Arbeiterschutz. Die Folge war, dass sich weitere Parteien abseits der durch die politische Elite beeinflussten Mandatsvorschläge zu engagieren begannen und 1903 im Gemeinderat bereits 30 von 400 Sitzen durch die Opposition gestellt wurde, während Vázsonyi darüber hinaus in das Parlament einzog.[816]

An dieser Stelle muss kurz ein Exkurs in die gesamte Reichspolitik unternommen werden. Es wurde bereits erwähnt, dass die Ausgleichsverhandlungen im Vorfeld des Millenniums ausgesetzt worden zu Gunsten eines Provisoriums, dass bis 1903 galt. In diesem Jahr kam es neben dem generellen Problem der Verhandlungen über den Ausgleich, mit dem auch politische Mehrheiten sich immer wieder verändert hatten, zu einem Gesetzesvorschlag der Regierung bezüglich der Reform des Militärs. Doch mit dem Modernisierungsversuch der gemeinsamen sowie der Honvéd-Armee mittels einer Gesetzesnovelle von 1903 stieß auch die ungarische Regierung um Szell Kálmán an ihre Grenzen. Das Parlament lehnte die veranschlagten 25% Mehrausgaben ab und forderte gar Ungarisch als Kommandosprache, ungarische Abzeichen und eine Verkürzung der Dienstzeit. Szell Kálmán trat daraufhin zurück. Die Bestärkung der Einheitlichkeit der Armee durch Kaiser und König Franz Joseph in einem Armeebefehl vom 16. September

815 Sipos, „Stammeshäuptlinge“ und Reformer, S. 115.

816 Vgl.: Sipos, „Stammeshäuptlinge“ und Reformer, S. 115-116.

1903 verkürzte infolgedessen die Amtszeit des Nachfolgers von Szell Kálmán, Graf Khuen-Héderváry Károly, extrem und die Regierungsbildung ging in die Hände von Tisza István über, der ohne Rücksicht auf Popularität versuchte seine Inhalte in der Praxis umzusetzen. Entsprechend waren die Ziele die Stabilisierung der politischen Verhältnisse und die Reform der Streitkräfte. Der erste Schritt der neuen Regierung war eine Veränderung der parlamentarischen Geschäftsordnung. Allerdings wurde diese „unter listigen Umständen“[817] zur Abstimmung gebracht, worauf Schlägereien und in Konsequenz die Reformierung der Opposition folgten, die in einer Koalition mündet, hervorgehend aus der Unabhängigkeitspartei, der noch sehr jungen Nationalpartei um Graf Apponyi Albert, der Neuen Partei sowie der Katholischen Volkspartei und den Graf Andrássy Gyula sowie Wekerle Sándor. Kaiser und König löste daraufhin das Parlament zu Beginn des Jahres 1905 auf.[818] Infolge dessen bildete sich um Tisza István eine geschäftsführende Regierung, die unabhängig vom Parlament agierte. Die Stadt Budapest sowie die Komitate reagierten auf die Beschlüsse dieser geschäftsführenden Regierung ablehnend. Den Steuer- und Rekrutenbeschluss, den sie ohne parlamentarische Sanktion traf, wurde nicht Folge geleistet.[819]

Der Ausweg aus den Spannungen schien nur möglich, wenn die politischen Kräfte sich aufgrund des allgemeinen Wahlrechts neu formieren müssten. Diesen Vorschlag unterbreitete József Kristóffy, damaliger Innenminister der Minderheitenregierung, der politischen Elite. In Österreich hatte die Einführung dieses Wahlrechts dazu geführt, dass die Christsoziale Partei um Karl Lueger und die Sozialdemokraten um Viktor Adler die politische Szenerie dominierten. In Ungarn jedoch einigte sich Franz Joseph mit der bereits erwähnten Koalition in einer geheimen Absprache[820] – die Koalition aus Massenparteien und Adligen zeigte sich kompromissbereit und im Gegenzug wurde die Wahlgesetzesreform von Franz Joseph *ad acta* gelegt.[821] Dem Gemeinderat sowie dem Oberbürgermeister kam in dieser Situation die enge Verbindung zur Regierung

817 Hauszmann, Ungarn, S. 202.
818 Vgl.: Hauszmann, Ungarn, S. 200, 202.
819 Vgl.: Sipos, „Stammeshäuptlinge“ und Reformer, S. 116.
820 Hauszmann, Ungarn, S. 202-203. Zitiert nach Hanák.
821 Vgl.: Hauszmann, Ungarn, S. 202-203.

keinesfalls zu Gute. „Die Wellen der Krise fegten die frühere Stadtführung weg“[822]. Der bereits weiter oben erwähnte Vázsonyi jedoch erlebte in den Wahlen einen positiven Erfolg und sein kommunalpolitischer Einfluss wuchs in diesen Monaten des Umbruchs, was dazu führte, dass unter anderem mit seiner Hilfe der bisherige Leiter des Tanács, das heißt des Magistrats, Bárczy István Bürgermeister von Budapest wurde. Er wiederum vertrat sehr ähnliche Positionen zu jenen, die Vázsonyi umzusetzen versuchte. Damit konnte die leitende Schlüsselposition der Verwaltung im Sinne der Forderungen der auf Landesebene regierenden Koalition besetzt werden. Damit Bárczy seine politischen Vorstellungen umsetzen konnte, wurde vor den Gemeinderatswahlen 1906 die Polgári Demokrata Községi Párt gegründet. Diese Bürgerlich-Demokratische Gemeindepartei erlangte bei den Wahlen einen großen Erfolg und konnte zunächst sogar Groß- und Kleinbürgertum vereinen. Jedoch zeigte sich bei diversen Abstimmungen, dass das Großbürgertum keinesfalls zu Gunsten der Partei seine Interessen vernachlässigen würde, die es zuvor auch im Rahmen der liberalen Partei durchzusetzen vermochte[823]. Dennoch schaffte es Bárczy auch nach dem Bruch der Partei 1908, durch eine stark geleitete Verwaltung und die Besetzung von Schlüsselposition mit Sozialreformern eine Politik zu etablieren, die im Interessengeflecht von Großbürgertum, der Landesregierung und seinen eigenen Ideen einer Gemeindepolitik Reformen möglich machte. Dabei zeigt das Interessengeflecht allerdings eines: das Fehlen eines Wählerinteresses, denn eine Wahlrechtsreform wurde trotz sozialer Reformen, die im nächsten Kapitel erläutert werden, bis 1918 nicht durchgeführt. Insgesamt blieb die Kommunalpolitik in weiten Teilen der Stadt übergeordneten Mustern untergeordnet – besonders in dem Zentralstaat Ungarn [824] . [825] Dies führte innenpolitisch neben sozialen Spannungen zu einer Destabilisierung, da sich in Budapest im Juni 1917 der Választójogi Blokk bestehend aus der MSZMP, der Függetlenségi és 48-as Párt und der Nemzeti Demokrata Párt (NDP) formierte. Diese Koalition demonstrierte unmittelbar nach ihrer Bildung mit circa 100 000 Personen „für das allgemeine

822 Sipos, „Stammeshäuptlinge“ und Reformer, S. 118.

823 Vgl.: Gottas, Liberale in Österreich und Ungarn, S. 54.

824 Vgl.: Melinz / Zimmermann, Großstadtgeschichte und Modernisierung, S. 27.

825 Sipos, „Stammeshäuptlinge“ und Reformer, S. 118-120.

Wahlrecht“[826] in Budapest.

Dagegen erlebte das für Wien und darüber hinaus für die im Reichsrat vereinigten Kronländer gültige Wahlrecht eine deutlich dynamischere Entwicklung im Hinblick auf seine Liberalisierung. Für den Reichsrat lässt sich zunächst sagen, dass seine „unter Kammer“ zwischen 1861 und 1873 durch die Landtage der einzelnen Kronländer besetzt wurde. Das Wahlrecht, dass hierbei zur Anwendung kam, war ein Kurienwahlrecht das die Wählerschaft in Großgrundbesitzer, Handelskammermitglieder, Einwohner von Märkten, Städten und Landgemeinden und die Einzelstimmeninhaber wie Bischöfe einteilte. Die konkreten Regelungen wurden durch jeweilige Landtagswohlordnungen normiert. Der Ausgleich zwischen den Ländern des Reichsrates und dem Königreich Ungarn führte lediglich zu einer Reduktion der Mandate des Reichsrates. Erst 1873 wurde die direkte Wahl des Reichsrates eingeführt. Die Kurien und die damit verbundenen Ungleichmäßigkeiten blieben allerdings erhalten. Insgesamt entwickelte sich das Parteiensystem auch relativ lange – bis zum Aufkommen der SDAP und der CP – eher entlang der Konflikte zwischen Nationalitäten oder und viel wesentlicher entlang der Konfliktlinie der Legitimität des Parlamentes, wo linke Parteien Verfassungsparteien waren, während rechte Parteien die Legitimität des Verfassungssystems eher anzweifelten. Erst die Wahlrechtsreformen 1882 und 1896 führten zu einer sozialen Verbreiterung der Wählerschaft, wenn auch weiterhin Einkommen unterhalb der 4-Gulden-Steuer-Grenze nach 1896 keine Berücksichtigung finden.[827]

Auf der Gemeindeebene zeichnet sich ein signifikanter Unterschied zu Budapest ab. Denn diese Landesregelungen zeigen vor allem allgemeine Entwicklungen des Landes, während sie in Budapest gleichfalls für die Stadt galten, galt es für die Gemeinden der Länder des Reichsrates zunächst eine Gemeindeordnung zu schaffen, die Autonomie der Gemeindeverwaltungen war dabei ebenso zentral wie die Staatsverwaltung autonom agieren können sollte. Dennoch blieb der Wahlakt primär Vermögensverwaltung und an die Steuerlast geknüpft. Den Landesordnungen oblagen weitere etwaige Regelungen. Einzig Statutarstädte, Städte mit eigenem Statut, waren insofern von dem Kaiser abhängig, als dieser die

826 Vgl.: Hauszmann, Geschichte Budapests, S. 131.

827 Vgl.: Mommsen-Reindl, Österreich, S. 441-442.

Wahl des Bürgermeisters zu bestätigen hatte. Wien hatte bereits ein Statut aus dem Jahre 1849, das ungeachtet der eingeschränkten Anwendung bis 1863 als das Reichsgemeindegesetz erlassen wurde, gültig war und daher auch weiter verwendet wurde. Dennoch existierten Reformbestrebungen, die 1862 in einem Kommissionsentwurf und einem Gegenentwurf mündeten. Streitpunkt war vor allem das Wahlrecht. Konkret wurden unterschiedliche Kurien vorgeschlagen. Die Kommission, die den Auftrag erhalten hatte, eine Gemeindeordnung auszuarbeiten, schlug drei Kurien vor, die auf drei Jahre den Gemeinderat wählen sollten, während der Gegenvorschlag zwei Kurien vorsah: Im Wesentlichen eine Kurie, die über 100 Gulden Steuern zahlte oder ein Wahlkörper, die mindestens 5 Gulden Steuern zahlte. Die Diskussion blieb bis 1869 zwischen Kommission und Plenum hängen und wurde erst sechs Jahre nach Erstvorschlag erneut abgestimmt und abgelehnt.[828]

1870 arbeitet eine erneute Kommission an einem modifizierten Wahlrecht. Sowohl das Frauenwahlrecht wurde diskutiert sowie diesmal die Wahlkörper abgeschafft wurden, allerdings wurde dieser Kommissionsbeschluss im Gemeinderat vertagt und nicht abgestimmt. Doch 1872 konnte in Abwesenheit des damaligen liberalen Bürgermeisters und nach einer längeren Debatte der Beschluss gefasst werden alle Kurien abzuschaffen und eine Mindeststeuerleistung von 5 Gulden zu fixieren. Der auf diesem Beschluss basierende Kommissionsentwurf sollte dann vom Niederösterreichischen Landtag sanktioniert werden, in dem der anwesende Bürgermeister Wiens den Vorschlag allerdings nicht vertrat, was zu einem Scheitern des Entwurfes und 20 Mandatsniederlegungen im Gemeinderat führte. Die liberale Partei entwickelte sich seitdem zu einer Partei der Wahrung von Besitzstand und verlor ihre bis *dato* charakteristische Reformbewegung[829]. 1874 wurde das Wahlrechtsproblem mit den Eingemeindungen der Stadt Wien verbunden, das es als dringender zu lösen galt. Es folgten 1878 weitere Vorschläge vom bisher bereits aktiven Abgeordneten Johann Heinrich Steudel sowie Karl Lueger. Einzige vorgenommene Änderung blieb die 1866 gestrichene Steuerrückständigkeit als Grund für Wahlaussschluss. Hinzu kam als

828 Vgl.: Seliger / Ucakar, Wahlrecht und Wählerverhalten, S. 39.

829 Vgl.: Gottas, Liberale in Österreich und Ungarn, S. 66.

Wahlbedingung 1867 die Gemeindezugehörigkeit[830].[831] Unterdessen kam es durch Karl Lueger in den frühen 1880er Jahren immer wieder zu Vorschlägen, das Wahlrecht zu verändern. Zunächst, 1880, „forderte [er] die Erweiterung des Wahlrechts auf alle in Wien lebenden Staatsbürger, die direkte Steuern entrichten und das 24. Lebensjahr bezüglich des aktiven und das 30. Lebensjahr bezüglich des passiven Wahlrechts überschritten hatten.“[832] Dies modifizierte er in einem weiteren Antrag um die Mindeststeuermenge von fünf Gulden. Der Landtag Niederösterreichs jedoch lehnte alle Vorstöße ab, selbst jenen, in dem nur im dritten Wahlkörper die Steuergrenze fünf Gulden betragen sollte, wurde nicht sanktioniert, trotz dass dies für die Wahlen des Reichstags 1882 umgesetzt worden ist. Erst 1885 wurden, Lehrer sowie Unterlehrer der Volksschulen, Beamte und Doktoren in den zweiten Wahlkörper aufgenommen und die Fünf-Gulden-Untergrenze eingeführt[833], womit „[d]ie Anzahl der für ein Mandat im ersten Wahlkörper erforderlichen Stimmen verhielt sich [somit] nämlich zu der im dritten Wahlkörper wie eins zu zehn“[834].[835]

Die in Wien mit Wahlrecht betrauten sog. „Fünf-Gulden-Männer“ aus dem Jahre 1885 konnten als ein erster Schritt in Richtung Öffnung politischer Partizipations- und somit Integrationsmöglichkeiten breiter Bevölkerungsschichten gelten. Auch wenn diese erste Reform keine Änderungen bei den Machtverhältnissen zeitigten, können die daran angeschlossenen Reformen als Grundlage für die lange christlichsoziale Periode in Wien verstanden werden. Damit war diese Situation für die Bevölkerung günstiger als in Budapest, da die Christsozialen deutlich wählerorientiert Politik machen mussten/ konnten.[836]

Die Eingemeindungen der Vorstädte machte Reformen in der städtischen Verwaltung, den polizeilichen Strukturen sowie der Steuergesetzgebung und der Gemeindeordnung mehr als notwendig. Im Hinblick auf das Wahlrecht wurde

---

830 Vgl.: Seliger / Ucakar, Wahlrecht und Wählerverhalten, S. 39; Landesgesetz vom 5. Oktober 1868; in: Landesgesetz- und Verordnungsblatt für das Erzherzogthum Oesterreich unter der Enns; Jhg. 1868; Wien, 1869, S. 18.

831 Vgl.: Seliger / Ucakar, Wahlrecht und Wählerverhalten, S. 38-40.

832 Seliger / Ucakar, Wahlrecht und Wählerverhalten, S. 40.

833 Vgl.: Seliger / Ucakar, Wahlrecht und Wählerverhalten, S. 40; Gesetz vom 14. Dezember 1885; in: Landesgesetz- und Verordnungsblatt für das Erzherzogthum Oesterreich unter der Enns; Jhg. 1886; Wien, 1886, Nr. 1, S 1.

834 Seliger / Ucakar, Wahlrecht und Wählerverhalten, S. 40.

835 Vgl.: Seliger / Ucakar, Wahlrecht und Wählerverhalten, S. 42.

836 Vgl.: Melinz / Zimmermann, Großstadtgeschichte und Modernisierung, S. 25-26.

Kaiser Franz Joseph sogar vorgeschlagen, den Wiener Bürgermeister vom Kaiser ernennen zu lassen, was jedoch geschlossen zur Kritik über die Fraktionsgrenzen des Gemeinderates hinweg führte. Diese Vorstöße basierten vor allem auf der ablehnenden Haltung des Hofes gegenüber den neuen Massenbewegungen. Allen voran die in Wien besonders aktive antiliberale Opposition Karl Luegers stieß „bei Hof, Regierung und Statthalter auf große Ablehnung“[837]. Kaiser Franz Joseph bestätigte daraufhin den Bürgermeister nicht. Gemäß seinem Recht, das ihm im Stadtstatut gegeben war, er konnte diese Position bis in den Mai 1896 aufrechterhalten. Sowohl die Magyarenfeindlichkeit als auch die Unberechenbarkeit des Massenpolitikers Lueger können wohl als Gründe gelten.[838] Im Anbetracht der politischen Kräfte in der Stadt forcierten die Liberalen und der Statthalter 1890 mit dem neuen Statut den Machterhalt zu sichern sowie den Einfluss der neuen Massenbewegungen auf Politik und Verwaltung einzuschränken beziehungsweise zu erschweren. Das Ergebnis war daher weiterhin die Existenz der Wahlkörper, wie bereits in Budapest gesehen, wurde auch die Wahlperiode verlängert, um Stabilität zu schaffen, außerdem kam es zu einer Anpassung derWahlkörper den Bevölkerungsmehrheiten entsprechend. Zuletzt wurde noch ein Stadtrat geschaffen, die Mehrheit des Gemeinderates bildete ihn und setzte die wichtigsten Aufgaben um, die zuvor noch beim Gemeinderat und seinen Ausschüssen lagen und somit der heterogenen Zusammensetzung ausgesetzt waren, wo nun allein die Mehrheitspartei arbeitete und Initiativen vorbereitete[839].

Wählen durften mit dieser Reform nun alle Staatsbürger Österreichs, „die das 24. Lebensjahr vollendet hatten und im Gemeindegebiet von Wien wohnten“[840]. Konkret definierten dies die Paragraphen eins bis fünf der Wahlordnung.[841] Dabei wurden die Wahlkörper im Hinblick auf Steueraufkommen so restrukturiert, dass sich der Zweite Wahlkörper „als Bollwerk der Liberalen gegen die antisemitische

837 Seliger / Ucakar, Wahlrecht und Wählerverhalten, S. 41.

838 Vgl.: Maderthaner, 1860 bis zum Jahr 1945, S. 221.

839 Vgl.: Seliger / Ucakar, Wahlrecht und Wählerverhalten, S. 44.

840 Seliger / Ucakar, Wahlrecht und Wählerverhalten, S. 42.

841 Vgl.: Seliger / Ucakar, Wahlrecht und Wählerverhalten, S. 42; Gesetz vom 19. December 1890; in: Landesgesetz- und Verordnungsblatt für das Erzherzogthum Oesterreich unter der Enns; Jhg. 1890; Wien, 1890, Nr. 45, S. 78-82.

Opposition“ [842] entwickelten sollte. Da allerdings insgesamt der Charakter der zweiten Kurie durch Beamte und akademische ausgebildete Arbeitnehmer relativ mittelständisch und deren Anteil sehr groß war, entwickelte sich das Wählerverhalten entgegen den Erwartungen für die Christsozialen. Der gleichen Motivation folgte die erneute Verlängerung der Amtszeit der Mitglieder des Gemeinderates auf sechs Jahre.[843] Dabei sei an dieser Stelle darauf hingewiesen, dass das Beamtentum eine äußerst heterogene Gruppe ist. Denn das eher hofnahe höhere Beamtentum war durchaus liberal geprägt, ebenso wie das industrielle Bürgertum. Die ökonomische Krisenzeit nach 1873 jedoch mag hier zu einer erhöhten Wählervolatilität geführt haben zu Gunsten der Christlichsozialen sowie anderen antisemitischen Strömungen. [844] Ideologische Trägerschicht war aber besonders das Großbürgertum.[845]

Unterdessen agierten bereits früh in Verbindung mit der organisierten Arbeiterschaft die Wiener Demokraten im Reichsrat für eine Implementierung des allgemeinen und freien Wahlrechts. Dies zeitigte insofern Erfolg als, dass die Fünf-Gulden-Untergrenze für die Reichratswahlen bereits 1882 eingeführt worden ist. In der zweiten Hälfte der 1880er Jahre wurden die Diskussionen weiter geführt. Während die liberalen Abgeordneten weiterhin innerhalb des Kuriensystems für Arbeiterkammern einstanden, machten die Sozialdemokraten außerhalb des Reichsrates deutlich, dass sie diesen Vorschlag für keinesfalls ausreichend hielten und unterbreiteten in diesen Jahren immer wieder Vorschläge für eine signifikante „Erweiterung des Wahlrechts“[846] wie dies auch die Wiener Demokraten und die Deutschnationalen taten.[847] Im Zuge der Wahlrechtsdiskussion auf der Staats- und Stadtebene kam es zu Beginn der 1890er Jahre zu großen Demonstrationen, organisiert von den Sozialdemokraten, für ein allgemeines und freies Wahlrecht. Die Reaktion der Regierung war ein Vorschlag, durch den „etwa 40% der männlichen Bevölkerung wahlberechtigt geworden wäre[n]“, jedoch stieß der Vorschlag der Regierung in den liberalen, konservativen und sozialdemokratischen

842 Seliger / Ucakar, Wahlrecht und Wählerverhalten, S. 43; Gesetz vom 19. December 1890; in: Landesgesetz- und Verordnungsblatt für das Erzherzogthum Oesterreich unter der Enns; Jhg. 1890; Wien, 1890, Nr. 45, § 9.

843 Vgl.: Seliger / Ucakar, Wahlrecht und Wählerverhalten, S. 43-44.

844 Vgl.: Gottas, Liberale in Österreich und Ungarn, S. 58-60.

845 Vgl.: Gottas, Liberale in Österreich und Ungarn, S. 52-53, 58-59

846 Seliger / Ucakar, Wahlrecht und Wählerverhalten, S. 46.

847 Vgl.: Seliger / Ucakar, Wahlrecht und Wählerverhalten, S. 45-46.

Kreisen – aus unterschiedlichen Gründen – auf Ablehnung, was zu einem Rücktritt der Regierung führte. Bis zum Februar 1896 gab es keine Bewegungen im Wahlrecht. Mit dem zu diesem Zeitpunkt eingeführten neuem fünften Wahlkörper waren nun zwar alle ohne einen weiteren fixierten Zensus wahlberechtigt, jedoch durfte in dieser Kurie jeder wählen – unabhängig von einem etwaigen Stimmrecht in einer anderen Kurie. Somit hatte das Reichsparlament mit dieser neuen Kurie 425 Abgeordnete, von denen 72 Mandate via Mehrheitswahl besetzt wurden durch fünf Millionen Wahlberechtigte, während die zusätzlich in der ersten Kurie wahlberechtigten 5 000 Großgrundbesitzer 85 Mandate besetzten. Das parallel reformierte Wahlrecht für den Landtag des Erzherzogthums Oesterreich unter der Enns in ein direktes Mehrheitswahlrecht und die baldige Herabsetzung der Steueruntergrenze auf vier Gulden durch den christlichsozial dominierten Landtag ermöglichte wiederum vor allem kleinbürgerlichen Bevölkerungsgruppen zu wählen, was zu Gunsten der Christlichsozialen ausfiel. Dennoch ermöglichte die Einführung der fünften Kurie es ersten Sozialdemokraten in den Reichsrat gewählt zu werden, auch wenn kein Wiener Mandat gewonnen werden konnte, wobei die Christlichsozialen – längst dominierende politische Kraft in der Politik und Verwaltung Wiens – die Vorwürfe des Wahlbetruges nicht entkräften konnten[848].[849]

Als es 1905 im Spätherbst wiederum zu Großdemonstrationen vor allem in Prag und Wien kam, wurde seitens der Regierung eine Wahlrechtsreform für den Reichsrat angekündigt, die am 28. November während eines Tages der Arbeitsruhe und damit verbundenen Großkundgebungen besprochen und erst unter Androhung eines Generalstreiks 1907 angenommen wurde. Allgemein und gleich war das Wahlrecht daraufhin immer noch nicht. Es blieb bei männlichen Wählern, die mit Ende des 24. Lebensjahres Staatsbürger sowie mindestens ein Jahr sesshaft am Wahlort sein mussten. Nicht zuletzt wirkten sich auch bestimmte Vorstrafen in einem gewissen Maß auf die Wahlberechtigung negativ aus. Die Wahlkreiseinteilung war unterdessen die Ursache für Stimmenungleichgewichte.[850] Dennoch konnte insgesamt die Zahl der für die absolute Mehrheitswahl

848 Vgl.: Seliger / Ucakar, Wahlrecht und Wählerverhalten, S. 48.

849 Vgl: Seliger / Ucakar, Wahlrecht und Wählerverhalten, S. 47-48.

850 Vgl.: Seliger / Ucakar, Wahlrecht und Wählerverhalten, S. 49-50; Gesetz vom 26. Jänner 1907; in: Reichsgesetzblatt für die im Reichsrate vertretenen Königreiche und Länder; Jhg 1907, Wien, 1907, Nr. 15.

Berechtigten durch Bevölkerungszunahme und durch eine „etwas korrektere Anlegung der Wählerlisten“[851] erhöht werden. Trotz all dieser kritischen Punkte, vor allem aus Sicht der Sozialdemokraten, konnten sie nach den Wahlen 1907 und 1911 jeweils die stärkste Einzelfraktion des Reichsrates bilden.[852]

Auf Landesebene, das heißt im Erzherzogthum Oesterreich unter der Enns, führte das 1907 veränderte Wahlrecht eines Christlichsozial dominierten Landtages dazu, dass dieses Wahlrecht „'alle Nachteile des Gemeindewahlrechts für die Sozialdemokraten mit allen Vorteilen des Reichsratswahlrechts' für deren Gegner vereinigt“[853] wurden. Für Wien bedeutete dies all jene Personen wahlberechtigt waren, die männlich waren, das 24. Lebensjahr vollendet hatten, Staatsbürger waren aber auch mindestens drei Jahre ihren Wohnsitz in Wien hatten. Darüber hinaus kam es in einem weiteren Gesetz zur Einführung der Wahlpflicht.[854] Die breiten Kundgebungen einer Wahlrechtsreform auf Reichsebene schlugen sich auch auf die Kommunalebene wieder. In Wien gab es 1895 einen Wechsel der Mehrheiten, da nun zum ersten Mal die Christlichsozialen mit Karl Lueger den Bürgermeister stellen konnten. Trotz ihres Programms kam es erst 1899 zu einer Neudiskussion der Wahlordnung sowie der Statuten für den Wiener Gemeinderat. Der Stadtrat wurde nun ebenso abgeschafft wie die kaiserliche Sanktion des Wiener Oberbürgermeisters, die nach der Wahl 1895 für Probleme sorgte, da der Kaiser sowie „die Regierung, die Hierarchie der Kirche, ansehnliche konservative und liberale Kreise“ [855] dem vom Gemeinderat gewählten Lueger ablehnend gegenüber stand. Ebenso wurden Steuerzensus und Kurien abgeschafft, allerdings die Wahlberechtigung neben männlichem Geschlecht und beendetem 24. Lebensjahr an mindestens fünf Jahre Leben in Wien gebunden.

Die Reaktionen der Sozialdemokratie sowie der Regierung und dem Kaiser beziehungsweise dem Statthalter waren aus unterschiedlichen Gründen ablehnend.

---

851 Seliger / Ucakar, Wahlrecht und Wählerverhalten, S. 50.

852 Vgl.: Seliger / Ucakar, Wahlrecht und Wählerverhalten, S. 50-51.

853 Seliger / Ucakar, Wahlrecht und Wählerverhalten, S. 51, Seliger zitiert hier Adler, Viktor: Die Landtagswahlen in Niederösterreich; in: Der Kampf, 2. Jhg., 49ff.

854 Vgl.: Seliger / Ucakar, Wahlrecht und Wählerverhalten, S. 51; Gesetz vom 21. Oktober 1907; in: Landesgesetz- und Verordnungsblatt für das Erzherzogthum Oesterreich unter der Enns; Jhg. 1907; Wien, 1907, Nr. 131; Gesetz vom 21. Oktober 1907; in: Landesgesetz- und Verordnungsblatt für das Erzherzogthum Oesterreich unter der Enns; Jhg. 1907; Wien, 1907, Nr. 132.

855 Madaras, Éva: Der Nachklang der Wiener Bürgermeisterkrise in den Jahren 1895-1897 in Ungarn; in: Erdődy, Gábor (Hrsg.): Das Parteiensystem Österreich-Ungarns; Budapest, 1987, S. 137-145, hier S. 138.

Dem Statthalter ging dieses im Grunde freie allgemeine Wahlrecht zu weit, für die Sozialdemokraten waren die fünf Jahre Sesshaftigkeit nicht annehmbar, weil ihre Klientel damit zu großen Teilen ausgeschlossen waren. Erst nach mehreren Verhandlungen und ein Jahr später lag ein Vorschlag vor, der zumindest für die Regierung und die Christlichsozialen annehmbar war. Scheinbar wohl kalkuliert durch die Christlichsozialen, ob der Unannehmbarkeit des allgemeinen Wahlrechts für den Statthalter, blieben vier Wahlkörper erhalten und der Stadtrat unberührt. Allerdings wurde die Sesshaftigkeit von fünf Jahren auf drei reduziert, doch auch die eingeplante Wahlpflicht blieb. Wien blieb somit Stadt des bürgerlichen Mittelstandes[856]. Die darauf folgende Reaktion der Sozialdemokraten war abermals kritisch, da der vierte Wahlkörper nur 20 Mandate hatte während die anderen drei jeweils 46. Außerdem durften im vierten Wahlkörper auch jene Personen mitwählen, die in den ersten drei Wählen konnten und es blieb die Sesshaftigkeitsdauer für alle Wähler des vierten Wahlkörpers, die auf sechs Monate hätte reduziert werden sollen. Die Konsequenzen der vorgenommenen Reformen auf Reichsebene blieben allerdings aus. In Wien wurden bis 1918 Diskussionen über verschiedene Möglichkeiten des Wahlrechts geführt, wobei die Sozialdemokraten selbst 1918 „bereit gewesen wären, sich im Kompromißweg auf ein gemeinsamen zu beschließendes Privilegienwahlrecht“ [857] eingelassen hätten.[858]

2.4 Probleme und ihre städtischen Lösungen in Budapest und Wien bis 1917

Die Zuwanderung stellte beide Metropolen vor große soziale Schwierigkeiten, dies wurde bereits deutlich. Das lag vor allem an der fehlenden Möglichkeit die Größe der zuwandernden Menschengruppe einzuschätzen. Eine der Folgen war der Mangel an Wohnfläche, da die bürgerlichen Schichten nicht so schnell aus der Stadt in die Randgebiete wanderten, wie neue Menschen zuströmten. Lösung dieses Problems war alsbald die Mietskaserne. Sie ermöglichte die Trennung von Arbeits- und Wohnort und schuf Raum für die vielen Menschen. Die Neubauten

856 Vgl.: Maderthaner, 1860 bis zum Jahr 1945, S. 230-231.

857 Seliger / Ucakar, Wahlrecht und Wählerverhalten, S. 55.

858 Vgl.: Seliger / Ucakar, Wahlrecht und Wählerverhalten, S. 52-55.

wurden meistens von privaten Eigentümern errichtet. Für die Entstehung der neuen Häuser musste der Kapitalmarkt ausreichend gut funktionieren, um auf diese Weise Geld für eine solche Investition verfügbar zu machen. Kritisch war die Wohnungssituation vor allem in Budapest, wo es Mieterkrawalle gab, damit endlich Wohnungen für Unterschichten entstehen konnten. Diese lagen dann zumeist in den Außenbezirken und waren deutlich ländlicher und schlechter als jene Bauten in der Innenstadt.[859]

Die Mietskaserne kann ebenso als ein Teil der ab Mitte des 19. Jahrhunderts in den Städten Zentraleuropas beginnenden Agglomerationsphase gesehen werden wie der Ausbau der Infrastruktur oder soziale Bauprojekte sowie Bildungsprojekte und städtische Investitionen im Rahmen der Industrialisierung.

„Die räumliche Ausdrucksform dieses Regimes ist die baulich kompakte, funktional- und sozialräumlich differenzierte Stadt, an der sich die räumliche Trennung von Wohnen und Arbeiten und von Arbeit in Produktion (Industrie- und Gewerbegebiete) und Distribution/Zirkulation (Citybuilding) ablesen lässt. Die dichte Verbauung ist nicht zuletzt die Folge des Fehlens billiger Nahverkehrsmittel: Es dürfen möglichst keine Kosten für den Berufsverkehr anfallen, da dies die Löhne verteuern würde.“[860]

Im Rahmen der bereits vorab deutlich gemachten politischen Machtverteilung, die besonders durch ökonomische Potenz verteilt worden ist, entwickelte sich die Modernisierung der Städte insgesamt paternalistisch von oben nach unten[861]. Sowohl in Wien als auch in Budapest lassen sich die politischen Maßnahmen vor allem durch die soziopolitischen Interessenkonstellationen verstehen. Beide Hauptstädte waren außerdem unmittelbar von den Interessen der jeweiligen Regierungen beeinflusst, bis aktiv mit gesteuert, wie im Fall von Budapest. Doch die Präsenz des Staates hatte nicht nur negative Folgen. Von großer Bedeutung für die gesamtstaatlichen Behörden waren Infrastrukturprojekte und die Stadtentwicklungspolitik[862]. Doch ebenso unterlagen die Investitionsaktivitäten des Staates auch den „wirtschaftsstrategischen sowie militär- und machtpolitischen

859 Vgl.: Banik-Schweitzer, Großstädte im gesellschaftlichen Entwicklungsprozess, S. 43-44.

860 Banik-Schweitzer, Großstädte im gesellschaftlichen Entwicklungsprozess, S. 37.

861 Vgl.: Melinz / Zimmermann, Großstadtgeschichte und Modernisierung, S. 28; Melinz und Zimmermann verweisen hier auf Zimmermann, Susan: Radikale Politik auf konservativen Grundlagen? Soziale Reform und politischer Wandel in Budapest nach der Jahrhundertwende; in: Archiv für Kommunalwissenschaften, 31. Jhg., 2. Halbband, 1992, S. 255-280.

862 Vgl.: Melinz / Zimmermann, Großstadtgeschichte und Modernisierung, S. 28; Melinz und Zimmermann verweisen hier auf Wysocki, Josef: Infrastruktur und wachsende Staatsausgaben. Das Fallbeispiel Österreich 1868-1913; Forschungen zur Sozial- Wirtschaftsgeschichte, Band 20, Stuttgart, 1975, S. 55ff; Redl, Leopold; Wösendorfer, Hans: Die Donauinsel. Ein Beispiel politischer Planung in Wien; Wien, 1980, S. 35.

Motiven […] und es gesellten sich – durchaus in beiden Reichshälften – nationalitätenpolitische Überlegungen hinzu.“ An diesem Beispiel wird eindeutig, dass die beiden Städte Budapest und Wien von herausragender Bedeutung für staatliche Investitionen waren, auch wenn sie zu Beginn des 20. Jahrhunderts immer geringer wurden.[863] Durch diese zusätzlichen Mittel konnten beide Städte ihre Haushalte zielgerichteter nutzen. Dennoch floss der größte Teil der Ausgaben in die Agglomerationsprozesse der jeweiligen Stadt. Ein anderer Posten war jener für den Bildungssektor, der aufgrund der fortschreitenden Industrialisierung immer stärker notwendig wurde um Menschen mit einer allgemeinen Grundbildung wie mit Fachwissen auszustatten.[864]

In Wien geschah es bereits während der liberalen Regierungsphase, wo Bildungspolitik neben den Infrastrukturmaßnahmen ein Kernbereich von Investition war.[865] Dies umfasste auch das fortführen der Volksschule und die Stärkung dieser, respektive die Ergänzung um die Bürgerschule. Somit legte das Reichsvolksschulgesetz von 1869 einen wesentlichen Grundstein für die allgemeine Bildung, die besonders auf Kritik seitens der konservativen und klerikalen Gruppen stieß. Nachdem die liberale Regierungsphase endete, konnten die konservativen Regierungen allerdings nicht die weiten Reformen rückgängig machen, sondern akzeptierten sie und modifizierten sie beispielsweise im Hinblick auf den Religionsunterricht, der an jeder Schule unter Berücksichtigung der Majoritätskonfession der Schüler gelehrt werden musste.[866] Unterdessen war die gymnasiale Bildung ebenfalls von der Säkularisierung betroffen. Hatte die Kirche noch bis 1868 ein formales „Aufsichtsrecht über das Schulwesen“ inklusive der Gymnasien, wurde dies mit den liberalen Reformen entzogen. Die Realschulen, eingeführt als Bildungseinrichtungen für gewerbliche und technische Ausbildung, waren von vorn herein in staatlicher Hand und hatten in Folge ihrer inhaltlichen Entwicklung – einer naturwissenschaftlichen Sekundarschule ohne Latein – eine wichtige Rolle in den industrialisierten Gebieten und Städten.[867] Dabei blieb vor

863 Vgl.: Melinz / Zimmermann, Großstadtgeschichte und Modernisierung, S. 28.

864 Vgl.: Melinz / Zimmermann, Großstadtgeschichte und Modernisierung, S. 29.

865 Vgl.: Maderthaner, 1860 bis zum Jahr 1945, S. 196.

866 Vgl.: Friedrich, Margret / Mazohl, Brigitte / Schlachta, Astrid von: Die Bildungsrevolution; in: Österreichische Akademie der Wissenschaften (Hrsg.): Soziale Strukturen. 1. Teilband: Von der feudal-agrarischen zur bürgerlich-industriellen Gesellschaft. Teilband 1/1: Lebens- und Arbeitswelten in der industriellen Revolution; Wien, 2010, S. 67-107, hier S. 73-74.

867 Vgl.: Friedrich / Mazohl / Schlachta, Bildungsrevolution, S. 80-83.

allem die höhere Bildung abgesehen von Ausnahmen Mädchen verschlossen, da allein das Angebot an Mädchenschulen bereits nicht ähnlich groß war.[868]

Die 1880er Jahre befördern die allgemeine Entwicklung der Bildung durch eine Institutionalisierung von Volksbildungsinitiativen wie es die Katholischen Gesellenvereine oder die Arbeiter-Bildungs-Vereine waren. Diese gesellschaftlichen Initiativen aus verschiedenen ideologischen Hintergründen erfuhren dann in den 80er Jahren der 19. Jahrhunderts durch Volksbibliotheken oder freie Bibliotheken, getragen von Vereinen, eine Ergänzung. Darüber hinaus entwickelte sich ein Kurs- und Vortragsangebot und zeigen damit ebenso wie die Wiener Urania und die Volkshochschule die wachsende Bedeutung für eine breite Bildung.[869]

Budapest begann erst nach 1900 mit einem Ausbau der Grundschulen. Ein Teilerfolg gelang der Stadt zwischen 1909 und 1912 unter dem für Bildung verantwortlichen Bárczy István, der die Zahl der Grundschulen immerhin verdoppelte.[870] Aber die Bildungspolitik zeigt auch den engen Zusammenhang zwischen Staat und Stadt. So waren es vor allem die staatsweiten Gesetze zu den Volksschulen, die 1868 einen Schultyp schafften, der mit sechsjähriger Schulpflicht und möglicher sechsjähriger Mittelschule gebildeten Nachwuchs grundsätzlich einmal ermöglichte. Dabei stiegen nicht nur die Schulzahlen innerhalb Budapests, sondern auch im ganzen Land binnen 38 Jahren von 13 000 auf 17 000 Schulen und die Zahl der eingeschulten Kinder verdreifachte sich in diesem Zeitraum. Allerdings ist für das Königreich Ungarn die Kirche weit wichtiger als in den Ländern des Reichsrates, denn in Ungarn waren viele Volksschulen noch in kirchlicher Hand, wenn auch unter staatlicher Kontrolle.[871]

Der Kultusminister und Schriftsteller Baron Eötvös József und sein Nachfolger im Amt des Kultusministers, Trefort Ágoston, waren aufgrund ihrer Bildungsreformen und der Entwicklung eines zeitgemäßen Hochschulsystems äußerst bedeutend. Dafür sprechen auch die Ausgründung des Technischen Kollegiums zur Technischen Universität im Jahre 1871 sowie die Gründungen vier weiterer

868 Vgl.: Friedrich / Mazohl / Schlachta, Bildungsrevolution, S. 85.
869 Vgl.: Friedrich / Mazohl / Schlachta, Bildungsrevolution, S. 106-107.
870 Vgl.: Melinz / Zimmermann, Großstadtgeschichte und Modernisierung, S. 29.
871 Vgl.: Friedrich / Mazohl / Schlachta, Bildungsrevolution, S. 76-77.

technischer Universitäten unter anderem in Klausenburg,[872] Debrecen und Bratislava[873]. Zeitgleich, als Ungarn "voll und ganz ein Kulturstaat im Sinne des fortgeschrittenen Westens"[874] etabliert werden sollte, gab es auch eine enorme Förderung der sogenannten "nationalen Wissenschaften"[875], konkret der Sprach- und Geschichtswissenschaften. Während in diesen Bereichen der deutschsprachige Einfluss eher als störend empfunden wurde, war er maßgebend für die Entwicklung in der Medizin, der Technik und den Naturwissenschaften. Geisteswissenschaftler lehnten allerdings die deutschsprachige Wissenschaft nicht nur aufgrund nationaler Schwierigkeiten ab, vielmehr galt sie auch als konservativ, was hier zu einer Suche nach neuen Inspirationen in den englisch- und französischsprachigen Wissenschaftsräumen führte.[876] In diesem Zusammenhang ist auch zu beobachten, dass ähnlich wie in den im Reichsrat vertretenen Ländern, die gymnasiale Bildung einen deutlich höheren Stellenwert genoss und viel stärker gefördert wurde als die allgemeine Realschulbildung. „1900 standen 165 Gymnasien lediglich 32 Realschulen gegenüber."[877]

In diesem Rahmen wurde auch die Zeitschrift Huszadik Század um 1900 gegründet. Jászi Oszkár und Szabó Ervin traten in diesem Blatt "für eine konsequente Demokratisierung des Landes"[878] ein. Ein Jahr nach der Gründung, wurde die Zeitschrift auch zum offiziellen Blatt der Sozialwissenschaftlichen Gesellschaft. Darüber hinaus gilt es anzumerken, dass

> "[b]ei der Vermittlung kultureller Errungenschaften des Westens und der Herausbildung der bürgerlichen Gesellschaft [...] neben den assimilierten Deutschen vor allem die Juden eine herausragende Rolle [spielten]. [...] Insbesondere Budapest steht für den gesellschaftlichen Aufstieg der ungarischen Juden, wo um die Jahrhundertwende bereits 165000 jüdische Bürger lebten. 1910 stellten sie sogar schon ein Viertel der Stadtbevölkerung"[879].[880]

Neben der Frage der Ausbildung, wo das staatliche Investitionsinteresse äußerst hoch war, war ein Anstieg der Ausgaben im sozialen Sektor für die Städte nahezu

---

872 Weitere Endonyme für diese Stadt: Cluj (Rumänisch), Kolozsvár (Ungarisch).

873 Damaliges offizielles Endonym war Pozsony (Ungarisch), weiters existieren mit Prešporok (Slowakisch) und Pressburg (Deutsch) historische Endoynme.

874 Hauszmann, Geschichte Budapests, S. 118.

875 Hauszmann, Geschichte Budapests, S. 118.

876 Vgl.: Hauszmann, Geschichte Budapests, S. 118-119.

877 Friedrich / Mazohl / Schlachta, Bildungsrevolution, S. 87.

878 Hauszmann, Geschichte Budapests, S. 119.

879 Hauszmann, Geschichte Budapests, S. 119.

880 Vgl.: Hauszmann, Geschichte Budapests, S. 118-119.

unumgänglich. Das lag besonders an einem fehlenden Engagement des Staates in diesem Bereich. Daher war die Budgetvergrößerung immer an steigende Ausgaben in Bereichen gebunden, wo der Staat die Stadt in der Pflicht sah. Die Konsequenz dieser Finanzpolitik waren die Budgetkrisen in Wien sowie in Budapest. Ein Ausgleich durch eine progressive Einkommensteuer oder Luxusabgaben war in keiner der Städte aufgrund der Interessenlagen möglich. 1906 wurden in Budapest Versuche in dieser Richtung unternommen, die jedoch dazu führten, dass die sich gebildete Gruppe der Reformer daran zerbrach. Die Stadtverwaltungen versuchten durch erhöhte Investitionen und Anleihen höhere Einnahmen zu erzielen. Entsprechende Betriebe richteten sich daraufhin auf die Gewinnmaximierung aus und konnten somit Überschüsse in die Haushalte zurückführen. Die Folge dieser Entscheidungen war, dass die die Eliten keinen wesentlichen Beitrag für die Sozialpolitik zu liefern hatten und dass trotz der Kostenintensität der Politik sie umgesetzt werden konnte. Dennoch wurde den Stadtverwaltungen die Bedeutung des Sozialsystems bewusst und unter diesem Posten subsummierend wurden in Wien wie in Budapest die Ausgaben für „Bildung, Fürsorge, Gesundheit und, im Fall Budapests, auch kommunaler Wohnungsbau“ bis zum Ersten Weltkrieg getätigt. Jedoch nur in Wien stiegen sie, während sie in Budapest abgesehen von Wohnungsbau stagnierten. In den Städten unterscheiden sich die Sozialpolitiken insofern, dass in Budapest Maßnahmen sich in den Vorkriegsjahren auf „Feuerwehraktionen“ beschränkten, als die Notwendigkeit im Anbetracht der wachsenden sozialen Ausgrenzung im Schatten der rasanten Industrialisierung am höchsten war. In Wien hingegen finden sich deutlich weiter zurückreichende Maßnahmen der sozialen Fürsorge, die Hand in Hand mit dem grundsätzlichen Integrationskurs der städtischen Politik gingen.[881]

Dabei war es besonders die liberale Infrastrukturpolitik der beiden Städte, die „zu Gunsten privater Unternehmen und freier Marktentwicklung“[882] umgesetzt wurde. „Eine soziale Politik existierte kaum“[883]. Wie bereits dargelegt, waren es diese vorhandenen Spannungen innerhalb der Gesellschaft, die im Wesentlichen durch

881 Vgl.: Melinz / Zimmermann, Großstadtgeschichte und Modernisierung, S. 30-31.

882 Maderthaner, 1860 bis zum Jahr 1945, S. 196.

883 Maderthaner, 1860 bis zum Jahr 1945, S. 196.

die Modernisierung hervorgerufen wurden, die in Budapest und Wien Tendenzen stärkten, „die sich als Kräfte der gesellschaftlichen Beharrung gerierten [und] massiver als anderswo an Einfluß auf die kommunale Politik“[884] hatten. In Wien war dies die Christsoziale Bewegung, während in Budapest 1906 eine kommunalpolitische Wende vollzogen wurde, deren Folge eine noch stärkere Bewegung zu Gunsten der Modernisierung war. Dem standen die Anhänger einer deutlich „traditionsorientierteren“ Politik gegenüber. Diese Form des „'Anti-Modernismus' könnte als genuines Produkt zentraleuropäischer Modernisierungswege und spezifischer Bestandteil städtischer Moderne in der Habsburgermonarchie interpretiert werden.“[885] Die neuen dominanten Gruppen waren zwar “bürgerliche” Gruppen, allerdings fanden sich unter ihnen besonders Kleinunternehmer oder Handwerker. Menschen also, die mit dem Börsenkrach von 1873 in große Bedrängnis gerieten und im Zuge der sich entwickelnden politischen Partizipationsmöglichkeiten ihre Hauptkonkurrenten in den bisher eher großbürgerlichen Gruppen sahen, die auch Träger der liberalen Idee der Zeit waren. Die Massenparteien waren die Manifestation dieses Gegensatzes:

„die nicht nur zunehmend antiliberal, sondern auch antikapitalistisch bzw. antisemitisch agierten, wie zum Beispiel die 'Christlich-Sozialen' oder die 'Ungarische Volkspartei', Parteien also, deren Programme die politische Mentalität dieser neuen städtischen Mittelschicht widerspiegelten.”[886]

Wie hoch in einer solchen Phase die Notwendigkeit nach einer städtisch koordinierten Politik ist, zeigt die Stadt Budapest im Bereich des Wohnungsbaus. So wurden die Protestformen jener Zeit gleichzeitig genutzt um, auf ihr basierend, Wohnungspolitik zu machen ohne das die anderen Politikbereiche in irgendeiner Weise zu beeinträchtigt wurden. In Budapest nutzte so das Rathaus die gewaltbereite Mieterbewegung, die Hausbesitzern offen mit Mord drohte, um ihre Wohnungsreformen umsetzen zu können. Nur so konnte eine politisch nicht-integrierte Bevölkerung plötzlich zum Katalysator für Reformpolitik werden in einem institutionellen Rahmen der sowohl der Gruppe als auch der politischen Inhalte teilweise konträr entgegen stand.[887]

---

884 Melinz / Zimmermann, Großstadtgeschichte und Modernisierung, S. 32.

885 Melinz / Zimmermann, Großstadtgeschichte und Modernisierung, S. 32.

886 Csáky, Ideologie der Operette, S. 65. Csáky referiert im Fall der Ungarischen Volkspartei wahrscheinlich auf die in der damaligen ungarischen Gesellschaft als einfach unter Volkspartei bekannte Katolikus Néppárt, die katholische Volkspartei.

887 Vgl.: Melinz / Zimmermann, Großstadtgeschichte und Modernisierung, S. 33.

Die Wohnungssituation in Budapest war eines der dringenden Probleme der wachsenden Großstadt. Die Arbeiterkolonien waren eine der Lösungen, die Unternehmer entwickelten, um die Arbeiter möglichst nahe am Arbeitsplatz leben lassen zu können. Diese Wohnhäuser gehörten entsprechend zu Fabrik. Diese Kolonien waren untergebracht in verhältnismäßig schnell gebauten Blöcken, „die aus dem Boden wuchsen“[888] oder in vorstädtischen Mietshäusern. Die Gebäude an sich waren einheitlich einfach gehalten, „durch Überfüllung und architektonische Anspruchslosigkeit gekennzeichnet. Ihre ebenerdigen, lang gestreckten Gebäude wurden aus Naturstein oder Lehmziegeln errichtet und als Dach dienten Blechpappen.“ [889] Die Wohnverhältnisse in Budapest waren im Verhältnis zum Land deutlich schlechter. So lebten beispielsweise 1883 etwa 30 000 Menschen – vor allem aus der Arbeiterschaft - „in gesundheitsschädlichen Kellerwohnungen“[890]. Nachdem es im konkreten Fall den Behörden bekannt war, wurden im Laufe der Jahrhundertwende staatliche Siedlungen geschaffen.[891] Dennoch kam es zu einer Anspannung der Situation über Boykotte und letztlich Mieterstreiks. Vor allem die Erfahrung der Ohnmacht gegenüber Immobilienbesitzern und deren Verwaltern führte zu einer wachsenden Solidarität innerhalb der Wohn- und Hausgemeinschaften. In Budapest führte das beispielsweise 1910 während der sehr intensiven Streiks dazu, dass in einem Gebäude in Angyalföld Mieter, die in Mietrückstand waren und die Wohnung verlassen mussten, von anderen Mietern aufgenommen worden sind. Darüber hinaus wurden Versammlungen abgehalten, es wurde gesungen bis hin zu geschlossenen Ablehnung der Mietzahlungen am Monatsbeginn. Katzenmusik war ebenso Teil des Protests wie das Singen von Arbeiterliedern.[892]

Die Reaktion der Stadtverwaltung nach 1910 muss vor allem im Rahmen sich extrem vergrößernder Investitionsvolumina der Stadt gesehen werden die so auch in Wohnungsbauprogramme investierte und die Spekulation über Grundstücke durch Kauf und Parzellierung zu bremsen versuchte. Gebaut wurden dabei sowohl kleine Hütten oder Häuser wie auch etwas hochwertigere aber dennoch kleine

888 Szulovszky, gewerblich-industrielle Arbeitswelt in Ungarn, S. 420.
889 Szulovszky, gewerblich-industrielle Arbeitswelt in Ungarn, S. 420.
890 Szulovszky, gewerblich-industrielle Arbeitswelt in Ungarn, S. 420.
891 Vgl.: Szulovszky, gewerblich-industrielle Arbeitswelt in Ungarn, S. 420.
892 Vgl.: Gyáni, Großstadterfahrung am Beispiel Budapests, S. 551.

Wohnungen in Mietshäusern. In diesem „Kleinwohnungsbauprogramm errichtete die Gemeinde Budapest bis 1914 mehr Wohnungen als jede andere kontinentaleuropäische Großstadt“ [893]. Die Häuser an sich waren unterdessen darauf ausgerichtet, die hygienische Situation ebenso zu verbessern wie sich zu öffnen, gab es doch auch in Budapest gegenüber den Innenhofwohnungen diverse Vorbehalte: „One condemned the overcrowded, tiny apartments as the source of discontent and the breeding ground of crime, disease and immorality-problems primarily affecting the lower classes.“[894] Wobei sich vor allem in der Mittelklasse aber auch gegenteilige Erfahrungen finden: „The other addressed the living conditions in courtyard-facing units, which deprived dwellers from air, light and privacy.“[895] Trotz aller Bemühungen blieb es jedoch so, dass

„[v]on den Metropolen Wien und Budapest Wien den moderneren Wohnungsbestand und die besseren Wohnverhältnisse [hatte]. Die Wiener Arbeitermietshäuser hatten zwar auch noch keine sanitären Einrichtungen im Wohnungsverband, diese lagen aber zumindest an geschlossenen Gängen, während die Gänge in Budapest noch offen und daher dem Wetter ausgesetzt waren. In Wien war auch der Anteil an Kleinstwohnungen geringer als in Budapest und vor allem die Wohndichte war in Wien niedriger als in Budapest.“[896]

Die Ringstraße – auch als Inszenierung von Reichtum und Macht errichtet – war mit ihrer Architektur und ihrer Umgebung und durch die Nutzer der Straße nicht inkludierend,

“sondern bildete eine in sich abgeschlossene Figur, die zugleich eine Trennung der Gesellschaft definierte: die herrschende Klasse, Adel und (Groß-)Bürgertum in der Innenstadt mit den alten Palästen und den neu entstandenen Refugien bürgerlicher Wohnkultur; und, davon abgetrennt, die inneren Vorstädte mit dem Industrieproletariat und den sozialen Unterschichten. […] Wohnungselend und Wohnungsnot kennzeichneten die soziale Lage der Stadt, sie ließ sich ‘mit ihrem Schrecken und ihrer Trostlosigkeit durchaus mit den Zuständen in der Pariser Cité oder dem Londoner East End vergleichen’.”[897]

Darüber und über die Probleme der Obdachlosigkeit und der schlechten Wohnsituation insgesamt, sei noch auf eine sozialräumliche Spannung

---

893 Melinz, Gerhard / Zimmermann, Susanne: Die aktive Stadt. Kommunale Politik zur Gestaltung städtischer Lebensbedingungen in Budapest, Prag und Wien (1867-1914); in: Dies. (Hrsg.): Wien – Prag – Budapest: Blütezeit der Habsburgmetropolen; Urbanisierung, Kommunalpolitik, gesellschaftliche Konflikte (1867-1918); Wien, 1996, S. 140-176, hier S. 168.

894 Gal, Csilla V.: Borrowing Ideas: The Changing Form of Metropolitan Housing in Budapest; 15th International Planning History Society Conference; http://www.fau.usp.br/iphs/abstractsAndPapersFiles/Sessions/02/GAL.pdf, 24.06.2014, S. 9.

895 Gal, Changing Form of Metropolitan Housing, S. 9.

896 Banik-Schweizer, Prozess der Urbanisierung, S. 224.

897 Maderthaner / Musner, Anarchie der Vorstadt, S. 51-52. Maderthaner und Musner zitieren hier Kieß, Walter: Urbanismus im Industriezeitalter. Von der klassizistischen Stadt zur Garden City; Berlin, 1991, S. 184.

hingewiesen, die sich in Wien zeigt, dass „das moderne Wien von anderen europäischen Metropolen in markanter Weise unterschiedet: das Vorstadtelend hat hierorts eine Fassade und einen baulichen Rahmen, der es verbirgt und einfasst. Das Wiener Zinshaus folgt nämlich nicht, von einigen wenigen Ausnahmen abgesehen, einer rein funktionalen Fabrikästhetik, wie dies in Manchester, Liverpool oder ähnlich dynamisch expandierenden Industriezentren Westeuropas üblich war, sondern einer widersprüchlichen und ironischen Ästhetik. Vielfach prachtvoll geschmückte Gründerzeitfassaden nach außen zur Straße hin kontrastieren mit beengten, überbelegten und infrastrukturell ungenügend ausgestatteten Wohnungen im Inneren und schaffen so einer widersprüchliche Grammatik der Vorstadt.“[898] Darin zeigt sich jedoch nicht nur der Wille, aufgrund der Fassade eine höhere Miete verlangen zu können, sondern auch das Interesse der Wiener Baubehörden, ein „respektables“ Stadtbild der Residenzstadt sicherzustellen sowie es auch den Ansprüchen des Repräsentierens der Eigentümer entgegenkam. Weiterhin führt die einheitliche Fassadengestaltung nicht zu einer offen erkennbaren Aufteilung der Stadt wie beispielsweise in Budapest. Vielmehr wurde eine Homogenität der Fassaden kreiert, den Potemkin’schen Dörfern gleich, die den Zustand der Bevölkerung dahinter verbirgt. Unterdessen wurde den Bewohnerinnen und Bewohnern der Häuser suggeriert, dass sie symbolisch Teil des Wiens der Ringstraße seien: die Fassade ermöglichte damit das Gefühl der Teilhabe an etwas, an dem gar nicht bis kaum offiziell partizipiert werden konnte.[899]

Dazu steht die grundsätzliche politische Szenerie in einem starken Gegensatz, wo die Mieterbewegung sich besonders in den Reihen der wenig bis kaum an der kommunalen politischen Szenerie beteiligten Sozialdemokraten abspielte. Demgegenüber entwickelten sich vor allem die dominierenden Christlichsozialen zur Partei der Immobilienbesitzer, die als solche auch in der Zeit von 1873 bis 1900 auch über 50% der Gemeinderatsabgeordneten stellten und als solche jeden kommunalen Eingriff in den Immobilienmarkt und die Preisentwicklung ablehnten. Die Hausherrenmacht wurde zu einer der wesentlichen Säulen der politischen Macht der Christlichsozialen – neben der Stadtverwaltung und teilweise auch den

898 Maderthaner / Musner, Anarchie der Vorstadt, S. 79.

899 Vgl.: Maderthaner / Musner, Anarchie der Vorstadt, S. 83-84.

städtischen Betrieben, wo besonders in der Verwaltung freidenkende, liberale und jüdische Menschen nicht mehr befördert oder gar entlassen wurden sind.[900] Während innerhalb des Walls bürgerliche Wohnquartiere dominierten, wurden die äußeren Bezirke von verarmten Bevölkerungsteilen bewohnt, sofern überhaupt Wohnungen vorhanden waren. Denn „[e]iner Bevölkerungszunahme von rund 40 Prozent zwischen 1830 und 1850 war lediglich eine etwa zehnprozentige Vermehrung des Wohnungsbestandes gegenübergestanden.“[901] Erst mit der Zäsur des Ersten Weltkrieges veränderte sich die so durch gewinnorientierte Mietskasernen Wohnungssituation vom größten Teil der Bevölkerung. Denn „Vier Fünftel der Bevölkerung hausten hier in der ärmlichsten Wohnungskategorie [Kleinstwohnungen; Anm. d. A.]. Noch für die elendsten Quartiere […] konnten Mieten verlangt werden, die die Quadratmeterquote selbst in den Ringstraßenhäusern übertrafen.“[902] Doch dies blieb zu einem großen Teil hinter den die Ringstraße imitierenden Fassaden verborgen, sie dominierten das prägnante Gesicht der Stadt als historisch geprägtes Schönes.[903]

Der hohe symbolische Wert der Hauptstädte schlug sich auch ganz allgemein im staatlichen Engagement bei der Entwicklung Budapests und Wiens nieder.[904] Davon zeugt nicht nur der Ausgangspunkt des Ringstraßenbaus in Wien sondern eben auch der direkte formal gesicherte Einfluss der ungarischen Regierung auf die Geschehnisse der Stadt sowie die Investitionen des Staates. Dies soll nun noch weiter konkretisiert werden. Nachdem bereits der Wohnungsbau beschrieben worden ist, lässt sich unabhängig davon sagen, dass Budapest gleichsam als eine Stadt modernisiert wurde, die nicht nur technisch vorbildlich sein, sondern quasi einen Kult etablieren sollte für die moderne Stadt schlechthin. Budapest sollte mit seiner neuen Infrastruktur Vorbild sein für die Entwicklungen anderer Städte. Die Folgen waren für das besitzende Bürgertum und die höheren Adligen von äußerst positiver Art.[905] Gleichzeitig stieß die Stadtverwaltung mit dem Großgrundbesitz auf neuerliche Probleme. Im Allgemeinen lässt sich für diese Zeit sagen, dass die Stadtpolitik über den Wohnungsbau hinaus im Spannungsfeld von

900 Maderthaner, 1860 bis zum Jahr 1945, S. 229.
901 Maderthaner, 1860 bis zum Jahr 1945, S. 178.
902 Maderthaner, 1860 bis zum Jahr 1945, S. 190.
903 Vgl.: Maderthaner, 1860 bis zum Jahr 1945, S. 190.
904 Vgl.: Melinz, Zimmermann, Die aktive Stadt, S. 143-145.
905 Vgl.: Sipos, „Stammeshäuptlinge“ und Reformer, S. 109.

gesellschaftlichen Interessen zwischen einer liberalen Marktpolitik auf der einen Seite und der Kommunalisierung auf der anderen Seite schwankte. Dabei kam den langen liberalen Phasen der Stadtpolitik eine besondere Bedeutung zu. Denn den Donauregulierungen in Wien und Budapest lag beispielsweise nicht nur ein gesundheitspolitischer Gedanke zu Grunde, auch die Ökonomisierung des Flußbereichs in der Stadt sowie der dadurch nicht mehr von Überflutungen betroffenen Stadtgebieten eröffnete Investitionen.[906] Sie überdauerten die Krise von 1873, sahen sich jedoch im Hinblick auf die Elektrizität oder die Gasversorgung ebenso zum Handeln gezwungen wie im Hinblick auf Arbeitslosen- und Armenfürsorge. Dabei zeichnet sich ersterer Problembereich wegen der privatwirtschaftlichen Investitionen oft als etwas aus, dass Grund für Diskussionen in der Kommunalpolitik wurde.[907] Am deutlichsten scheinen die Problematiken dort, wo weite Bevölkerungsteile von der bisherigen Politik der privatwirtschaftlichen Investition in ein Unternehmen von kommunaler Bedeutung betroffen sind. So zeigte sich, dass bereits in den 1870er Jahren der Personennahverkehr in Budapest vor großen Problemen stand, da die Stadtverwaltung äußerst unzufrieden mit den Investoren war. Soweit möglich, mussten Menschen daher für eine schnellere Fortbewegung auf Fiaker, Pferdetramway umsteigen oder eben – wie im Fall der meisten Menschen – zu Fuß gehen.[908]

In Wien wurde der Bau der Stadtbahn über ein Jahrzehnt später diskutiert. Daran zeigt sich das staatliche Interesse, das förderlich auf den Bau hinwirkte, während zeitgleich „alle möglichen Rücksichten (militärische, ästhetische, Eisenbahnfernverkehr usw.) maßgebend [waren], nur nicht die Bedürfnisse des Ortsverkehrs.“[909] Der Grund hierfür war die zwar durchaus gegebene Verbindung von Vorstadt und Stadtzentrum, gleichzeitig allerdings die „akzentuierte […] sie die für Wien so charakteristische sozialräumliche Segregation.“[910] Gleiches gilt auch für die Budapester Metrolinie 1, die 1896 zur Millenniumsfeier zwar erbaut worden ist aber „keine wirkliche Funktion als Massentransportmittel“ [911] erfüllte. Nichtsdestotrotz existierte in Budapest zumindest mit dem vernetzten

906 Vgl.: Melinz, Zimmermann, Die aktive Stadt, S. 145.
907 Vgl.: Melinz, Zimmermann, Die aktive Stadt, S. 143.
908 Vgl.: Melinz, Zimmermann, Die aktive Stadt, S. 148.
909 Melinz, Zimmermann, Die aktive Stadt, S. 149.
910 Maderthaner, 1860 bis zum Jahr 1945, S. 226.
911 Melinz, Zimmermann, Die aktive Stadt, S. 149.

Ringbahnsystem bereits eine Verkehrsanbindung der Vorstädte in das Stadtzentrum. Allerdings waren die Straßenbahnen ebenso wie in Wien – sofern elektrifiziert – im Besitz nichtstädtischer Betriebe. So wurde „die Elektrifizierung der Wiener Straßenbahn“ noch vor Ausschreibungsbeginn aufgrund einer Absprache zwischen Siemens und Lueger „der Firma Siemens und Halske“ der Auftrag erteilt. Grund hierfür war, dass die Deutsche Bank der Stadt Wien 60 Millionen Kronen Anleihe für den Bau eines Gaswerkes nur auf Vermittlung von Werner Siemens zusicherte[912]. Teil dieser Absprache war jedoch auch die Liquidation der Anteile zu Gunsten der Stadt Wien, was erheblich die Mitsprache der Kommune im Unternehmen der Wiener Tramway-Gesellschaft erhöhte.[913]

In den späten 1899er Jahren sowie im ersten Jahrzehnt nach der Jahrhundertwende ist ein Rückzug des Staates aus den städtischen Investitionen zu beobachten. Gleichfalls steigt jedoch das Engagement, zuerst Wiens und später auch Budapests, sich durch kommunale Betriebe, die mittels Kredite gekauft oder geführt werden, Überschüsse für die Kommunalpolitik zu erwirtschaften. So zeigte sich in Wien, dass seit 1900 das Liniennetz zwar ausgebaut wurde und die Benutzerquoten stiegen, jedoch war das Netz noch immer nicht massenverkehrstauglich, was sich bis 1912 mit weiteren Kommunalisierungen veränderte, da die zuvor meist privaten Besitzer der Straßenbahnen kaum nennenswerte Investitionen in das Netz tätigten. In Budapest geschah dies nach 1906 relativ schnell. Während 1911 die Budapester Elektrische Straßenbahn von der Stadt zu 61,4% an der Börse gekauft worden war, begann auch hier die Kommunalisierung des wichtigsten Nahverkehrsanbieters sowie im Anschluss daran die Sicherung der Elektrizität durch den Bau eines Kraftwerkes 1914 und den Kauf eines weiteren privaten, dass 1918 dann fast gänzlich der Stadt gehörte. [914]

Die steigenden Lebensmittelpreise in den Jahren vor dem Ersten Weltkrieg führten gleichfalls zu Positionierungen in der kommunalpolitischen Sphäre. Doch trotz, dass die Sozialdemokratie darauf zurückgriff, waren in der Politik enge Grenzen

912 Vgl.: Melinz, Zimmermann, Die aktive Stadt, S. 150.

913 Vgl.: Melinz, Zimmermann, Die aktive Stadt, S. 149-150; Maderthaner, 1860 bis zum Jahr 1945, S. 223-225.

914 Vgl.: Melinz, Zimmermann, Die aktive Stadt, S. 153-154; Maderthaner, 1860 bis zum Jahr 1945, S. 223-224.

der Umsetzung gesetzt. In Budapest konnte die Stadtverwaltung ohne größere politische Opposition auch in diesem Bereich tätig werden. 1905 wurde eine Pferdefleischfabrik in Betrieb genommen und 1909 eine Brotfabrik errichtet. Diese beiden Unternehmen hatten das Ziel, die teuren Lebensmittel günstiger zugänglich zu machen, allerdings bedurfte es dazu Maßnahmen zum Schutz der lokalen Kleinbäcker. Sie waren aber zu einem großen Teil auch Ursache für die Brotfabrik, da ihre Preispolitik sowie die hygienischen Bedingungen der Bäckereien vor allem der Stadt zu teuer waren, da sie einen hohen Bedarf an Brot in Krankenhäusern zu decken hatten. Bald wurde die Brotfabrik jedoch zum Sozialprojekt. Analog besaß die Stadt Budapest die Mehrheit an einer gemischten Viehkasse, die die Hauptstadt ebenso versorgen sollte wie sie grundsätzlich den Budapester Marktplatz konkurrenzfähiger machen sollte, und im November 1911 kamen noch städtische Verkaufsstellen dazu, um die kommunal produzierte Nahrung in günstigeren Preisen zukommen zu lassen als über andere Verkaufsstellen. Zu diesen Schritten zur Lebensmittelsicherung wurden Maßnahmen eingeleitet, die dennoch jeweilig betroffene Gewerbe vor eine Konkurrenzsituation bewahren sollten, wie es bei den Bäckern geschah. Hingegen im Wien der Vorkriegszeit waren derartige sozialpolitische Programme vor allem aufgrund der Christlichsozialen Wählerschaft nicht umzusetzen da sie unter anderen Gruppen auch von kleinbürgerlichen Gewerbetreibenden gewählt wurde.[915]

Die Entwicklung in Budapest von einer Honorationenstadt(-Verwaltung) zu einer aktiven Interventionsstadt[916] verlief in kürzester Zeit. Während in Wien die ersten Staatlich-Städtischen Projekte bereits Ende des 19. Jahrhunderts realisiert waren und die Kommunalisierung intensiv diskutiert wurde, gestaltete die Budapester Verwaltung ab 1906 eine derartig starke Verstadtlichungspolitik, dass auch von einer „ideologischen Überhöhung“ [917] dieser Maßnahmen gesprochen werden kann. [918] Parallel dazu entwickelt sich in Budapest auch die Armenfürsorge. Während es in den 1890er Jahren noch heftige Diskussionen darüber gab,

915 Vgl.: Melinz, Zimmermann, Die aktive Stadt, S. 156.

916 Vgl.: Wilding, Peter: Technik und Urbanität: Der Ausbau der technischen Infrastruktur als Leitmotiv städtischer Modernisierung in Wien und Graz um 1900; in: Uhl, Heidemarie (Hrsg.): Kultur – Urbanität – Moderne. Differenzierungen der Moderne in Zentraleuropa um 1900; Studien zur Moderne 4, Wien, 1999, S. 243-286, hier S. 245-246.

917 Melinz, Zimmermann, Die aktive Stadt, S. 174.

918 Vgl.: Melinz, Zimmermann, Die aktive Stadt, S. 174.

inwieweit die städtische Politik dafür verantwortlich sei und der Innenminister intervenieren musste, kam es erst zu Beginn des 20. Jahrhunderts zu einer Verbesserung der Situation. Dies war jedoch im 1906 formulierten Armenstatut mit sozialen Ausgrenzungsmechanismen verbunden, wie einer kontinuierlichen behördlichen Aufsicht über die bedürftigen Menschen oder die Bezahlung in Naturalien sowie erhöhtem Druck auf jene, die als arbeitsfähig galten, in Lohnarbeit zu treten. Trotzdem blieb das System äußerst unterentwickelt und zeigte, dass sich eine Politik zu Gunsten breiterer Bevölkerungsmassen lange nicht entwickeln konnte. Erst nach 1906 konnte eine Arbeiterpolitik etabliert werden. Die Wiener Arbeitspolitik existierte unterdessen schon etwas länger und wurde auch durch eine 1899 gegründete Arbeitsvermittlungsstelle gestaltet. Die Gründung einer solchen Anstalt in Budapest hingegen rief Proteste aus verschiedenen Kreisen und auch der Arbeiterbewegung hervor, was zu Beginn zu einer deutlich zurückhaltenden Unterstützung und auch Wirkung führte.[919] Wird der Blick auf die Fürsorge von Armen geweitet, zeichnet sich ein ähnliches Problem der ausbleibenden Hilfe. Grund hierfür war die ungünstige Gesetzeslage, nach der jene Gemeinde für arme Menschen aufzukommen hatte, wo diese das Heimatrecht besaßen.

Die Metropolen Budapest und Wien, beziehungsweise ihre Verwaltungen, standen dementsprechend vor der Herausforderung, arme Bevölkerung unter ihren Einwohnern zu haben, diese aber zunächst nicht versorgen zu wollen. Das zeigt sich am fehlenden Willen der Änderung der Gesetze sowie an sich nur langsam entwickelnden Ausgaben in der Armenfürsorge. In Wien existierte erst seit 1901 ein aktives Referat für diesen Politikbereich, wenngleich durch das Prestigeprojekt Versorgungsheim Lainz mit 2 500 Pflegeplätzen vor allem für ältere Menschen eine dynamischere Qualitätsentwicklung zu beobachten ist als in Budapest. So zeigt dieses Versorgungsheim im Hinblick auf die politische Szenerie in Wien auch den symbolischen Gehalt der Luergerschen Bürgerpolitik, wenn die neoromanische Kirche des Heiligen Karl Boromäus betrachtet wird: Finanziert von bürgerlichen Spenden, findet sich hier die Inszenierung „der Zünfte als Repräsentanten der alten, korporierten Bürgergesellschaft“ [920] sowie Luegers

919 Vgl.: Melinz, Zimmermann, Die aktive Stadt, S. 168.

920 Maderthaner, 1860 bis zum Jahr 1945, S. 227.

Person im zentralen Triptychon selbst[921]. Auch im Bereich der Kinderfürsorge gab es mit Findelanstalten und davor dem seit 1882 agierenden Waisenbureau in Wien eine Anlaufstelle für Waisenkinder, die von dort aus Unterbringung bei Pflegefamilien organisiert bekamen, was später zum niederösterreichischen Zentralkinderheim wurde. In Ungarn wurde allerdings nicht die Kommune, sondern der Staat aktiv: durch ein umfassendes Asyl-System suchten die politischen Verantwortungsträger die betroffenen Menschen koordiniert zu versorgen. „[D]och mangelte es ihm [dem Asyl-System; Anm. d. A.] völlig an Komponenten, die zu einer präventiven Stabilisierung des familiären Reproduktionsbereichs hätten beitragen können.“[922] In Wien hingegen wurde bereits in der Phase der 1870er Jahre mit den Erziehungsbeiträgen eine finanzielle Unterstützung für jene Eltern eingeführt, denen geholfen werden sollte für das Kind zu sorgen. Weiters stieg dieser Beitrag ebenso wie jener für Waisenkinder, die in einer Pflegefamilie unterkamen. Ergänzend wurden „viele weitere einzelne Maßnahmen, die auf eine präventive Regulierung familiärer bzw. individueller Reproduktion und die Stabilisierung unter-bürgerlicher Familien zielten“[923], beschlossen. Diese blieben jedoch größtenteils den Heimatberechtigten vorbehalten und waren weniger durch die Stadt finanziert als, dass sie lediglich den Rahmen für das Engagement anderer Akteure vorgegeben haben, denn das Personal agierte zuweilen ehrenamtlich und war nicht ausreichend ausgebildet[924]. Darüber hinaus blieben die Investitionen in technische Infrastruktur in Wien deutlich bedeutender als in soziale Infrastruktur[925], es wurde in einen neuen Hafen, einen Kanal zwischen Donau und Oder sowie in die Schnellbahn und die Untergrundbahn investiert[926]. Trotz ähnlicher Vorstellungen und Ideen in Budapest, blieben die Überlegungen „von einem feinmaschigen Netz präventiver gesundheits- und wohlfahrtspolitischer Einrichtungen für Säuglinge und Mütter, das die ganze Stadt überziehen sollte“[927] unrealisiert. Wesentlich sind dabei vor allem fehlende entsprechend bessere

921 Vgl.: Maderthaner, 1860 bis zum Jahr 1945, S. 227.

922 Melinz, Zimmermann, Die aktive Stadt, S. 171.

923 Melinz, Zimmermann, Die aktive Stadt, S. 172.

924 Vgl.: Weigl, Andreas: Kommunale Daseinsvorsorge. Zur Genesis des „Fürsorgekomplexes“; in: Pfosner, Alfred / Weigl, Andreas (Hrsg.): Im Epizentrum des Zusammenbruchs. Wien im Ersten Weltkrieg; Wien, 2013, S. 336-347, hier S. 337.

925 Vgl.: Maderthaner, 1860 bis zum Jahr 1945, S. 228.

926 Vgl.: Maderthaner, 1860 bis zum Jahr 1945, S. 231.

927 Melinz, Zimmermann, Die aktive Stadt, S. 172.

Lebensverhältnisse in breiteren Bevölkerungsschichten sowie die grundsätzlichen administrativen Voraussetzungen in der Stadtverwaltung sowie den Verwaltungen der Stadtbezirke.[928]

Während Wien im Bereich der Fürsorge eine deutlich längere Erfahrung hatte – wenn sie auch im Wesentlichen karitativ und keinesfalls umfassend war sowie sonst auf exklusiv private Initiative angewiesen blieb[929] – war Budapest aufgrund der jungen Gründung einer gemeinsamen Verwaltung und einem sehr starken Wachstum der Stadt zwischen 1873 und 1900 vor eine besondere Herausforderung gestellt. Dieser Unterschied zeigte sich sowohl an der Fürsorge für Menschen ohne Arbeit ebenso wie bei der Fürsorge für Kinder, Familien und Ältere. Während in Wien zumindest Versuche unternommen oder vorhandene Institutionen ausgebaut worden sind, blieb in Budapest die Fürsorge in bestimmten Bereichen unzureichend. Einzig in der Wohnungspolitik konnte Budapest weitgehende Projekte umsetzen.[930] An diese Periode der zuweilen innerstädtisch geführten Konfrontationen schließt sich mit dem Kriegsbeginn im Sommer 1914 und dem Tod Franz Josephs eine Phase zuerst der Euphorie – gar ein „Tag der deutschen Nation“[931] – und anschließend der Trauer um den Kaiser und König an. Allein aus Budapest meldeten sich im Laufe der ersten zwei Kriegsjahre über 3500 Männer freiwillig zum Kriegsdienst, wo es für sie vor allem um einen Kampf für das Königreich ging. Doch die anfängliche landesweite Euphorie[932] endete schnell. Denn immer mehr Menschen kamen während der Jahre des Ersten Weltkrieges aus verschiedenen Teilen des Königreiches nach Budapest. Die bereits vor dem Krieg vorhandenen Problemlagen im Bereich der Fürsorge und der Lebensmittelversorgung eskalierte so schnell, dass der Gemeinderat der Stadt schon 1916 Brot, Fisch und Fleisch rationierte und Lebensmittelausweise einzuführen begann. 1916 hatte sich der Brotpreis in Budapest beispielsweise im Vergleich zu 1913 von 33 Heller auf 49 Heller erhöht, ebenso vervierfachte sich nahezu der Schweinefleischpreis. Bis 1918 mehr als verdoppelte sich der Brotpreis

928 Vgl.: Melinz, Zimmermann, Die aktive Stadt, S. 169-172.

929 Vgl.: Maderthaner, 1860 bis zum Jahr 1945, S. 228.

930 Vgl.: Melinz, Zimmermann, Die aktive Stadt, S. 175.

931 Austerlitz, Friedrich in der Arbeiterzeitung vom 5. August 1914, Vgl.: Maderthaner, 1860 bis zum Jahr 1945, S. 317.

932 Vgl.: Hanák, Geschichte Ungarns, S. 192.

gar auf 77 Heller und das Schweinefleisch war fast fünf Mal so hoch wie 1913[933]. Jedoch blieb ein analoger Anstieg der Einnahmen aus. Außerdem verschlechterten sich die Lebensverhältnisse vieler Familien dadurch, dass die Hinterbliebenen oder Familien mit Verwundeten kaum ausreichend Unterstützung für Pflege oder Ersatz für das somit fehlende Einkommen erhielten.[934] Selbst die Löhne blieben keinesfalls stabil, worunter besonders jene litten, die bereits wenig Gehalt erhielten. Darüber hinaus entwickelten sich die Preise[935] indirekt proportional zu den Löhnen, Nahrung wurde wie andere Dinge weniger erschwinglich.[936]

Besonders der Winter 1914 war es bereits, der zu einschneidenden Verschlechterungen führte. Die Situation – ebenso wie die Menschen in den Straßen Budapests – veränderte sich, „ganz gleich, wie schnell er den Blick von verstümmelten Soldaten abwendete. Immer drastischer wurde die bittere Not Zehntausender Frauen und Kinder der Arbeiterklasse, deren Männer und Väter an der Front dienten. Die Regierung konnte sie nicht ausreichend unterstützen. Einige Großindustrielle richteten auf den Straßen von Budapest Garküchen ein.“[937] Die Gründe für diese Lebensbedingungen lag zweifelsohne im Krieg, während die Lebensmittelproduktion sank – reichsweit lag die Mobilisierung bei über 50% aller werktätigen Männer[938] – mussten ebenso Lieferungen innerhalb des Reiches sowie an das Deutsche Kaiserreich gesandt werden. Darüber hinaus war es in der Kriegswirtschaft kaum möglich bei geringen Zahlen von Arbeitenden, Arbeitszeitvereinbarungen oder ähnliches sicherzustellen, was noch erschwert wurde durch den Einsatz von Kriegsgefangenen. Die gesellschaftlich angespannte Situation führte noch in den ersten Jahren bei der Opposition zu dem Einsehen, dass der Krieg durch einen Separatfrieden zu beenden sei.[939]

---

933 Vgl.: Lebensmittel- und Heizstoffpreise in Städten Österreichs und im Mutterland Ungarn 1913-1918, Tabelle 45; in: Österreichische Akademie der Wissenschaften (Hrsg.): Die Habsburgermonarchie und der Erste Weltkrieg. 2. Teilband: Weltkriegsstatistik Österreich-Ungarn 1914-1918; Wien, 2014, S. 254-256.

934 Vgl.: Hauszmann, Geschichte Budapests, S. 129-131.

935 Vgl.: Kosten zweier Lebensmittelkörbe in Budapest in den Jahren 1914-1918; in: Österreichische Akademie der Wissenschaften (Hrsg.): Die Habsburgermonarchie und der Erste Weltkrieg. 2. Teilband: Weltkriegsstatistik Österreich-Ungarn 1914-1918; Wien, 2014, S. 258-259.

936 Vgl.: Hanák, Geschichte Ungarns, S. 193.

937 Lukacs, John: Ungarn in Europa. Budapest um die Jahrhundertwende; Berlin, 1990, S. 243.

938 Vgl.: Mertens, Christian: Die Auswirkungen des Ersten Weltkriegs auf die Ernährung Wiens; in: Pfosner, Alfred / Weigl, Andreas (Hrsg.): Im Epizentrum des Zusammenbruchs. Wien im Ersten Weltkrieg; Wien, 2013, S. 162-171, S. 162.

939 Vgl.: Halász, Geschichte Ungarns, S. 202.

Es waren daher eher politische als soziale Probleme, denn im Vergleich zu Wien war trotz der angespannten Situation und der Hilfebedürftigkeit der Menschen keine ähnlich große Lebensmittelknappheit.[940] Beispielsweise die Weizenmenge, die für den Inlandskonsum zur Verfügung stand, war 1915/1916 auf einem Hoch wenn die Menge des für den Inlandskonsum verbleibenden Weizen seit 1910/1911 betrachtet werden. Gleiches gilt für den Roggen und den Mais. Einzig von 1917 zu 1918 kommt es bei einigen Lebensmitteln zu relativ hohen Rückgängen. Die bereits genannten sind davon allerdings nicht betroffen, vielmehr sind es Kartoffeln, Hafer und Gerste, die zum Teil signifikant weniger vorhanden sind: die für den Inlandskonsum vorhandene Kartoffelmenge fällt beispielsweise um über 12 000 000 Meterzenter und Gerste um 4 000 000, da der Ernteertrag entsprechend niedriger war. Analog gibt es zum Ende des Krieges einen Einbruch der Mengen an verfügbarer Kohle, geringere Einfuhr und erhöhter Verbrauch für Eisenbahnen sind hier die Ursache. Bier war von 1916 zu 1917 um zwei Drittel der verfügbaren Menge reduziert, da die Produktion deutlich kleiner war.[941] Dennoch wurde es im Hinblick auf den gedeihlichen Schwarzmarkt und die trotz allem zurückgehende Produktion von Lebensmitteln notwendig, eine Zwangsabgabe für landwirtschaftliche Produkte einzuführen, dennoch blieben Lebensmittel knapper als in Friedenszeiten.[942] Hinzu kam, dass bis 1919 am Ende des Krieges „352 000 Flüchtlinge und Heimatvertriebene aus den von Ungarn nach 1919 abgetrennten Gebieten“ nach Budapest strömten. Sie verstärkten die Effekte, die sowieso in der Bevölkerung der Stadt zu beobachten waren: Wohnungsmangel, wenige Lebensmittel und ähnliches waren für diese Menschen ebenso problematisch, zumal sie zum Teil noch über den Krieg hinaus in von der ungarischen Bahn ausgemusterten Güterwaggons lebten.[943]

In Wien verhielt es sich ebenso. Der Taumel der Bevölkerung in einen Krieg zu ziehen war zeitgleich ein Moment der Negation sozialer Spannungen und Unterschiede, als ungeachtet der gesellschaftlichen Gruppe Menschen sich

940 Vgl.: Lukacs, Ungarn in Europa, S. 243.

941 Vgl.: Lebensmittel- und Brennstoffbewirtschaftung im Königreich Ungarn 1900/01-1917/18, Tabelle 44; in: Österreichische Akademie der Wissenschaften (Hrsg.): Die Habsburgermonarchie und der Erste Weltkrieg. 2. Teilband: Weltkriegsstatistik Österreich-Ungarn 1914-1918; Wien, 2014, S. 252-253.

942 Vgl.: Hanák, Geschichte Ungarns, S. 193.

943 Vgl.: Károly, Pereházi: Wohnsiedlungen; in: Tóth-Epstein, Elisabeth (Hrsg.): Historische Enzyklopädie von Budapest; Budapest, 1970, S. 415-418, hier S. 416.

freiwillig meldeten. Dennoch gab es bereits zum Zeitpunkt der Balkankriege in Wien ein umfassendes Programm der Sozialdemokratie das gegen den Krieg gerichtet war bis hin zu einer zunächst geplanten Großdemonstration am 30. Juli. Allerdings akzeptierten die führenden Sozialdemokraten die damalige Situation insofern als, dass sie diese Antikriegskundgebung ebenso wenig veranstalteten wie sie grundsätzlich in den darauf folgenden drei Jahren keine derartige Oppositionspolitik betrieben wie in den Friedensjahren vor dem Krieg. Stattdessen zogen sie sich auf eine Politik, die als „*Burgfriedenspolitik* wirkungsmächtig werden sollte, nämlich die Duldung der habsburgischen Kriegsanstrengungen und des Kriegsabsolutismus in einem stillen historischen Kompromiss bei gleichzeitiger Aufrechterhaltung der organisatorischen Strukturen der Arbeiterbewegung“[944].[945] In Wien selbst war die christlichsoziale Stadtregierung – bevorteilt durch das Gemeindewahlrecht – mit Richard Weiskirchner als Oberbürgermeister verantwortlich für die Kommunalpolitik. Doch ebenso wie die Sozialdemokraten in Budapest und Wien mit den Zwangsmaßnahmen auch gegen die Arbeiterschaft zu kämpfen hatten [946] , benachteiligten „behördlich fixierte Preise, Zwangsbewirtschaftung von Lebensmitteln und Gütern etc.“ [947] vor allem die Klientel der Christlichsozialen.[948]

Insgesamt war die politische Lage vom bereits erwähnten Burgfrieden geprägt. Der Gemeinderat hatte seine letzte Sitzung am 14. Juli 1914 und agierte dann nochmals im Einvernehmen zur nachträglichen Sanktion der Maßnahmen des Sommers am 22. September 1914. Außerdem bekam der Bürgermeister die Bevollmächtigung die, für die Zukunft notwendigen, Schritte zu gehen, diese allerdings auch spätestens am Ende des Krieges nachträglich bestätigen zu lassen. Die Obmännerkonferenz, ein formelles Gremium aus Mitgliedern der Fraktionen sowie Fachbeamten übernahm dann bis Februar 1916 den Rahmen des

---

944 Maderthaner, Wolfgang: Arbeiterbewegung und Krieg (1); in: Pfosner, Alfred / Weigl, Andreas (Hrsg.): Im Epizentrum des Zusammenbruchs. Wien im Ersten Weltkrieg; Wien, 2013, S. 46-51, hier S. 49. Hervorhebung durch W. Maderthaner.

945 Vgl.: Maderthaner, Arbeiterbewegung und Krieg (1), S. 46-48.

946 Vgl.: Maderthaner, 1860 bis zum Jahr 1945, S. 321, hier S. 328.

947 Mertens, Christian: Die Christlichsoziale Partei im Ersten Weltkrieg; in: Pfosner, Alfred / Weigl, Andreas (Hrsg.): Im Epizentrum des Zusammenbruchs. Wien im Ersten Weltkrieg; Wien, 2013, S. 53-59, hier S. 54; Vgl. ebenso Mertens, Christian: Die Wiener Stadtverwaltung im Ersten Weltkrieg; in: Pfosner, Alfred / Weigl, Andreas (Hrsg.): Im Epizentrum des Zusammenbruchs. Wien im Ersten Weltkrieg; Wien, 2013, S. 284-291, hier S. 288.

948 Vgl.: Mertens, Christlichsoziale Partei, S. 54-56.

Austausches über Problemlösungen während des Krieges. „Bis Anfang 1918 stellen die Fraktionen alle grundsätzlichen Meinungsdifferenzen zurück. Im Interesse der Kriegsführung und angesichts schlechter werdender Versorgungsmöglichkeiten sollte die Ruhe in Wien gewahrt werden.“ [949] Die Wahlen der einzelnen Wahlkörper wurden ausgesetzt.[950] Trotz des anfänglichen Gipfelns alles Nationalen in einer Gemeinschaft, die in (Waffen)Bruderschaft mit dem Deutschen Reich einer vermeintlich positiven Zukunft im Sinne „eines republikanisch-demokratischen deutschen Nationalismus“[951] entgegen sah, stand auch Wien vor sozialen Problemen, die alsbald kommuniziert worden sind. So waren es nicht nur die Händler der Lebensmittel, sondern auch die Bevölkerung selbst, die bis zum Ende des Krieges mit der Lebensmittelknappheit umgehen musste. Dabei war Widerstand das dominierende Merkmal: in Demonstrationen auf den Märkten in Wien wurden immer wieder Qualität und Quantität lautstark kritisiert. Im Laufe der Zeit kam es unterdessen auch zu größeren Nahrungsmittelproblemen. Die Qualität der Produkte nahm ebenso ab wie ihre Verfügbarkeit: Vieh, Milch und andere Nahrungsmittel wurden währende des Krieges stetig weniger nach Wien geleifert[952]. Einzig die Preise stiegen, was alles in allem 1915 zu Beschwerden bei der Polizei führte wie auch Kritik geäußert wurde gegenüber den staatlichen Regulierungs- und Kontrollmechanismen bezüglich des Marktes.[953] Dabei ist die Kriegssituationen für viele Menschen nichts Neues insofern als, dass Lebensmittelpreise bereits vor dem Krieg für jene Teile relativ hoch waren, was zu Improvisation und Ersatz zwang. Die Brotzuteilung wurde bereits 1915 durch Karten organisiert. Neu allerdings war, dass die Situation sich aufgrund der Grenzschließungen seitens Ungarns [954] nicht verbesserte, sondern schlechter wurde. Währenddessen existierte dennoch ein Schleichhandel mit Lebensmitteln und auch Mehl, der es in Zeiten des Brotmangels ermöglichte andere Mehlspeisen sehr teuer anzubieten[955]. Im Folgejahr kamen Milch, Kaffee,

949 Mertens, Wiener Stadtverwaltung, S. 285.

950 Vgl.: Mertens, Wiener Stadtverwaltung, S. 285-286.

951 Maderthaner, 1860 bis zum Jahr 1945, S. 318.

952 Vgl.: Langthaler, Ernst: Die Großstadt und ihr Hinterland; in: Pfosner, Alfred / Weigl, Andreas (Hrsg.): Im Epizentrum des Zusammenbruchs. Wien im Ersten Weltkrieg; Wien, 2013, S. 232-239, hier S. 236.

953 Vgl.: Stekl, Hannes: „Die Verelendung der Mittelklassen nimmt ungeahnte Dimensionen an...“; in: Pfosner, Alfred / Weigl, Andreas (Hrsg.): Im Epizentrum des Zusammenbruchs. Wien im Ersten Weltkrieg; Wien, 2013, S. 88-95, hier S. 92.

954 Vgl.: Maderthaner, 1860 bis zum Jahr 1945, S. 321.

955 Vgl.: Mertens, Auswirkungen des Ersten Weltkriegs, S. S. 163.

Fett und Zucker hinzu. Bis Kriegsende wurden auch Kartoffeln, Marmelade und Fleisch auf diese Weise rationiert.[956] Zusätzlich versuchte die Stadt durch den Ankauf von Lagerflächen für Lebensmittel Vorräte zu schaffen und kaufte ebenso Vieh an, das in Niederösterreich weidete.[957] Bis zum Kriegsende sollten kontinuierlich mehr Menschen durch öffentliche Speisungen ernährt werden – bis 1918 waren es 134 000 Menschen pro Tag[958].

Darüber hinaus konnte die Stadt trotz kommunaler Betriebsführung die Energieversorgung keinesfalls sichern. Bereits nach einem Jahr des Krieges wurden Metallreserven jeder Art ebenso wie insgesamt 45%[959] des Stammpersonals für das Militär zur Verfügung gestellt. Die Kohleversorgung litt ebenso unter der Kriegswirtschaft, da die Prioritäten der Transportmittel für Kohle – den Zügen – ebenso andere waren wie die Kohleverwendung an sich. Die Züge rollten zum großen Teil in Richtung Front und versorgten die Truppen, der damit verbundene erhöhte Kohlebedarf hier sowie in der kriegswichtigen Industrie waren Gründe, die von Beginn an für große Engpässe in der Kohleversorgung der Stadt sorgten. Hinzu kamen auch hier erhöhte Preise, mittels Einschränkungen und Verboten von Stromverwendung im öffentlichen Raum sowie den allsommerlichen Versuchen, Lager für den Winter zu schaffen, versuchte die Metropole sicherzustellen, dass genug Kohle vorhanden war, dennoch war bereits im Winter 1916/17 nicht ausreichend Kohle für besonders arme Teile der Bevölkerung vorhanden, was zur Einführung der Kohlekarte und damit zur strengeren Rationierung führte.[960]

Um die bereits früh im Krieg einsetzende negative Stimmung zu kontrollieren und ihr den Boden der Verbreitung zumindest medial und politisch zu nehmen, wurden

---

956 Vgl.: Brenner, Andrea: Das Maisgespenst im Stacheldraht. Improvisation und Ersatz in der Wiener Lebensmittelversorgung des Ersten Weltkrieges; in: Pfosner, Alfred / Weigl, Andreas (Hrsg.): Im Epizentrum des Zusammenbruchs. Wien im Ersten Weltkrieg; Wien, 2013, S. 140-149, hier S. 140, S. 143; Mertens, Auswirkungen des Ersten Weltkriegs, S. S. 164; Mertens, Wiener Stadtverwaltung, S. 286.

957 Vgl.: Mertens, Wiener Stadtverwaltung, S. 286.

958 Vgl.: Hufschmied, Richard: Energie für die Stadt. Die Kohlenversorgung von Wien im Ersten Weltkrieg; in: Pfosner, Alfred / Weigl, Andreas (Hrsg.): Im Epizentrum des Zusammenbruchs. Wien im Ersten Weltkrieg; Wien, 2013, S. 181-189, hier S. 185.

959 Vgl.: Hufschmied, Energie für die Stadt, S. S. 181. Hufschmied verweist hier auf Verwaltungsbericht und Bilanz der städtischen Elektrizitätswerke in Wien einschließlich der Braunkohle-Bergbau-Gewerkschaft Zillingdorf und des Überlandwerkes in Ebenfurth für die Zeit vom 1. Juli 1914 bis 30. Juni 1915; Wien, 1915, I-XIX.

960 Vgl.: Hufschmied, Energie für die Stadt, S. 181-182, S. 187-188.

umfassende Propagandamaßnahmen zu Gunsten des Krieges begonnen. Verschiedene Literaten warben aktiv für das militärische Vorgehen habsburgischer Truppen, darunter etwa Hugo von Hofmannsthal oder Hermann Bahr. Gleichzeitig unterdrückte eine Zensur äußerst kriegskritische Stimmen, die es mit Franz Werfel und Georg Trakl ebenso gab wie in der politischen Sphäre mit der Sozialdemokratie. Die Aussetzung der Parlamentssitzungen jedoch nahm auch ihr neben der Wiener Burgfriedenspolitik ein Stück weit die Möglichkeit den Unmut innerhalb des politischen Systems zu artikulieren.[961] Dabei war dies nur ein Teil der Herausforderungen, denen sich die Stadt Wien und ihrer Verwaltung zu stellen hatten. Ebenso wie in Budapest kam es zu erheblichen Flüchtlingsbewegungen in Richtung der Reichshauptstadt. Davon blieben nach zwei größeren Flüchtlingswellen jeweils 1915 und 1916: 20 000 Menschen in Betreuung der Verwaltung während zusätzlich etwa 30 000 Juden ebenso in Wien blieben.[962] Insgesamt waren es wohl etwa 100 000 Menschen, die nach Kriegsende noch in Wien waren.[963] „Wien war das bevorzugte Fluchtziel vor allem der jüdischen Flüchtlinge. […] Wien verkörperte für sie das Tor zu einer besseren, zivilisierteren Welt, die nichts zu tun hatte mit der rauen Wirklichkeit in ihren galizischen Schtetln.“ [964] Ein großer Teil der Flüchtlinge wurde aber zurückgeführt. Mit Kampagnen begannen die verantwortlichen Stellen bereits 1915 nach der ersten besonders großen Flüchtlingswelle und boten unter anderem die Weiterzahlung der Flüchtlingshilfe für einen Monat in der Heimatregion an, wenn die Menschen nur Wien verließen[965]. Doch wurde es den Flüchtlingen in Wien auch nicht ermöglicht, ihrer Arbeit – soweit eine Ausbildung vorhanden war – nachzugehen. Weder Anwälte noch Ärzte oder Kaufleute erhielten die Erlaubnis, ihren Lebensunterhalt zu verdienen: Es galt zu verhindern, dass sich die Menschen in Wien ansiedelten. Dennoch wurden sie spätestens mit dem länger andauernden Krieg in der Erntearbeit eingesetzt.[966] Darüber hinaus kamen Verwaltungsbeamte

961 Vgl.: Maderthaner, 1860 bis zum Jahr 1945, S. 321.

962 Vgl.: Weigl, Andreas: Eine Stadt stirbt nicht so schnell. Demographische Fieberkurven am Rande des Abgrundes;in: Pfosner, Alfred / Weigl, Andreas (Hrsg.): Im Epizentrum des Zusammenbruchs. Wien im Ersten Weltkrieg; Wien, 2013, S. 62-71, hier S. 64-65.

963 Vgl.: Kohlbauer-Fritz, Gabriele: „Elend, überall wohin man schaut“. Kriegsflüchtlinge in Wien; in: Pfosner, Alfred / Weigl, Andreas (Hrsg.): Im Epizentrum des Zusammenbruchs. Wien im Ersten Weltkrieg; Wien, 2013, S. 96-103, hier S. 100.

964 Kohlbauer-Fritz, Elend, S. 99.

965 Vgl.: Kohlbauer-Fritz, Elend, S. 102.

966 Vgl.: Kohlbauer-Fritz, Elend, S. 100.

und Militärangehörige aus den Kronländern nach Wien. Besonders gegen Ende des Krieges kam es daher zu über 50 000 Anträgen auf Staatsangehörigkeit.[967] Nicht zuletzt sie waren es ebenso wie viele andere Flüchtlinge und besonders die Kriegsheimkehrer, die im Hinblick auf die Wohnungsnot die Stadt veranlassten 1916 ein Wohnungsamt zu gründen und in der Folgezeit erste Mittel der Gemeinde für Gemeindewohnungen – der Situation entsprechend sehr niedrigen Standards – aufzubieten[968].

„Nach dem Zusammenbruch der Monarchie erreichte Hunger und Elend in Wien ihren Höhepunkt. Zeitweise standen zur Verteilung kaum mehr als Sauerkraut und Rüben zur Verfügung. Nun mussten aber auch rückkehrende Soldaten und aus allen Teilen der Monarchie zuströmende ehemalige Staatsbeamte mit Nahrung versorgt werden, während die Nachfolgestaaten zur gleichen Zeit die letzten Zufuhren einstellten.“[969]

967 Vgl.: Weigl, Eine Stadt, S. 64-65.

968 Vgl.: Mertens, Wiener Stadtverwaltung, S. 289-290; Pfoser, Alfred / Weigl, Andreas: Wohnverhältnisse und Mieterschutz; in: Dies. (Hrsg.): Im Epizentrum des Zusammenbruchs. Wien im Ersten Weltkrieg; Wien, 2013, S. 462-469, hier S. 465, 467.

969 Mertens, Auswirkungen des Ersten Weltkriegs, S. 163.

3. Budapest und Wien in der Zwischenkriegszeit

Mit den vorangegangenen Kapiteln zur Geschichte der beiden Kommunen innerhalb des Reiches beziehungsweise ihrer herausragenden Rolle als jeweiliges Zentrum eines König- und/oder Kaiserreiches zeichneten sich grundlegende Entwicklungen der Urbanisierung und der städtischen Gesellschaft ab. Die sozialräumliche Segregation, die soziale Frage, die Entwicklung von Massenbewegungen bis hin zu Forderungen demokratischer Mitsprache für weite bis hin zu allen Teilen der Bevölkerung kristallisierten sich als Grundentwicklungen der Stadt und ihrer Bevölkerungen hinaus. Dabei sind zwischen Budapest und Wien viele grundsätzliche Gemeinsamkeiten deutlich geworden, die grundlegende Folgen für die Zeit des Krieges aber auch die Zeit nach dem Krieg haben. Inwiefern nun die historischen Entwicklungen in beiden Kommunen im Vergleichszeitraum der Straßenumbenennungen trennend verlaufen oder sich ähnliche Entwicklungen zeigen, ist das Ziel des folgenden Kapitels. Dabei werden die folgenden Teilkapitel nur teilweise unmittelbar gegenüberstellend formuliert sein. Das liegt vor allem an den ereignisreichen Jahren unmittelbar nach dem Ersten Weltkrieg.

Die folgenden vier Teilkapitel werden entlang der politischen Zäsuren verlaufen, die auch die politischen Brüche bilden, die für die Analyse der Straßennamen als Form von Macht wesentlich sind. Das erste Teilkapitel wird sich daher vor allem mit der Konstituierung Ungarns und Budapest und das zweite Teilkapitel mit Österreich beziehungsweise Wien und den damit verbundenen Problemen befassen. Ausgehend von den Geschehnissen am Ende des Krieges und einer sich steigernden Skepsis gegenüber dem Krieg und den fortdauernden Forderungen eines allgemeinen Wahlrechts besonders in Budapest wird das Teilkapitel 3.1. die Zeit zwischen 1917/1918 und 1920/1921 betrachten. Darin geht es also um einen Zeitraum, wo die Politik in der Metropole besonders von gesamtstaatlichen Entwicklungen abhängt respektive beides in einem kaum zu trennenden Zusammenhang steht, gleichsam jedoch von unterschiedlichsten politischen Ideen und deren Realisierung beeinflusst wird. Ähnliches gilt für Wien und die Entwicklungen dort, die im Kapitel 3.2 dargelegt werden. Allerdings können sich in Wien nicht gleich-radikale Systeme entwickeln und die Bevölkerung

terrorisieren wie in Budapest. Nachdem sich an diese Phase der starken Umbrüche eine Konsolidierungsphase anschließt, wird im Kapitel 3.2 der Fokus auf Budapest in der Zeit zwischen 1921/1922 und 1934 liegen, bevor im letzten Teilkapitel Wien erneut betrachtet wird und besonders hier die erneute Destabilisierung respektive der erneute Systembruch eingeleitet wird.

3.1 Der Druck der Straße – Budapest zwischen Reformieren, Revolutionieren und Restauration bis 1920

Das Eingeständnis der Niederlage durch Tisza István, der bereits am 17. Oktober 1918 sagte, „die Mittelmächte hätten den Krieg verloren“[970], die Kriegsmüdigkeit in weiten Teilen der Bevölkerung und „die katastrophale Versorgungslage“[971], die Ausdruck fand in „wachsende[m] Mangel an Lebensmittel und Heizmaterial, […] niedrigen Kriegsrenten, […] Verarmung durch Kriegsanleihen und die alarmierenden Nachrichten über die wachsenden Verluste“[972] gepaart mit den heimkehrenden Kriegsgefangenen aus Russland führte zu Demonstrationen und Kundgebungen. Doch trotz der Revolution in Russland im Februar 1917 mit dem Ziel einer bürgerlichen Demokratie, der Wilsonproklamation „des 'Friedens ohne Sieg'“[973] vom Januar 1917 und der im Herbst des gleichen Jahres folgenden Oktoberrevolution verweigerte sich der ungarische Ministerpräsident Tisza und seine Nachfolger Graf Esterházy Móric und Wekerle Sándor jeglicher noch so moderater Veränderung im Institutionengefüge Ungarns.[974] Eine Reaktion waren die Demonstrationen zum 1. Mai, die durch die Straßen Budapests am 1. Mai 1917 das erste Mal seit Kriegsbeginn wieder zogen.[975]

Es folgte seine Entlassung im Juli 1918 durch Kaiser und König Karl IV., der dem am 21. November 1916 verstorbenen Franz Josef I. folgte, nachdem der eigentliche Thronfolger, Franz Ferdinand, im Juli 1914 in Sarajevo einem Attentat zum Opfer fiel. Die Regierungszeit des neuen Ministerpräsidenten Graf Esterházy Móric blieb jedoch mit knapp einem Monat sehr kurz und erst Wekerle Sándor

970 Hauszmann, Ungarn, S. 215.
971 Fischer, Holger / Gündisch, Konrad: Eine kleine Geschichte Ungarns; Frankfurt am Main, 1999, S. 159.
972 Vörös, Budapests Weg zur Großstadt, S. 48.
973 Hauszmann, Ungarn, S. 211.
974 Vgl.: Fischer / Gündisch, Geschichte Ungarns, S. 159; Hauszmann, Ungarn, S. 211, S. 215.
975 Vgl.: Hauszmann, Geschichte Budapests, S. 131.

konnte sich länger im Amt halten. Er begann die von den demokratischen Parteien lange geforderte Wahlrechtsreform und konnte dabei auf die bereits gegründete Koalition verschiedener Parteien zurückgreifen, die eigens zu diesem Zweck unter dem Namen Választójogi Blokk, Wahlrechtsblock, eingerichtet wurden war. Neben den Sozialdemokraten waren weitere bürgerliche Partien beteiligt, unter anderem die Függetlenségi és 48as (Károlyi) Párt Graf Károlyi Mihálys.[976] Károlyi selbst war vor dem Krieg bereits Interessenvertreter für Großagrarier, während des Krieges jedoch entfernte er sich schnell von den gesellschaftspolitischen Positionen der Gruppe und war einer der wichtigsten Oppositionspolitiker in der Függetlenségi és 48as (Károlyi) Párt Nachdem Wekerle wegen unzureichender Reformen am 23. Oktober zurücktrat, ernannte der König jedoch zunächst Graf Hadik János zu dessen Nachfolger.[977]

Die Demonstrationen von 1917 verschärften sich während des Jahres 1918. Budapest als Hauptstadt kam hier eine besondere Rolle zu. Hunger und Elend im Hátország (Hinterland), waren ebenso bedeutend, wie die andauernde Rückkehr ehemaliger russischer Kriegsgefangener und vieler ungarischer Soldaten von der Front. Flüchtlinge aus Siebenbürgen, der Bukowina und Galizien waren ebenso Teil dieser Gruppe der Hungernden[978]. Die Massendemonstrationen wurden immer größer: im Januar 1918 streikten bereits die Munitionsarbeiter Wiens, von da schwappte die Stimmung nach Budapest und weitere Industrieorte über. Unter den Forderungen fanden sich der „Friedensabschluss mit Russland ohne Annexion und Kriegsentschädigung sowie die Inkraftsetzung der von Justizminister Vászonyi Vilmos im Dezember 1917 unterbreiteten Wahlrechtsvorlage, die das Wahlrecht auch auf Industrie- und Landarbeiter auszuweiten beabsichtigte.“ [979] Wenige Wochen später begann auch eine Meuterei der Matrosen der in Cattaro befindlichen Teile der Kriegsmarine, „sodann im Mai 1918 ungarische Truppen der k.u.k. Armee Pécs, denen sich dort alsbald bewaffnete Bergleute anschlossen“[980]. [981]

Die Gesamtstimmung dieser Tage zeigen besonders die Kundgebungen in

976 Vgl.:Hauszmann, Ungarn, S. 212.
977 Vgl.: Fischer / Gündisch, Geschichte Ungarns, S. 159.
978 Vgl.: Hauszmann, Geschichte Budapests, S. 131.
979 Vgl.:Hauszmann, Ungarn, S. 212.
980 Vgl.:Hauszmann, Ungarn, S. 212.
981 Vgl.: Hauszmann, Ungarn, S. 212.

Budapest. So kam es in Budapest am 28. Oktober 1918 zur sog. „Schlacht an der Kettenbrücke“, die nach Eingreifen von Sicherheitskräften fünf Demonstranten das Leben kostete.[982] Jedoch hatten sich in Ungarn im Angesicht des Kriegsendes bereits verschiedene politische Gruppierungen formiert, die ebenfalls spätestens seit der Rede von Wilson auf ein Ende hofften. Der Ausgang sollte vor allem entsprechend der Position von Graf Károlyi Mihaly, dem Kopf der Függetlenségi és 48as Párt, zu einem Separatfrieden und der Trennung von den Ländern der kaiserlichen Krone führen. Dies wurde in den Wirren des Kriegsendes im Herbst 1918 auch praktiziert. „In Budapest übernahm am 31. Oktober der 5 Tage früher von den Sozialdemokraten und Bürgerlich-Radikalen gegründete Nationale Rat und Károlyis Führung die Macht.“[983] Nachdem die Regierung um Wekerle Sándor bereits das Land verlassen hatte[984]. Ihm schlossen „sich große Teile des Militärs und der Ordnungskräfte“ [985] ebenso an wie die Bürgerlich-Radikale Partei um Oszkár Jászi, infolge dessen war die Machtbasis von Hadik denkbar klein. Von Erzherzog Joseph zum Ministerpräsidenten ernannt, war die Machtübernahme auch Graf Károlyi Mihalys legal.[986]

Noch vor der Ernennung zum Ministerpräsidenten veröffentlichte der Nemzéti Tanács um Graf Károlyi Mihály ein Maßnahmenplan, der vor allem folgende Punkte als wesentlich ansah:

„völlige Unabhängigkeit Ungarns, sofortige Beendigung des Krieges und Auflösung des Bündnisses mit dem Deutschen Kaiserreich, Durchführung von Neuwahlen nach dem allgemeinen Wahlrecht, Selbstbestimmungsrecht für alle Nationalitäten in Ungarn unter Wahrung der territorialen Integrität und gleichzeitigem Ausbau der kulturellen und lokalen Autonomie, Einführung der bürgerlichen Freiheitsrechte, Durchführung einer Agrarreform, Anerkennung der auf dem Territorium der Österreichisch-Ungarischen Monarchie neu entstandenen Nationalstaaten.“[987]

Diese Punkte waren dann sogleich das Regierungsprogramm, als vom 30. auf den 31. Oktober Károlyi im Zuge eines Budapester Generalstreiks[988] durch seine Anhänger – unter ihnen bereits bewaffnete Arbeiterräte, Soldatenräte, die Polizei

982 Vgl.: Hauszmann, Geschichte Budapests, S. 132.
983 Bogyay, Geschichte Ungarns, S. 126
984 Vgl.: Hauszmann, Ungarn, S. 215.
985 Fischer / Gündisch, Geschichte Ungarns, S. 159.
986 Vgl.: Bogyay, Geschichte Ungarns, S. 126.
987 Fischer / Gündisch, Geschichte Ungarns, S. 160.
988 Vgl.: Vörös, Budapests Weg zur Großstadt, S. 48.

und auch Zivilbevölkerung in großen Mengen[989] – die Regierungsmacht im Zuge der „Öszirozsás Forradalom“, der „Asternrevolution“ übernahmen. Die Hauptproblemfelder sollten die Staatsform, die Demokratisierung, soziale Reformen sowie Nationalitätenpolitik in Verbindung mit Außenpolitik sein.[990] Die Stadtverwaltung selbst war zögerlich im Hinblick auf die umbrechende Situation. Nachdem allerdings Harrer Ferenc, einer der Vizebürgermeister, dem Rat der Stadt empfahl, sich der Bewegung anzuschließen, begann auch die Stadt die Entwicklungen zu unterstützen. Der seit 1906 im Amt des Oberbürgermeisters befindliche Bárczy István blieb in seinem Amt, ebenso wie der Bürgermeister Bódy Tivadar und bereits erwähnter Harrer. Letzterer war es, der zwischen dem Nationalrat und dem Rat der Stadt für die Kommunikation Entwicklungen und Vorhaben sorgte.[991] Der Rat erklärte dazu: „Bürger von Budapest! Der Rat der Haupt- und Residenzstadt hat sich, dem Ruf der Zeit folgend, voller Begeisterung dem für die Erkämpfung der Freiheit und der unverfälschten Volksmacht gebildeten Ungarischen Nationalrat angeschlossen.“[992]

Innenpolitisch galt es jetzt einen unabhängigen demokratischen Staat zu schaffen, der jedoch außenpolitisch keinen nennenswerten Handlungsspielraum besaß. Dennoch musste die Regierung Károlyi die Regierungszeit im Sinne der alten Verfassung beginnen und ließ sich daher auf den König vereidigen. Nachdem dieser am 11. November 1918 seine Amtsgeschäfte niederlegte[993], ließ die Regierung sich wieder vom Eid entbinden und proklamierte fünf Tage darauf die Republik Ungarn[994]. In diesem Moment kristallisierten dich die innenpolitischen Probleme als Ursache für den faktischen Zerfall der Monarchie heraus. Hier haben die gesellschaftlichen Führungsgruppen in Wirtschaft, Politik und Verwaltung, „die Magnaten, die adligen Großgrundbesitzer, die Gentry und der hohe Klerus“[995] geleitet von einem „ungarischen Nationalchauvinismus“[996] soziale und kulturelle

989 Vgl.: Hauszmann, Ungarn, S. 216.

990 Vgl.: Fischer / Gündisch, Geschichte Ungarns, S. 160.

991 Vgl.: Hauszmann, Geschichte Budapests, S. 132.

992 Erklärung des Rates der Haupt- und Residenzstadt; Budapest, den 31. Oktober 1918; in: Ságvári, Ágnes (Hrsg.): Budapest. Die Geschichte einer Hauptstadt; Aus dem Ungarische von Alpári, Tilda; Alpári, Paul u.a. Budapest, 1973, S. 108.

993 Vgl.: Hauszmann, Ungarn, S. 216.

994 Vgl.: Fischer / Gündisch, Geschichte Ungarns, S. 161; Hoensch, Jörg K.: Ungarn. Geschichte. Politik. Wirtschaft; Hannover, 1991, 74.

995 Fischer / Gündisch, Geschichte Ungarns, S. 161.

996 Fischer / Gündisch, Geschichte Ungarns, S. 161.

Probleme „nicht erkennen wollen und infolgedessen auch keine ausreichende Lösungsversuche unternommen“[997].[998] Allerdings muss hinzugefügt werden, dass während der Kämpfe im Ersten Weltkrieg und trotz ruhender Spannungen zwischen den Nationalitäten zumindest in der Armee, politische Eliten im Ausland gestärkt wurden von immer neuen Sympathisanten, wenn sie sich für eine Auflösung der Doppelmonarchie aussprachen.[999] Die erwähnten gegen Ende des Krieges führten ebenfalls zur Stärkung jener Kräfte, die aus diesem Krieg mit eigener Staatlichkeit hervorgehen wollten. So wurde dann im August 1918 der Tschechoslowakische Nationalrat in Paris anerkannt, womit rückblickend der Beginn des Zerfalls anfing. Dieser bevorstehenden Dynamik suchte der Kaiser durch einen Bundesstaatsentwurf, das sog. „Völkermanifest“ des 16. Oktober 1918[1000], Einhalt zu gebieten, was jedoch nicht fruchtete.[1001]

„Der Zerfall des Habsburgerreiches und die – nur vorübergehende – Aufgabe der monarchischen Staatsform in Ungarn war zwar von der militärischen Niederlage der Mittelmächte verursacht worden, vorrangig aber den Versäumnissen auf staatspolitischem, ökonomischen, sozialem und kulturellem Gebiet sowie der fehlenden Bereitschaft zuzuschreiben, die überfällige Demokratisierung des öffentlichen Lebens und eine freie nationale Entwicklung zuzulassen.“[1002]

Was seine Ursache besonders im Agieren der gesellschaftlichen Eliten der Jahrzehnte davor hat: „die Magnaten, der Gutsbesitzadel, die liberale Großbourgeoisie, der hohe Klerus“[1003] begingen durch die von ihnen verfolgten Interessen und den Reformunwillen jene Fehler, die „die Geschichte des selbständigen Ungarn jedoch auch künftig entscheidend und schmerzhaft beeinflussen“[1004] sollten.[1005] Mit der Einführung des geheimen und allgemeinen, jedoch für Frauen „immer noch teilweise eingeschränkte[n]“ Wahlrechts am 23. November, der Pressfreiheit am 8. Dezember oder der Rücknahme von vielen Gesetzen, die Minderheiten diskriminierten, sollte eine bürgerliche Demokratie eingeführt werden. Dabei gingen die politischen Extreme weit auseinander:

997 Fischer / Gündisch, Geschichte Ungarns, S. 161.
998 Vgl.: Fischer / Gündisch, Geschichte Ungarns, S. 161.
999 Vgl.: Hoensch, Ungarn, S. 73.
1000 Vgl.: Hauszmann, Geschichte Budapests, S. 132.
1001 Vgl.: Hauszmann, Ungarn, S. 213.
1002 Hoensch, Ungarn, S. 74.
1003 Hoensch, Ungarn, S. 74.
1004 Hoensch, Ungarn, S. 74.
1005 Vgl.: Hoensch, Ungarn, S. 74.

Während die katholische Kirche die fortschreitende Säkularisierung ablehnte[1006], verlangten Großadel und Gentry eine Rücknahme und widersprachen ebenso der grundsätzlichen Einführung so weitgehender Rechte.

„The bulk of even the ethnically Magyar population was refused enfranchisement with the chauvinistic argument that any extension whatsoever of political participation would endanger Magyar supremacy. The rhetoric of 'national survival' was thus used as a figleaf for social and political privilege. […] Yet [by the end of 1918] the Magyar nobility, true to character, stubbornly refused to contemplate either defeat or any compromise with other nationalities and classes, which might conceivably stave off the worst territorial and political consequences of defeat“[1007],

während die Kommunistische Partei Ungarns, gegründet aus der ungarischen Sektion der Russischen Kommunistischen Partei, am 4. November 1918 in Moskau und in Ungarn am 24. November gegründet [1008], eine Räterepublik forderte. [1009] Die wirtschaftliche Gesamtlage, die aufgrund von einseitiger Kriegswirtschaft, dem weggefallenen Markt und der Abtrennung von Rohstoffregionen der Monarchie verursacht war, führte zu einem Lebensmittel- und Rohstoffmangel und zu einer hohen Arbeitslosigkeit.[1010]

Die institutionelle und ökonomische Transformation zur Demokratie wurde innenpolitisch stark vorangetrieben. Hauptelemente waren eine allgemeine Wahlrechtsreform, die es Frauen und Männer – jeder im Königreich Ungarn gesprochenen Sprache [1011] – mit dem 21. Lebensjahr erlaubte [1012] die zu konstituierende Nationalversammlung nach dem Verlassen aller Besatzungstruppen [1013] zu wählen, eine Bodenreform und eine aktiven Minderheitenpolitik. Doch außenpolitisch war der Erfolg deutlich geringer: Weder bei Verhandlungen mit dem französischen Oberbefehlshaber noch mit dem Nationalen Rat der Rumänen konnten nennenswerte Erfolge erzielt werden.

1006 Vgl.: Bodó, Béla: Father Zadravec and the Failure of Right Radicalism in Hungary, 1919-23; in: East European Quarterly, Vol. XL, Nr. 3, September 2006, S. 293-331, hier S. 295.

1007 Rothschild, Joseph: East Central Europe between the Two World Wars; A History of East Central Europe, Band 9, Seattle, London, 1974, S. 137-138.

1008 Vgl.: Révész, László: Die Organisation der Diktatur und des Terrors in der Räterepublik; in: Ungarn-Jahrbuch. Zeitschrift für interdisziplinäre Hungarologie; Band 5, 1973, S. 132-157, hier S. 133. Révész merkt an, dass neben die erste Gründung der Partei oft kaum Erwähnung findet. Darüber hinaus gibt es unterschiedliche Datierungen der zweiten Gründung in Ungarn. Der offizielle 30. Jahrestag der Parteigründung wurde am 20. November begangen, während in der Literatur auch der 21. November zu finden sei.

1009 Vgl.: Fischer / Gündisch, Geschichte Ungarns, S. 161-162; Rothschild, East Central Europe, S. 137.

1010 Vgl.: Fischer / Gündisch, Geschichte Ungarns, S. 162.

1011 Vgl.: Rothschild, East Central Europe, S. 141.

1012 Vgl.: Hauszmann, Ungarn, S. 217.

1013 Vgl.: Rothschild, East Central Europe, S. 141.

Stattdessen rückten die Armeen aus dem Süden und Norden immer weiter in das Land vor. Hinzu kam die große wirtschaftliche Notlage, die zum Erstarken der Kommunisten führte.[1014] Doch ebenso wie die ökonomischen Probleme, war es die Sozialdemokratische Partei selbst, die den Erfolg der Kommunisten teilweise mit mitbegründete. Denn die politische Arbeit in Regierungsverantwortung schien zu einer Vernachlässigung der Arbeit an der Parteibasis zu führen, die dann von den Kommunisten allerdings auch rechtsradikalen Gruppen übernommen worden ist.

„They [die Sozialdemokraten; Anm. d. A.] were overly bureaucratized and ideologically underdeveloped, and their ingrained 'class' suspicion of the peasantry and their failure to produce leaders capable of denying and yet productively rechannelling the apocalyptic expectations of the urban masses at war's end proved to be the Socialists' ultimate political failings“[1015]

– Ein Fehler, der in den 1920er Jahren ins Gegenteil gedreht wurde [1016]. Gleichzeitig vermochten sie es aber auch nicht, linksradikale Gruppen in ihre eigene Partei zu inkooperieren wie es der SDAPDÖ in Österreich 1918/1919 tat. Diese wurden bereits früh in die Kommunistische Partei eingebunden, die sonst allerdings ohne weitere breite Parteiapparate auskam, sondern sich vielmehr als Gruppe von Berufsrevolutionären sah[1017], das zeigt der Budapester Rat im Januar 1919: viele Hundert Mitglieder wurden von einer festen Fraktion von etwa zehn Personen angeleitet[1018].[1019] Dies lag vor allem, neben dem bestehenden Problem der Flüchtlinge aus den besetzten Gebieten, an der Gesamtlage. Denn die Regierung hatte für eine solche Notlage keinerlei Programm. Maßnahmen waren scheinbar eher Feuerwehrmaßnahmen. Langfristige Maßnahmen wie eine Steuerreform (Erhöhung von Vermögens- und Einkommenssteuer, Senkung von Verbrauchersteuern) fiel auf den gleichen polarisierten politischen Boden wie die Demokratisierung: Die beginnenden Maßnahmen waren für das konservative Lager zu progressiv, gingen allerdings für das linke Reformlager keinesfalls weit genug [1020]. Eine Radikalisierung folgte in beide Richtungen [1021]. Andere

1014 Vgl.: Bogyay, Geschichte Ungarns, S. 127.

1015 Rothschild, East Central Europe, S. 141.

1016 Vgl.: Borbándi, Gyula: Geistige Bewegungen in Ungarn zwischen den beiden Kriegen; in: Ungarn-Jahrbuch. Zeitschrift für interdisziplinäre Hungarologie; Band 6, 1974/1975, S. 131-147, S. 142.

1017 Vgl.: Révész, Organisation der Diktatur, S. 134.

1018 Vgl.: Révész, Organisation der Diktatur, S. 142.

1019 Vgl.: Rothschild, East Central Europe, S. 141.

1020 Vgl.: Hoensch, Ungarn, S. 76.

1021 Vgl.: Vörös, Budapests Weg zur Großstadt, S. 48.

Maßnahmen waren die erstmalige Einrichtung eines Arbeits- und Wohlfahrtsministeriums, Achtstundentag, ein Verbot von Kinderarbeit und ähnliches. Darüber hinaus hatte die Versorgung von Heimkehrenden, Flüchtlingen und Arbeitslosen eine sehr hohe Priorität. Alles führt zu einer noch stärkeren Belastung des Haushaltes ohne dass die Menschen unmittelbar große Hilfe erreichte und die sozialen Spannungen wurden größer.[1022] Die Stadtadministration wurde im Zuge ihrer Bedeutung für viele Menschen durch das „am 27. Januar 1919 veröffentlichte VII. Volksgesetz“ [1023] dahingehend verändert, dass der Gemeinderat aufgelöst wurde und seine Aufgaben „dem sog. Hauptstädtischen Volksrat übertragen“[1024] wurden. Dieser setzte sich aus 20 Beamten der Stadt zusammen und umfasste „24 Delegierte des Ungarischen Nationalrates“[1025]. Der Rat begann seine Arbeit etwa vier Wochen später unter der Leitung des bisherigen Bürgermeisters Tivadar.[1026]

Eine der bedeutenden Normen war jene zur Verteilung von Boden. Die Bodenreform führt innerhalb sowie außerhalb der Regierung zu großen Diskussion. Im Februar 1919 wurden Grundbesitzer ab einer Fläche von 500 Joch und kirchliche Besitztümer ab 200 Joch mit Entschädigung enteignet.[1027] Allerdings waren es besonders die linken Parteien, d.h. Sozialdemokraten und Gewerkschaften, die in diesen Maßnahmen in ihren ursprünglichen Planungen eine reaktionäre Politik sahen und daher große Dispute innerhalb der Regierung auslösten. Besonders kritisch dürfte hierbei gewesen sein, dass die Entschädigung sich auf Höhe der Grundstückswerte von 1913 bewegen sollte. Dabei zeigte sich in vielen politischen Fragen, dass Károlyi – selbst ein Adliger – keine eigene politische Partei um sich formierte, sondern eine Regierung führte, die zwar als Nationaler Rat eine gewisse Einheit zu repräsentieren versuchte, gleichsam aber durch eine fehlende stärkere Integration rechter und konservativer Elemente geschwächt schien. Gleichzeitig entwickelte die Sozialdemokratische Partei in Ungarn ein immer stärkeres Bewusstsein für ihre machtvolle Rolle, da sie besonders während des Krieges großen Zulauf aus der Industriearbeiterschaft

1022 Vgl.: Fischer / Gündisch, Geschichte Ungarns, S. 163.
1023 Hauszmann, Geschichte Budapests, S. 132.
1024 Hauszmann, Geschichte Budapests, S. 132.
1025 Hauszmann, Geschichte Budapests, S. 132.
1026 Vgl.: Hauszmann, Geschichte Budapests, S. 132-134.
1027 Vgl.: Fischer / Gündisch, Geschichte Ungarns, S. 163.

bekam, die als soziale Gruppe durch die Kriegswirtschaft besonders gewachsen ist.[1028] Mit dem gewonnen Land sollten Bauernhöfe oder kleine Familiengärten entstehen. Berechtigt zum Erhalt von Land waren Bauern, Knechte, heimkehrende Soldaten. Bis jemand Land bekam, hätte ein langes Verfahren abgewickelt werden müssen, außerdem mussten die ursprünglichen Eigentümer entschädigt werden. Jedoch wurde das Gesetz, das zu großem Unmut führte, nicht mehr angewandt.[1029] Die Minderheitenproblematik sollte zwar äußerst fortschrittlich von Jászi und Károlyi gelöst werden, allerdings hatte sie den Haken, dass bei aller Autonomie und allen demokratischen Rechten die Minderheiten zum Teil schlicht nicht Teil Ungarns bleiben wollten und im Fall der Slowaken und Kroaten ihre Loslösung erklärten. Nur mit schwachen Minderheiten wie Ruthenen oder Deutschen konnten teilweise Lösungen erarbeitet werden.[1030]

Die Außenpolitik dieser Regierung war davon geprägt, baldmöglichst einen Waffenstillstand zu schließen und entsprechend „ententefreundlich“ [1031]. Dies äußerte sich zuerst in der Anerkennung des Vertrages von Padua und dann im Waffenstillstandsabkommen von Belgrad. Letzterer war besonders bedeutend, da in ihm eine für Ungarn akzeptable Demarkationslinie definiert wurde und die ungarischen entmilitarisierten Gebiete dahinter vor allem unter ungarischer Verwaltung bleiben sollten. Das weitere Vorrücken der alliierten Truppen nahm allerdings das Ergebnis des Friedensvertrages von Trianon vorweg und verstieß weitgehend gegen diesen Waffenstillstand und enttäuschte so die Erwartungen der Regierung in diese Politik.[1032] Denn schon die Unterzeichnung des Abkommens von Belgrad drei Tage vor der Proklamation der Republik Ungarn deutete darauf hin, da Rumänien, Jugoslawien sowie die Tschechoslowakei militärisch begannen vor zu rücken. Selbst die Initiative von Jászi Oszkár, einen Staatenbund nach Vorbild der Schweiz schaffen zu wollen, schien ohne Aussicht auf Erfolg.[1033] Nachdem die Außenpolitik Károlyis 1919 endgültig mit der Entmilitarisierungsforderung der Entente von Szeged und Debrecen sowie der südöstlichen Region Ungarns scheiterte, wurde Kun Bela mit seiner Kommunisták

1028 Vgl.: Rothschild, East Central Europe, S. 140-141.
1029 Vgl.: Fischer / Gündisch, Geschichte Ungarns, S. 163.
1030 Vgl.: Fischer / Gündisch, Geschichte Ungarns, S. 166-167.
1031 Vgl.: Hauszmann, Ungarn, S. 217; Rothschild, East Central Europe, S. 144.
1032 Vgl.: Fischer / Gündisch, Geschichte Ungarns, S. 165.
1033 Vgl.: Hauszmann, Ungarn, S. 217.

Magyarországi Párt neue richtungsweisende Kraft.[1034]

„Kun could argue, to base the fight for Hungary's national survival and greatness on a revolutionary alliance with Bolshevik Russia. […] Inexorably, this dual appeal to patriotism and revolution impressed minor Socialist functionaries and the rank and file as well as a significant fraction of the leadership, not to mention the ideologically illitarate but fervently patriotic troops and masses.“[1035]

Damit sprach die KMP nicht nur linksdenkende Menschen an, sondern konnte ihren Unterstützerkreis erheblich erweitern, in alle jene Bevölkerungsteile, die grundsätzlich nationalistisch dachten wie beispielsweise der untere Mittelstand. Die Politik, sich „gegen die neuen 'imperialistischen' Nachbarn (Rumänen, Tschechen [sic], Serben [sic])“[1036] zu wehren „und die besetzten Gebiete zurückzuerobern“[1037] trafen – bildlich gesprochen – den Nerv der Zeit.[1038] Doch ebenso bekamen die KM-Politiker Zulauf aufgrund der ausbleibenden unmittelbaren Erfolge der Reformpolitik. Daher kam es zu einer Radikalisierung innerhalb der Bevölkerung, die politische Opposition wurde gestärkt und die Polarisierung zwischen den Parteien wuchs. Auf der einen Seite stand die Kommunisták Magyarországi Pártja (KMP), in der sich auch Kun Béla und andere Emigranten aus Russland engagierten und ihr Programm mittels der bald darauf herausgegebenen Zeitung Vörös Újság vermittelten. Dem gegenüber stand vor allem der Magyar Országos Véderő Egyesület (MOVE), der Landwehrverein, an dessen Spitze vor allem Gömbös Gyula stand.[1039] „The head of one of Hungary's most ancient and wealthy magnate families, Károlyi had been brought up in an atmosphere where there was neither a concealment nor denial of the fact that the country was governed by and for its nobility.“[1040] Dies sorgte für große Dissonanzen im Hinblick auf seine Politik. Verstärkt wurden die politischen Spannungen durch Streikbewegung im städtischen Raum im Januar 1919 und Enteignungen von Grundbesitz im ländlichen Raum durch die dortige Bevölkerung waren Folgen der innenpolitischen Situation. Die Reaktionen darauf waren vor allem die Festnahmen kommunistischer Parteiführer sowie führender Personen des MOVE, die allerdings

1034 Vgl.: Bogyay, Geschichte Ungarns, S. 127.
1035 Rothschild, East Central Europe, S. 144.
1036 Révész, Organisation der Diktatur, S. 138.
1037 Révész, Organisation der Diktatur, S. 138.
1038 Vgl.: Révész, Organisation der Diktatur, S. 138.
1039 Vgl.: Hauszmann, Ungarn, S. 218.
1040 Rothschild, East Central Europe, S. 139.

nicht zu einer Abschwächung führten und auch die Wahl des provisorischen Staatspräsidenten am 11. Januar entspannte die Situation kaum.[1041]

Der in dieses Amt gewählte Graf Károlyi, der das Amt des Ministerpräsidenten an Berinkey Dénes abgab, erhielt am 20. März 1919 eine Note aus Paris, wo seit dem 19. Januar die Friedenskonferenz tagte, übergeben durch Oberstleutnant Ferdinand Vyx. Dieser Note gemäß sollte in Mittelungarn eine neutrale Zone eingerichtet werden, weshalb dieses Gebiet geräumt werden sollte. Da die ungarische Regierung dieser Forderung nichts entgegenzusetzen hatte, ihr allerdings auch nicht nachgeben wollte, traten vor allem die Minister aus der Partei, die Károlyi bisher unterstützte, von ihren Regierungsämtern zurück. Denn mit der Vyx-Note wurde eine ungünstigere neue Demarkationslinie in Siebenbürgen gefordert und zugleich als politische Grenze fixiert.[1042]

Károlyi schlug im Anbetracht dieser Lage eine sozialdemokratische Regierung vor, was jedoch von diesen abgelehnt wurde, da die Spitzen der sozialdemokratischen Partei in Verhandlungen mit den Inhaftierten kommunistischen Parteispitzen standen, um eine potentielle Zusammenarbeit zu verhandeln. Daher erklärte er am 21. März 1919, dass er die Beschlüsse der Konferenz in Paris ablehne und übergab die Macht vor allem dem bis 1918 demokratisch ausgeschlossenen „Proletariat“ [1043] . Das angesprochene Proletariat wurde zeitgleich durch die Absprachen führender Politiker der – nach wie vor relativ kleinen – KMP und der Sozialdemokraten – mit circa 700 000 (Kollektiv)Mitgliedern – formiert und am 21. März durch eine Vereinigung beider Parteien in der Magyarországi Szocialista Párt neu begründet. Grund dafür war vor allem die Hoffnung der Sozialdemokraten, dass im Bündnis mit der KMP eine sowjetische Hilfe zur militärischen Abwehr des Beschlusses aus Paris im Kampf gegen die jungen Nachbarstaaten wahrscheinlicher schien als ohne die KMP. Die KMP hingegen verfolgte mit ihrem Machtwillen innerhalb der neuen Partei klar formulierte Ziele, die sich angekündigt und unmittelbar destruktiv auf die institutionellen Reformen zu einer demokratischen Republik auswirkten. Kun Béla war beispielsweise aus einer

---

1041 Vgl.: Hauszmann, Ungarn, S. 218; Javorics, Daniela: Roter Terror und seine Auswirkungen auf Westungarn; in: Drăghiciu, Andra-Octavia / Gouverneur, Fabienne / Sparwasser, Sebastian (Hrsg.): „Bewegtes Mitteleuropa“; Schriftenreihe der Fakultät für Mitteleuropäische Studien der Andrássy Gyula Deutschsprachige Universität Budapest, Band VIII; Herne, 2014, S. 45-59, hier S. 47.

1042 Vgl.: Fischer / Gündisch, Geschichte Ungarns, S. 168; Hauszmann, Ungarn, S. 218.

1043 Révész, Organisation der Diktatur, S. 138.

Flugschrift zitiert mit den Worten: „Ziel der Kommunisten in der Revolution ist mit der Eroberung der Macht nicht die Errichtung der Demokratie, nicht die Errichtung einer demokratischen Republik,“[1044] sondern der Staat war als Diktatur des sich gründeten Revolutionsrates konzipiert.[1045]

„Im Protokoll über die Verständigung waren u.a. die Übernahme der politischen Macht, die Errichtung der Diktatur des Proletariats sowie die Machtausübung durch die Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte festgehalten. Des Weiteren wurde die Absicht verkündet, 'zur Sicherung der proletarischen Macht und gegen den Ententeimperialismus ein enges militärisches und geistiges Bündnis mit der russischen Sowjetregierung zu schließen'.“[1046]

Politisch wurde Ungarn nun von dem Forradalmi Kormányzótanács gelenkt. Den Vorsitz hatte Garbai Sándor und Kun Béla, Volkskommissar für Auswärtiges, dominierte die Politik.

„These leaders now proceeded to implement their program with reckless disregard for their own marginality in the Hungarian society of the day; here the Communists behaved with chiliastic fervor, the Socialists with fatalistic desperation. Titles and ranks were abolished, church and state seperated, education secularized, out-of-wedlock children legitimated, and divorce faciliated. Revolutionary tribunals were authorized to administer politicized justice.“[1047]

Anders gesagt geschah hier das Gegenteil von dem, was sich in den gleichen Monaten in Wien ereignete, wo es der SDAPDÖ gelang, die kommunistische Bewegung in sich zu integrieren, beziehungsweise Institutionen der Kommunisten in Österreich durch eigene Funktionäre im friedlichen und demokratischen Sinne zu lenken. Mit der recht radikalen Politik der neuen Partei und ihrer Funktionäre kam es allerdings zu jener Erscheinung, „what it chose to denounce as 'counterrevolutionary' resistance.“[1048] Es wurde eine Armee für die Rückgewinnung der verlorenen Gebiete formiert und innenpolitisch sollten Garden verbunden mit Revolutionstribunalen die innere Ordnung erhalten helfen. Am 21. März 1919 wurde dann die Magyarországi Tanácsköztársaság ausgerufen.[1049]

Zumindest begann die Räterepublik nach ihrer Ausrufung in einer erheblichen Dynamik Verordnungen zu erlassen und einen starken Polizeiapparat aufzubauen, den sie sogleich für Verfolgungen zu nutzen begannen.[1050]

1044 Kun, Béla: A Magyar Tanácsköztársasáfról. Válógatott beszédek és iasok; Budapest, 1958, S. 63.

1045 Révész, Organisation der Diktatur, S. 138-140.

1046 Hauszmann, Ungarn, S. 219.

1047 Rothschild, East Central Europe, S. 146-147.

1048 Vgl.: Rothschild, East Central Europe, S. 146.

1049 Vgl.: Hoensch, Ungarn, S. 76; Hauszmann, Ungarn, S. 219.

1050 Vgl.: Bogyay, Geschichte Ungarns, S. 127.

„Keine bürgerliche Partei hätte es angesichts der außenpolitischen Lage und des enormen innenpolitischen Drucks wagen können, die Regierungsgewalt zu übernehmen und die Bedingungen der Vyx-Note entweder anzunehmen oder abzulehnen. Einzig den Sozialdemokraten, die eine vergleichsweise starke Verankerung in der Bevölkerung hatten, wurde das zugetraut.“[1051]

Entsprechend übergab Károlyi die Regierungsgeschäfte den Sozialdemokraten, die bereits mit den inhaftierten Kommunisten um Kun Béla in Verhandlungen standen und sich am 21. März mit den Kommunisten zur Sozialistischen Partei Ungarns vereinigten und am gleichen Tag mit der Gründung des Revolutionären Regierenden Rat die Räterepublik ausriefen.[1052] Dieser Prozess geschah im Rahmen zeitgemäßer nicht-institutionalisierter aber doch halbwegs mehrheitlich anerkannter Prozesse: Die Mehrheit der Bevölkerung trug diese neue Regierung nicht zuletzt aufgrund der sozialdemokratischen Beteiligung. Das Programm dieser neuen Regierung, veröffentlicht am Folgetag der Erklärung zur Räterepublik dominierte die kommunistische Handschrift Kun Bélas. Der Einparteienstaat inklusive der Diktatur des Proletariats war eines der erklärten Ziele. Der organisatorische Rahmen wurde umgehend geschaffen.[1053] Die darauf folgenden Maßnahmen der Einführung des Sozialismus oder „der proletarischen Revolution kamen am schnellsten und vielseitigsten in Budapest zur Geltung“. Verstaatlichung ebenso wie eine weitgehende Sozialgesetzgebung berührten aufgrund der Industrieagglomeration in Budapest zu einem großen Teil Einwohner der Hauptstadt. Außerdem wurden andere Formen an demokratischer Partizipation für die Bevölkerung in Gemeinde- und Stadträten eröffnet Insgesamt war Budapest für die Räterepublik die bedeutendste Basis der politischen Arbeit.[1054] Die Politik wurde darüber hinaus umgehend umgesetzt und sowohl in Städten als auch auf dem Land wurden Räte und deren Exekutivorgane, die Direktorien, eingerichtet. Außerdem wurden Volksgerichte beziehungsweise -tribunale eingerichtet, die die Entwicklungen im Sinne der neuen Verfassung überwachen und gegen „Konterrevolution“ vorgehen sollten. Polizei und Milizen wurden in die „Rote Garde“ umstrukturiert und die Armee wurde reformiert und zur „Roten Armee“. Die Armee wurde dabei vor allem durch Politoffiziere ergänzt, deren Aufgabe vor allem

1051 Fischer / Gündisch, Geschichte Ungarns, S. 168-169.

1052 Vgl.: Fischer / Gündisch, Geschichte Ungarns, S. 169.

1053 Vgl.: Fischer / Gündisch, Geschichte Ungarns, S. 169-170.

1054 Vgl.: Vörös, Budapests Weg zur Großstadt, S. 48.

die ideologische Bewertung militärischen Handelns war.[1055]

Das Wahlrecht, das bereits unter Károlyi eine erhebliche Öffnung erfuhr, wurde nun gänzlich frei und jedem gegeben, der über 18 Jahre alt war. Allerdings war es erneut eingeschränkt, da weder Priester wählen durften, noch sich wählen lassen und auch all jene ausgeschlossen waren vom passiven und aktiven Wahlrecht, die zwar körperlich in der Lage waren zu arbeiten, allerdings von ihrem eigenen Besitz lebten, statt zu arbeiten. Staatsbürgerschaft spielte jedoch keine Rolle.[1056] Wenige Tage nach der Ausrufung der Räterepublik, konkret am „7. April 1919 wurden die Bezirksräte von Budapest gewählt.“[1057] Das waren insgesamt 1877 Personen[1058]. Diese mussten in Folge 500 Menschen aus ihren Reihen wählen, um den 500er Rat zu bilden, was der „Budapester Revolutionäre Arbeiter- und Soldatenrat“[1059] war. Aus diesem Rat wurden in einer erneuten Wahl die Mitglieder eines 80 Personen zählenden Exekutivkomitees gewählt, „das wiederum einen Vorstand aus fünf Mitglieder wählte“[1060]. Die Aufgabe des Vorstands war die Leitung der Ebenen darunter. Die wichtigsten Maßnahmen dieser Zeit wurden aufgrund „der außerordentlichen Bedeutung von Budapest für das ganze Land und der wichtigen Rolle des Budapester Proletariats“ [1061] durch den 500er Rat beraten und beschlossen. Darunter fielen die Lebensmittelverteilung sowie die Versorgung der Stadt mit notwendigem [1062] , während „mehrere außerordentlich bedeutende politische und wirtschaftliche Maßnahmen der Räterepublik [...] von de[m] als Machtorgan des Budapester Proletariats tätigen Rat der 80“ [1063] beschlossen wurden. Diese Art der Aufgabenzuteilung lag vor allem an dem noch nicht konstituierten „Obersten Rates der proletarischen Staatsmacht“ [1064] und „der

1055 Hauszmann, Ungarn, S. 220.

1056 Vgl.: Szabó, Márton: The Communist Worker as a New Citizen in History. An Essay on the Three Phases of Hungarian Socialism; in: Redescriptions: Yearbook of Political Thought, Conceptual History and Feminist Theory; Vol. 12, 2008, S. 19-46, hier S. 24. Szabó verweist hier zitierend auf A Magyarországi Szocialista Szövetséges Tanácsköztársaság Alkotmánya. Tanácsköztársaság 1919. június 28; in: A magyar munkásmozgalom történetének válogatott dokumentumai; Band 6, Teil 1, Budapest, 1959, 220; vgl.: Révész, Organisation der Diktatur, S. 140.

1057 Vörös, Budapests Weg zur Großstadt, S. 49.

1058 Vgl.: Hauszmann, Geschichte Budapests, S. 135.

1059 Vörös, Budapests Weg zur Großstadt, S. 49.

1060 Vörös, Budapests Weg zur Großstadt, S. 49.

1061 Vörös, Budapests Weg zur Großstadt, S. 49.

1062 Vgl.: Hauszmann, Geschichte Budapests, S. 135.

1063 Vörös, Budapests Weg zur Großstadt, S. 49.

1064 Vörös, Budapests Weg zur Großstadt, S. 49.

Landesversammlung der Räte“ [1065], deren Kompetenzen entsprechend die städtischen Räte zwischenzeitlich übernahmen.[1066]

Mit dem Rätesystem sollten auch Besitztümer verstaatlicht werden und enteigneter Boden sollte nicht an Einzelbauern sondern in Genossenschaften zusammengefasst werden. Die Verstaatlichung begann sofort und Unternehmen mit mehr als 20 Angestellten waren betroffen. „Bei Betrieben der chemischen und pharmazeutischen Industrie, bei Druckereien und Einrichtungen des Sozial-, gesundheits- und Unterrichtswesens, bei Banken und Handelsbetrieben geschah die Verstaatlichung unabhängig von ihrer Beschäftigungszahl“ [1067]. Besitz von Ausländern blieb unberührt, wurde allerdings durch einen Arbeiterrat, der in jedem Unternehmen eingerichtet wurde, kontrolliert. Die Grenze für Landbesitz ab der entschädigungslos enteignet wurde, lag bei 100 Joch. Die so gewonnenen Flächen wurden zu Produktionsgenossenschaften vereint. Ziel dieser Maßnahme war die Sicherstellung der Verpflegung. Jedoch reagierte die Bauernschaft aufgrund der ausbleibenden Verteilung des Landes ablehnend, die Unterstützung blieb aus und es bildete sich der Boden für gegenrevolutionäre Bestrebungen. Die Sozialpolitik blieb auf dem von Károlyi gesetzten Kurs: Die Löhne wurden erhöht, das Versicherungswesen ausgedehnt, Gesundheitsversorgung kostenfrei und große Wohnungen an Wohnungslose verteilt. Die Kulturpolitik war laizistisch dominiert: vier Fünftel der Grundschulen und fast zwei Drittel der Mittelschulen gingen in staatliche Leitung über. Auch hier dominierte das Grundziel der „sozialistischen Revolution“, deren Prinzipien es unter Leitung unter anderem von Lukács György in Kultur und Bildung umzuwandeln galt. Damit verbunden war auch die kostenlose Schulpflicht über acht Jahre. Die Schulen in Budapest, die städtisch getragen wurden, blieben unter staatlicher Oberaufsicht bei der Stadt. Dies sollte im Rahmen der vielen Verordnungen allerdings nicht die einzige Ausnahme zwischen der Hauptstadt und ländlichen Regionen bleiben[1068]. Die Lehrerinnen und Lehrer wurden übernommen, sofern sie sich an dem neuen politischen System orientierten oder – im Fall von Priestern – vom Priesteramt zurücktraten. Die Schulstunden, die durch das Abschaffen des Religionsunterrichts frei worden,

1065 Vörös, Budapests Weg zur Großstadt, S. 49.

1066 Vgl.: Vörös, Budapests Weg zur Großstadt, S. 49.

1067 Fischer / Gündisch, Geschichte Ungarns, S. 169-170.

1068 Vgl.: Javorics, Roter Terror, S. 51-52.

wurden nun für Staatsbürgerkunde und ideologische Ausbildung verwendet.[1069]

Wie detailreich die vielen Verordnungen im Bildungsbereich waren, zeigt auch jene des Budapester Rates, in der die Anreden zwischen Schülerinnen und Schülern auf der einen Seite und dem Lehrpersonal auf der anderen Seite geregelt wurden. So sollten die Lehrenden mit „Onkel Lehrer“ beziehungsweise „Tante Lehrerin“ angesprochen werden, die Schüler wiederum mit „Mein Freund“ oder „Mein Sohn“.[1070] Kulturell war und blieb die Stadt auch unter sozialistischen Vorzeichen Schwerpunkt der Entwicklungen. Nicht nur weil hier neuere „stadtbezogene Ansätze einer sozialistischen Kultur“ entwickelt waren und weiter entwickelt wurden, sondern auch zeitgenössische Künstler vor allem in Budapest lebten. Nicht zuletzt übernahmen Personen wie der bereits erwähnte Lukács György, Bartók Béla oder Dohnányi Ernő auch Leitungsfunktionen. Das künstlerische Schaffen war unterdessen auch jenes, das am langlebigsten Teil der Gesellschaft der Hauptstadt war.[1071] Zusätzlich wurde ein starker Bruch bei der Wissenschaftspolitik betrieben. Es wurde gegen „reaktionäres“ Arbeiten sehr intensiv vorgegangen. Denn diese Art des Arbeitens wurde der Akademie der Wissenschaften, die geschlossen wurde, und vielen Professoren, die vertrieben wurden, vorgeworfen. Progressive Denkende und Künstler wurden deutlich stärker gefördert.[1072]

Das Staatswesen wurde zu einem Rätesystem in dem auch das bisherige Rechtssystem keinen weiteren Bestand hatte. Die Wahlen zum Rätesystem fanden von unterster Ebene nach oben hin statt und waren damit nicht unmittelbar. Die unterste Ebene war dabei die Kreis- oder Bezirksebene. Die Bezirksebene spielte nur in Budapest eine Rolle. Am 7. April fanden die ersten Wahlen aufgrund der Einheitslisten statt, an denen alle erwachsenen besitzlosen Personen teilnehmen durften, etwa 50% der Bevölkerung. Anstelle der alten Rechtsprechung traten die Revolutionstribunale, deren Mitglieder zunächst keine rechtliche Ausbildung haben mussten. Erst zu Überprüfung der gesprochenen Urteile der Tribunale eingesetzte

1069 Vgl.: Borbándi, Gyula: Die Kulturpolitik der ungarischen Räterepublik; in: Ungarn-Jahrbuch. Zeitschrift für interdisziplinäre Hungarologie; Band 5, 1973, S. 171-186, hier S. 172-173; Fischer / Gündisch, Geschichte Ungarns, S. 169-170; Hauszmann, Ungarn, S. 220-221.

1070 Vgl.: Borbándi, Kulturpolitik der ungarischen Räterepublik, S. 173. Borbándi verweist hier auf die Verordnung vom 10. April 1919; in: Petrák, Katalin; Millei, György (Red.): A magyar munkásmozgalom történetének válogatott dokumentumai; Band 6, Teil 1-2; Budapest, 1959/1960, S. 179.

1071 Vgl.: Vörös, Budapests Weg zur Großstadt, S. 49.

1072 Vgl.: Fischer / Gündisch, Geschichte Ungarns, S. 171.

Sonderkommissionen, die aus jeweils einem Arbeiter, einem Bauern und einem Juristen bestanden, umfassten zumindest zu einem Drittel juristischen Sachverstand. Grundsätzlich widersprachen die Tribunale den Gesetzen der vorher gegründeten Republik und katalysierten so den roten Terror ebenso wie die Militärtribunale, Notstands- und besonders Sondergerichte ihn mitverursacht haben und der Terror durch das Standrecht bald noch stärker wurde. Denn durch eine erfolglose Verstaatlichung des Bodens [1073] kam es ebenso wie aufgrund der Verordnungspraxis[1074] zu Widerstand der Menschen gegen die radikalen Eingriffe, eine Konsequenz war der rote Terror, ausgeführt von Számuely. Zwangsrekrutierungen führten ebenso zu Verstimmungen wie mehrmalige Beschlagnahmungen von Getreide. Kam Protest auf, wurden zumeist die sog. „Leninfiúk“ oder andere staatlich unterstütze paramilitärische Einheiten eingesetzt. Eine Milizeinheit unter dem Kommando von Számuely Tibor[1075], die zwar im April 1919 aufgelöst wurde, sich allerdings reorganisierte [1076]. Insgesamt sind den terroristischen Maßnahmen dieser Gruppe bzw. innerhalb der Zeit der Räterepublik etwa 600 Menschen zum Opfer gefallen. Doch da weder die politische noch die ökonomische Situation sich durch die Radikalität der Kommunisten verbesserten, wuchs die Ablehnung in der Bevölkerung. Widerspruch gegen diese Methoden erhoben vor allem die Sozialdemokraten in der Regierung, doch auch Teile der Kommunisten sahen in dem Terror eine grausame und negative Politik, um Menschen für die kommunistische Sache zu gewinnen.[1077]

In Budapest wirkte vor allem die Csernygruppe. Der Anführer dieser vom Batthyánipalast aus operierenden „Terrorgruppe des Revolutionären Regierungsrates“ [1078], Cserny József, war selbst Aktivist in der Vserossijskaja chrezvychajnaja komissija po bor'be s kontrrevoljuciej, spekuljaciej i sabotazhem [VchK][1079]. Gegen- und Konterrevolution wurden von dieser Einheit oft erdichtet. Die Verfahren ermöglichten keinerlei Verteidigung und führten zur Ermordung der

1073 Vgl.: Bogyay, Geschichte Ungarns, S. 128.

1074 Vgl.: Bogyay, Geschichte Ungarns, S. 127.

1075 Vgl.: Hauszmann, Ungarn, S. 223.

1076 Vgl.: Javorics, Roter Terror, S. 56.

1077 Vgl.: Révész, Organisation der Diktatur, S. 147-148; Bogyay, Geschichte Ungarns, S. 128.

1078 Selbstbezeichnung, vgl.: Révész, Organisation der Diktatur, S. 149.

1079 Всероссийская чрезвычайная комиссия по борьбе с контрреволюцией, спекуляцией и саботажем [Вчк], dt.: Russische Außerordentliche Kommission zur Bekämpfung von Konterrevolution, Spekulation und Sabotage.

Menschen, die oft unschuldig im Hinblick auf die Vorwürfe waren[1080]. Darüber hinaus gab es weitere Abteilungen, wie das nyomozó osztály, das mit der VchK noch am ehesten vergleichbar scheint sowie andere Gruppen, die aktiv folterten und töteten und Menschen über lange Zeit als Geiseln hielten. „Das willkürliche Vorgehen der Justiz war der weitaus dunkelste Punkt der 133tägigen roten Herrschaft. Jegliche Äußerung von Unzufriedenheit wurde als konterrevolutionäres Verhalten ausgelegt und verurteilt.“[1081] Als Maßnahme des Terrors kann ebenso die Deportation von 200 000 Menschen gelten, die in Folge des Krieges nach Budapest geflohen waren und als „Tagediebe und Spekulanten“[1082] in Erscheinung getreten seien.[1083]

Neben diesen Maßnahmen ließen die positiven Folgen von Reformen jedoch lange auf sich warten und der Unmut der Bevölkerung wuchs ebenfalls angefeuert durch die terroristische Praxis der Garden. Im April und Juni reagierten konservative Kräfte darauf. Mitte April wurde um Graf Bethlen István „in Wien eine Gesellschaft zur Befreiung Ungarns“[1084] gegründet und

„aus einem Antibolschewistischen Komitee [Antibolsevista Comité; *Anm. d. Autors*] konstituierte sich im 3. Juni in Szeged eine Gegenregierung und Gyula (Julius) Graf Károlyi, der als Kriegsminister der letzte Oberbefehlshaber der k.u.k. Kriegsmarine und frühere Flügeladjutant Kaiser Franz Josephs, Konteradmiral Miklós Horthy de Nagybánya, angehörte.“[1085]

Aufgrund des Unmuts der Landbevölkerung akzeptierten sie zum Teil nicht die Währung des jungen Staates und verkauften ihre Lebensmittel nicht, was die Versorgungslage in Ballungsräumen zusätzlich verschlechterte, „vor allem in der Hauptstadt Budapest unmöglich machte“[1086].[1087]

Außenpolitisch war Kun noch weniger erfolgreich. Der Staat wurde mit diesem neuen politischen System nicht anerkannt und die bereits während Károlyis Regierungszeit vorrückenden Rumänen und Tschechen zwangen Kun zur Gründung einer Armee. „Diese von einem ehemaligen k.u.k Offizier hervorragend

1080 Vgl.: Javorics, Roter Terror, S. 56.

1081 Révész, Organisation der Diktatur, S. 150.

1082 Számuely, Tibor: Alarm. Ausgewählte Reden und Aufsätze; Berlin, 1959, S. 199-203 zitiert durch Révész, Organisation der Diktatur, S. 151.

1083 Vgl.: Révész, Organisation der Diktatur, S. 149-151.

1084 Hoensch, Ungarn, S. 77.

1085 Hoensch, Ungarn, S. 77.

1086 Hauszmann, Ungarn, S. 220.

1087 Vgl.: Hauszmann, Ungarn, S. 220.

geführte Rote Armee kämpfte aber an der Nordfront nicht für die Weltrevolution, sondern vielmehr für Ungarn und scheute sich nicht, selbst vor den Augen Béla Kuns neben den roten Fahnen auch die verbotene nationale Trikolore zu tragen“[1088].[1089] In der Außenpolitik jedoch waren große Teile der Bevölkerung für den Kurs von Kun, der diese im Wesentlichen dominierte. Denn Kun lehnte die Bedingungen der Vyx-Note ab, wollte Ungarns territoriale Integrität erhalten und forderte Verhandlungen in Paris. Dies basierte jedoch auf drei Annahmen, die rückblickend unwahrscheinlich sind: Die Regierung Kun hielt alliierte Zugeständnisse für möglich, ebenso wie militärische Hilfe aus der Sowjetunion und zuletzt von ebenfalls bald revolutionierten Staaten Europas. Die Reaktion Rumäniens war ein am 1. April begonnener Angriff, der bei Szolnok an der Theiß auf Drängen Frankreichs endete. So sollte die Westgrenze Rumäniens vor Ende der Pariser Gespräche verschoben werden und den unmittelbaren Grenzkontakt zwischen der Sowjetunion und Ungarn verhindern. Die kurzzeitige Kampfpause half die ungarischen Truppen zu reorganisieren und Mitte Mai einen Angriff gegen die Tschechoslowakei zu beginnen. Erst durch eine starke ideologische Mobilmachung konnte ein 200.000 Mann starkes Heer angeführt von Böhm Vilmos und Stromfeld Aurél eine erfolgreiche Nordoffensive starten, dies führte sogar aufgrund der militärischen Erfolge zum teilweisen Einmarsch in die Slowakei und zur Ausrufung der slowakischen Räterepublik [1090] . So sollte Oberungarn zurückerobert werden. Als Reaktion vom 7. Juni 1919 stellte Frankreich in einer Note der ungarischen Regierung in Aussicht, dass wenn der Vormarsch eingestellt werden würde, dann würde sie nach Paris eingeladen. Damit war de facto die erste politische Anerkennung einer ungarischen Regierung nach dem Ersten Weltkrieg verbunden. Doch Kun wich aus, um die gute militärische Lage nutzen zu können und drang weiter vor.[1091] Im Norden konnte die Armee große Erfolge feiern und erst als Clemenceau sich einschaltet zogen sich die Truppen zurück und die Waffen ruhten, allerdings die Rumänen waren weiterhin aktiv, was Kun mit einer Offensive beantworten wollte, die aber aufgrund der durch den Rückzug

1088 Bogyay, Geschichte Ungarns, S. 127.

1089 Vgl.: Bogyay, Geschichte Ungarns, S. 127.

1090 Vgl.: Hauszmann, Ungarn, S. 221-222.

1091 Vgl.: Fischer / Gündisch, Geschichte Ungarns, S. 172-173.

demoralisierten Armee schwer zu organisieren war.[1092]

Hinzu kamen innenpolitisch die Handlungen der Gruppe in Szeged, die mit ihren Aktivitäten als Gegenregierung einen Aufstand in Alföld auslöste, der nach Budapest übergriff. Innenpolitischen Einfluss hatte auch der Wille der Entente, dass das „Räteexperiment“ beendet werden sollte. Beide Dinge erhöhten den Druck, der mit dem Versuch der Offensive gegen Rumänien zu starten verringert werden sollte.[1093] Als dann die Pläne für die Mission gegen die Rumänen in die Hände der Entente fielen, war der Roten Armee durch die rumänischen Truppen alsbald ein Ende gesetzt und die führenden Kommunisten flohen nach Wien noch bevor am 4. August 1919 rumänische Truppen in Budapest einmarschierten.[1094] „Die Erfahrungen von 1918/19 haben der Reaktion und der Restauration die Arbeit nur allzu leicht gemacht und trugen wesentlich dazu bei, dass die für Westeuropa charakteristische, allmähliche und allgemeine Demokratisierung in Ungarn ausblieb.“[1095]

„Die Räterepublik scheiterte jedoch nicht nur auf Grund der Politik der Entente und der militärischen Niederlage. Vielmehr hatte sie inzwischen auch den Rückhalt in der Bevölkerung verloren. Die ländliche Bevölkerung Ungarns verweigerte aus Enttäuschung über die Art der Bodenreform ihre Teilnahme an den Kämpfen.“[1096]

Kleinbürgerliche Gruppen wehrten sich gegen die Verstaatlichungen, Gläubige gegen die antikirchliche Politik, die negative Position gegenüber als solchen wahrgenommenen verschiedenen nationalen Symbolen und Traditionen sowie die Idee einer Weltrevolution ließen die Menschen zweifeln wenn nicht gar widerständig reagieren. Außerdem begannen sich auch ungelernte Arbeiterinnen und Arbeiter gegen die erfolglose Politik zu richten. Sie ließen sich schlagartig von den rechten Triebkräften der Politik erneut derart politisieren, wie es zuvor lediglich den Sozialisten gelungen war[1097].

„Damit waren die beiden Versuche der Jahre 1918 und 1919, die nationalen, politischen und gesellschaftlichen Probleme Ungarns im Rahmen eines bürgerlich-demokratischen bzw. eines sozialistischen Modells zu lösen, restlos gescheitert. Die Auswirkungen dieses Scheiterns auf die politische Entwicklung der nächsten Jahrzehnte waren

1092 Vgl.: Bogyay, Geschichte Ungarns, S. 128.
1093 Vgl.: Hoensch, Ungarn, S. 77.
1094 Vgl.: Bogyay, Geschichte Ungarns, S. 128.
1095 Bogyay, Geschichte Ungarns, S. 129; Fischer / Gündisch, Geschichte Ungarns, S. 173.
1096 Fischer / Gündisch, Geschichte Ungarns, S. 174.
1097 Vgl.: Rothschild, East Central Europe, S. 150.

verhängnisvoll.“[1098]

Die Zeit im Anschluss an die Räterepublik war von Besetzung geprägt. Eine Militärkommission der Entente bekam die Aufgabe, eine Regierung für Ungarn zu schaffen. Zeitlich existierte in Szeged und Budapest jeweils eine Regierung, allerdings war keine von beiden anerkannt.[1099] Jene in Budapest um Peidl Gyula als auch Friedrich István versuchte nach dem 1. August, als die kommunistischen Führer nach Wien geflohen waren, wieder zurück zum demokratischen Regime der Károlyi-Regierung zurück zu gehen. Die Regierung Peidl blieb sechs Tage im Amt. Friedrich István folgte und erkannte die Ergebnisse der Friedenskonferenz ebenfalls nicht an und scheiterte aber auch gegen die starken konservativen Kräfte. Im Gegenteil: Während der Jahre 1918 und 1919 sammelten sich die Gegner der demokratischen und der sozialistischen Reformen.[1100] Ihr Hauptanknüpfungspunkt war Horthy Miklós, der Kriegsminister gewesen war. Die Gruppe um ihn hatte vor allem die gesamtgesellschaftliche Restauration der Vorkriegszeit zum Ziel. Die größten Gruppen waren der mittlere Adel[1101], die ihren Beamtenstatus, ihren Status als Intellektuelle oder als einer der Offiziere wieder haben wünschten.

Eine weitere Gruppe waren Großgrundbesitzer und Industrielle, die die alten Systeme ablehnten, aber auch in einem politischen System keine Zukunft sahen, in dem der mittlere Adel dominierte. Des Weiteren gab es noch viele Offiziere, die sich Gömbös Gyula angeschlossen hatten und „in verschiedenen Organisationen wie dem Ungarischen Landesverein der Schutzkräfte oder dem Verein der erwachenden Ungarn sammelten.“[1102] Im letztgenannten Verein fanden sich auch hochrangige Kirchenvertreter der katholischen Kultusgemeinde im Vorstand, darunter Bangha Béla, ein Jesuit, Bischof Prohászka Ottokár und „[ü]berragende Persönlichkeit der katholischen Erneuerung“[1103] in Ungarn nach 1918 sowie Dr. Laky Vilmos, ein Benediktiner[1104]. Das Chaos der anschließenden Wochen war weiterhin von Terror beherrscht, allerdings diesmal von nationalkonservativer Seite:

1098 Fischer / Gündisch, Geschichte Ungarns, S. 174.

1099 Vgl.: Bogyay, Geschichte Ungarns, S. 129.

1100 Vgl.: Fischer / Gündisch, Geschichte Ungarns, S. 174.

1101 Vgl. grundsätzlich: Bodó, Bela: Hungarian Aristocracy and the White Terror; in: Journal of Contemporary History, Vol. 45, No. 4, S. 703-724.

1102 Fischer / Gündisch, Geschichte Ungarns, S. 175.

1103 Adriányi, Gabriel: Geschichte der katholischen Kirche in Ungarn; Bonner Beiträge zur Kirchengeschichte, Band 26, Köln, Weimar, Wien, 2004, S. 259.

1104 Vgl.: Bodó, Father Zadravec, S. 302.

dem „weißen Terror“ fielen wirkliche und vermeintliche Kommunisten, zahllose Juden, aber auch Arbeiter und Bauern […] zum Opfer“ [1105] , da von Offizierkommandos durchgeführte Vergeltungsaktionen dominierten. „Den Sonderkommandos der zu trauriger Berühmtheit gelangten Offiziere Pál Prónay, Gyula Ostenburg-Moravek und Iván Héjjas fielen“[1106] in den Monaten ihrer Aktivität viele Menschen „darunter in sehr hoher Zahl Juden, zum Opfer“[1107].[1108]

„In the classic pattern of counterrevolutions, the white terror that now ensued dwarfed in ferocity the red excesses that had preceded and supposedly warranted it.“ [1109] Neben den institutionellen Änderungen war der Terror die extremste Reaktion auf die politischen Brüche zuvor. Der

„subsequent white terror, [which was] a systematic, ferocious hunt, combining 'spontaneous' pogromist bestialities with a deliberate assault on those strata and institutions that had recently challenged and might once again seek to challenge the traditional arrangements of Hungarian political life. In other words, it was a reaction against the Károlyi as well as the Kun episodes.“[1110]

So waren es verschiedene Gruppen und Akteure, „die zahlreichen Terrormaßnahmen, mit denen 1919/1920 blutige Rache an tatsächlichen und vermeintlichen Trägern der Räterepublik genommen wurde“[1111], umsetzten. „Der weiße Terror war genauso ungesetzlich und unmenschlich wie der frühere rote und übertraf diesen bei weitem hinsichtlich der Zahl der Opfer.“ [1112] Die Zahl der getöteten Menschen ist vierstellig. In Budapest, Zentral- und Westungarn fanden die meisten Übergriffe statt. Die nationalistischen Bewegungen, Offiziersgruppen und zivile Milizeinheiten waren ab dem Ende der Räterepublik im August 1919 bis Ende 1921 aktiv. „In the fall of 1919, out of paranoia and as a form of retribution for Communist crimes, they [die politischen Führungsgruppen; Anm. d. Autors] tolerated and occasionally even encouraged state and militia violence against left-wing politicians and Jews.“[1113] Dabei fielen ihnen zwischen 1 500[1114] und 3 000

1105 Hoensch, Ungarn, S. 78.

1106 Vgl.: Hauszmann, Ungarn, S. 224.

1107 Vgl.: Hauszmann, Ungarn, S. 224.

1108 Vgl.: Bogyay, Geschichte Ungarns, S. 129.

1109 Rothschild, East Central Europe, S. 150.

1110 Rothschild, East Central Europe, S. 153.

1111 Fischer / Gündisch, Geschichte Ungarns, S. 175.

1112 Fischer / Gündisch, Geschichte Ungarns, S. 175.

1113 Bodó, Bela: Militia Violence and State Power in Hungary, 1919-1922; Hungarian Studies Review; Vol. 33, Nr. 1-2, 2006, S. 121-156, hier S. 141.

1114 Vgl.: Hanebrink, Paul: Transnational Culture War: Christianity, Nation, and the Judeo-Bolshevik Myth in

Menschen zum Opfer, die zum großen Teil irrtümlich oder vorgeschoben für Unterstützer des Roten Terrors waren. Wird von der höheren Zahl ausgegangen, so waren von den zwischen 1 000 und 1 300 getöteten Juden nur wenig tatsächlich zuvor derart engagiert in der Räterepublik. Die meisten waren völlig unbeteiligt an den politischen Ereignissen der Monate zuvor: „they died during the more than 60 pogroms that took place in the Hungarian countryside in 1919 and 1920, or were kidnapped, tortured and subsequently killed by militia men motivated by sadism and greed in Budapest and in the larger provincial towns.“[1115] Erst die von Großgrundbesitzern unterstützte Pál-Teleki-Regierung ging ab Juli 1920 wirksamer gegen den Terror vor und konnte ihn bis Ende des darauf folgenden Jahres weitestgehend beenden. Denn weder setzte die politische Elite – unabhängig von ihrer Ablehnung von sozialdemokratischen oder liberalen Ideen und ihrem starken Antisemitismus – alle liberal denkenden Menschen gleich mit den Kommunisten, noch wollten Horthy Miklós und sein Umfeld dauerhaft auswärtige Kritik für den Terror erhalten oder das eigen jüdische Unternehmertum weiterhin abschrecken. Letztlich taten sie dies aber auch deswegen, weil die Regierung und politische Eliten spätestens 1921 einen Putschversuch befürchteten. Denn im Armeebezirk der Hauptstadt fanden sich gegen jeden vorherigen Befehl, Spionage einzustellen, weiterhin Spionagenetzwerke dieser Truppen [1116]. [1117] Problematisch war vor allem, dass diese Korps oftmals Straftaten begingen ohne sich, außerhalb ihrer selbst, einer Autorität bedingungslos zu unterwerfen[1118]. So wurde beispielsweise eines der Offizierskommandos, jenes von Pronay Pál, dem Verteidigungsministerium unterstellt. In einer relativ einfachen Angelegenheit – der Übergabe konfiszierter Fahrzeuge an das Ministerium – kam das Offizierskorps, nach wieder und wieder getätigten Aufforderungen seitens Verteidigungsministeriums, nicht nach. Gleiches geschah erneut, allerdings war diesmal im Verteidigungsministerium niemandem klar, wieso das betroffene Fahrzeug überhaupt konfisziert worden ist. Ebenso brach das Kommando in ein

---

Hungary, 1890–1920; in: The Journal of Modern History, Vol. 80, Nr. 1, März, 2008, S. 55-80, hier S. 75, Fußnote 66.

1115 Bodó, Hungarian Aristocracy, S. 704; vgl. ebenso zur Gewalt gegenüber Zivilisten ungeachtet ihrer religiösen Zugehörigkeit: Bodó, Militia Violence, S. 125, 127.

1116 Vgl.: Bodó, Militia Violence, S. 145.

1117 Vgl.: Bodó, Hungarian Aristocracy, S. 704; Bodó, Militia Violence, S. 141-143; Fischer / Gündisch, Geschichte Ungarns, S. 175.

1118 Vgl.: Bodó, Militia Violence, S. 140.

Militärlager ein oder verwaltete vermeintlich die österreichisch-ungarische Grenze im Burgenland und stahl Fahrzeuge, Kleidung, Schmuck und andere Dinge oder tötete und folterte[1119] immer wieder Menschen.[1120]

Die Budapester Polizei hatte erhebliche Probleme mit diesen Gruppen, konnte jedoch trotz allem erfolgreich gegen das Bataillon von Pronay Pál vorgehen. Nachdem einem Bühnenbesitzer die Lizenz zum betreiben seiner Theater entzogen worden ist, weil er notwendige Abgaben nicht an die Stadt entrichtete, versuchte er zunächst mit persönlichem und schriftlichem Bitten bei dem Polizeichef eine erneute Erlaubnis zu bekommen. Als er diese nicht bekam, drohte er ihm mit der Gruppe von Pronay. Zwei seiner Bataillonsoffiziere suchten daraufhin den Polizeichef zu Hause auf, wo er allerdings nicht gewesen war und hinterließen ihm eine Nachricht: eine Aufforderung zum Duell. In Folge dessen wurde der Besitzer der Bühnen inhaftiert, eine Suche der beiden Offiziere ausgegeben und die Polizei gänzlich in die erste Alarmstufe versetzt – in Erwartung, dass eine Milizaktion bevor stünde. Doch mit diesem Vorgehen schienen weder die Miliz noch ihr Auftraggeber gerechnet zu haben, denn es geschah in den darauf folgenden Tagen nichts. Der Inhaftierte wurde gegen Kaution entlassen. In einem weiteren Schreiben an Pronay warnte er ihn vor dem „pathological hatred for [...] Pronay's Battalion“ [1121]. [1122] Letztlich wurden diese Einheiten nach dem Töten eines Polizisten in Budapest durch das Militär inhaftiert. Das Hotel Britannica, wo sich der Sammelpunkt und Wohnort vieler Offiziere des Pronay Bataillons befand, wurde besetzt und eine Militärbasis, wo sich ebenfalls viele der Offiziere aufhielten wurde nach einem Gefecht ebenso eingenommen. Das geschah im November 1921. In den folgenden Monaten betätigten sich andere Milizeinheiten allerdings weiterhin, besonders im Burgenland. Wo abermals Militär hätte eingesetzt werden müssen, hätten sie sich nicht selbst zurückgezogen. Durch den Vertrag von Trianon und die notwendige Reorganisation der Streitkräfte wurden diesen Truppen letztlich 1922 komplett ihre bisherigen Kompetenzen durch die Regierung Bethlen entzogen sowie sie aus der Armee ausgeschlossen

1119 Vgl.: Bodó, Militia Violence, S. 143.
1120 Vgl.: Bodó, Militia Violence, S. 128-129.
1121 Bodó, Militia Violence, S. 138.
1122 Bodó, Militia Violence, S. 137-138.

wurden.[1123]

Politisch wurden von beiden zumeist die kommunistischen Parolen direkt umgekehrt. „War der Bolschewismus internationalistisch und atheistisch, so mußte man jetzt national und christlich sein.“[1124] Dazu führten die jüdischen religiösen Wurzeln vieler Kommunisten ebenso wie Teile der politischen Elite 1918, die ebenso jüdisch waren, zu einem verstärkten Antisemitismus. Was auch Horthy Miklos zeigte, als er am 16. November 1919 auf einem weißen Schimmel in die Stadt ritt.

„Dort wurde er einen Tag später vom 'alten Kader' der vorrevolutionären Stadtführung feierlich begrüßt, während er selbst in seiner berüchtigten Rede Budapest als eine 'vaterlose, verjudete und sündige Stadt' bezeichnete. Zudem forderte er die 'Säuberung' der Stadt und ihre 'christliche und ungarische' Umwandlung“[1125]

„Der einzige überregionale Machtfaktor auf der ungarischen Seite war einstweilen die sog. Nationalarmee“[1126], sie wurde vom Admiral Horthy Miklós in Szeged aufgestellt und kommandiert, ihr gelang es Transdanubien zu besetzen. Diese Arme bildete den Ausgangspunkt und spätere Schlüsselgewalt im Hinblick auf die Konstituierung des neuen Staates und bekam mit Unterstützung der Entente eine wesentliche Rolle zugesprochen.[1127]

Die Bodenreform war das wichtigste Reformprojekt, um eine breite Bevölkerung von der Politik der neuen Regierung zu überzeugen. Doch die erneut in Angriff genommene Reform umfasste nur 450 000 ha der 8,5 ha und abermals musste eine Entschädigung gezahlt werden. Das führte zuerst dazu, dass viele Menschen jeweils nur wenig Land erhielten und dieses aufgrund der offenen Zahlung wieder abgeben mussten.[1128] Im November dann zogen sich die rumänischen Truppen aus Budapest zurück. Die Entente drängte Rumänien, dies zu tun und es folgte der Einzug Horthys in Budapest. „Der christlich-soziale Politiker Karl Huszár“ gründete nun eine Einheitsregierung, an der sich vorerst alle Parteien beteiligten. Einzig der Sozialdemokrat trat bald als Zeichen des Protests gegenüber dem weißen Terror zurück. Analog boykottierten die Sozialdemokraten die ersten Wahlen zur

1123 Vgl.: Bodó, Militia Violence, S. 148.
1124 Bogyay, Geschichte Ungarns, S. 129.
1125 Hauszmann, Geschichte Budapests, S. 138.
1126 Bogyay, Geschichte Ungarns, S. 129.
1127 Vgl.: Bogyay, Geschichte Ungarns, S. 129.
1128 Vgl.: Fischer / Gündisch, Geschichte Ungarns, S. 176.

Nationalversammlung, die die Frage der Staatsform zu entscheiden hatte.[1129]

„For Hungarian Society […] a final tragedy of the Kun episode was that, by the manner of its rise and fall, it appeared to discredit by association the Károlyi experiment that had preceded and given birth to it, and hence allowed the counterrevolutionary white regime that followed it equate liberalism with Communism. Social and political democratization could thus be resisted henceforth as allegedly treasonable to the Hungarian way of life.“[1130]

Untrennbar damit verbunden ist auch das Gefühl, dass Károlyi es nicht vermochte, die ungarischen Grenzen zu verteidigen. Vielmehr etabliert sich eine stereotype Abwertung beider politischer Systeme als antinational und revolutionär und auch als jüdisch: alle drei Eigenschaften hätten zur Folge gehabt, dass das Königreich Ungarn territorial nicht erhalten blieb. Ungeachtet jeder Absurdität dieses antisemitischen Gedankens und des außerdem grundsätzlich sehr kleinen internationalen politischen Spielraums war dies ein Katalysator für den antisemitischen und antisozialistischen weißen Terror sowie es auch einige Teile der katholischen Kirche taten. Diese war bereits während der Räterepublik im Widerstand gegen das sozialistische System und gegen das zuvor kurz existierende demokratische System[1131]. Konkret Bischof von Székesfehérvár Prohászka Ottokár, der 1920 in einer Bewertung der Ereignisse von 1918 und 1919 schrieb, sie seien eine „Russisch-Jüdische Invasion“[1132] gewesen, die ähnlich anderer „barbarian invsions (tatárjárás)“ gewesen sei. „Fundamentally materialist in nature, this 'Jewish' mentality had driven Bolshevik revolutionaries“[1133], als „Galician racial and ideological comrades“[1134], „to terrorize Hungary“[1135]. Besonders er hatte aufgrund seiner hohen Bedeutung für die damalige katholische Kirche in Ungarn in verschiedenen Funktionen eine erhöhte Reichweite unter gläubigen Katholiken[1136]. Gleiches denken fand sich aber auch bei anderen christlichen Vertretern. Es wurde entsprechend gemehrt und fand so in der

1129 Vgl.: Bogyay, Geschichte Ungarns, S. 130.

1130 Rothschild, East Central Europe, S. 151.

1131 Vgl.: Bodó, Father Zadravec, S. 301-302.

1132 Prohászka, Ottokár: A marxismus csődje a tények világánál; in: Huszár, Károly (Hrsg.): A proletárdiktatúra Magyarországon; Budapest, 1920, S. 212 zitiert nach Hanebrink, Transnational Culture War, S. 76.

1133 Hanebrink, Transnational Culture War, S. 76.

1134 Prohászka, Ottokár: A marxismus csődje a tények világánál; in: Huszár, Károly (Hrsg.): A proletárdiktatúra Magyarországon; Budapest, 1920, 216 zitiert nach Hanebrink, Transnational Culture War, S. 76.

1135 Hanebrink, Transnational Culture War, S. 76.

1136 Vgl.: Adriányi, Geschichte der katholischen Kirche, S. 260.

Gesellschaft weiterhin nach dem Terror starke Verbreitung und ermöglichte neben anderen Faktoren die antisemitische Politik der Zwischenkriegszeit ungeachtet beispielsweise auch konfessioneller Kritik durch den Lutherischen Bischof Ráffay Sándor. Dieser widersprach derart, dass beim Reformieren einer Nation einige Teile der Gesellschaft nicht von vornherein ausgegrenzt sowie verfolgt werden dürften.[1137] Entsprechend der negativen Bewertung der Reformen der Räterepublik wurde die Budapester Verwaltung in der Form, wie sie während der Räterepublik gebildet wurde, komplett suspendiert. Die alten Organe der Stadt wurden wieder hergestellt, bekamen allerdings „einen Regierungskommissar in der Person des Militäroberstaatsanwaltes Sipőtz Jenő“[1138], er sollte alsbald Bürgermeister werden und dieses Amt bis 1934 innehaben.[1139]

Die Kommunalwahlen im Juli 1920 konnte die Keresztény Községi Párt Wolff-párt um Wolff Károly „mit 69,6% der insgesamt 240 Abgeordnetenmandate“ für sich entscheiden von jenen, die allgemein zur Wahl standen. Ihre Wählerschaft rekrutierte sich vor allem aus Großbürgertum und Mittelstand, wobei besonders letzterer sich durch einen hohen Konservatismus, christlich-soziale Prägung sowie in Teilen durch Antisemitismus charakterisieren lässt.[1140] Gewählt wurde dabei auf Grundlagen, die durch staatliche Gesetze komplett darauf ausgerichtet waren, über längere Zeit hinweg die Kontrolle über das Rathaus im Sinne der Landesregierung zu halten[1141]. Dennoch gab es zwischen der Christlichen Gemeindepartei Wolffs und der Zentralregierung der folgenden Jahre immer wieder Spannungen und Differenzen in den Vorstellungen wie die Gemeindepolitik der Hauptstadt gestaltet werden sollte, während Wolff und seine Partei ungeachtet dessen dennoch die staatliche Regierungspolitik weitestgehend unterstützten.[1142] Nach den Wahlen 1920 waren nicht alle Gemeinderatsmitglieder gewählt. Denn im Sinne der Stabilisierung des Gemeinderates wurde zwar die Bevorzugung von besonders hohen Steuerzahlern, wie sie bis zum Ende des Ersten Weltkrieges

1137 Vgl.: Hanebrink, Transnational Culture War, S. 75-78.

1138 Hauszmann, Geschichte Budapests, S. 138.

1139 Vgl.: Hauszmann, Geschichte Budapests, S. 138.

1140 Vgl.: Hauszmann, Geschichte Budapests, S. 140.

1141 Vgl.: Ignácz, Károly: Power Tools for “Correcting” the Will of the Voters. The Principles and Practice of the Municipality Election System in Budapest during the Horthy Era (1920–1944); aus dem Ungarischen übersetzt von Ágnes Gyenes, in: Feitl, István / Sipos, Balázs (Hrsg.): Regimes and Transformations. Hungary in the Twentieth Century; Budapest, 2005, S. 45-70, hier S. 45.

1142 Vgl.: Ignácz, Power Tools, S. 68, Anm. 3.

bestanden hatten, nicht wieder hergestellt, jedoch wurde für die Wahlen 1920 ein anderes Verfahren eingeführt. Es wurde bereits gesagt, dass die Partei Wolff nur die Mehrheit der frei verfügbaren Mandate gewann. Denn weitere 44 Mandate, circa 15% der Gesamtmandate, des Gemeinderates von 1920 wurden durch spezielle Wahlen besetzt, die nicht allen offen standen.[1143]

Die Zuteilung der Wahlbezirke war ebenso ein Mittel zur Beeinflussung der Wahlergebnisse. So lebten im kleinsten Wahlbezirk 1920 weniger als 16 000 Wähler, während im größten fast 90 000 Menschen das Wahlrecht hatten[1144]. Ungeachtet dieser hohen Differenz, hatte allerdings jeder Wahlbezirk 24 Mandate zu entsenden[1145]. Ergo war die Wahl nicht nur auf Ebene der Wahlbezirksverteilung ungleich, sondern die Stimmen waren zusätzlich zu einem besonderen Wahlverfahren eines Teils der Mandate auch im allgemeinen Verfahren nicht gleich. Das Argument der Regierung war: „It would be represent the greatest danger and the greatest improvidence to give voting rights based on pure mathematics to those districts, where destructive elements live in big masses.“[1146] Dieser Effekt wurde noch davon verstärkt, dass jeder Kandidat einer Bezirksliste unabhängig von der Bezirksgröße 1 000 unterstützende Unterschriften sammeln musste[1147]. Die Mandate wurden unterdessen durch die Mehrheitswahl von Listen vorgenommen[1148]. Während in den folgenden Jahren das Wahlrecht noch eingeschränkt werden sollte, blieb es 1920 zunächst dabei, dass für die frei verfügbaren Mandate das Wahlrecht des Parlaments verwendet wurde, weshalb knapp 50% der Einwohner der Stadt Wahlrecht hatten – genauso groß war auch der Anteil der Stadtbevölkerung, die im Januar 1920 das Parlament wählte.[1149]

Die aus dieser Parlamentswahl hervorgegangenen Sieger waren die Országos Kisgazda és Földműves Párt (Landespartei der kleinen Landwirte) mit 40% der Stimmen und die Keresztény Nemzeti Egyesülés Pártja (Christlich-Nationale Union) mit 35,1% der Stimmen. Zu diesem Zeitpunkt arbeiteten beide bereits eng

1143 Vgl.: Ignácz, Power Tools, S. 49.

1144 Vgl.: Ignácz, Power Tools, S. 57.

1145 Vgl.: Ignácz, Power Tools, S. 56.

1146 Innenminister Ungarns Antwort auf die Kritik der Opposition am ungleichen Wahlrecht in: Nemzetgyűlési napló: 1920-1922, Band 3, 137-138 übersetzt von und zitiert nach Ignácz, Power Tools, S. 57.

1147 Vgl.: Ignácz, Power Tools, S. 63.

1148 Vgl.: Ignácz, Power Tools, S. 60-61.

1149 Vgl.: Ignácz, Power Tools, S. 51-52.

Zusammenarbeitend als Keresztény Földmíves Párt[1150] und waren somit mit einer dreiviertel Mehrheit ausgestattet. Sie revidierten die republikanischen Gesetze, und so wurde Horthy Miklós „durch das Parlament unter Androhung von Gewalt“[1151] zum Reichsverweser. Die Ursache dafür war, dass weder die Legitimisten und Anhänger Karl IV. Noch die Anhänger der freien Königswahl sich durchsetzen konnten[1152].[1153] Als Koalitionsregierung hatten sie Aufgabe am 4. Juni den Vertrag von Trianon zu unterzeichnen. „Die Geschichte der Nation hörte auf, die des Staates zu sein.“ [1154] Der Vorortvertrag ersetzte damit das Streitobjekt des Ausgleich von 1867 in einem noch radikaleren Sinne, denn entgegen der Debatten war der Friedensvertrag über alle Parteigrenzen hinweg etwas, das politischen Inhalt lieferte und dem alle Parteien „gleichermaßen zustimmen mußten [sic]“[1155].[1156] Es war gleichsam ein gesamtgesellschaftlicher Schock wodurch die Grenzrevision zu einer konstanten unverhandelbaren Basis der Politik aller Parteien wurde.[1157] Der Vertrag von Trianon half dem Rechtskonservativismus in seiner Agitation gegen jegliche linke Politik. Sozialdemokraten und andere waren aufgrund dessen weitestgehend inaktiv. Dennoch sollte sich das politische System unter Horthy durch eine deutlichere Langwierigkeit auszeichnen.[1158] Im Juli begann die Regierung um Graf Teleki Pál ihre Arbeit, nachdem jene, die den Vertrag von Trianon unterzeichnen ließ, zurücktrat. Hauptziel der neuen Regierung war die Konsolidierung der Innenpolitik. Teleki konnte sich dabei vor allem auf die Schicht der ungarischen Großstadtbesitzer stützen. Einer der ersten Schritte war das unterbinden des sog. „weißen Terrors“ durch rechtssichernde Maßnahmen und der Auflösung dieser Offizierskorps. Außerdem suchte er die innergesellschaftlichen Spannungen aufgrund des Antisemitismus mit dem Gesetz XXV./ 1920, dem sog. „Numerus-Clausus-Gesetz“ zu entschärfen. Dies führte zu einer „erheblichen Einschränkung“ des Hochschulzuganges für jüdische Jugendliche. Ein weiteres Gesetz war jenes der Bodenreform. Das Gesetz GA XXXVI./1920, das eine

1150 Vgl.: Toth, Parteien und Reichtagswahlen, S. 27; Toth, Ungarn, S. 733.
1151 Fischer / Gündisch, Geschichte Ungarns, S. 176.
1152 Vgl.: Bogyay, Geschichte Ungarns, S. 176.
1153 Vgl.: Fischer / Gündisch, Geschichte Ungarns, S. 178; Hoensch, Ungarn, S. 78.
1154 Bogyay, Geschichte Ungarns, S. 130.
1155 Bogyay, Geschichte Ungarns, S. 130.
1156 Vgl.: Bogyay, Geschichte Ungarns, S. 130.
1157 Vgl.: Fischer / Gündisch, Geschichte Ungarns, S. 178.
1158 Vgl.: Fischer / Gündisch, Geschichte Ungarns, S. 179.

Bodenreform forcierte, war allerdings als Kompromisslösung recht unbefriedigend für die Bauern, da „es bei der Verteilung der insgesamt 8,5 Mill. Hektar lediglich 450 000 Hektar Land berücksichtigte“[1159].[1160]

Es folgten bald zwei Versuche der Restauration des ungarischen Königreiches durch Karl IV. István Bethlen, der neue Ministerpräsident, zielte von Anfang an auf eine Konsolidierung und versuchte alle radikaleren Tendenzen zu unterbinden. Beide Mal blieb Karl erfolglos, beim zweiten Mal, im Herbst 1921, versuchte er sogar mit ihm sympathisierenden ungarischen Truppen in Budapest eine Krönung zu erzwingen, was jedoch nicht gelang. Karl wurde von dem Horthyanhänger Gömbös Gyula und seinen Truppen festgenommen und wenig später an die Alliierten übergeben. Ungarn erklärte darauf mit dem Gesetz GA XLVII./1921, dass die Habsburger entthronisiert sind und somit *de iure* nicht Staatsoberhäupter des Königreiches Ungarn. Sowie im gleichen Jahr die Sopron/ Ödenburg und das Komitat Baranya Teil Ungarns wurden.[1161] Da Teleki unterdessen selbst Anhänger der Habsburger war, war er gezwungen, sein Amt als Ministerpräsident niederzulegen. Ihm folgte Bethlen István, der die Terrororganisation von Gömbös verboten hat wie sich die wieder legalisierten Sozialdemokraten dazu verpflichten mussten, politischen Streiks zu verhindern, worin die wesentliche Ursache ihrer Inaktivität lag.[1162] Die sozialen Probleme jedoch blieben und wurden erst im Rahmen eines aufkommenden Rechtsradikalismus in Angriff genommen. Die wirtschaftlichen Probleme am Ende des Ersten Weltkrieges konnten aber ebenfalls nur schwerlich gelöst werden. Das lag vor allem an den dominierend agrarisch geprägten Landesteilen und einer starken Industrie des Landes in Budapest, die allerdings beide nur schwer arbeiten konnten, da die Bevölkerungsdichte auf dem Land sehr gering war und die Industriegebiete durch die neuen Grenzen von den wichtigsten Rohstoffquellen abgeschnitten waren. Hinzu kamen die Plünderungen durch die rumänischen Truppen, sie hatten Güter im Wert von circa 3. Mrd. Goldkronen ausgeführt, „das Zwölffache der Anleihe, womit vier Jahre später Ungarns Staatsfinanzen und Wirtschaft saniert wurden“[1163].[1164]

1159 Hauszmann, Ungarn, S. 229.

1160 Vgl.: Hauszmann, Ungarn, S. 228.

1161 Vgl.: Hauszmann, Ungarn, S. 229-230.

1162 Vgl.: Fischer / Gündisch, Geschichte Ungarns, S. 179; Hauszmann, Ungarn, S. 228.

1163 Bogyay, Geschichte Ungarns, S. 131.

3.2 Wien reformieren – Zwischen Kriegsende, Revolutionsstimmung und Demokratisierung

Die wirtschaftliche Situation Österreichs nach dem Ende des Ersten Weltkrieges, war ebenso wie die Situation in Ungarn sehr kritisch. Analog zu Ungarn begannen mit den einzelnen Ausrufungen neuer Staaten Märkte sowie Produzenten, verbunden durch vormals weitestgehend inländische Wirtschaftsströme, zu Außenhandelsbeziehungen zu werden. Erschwert wurde die Situation durch beginnenden Protektionismus und die sich voneinander abgrenzenden Wirtschaftsregionen[1165], eine eigene Wirtschaft – besonders im Hinblick auf die Landwirtschaft – die 1919 nur eine Ernteertrag hatte, der halb so groß war wie 1913 und Repressionen durch die Siegermächte. Gleichfalls blieb die Versorgung mit Brennstoffen unzureichend.[1166]

Wien traf dies besonders, zumal damit die Situation mit Kriegsende kaum besser wurde als die Kriegssituation. Die ausbleibende Hilfe der anderen Bundesländer, aus ihren Lagern etwas nach Wien zu senden, blieb ebenso aus wie zunächst ausreichend Nahrungsmitteltransporte aus den Staaten des zusammenbrechenden Reiches. Die Lage war so kritisch, dass im April 1920 durch die Alliierten ein Komitee zur Unterstützung gegründet worden war. „Dafür waren […] auch außenpolitische Gründe maßgebend, denn die Westmächte fürchteten eine Ausbreitung des ungarischen Rätesystems auf Österreich“[1167]. Die Reaktion im Hinblick auf die sich verschlechternde soziale Lage war ein erheblicher Anstieg von sozialpolitischer Gesetzgebungsakten in Folge der Koalitionsregierung, die im Interesse der Sozialdemokraten ebenso lag wie im Hinblick auf die Situation in Ungarn auch von den Christlichsozialen mitgetragen wurde. [1168] Das war keinesfalls unbegründet, denn auch gegen Ende des Krieges wurde die Situation in keiner Weise besser. Erdäpfel waren streng rationiert ebenso wie Brot, das darüber hinaus noch von fragwürdiger Qualität war. So, wie erneute

1164 Vgl.: Bogyay, Geschichte Ungarns, S. 131.

1165 Vgl.: Maderthaner, 1860 bis zum Jahr 1945, S. 333.

1166 Vgl.: Butschek, Felix: Das Makroökonomische Umfeld während des Krieges und danach; in: Pfoser, Alfred / Weigl, Andreas (Hrsg.): Im Epizentrum des Zusammenbruchs. Wien im Ersten Weltkrieg; Wien, 2013, S. 200-209, hier S. 205.

1167 Butschek, Das Makroökonomische Umfeld, S. 207.

1168 Vgl.: Butschek, Das Makroökonomische Umfeld, S. 205, S. 207.

Rationierungen des Brotes im Sommer 1918 „in Wien zu beträchtlichen Unruhen führte“, forderte die Reichspost bereits davor, die Länder des Reiches – allen voran Ungarn – gegebenenfalls militärisch zu zwingen[1169], die für Wien bestimmten Lebensmittellieferungen durchzuführen. Während des Krieges selber blieb die Burgfriedenspolitik zumindest bis in den Sommer 1916 erhalten, erst am 1. August fanden erste friedliche Demonstrationen für Essen statt.[1170]

Das Attentat auf den Ministerpräsidenten Graf Stürgkh durch Friedrich Adler am 21. Oktober 1916, einen Vertreter der damaligen sogenannten „Kriegslinken“ innerhalb der Sozialdemokraten sowie Sekretär der Partei, und besonders der Prozess und seine Verteidigungsrede, in der er

„die Rechtfertigung seiner Tat in eine Aufsehen erregende Abrechnung mit dem Verbrechen der Massenvernichtung, mit dem habsburgischen Kriegsabsolutismus und der lethargischen, defätistischen Tolerierungspolitik des sozialdemokratischen Parteivorstandes umfunktioniert.“[1171]

Kriegsabsolutismus, ausgesetzter Parlamentarismus und die Rede Wilsons gaben Anlass zu einem deutlich stärkeren Engagement der Sozialdemokraten, um ihren Einfluss auf die Arbeiterschaft nicht zu verlieren. Denn bereits die Maßnahmen des auf Frauen erweiterten Arbeitszwang des Jahres 1916 stießen seitens der Arbeiterpartei auf Kritik, während Unternehmen versuchten den Unmut ob schlechter Arbeits- und Lohnsituationen in Kommissionen aufzunehmen und so zu kanalisieren. Dennoch formierten sich die ersten Friedenskundgebungen der Sozialdemokraten im November 1916, um „die Gräuel militärischen Despotismus' in den Kriegsindustriegebieten öffentlichen“[1172] zu machen. Die Streiks im Mai 1917 wurden jedoch nicht von den Gewerkschaften und der Sozialdemokratie in Österreich organisiert. Vielmehr waren diese überrascht von den vier Ausständen an unterschiedlichen Tagen und in verschiedenen Unternehmen, an denen sich immerhin insgesamt über 50 000 Personen beteiligten. Grund dafür waren die revolutionäre Stimmung auf internationaler Ebene, die von Russland auch nach Wien drang sowie die Streikenden selbst, die als Studierende, Jugendliche und

1169 Vgl.: Reichspost vom 14. April 1918.

1170 Vgl.: Grander, Margarete: Hungerstreiks, Rebellion, Revolutionsbereitschaft; in: Pfoser, Alfred / Weigl, Andreas (Hrsg.): Im Epizentrum des Zusammenbruchs. Wien im Ersten Weltkrieg; Wien, 2013, S. 558-565, hier S. 559-560.

1171 Maderthaner, Wolfgang: Das Revolutionäre Prinzip. Arbeiterbewegung und Krieg (2); in: Pfoser, Alfred / Weigl, Andreas (Hrsg.): Im Epizentrum des Zusammenbruchs. Wien im Ersten Weltkrieg; Wien, 2013, S. 566-571, hier S. 569; vgl.: Maderthaner, 1860 bis zum Jahr 1945, S. 323.

1172 Maderthaner, 1860 bis zum Jahr 1945, S. 327.

Frauen bisher nicht analog eng mit der organisierten Arbeiterschaft verbunden waren wie Arbeiter. Dies „und der massenhafte Einsatz von kriegsgefangenen Zwangsarbeitern änderten das soziale Profil der industriellen Arbeiterschaft total und ließen sie neue, aktionistische, spontane Formen des Widerstands und des sozialen Protests entwickeln“[1173].[1174] Im Januar 1918 waren dann nach „Halbierung der Mehlquote [...] und […] eine[m] äußerst schwierigen Lohnkampf in der Metallindustrie“ wiederum über mehrere Tage hinweg Arbeiterinnen und Arbeiter in den Streik getreten. 110 000 Menschen waren es am 20. Januar 1918. Reichsweit (inkl. Ungarns) waren es alsbald bis zu 370 000 Menschen. Der Streik von Marineangehörigen in Cattaro sowie Ausstände ungarischer Arbeiterschaft und Soldaten in und um Budapest wurden bereits erwähnt.[1175]

Die sozialdemokratische Partei konnte die sich in diesen Tagen konstituierenden Räte ausreichend stark besetzen, um zu deeskalieren. So waren es nicht zuletzt die durch die Sozialdemokraten abgerungenen Zugeständnisse der Regierung, die eine Demokratisierung des kommunalen Wahlrechts ebenso in Aussicht stellte wie „Reformen des Kriegsleistungsgesetzes und des Ernährungsdienstes“[1176]. Wie es auch im Sommer 1918 bei den Streiks gemacht wurde: der Arbeiterrat wurde im Anbetracht der Ausschreitungen und Unruhen von hungernden Menschen – darunter viele Frauen und Jugendliche – dazu genutzt, zur Ruhe zu rufen, was mit Einschränkungen unmittelbar gehört wurde. Teilweise dauerte es jedoch noch einige Tage bis der Streik endgültig beendet war.[1177] Unterstützt wurden Streikende von der Arbeiter-Zeitung, die spätestens seit 1917 „ein Organ des demokratischen Pazifismus“[1178] wurde und die Redaktion um Friedrich Austerlitz „einen fortgesetzten Kampf um die Wiederherstellung einer verfassungsgemäßen Rechtsordnung, gegen die Unmenschlichkeit der Militärgerichtsmaschinerie“[1179] austrug.

„Der Moment völliger Erschöpfung an der Heimatfront fiel mit Österreichs Niederlage auf dem Schlachtfeld zusammen. Am selben Tag, an dem sich in Wien die Krise rund um die Brotrationierung zuspitzte, startete das Habsburgerheer seine letzte Offensive am Piave

1173 Maderthaner, 1860 bis zum Jahr 1945, S. 329.

1174 Vgl.: Grander, Hungerstreiks, S. 562-563; Maderthaner, 1860 bis zum Jahr 1945, S. 321.

1175 Vgl.: Maderthaner, Revolutionäre Prinzip, S. 570.

1176 Maderthaner, Revolutionäre Prinzip, S. 570.

1177 Vgl.: Grander, Hungerstreiks, S. 564; Maderthaner, 1860 bis zum Jahr 1945, S. 339-340.

1178 Maderthaner, Revolutionäre Prinzip, S. 568.

1179 Maderthaner, Revolutionäre Prinzip, S. 568.

an der italienischen Front. […] Während starker Regen am Piave die Brücken und militärische Ausrüstung davon schwemmte, hatten sich in Wien Zehntausende Menschen auf dem Weg gemacht und plünderten die Kartoffelfelder rund um die Stadt.“[1180]

Während die städtische Verwaltung bereits längst überfordert war mit der Situation in Wien, zerbrach die Reichsregierung vor allem daran, dass ihre Maßnahmen nicht mehr auf Gehör in der Bevölkerung stießen. Die gesamte Lebenssituation großer Teile der städtischen Bevölkerung Wiens wie anderer Großstädte sorgte für klare Prioritäten: Nahrungsmittel und im Winter auch Versorgung mit Heizmitteln waren deutlich wichtiger als das Manifest Kaiser Karls. Die Grippeepidemie, die Tuberkulose[1181] sowie vermehrte Totgeburten und die hohe Sterblichkeit[1182] im Sommer 1918 zeigten darüber hinaus die großen Schwierigkeiten der Krankenversorgung für Zivilisten. Die Gesundheitspolitik der Nachkriegsphase[1183] sollte daher ein Schwerpunkt der Politik werden, um die natürliche Reproduktion in Wien wieder zu stabilisieren und die Rahmenbedingungen zu verbessern.[1184]

Weiterhin seit 1916 mit Distanz zum Kriegspatriotismus, äußerte die SDAP am 3. Oktober 1918 die Forderung, Österreich in einen föderalen Staat umzuwandeln, dem sich kurz darauf die Christsozialen ebenso wie der Kaiser anschlossen.[1185] In der Folge der sich für unabhängig erklärenden Teilstaaten des ehemaligen Reiches der Habsburger wurde auf Grundlage der sozialdemokratischen Forderung die Rekonstitution der Nationalversammlung notwendig. Diese trat analog der Stimmenverhältnisse von vor dem Krieg zusammen und bildete einen Ausschuss, der den Auftrag erhielt eine Verfassung auszuarbeiten. Von den 20 Mitgliedern waren gemäß Proporz fünf Mitglieder der Sozialdemokraten. Nachdem die Sozialdemokratische Partei bereits während des Krieges begann, auf eine friedliche Politik hinzuwirken, war sie auch jene Partei, die am ehesten für eine Politik der kommenden und 1918 eingetroffenen Nachkriegspolitik vorbereitet schien. Dies machte sie zu einer treibenden Kraft der Staatsreform und machte es auch möglich, dass bereits bei einem zweiten Zusammentreffen des Ausschusses

1180 Healy, Maureen: Am Ende und doch kein Ende; in: Pfoser, Alfred / Weigl, Andreas (Hrsg.): Im Epizentrum des Zusammenbruchs. Wien im Ersten Weltkrieg; Wien, 2013, S. 572-577, hier S. 573.

1181 Vgl.: Pohanka, Geschichte der Stadt Wien, S. 196.

1182 Vgl.: Maderthaner, 1860 bis zum Jahr 1945, S. 331.

1183 Vgl.: Maderthaner, 1860 bis zum Jahr 1945, S. 374-380.

1184 Vgl.: Healy, Ende, S. 573-574; Maderthaner, 1860 bis zum Jahr 1945, S. 373.

1185 Vgl.: Binder, Dieter A. / Bruckmüller, Ernst: Essay über Österreich. Grundfragen von Identität und Geschichte 1918-2000; München, 2005, S. 14.

der Entwurf Karl Renners angenommen wurde.

Der Entwurf einer Staatsorganisation umfasste einen Staatsrat, der mit Staatssekretären die Verwaltung sowie die Politik bestimmte. Dieser übernahm am 30. Oktober die Amtsgeschäfte von der letzten kaiserlichen Regierung. Karl Renner, Ernst Hanusch sowie Viktor Adler und nach dem 12. November Otto Bauer waren die sozialdemokratischen Mitglieder der 13 Amtsträger. Nachdem diese trotz noch ausstehender Wahlen Teil der Regierung waren und dies von einem Parteitag einen Tag darauf bestätigt worden ist, formulierte die SDAPDÖ weitere Forderungen, die im Wesentlichen dem kontrollierten aber zügigen Übergang zu einer liberalen Gesellschaft bedeuteten. Außenpolitisch erkannten sie die neuen Staaten an, jedoch mit der Einschränkung, dass auf mehrheitlich deutschsprachige Gebiete territorial nicht verzichtet werden sollte. Doch wurden keine eindeutigen Forderungen an die Staatsform gestellt, außer dass sie eine nach allgemeinen, freien, gleichen und geheimen Wahlen gewählte Versammlung umfassen sollte, die letztlich die endgültige Staatsform in den Spannungsfeldern von Republik und Monarchie sowie Zentralstaat und Bundesstaat[1186] festlegen sollte, lediglich ein nach eben genannten Maßstäben gewähltes Parlament galt es zu integrieren. Unterdessen erfolgte am 9. November 1918 die Ausrufung der Republik als Staatsform für das Deutsche Reich – final fixiert in Artikel 1 der Verfassung des Deutschen Reichs vom 11. August 1919[1187]. Die österreichische Sozialdemokratie respektive der Staatsrat sahen sich aufgrund dessen sowie besonders auch in Folge der Niederlegung der Amtsgeschäfte durch Kaiser Karl IV. gedrängt, ebenfalls die Staatsform final zu fixieren.[1188] Am 1. November 1918, nach Konstitution der provisorischen Nationalversammlung, „forderten die Sozialdemokraten endgültig die republikanische Staatsform“[1189]. Entsprechend wurde „am 12. November von der Rampe des Parlaments die 'demokratische Republik Deutschösterreich' (Artikel 1) als 'ein Bestandteil der deutschen Republik' (Artikel 2) ausgerufen.“[1190] Während die Rot-Weiße Fahne gehisst wurde,

1186 Vgl.: Seliger, Maren / Ucakar, Karl: Wien. Politische Geschichte 1740-1934. Entwicklungen und Bestimmungskräfte Großstädtischer Politik. Teil 2: 1896-1934; Wien, München, 1985, S. 997.

1187 Vgl.: Verfassung des Deutschen Reichs vom 11. August 1919, Artikel 1; publiziert durch Deutsches Historisches Museum, im Internet unter http://www.dhm.de/lemo/html/dokumente/verfassung/index.html; 01. Juli 2014.

1188 Vgl.: Seliger / Ucakar, Wien, S. 991-992.

1189 Binder / Bruckmüller, Essay, S. 14.

1190 Binder / Bruckmüller, Essay, S. 14.

zerrissen Rotgardisten diese und hissten eine Rote Fahne.[1191]

Zeitgleich kam es in diesen Tagen am Ende des Oktober 1919 zu einer Situation, in der durch Demobilisierung, Heimkehr und Lockerung der Arbeitsvorschriften für den Krieg verschiedene Kräfte frei waren, die sich innerhalb der Stadt zu formieren begannen. Allen voran die heimkehrenden Soldaten aus Russland „organisierten sich einer 'Roten Garde', zogen bewaffnet durch die Stadt und beschlagnahmten Kraftwagen und Lebensmittelvorräte.“ [1192] Die Volkswehr, eigentlich republikanische Sicherheitskräfte, waren von gleicher Art der Zusammensetzung. Es waren diese Gruppen, geprägt von Revolutionsromantik und revolutionärem Aktionismus, die der sozialdemokratischen Politik entgegenstanden. Aus jenen Reihen kamen die Personen, die am 12. November das Hissen der österreichischen Fahne störten und andere Männer dieser Bewegung bald darauf eine Schießerei anfangen sollten, die zwar noch am selben Tag beendet werden konnte, jedoch immerhin zwei Menschenleben kostete.[1193] Insgesamt brachte die Nachkriegssituation kaum Verbesserung für die Lebenssituation. Auch wenn im Herbst 1918 der Krieg im Wesentlichen geendet hatte, war die Situation der Bevölkerung in Wien nach wie vor schwierig. Noch weitere zwei Jahre blieben Kartoffeln, Brot, Speck und Milch rationiert wie Kohle und auch Seife.[1194] Es waren jene Jahre kurz nach dem Krieg, die der Bevölkerung im Anbetracht von anhaltendem Lebensmittelmangel, Brennstoffmangel, Wohnungsmangel, Arbeitslosigkeit, Kriminalität und Inflation das Gefühl einer Gesellschaft zu geben schienen, dass der Staat in seiner neuen Form „mit seinen sechs Millionen Einwohnern, ein Drittel davon in der Hauptstadt, nicht lebensfähig war.“[1195]

Österreich war nach dem Ende des Ersten Weltkrieges ein vom Zerfall der Monarchie geschockter Staat, der aufgrund fehlender Kohle, verlorenen Hafenzugängen und einer wenig produktiven Landwirtschaft kaum lebensfähig zu sein schien. So konnte die junge Republik von den 1 150 000 Tonnen Kohle des Bedarfs lediglich 155 000 selbst fördern, daher „kam der Wiener Wald gleichsam in

1191 Vgl.: Binder / Bruckmüller, Essay, S. 14.
1192 Maderthaner, 1860 bis zum Jahr 1945, S. 341.
1193 Vgl.: Maderthaner, 1860 bis zum Jahr 1945, S. 341-342.
1194 Vgl.: Healy, Ende, S. 575.
1195 Healy, Ende, S. 576.

die Stadt“[1196]. Und so waren die wertvollen Unternehmen der Industrie sowie Banken und Versicherungsanstalten ebenso wie die Verkehrsinfrastruktur getrennt von den Rohstoffen mit denen sie Arbeiteten und Handelten.

„Im Wesentlichen war die Lebens(un)fähigkeitsdebatte eine Frucht der Erfahrungen des Winters 1918/19, als die wirtschaftlichen Verbindungen mit den tschechischen Gebieten (die seit Ende Oktober als Feindstaat galten), aber auch mit Ungarn und mit den südslawischen Gebieten faktisch unterbrochen war.”[1197]

Gedanken des Anschlusses an das Deutsche Reich wurden ebenso gestärkt wie jene, einer Donaukonföderation, um den Binnenmarkt der ehemaligen Monarchie wiederherzustellen[1198]. Als es allerdings zur Normalisierung kam, wurde auch wieder über die Grenzen hinweg Handel betrieben. Dennoch war die Anpassung Wiens erheblich, da die neue Situation die Stadt vor Herausforderungen in administrativer Hinsicht stellte.[1199] Die steigende heterogene Bevölkerungszusammensetzung Wiens führte unterdessen nicht zu einer supranationalen Identifizierung, sondern vielmehr „blühten die Vertreibungsfantasien.“[1200] Vor allem betrafen die Denunzierungen Flüchtlinge, Müßiggänger und auch Menschen, denen zweifelhaftes Gedankengut nachgesagt wurde, sollten zurückgeführt, abgeführt oder an die Front gesandt werden.

„Hier [in Wien; Anm. d. A.] aber starrt die Mauer des verhetzten Hasses. Leopoldstadt, Juden, Flüchtlinge, Schädlinge, Palästina, Kriegsgewinner, Schleichhändler, in der Seele der Massen notwendig verbundene Begriffe. Man bemüht sich nicht einmal zu erkennen, zu begreifen, die Ungeduld des Aburteilens zu meistern.“[1201]

Das Heimatrecht wurde wie bereits in den Jahren vor dem Krieg zum Mittel der Wahl, um sich als Gemeinde von etwaigen Sozialausgaben zu entlasten: All jene, die es nicht besaßen sollten die junge Republik verlassen. Selbst im Hinblick auf das Staatsbürgerschaftsrecht lässt sich sagen, dass es besonders die jüdische Bevölkerung negativ berücksichtigt hat.[1202] Zusätzlich problematisiert wurde die Situation in den letzten Kriegsmonaten durch die heimkehrenden Soldaten der k.u.k.-Armee. Jene Soldaten blieben zumeist im Umfeld beispielsweise des Nordbahnhofes und sammelten sich dort, da immer wieder neue Züge einrollten,

1196 Maderthaner, 1860 bis zum Jahr 1945, S. 334.
1197 Binder / Bruckmüller, Essay, S. 65.
1198 Vgl.: Seliger / Ucakar, Wien, S. 1010-1011.
1199 Vgl.: Binder / Bruckmüller, Essay, S. 65.
1200 Healy, Ende, S. 576.
1201 Frei, Bruno: Jüdisches Elend in Wien; Wien, Berlin, 1920, S. 69.
1202 Healy, Ende, S. 576-577.

wo Dächer, Trittbrette und die Waggons selbst gefüllt waren mit Veteranen der verschiedenen Fronten.[1203]

Die oben erläuterte Szene beim Hissen der Fahne zeigte die Möglichkeiten der kommunistischen Bewegung. Nach einigen weiteren Versuchen des Putschens der KPDÖ 1919, im linken Lager Fuß zu fassen und sogar mit Hilfe aus Bayern und Ungarn zu putschen, konnte sich aber die SDAPDÖ als Teil des kommunistischen Widerstandes als Alleinvertreter im linken Lager etablieren.[1204] Auf diese Weise gelang es ihr, jede Form einer durchaus vorhandenen radikalen Revolutionsstimmung so an sich zu binden und zu lenken, dass bereits wie zu ihrer Gründung, die legale Machtübernahme der Demokratie auf dem Weg der politischen Partizipation sichergestellt ist. Es sollte „jeglichem sozialromantischen Revolutionarismus, jedem aktionistischen Putschismus so weit wie möglich die Basis“ [1205] entzogen werden. Die Reform des Staatswesens zu einer aller offenstehenden Demokratie und die Aufklärung über die Bedeutung dieses Projektes waren primär, es galt „Massenerziehung und Massendisziplinierung in großem Stil umzusetzen“ [1206] . Einer dieser Putschversuche war der „Gründonnerstag-Putsch“. Nach dem die Republik bereits am 12. November 1918 ausgerufen wurde, sich allerdings mit der neuen Staatsform die Situation insgesamt nicht verbesserte – ähnlich wie bereits in Budapest gesehen – kam es am 19. April 1919, das heißt in unmittelbarer zeitlicher Nähe zum sich konstituierenden Rätesystem in Ungarn zum Versuch eines revolutionären Umbruchs. Das Parlamentsgebäude sollte in Brand gesetzt werden, doch Polizei und Volkswehr konnten die Demonstrierenden davon im Anschluss an Waffeneinsatz abwenden [1207] . Hier zeigte sich besonders der Hunger als Katalysator und entsprechend waren die Reaktionen von Demonstrierenden, wenn sie beispielsweise tote Pferde von Wachmannschaften sahen. Sie stürzten sich auf diese Kadaver und haben „aus den noch warmen Körpern der toten Tiere Fleischstücke als willkommene Beute herausgerissen“[1208].[1209] Ähnliches geschah

1203 Vgl.: Maderthaner, 1860 bis zum Jahr 1945, S. 332-333.
1204 Vgl.: Binder / Bruckmüller, Essay, S. 15.
1205 Maderthaner, 1860 bis zum Jahr 1945, S. 338.
1206 Maderthaner, 1860 bis zum Jahr 1945, S. 338.
1207 Vgl.: Maderthaner, 1860 bis zum Jahr 1945, S. 343.
1208 Maderthaner, 1860 bis zum Jahr 1945, S. 337.
1209 Vgl.: Maderthaner, 1860 bis zum Jahr 1945, S. 337.

im Juni 1919 als der ungarische Gesandte der Räterepublik mit lokalen Gruppen einen Putsch vorbereitete. Soldaten in Bataillonen hatten bereits Räte gegründet und waren mit Anweisungen ebenso versorgt wie Wehrmänner. Da allerdings die Wiener Behörden, konkret der Staatssekretär für Heereswesen und der Leiter des Staatsamtes für Inneres Kenntnis von den Plänen hatten, konnte das betroffene Volkswehrbataillon 41 angewiesen werden, in der Kasernen zu bleiben sowie eine Nacht vor dem Tag des Putsches führende Kommunisten festgenommen werden. Demonstrantinnen und Demonstranten, die dann für die Freilassung zur Polizei marschierten, wurden von der Stadtschutzwache angegriffen während die Volkswehr, „die sich erneut als verlässlich republikanisch erwies“ [1210] und „nur gegen linksputschistische Aktionen eingesetzt“[1211] wurde, den Ring besetzte „und bewaffnete Soldatenräte verhinderten den Aufmarsch der kommunistischen 41er.“[1212] Auch an diesem Beispiel zeigt sich, dass die Arbeiterräte ebenso wie die Soldatenräte zum Teil sehr stark von dem reformistischen Ansinnen der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei – nun – Deutschösterreichs eingenommen waren. Diesem unterstellten sich nach heftigen Diskussionen auch die Volkswehren. Forderungen waren nunmehr republikanische Reformen. Die parlamentarische Demokratie hatte darin eine ebenso wichtige Schlüsselposition wie die „Beseitigung des Kriegsabsolutismus und aller feudalen Restbestände“[1213] und die Einführung von sozialen Reformen. „Indem die Räte selbst die Diktatur verwarfen, war die Diktatur der Räte unvollziehbar geworden.“[1214] Aus ihnen ging 1923 der Republikanische Schutzbund hervor.[1215]

Dies zeigte auch die Entwicklung im Hinblick auf eine Gestaltung der institutionellen Ordnung, während der Diskussionen zur neuen Verfassung. Denn im Anschluss an das oben erwähnte Gesetz fanden am 16. Februar 1919 die Wahlen zur provisorischen Nationalversammlung statt. Mit diesem Schritt sind innerhalb des institutionellen Rahmens tatsächlich zunächst alle monarchischen Spuren verschwunden und damit auch der letzte Rest feudaler Herrschaft beseitigt. Die Wahl führte mit 72 Mandaten für die SDAPDÖ dazu, dass sie größte Partei in

1210 Vgl.: Maderthaner, 1860 bis zum Jahr 1945, S. 343.
1211 Seliger / Ucakar, Wien, S. 995.
1212 Vgl.: Maderthaner, 1860 bis zum Jahr 1945, S. 343-344.
1213 Maderthaner, 1860 bis zum Jahr 1945, S. 346.
1214 Maderthaner, 1860 bis zum Jahr 1945, S. 346.
1215 Vgl.: Seliger / Ucakar, Wien, S. 995.

der Nationalversammlung wurde, während die Christlichsozialen 69 Mandate errangen. Damit wurde ihnen eine äußerst große Mehrheit gesichert, während die restlichen 30 Mandate vor allem auf Deutschnationale Parteien entfielen. Die beiden Parteien bildeten entsprechend der Arbeitspraxis der Monate davor eine große Koalition, wobei der Staatsrat aufgelöst und eine neue Regierung unter Federführung der SDAPDÖ gebildet wurde, die unterdessen auch diverse Schlüsselministerien wie Unterricht, Heereswesen, Soziales und Äußeres leitete. Denn unter diesen Vorzeichen bildete die Partei auch ihren Einfluss in der Rätebewegung dahingehend aus, dass der Arbeiterrat „neben der Volkswehr die Basis [war], auf der die Partei ihren Kampf gegen die Bolschewisierung Österreichs aufnahm.“[1216] So wurde den Kommunisten im Herbst 1918 erlaubt, sich in den Räten zu beteiligen, die Konsequenz war, dass Diskussionen und Richtungsstreitigkeiten in einem unter ihrer Dominanz geführten Rahmen abliefen. Darüber hinaus bildete sich so in den überparteilichen Räten ein Forum für Kritik und Forderungen der Arbeiterschaft, die kanalisiert in die Sozialgesetzgebung Hanuschs einfließen konnten. Damit wurde ermöglicht unmittelbar auf Problemlagen zu reagieren: Invalidenfürsorge, Arbeitslosenhilfe, Achtstundentag für Fabrikarbeiterinnen und -arbeiter sowie die Erlaubnis Betriebsräte zu bilden, wurden in Gesetzestexte geformt. Der 1919 beginnende Wirtschaftsaufschwung machte jedoch die Möglichkeit einer weitergehenden Sozialpolitik schwieriger, da damit auch die revolutionäre Spannung zurückging und infolgedessen der Druck auf die bürgerlichen Parteien nachließ, die nun in derartigen Angelegenheiten die Zustimmung nicht mehr ohne weiteres erteilten.[1217]

„Dem Krieg kommt somit auch die Funktion des kreativen Zerstörers zu. Nachdem er die alten sozialen Formationen in einem Akt beispielloser Gewalt zerstört hat, können die Fragmente der Gesellschaft zu einem neuen Ganzen zusammengefügt werden.“[1218] Mit Perspektive auf Wien konstituierte sich nach dem 12. November 1918 zunächst ein provisorischer Gemeinderat, der basierend auf dem Wahlrecht vor dem Krieg nochmals von einer Christlichsozialen Mehrheit dominiert wurde. Dennoch mussten einige Christlichsoziale Abgeordnete bereits ihr Mandat zu

1216 Seliger / Ucakar, Wien, S. 993.

1217 Vgl.: Seliger / Ucakar, Wien, S. 993-995.

1218 Maderthaner, 1860 bis zum Jahr 1945, S. 321.

Gunsten der Sozialdemokraten niederlegen[1219], da der Staatsrat die Gemeinde anwies, für eine entsprechende Zahl an Vertreterinnen und Vertretern der Arbeiterschaft zu sorgen[1220]. So dass am Ende 84 christlichsoziale Mandate gegenüber 60 sozialdemokratischen Mandate die Mehrheit hatten. Außerdem wurden 19 Mandate an die Deutschfreiheitlichen gegeben und zwei an die Deutschnationalen[1221]. Diese Zusammensetzung geht auf die Beratungen der Obmännerkonferenz zurück und wurde in dieser Form dem Landtag von Oesterreich unter der Enns zur Sanktion vorgelegt, die am 22. November 1919 erteilt worden ist. Es folgte der Beschluss der neuen Wahlordnung für die Gemeinde am 12. März 1919 durch den Landtag[1222], wahlberechtigt waren in Wien gemeldete mindestens 20-jährige Menschen österreichischer oder reichsdeutscher Zugehörigkeit.

Die Einführung des Wahlrechts kann als Erfolg der Sozialdemokraten gelten, während jedoch alle Vortragenden im Gemeinderat es lobten und ihre Tradition jeweils als Partei für ein solches Wahlrecht deutlich machten. „Die Christlichsozialen taten sich dabei in einer Umdefinierung ihrer eigenen Wahlrechtsgeschichte besonders hervor, mußten sich von den Sozialdemokraten aber sagen lassen, daß sie bereits viel früher Gelegenheit gehabt hätten, das Kurienwahlrecht abzuschaffen.“[1223] Innerhalb der Debatte wurde aber dennoch abermals eine Seßhaftigkeitsfrist von einem Jahr gefordert, was Sozialdemokraten aber ablehnten. Es blieb letztlich in dieser Frage bei einer 4-Monats-Frist, da die Wählerlisten für die Nationalversammlungswahl auch für die Gemeindewahl genutzt werden sollten. Werden die Mandate eines jeden Bezirks betrachtet, wird deutlich, dass anders als in Budapest kein Ungleichgewicht entstand. Die Christlichsozialen intendierten zwar eine Bevorteilung der inneren Stadtbezirke zu Gunsten bürgerlicher Wähler, allerdings schürte auch dies den Widerstand der

1219 Vgl.: Pohanka, Geschichte der Stadt Wien, S. 196.

1220 Vgl.: Seliger / Ucakar, Wahlrecht und Wählerverhalten, S. 62; Gesetz vom 12. November 1918 über die Staats- und Regierungsform Deutschösterreichs; in: Staatsgesetzblatt für den Staat Deutschösterreich; Jhg. 1918, Wien, 1918, Nr. 5, S. 4-5.

1221 Vgl.: Steininger, Barbara: Der Wiener Gemeinderat und der Wiener Landtag. Eine Zeitreise 1848-2013; Veröffentlichungen des Wiener Stadt- und Landesarchivs, Reihe B: Ausstellungskataloge, Heft 89, 2013, S. 8; Maderthaner, 1860 bis zum Jahr 1945, S. 347.

1222 Vgl.: Seliger / Ucakar, Wahlrecht und Wählerverhalten, S. 62; Gesetz vom 12. März 1919; in: Landesgesetz- und Verordnungsblatt für das Oesterreich unter der Enns; Jhg. 1919; Wien, 1919, Nr. 38, S. 57-67.

1223 Seliger / Ucakar, Wahlrecht und Wählerverhalten, S. 63.

Sozialdemokraten, sodass letztlich die Bezirke nur proportional ihrer Einwohnerzahl Mandate besaßen. An diesem Wahlrecht wurde materiell abgesehen von Details nichts mehr verändert, formell wurde es im Juli 1923 durch den Wiener Landtag als Landesgesetz[1224] neu erlassen. Allerdings wurde 1920 mit der neuen Stadtverfassung die Zahl der Gemeinderatsmitglieder von 165 auf 120 verkleinert.[1225] Die Neuwahlen zum Gemeinderat waren im gleichen Moment auch „[d]ie ersten freien Wahlen in Wien“[1226]. Das Wahlergebnis führte zu einem großen Sieg der Sozialdemokratischen Partei. Mit 54,2% der abgebenden Stimmen erhielten sie 100 der zu vergebenden Mandate. 53 Mandate bei 27,1% der Stimmen erhielten die Christlichsozialen.[1227] Die Wahlbeteiligung lag bei dieser Wahl mit 91,16%[1228] sehr hoch und zeigt den Willen der Bevölkerung politisch zu partizipieren. Jakob Reumann wurde im Anschluss daran zum Bürgermeister gewählt. Darüber hinaus gelang es der SDAPDÖ sogar noch 62 der 120 Landtagsmandate des niederösterreichischen Landtages zu gewinnen, wo sie somit auch die absolute Mehrheit erreicht hatten.[1229]

Doch im Vorhinein war in den Landtagen ebenso wie im Fall der Nationalversammlung über den Weg des Provisoriums eine Rekonstitution notwendig. Diese provisorischen Landesversammlungen gingen zumeist aus den Statthaltereien unter Beobachtung zumindest aber auf Aufforderung des zuständigen Vollzugsausschusses aus Wien hervor. Sowohl die Länder als auch die Mandatsträgerinnen und Mandatsträger der provisorischen Bundesorgane aus Wien sahen sich zu dem Zeitpunkt in der Initiativfunktion, wenn es um die Gründung einer neuen Staatlichkeit ging. Entsprechend existierte kein Selbstbestimmungsrecht und die einzelnen Länder traten auch alle als Selbstverwaltungskörper der Republik Deutsch-Österreich bei und unterwarfen sich der Wiener Legislative. Diese wiederum anerkannte „die Länder als wichtige, mit autonomen Rechten zur Mitwirkung ausgestattete politische Faktoren.“ [1230]

1224 Vgl.: Seliger / Ucakar, Wahlrecht und Wählerverhalten, S. 63; Gesetz vom 24. Juli 1923; in: Landesgesetzblatt für Wien; Jhg. 1923; Wien, 1923, Nr. 75, S. 109-115.

1225 Seliger / Ucakar, Wahlrecht und Wählerverhalten, S. 63

1226 Pohanka, Geschichte der Stadt Wien, S. 196.

1227 Vgl.: Seliger / Ucakar, Wahlrecht und Wählerverhalten, S. 140.

1228 Vgl.: Steininger, Wiener Gemeinderat, S. 9.

1229 Vgl.: Steininger, Wiener Gemeinderat, S. 9.

1230 Köffner, Gottfried: Eine oder wie viele Revolutionen? Das Verhältnis zwischen Staat und Ländern in Deutschösterreich im Oktober und November 1918; in: Jahrbuch für

Doch im Rahmen der ökonomischen Ungleichheiten zwischen den stark industrialisierten Gebieten Wiens und seiner Umgebung sowie den sehr agrarisch geprägten Ländern wurde die im November 1918 noch unbeantwortete Frage nach dem Verhältnis der Länder zum Zentralstaat durch eine relativ autonome Wirtschaftspolitik der Länder mit partikularistisch-protektionistischen Tatsachen beantwortet. Das heißt, die Länder begannen vor dem Hintergrund des großen Nahrungsmittelbedarfs in Wien auf der einen Seite und ihren eigenen ökonomischen Problemen und leeren Haushalten auf der anderen Seite sich gegen Wien und die anderen Länder teilweise mit „Zöllen, Transportbehinderungen, 'Grenz'-kontrollen, kurz:“[1231] abzuschließen[1232]. Dies wurde auch von den lokalen Arbeiterparteien unterstützt und führte daher auch zu Spannungen in der SDAPDÖ. Der Kompromiss lief letztendlich auf einen Bundesstaat hinaus, der aber dennoch eine relativ starke Zentralgewalt hatte, womit auch dieser Punkt der Frage der Staatsform geklärt war. Hierbei bewegten sich vor allem die Christlichsozialen, da sie im Laufe der Diskussion – ausgehend von einem Föderalstaat – das politische Potenzial ihrer eigenen Bewegung im Hinblick auf eine etwaige Bundesregierung und ihrer Dominanz neu einschätzten. Darüber hinaus wurde nach den Erfahrungen der selbstständigen Wirtschaftspolitik der Länder im Hinblick auf Zölle ein einheitliches „Währungs-, Wirtschafts- und Zollgebiet“[1233] auf Hinwirken der Sozialdemokratie festgeschrieben und nicht zuletzt die Möglichkeit eingeräumt, dass Wien ein eigenes Land werden könne. Ein Konsens blieb jedoch in vielen Punkten aus: „Grundrechtekatalog […], die Frage des Finanzausgleichs, der Verwaltungsreform, der Kompetenzabgrenzung im Schul-, Erziehungs-, und Volksbildungswesen blieb ungeklärt“[1234].[1235]

In im Jahr 1920 bekommt Wien im Zuge eines Verfassungsgesetzes eine von Niederösterreich unabhängige Verwaltung. Gemäß der Stadtverfassung vom 16. April 1920 beziehungsweise der am 29. April 1920 vom Landtag Niederösterreich beschlossenen Vorlage[1236], leiteten Stadträte die einzelnen Verwaltungsbereiche

---

Zeitgeschichte 1979; Wien, 1980, S. 131-167, hier S. 148 zitiert nach Seliger / Ucakar, Wien, S. 997.

1231 Seliger / Ucakar, Wien, S. 998.

1232 Vgl.: Maderthaner, 1860 bis zum Jahr 1945, S. 333.

1233 Seliger / Ucakar, Wien, S. 998.

1234 Seliger / Ucakar, Wien, S. 999.

1235 Seliger / Ucakar, Wien, S. 997-999.

1236 Vgl.: Steininger, Wiener Gemeinderat, S. 9; Gesetz vom 29. April 1920; in: Landesgesetz- und

während Ausschüsse des Gemeinderates die Funktion des ehemaligen Stadtrates übernahmen. Der Stadtsenat bildete nun die Regierung der Stadt Wien.[1237] Das Bundesverfassungsgesetz, das die neue Verfassung umfasste, wurde im Herbst 1920 kurz vor den Neuwahlen zur Nationalversammlung beschlossen. Doch besonders für Wien war bedeutend, dass mit diesem Gesetz die einzelnen Bundesländer gezwungen wurden, ihre bisherigen Blockaden gegenüber Wien aufzugeben. Nachdem es im Oktober zu Neuwahlen der Nationalversammlung kam und die Arbeit der großen Koalition von Christlichsozialen und Sozialdemokraten beendet worden ist, wurde die Rolle Wiens in Niederösterreich erneut diskutiert.[1238] Diese Zurückdrängung des Einflusses zeigt sich auch in der Zusammensetzung der Länderkammer: Während in diesem Entwurf noch alle Länder gleich vertreten sein sollten, wurde in einem weiteren Entwurf Wien als Land fünf Mandate zugesprochen, die bei knapp 1/3 der Bevölkerung nur circa 1/5 der Gesamtmandate in der Länderkammer bedeutet hätten. [1239] In letzter Konsequenz wurde 1920 in der Verfassung die Trennung ermöglicht, sie wurden auch als einzelne Länder behandelt, blieben aber vorerst als ein Land bestehen, das intern die Möglichkeit der Trennung zu klären hatte.[1240] Allerdings zeigte sich im Laufe der Diskussionen, dass die Position der Christlichsozialen keinesfalls eindeutig festzulegen ist, da es hier starke Befürworter einer Trennung gab, aber einige sich für eine Beibehaltung zumindest von gemeinsamen Agenden aussprachen. Die Sozialdemokraten ihrerseits deuteten zuweilen nur Möglichkeiten an, schienen aber längere Zeit unentschlossen, wie sie entscheiden würden.[1241]

Bereits 1919 machten die Christlichsozialen in einem Entwurf der föderalen Gliederung deutlich, dass Wien für sie als Freistadt gleich einem Land zu behandeln sei, was sowohl mit dem sonst sehr starken Land Unter der Enns innerhalb der Bundesländer ebenso verbunden war wie die ebenso starke Rolle der Sozialdemokratie in diesem bedeutenden Bundesland. Bereits die Verfassung

---

Verordnungsblatt für das Oesterreich unter der Enns; Jhg. 1920; Wien, 1920, S. 216-227.

1237 Vgl.: Pohanka, Geschichte der Stadt Wien, S. 197.

1238 Vgl.: Maderthaner, 1860 bis zum Jahr 1945, S. 348-349.

1239 Vgl.: Seliger / Ucakar, Wien, S. 1002.

1240 Vgl.: Seliger / Ucakar, Wien, S. 1002.

1241 Vgl.: Seliger / Ucakar, Wien, S. 1005-1006.

sah die Möglichkeit eines eigenen Bundeslandes Wien vor[1242]. Eher rechte Kräfte im parteipolitischen Spektrum forderten diese Loslösung von Niederösterreich. Gleichermaßen sahen die Sozialdemokraten sich im Hinblick auf Niederösterreich und dem Gesamtstaat trotz der damaligen Mehrheit im Landtag Niederösterreichs eher wechselnden Kräfteverhältnissen ausgesetzt, die das Zentrum der Arbeiterbewegung und dessen Politik hätten beeinflussen können. Dies führte dann dazu, dass am 29. Dezember 1921 der Beschluss gefasst wurde, Wien ab 1. Januar 1922 als eigenes Bundesland zu konstituieren. Damit wurden alle Möglichkeiten der Rechtsetzung, die sich die konservativen Ländervertreter gegen die zentralistischen Intentionen der Sozialdemokraten erstritten hatten auch Rechte der Stadt und des Landes Wien.[1243] Das Maß des politischen Einflusses der Stadtregierung war damit deutlich höher. Dies zu realisieren,

„indem sie Landesregierung wird, die Verwaltung der ersten und zweiten Instanz in sozialdemokratischem Sinn zu führen, ist nicht bloß ein Interesse der Wiener Arbeiterschaft, sondern es gesamten Arbeiterklasse Deutschösterreichs, da Wien der Mittelpunkt der revolutionären Entwicklung bleibt“[1244].[1245]

Die wirtschaftliche Gestaltung der Stadt war damit ebenso möglich geworden wie die selbstständige Gestaltung der Finanzen. Mit den Finanzplanungen von Hugo Breitner kommt es zu einigen neuen Steuern, die nach Reichtum gestaffelt gezahlt werden und deren Kernsteuer die Wohnungssteuer für ein Wohnungsbauprogramm sein soll, das darauf abzielte, in den Jahren nach der Wahl 25 000 neue Wohnungen zu schaffen, um der Knappheit auf dem Immobilienmarkt zu begegnen.[1246] Doch diese Steuern wurden auch an die Inflation angepasst und monatlich erhoben. Über die Steuern hinaus wurde von nun an von den kommunalen Betrieben verlangt, dass sie sich und ihre Investitionen finanziell selber tragen müssten. Damit die Stadt schuldenfrei wurde, begann die Stadtverwaltung die Anleihenpolitik der Vorkriegszeit weitestgehend zu beenden.[1247]

Daneben konnte Wien als Gemeinde und zugleich Land Steuerausschüttungen

1242 Vgl.: Seliger / Ucakar, Wien, S. 1002-1003.

1243 Vgl.: Maderthaner, 1860 bis zum Jahr 1945, S. 348-349; Seliger / Ucakar, Wien, S. 1006-1007.

1244 Danneberg, Robert: Land Wien; in: Der Sozialdemokrat; Nr. 12, 1920, S. 8 zitiert nach Seliger / Ucakar, Wien, S. 1007.

1245 Vgl.: Seliger / Ucakar, Wien, S. 1007.

1246 Vgl.: Pohanka, Geschichte der Stadt Wien, S. 197.

1247 Vgl.: Maderthaner, 1860 bis zum Jahr 1945, S. 353.

von Bundessteuereinnahmen in deutlich höherer Menge einnehmen als einzelne Länder. So erhielt Wien aufgrund dieser Doppelrolle und einem Drittel der Bevölkerung des Staates knapp 50% der gesamtösterreichischen Anteile, von denen allerdings wiederum 60% auf Ausgaben entfielen, die gemeinsam mit dem Bund getragen wurden. Doch ungeachtet dessen sind es auch diese Punkte, die eine Liquidität schufen, die es Wien ermöglichte, in den kommenden Jahren kommunale Projekte stärker voran zu treiben. [1248] Insgesamt waren diese Handlungsspielräume der Stadt und des Landes Wien vor allem auf die Republikgründung und das Ende des Kriegs zurückzuführen. Besonders innerhalb der Christlichsozialen Partei schien die Demokratie für mehrere „ein unter dem Zwang der Umstände zwar zu akzeptierendes, aber eigentlich nicht erwünschtes Ergebnis“ [1249] gewesen. Die monarchistischen Christlichsozialen fanden sich besonders in Wien, während beispielsweise größere Teile der Bauernschaft als Kriegsbetroffene nicht nur die Republik sondern sogar die Arbeit der großen Koalition befürworteten. Zumal die soziale Reformpolitik nicht nur den Menschen der Arbeiterschaft zu Gute kam. Jedoch war es besonders die Kombination aus sozialem Reformeifer der SDAPDÖ und der Machtverlust bürgerlicher Gruppen durch das Ende der zentral verwalteten Monarchie, die bei politisch entmachteten bürgerlichen Gruppen zu einer Opposition gegen das demokratische Regierungssystem führten. Während also für Republikkritiker das Ziel in einer Restauration ihrer politischen Macht lag, wurde programmatisch bei der Sozialdemokratie bereits in der Frühphase der Republik eine Überwindung auch dieses bürgerlich-demokratischen Systems für erstrebenswert festgehalten. [1250] Dieser grundsätzliche Dissens, der seinen Ausdruck im Ende der Koalition fand, war es auch, der verhinderte, dass die SDAPDÖ über das Jahr 1920 hinaus Einfluss auf die Politik des Bundes nehmen konnte – zumindest innerhalb einer Regierung und abgesehen von anderen Formen politischer Partizipation. In der Folgezeit regierte ausschließlich der von den Christsozialen angeführte Bürgerblock. Die Sozialdemokratie fand sich in der Rolle der Daueropposition. Ein „demokratisch vermittelte[r] und parlamentarisch bewirkte[r] 'Machtwechsel'“ [1251]

1248 Vgl.: Maderthaner, 1860 bis zum Jahr 1945, S. 349-350.

1249 Seliger / Ucakar, Wien, S. 1000.

1250 Vgl.: Seliger / Ucakar, Wien, S. 1000.

1251 Nick, Rainer / Pelinka, Anton: Bürgerkrieg – Sozialpartnerschaft. Das politische System Österreichs. 1.

blieb aus.[1252]

Der ein wenig später als Demütigung empfundene Friedensvertrag mündete nicht in eine derart stark revisionistische Politik, wie sie es im Königreich Ungarn oder dem Deutschen Reich gab. Da vor allem der Umgang mit den Vertretern als Demütigung, weniger jedoch die äußerst hohen flächenmäßigen Verluste und ökonomischen Folgeschwierigkeiten die Bewertung des Friedensschlusses dominierten. Darüber hinaus zeigte sich mit Karl Renner und der republikanisch orientierten Sozialdemokratie auch früh in der Ersten Republik, dass die Überführung von dem einen Regierungssystem in das andere das Primärziel war, das vor allem durch eine pragmatische Politik verfolgt worden ist, frei von "jede[m] revolutionären Pathos" [1253] sowie "der Unterlassung von Restaurationsversuchen"[1254].[1255] Final lässt sich für diesen Abschnitt sagen, dass zwar zunächst eine Kompromisspolitik betrieben wurde, sich aber früh zeigt, dass zwischen beiden Parteien erhebliche Unterschiede in bestimmten Fragen vorhanden waren. „[D]as Österreich der 1. Republik [war] geprägt vom Gegenüber feindseliger Lager, geprägt von einer zerklüfteten Gesellschaft, ein Land heftiger Auseinandersetzungen, gewaltsamer Konflikte, zahlreicher Opfer." [1256] Es diese Situation, die den Zustand der versäulten Gesellschaft Österreichs jener Jahre deutlich macht, der sich in den kommenden Jahren nicht auflösen soll.[1257]

---

und 2. Republik. Ein Vergleich; Wien, 1983, S. 25.

1252 Vgl.: Nick / Pelinka, Bürgerkrieg, S. 25; Binder / Bruckmüller, Essay, S. 10.

1253 Binder / Bruckmüller, Essay, S. 15.

1254 Binder / Bruckmüller, Essay, S. 15.

1255 Vgl.: Binder / Bruckmüller, Essay, S. 15.

1256 Nick / Pelinka, Bürgerkrieg, S. 59.

1257 Vgl.: Lijphart, Arend: Typologies of Democratic Systems; in: Comparative Political Studies 1/3, 1968, S. 3-44, hier S. 18; Oberlechner, Manfred: Strukturelle Versäulungen in Österreich und den Niederlanden. Gemeinsamkeiten, Unterschiede, Auswirkungen; in: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft, 34 Jg., 2005, Nr. 2, S. 191–206, hier S. 192; Mommsen-Reindl, Österreich, S. 443.

3.3 Konstituieren und Stabilisieren der restaurierenden Kräfte des ungarischen Königreiches in Budapest

Während sich also Wien in eine äußerst autonome Situation bringen konnte im Hinblick auf die Bundespolitik und zunächst nur noch die räumliche Nähe prägend schien für die Konflikte, die inhaltlich weiterhin bestanden, wurde Budapest als Hauptstadt nach den revolutionären Brüchen der Jahre 1918 und 1919 deutlich näher an die Staatsregierung gebunden.

„In Budapest brach schließlich mit der Monarchie auch die 'Kommunalisierungsbewegung' und erst recht natürlich die radikale Sozialreform in sich zusammen, während das 'rote Wien' der 1920er Jahre – u.a. aufbauend auf den Grundlagen, die die liberale und christlichsoziale Infrastrukturpolitik der Vorkriegszeit gelegt hatte – eine Kommunalpolitik im Interesse der Bevölkerungsschichten verwirklichen konnte und so zu einem vielbestaunten Model sozial engagierte Kommunalpolitik wurde.“[1258]

In Budapest waren die Rahmenbedingungen einer Politik nach dem Vertrag von Trianon durch eine zu erreichende Revision des Vertrages und den damit eng verbundenen Nationalismus dominiert. Die Regierungsarbeit von Pál Teleki endete mit einer Regierungskrise und so begannen die 1920er Jahre fast gleich, wie die 1910er beendet wurden. Allerdings war der neue Ministerpräsident Graf Bethlen István.[1259] Dieser für zehn Jahre Ministerpräsident Ungarns. Im Dezember 1921 begann Bethlen nach der Bildung seines zweiten Kabinetts die Konsolidierung der Innenpolitik und auch der Außenpolitik. Innenpolitisch ist der Bethlen-Peyer-Pakt bedeutend, der die Sozialdemokraten zu Gunsten der Legalität lähmte und außenpolitisch waren Verhandlungen mit den Nachbarstaaten und allen voran Österreichs bzgl. des Burgenlandes zentral. Die finanzielle Konsolidierung des Staates sollte mit internationalen Mitteln geschahen, die nach dem Beitritt in den Völkerbund auch durch einen „Vertrag über die Gewährung von 250 Millionen Goldkronen“ [1260] flossen. [1261] „Horthys Machtantritt wurde von Gewalttaten und einem entfesselten Antisemitismus begleitet, die im Ausland und an der Friedenskonferenz Proteste hervorriefen.“[1262] Der Antisemitismus blieb und

1258 Melinz, Zimmermann, Die aktive Stadt, S. 176.
1259 Vgl.: Molnár, Geschichte Ungarns, S. 365.
1260 Molnár, Geschichte Ungarns, S. 366.
1261 Vgl.: Molnár, Geschichte Ungarns, S. 366.
1262 Molnár, Geschichte Ungarns, S. 367.

fand zunächst auch 1920 Eingang in das „N*umerus-Clausus*-Gesetz“ [1263] (NC-Gesetz). Bethlen und auch Horthy bemühten sich allerdings, Distanz zu den radikalen Antidemokraten zu suchen. Letzteres vielleicht „nur, um seine Beziehungen zu den Sonderkommandos der Offiziere und seinen 'Marsch auf Budapest', der 'schuldigen Stadt', vergessen zu machen.“ [1264] Dabei blieb es allerdings nicht bei der Modifizierung des Wahlrechts weg von einem freien und allgemeinen Wahlrecht, sondern es wurde kontinuierlich über die 1920er Jahre hinweg verändert. So dass *de iure* einen Machtwechsel durch Wahlen ausgeschlossen war. Dennoch lag dort das Potenzial zur Sicherung der Macht: in den unteren politischen Gesellschaftsgruppen, denn Adel, Gentry und Großgrundbesitzer waren die Basis, auf der die Regierung stand.[1265] So kam es jeweils vor den ersten drei Wahlen zu relativ starken Modifizierungen – diese Wahlen „were held according to completely new election regulations“[1266].

Der Irredentismus war unterdessen unabhängig von der Parteizugehörigkeit eine einende Klammer vor allem der mittleren und höheren Gruppen der Bevölkerung, da mit dem Pariser Vorortvertrag nicht nur Fläche und Einwohner, sondern auch „Größe des einstigen Ideals“ [1267] verloren war. „Diese nostalgische, ebenso verständliche wie lähmende Rückwärtsgewandtheit wurde von Massen nicht geteilt, verlieh aber der Politik fast aller Regierungen ihren Tenor und ihre Richtung.“[1268] Graf Teleki Pál war der erste Regierungschef der 1920er Jahre, er begann in einem traumatisierten politischen Klima die revisionistischen Ideen zu forcieren. Der Revisionismus als Ziel der Außenpolitik wurde auch von Graf Bánffy Miklós, dem Außenminister und Graf Apponyi Albert, dem Chefdelegierten der Ungarn beim Völkerbund geteilt und versucht „Korrekturen des Vertrages von Trianon und Verbesserungen für die vom Mutterland getrennten Magyaren zu erreichen.“[1269] Graf Bethlen István, sein Nachfolger teilte diese Positionen der Grenzrevision, arrangierte sich aber deutlich mehr mit der außenpolitischen Situation und

1263 Vgl.: Egressy, Gergely: A Statistical Overview of the Hungarian Numerus Clausus Law of 1920 – A Historical Necessity of the First Step Toward the Holocaust?; in: East European Quarterly, Vol. 34, Nr. 4, Januar 2001, S. 447-464, hier S. 461, S. 463.

1264 Molnár, Geschichte Ungarns, S. 367.

1265 Vgl.: Molnár, Geschichte Ungarns, S. 368.

1266 Ignácz, Power Tools, S. 46.

1267 Molnár, Geschichte Ungarns, S. 369.

1268 Molnár, Geschichte Ungarns, S. 369.

1269 Molnár, Geschichte Ungarns, S. 370.

versuchte mit mehr Weitblick diesen Problembereich zu bearbeiten als Teleki. Bethlen, der von 1921 bis 1931 regierte, betrieb eine Politik zwischen „Ultrakonservativismus und Liberalismus“[1270], Freimaurerei und Kommunistische Partei waren verboten, die Justiz agierte gegen kommunistische Aktivisten im Verhältnis zu radikalen nationalistischen Personen strenger. So umfasste die Außenpolitik Bethlens zumindest gegenüber einigen Staaten eine relativ zurückhaltende Position im Hinblick auf den Revisionismus von Trianon. Mit Österreich konnte sich bezüglich Sopron im Rahmen einer Volksabstimmung ebenso geeinigt werden wie zunächst auch Jugoslawien und Rumänien als Staaten nicht erstes Ziel der revisionistischen Außenpolitik waren, sondern vor allem die Existenz der Tschechoslowakei in Frage gestellt wurde. Dabei spielten die scheinbaren ethnischen Unterschiede zwischen Ruthenen und Slowaken ebenso eine Rolle wie die recht weitgehenden liberalen Rechte der ungarischen Minderheit in dem jungen Staat und katalysierend mag auch gewirkt haben, dass das Institutionengefüge der Tschechoslowakei sehr ähnlich dem ungarischen von 1918 funktionierte, gegen das die konservativen Kräfte in Ungarn äußerst stark aufgetreten waren.[1271]

Das Parteiensystem war geprägt von einigen Fusionen und Abspaltungen. Als bedeutendste Partei bildete sich in den 1920er Jahren die Einheitspartei, die aufgrund der Auflösungserscheinungen anderer Parteien immer wieder Mitglieder gewann und somit auch in der Nationalversammlung in der Regierungszeit von Bethlen die stärkste Partei war. Am erfolgreichsten waren sie bei der Wahl 1926, als sie 70% der Stimmen und 170 von 245 Mandaten erhielten. Christnationale (35 Mandate) und Sozialdemokraten (14 Mandate) folgten auf den Plätzen zwei und drei.[1272] Mit dem Ende der Doppelmonarchie, verlor Budapest den Charakter der „'zweite[n] Hauptstadt' eines Reiches“, nahm hatte jedoch bis 1920 etwa 1 Million Einwohner und war Lebensraum für circa 1/7 der gesamten Bevölkerung des neuen ungarischen Staates geworden. Einzig Debrecen und Szeged wuchsen ähnlich schnell, überschritten allerdings in den 1930er/1940er Jahren nur mehr oder weniger knapp die 100 000 Einwohner. Insgesamt blieb Budapest die „einzige

1270 Molnár, Geschichte Ungarns, S. 369.

1271 Vgl.: Rothschild, East Central Europe, S. 162-163.

1272 Molnár, Geschichte Ungarns, S. 370.

Stadt“[1273]. Nach den demokratischen und sozialen Reformen von Károlyi und dem Versuch einer Räterepublik von Kun wurde es „[i]m Herbst des Jahres 1919 […] jedoch Sitz des konterrevolutionären Regimes“ [1274]. Alle Reformen der ersten Regierungen Ungarns nach dem Ersten Weltkrieg wurden größtenteils revidiert und als „antinational“ deklariert, die politische Linke wurde verfolgt und die bürgerlich-demokratischen Gruppen in ihren Partizipationsmöglichkeiten beschränkt.[1275] „Das konterrevolutionäre Regime verfolgte einen 'christlichen Kurs' und verkündete ein 'christlich-nationales' Programm. Das bedeutete Revolutionsfeindlichkeit, Nationalismus, gebietsrevisionistische Forderungen und Antisemitismus. Der als ungarisch bezeichnete 'Boden' (Großgrundbesitz und Güter mittlerer Größe, Mittelschichten und Bauernschaft) wurde der als anational klassifizierten Arbeiterschaft und dem 'fremden', d.h. Zum Großteil jüdischen Besitz befindlichen Industrie- und Bankkapital gegenübergestellt.“[1276]

Die beiden ersten Versuche jeweils ein neues politisches System zu etablieren führten ebenso wie die von der Arbeiterschaft geprägte Einwohnerschaft zu einer Charakterisierung Budapests als „Sündenstadt“[1277], die „gesäubert“[1278] und somit „christlich und ungarisch“[1279] werden sollte. Damit verbunden war auch der Wille zur Wiederherstellung „des 'Ungarns Stephans des Heiligen'“[1280]. Am stärksten zeigten sich diese Vorhaben zuerst im weißen Terror, der etwa zwei Jahre lang in Budapest immer wieder zu „Mordanschlägen durch Offiziere der Sonderkommandos“[1281] an Aktivisten der politischen Systeme davor. Hinzu kamen Standrecht sowie „[ü]berfüllte Gefängnisse, erbarmungslose Quälereien, Mordtaten und antisemitische Hetzkampagnen“ [1282]. Unterstützung fanden diese Aktionen besonders „'Verein des Erwachenden Ungarn' und vom 'Ungarischen

1273 Nagy, Zsuzsa K.: Budapest zwischen den beiden Weltkriegen (1919-1945); in: Ságvári, Ágnes (Hrsg.): Budapest. Die Geschichte einer Hauptstadt; Aus dem Ungarische von Alpári, Tilda / Alpári, Paul u.a. Budapest, 1973, S. 50-61, hier S. 50.

1274 Nagy, Budapest, S. 50.

1275 Vgl.: Nagy, Budapest, S. 50.

1276 Vgl.: Nagy, Budapest, S. 51.

1277 Nagy, Budapest, S. 51.

1278 Nagy, Budapest, S. 51.

1279 Nagy, Budapest, S. 51.

1280 Nagy, Budapest, S. 51.

1281 Nagy, Budapest, S. 51.

1282 Nagy, Budapest, S. 51.

Landesverein der Schutzkräfte'"[1283]. Auch nun herrschte, wie unmittelbar nach dem Ende des Ersten Weltkrieges, „Hunger, Mangel an Bedarfsgütern und Heizmaterial, Inflation, Arbeitslosigkeit“[1284] sowie eine „vollständig fehlende öffentliche Sicherheit und Ordnung.“[1285] Die bisherigen städtischen Organe der Budapester Verwaltung wurden suspendiert, ihre Mitglieder entlassen und teilweise verhaftet und ein Regierungskommissar eingesetzt. Die neuen Mitarbeiter waren nun entgegen dem vorherigen Regime eher rechts-konservativ bis rechtsradikal und entstammten noch mehr dem mittleren Bürgertum. Die bedeutendste Gruppe war die Christliche Gemeindepartei von Wolff Károly. Sie war in ihren Grundeinstellungen konservativ, antiliberal und antisemitisch und besaß „enge Verbindungen zu den konservativen, klerikalen Kreisen und der von Gyula Gömbös geleiteten rechtsextremistischen rassistischen Gruppe“[1286]. [1287] Um eine derartige politische Strömung nach den Umbruchzeiten des demokratischen und des sozialistischen Regimes zu etablieren, wurde speziell für die Wahlen 1920 das neue Wahlrecht entwickelt.[1288]

Die Wählerbasis bestand hauptsächlich aus dem Großbürgertum, dem Mittelstand und anderen ökonomisch dominierenden Gruppen. In den anderen Gruppen der städtischen Gesellschaft konnten vor allem jene angesprochen werden, die aufgrund der schlechten sozialen und wirtschaftlichen Lage Unzufrieden waren und in den vorangegangenen politischen Führungsgruppen keine Lösung sahen. Außerdem stand die Stadtverwaltung hinter der Partei von Wolff, was dadurch befördert wurde, dass „die Vertrauten der Regierung […] die leitenden Verwaltungsposten der Hauptstadt […] sowie die Mehrzahl der sehr gut bezahlten Stellen in den Verwaltungsämtern der öffentlichen Betriebe und Anstalten“ [1289] besetzten, Sipőcz Jenő, Bürgermeister und später Oberbürgermeister, sowie Wolff Károly waren entsprechend prägend. [1290] Der sozialpolitische Reformwille war unterdessen ebenso gering wie auf gesamtstaatlicher Ebene[1291], wenn auch eine Politik betrieben wurde, die die Stadtregierung auch in diesem Punkt in eine

1283 Nagy, Budapest, S. 51-52.
1284 Nagy, Budapest, S. 52.
1285 Nagy, Budapest, S. 52.
1286 Nagy, Budapest, S. 52.
1287 Vgl.: Nagy, Budapest, S. 52.
1288 Vgl.: Ignácz, Power Tools, S. 47.
1289 Nagy, Budapest, S. 52.
1290 Vgl.: Nagy, Budapest, S. 52.
1291 Vgl.: Nagy, Budapest, S. 53.

Opposition mit der Staatsregierung rückte. Dies führte drei Jahre nach der 1920 abgehaltenen Wahl zu erheblichen Schwierigkeiten mit der Staatsregierung. Denn während die Mandate selbst nur auf drei Jahre vergeben wurden, aber keine neue Wahlen abgehalten worden waren, wäre eine Verlängerung der Mandate durch die Regierung des Königreichs notwendig gewesen. Diese wurde allerdings aufgrund der Spannungen zwischen Regierung und Gemeinderat nicht erteilt. Die Lösung von Bethlen, dem Ministerpräsidenten, war eine Regelung, die es möglich machte, dass ein Regierungskommissar das Amtsgeschäft vorläufig übernahm bis im Mai 1925 Neuwahlen abgehalten wurden. Abermals in eine rechtliche Grauzone gerieten die Mandatsträger in Folge der Wahlen 1925. Grundsätzlich war vorgesehen, dass die Amtszeit insgesamt nämlich sechs Jahre betrug, aller drei Jahre sollte die Hälfte des Gemeinderates neu zur Wahl gestellt werden. Nachdem dies bereits 1923 Probleme aufwarf, wurden erneut 1928 und 1929 keine Wahlen abgehalten. Diesmal wurden allerdings die Mandate verlängert. Das zuständige Innenministerium begründete diese Unregelmäßigkeit im Hinblick auf das geltende Gemeindewahlrecht mit der Ausarbeitung einer neuen Stadtverfassung, die Gesetz werden sollte und nach In-Kraft-Treten auch den Gemeinderat neu strukturieren würde. „With regards to that […] I would not feel that it would be right to cause excitement among the residents of the capital because of two elections held within such short period of time.“ [1292] Entsprechend sah das Gesetz vor, dass der Innenminister das Ende der aktuellen Amtszeit festläge und auch den Wahltermin bestimme. Dieser lag letztlich im Januar 1931. Während die Amtszeit jedoch in einem stabilen System die vollen sechs Jahre bedeutet hätte. Eine erneute Gesetzesänderung von 1934 ermöglichte jedoch das abberufen der Mandatsträger durch den Innenminister, was 1935 auch von der Regierung Gömbös getan wurde und insgesamt die unsichere Rechtslage der Stadtverwaltung und vor allem ihrer parlamentarischen Gremien in der Zwischenkriegszeit zeigte.[1293]

Unterdessen sollte das passive Wahlrecht 1924 durch eine andere Änderung wesentlich eingeschränkt werden, wenn es nach dem damaligen Innenminister gegangen wäre. Den während in Wien zur gleichen Zeit weibliche Abgeordnete in

1292 Ignácz, Power Tools, S. 47, Ignácz übersetzt und zitiert hier az Országgyûlés Képviselôházának irományai 1927–1931 (Minutes ofthe Sessions of Parliament) (Budapest: XII. k. Pesti Könyvnyomda,1929), S. 196.

1293 Vgl.: Ignácz, Power Tools, S. 47-48.

der kommunalen Legislative Mandatsträgerinnen waren, wäre dies ausgeschlossen worden. „The municipal agencies have mostly executive functions, that is, an activity that is very far from the mission of female life“ [1294]. Als Begründung wurde dieser Aussage angefügt, dass es ein derartiges Interesse nicht gäbe. *De facto* jedoch gab es sowohl nach den Wahlen 1920 wie nach 1925 Mandatsträgerinnen in der Gemeindeversammlung, was zeigt, dass dieses Interesse vorhanden war und aktiv umgesetzt wurde und auch diese Vorlage des Innenministeriums nicht umgesetzt wurde.[1295]

Eine andere Änderung jedoch wurde umgesetzt: Diejenige der Sesshaftigkeit. Diese große Streitfrage im Verlauf der Demokratisierung der Wiener Kommunalverwaltung führte dort bereits um die Jahrhundertwende zu Problemen, während sie in der Zwischenkriegszeit am wenigsten prohibitiv war gegenüber mobilen Bevölkerungsgruppen. In Budapest wurde die Praxis nun aufgegriffen, durch eine erhöhte Sesshaftigkeit am möglichen Wahlort die Beteiligung vor allem mobiler Bevölkerungsgruppen wie Arbeitern und Kleinbürgertum sowie migrierenden Bauern zu beschränken. Es galt, dass nach 1924 nur jene Menschen in Budapest wählen durften, die mindestens sechs Jahre sesshaft waren – diese Frist wurde somit verdreifacht gegenüber jener für die Wahl 1920 und blieb bis 1938 unverändert, galt allerdings auch nur für die Kommunalwahlen. Für die Parlamentswahlen waren Menschen mit zwei Jahren Sesshaftigkeit wahlberechtigt. Abgesehen davon waren die Kommunalwahlregelungen an die des Parlaments weiterhin gebunden. Was hier wie da entgegen der Intention, das Wahlrecht zu erweitern, bis 1935 zu schrittweisen Einschränkungen führte. So konnten ab 1925 nur etwa 30% der Stadtbevölkerung wählen, 1930 waren es 29% und 1935 mit 27% nahezu nur noch ein Viertel der Bevölkerung. Katalysiert wurde dies im Sinne einer Sicherung der politischen Stabilität zu Gunsten der Regierung mittels Regelungen, die Stadtbezirke der regierungsnahen Wähler bevorteilte während oppositionsnahe Bezirke unter diesen Durchschnittswerten lagen. Ein weiteres Mittel war das Register derjenigen Menschen, die das aktive Wahlrecht hatten. So wurde für die Wahlen 1935 das Register des Jahres 1930 genutzt, da die Wahl so angeordnet

1294 Ignácz, Power Tools, S. 51, Ignácz zitiert hier aus Nemzetgyûlés irományai: 1922–1926 (Minutes of the Sessions of the National Assembly), vol. 8, S. 192.

1295 Vgl.: Ignácz, Power Tools, S. 51, Anm. 12.

worden war, dass es terminlich nicht möglich war, ein neues Register zu erstellen. Entsprechend bedeutete dies für die Wahlen und besonders die Wählerschaft, dass

„Thousands of people on the list have died, tens of thousands left the capital. On the other hand, there are tens of thousands who are eligible to vote, either because they reached the age limit, or they have six years of residency. These people cannot vote, because the register of voters has not been recompiled“[1296].

Elfjährige Sesshaftigkeit und das Wahlalter von 29 für Männer und 35 für Frauen wurden damit mittelbar zu Wahlvoraussetzungen wie die Erreichbarkeit an der alten Anschrift von 1930, wo nämlich viele der Wahlbögen zugestellt worden sind.[1297] Die Stadtverwaltung konnte den Haushalt ebenso wenig verbessern wie die soziale Lage der Einwohner in der Stadt. Die fortwährende Industrialisierung in den 1920er und 1930er Jahren führte bis 1939 zu einer Verdoppelung der Fabriken und damit auch zu einem erheblichen Anstieg der Bevölkerung, die in der Industrie arbeitete. Bereits 1920 lag der Anteil dieser Gruppe „bei nahezu 40% der erwerbstätigen Bevölkerung“ [1298] und galten entsprechend als Zielgruppe für politische Agitationen auch von rechts. [1299] Die deutlich heterogener charakterisierte Gruppe des Kleinbürgertums tendierte allerdings eher zu rechts-konservativen bis rechtsradikalen. Jüdische Teile der Bevölkerung fanden sich unterdessen am meisten in den liberalen Oppositionsparteien, wobei grundsätzlich zu sagen ist, dass Mitglieder aller Oppositionsparteien kaum in der Verwaltung zu finden waren.[1300]

Mit Béla Bartók, Zoltan Kodály, Attila József, Ernő Dohnányi und anderen blieb Budapest kulturelle dennoch sehr bedeutend. Für die Literatur seien dabei vor allem die Foren „Nyugat“ und „Szép Szó“ erwähnt, die eine zentrale Rolle für das literarische Schaffen in der Stadt und darüber hinaus hatten. Mit diesen Zeitschriften eng verbunden sind zeitgenössische Dichter, die kritisch die gesellschaftlichen Gegebenheiten abzubilden versuchten wie Móritz Zsigmond oder Attila József sowie Kassák Lajos. Besonders im Spannungsfeld der politischen Positionen war die Literatur ein Rahmen der Auseinandersetzungen mit

1296 Ignácz, Power Tools, S. 54, Ignácz zitiert hier übersetzt einen ungenannten Abgeordneten der Opposition aus Fôvárosi Közlöny (Capital Gazette), September 24, 1935, 2063.

1297 Vgl.: Ignácz, Power Tools, S. 51-55.

1298 Nagy, Budapest, S. 53.

1299 Vgl.: Nagy, Budapest, S. 53.

1300 Vgl.: Nagy, Budapest, S. 54; Hauszmann, Geschichte Budapests, S. 144.

verschiedenen Lebenssituationen der ungarischen Zwischenkriegszeit. Diskussionen aller Art fanden ihren Rahmen vor allem in den Budapester Cafés New York, Japan und Pilvax.[1301] Wie aktuell auch die Operettenkunst in Ungarn war, zeigt das Beispiel der Gräfin Mariza. Stark politisiert fanden sich in der ungarischen Fassung der „Gräfin Mariza“ die Worte „Klausenburg, du schöne Stadt“ [1302], wo in der deutschen Version jedoch vorgetragen wurde „Komm mit nach Varasdin … Dort ist die ganze Welt noch rot-weiß-grün“[1303]. Durch das ungarische Zitat wiederum gewann die Operette abermals an Aktualität, verwies sie doch auf diese Art auf das seit 1920 dem rumänischen Staatsgebiet zugehörigen Cluj. In Folge dessen wurde das Duett oftmals in einer Aufführung immer wieder erneut gespielt.[1304]

Dem Rat für Öffentliche Arbeiten, verantwortlich für Modernisierungen, gelang es trotz seiner Schwerfälligkeit ab der 1920er gewisse Modernisierung vorzunehmen. So wurden vor allem Öffentliche Gebäude gebaut, weniger jedoch Wohnhäuser. Die Budapester Stadtviertel Augusta, Zita, Maria Valeria, vor allem überfüllte Wohnviertel, blieben unverändert. 1933 begann in Tabán, der Rückbau von Armendsiedlungen, gleiches folgte Ende der 1930er Jahre auch für die genannten Bezirke. Mit diesem Rückbau in Tabán bekamen Teile der Burg (Fischerbastei, Matthiaskirche und Kettenbrücke) eine festliche Beleuchtung und es kam zeitgleich zu einigen Eingemeindungen, jedoch Randbezirke wurden noch nicht Teil Budapests. Das Motto „Budapest, die Bäderstadt“ wurde kreiert und dieser Basis wurden die Schwimmanlagen auf der Magareteninsel und das Széchenyibad gebaut und die Reisegesellschaft IBUSZ gegründet. Krankenhäuser schufen eine bessere Gesundheitsversorgung ebenfalls wurde

„das Stadtbild in den zwanziger und dreißiger Jahren durch den Bau des Freihafens Csepel, der Zentralen Markthalle, des Melleniumssportplatzes, der Sporthalle, der Kunsteisbahn im Stadtwäldchen, der Freilichtbühne auf der Magareteninsel und durch die Standbilder von Kossuth und Rákóczi vor dem Parlament vorteilhaft verändert und verschönert“[1305].[1306]

1301 Vgl.: Nagy, Budapest, S. 54.

1302 Bammer, Julius / Grünwald, Alfred: Gräfin Mariza. Operette in 3 Akten; Musik von Emmerich Kálmán; Wien, Leipzig, 1924, S. 28.

1303 Ebd.

1304 Vgl.: Csáky, Ideologie der Operette, S. 292 mit Verweis auf Rátonyi, Róbert: Operett. Bd. 1; Budapest, 1984, S. 263.

1305 Nagy, Budapest, S. 55.

Der öffentliche Personen- und Nahverkehr wurde stetig ausgebaut, war jedoch relativ teuer. So kostet das Umsteigen in eine Straßenbahn so viel, wie der Durchschnittsstundenarbeitslohn eines Arbeiters hoch war. Ebenfalls wurden mit der damaligen Horthy Miklos Brücke und der Árpádenbrücke neue Brücken eingeweiht und ab 1928 Verkehrsampel eingeführt. Ein wichtiger Schritt für die Verkehrsanbindung mit dem Ausland stellten die ersten privaten Flüge vom Flugplatz Budaörs dar. Die Kommunalisierung von bestimmten Versorgungsbereichen zeigte sich unter anderem in der Gründung der „Vereinigten Hauptstädtischen Verkehrsbetriebe AG“ 1923 oder 1928 mit der Gründung der Budapester Stadtsparkasse.[1307] Ebenfalls in den 1920er Jahren kaufte die Stadtverwaltung Palais, um dort öffentliche Dienstleistungen zugänglich zu machen. So wurde der Hauptsitz der Stadtbibliothek im Palais Weckheim untergebracht oder ein Museum mit eine Galerie im Palais Károlyi.[1308]

Die Herausforderungen der Stadt, durch Wortmeldungen der Opposition in der Budapester Generalversammlung aufgezählt, waren relativ umfassend: die Maßnahmen waren teilweise störungsanfällig, zu teuer geplant und die Busse nicht finanzierbar für große Teile der Bevölkerung. Diese Schwierigkeiten waren insofern vom Betrachter abhängig, als dass das Leben im Burgviertel oder den damaligen Bezirken XI und XII deutlich anders geprägt war als die vor allem von Mietshäusern dominierte Landschaft des VIII. und des IX. Bezirkes, die neben dem XIII. Bezirk die wichtigsten Orte der Budapester Arbeiterschaft waren.[1309] Während die wirtschaftliche Situation sich nur allmählich und wenig verbesserte und somit die sozialen Probleme kaum gelöst wurden, verstärkte die Weltwirtschaftskrise in Budapest die schlechte Lage vieler Menschen noch mehr und es blieb für viele nur die „'Ein Teller Suppe' und die Volksküche 'Onkel Robert'“, beides „sogenannte elendlindernde Aktionen“, da Regierung und Parlament des Staates ebenso wie die Stadtregierung eine Arbeitslosenunterstützung ablehnten. Dies förderte die Unzufriedenheit und stärkte die Arbeiterparteien und führte 1925, noch vor der Weltwirtschaftskrise, zur Gründung der Sozialistischen Arbeiterpartei Ungarns.[1310]

1306 Vgl.: Nagy, Budapest, S. 55.
1307 Vgl.: Nagy, Budapest, S. 56.
1308 Vgl.: Nagy, Budapest, S. 56.
1309 Vgl.: Nagy, Budapest, S. 56-57.
1310 Nagy, Budapest, S. 57.

Das Durchschnittseinkommen fiel von 1929 bis 1933 um 23 Prozent. In dieser Zeit wurden 18 Prozent der Bevölkerung in Budapest völlig mittellos. 1929 führte die Krise dazu, dass 24,5 Prozent der Fabriken über 50 Tage still standen, zeitgleich stieg die Arbeitslosigkeit der im Handwerk und Industrie Erwerbstätigen von 5 Prozent 1928 auf 35,9 Prozent im Jahre 1933. Diese Menschen waren zumeist über 100 Tage ohne Einkommen, wobei allerdings keinerlei Arbeitslosenversicherung existierte.[1311] Der damit verbundene Unmut wurde – trotz des vorhandenen Paktes zwischen Regierung und Sozialdemokraten – immer wieder in Streiks und Ausständen sowie Demonstrationen kundgetan. Dabei standen jedoch nicht nur die Krisensymptome im Vordergrund, sondern die weiterhin anhaltende schlechte Lebenssituation vieler Menschen, die nach wie vor in Waggonwohnungen oder Elendsbaracken wohnten. Gewerkschaften sowie die Arbeiterpartei unterstützten die Protestaktionen regelmäßig, nicht zuletzt um ein Abwandern der Anhänger in das rechte Lager zu verhindern.[1312]

„Am 1. September 1930 fand die größte Budapester Arbeiterdemonstration zwischen beiden Weltkriegen statt. An diesem Tag marschierten mehrere Zehntausende von Arbeitslosen, die Arbeit und Brot forderten und Hochrufe auf die Diktatur des Proletariats und die Sowjetunion ausbrachten, durch die Straßen. Die Polizei schritt ein, und die friedliche Demonstration endete mit einem Todesopfer und mehreren Hundert Verletzten“[1313].[1314]

Trotz der vermeintlich eindeutigen Lagerung der Machtverhältnisse zu Gunsten des konservativen Lagers, konnten innerhalb Budapests immer wieder liberale und bürgerlich-liberale Parteien wie jene um Vázsonyi Vilmos oder Rassay Károly und die Kossuth-Partei um Vámbéry Rusztem, Nagy Vince und Rupert Rezső ihre gewichtige Rolle als Opposition auf Grund ihrer Forderungen von demokratischen sowie sozialen Reformen nutzen, um Probleme deutlich zu machen.[1315] Die letztgenannte Partei konnte mit den liberalen Parteien in einem Wahlbündnis im Jahr 1925 bei den Gemeinderatswahlen über 50% der Stimmen für sich gewinnen, während die Partei der Landesregierung nur 9% erhielt und die Christliche Gemeindepartei nur knapp 36% der Stimmen gewann. Allerdings wirkte sich das Wahlrecht so aus, dass weitere Mandate durch Ernennung zu Gunsten der

1311 Vgl.: Rothschild, East Central Europe, S. 170.

1312 Vgl.: Hauszmann, Geschichte Budapests, S. 142.

1313 Vgl.: Nagy, Budapest, S. 57.

1314 Nagy, Budapest, S. 57.

1315 Vgl.: Nagy, Budapest, S. 58-59.

Gemeindepartei ausfielen und so ihre Mehrheit erhalten blieb.[1316] Grund dafür war besonders die Erhöhung jener Mandate, die nicht durch allgemeine Wahlen besetzt wurden: 19% der Mandate wurden bei diesen Wahlen so vergeben während es fünf Jahre zuvor nur knapp 15% waren.[1317]

Ab 1925 wurde auch ein Gesandter der Sozialdemokraten erstmals Mitglied in der Generalversammlung. Besonders dominierend in dieser einzigen Massenpartei Ungarns war Peyer Károly. Er unterzeichnete den Kompromiss Bethlens, der zur Anerkennung des Staates in seiner damaligen Form durch die Sozialdemokratie führte und „in der Parteilinie die Anwendung radikaler Methoden als falsch“[1318] betrachtete. Dies veränderte jedoch nichts an den Forderungen der oppositionellen Parteien, die stets eine „Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse“[1319], eine Steuerreform sowie eine Wahlrechtsreform und die Gewährung von freien Bürgerrechten forderten. Besonders von Bedeutung war allerdings auch das Selbstverwaltungsrecht. Als die während den Gemeindewahlen kontinuierlich erstarkten Oppositionskräfte aus Liberalen und Sozialdemokraten nach 1925 mehr Mandate besaßen „als die die Regierung unterstützende Partei der Christlich-Nationalen“ [1320] , schreibt Nagy, „konnte sie doch keine grundlegenden Veränderungen erzwingen. Dazu war die radikale Umgestaltung des gesamten Systems erforderlich“[1321] – was besonders im Hinblick auf das Wahlsystem offen zu Tage trat.[1322] Das Jahr darauf, 1926 kam es zu Oberbürgermeisterwahlen. Im Gemeinderat selber wurden zwei opponierende Kandidaten unterstützt. Bárczy István, getragen von den Oppositionsparteien und Sipőtz Jenő, gefördert von der Gemeindepartei, standen sich als Spitzenkandidaten gegenüber. Nachdem jedoch keiner der beiden ausreichend unterstützt worden war, intervenierte die ungarische Regierung und ernannte Ripka Ferenc zum Oberbürgermeister. Er war bereits seit 1924 in dieser Funktion für die Stadt tätig, gleichzeitig war er Regierungsvertreter bei der Stadt. Er blieb bis 1932 im Amt.[1323]

1316 Vgl.: Hauszmann, Geschichte Budapests, S. 140.
1317 Vgl.: Ignácz, Power Tools, S. 49.
1318 Nagy, Budapest, S. 58.
1319 Nagy, Budapest, S. 58.
1320 Nagy, Budapest, S. 58.
1321 Nagy, Budapest, S. 58-59.
1322 Vgl.: Nagy, Budapest, S. 58-59.
1323 Vgl.: Hauszmann, Geschichte Budapests, S. 141.

Das parlamentarische Mehrparteiensystem Ungarns war unterdessen durch die große Dominanz der Regierungspartei des Ministerpräsidenten eingeschränkt und die Gesetzgebung war vor allem darauf ausgerichtet, Budapests städtische Selbstständigkeit zu schmälern. So zum Beispiel das Gesetz XVIII/1930, hiermit wurden die Sitze in der Generalversammlung reduziert und ein Teil der Aufgaben an Beamte übertragen und der Oberbürgermeister musste vom Reichsverweser als Kandidat aufgestellt werden, um gewählt werden zu können.[1324] Bethlen selbst ist in seiner Person ein gutes Beispiel für die zentrale Steuerung von Machtpositionen, die rechtlich vom Reichsverweser abhingen. Während er selbst bis zum Sommer 1931 problemlos aufgrund seiner Politik und Autorität Ministerpräsident war, zeigten die auf ihn folgenden Personalien, dass sie kaum in der Lage waren, erneut wieder ein solche Vertrauen zu erlangen, wie Horthy es hat Bethlen zu Teil werden lassen,

„while no backbench mutiny could force the leader-premier's ouster against the regents will, neither could backbench support save hjim from the regent's dismissal; and the regent's choice of successor, by virtue of his potential power to call new elections and hand-pick the candidates, could always be imposed on the Government Party machinery.“[1325]

Der Zusammenbruch der Wiener Creditanstalt führte zu Zweifeln bei Bethlen, ob die darauf folgenden Monate weiterhin stabil für die Politik der Regierungspartei ablaufen würden. Er sah Ungarn in diesem Zusammenhang aufgrund einer intensiven Verbindung zur österreichischen Wirtschaft in Mitleidenschaft geraten. Doch ebenso gab es bereits im Herbst 1930 erste Abgeordnete der Einheitspartei, die sich den Radikalen anschlossen. Seine Mehrheit im Parlament konnte nur durch ein Vorziehen der Wahlen gesichert werden. Die darauf folgenden Zweifel Horthys der Person Bethlens gegenüber führten dann im Sommer 1931 zu seinem Rücktritt, dem Zeitpunkt, als auch die Folgen des Zusammenbruchs der Wiener Creditanstalt in Ungarn spürbar wurden.[1326]

Während sich insgesamt zusammenfassen lässt, das die politische Sphäre der Regierungszeit vor allem von Bethlen István von einigen Widersprüchen geprägt war, die zu äußerst fragwürdigen Maßnahmen wie dem NC-Gesetz führten, während gleichzeitig die Wirtschafts- und Finanzpolitik Ungarns kaum denkbar war

1324 Vgl.: Nagy, Budapest, S. 59; Hauszmann, Geschichte Budapests, S. 141.

1325 Rothschild, East Central Europe, S. 162.

1326 Vgl.: Rothschild, East Central Europe, S. 172.

ohne das – auch jüdische – Großbürgertum sowie im Hinblick auf die internationale Politik Friedensbedingungen – in der Phase vor Bethlen – akzeptiert wurden sind von der konservativen Regierung, die selbst Kun Bélá nicht annehmen wollte und aber im gleichen Zeitraum ein enormer Nationalismus artikuliert wurde im eigenen Land. „Then they had ceaselessly beaten the revisionist drum, but had cooperated with the League of Nations, which treated the postwar frontiers as hallowed.“[1327] Die sich an Bethlen anschließenden kontinuierlich erstarkenden Rechtsradikalen sind in ihrer Ideologie deutlich weniger zweckmäßig und situationsberücksichtigend. Nichtsdestotrotz bauen sie ihre Forderungen auf den Widersprüchen der konservativen Politik und einigen ihrer Maßnahmen auf: „categorial revisionism, racial nationalism, anti-Semitism, anti-capitalism (specially, 'finance' capitalism), anti-intellectualism, and social radicalism in the service of organic solidarity of the Magyar race“ [1328] zeigen die Anti-Ismen, die bereits in Wien um die Jahrhundertwende offen zu Tage traten. Die Kontakte einer der wesentlichen politischen Köpfe dieser Bewegung, Gömbös Gyula, zur deutschen Pendants seiner Bewegung in Ungarn seit 1921 nehmen die außenpolitische Ausrichtung der Radikalen Rechten der frühen 1930er Jahre vorweg, „to align Hungary unreservedly with Hitler's Germany“[1329].[1330] Doch sein Nachfolger, Károlyi Gyula, konnte die Situation ebenso wenig unter Kontrolle bringen, das heißt, die politische Szenerie wieder zu Gunsten der nationalkonservativen Einheitspartei und ihrer Politik stabilisieren. Denn all jene, die Opfer der Krise wurden, begannen sich politisch zuweilen stark umzuorientieren. Während das Beamtentum und besonders entlassene Verwaltungsangestellte sich nicht mehr durch die Regierung vertreten sahen, kam es auch dazu, dass Arbeiterinnen und Arbeiter aus der Industrie sich nicht zuletzt aufgrund des relativen Waffenstillstands zwischen Sozialdemokraten und Regierung zu den Radikalen Rechten begaben wie es bäuerlich Lebende taten. Die Konsequenz war, dass nach Kun 1932 der zweite Premierminister eine Person war, die keinen Adelstitel trug: Gömbös Gyula. Doch auch außenpolitisch wurde Károlyi Gyula aufgrund seiner Nähe zu Frankreich für Rom und Berlin zu einer kaum tragbaren Person in diesem Amt, obwohl dies die

1327 Rothschild, East Central Europe, S. 171.
1328 Rothschild, East Central Europe, S. 171.
1329 Rothschild, East Central Europe, S. 171.
1330 Vgl.: Rothschild, East Central Europe, S. 171.

beiden wesentlichen außenpolitischen Partner Ungarns in jener Zeit waren.[1331] Jenes Gesetz war es auch, dass 1931 zu Neuwahlen der Versammlung führte und neben einer grundsätzlichen Verkleinerung der Mandatszahl von 310 Mandaten bei der Wahl 1925 zu 229 im Jahr 1931 zu einer Erhöhung der Mandate führte, die nicht allgemein zur Wahl standen: die bereits 1925 so vergebenen knapp 19% der Mandate wurden nun auf 34,5% erhöht. Ein Drittel der Gemeindeversammlung wurde damit nicht frei und allgemein gewählt.[1332]

In dieser Hinsicht wurde auch die Mandatsverteilung auf die einzelnen Wahlkreise so durch die entsprechenden Wahlgesetze vorgenommen, dass – wie schon bei den Wahlen 1920 – kleinere Bezirke die gleiche Mandatszahl hatten wie große Wahlbezirke – ein Ungleichgewicht, dass vor allem zum Nachteil der MSZDP führte. Dabei wurden zwar seit der sehr ungünstigen Aufteilung aus dem Jahr 1920 Reformen vorgenommen, dennoch blieb es im Durchschnitt dabei, dass in den großen Bezirken rund 3-3,75 mal mehr Stimmen gewonnen werden mussten für ein Mandat in der Gemeindeversammlung.[1333] Gleiches gilt für die Sammlung von unterstützenden Unterschriften. Auch hier gab es erhebliche Unterschiede zwischen den Bezirken – in Kombination mit dem veralteten Wählerregister kam es 1935 bei den Wahlen sogar zu einer Verstärkung dieses Effekts. Dabei wurden auch die Fristenläufe zum Sammeln der Unterschriften trotz ihrer unterschiedlichen benötigten Anzahl zuweilen äußerst kurzfristig fixiert.[1334] XII/1934 führte zur Ernennung des Oberbürgermeisters, die Abgeordnetenzahl der Generalversammlung wurde abermals verkleinert und die politischen Fragen wurden gänzlich aus dem Aufgabenbereich der Versammlung gestrichen. Letztlich trug auch das strenge Wahlrecht („Schulbildung, Steuerzahlung, permanente Wohnung usw.“[1335]) zu minimierten demokratischen Partizipationsmöglichkeiten bei.[1336] Die Vorschlagsmöglichkeit des Oberbürgermeisters wurde unterdessen direkt genutzt und brachte Sipőtz Jenő in dieses Amt, nachdem Horthy Miklos für ihn votierte und der Gemeinderat dem zustimmte. Mit dieser Praxis war nicht länger die Bevölkerung und die Gemeinde für den Oberbürgermeister zuständig,

1331 Vgl.: Rothschild, East Central Europe, S. 172.
1332 Vgl.: Ignácz, Power Tools, S. 49.
1333 Vgl.: Ignácz, Power Tools, S. 56.
1334 Vgl.: Ignácz, Power Tools, S. 63-65.
1335 Nagy, Budapest, S. 59.
1336 Vgl.: Nagy, Budapest, S. 59; Hauszmann, Geschichte Budapests, S. 141.

sondern der zuvor bereits informell intervenierende Charakter bei der Bestimmung dieses Amtes wurde nun formal praktiziert und die Stadt somit in ihrer Autonomie deutlich eingeschränkt. Gleichsam wurden die Stellvertreter des Bürgermeisters weiterhin gewählt. 1934 kam so Szendy Károly in dieses Amt.[1337]

Im Hinblick auf die Wahlmöglichkeiten der Gemeindeversammlung kam es mit der Änderung von 1934 außerdem zu einer Verkleinerung der Mandate auf 200. Gleichzeitig waren bei den Wahlen 1935 – jenen also, die nach dem Gesetz von 1934 abgehalten worden sind – nur noch etwas weniger als 60% der Mandate frei und allgemein wählbar. 40,66% der Mandate wurden unabhängig der Wahl vergeben und somit lediglich 10% der freien Mandate mussten an die regierungstreuen Parteien, um eine Mehrheit im Sinne der konservativen Staatsregierung zu sichern.[1338]

„This was the most useful tool for the adequate 'correction' of the power relations between the parties and the other trends in the capital, that were reflecting the general will of the electors. The political risk of the election was considerably reduced with this 'correction', and the composition of the newly forming legislations could be planned in advance.“[1339]

3.4 Konsolidieren und Reformieren durch sozialdemokratischen Kräfte. Das Werden und Ende des „Roten Wien“

Ausgehend von den bereits erläuterten wirtschaftlichen Problemen der Stadt Wien, schien es immerhin bis 1922 eine relativ positive Entwicklung zu geben, zumindest im Hinblick auf die kleiner werdende Arbeitslosenzahl lässt sich eine positivere Entwicklung der Wirtschaft beobachten, die allerdings früh ein Ende findet. Denn die Gewinne aus dem Handel und der Spekulation wurden nicht in die Wirtschaft investiert, was es nur schwer ermöglichte, die Wirtschaft weiterhin wachsen zu lassen. Die Inflation, die 1924 nach der Einführung des Schilling schwächer wurde, war ein großes wirtschaftliches Problem[1340]. Hinzu kam, dass der Staatshaushalt ein hohes Defizit aufwies, was eine Budgetpolitik zu Gunsten einer besseren Haushaltssituation eher in den Vordergrund rückte als Investitionen. Sparmaßnahmen, Steuererhöhungen und Anleihen brachten daher nicht den

1337 Vgl.: Hauszmann, Geschichte Budapests, S. 141.

1338 Vgl.: Ignácz, Power Tools, S. 49.

1339 Ignácz, Power Tools, S. 50.

1340 Vgl.: Pohanka, Geschichte der Stadt Wien, S. 198.

Erfolg eines andauernden Wachstums.

Im Gegenteil, bis 1926 endete das kleine Wachstum, dass dann zwar wieder angestoßen werden konnte, jedoch 1929 erneut endete ohne dass die Ausgangsprobleme fehlender Investitionen in Teile der Wirtschaft – selbst im besten Jahr, 1929, wurde das Niveau von 1913 nicht erreicht – oder die Haushaltssanierung effektiv gemindert worden wären. Trotz eines erhöhten Bruttonationalproduktes um 7% über dem Wert von 1913 bleib die Industrieproduktion hinter den Werten von 1913 zurück. Die Situation spitzte sich bis 1933 zu, wo die Produktion nun nicht einmal mehr 40% der Produktion von 1913 erreichte und auch das Außenhandelsvolumen rapide um 47% sank. Wien trafen besonders die negativen Entwicklungen deswegen so stark, da hier ein Ballungsraum der Arbeiterschaft existierte, die Stadt aber bei zurückgehenden Investitionen mit Entlassungen zu rechnen hatte, die unter den erwähnten Umständen wurden viele Menschen ausgesteuert und erhielten somit keine Arbeitslosenhilfe mehr und gleichfalls wurde die Mitsprache bei Gehaltsverhandlungen eingeschränkt.[1341] Daher scheint kaum verwunderlich, dass die Ausgaben der Lebensführung bei vielen auf Notwendiges beschränkt blieben. Die Löhne insgesamt waren im Vergleich zu anderen Städten Europas in Wien äußerst niedrig[1342]. Doch darüber hinaus war die Gemeinde selbst bereits früh mit der Konsolidierung der Verwaltung sowie der Verbesserung der Lebenssituation beschäftigt. Das zeigt sich für Wien in dieser Zeit besonders aufgrund der Wohnungsbauprojekte. Die sozialpolitischen Vorstellungen der Sozialdemokraten führten zu einer Gesamtzahl neuer Wohnungen zwischen 1919 und 1934 von über 60 000 Stück. Das erste Wohnungsbauprojekt konnte bis 1926 deutlich schneller finalisiert werden, woraufhin weitere Projekte von Gemeindewohnungen gestartet wurden. Darüber hinaus setzte die Stadtregierung die grundsätzliche Kommunalisierung von Betrieben fort und konnte so schrittweise bis 1925 die Wiener Stadtbahn mittelbar durch die Verkehrsbetriebe übernehmen. Abgesehen davon sind umfassende Gesundheitsreformen sowie Bildungsreformen angestrebt worden, die eine dichtere Versorgung und vielfältige Bildungsangebote mit sich

1341 Vgl.: Seliger / Ucakar, Wien, S. 1011-1012. Seliger verweist hier vergleichend auf Deutsch, Julius: Geschichte der österreichischen Gewerkschaftsbewegung, Band 2; Wien, 1932, S. 244.

1342 Vgl.: Seliger / Ucakar, Wien, S. 1011-1012. Seliger verweist hier vergleichend auf Schiff, Walter: Die Höhe des Reallohns in Wien; in: Statistische Mitteilungen der Stadt Wien; 2. Sonderheft, Wien, 1927.

brachten.[1343]

Primär war bei allen Anstrengungen in der Kulturpolitik, dass gegenüber den geltenden Werten und Normen eine grundsätzliche Alternative geschaffen werden, die von der Geburt bis zum Tod alle Lebensbereiche des Menschen betreffen sollte. Dem entsprechend wurden zu den bisher kirchlich basierenden Festen verschiedener Lebensabschnitte weltliche Pendants kreiert und für alle möglichen Freizeitgestaltungen Vereine im Rahmen der Arbeiterbewegung gegründet. Nicht zuletzt der Wohnungsbau „sollte neue Formen der Kommunikation ermöglichen“[1344]. Um eine alternative Kulturpolitik betreiben zu können, war in Wien die politische Dominanz der Arbeiterbewegung äußerst fördernd.[1345] Unterstützt wurden die bildungs- und kulturpolitischen Ideen auch von zeitgenössischen Menschen aus Wissenschaft und Kunst. Bereits die im Laufe des Krieges stärker gewordene Friedenspolitik der SDAPDÖ wurde von Kulturschaffenden mitgetragen[1346]. Das Programm, einen besseren Menschen zu erschaffen, viel zum Teil auf ebenso fruchtbaren Boden der Kunst- und Wissenschaftswelt. Eine Stellungnahme in der Arbeiter-Zeitung vom 20. April 1927 zeigt das – unterzeichnet unter anderem von Sigmund Freud, Hans Kelsen, Alma Maria Mahler, Robert Musil und einigen anderen. Sie unterschreiben für „[d]as Ringen um eine höhere Menschheit und der Kampf gegen Trägheit und Verödung“[1347].[1348]

Die Konsolidierung des „Roten Wien“ ist nicht zu trennen mit einer Entwicklung die sich ganz allgemein als „eine letztlich zentrifugale Arbeitsteilung“[1349] bezeichnen lässt. Denn während die landesweit vor allem städtisch organisierten Parteiverbände und Interessengruppe der SDAPDÖ vor allem in Wien konzentriert politischen Einfluss übten, hatten sie in den Bundesorganen ausschließlich eine Oppositionsrolle gegenüber den Christlichsozialen[1350]. Diese wiederum agierte

1343 Vgl.: Pohanka, Geschichte der Stadt Wien, S. 198.

1344 Konrad, Helmut: Zur österreichischen Arbeiterkultur der Zwischenkriegszeit; in: Boll, Friedhelm (Hrsg.): Arbeiterkulturen zwischen Alltag und Politik. Beiträge zum europäischen Vergleich in der Zwischenkriegszeit; Wien, Düsseldorf; 1986, S. 89-100, hier S. 92.

1345 Vgl.: Konrad, Arbeiterkultur der Zwischenkriegszeit, S. 92, S. 94.

1346 Vgl.: Maderthaner, 1860 bis zum Jahr 1945, S. 321-322.

1347 Arbeiter-Zeitung vom 20. April 1927, S. 1.

1348 Vgl.: Maderthaner, 1860 bis zum Jahr 1945, S. 361.

1349 Nick / Pelinka, Bürgerkrieg, S. 25.

1350 Vgl.: Maderthaner, 1860 bis zum Jahr 1945, S. 448.

„gleichsam als permanente, als natürliche Regierungspartei“[1351], daher kam es zu einer Perzeption der Rolle der Sozialdemokraten, „die nur allzuleicht als Opposition aus Prinzip, als Fundamentalopposition mißverstanden werden konnte.“[1352] Diese Rolle wurde jedoch zumindest für den Moment des Bruchs der Koalition 1920 in Kauf genommen, mit ihm der Verlust von Gestaltungsmöglichkeiten aber auch ein erwarteter neuer Freiraum für die sozialrevolutionären Ideen der Sozialdemokraten nicht zuletzt im Hinblick einer weiteren Stärkung der Demokratie.[1353]

Die drei inhaltlichen Schwerpunkte der politischen Parteien, die sich seit dem Ende des 19. Jahrhunderts bis in die Zwischenkriegszeit hinein hielten, waren politischer Katholizismus, kultureller Liberalismus und die „Idee des Anschlusses an Deutschland“. Aus diesen drei Schwerpunkten lassen sich entsprechend die Christlichsozialen, die Sozialdemokraten und die Deutschnationalen als wesentliche Parteien ableiten, wovon die Christlichsozialen sowie die Sozialdemokraten von besonderer Bedeutung sind, was an deren Rollen innerhalb der Republik liegt und der damit verbundenen Entwicklung.[1354]

Während der politische Katholizismus sich zumindest auf kommunaler Ebene in der Zwischenkriegszeit bis 1934 in Wien nur bedingt realisieren ließ, war es jene Zeit, die durch den Sozialdemokratismus – respektive Austromarxismus – geprägt war. Dabei waren die Wurzeln im kulturellen Liberalismus insofern bedeutend, als der Austromarxismus besonders von der Auseinandersetzung mit aktuellen wissenschaftlichen Entwicklungen der Ökonomie, der Rechtslehre, der Psychologie und anderen Wissenschafts- aber auch Kunstbereichen zehren konnte und sich somit eine bedeutende Intellektuelle Basis schuf, die im Hinblick auf die Christlichsozialen vor allem durch die älteren und etablierten Wissenschaftsansätze geprägt war. [1355] Der kulturelle Liberalismus war unterdessen eng verknüpft mit dem demokratischen Sozialismus, das heißt einer kontinuierlichen Werbung durch entsprechende sozial-, bildungs- oder kulturpolitische sowie wirtschaftspolitische Maßnahmen im demokratischen System, um in diesem den Sozialismus zu erreichen, das heißt mittels freien allgemeinen

1351 Nick / Pelinka, Bürgerkrieg, S. 25.
1352 Nick / Pelinka, Bürgerkrieg, S. 25.
1353 Vgl.: Seliger / Ucakar, Wien, S. 1014.
1354 Vgl.: Nick / Pelinka, Bürgerkrieg, S. 43.
1355 Vgl.: Maderthaner, 1860 bis zum Jahr 1945, S. 366.

Wahlen. Mehrheitsentscheidungen im politischen System der 1. Republik waren das Fundament, auf dem die politische Macht etabliert werden sollte.[1356] „Die Rolle der Gewalt war in der Strategie der Partei rein defensiv definiert: Nur wenn das Bürgertum den demokratisch-parlamentarischen Kampfboden verlassen würde, sollte zum letzten Ausweg, dem Bürgerkrieg gegriffen werden.“ [1357] Allerdings führte das Ausscheiden aus der Bundesregierung auch zu einer „'Umpolitisierung' des Bundesheeres“[1358] durch die christlichsozial geführte Regierung, womit die Gefahr erhöht wurde, dass das Heer gegebenenfalls nicht republiktreu im Sinne des Rechts agieren würde, sondern zu Gunsten der politischen Machthaber auch gegen weite Teile der Bevölkerung agieren könnte.[1359]

In der Zwischenkriegszeit wuchs vor allem der Stimmenanteil der Sozialdemokratie[1360], wohingegen sich allerdings retrospektiv ein tendenzieller Machtverlust attestieren lässt.[1361] So wurde der SDAPDÖ zwar ihr Weg in Sachen Mieterschutz oder ihrer gegenteiligen Position zum Genfer Anleihenprogramm, das unter Ausschaltung der Parlaments und sehr einschneidende Sparmaßnahmen die gesellschaftliche Polarisierung unter Einfluss des Wiener Finanzsektors sowie Adliger und Großbürgern beförderte [1362] ebenso unterstützt wie die Kommunalpolitik in Wien aber fernerhin wurde dies unterstützt von Korruptionsproblemen bei den Christlichsozialen.[1363] Nachdem alle drei Parteien als Partei entsprechende Organisationsformen benötigten, lässt sich sagen, dass Christlichsoziale und Deutschnationale bereits auf den Grundlagen der Kirche beziehungsweise der Vereine aufbauen konnten, während die Sozialdemokratische Partei in der Ersten Republik als einzige Partei „eine Mitgliederpartei mit dichter und professionell geführter Organisation“ war. Die beiden anderen Parteien „waren Wählerparteien, die auf eine eigene, dichte Mitgliederorganisation verzichten konnten, weil ihnen der Rückgriff auf das bereits

1356 Vgl.: Seliger / Ucakar, Wien, S. 1014.

1357 Seliger / Ucakar, Wien, S. 1015.

1358 Seliger / Ucakar, Wien, S. 1015.

1359 Vgl.: Seliger / Ucakar, Wien, S. 1015.

1360 Vgl.: Seliger / Ucakar, Wahlrecht und Wählerverhalten, S. 142, S. 145, S. 149.

1361 Vgl.: Nick / Pelinka, Bürgerkrieg, S. 46.

1362 Vgl.: Seliger / Ucakar, Wien, S. 1015-1016. Seliger verweist hier vergleichend auf Ausch, Karl: Als die Banken fielen. Zur Soziologie der politischen Korruption; Wien, Frankfurt am Main, Zürich, 1968, S. 86.

1363 Vgl.: Seliger / Ucakar, Wien, S. 1016.

organisierte, gesellschaftliche Vorfeld immer möglich war.“ [1364] Dabei war die Mitgliederschaft der SDAPDÖ dominiert und die Politik ausgerichtet auf Arbeiterinnen und Arbeiter. Angestellte bildeten nur 20% ihrer Mitglieder, Arbeiterschaft hingegen 50% der Mitgliederschaft.[1365] Damit wird sehr deutlich, dass das eigentliche Zentrum der Legitimation der Macht der SDAPDÖ nicht im Stadtzentrum liegt, sondern die Vorstadt nicht nur organisational sondern auch aufgrund der Menschen die dort leben der Ausgangspunkt der politischen Wende war, die die SDAPDÖ unter anderem kulturpolitisch anstrebte[1366]. Die Mitglieder der Christlichsozialen Partei waren entsprechend ihrer Grundlage der katholischen Kirche „fast alle führenden Funktionäre aus dem Bereich des Verbändekatholizismus“[1367]. Die beiden großen Parteien der Zwischenkriegszeit waren Weltanschauungsparteien, die sich inhaltlich weitestgehend unversöhnlich waren, wenn die Programme von 1926 betrachtet werden. Zugespitzt formuliert:

„In der 1. Republik war das Parteiensystem das Schlachtfeld für scheinbar unversöhnliche gesellschaftspolitische Ziele. [D]as Österreich der 1. Republik [war] geprägt vom Gegenüber feindseliger Lager, geprägt von einer zerklüfteten Gesellschaft, ein Land heftiger Auseinandersetzungen, gewaltsamer Konflikte, zahlreicher Opfer“[1368].[1369]

Aneinander gerieten die Christlichsozialen und Sozialdemokraten unterdessen Mitte der 1920er Jahre, als mit dem Agrarprogramm der SDAPDÖ bäuerliche Lebenswelten umworben wurden und in Wien unmittelbar das Thema des Mieterschutzes im Interesse des kleineren Mittelstandes war, wo die SDAPDÖ eine Stärkung der Mieter forcierte, während die Christlichsozialen vor allem gegen städtischen Wohnungsbau richtend einer Stärkung des Mieterschutzes [1370] versagten.[1371] Die Wohn- und Sozialpolitik bedeutete jedoch nicht nur einen rein programmatischen Gegensatz, sondern zuweilen auch eine damit verbundene Symbolpolitik. Beide wurden beispielsweise in der Kinderfürsorge so verbunden, dass auf der einen Seite eine weite Infrastruktur für obdachlose Kinder geschaffen wurde, die unter anderem ihren räumlichen Niederschlag im Schloss

1364 Nick / Pelinka, Bürgerkrieg, S. 49-50.

1365 Vgl.: Nick / Pelinka, Bürgerkrieg, S. 52.

1366 Vgl.: Maderthaner, 1860 bis zum Jahr 1945, S. 362.

1367 Nick / Pelinka, Bürgerkrieg, S. 55.

1368 Nick / Pelinka, Bürgerkrieg, S. 59.

1369 Vgl.: Nick / Pelinka, Bürgerkrieg, S. 55-56.

1370 Vgl.: Seliger / Ucakar, Wien, S. 1015. Seliger verweist hier vergleichend auf Gulick, Charles A.: Österreich von Habsburg zu Hitler, Band 2; Wien, ohne Jahr, S. 148.

1371 Vgl.: Seliger / Ucakar, Wien, S. 1015.

Wilhelminenberg auf dem Gallitzinberg in Wien Ottakring. fand. Einem ehemaligen Schloss der Habsburger, das zunächst als Kriegsopferlazarett und später – ab 1927 – zu einem Kinderheim hergerichtet wurde.[1372]

Auf eine ähnliche Weise wurde die Wiener Politik einer spezifischen Moderne der Massen aktiv, als es um den Bau des Praterstadions ging. Einer der Bevölkerung seit einigen Jahrzehnten bereits zugänglich gemachter Waldanlage wurde ein zu der Zeit als modern empfundener Stadionbau integriert. Auf diese Weise sollte sportlichen Großereignissen ein Rahmen gegeben werden, der eine Massenbeteiligung durch Zuschauen wie durch breite sportliche Betätigung erlaubte und fördern sollte. Fußball war in beiden Situationen sehr bedeutend. Nicht nur die Beliebtheit des Sports und besonders Partien der österreichischen Nationalmannschaft – beispielsweise 1932 gegen England in London[1373]–, sondern auch die große Zahl vorstädtischer Spieler, die mit Fußball sozialen Aufstieg verbanden[1374], zeigen diese Bedeutung. Dabei war der zeitgenössische Körperkult – in diesem Fall eng verbunden mit dem paramilitärischen Schutzbund[1375] – eine ebenso treibende Kraft wie der wesentliche Auslöser die Vergabe der Arbeiterolympiade[1376] an Österreich im Jahr 1927 war, die vier Jahre darauf stattfinden sollte.[1377] Dabei blieb der Bau aber keinesfalls umstritten. Zum einen existierten bereits Stadien, die „waren jedoch bürgerlich konnotiert und wären als Ort der Arbeiterolympiade sowohl ideologisch wie von den baulichen Voraussetzungen ungeeignet gewesen.“ [1378] Zu diesem Anlass, konkret der Olympiade, waren auch die Gemeindebauten des kommunalen Wohnungsbaus geschmückt[1379]. Diese waren wiederum ein anderer Kristallisationspunkt, der noch vor dem Stadionbau bereits in den frühen 1920er Jahren eine wesentliche Form

1372 Vgl.: Arbeiter-Zeitung vom 27. August 1927, S. 9; Arbeiter-Zeitung vom 14. November 1927, S. 5; Maderthaner, 1860 bis zum Jahr 1945, S. 376-377.

1373 Vgl.: Marschik, Matthias: „... im Stadion dieses Jahrhunderts“. Die 2. Arbeiterolympiade in Wien 1931; in: Koller, Christian / Gruhner, Janina (Hrsg.): Sport als städtisches Ereignis; Stadt in der Geschichte, Band 33, Ostfildern, 2008, S. 189-210, hier S. 190, S. 195.

1374 Vgl.: Maderthaner, Wolfgang: Kaffeehauswelten und Vorstadtmilieus: Fußball im Wien der Zwischenkriegszeit; in: Koller, Christian / Gruhner, Janina (Hrsg.): Sport als städtisches Ereignis; Stadt in der Geschichte, Band 33, Ostfildern, 2008, S. 77-94, hier S. 84-85.

1375 Vgl.: Marschik, 2. Arbeiterolympiade in Wien, S. 191.

1376 Vgl.: Marschik, 2. Arbeiterolympiade in Wien, S. 189.

1377 Vgl.: Maderthaner, 1860 bis zum Jahr 1945, S. 379.

1378 Marschik, 2. Arbeiterolympiade in Wien, S. 195. Marchik verweist hier auf Gastgeb, Hans: Vom Wirtshaus zum Stadion. 60 Jahre Arbeitersport in Österreich. Entstehung und Entwicklung der österreichischen Arbeiter-Turn- und Sportbewegung; Wien, 1952, S. 68.

1379 Vgl.: Marschik, 2. Arbeiterolympiade in Wien, S. 198.

der Wiener Kommunalpolitik wurde.

Bis 1923 konnten bereits aufgrund von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen über 2 000 Wohnungen gebaut werden. Daraufhin wurde 1923 ein Arbeitsplan beschlossen, der in den kommenden fünf Jahren weitere 5 000 Wohnungen jährlich vorsah[1380], die entsprechend der Zielgruppe kleine Wohnungen waren. Die umsetzenden kleinen und mittelständischen Unternehmen in Wien konnten beziehungsweise sollten analog zur Gründerzeit auf umständliche Konstruktionsweisen zurückgreifen. Durch eine so praktizierte wenig vorhandene Mechanisierung konnten deutlich mehr Menschen eingesetzt werden. Finanziert wurden die Gebäude auf Kosten der Stadtkasse. 1927 wurde das Programm verlängert. Bis zum Ende des Jahres 1933 wurden entsprechend der Planungen knapp über 60 000 Wohnungen geschaffen, „knapp elf Prozent der Wiener Bevölkerung wohnten in ihnen.“[1381] Diese befanden sich überall im Stadtgebiet und waren in entsprechenden Gemeindebauten zusammengefasst. Durch ihre Präsenz im öffentlichen Raum und die teilweise enorme Größe – einige waren mehrere Straßen groß[1382] – wurden diese Bauten ein bedeutendes Symbol für das Wien der Zwischenkriegszeit[1383] und dies trotz der Tatsache, dass die Baumaßnahmen aus der schlechten Wohnsituation vor dem Krieg sowie dem drängenden Wohnungsmangel nach dem Ende des Krieges entstanden waren.[1384] So finden sich aber auch Einflüsse der Gartenstadtbewegung, die die Blockbauweise zu Gunsten einer Verbindung von einzelnen Häusern mit deutlich mehr Park- und Gartencharakter vertrat. Nachdem dies in Wien zu einer Kritik der Blöcke und Höfe führte, entstand mit Birken-, Akazien-, Ahorn- und Ulmenhof im Rahmen des diese umfassenden George-Washington-Hofes jedoch auch eine hybride Bauform.[1385]
Sowohl das Praterstadion und die damit verbundene Olympiade wie auch der Wohnungsbau waren primär urbane politische Ausdrücke sozialdemokratischer

1380 Vgl.: Maderthaner, 1860 bis zum Jahr 1945, S. 381.

1381 Maderthaner, 1860 bis zum Jahr 1945, S. 381.

1382 Vgl.: Maderthaner, 1860 bis zum Jahr 1945, S. 383.

1383 Vgl.: Maderthaner, 1860 bis zum Jahr 1945, S. 381. Maderthaner verweist hier auf Blau, Eva: The Architecture of Red Vienna 1919-1934; Cambridge/Mass., New York, 1999, S. 248.

1384 Vgl.: Maderthaner, 1860 bis zum Jahr 1945, S. 381.

1385 Vgl.: Maderthaner, 1860 bis zum Jahr 1945, S. 388. Maderthaner verweist hier auf Achleitner, Friedrich: Wiener Architektur. Zwischen typologischen Fatalismus und semantischen Schlamassel; Wien, Köln, Weimar, 1996, S. 77-78.

Politik. [1386] Daher war vor allem die Landbevölkerung eine durch sozialdemokratische Politik weniger gut abgedeckte Bevölkerungsgruppe. So war die Konfliktlinie zwischen Stadt und Land, Folge der Urbanisierung, eine Linie, die auch die Sozialdemokratie vor Probleme stellte. Während in Wien die Organisationsdichte sowie die Partizipation auch von Gruppen, die nicht explizit Arbeiter waren, hoch war, entwickelten sich die Arbeiterbewegungen in den ländlicheren Regionen anderes. Das Agrarprogramm war ein Versuch, diese Differenz zu überbrücken. Jedoch umfasste dieses Problem auch die Ebene der Mitgliedschaft und die grundsätzliche Rolle der Partei auf dem Land, die neben Christlichsozialen beispielsweise eher die einer Außenseiterpartei war. Dazu kam, dass die Mitgliederstruktur vor allem in Wien durch theoretisch agierende Personenkreise geprägt war, während diese auf dem Land kaum anzutreffen waren. [1387] Konkret: „[D]er marxistisch geschulte Arbeiter blieb 'außerhalb der industriellen Ballungszentren […] eine seltene Erscheinung.'“[1388]

Ein weiteres Politikfeld, das damit eng verbunden ist, war die die Schul- und Bildungspolitik, die die SDAPDÖ aktiv gestaltete. Mit Bildungsvereinen sowie den bereits erwähnten Ottakringer Einrichtungen zur Arbeiterbildung und anderen Kulturorganisationen versuchte die SDAPDÖ ein neues Maß an Breitenbildung zu erreichen. Es galt besonders hoch geschätzte Errungenschaften der wissenschaftlichen Welt – allen voran die „Tradition der (deutschen) Aufklärung“[1389] – möglichst vielen Menschen durch verschiedene Veranstaltungen zu eröffnen. Ausgangspunkt dafür war unterdessen die Notwendigkeit, die Zielgruppe der Partei in dieser Hinsicht zu zivilisieren zu müssen. Anders formuliert ging es um ein „'Infreiheitsetzen der Elemente der neuen Gesellschaft' innerhalb der bestehenden Verhältnisse“[1390]. So wurde vor allem aufgrund der politischen Verhältnisse – Wien als sozialdemokratisch regiertes und gut finanziertes Bundesland – die Schulpolitik eine der tragenden Säulen der Kommunalregierung.

1386 Vgl.: Marschik, 2. Arbeiterolympiade in Wien, S. 207.

1387 Vgl.: Konrad, Arbeiterkultur der Zwischenkriegszeit, S. 92-93.

1388 Konrad, Helmut: Die Rezeption bürgerlicher Kultur in der österreichischen Arbeiterbewegung; in: Fielhauer, Helmut; Bockhorn, Olaf (Hrsg.): Die andere Kultur. Volkskunde, Sozialwissenschaften und Arbeiterkultur; Wien, 1982, S. 57 zitiert nach Konrad, Arbeiterkultur der Zwischenkriegszeit, S. 94.

1389 Maderthaner, 1860 bis zum Jahr 1945, S. 363.

1390 Maderthaner, 1860 bis zum Jahr 1945, S. 368. Maderthaner zitiert hier Bauer, Otto auf dem sozialdemokratischen Parteitag in Linz; in: Protokoll des sozialdemokratischen Parteitages 1926. Abgehalten in Linz vom 30. Oktober bis 3. November 1926; Wien, 1926, S. 273.

Verändert wurden die Stellung der Lehrer, die inhaltlichen und pädagogischen Ansätze sowie die Schulstruktur oder Partizipation am Schulalltag der Eltern und Schülerinnen und Schüler. Dadurch und die weiteren Politiken sollte Revolution in eine alltäglichen Evolutionserfahrung [1391] transformiert werden. [1392] Gleichzeitig entstand damit jedoch eine innere Spannung zwischen den Bildungsidealen der Parteiführung und den Interessen der Populärkultur der Wählerschaft der Partei und ihrer eigenen Mitgliederbasis.[1393] Ein weiteres Spannungsfeld entstand bei der Frage, inwiefern damals neue Impulse, etwa die Musik von Schönberg oder Mahler, eine wichtigere Rolle in der Kunstvermittlung haben sollten als beispielsweise die Wiener Klassik, wobei sich diese Fragen auch im Hinblick auf andere Kunstbereiche ausdehnten.[1394]

Insgesamt verbunden mit einer Liturgie des Politischen und der Politik der Straßen – die vor allem in den Anfangsjahren prägend war für die SDAPDÖ – sollte über die rationale Parteibindung hinaus ein gewisses Moment an emotionalisierter Bindung – gleichsam eine Vergemeinschaftung – erreicht werden.[1395] So lassen sich die Streiks und Putschversuche in den Jahren der Republikgründung und zu Beginn der Republik nicht zuletzt darauf zurückführen, dass abgesehen von den sozio-ökonomischen Bedingungen die politische Partizipation grundsätzlich ein Grundinteresse der Bevölkerung war, entsprechend wurden „Streik und Demonstration ein nun legales Instrument zur Durchsetzung ihres politischen Willens“ [1396] neben den geöffneten Wahlrechtsmöglichkeiten. [1397] Das grundsätzliche politische Engagement breiterer Bevölkerungsgruppen liegt dabei nicht zuletzt „einer lange zurückreichenden Tradition gesellschaftlichen Gestaltens“[1398] zu Grunde. Allerdings waren die politischen Agenden der Parteien, den „wichtigsten Kräfte[n] der 1. Republik“, im Hinblick auf die grundsätzlichen

1391 Vgl.:Maderthaner, 1860 bis zum Jahr 1945, S. 368. Maderthaner verweist hier auf Lewis, Jill: Fascism and the Working Class in Austria, 1918-1934. The Failure of Labour in the First Republic; New York, Oxford, 1991, S. 67ff.

1392 Vgl.: Maderthaner, 1860 bis zum Jahr 1945, S. 363, 368-373.

1393 Vgl.: Maderthaner, 1860 bis zum Jahr 1945, S. 394. Maderthaner verweist hier auf Kienzl, Andreas F.: David Josef Bach (1874-1947). Journalist und Organisator der Arbeiterkulturbewegung; phil. Diss., Wien, 1986, S. 178ff.

1394 Vgl.: Maderthaner, 1860 bis zum Jahr 1945, S. 395.

1395 Vgl.: Maderthaner, 1860 bis zum Jahr 1945, S. 363, 368.

1396 Nick / Pelinka, Bürgerkrieg, S. 85.

1397 Vgl.: Nick / Pelinka, Bürgerkrieg, S. 85.

1398 Nick / Pelinka, Bürgerkrieg, S. 109.

Rahmenbedingungen des Staates nicht mit endgültiger Ausschließlichkeit auf die repräsentative Demokratie ausgerichtet, wie sie in der Verfassung umgesetzt wurden.[1399] Die zeigte sich bereits in der Anfangsphase, als die SDAPDÖ sich mit der KPÖ und den Ideen einer Räterepublik konfrontiert sah, die letztere mittels einer Revolution einzuführen versuchte. Die SDAPDÖ hingegen favorisierte bereits früh in der Republik ein System von breiten Verbänden und Vereinen, die innerhalb der repräsentativen Demokratie des Parlamentarismus viele weitere Möglichkeiten der Partizipation über Wahlen und Demonstrationen hätten gewährleisten sollen. Auf die gleiche Art und Weise präferierten Teile der Christlichsozialen schon früh andere Formen der Regierung. „Die Kanzler Seipel und später Dollfuß kritisierten die Herrschaft der Parteien und wünschten sich 'die wahre Demokratie' durch den autoritären Ständestaat.“ [1400] Trotz dieses Misstrauens in das System der Demokratie vor allem aufgrund der Mitbewerber kam es zu keiner Stärkung plebiszitärer Elemente: Repräsentative Demokratie wurde deutlich praktikabler eingeschätzt als direkte Demokratieformen, da dort die Unberechenbarkeit von anderen Parteien und Wählerschaft als zu groß angesehen wurden, womit auch hier das Primärziel der politischen Stabilität mitschwingt. Eine hohe Qualität des politischen Systems bedeutete möglichst wenige Wechsel in den Regierungsämtern.[1401]

Die Gemeinderatswahlergebnisse zeigen die enorme Dominanz der SDAPDÖ in der Gemeinde selbst. Sie konnten seit Beginn der Republik Österreich ihre Wahlergebnisse kontinuierlich verbessern und hatten ihren größten Stimmenzuwachs 1927 mit 4,4% mehr Stimmen als 1923. Erst 1932 gab es einen kleinen Stimmenverlust. Kontinuierlich weit hinter der SDAPDÖ lag die KPÖ, die somit sehr auch für die Arbeiterbewegung grundsätzlich abgesehen von der Anfangsphase keine Bedeutung hatte. Besonders dabei ist innerhalb der Bezirke der Stadt die Wahlbeteiligung dort am höchsten, wo besonders die Arbeiterschaft lebt. Die Wiener Außenbezirke hatten darüber hinaus immer eine höhere Wahlbeteiligung vorzuweisen als die inneren Stadtbezirke, wo vor allem bürgerliche Wählerschaften lebten. Dies sind abgesehen vom 9. und vom 19.

1399 Vgl.: Nick / Pelinka, Bürgerkrieg, S. 109.

1400 Nick / Pelinka, Bürgerkrieg, S. 94.

1401 Vgl.: Nick / Pelinka, Bürgerkrieg, S. 94.

Bezirk alles Stadtteile, in denen die Christlichsozialen Wahllisten gewannen. Die bürgerlichen Parteien, an ihrer Spitze vertreten von den Christlichsozialen, waren deutlich aufgespaltener. Demokraten und Großdeutsche standen hier neben den Christlichsozialen. Allerdings bildeten Großdeutsche und Christlichsozialen früh eine Koalition. Ihre Wahlergebnisse in Wien zeigen dabei, dass sich das Bürgertum, bzw. die Wählerschaft nach 1918 zunächst nicht vollständig beteiligte, allerdings bereits 1923 eine deutlich höhere Wahlbeteiligung aufwies, die dann relativ konstant bleibt, bis 1932 Jahre die Großdeutschen verschwinden während die Christlichsozialen Einschnitte bei ihrem Wahlergebnis einstecken müssen.[1402] Daher sah vor allem auf Bundesebene ein Teil der christlichsozialen Politiker die fortschreitenden Erfolge der SDAPDÖ bei Parlamentswahlen kritisch. Die Auseinandersetzungen wurden heftiger und die Polarisierung der politischen Sphäre war besonders in Wien zu spüren, wo Landes- und Stadtregierung der SDAPDÖ auf der einen Seite und die Bundesregierung auf der anderen Seite in der Hauptstadt vereint waren.[1403]

Verstärkt wurde dieser Konflikt in Wien durch die äußerst hohe Organisationsdichte der SDAPDÖ, die mit ihren Mitgliedern allein in Wien die Einwohnerzahl verschiedener Städte Österreichs zusammen übertraf. 1932 waren „[v]on den 648 497 Parteimitgliedern […] in ganz Österreich […] 400 484 in der Wiener Sozialdemokratie organisiert“, knapp 60% waren unter 40 Jahre und die Arbeiterinnen und Arbeiter bildeten die bedeutendste Mitgliedergruppe. [1404] Unabhängig davon kann selbst im Gemeinderat der Stadt Wien ein Zwei-Parteien-System beobachtet werden, wenn seit 1919 bis 1927 durch die SDAPDÖ und die Christlichsozialen über 90% der Mandate vergeben wurden sind[1405]. Besonders deutlich wurde dies am 15. Juli 1927, als kurz nach den Parlamentswahlen. Aus diesen war die SDAPDÖ abermals mit Stimmenzugewinn hervor gegangen. Im Juli des gleichen Jahres trat der Gegensatz allerdings auf den Straßen Wiens noch stärker zu Tage. Es kam zur Urteilsverkündung gegen Angeklagte, die angezeigt

1402 Vgl.: Seliger / Ucakar, Wahlrecht und Wählerverhalten, S. 138-140; Vgl.: Maderthaner, 1860 bis zum Jahr 1945, S. 391.

1403 Vgl.: Pohanka, Geschichte der Stadt Wien, S. 198.

1404 Vgl.: Maderthaner, 1860 bis zum Jahr 1945, S. 391. Maderthaner verweist hier auf Maderthaner, Wolfgang: Die österreichische Sozialdemokratie 1918-1934. Die größte Parteiorganisation der Welt; in: Öhlinger, Walter (Hrsg.): Das Rote Wien 1918-1934; Wien 1993, S. 28ff, S. 28-29.

1405 Vgl.: Seliger / Ucakar, Wahlrecht und Wählerverhalten, S. 142.

waren, weil sie im burgenländischen Schattendorf von außen auf ein Lokal mit Schusswaffen eingeschossen hatten, als im Lokal selbst eine Versammlung der SDAPDÖ stattfand. Nachdem bei dieser Tat, durchgeführt von der rechten und proungarischen Frontkämpfervereinigung, unter anderem ein Kind und ein Mann ums Leben kamen und weitere Menschen verletzt worden waren[1406], wurde das Urteil nach vielen anderen umstrittenen Richtersprüchen[1407] – ein Freispruch für einen der Heimwehrangehörigen – als „Klassenjustiz" empfunden. Daraufhin streikten die Angestellten der Verwaltung, vornehmlich Frauen, aber auch die Arbeiterinnen und Arbeiter verschiedener Fabriken und verschiedener großer Unternehmen in dem sie von den Vorstädten in die Innenstadt zogen, sofern sie nicht bereits dort in den Streik traten. Nachdem bereits Reiter die Verwaltungsangestellten im Bereich des Rathauses mit ihren Waffen angriffen und in die Menschenmenge hinein ritten bis der „[Demonstrations]Zug völlig aufgerieben" war und sie wenig später das gleiche bei Arbeitern und Arbeiterinnen von Siemens taten, bewaffneten sich auch die Demonstrierenden[1408] stetig, sowie kontinuierlich die Unordnung in den Zügen aufgrund der Kavallerieangriffe zunahm und ein organisiertes voranschreiten im Laufe der Stunden immer weniger möglich wurde. Nachdem die vielen Menschen unkoordiniert von Reitertrupps in verschiedene Richtungen gejagt wurden, kommt es zu einer Konzentration um den Justizpalast[1409]. Als die sehr kleine Wachmannschaft das Feuer eröffnete, wurden Wachstube und Gebäude gestürmt, Akten zusammengetragen und in Brand gesetzt bald. Brannte auch die Wachstube und nachdem die Feuerwehr am Löschen gehindert wurde, ging der Justizpalast in Flammen auf.[1410]

Es folgte eine weitere Eskalation, da das Bundesheer ebenso eingesetzt wurde

---

1406 Vgl.: Maderthaner, 1860 bis zum Jahr 1945, S. 406.

1407 Vgl.: Maderthaner, 1860 bis zum Jahr 1945, S. 406. Maderthaner veweist hier auf Botz, Gerhard: Gewalt in der Politik. Attentate, Zusammenstöße, Putschversuche, Unruhen in Österreich 1918 bis 1934; Wien 1976, S. 94ff.

1408 Vgl.: Maderthaner, 1860 bis zum Jahr 1945, S. 409. Maderthaner veweist hier auf Botz, Gerhard: Die „Juli-Demonstranten". Ihre Motive und die quantifizierbaren Ursachen des „15. Juli 1927"; in: Neck, Rudolf; Wandruska, Adam (Hrsg.): Ereignisse des 15. Juli 1927, Protokoll des Symposiums am 15. Juli 1977; München, 1979, S. 17-59, hier S. 52.

1409 Vgl.: Maderthaner, 1860 bis zum Jahr 1945, S. 409. Maderthaner verweist hier auf Danneberg, Robert: Die Wahrheit über den die „Polizeiaktion" am 15. Juli. Der Bericht der vom Wiener Gemeinderat zur Untersuchung der Ereignisse vom 15. Juli eingesetzten Kommission; Wien, 1927.

1410 Vgl.: Seliger / Ucakar, Wien, S. 1018; Steininger, Wiener Gemeinderat, S. 10; Pohanka, Geschichte der Stadt Wien, S. 199; Maderthaner, 1860 bis zum Jahr 1945, S. 412. Maderthaner verweist hier auf Ausschreitungen in Wien am 15. und 16. Juli 1927. Bundespolizeidirektion Wien, Archiv, Schachtel 1927/1 PR.Z. IV-1-766, S. 8.

wie weitere scharf schießende Polizeieinheiten, die zum Teil vollkommen unkoordiniert auf Passanten[1411] oder trotz Hinweisen auch in die Richtung von Sanitätsstellen [1412] geschossen haben. Darüber hinaus wurden immer wieder Polizeistellen in den Vorstädten von Jugendlichen angegriffen[1413]. Ebenso waren der Schutzbund und die Heimwehr an diesem Tag aktiv. Erst am Abend war weitestgehend Ruhe in der Stadt eingezogen. Es folgte die Forderung der SDAPDÖ, dass alle am Aufruhr Beteiligten Amnestien bekommen sollten. Dies wurde mit einem Generalstreik verbunden. Die Wirkung des Streiks wurde aber durch die streikbrechenden Aktivitäten der Heimwehr derart minimiert, dass er abgebrochen ist bevor die Forderungen erfüllt waren. Die Block- oder Lagerbildung wurde immer stärker.[1414]

Die Folge der Julikrise war sowohl eine Radikalisierung der Parteibasis innerhalb der SDAPDÖ, aber auch eine Spaltung der Parteiführung im Hinblick auf die Forderungen, die gestellt werden sollten, um erneut in eine Koalition treten zu können. Dabei zeigte sich aber auch, dass weite Teile der Partei es für notwendig hielten, in Kontakt zu den Christlichsozialen zu treten, um eine stärkere konsensuale Politik zu ermöglichen. Grund für diese Wende war das Einsehen, dass die Mehrheit des Parlaments keinesfalls einfach zu erobern wäre sowie das Agieren der Christlichsozialen gegenüber der parlamentarischen Demokratie kritischer gesehen wurde. Das dazu genutzte Mittel, um diese Kreise zurückzudrängen, war der Kompromiss, der zwischen den Christlichsozialen und den Sozialdemokraten geschlossen wurde, nachdem die SDAPDÖ ihren Widerstand gegen die Novellierung des Mieterschutzgesetzes aufgab. Dieser Kompromiss ermöglichte unter Anstieg der Mietkosten besonders in Wien eine Bundesumlage, die Wohnungsbauprogramme in anderen Gemeinden der Republik Österreichs ermöglichte.[1415] Ein anderes Problem stellte sich in Folge des Juli

---

1411 Vgl.: Maderthaner, 1860 bis zum Jahr 1945, S. 417. Maderthaner verweist hier auf WStLA, MD 5436/27, Protokoll der 6. Sitzung, Aufnahmeschrift vom 22. Juli 1927 mit OMR Dr. Viktor Kritscha sowie WStLA, MD 5436/27, Protokoll der 2. Sitzung, Aussage Magistratsdirektor Dr. Hartl.

1412 Vgl.: Maderthaner, 1860 bis zum Jahr 1945, S. 417. Maderthaner verweist hier auf WStLA, MD 5436/27, Protokoll der 8. Sitzung, fol. 34 sowie ebd., WStLA, MD 5436/27, Protokoll der 8. Sitzung, fol. WStLA, MD 5436/27, Protokoll der 8. Sitzung, fol. 7.

1413 Vgl.: Maderthaner, 1860 bis zum Jahr 1945, S. 418-419.

1414 Vgl.: Seliger / Ucakar, Wien, S. 1018; Steininger, Wiener Gemeinderat, S. 10; Pohanka, Geschichte der Stadt Wien, S. 199.

1415 Vgl.: Seliger / Ucakar, Wien, S. 1017; Arbeiter-Zeitung vom 19. Juni 1929; außerdem verweist Seliger hier unter anderem vergleichend auf Gulick, Charles A.: Österreich von Habsburg zu Hitler, Band 2; Wien, ohne Jahr, 179; Helmer, Oskar: Wien und die Länder. Organisatorische Parteiprobleme; in: Der

1927 die Bewaffnung nicht staatlicher Kampfverbände dar, die deutlich machten, dass das Gewaltmonopol nicht ausschließlich beim Staat lag. Die SDAPDÖ versuchte ihrerseits seit 1927 eine Entwaffnung dieser Verbände zu fordern, was seitens der anderen Parteien und ihrer Verbände als Eingeständnis der Schwäche zu werten gewesen sei. Damit verknüpft ist allerdings der Einfluss auf die Polizei des Landes Wien. Ungeklärte Rechtsfragen ermöglichten hier die Diskussion, um mehr Einfluss auf die städtische Polizei zu erhalten, die bisher weitestgehend durch die Bundesregierung gelenkt wurde, beziehungsweise Wien sich wenig um eine etwaige Erhöhung des eigenen Engagements in Polizeiangelegenheiten zurückgehalten hatte. Da es sich hierbei um eine Verfassungsfrage handelte, war die Reaktion aus der Heimwehr, den rechtskonservativen Verbänden also, die Verfassung grundsätzlich zu überprüfen und zu revidieren. Dies allerdings gefährdete die Stellung Wiens an sich sowie die Politik der Sozialdemokraten. Primär waren mit der Revision eine Schwächung des Parlaments und eine Stärkung des Bundespräsidenten vorgesehen. Allerdings konnten sich die Heimwehren nicht gegen den amtierenden christlichsozialen Bundeskanzler und ebenso wenig gegen die Sozialdemokraten durchsetzen – besonders abgelehnt wurde von beiden Seiten eine autoritäre Verfassungsänderung. Stattdessen kam es zu einem Kompromiss, der innerhalb der Sozialdemokratie keinesfalls günstig war, da er entgegen der innenpolitischen Auseinandersetzung mit einigen Toten ausgehandelt worden war und nun der Parteibasis intensiv erklärt werden musste. Die Verfassungsänderung 1929 sah eine deutlich schwächere Legislative vor, dafür eine Exekutive, die mit dem Auflösungsrecht gegenüber dem Nationalrat ausgestattet war, Verfassungsrichter ernennen sollte und eine Notverordnung war Teil des Vorschlages. Außerdem sollten Verfassungsänderungen durch eine Volksabstimmung mit absoluter Mehrheit umgesetzt werden können. Der deutlich stärkere Bundespräsident sollte per Volksabstimmung und in der Stichwahl von der Bundesversammlung gewählt werden, was dem bürgerlichen Lager eine Durchsetzung des eigenen Kandidaten sicherte.[1416]

Kampf, Jhg. 22, 1929, Nr. 10, S. 458-464.

1416 Vgl.: Seliger / Ucakar, Wien, S. 1017-1018. Seliger verweist hier auf Leichter, Otto: Glanz und Ende der Ersten Republik. Wie es zum österreichischen Bürgerkrieg kam; Wien, 1964, S. 47, S. 92; Verwaltungsbericht der Bundeshauptstadt Wien in der Zeit vom 1. Jänner 1923 bis 31. Dezember 1928 unter den Bürgermeistern Jakob Reumann und Karl Seitz. Drei Bände; Band 1, Wein, 1933, 34. Vgl. ebenso: Maderthaner, 1860 bis zum Jahr 1945, S. 441.

Für die Verfassungsänderungen in der späten Zeit muss ergänzend hinzugefügt werden, dass der Wille zur politischen Partizipation besonders in Wien äußerst hoch war. Die Wahlbeteiligung hier betrug seit 1923 bis 1932 mindestens 89%. In den Jahren ab 1923 wurden Gemeinderat und Nationalrat am gleichen Tag gewählt, was eine Wahlmüdigkeit ebenso ausschloss wie besonders ab 1923 die Bedeutung der Gemeinderatswahlen aufgrund der verfassungsrechtlichen Stellung auch die Wahlbeteiligung steigerte.[1417] Dies änderte sich auch 1929 und in den Krisenjahren nicht: Die SDAPDÖ und die sie umgebenden Vereine versuchten ihre Politik der frühen 1920er Jahre weiterhin umzusetzen, während gleichzeitig durch den christlichsozialen Einfluss in den Sicherheitsbehörden sowie die Verfassungsänderungsvorschläge ein politischer Machtverlust immer deutlicher zu Tage trat.[1418]

Die Position Wiens wurde im Entwurf grundlegend anders gedacht: Wien war nicht länger ein Bundesland, aber weiterhin eine eigene Verwaltungseinheit mit Sitzen im Bundesrat und der Länderkammer. Konsequenz dieser Änderung wäre eine städtische Verwaltung gewesen und auf nächst höherer Ebene Bundesverwaltung. Hier traten offen die Spannungen zwischen Wiener Landes- und Stadtregierung und Bundesregierung zu Tage. Denn sollte es zu der Situation kommen, dass der Bürgermeister den Bundesorganen in ihren Weisungen nicht nachgekommen wäre, hätte die Möglichkeit bestanden, einen Kommissar von Bundesseite einzusetzen. Ebenso hätten Bundesorgane Gemeinderatsbeschlüsse aufheben können, bestimmte Gesetzesmaterien wie Bau wurden der Gemeinde gänzlich in dem Entwurf genommen. Wien – das zu diesem Zeitpunkt größte Bundesland – hätte nach dem christlichsozialen Entwurf keine Möglichkeit mehr gehabt, den Verfassungsgerichtshof anzurufen, um Bundesgesetze prüfen zu lassen, da es kein Bundesland mehr war. „Vergleich man die Stellung, die Wien, dem größten Land, zugedacht ist, mit der aller übrigen Länder, so übertreibt man gewiß nicht, wenn man zusammenfassend urteilt: Wien unter Ausnahmerecht.“ [1419] Andere Bereiche des Widerstands seitens der SDAPDÖ bezogen sich auf die darauf folgende finanzielle Situation, die Wien nach der Aberkennung des Landesstatus

1417 Vgl.: Seliger / Ucakar, Wahlrecht und Wählerverhalten, S. 134

1418 Vgl.: Maderthaner, 1860 bis zum Jahr 1945, S. 434.

1419 Kelsen, Hans zitiert nach Seliger / Ucakar, Wien, S. 1019. Seliger verweist auf Berchtold, Klaus (Hrsg.): Die Verfassungsreform von 1929. Zwei Bände; Band 1, Wien, 1979, S. 15.

bevorstand sowie die Zentralisierung der Schulpolitik.[1420]

Die anschließenden Kompromisse, die zwischen SDAPDÖ und Christlichsozialen ausgehandelt wurden, verbanden die Notverordnungskompetenz des Bundespräsidenten mit einem Ausschuss des Nationalrates, der gleichsam ein Notparlament sein sollte, während das Auflösungsrecht an eine Neuwahl gebunden war, die binnen 90 Tagen nach Auflösung zu einem neuen Nationalrat führen sollte. Der Präsident sollte unterdessen auch im zweiten Wahlgang vom Volk gewählt werden. Diese Dinge wurden nun auch umgesetzt. Die Stellung Wiens wurde nicht verändert, da es keine entsprechende Mehrheit im Nationalrat gab.[1421] Es waren Kompromisse wie dieser, die sowohl die eine Idee wie die andere Idee – bildlich gesprochen – verwässerten und sie somit als relativ erscheinen ließen. Es war jener Geist des skeptischen Relativismus, der bereits um die Jahrhundertwende präsent war, sich allerdings nicht in einem gleichen Maß auf das politische Geschehen auswirkte und mit dem Ersten Weltkrieg erheblich katalysiert wurde. Gleichzeitig existierte allerdings nach wie vor der Wille zur konsequenten Umsetzung einer Ideologie. Dieser stand aber in Momenten wie diesem Kompromiss im extremen Gegensatz zur pragmatischen Einigung. Denn das höchste war ebenso wenig am Ende der Republik wie am Anfang die Republik selbst, sondern die bestmögliche Selbstverwirklichung. Die vorhandenen Zweifel zu Beginn der Republikgründung und der zu diesem Zeitpunkt vorhandene Antimodernimus wurden in der Wirtschaftskrise abermals bestärkt und Zweifel an bürgerlichen Freiheiten sowie sozialdemokratischem Egalitarismus geschürt[1422].[1423] Die folgenden Monate seit 1929 waren vor allem von der Wirtschaftskrise geprägt: „Massenentlassungen, […] Zusammenbruch der Währungen, Protektionismus, bürokratischer Dirigismus, Delegitimierung des demokratischen und Festigung wie umfassende Durchsetzung des autoritären Prinzips.“[1424] Die ökonomische Lage machte ausländische Kredite notwendig, die unter anderem nur unter der Bedingung gegeben wurden, dass Österreich sich dem Deutschen Reich nicht anschließen würde. Die Zustimmung führte zum Ende

1420 Vgl.: Seliger / Ucakar, Wien, S. 1019.
1421 Vgl.: Seliger / Ucakar, Wien, S. 1020.
1422 Vgl.: Maderthaner, 1860 bis zum Jahr 1945, S. 438-439.
1423 Maderthaner, 1860 bis zum Jahr 1945, S. 435,
1424 Maderthaner, 1860 bis zum Jahr 1945, S. 429-430.

des Bürgerblocks, da die Großdeutschen einen Anschluss von vornherein zum Ziel ihrer Politik gemacht hatten. Hinzu kam nun in den folgenden Wahlen ein stetiges Wachsen der nationalsozialistischen Bewegung in den Ländern, die die Großdeutschen Verbände in sich aufnahm und so allen voran Christlichsozialen und Landbund ihre Wählerschaft stetig mehr und mehr entzog.[1425]

Das war ein Symptom, die Auswirkung auf das Parteiensystem, das das „vermehrte Auftreten eines diffusen Krisenbewußtseins, sozialer Ängste und Ressentiments, das Wirksamwerden neuer Irrationalismen“[1426] hervorriefen. Durch die radikalen und autoritären Parteien und Verbände kam es eine Mobilisierung und ihrer Reproduktion im Politischen.[1427] Dennoch konnte vor allem die SDAPDÖ in Wien mit der Eröffnung des Karl-Marx-Hofes ein letztes Prestigeträchtiges Wohnbauprojekt der Kommune beenden und somit 5 000 neue Wohnungen zur Verfügung stellen.[1428] Diese Projekte waren es, mit denen in Wien die Wirkung der Krise versucht wurde bis zuletzt abzuschwächen. Doch sorgten die großen Entlassungszahlen im Land wie auch in der Stadt für einen Rückgang des Konsums, einem Symptom der Krise, dass sich einem großen Rückgang von Brennstoffen, der Straßenbahnnutzung oder der Stromproduktion ablesen lässt. Alle diese Bereiche haben zwischen 1929 und 1934 eine bedeutende sinkende Nachfrage zu verzeichnen: 15 Millionen Menschen weniger nutzten die Straßenbahn und 10 Millionen Kilowattstunden Strom wurden binnen fünf Jahren weniger benötigt.[1429]

Nachdem der Landtag Wiens von 120 auf 100 Mandate verkleinert worden war und die Wahlen 1932 vor dem Hintergrund der Wirtschaftskrise stattfanden, stärkte dies vor allem die rechte Extreme. Denn im Vergleich zu 1927 kamen die Christlichsozialen nun nur noch auf 19 Mandate, wo sie vorher 39 besetzen konnten. Dies drückt sich auch in einem Stimmenverlust von 17,4% aus, was exakt dem von den Nationalsozialisten gewonnenen Stimmenanteil entsprach. Darüber hinaus gewannen sie erhebliche Stimmen in den anderen Ländern und Gemeinden

1425 Vgl.: Seliger / Ucakar, Wien, S. 1021.
1426 Maderthaner, 1860 bis zum Jahr 1945, S. 436.
1427 Vgl.: Maderthaner, 1860 bis zum Jahr 1945, S. 436.
1428 Vgl.: Pohanka, Geschichte der Stadt Wien, S. 200.
1429 Vgl.: Maderthaner, 1860 bis zum Jahr 1945, S. 431.

Österreichs.[1430] Sie verloren ihre Mandate allerdings 1933, als sie verboten wurden sind. [1431] Außerdem führte eine Krise der hinsichtlich der parlamentarischen Geschäftsordnung im Jahr 1933 dazu, dass das Parlament sich vermeintlich selbst auflöste. Es folgte eine Zeit der Notverordnungsregierung – basierend auf dem Ermächtigungsgesetz von 1917 –, durch den christlichsozialen Bundeskanzler Dollfuß, der zugleich im Spannungsfeld zwischen Wien und Bund das sozialdemokratische Wien gleichsam als negatives Gegenbild der ständestaatlichen Staatsidee gegenüber stellte.[1432] „Parlamentarische Demokratie, autonome Arbeiterorganisationen und konkurrierende Massenparteien haben in diesem Weltbild keinen Platz, der Gesellschaftsvertrag im Sinne der Aufklärung erhält das Stigma der Blasphemie.“[1433]

Damit wurde der wesentliche Basis für die Macht der SDAPDÖ – breite Parteibasis in Verbindung mit vielen Organisationen, die parteinah agierten – in der Folgezeit sukzessive die Legalität ihres Agierens entzogen. Denn vor allem auf der demokratischen Grundlage galt es für die SDAPDÖ die politische Macht zu erlangen, das heißt durch Wahlen die Mehrheit im Parlament zu erringen.[1434] Dies wurde in ihrer Masse von den Sozialdemokraten immer wieder inszeniert – wie etwa 1931 bei der Arbeiterolympiade. Ausgehend von der grundsätzlich untrennbaren Verbindung von Politik sowie zuweilen Militär auf der einen Seite und Sport auf der anderen Seite kristallisierte sich mit der Arbeiterolympiade eine Möglichkeit heraus gegen die in Österreich und Europa stärker werdenden autoritären Tendenzen verbal und durch sportliche Leistung Stellung zu beziehen[1435]. Doch nicht nur dies zeigte sich, auch die enge Verbindung der Sportlerinnen und Sportler mit der SDAPDÖ und ihren Vereinen macht deutlich, dass es sich hier um eine Inszenierung des Sport von Arbeiterinnen und Arbeitern handelte und somit eine Militarisierung zum Ziel der Abwehr rechtsradikaler republikgefährdender Tendenzen. Allerdings war diese enorm große

1430 Vgl.: Maderthaner, 1860 bis zum Jahr 1945, S. 433.

1431 Vgl.: Steininger, Wiener Gemeinderat, S. 10.

1432 Vgl.: Pohanka, Geschichte der Stadt Wien, S. 200.

1433 Maderthaner, 1860 bis zum Jahr 1945, S. 443.

1434 Vgl.: Dvorák, Paul: Die Geschichte der österreichischen Sozialdemokratie 1930-1938, Ein Forschungsüberblick; in: Wenninger, Florian; Dreidemy, Lucile (Hrsg.): Das Dollfuß/Schuschnigg-Regime 1933-1938. Vermessung eines Forschungsfeldes; Wien, Köln, Weimar, 2013, S. 17-40, hier S. 20.

1435 Vgl.: Marschik, 2. Arbeiterolympiade in Wien, S. 203-204.

Massenveranstaltung nicht nur durch Demonstrationszüge entlang der Ringstraße und die sportlichen Leistungen geprägt, sondern im Gegensatz zu bisherigen Veranstaltungen der Arbeiterinnen und Arbeiter gegen andere politische Kräfte war die Olympiade geleitet und strikt organisiert gewesen und zeigte in hohem Maß Disziplin[1436].

Die Olympiade als Großveranstaltung lud somit erneut zu einer Emotionalisierung der Politik ein, aber sie war auch eine besondere Ausnahme im Sportalltag der Arbeiterinnen und Arbeiter war[1437]. Das Programm war in sportlicher Hinsicht nichts Ungewöhnliches und glich anderen Olympiaden. Neu waren nur die Wehrsportkämpfe und das Sportschießen, beides war bisher nicht Teil des Programms[1438]. Ebenso wurde in der Zwischenkriegszeit kaum deutlicher ein Österreichtum auch durch die Arbeiter-Zeitung und andere Berichterstattungen und Magazine zitiert wie gegen Ende der Olympiade, der eigentlich forcierte Internationalismus wurde hingegen kaum hervorgehoben.[1439]. Daher blieb die SDAPDÖ bei ihrer gewaltablehnenden Haltung und versuchte kompromissoffen mit den Christlichsozialen die Republik zu bewahren. Doch der Wille der christlichsozialen Regierung die „Krise auf Kosten der Masse der Bevölkerung zu bereinigen“[1440] ebenso wie die vorangegangenen Ereignisse „waren die Basis des schrittweisen Abbaus der politischen und sozialen Errungenschaften der Ersten Republik.“[1441] Diese Basis zur politischen Partizipation wurde der SDAPDÖ auch mit der Zensur und dem Verbot des Maiaufmarsches sukzessive genommen. Pressefreiheit, Versammlungsfreiheit wurden erheblich beschränkt. Zu diesem Zeitpunkt, im Jahr 1933, hatte Dollfuß bereits kein Interesse mehr, mit der SDAPDÖ zusammen zu arbeiten. Während der Entwicklungen des Jahres 1933 fand im Oktober ein Parteitag statt, der der letzte hat sein sollen, auf dem die SDAPDÖ den Anschluss-Paragraphen strich und außerdem “vier Punkte als ‘rote Linie’ beschlossen”[1442] hat, “bei deren überschreiten durch die Regierung die Sozialdemokratie gewaltsam Widerstand leisten würde. Die Absetzung der Wiener

1436 Vgl.: Marschik, 2. Arbeiterolympiade in Wien, S. 206.
1437 Vgl.: Marschik, 2. Arbeiterolympiade in Wien, S. 192-193.
1438 Vgl.: Marschik, 2. Arbeiterolympiade in Wien, S. 196.
1439 Vgl.: Arbeiter-Zeitung vom 17. Juni 1931, 6; Marschik, 2. Arbeiterolympiade in Wien, S. 202.
1440 Seliger / Ucakar, Wien, S. 1021.
1441 Seliger / Ucakar, Wien, S. 1021.
1442 Dvorák, Geschichte der österreichischen Sozialdemokratie, S. 21.

Stadtregierung, die Auflösung der Partei, der freien Gewerkschaften oder die Oktroyierung einer faschistischen Verfassung sollte mit Gewalt beantwortet werden“ [1443]. [1444] Die friedliche Haltung der SDAPDÖ und des Schutzbundes gegenüber der unnachgiebig im „permanenten Verfassungsbruch“ [1445] operierenden christlichsozialen Regierung führte zu einem stetigen Abbau sowohl von Sozialreformen wie auch von rechtlichen und finanziellen Grundpositionen der Stadt und des Landes Wien, die in der Drohung gipfelten, der Stadt einen Regierungskommissar zu geben.[1446]

So wurde bereits 1931 die Art der Steuerverteilung neu geregelt: Während weiterhin alle Gemeinden und Länder die Steuern erhoben und an den Bund weitergaben, wurde nun die Rückgabe vom Bund an die einhebenden Körperschaften verändert. Denn während Wien in dieser Situation bisher als Gemeinde sowie Land Auszahlungen erhielt (und gleichzeitig 60% aller direkten Steuern Eintrug) wurden diese um ein Viertel respektive über ein Drittel gekürzt, wenn die krisenbedingt verringerten Einnahmen des Bundes berücksichtigt werden. Dies und weitere notwendig gewordene Rückzahlungen an den Bund führten zu einem Gesamtrückgang an kommunalen Investitionen um insgesamt 75% seit 1930. Wobei Wien nichtsdestotrotz zins- und kreditfrei war. Anfang 1934 konnte dennoch das Personal „nur noch für zwei Wochen um Voraus gedeckt werden“ [1447]. [1448] Innerhalb der SDAPDÖ traten die Gegensätze zwischen dem Beginn eines aktiven Widerstandes und dem fortschreitenden Reagieren auf Maßnahmen der Bundesregierung weit auseinander. Diese Zurückhaltung erlaubte es der Heimwehr Waffendurchsuchungen in Wohnungen und Verbandsräumen der SDAPDÖ und ihrer nahen Vereinigungen durchzuführen. Es folgten aufgrund von Waffenfunden Verhaftungen beim Schutzbund, der so stetig geschwächt wurde. Die weiteren Aktionen seitens der Heimwehr – gestützt von der Regierung – führten dann am 12. Februar zum Generalstreik und der Bewaffnung des Schutzbundes. Doch nach Zensur und Beschränkung der Grundfreiheiten fiel es

1443 Dvorák, Geschichte der österreichischen Sozialdemokratie, S. 21.

1444 Vgl.: Dvorák, Geschichte der österreichischen Sozialdemokratie, S. 21; Maderthaner, 1860 bis zum Jahr 1945, S. 444, 449.

1445 Maderthaner, 1860 bis zum Jahr 1945, S. 443.

1446 Vgl.: Seliger / Ucakar, Wien, S. 1021.

1447 Maderthaner, 1860 bis zum Jahr 1945, S. 447.

1448 Vgl.: Maderthaner, 1860 bis zum Jahr 1945, S. 445-447.

selbst der so gut organisierten SDAPDÖ schwer, den Streikaufruf zu verbreiten. Die Reaktion des Ministerrates war die Auflösung der Partei.[1449]

Mit den im Februar 1934 geschehenen Kämpfen kommt es endgültig zum Ende der sozialdemokratischen Macht. Im Bürgerkrieg kommt es zu „196 Tote[n] und 319 Verletzte[n], geschätzt werden auf Seiten der Arbeiterschaft aber bis zu 1 500 Opfer“[1450]. Die Flucht treibt viele Menschen unter anderem in die UdSSR und in andere Staaten Europas[1451]. Die Niederlage des Schutzbundes, das Absetzen des Bürgermeisters und das Verbot der „politischen Organisationen der Arbeiterbewegung“ [1452] beendete die Vormacht der SDAPDÖ in Wien und damit ihre Möglichkeiten im Allgemeinen wie im Speziellen politisches Programm umzusetzen.[1453] Der Mangel an einer Balance zwischen Regierung und Opposition mit entsprechenden Wechseln schuf die Möglichkeit, „daß die Regierung Dollfuß eine Panne parlamentarischer Verfahrenstechnik im März 1933 zur Ausschaltung des Parlamentarismus und damit, schrittweise, auch der Demokratie benutzte.“[1454] Es folgte statt der zu Beginn der Republik vorhandenen Kompromisspolitik vor allem nach 1927 eine starke Polarisierung, die keine weiteren Kompromisse zu ermöglichen schien und somit das parlamentarische System auf eine Art schwächte, die die Ereignisse 1933 und 1934 ermöglichte.[1455] Am 12. Februar 1934 folgt auf das im Jahr zuvor ausgesprochene Verbot der NSDAPDÖ das Verbot der Sozialdemokraten. Am gleichen Tag „wurde das Rathaus besetzt, Bürgermeister Seitz wurde verhaftet und der Gemeinderat (Landtag) wurde aufgelöst.“[1456] Die Funktion des Bundeskommissars – wie sie zuvor bereits oft diskutiert und von den Sozialdemokraten abgelehnt worden ist – wurde eingeführt und besetzt. Wien wurde analog zu den früheren Plänen der Christlichsozialen und besonders der Heimwehren dem Bund unmittelbar unterstellt, behielt jedoch den Status eines Landes. Unterdessen formierte sich auch die Christlichsoziale Partei als Vaterländische Front neu. Die darauf anschließend organisierte Bürgerschaft

1449 Vgl.: Maderthaner, 1860 bis zum Jahr 1945, S. 450-452.
1450 Pohanka, Geschichte der Stadt Wien, S. 200.
1451 Vgl.: Pohanka, Geschichte der Stadt Wien, S. 200.
1452 Seliger / Ucakar, Wien, S. 1021.
1453 Vgl.: Seliger / Ucakar, Wien, S. 1021.
1454 Nick / Pelinka, Bürgerkrieg, S. 26.
1455 Vgl.: Nick / Pelinka, Bürgerkrieg, S. 26.
1456 Steininger, Wiener Gemeinderat, S. 11.

spiegelte nicht annähernd vorausgegangene Wahlergebnisse wieder – die vom Bürgermeister ernannten Mitglieder waren zu 70% dem vormals christlichsozialen Lager und zu 12% dem Heimatschutz zuzuordnen, womit der Einfluss der Arbeiterschaft gänzlich minimiert wurde.[1457]

„Es folgten fünf Jahre einer Regierungsdiktatur, die sich vor allem auf ein Bündnis mit den Säulen des christlichsozialen Lagers, der katholischen Kirche, dem Besitzbürgertum und den Bauern stützte. Breite Bevölkerungsschichten, vor allem die im Wesentlichen sozialdemokratische eingestellte Arbeiterschaft, standen dem Regime ablehnend gegenüber.“[1458]

Gleichsam konnte der vom Bund eingesetzte Bürgermeister und Kommissar noch die ständisch organisierte Bürgerschaft die sozialen Probleme lösen, was vor allem die im Untergrund agierenden Nationalsozialisten stärkte. Doch weder Annäherungsversuch an die Sozialdemokratie durch den „Wiener Vizebürgermeister Ernst Karl Winter“[1459] noch eine Wiederaufnahme kommunaler Projekte konnte diese Entwicklung stoppen. So wurde das vorerst eingestellte Wohnungsbauprogramm wieder christlichsozial reaktiviert und 1934 begann erneut der kommunale Wohnungsbau. Darüber hinaus wurde mit der Baumaßnahme der Reichsbrücke ein staatliches Bauprojekt begonnen, dass nicht zuletzt auch Arbeitsplätze schaffen sollte und gleichzeitig als Prestigeprojekt etabliert wurde.[1460]

Es lässt sich für den im Umgang in der politischen Sphäre zu Recht sagen, dass in Österreich eine Gesellschaft bestand, die Eigenschaften besaß, „die einer 'demokratisch-industriellen' Gesellschaft zugeschrieben werden: Ein hoher Prozentsatz der Bevölkerung nahm am politischen Geschehen aktiv teil; nur ein verhältnismäßig geringer Teil fühlte sich vollständig ausgeschlossen, und nur eine kleine Minderheit war ohne jede Beziehung, positiver oder negativer Art, zum politischen Geschehen. Die 1. Republik stellte jedoch insofern einen Sonderfall der demokratisch-industriellen Kultur dar.“ [1461] Aber die aktive politische Teilnahme weniger auf das politische System als solches ausgerichtet, sondern zielte zumeist

1457 Vgl.: Steininger, Wiener Gemeinderat, S. 11.

1458 Schmitt, Hans-Georg: “Im Namen Gottes, des Allmächtigen”: christlich - deutsch - berufsständisch. Ausgewählte Aspekte über den Stand und die Perspektiven der Forschung über das christlichsoziale Lager in den Jahren 1929 bis 1938; in: Wenninger, Florian / Dreidemy, Lucile (Hrsg.): Das Dollfuß/Schuschnigg-Regime 1933-1938. Vermessung eines Forschungsfeldes; Wien, Köln, Weimar, 2013, S. 141-158, hier S. 142.

1459 Pohanka, Geschichte der Stadt Wien, S. 201.

1460 Vgl.: Pohanka, Geschichte der Stadt Wien, S. 201.

1461 Nick / Pelinka, Bürgerkrieg, S. 111.

„auf die politischen Subsysteme“[1462], es ging um die Stärkung jener Systeme, die von den Parteien umgeben wurden: Arbeiterverbände, Mietervereine, Organisationen im Umfeld „der sozialistischen politischen Subkultur“ [1463], auf katholischen Kirche oder andere. Dies katalysierte die Beteiligung an der Subkultur des politischen Katholizismus; auf zentrifugalen Entwicklungen und „die Beteiligung innerhalb der Organisationsformen des deutschnationalen Lagers.“[1464] Frontstellung in den oben erwähnten Bereichen wie bei der Erinnerungspolitik.[1465]

1462 Nick / Pelinka, Bürgerkrieg, S. 110.
1463 Nick / Pelinka, Bürgerkrieg, S. 110.
1464 Nick / Pelinka, Bürgerkrieg, S. 110.
1465 Vgl.: Nick / Pelinka, Bürgerkrieg, S. 110-111.

V. Straßennamenveränderungen in der Zwischenkriegszeit

1. Prozess und exemplarische Beispiele während des Krieges in Wien und Budapest

Im Anschluss an den Exkurs in die gesellschaftlichen Prozesse in Wien und Budapest während der Zwischenkriegszeit und der Phasen davor, folgt jetzt die Analyse der Straßennamenveränderungen in beiden Städten. Doch bevor statistische Daten zur Zwischenkriegszeit beschrieben werden, wird zuerst die Ausgangssituation in der jeweiligen Straßennamenlandschaft während des Krieges für jede Stadt erläutert. Anhand dieses Abrisses folgt – zweitens – ein Einblick in die Abläufe einer Veränderung innerhalb der Straßennamenlandschaft.

Wie bereits im vorherigen Kapitel V deutlich wurde, war die wirtschaftliche Situation während des Krieges in beiden Städten äußerst schwierig. Dies schlägt sich auch auf die Erinnerungspolitik nieder. Umfassendere Maßnahmen in diesem Politikfeld verschoben die zuständigen Stellen auf die Friedenszeit[1466]. Dennoch fand die internationale Lage Eingang in diese Politik, wie ein Beispiel aus Wien zeigt. Anknüpfend an eine Diskussion in Tageszeitungen, in welchem Maß Fremdwörter in Wien verwendet werden sollten [1467] , fragten der Gemeinderatsabgeordnete Hans Arnold Schwer und andere: „Haben wir Deutsche, die man mit Recht das Volk der Denker genannt hat, es wirklich notwendig uns zur

1466 Vgl.: WStLA, M. Abt. 116, A38/1 – Strassenumbenennungen nach Bez. 1-13, Schreiben der Städtischen Sammlung an die Magistratsabteilung XXII betreffs der Ausmerzung von Fremdwörtern, Wien, 18. August 1916, S. 2.

1467 Die Frage der Verwendung von Fremdworten wurde im Jahr 1914 zunächst sehr zurückhaltend besprochen, ab September 1914 gibt es vermehrt dazu Beiträge, die alle gesellschaftlichen Bereiche betreffen. Erst im Laufe des Jahres 1918 nimmt das Thema der Fremdwörter wieder ab. Vgl. einige exemplarische Beiträge aus dem Jahr 1914 und dem Jahresanfang 1915: o.A., „Kaiser Wilhelm als Sprachreiniger“, in: Deutsches Volksblatt vom 10. Januar 1914, Nr. 8985/1914; o.A., „Die leidigen Fremdwörter“, in: Arbeiterzeitung vom 30. Januar 1914, Nr. 30/1914, S. 5-6; Preist, Hans, „Völkische Erziehung zu deutscher Wehrhaftigkeit“, in: Deutsches Volksblatt vom 30. Juli 1914, Nr. 9183/1914; Bernreiter, Rudolf, „Kunst, Wissenschaft und Schrifttum. Wird's Licht?“, in: Deutsche Presse vom 3. September 1914, Nr. 14/1914, S. 6; o.A., „Kampf um den französischen Gruß 'Adieu'“, in: Reichspost. Der Sonntag vom 8. November 1914, Nr. 34/1914; Seligmann, Adalbert Franz, „Vom wahren und falschen Patriotismus“, in: Neue Freie Presse. Morgenblatt vom 15. November 1914, 18042/1914, S. 1-3; o.A., „Die Aestheten im Kriege“, in: Neue Freie Presse. Morgenblatt (1914-09-30), 17996/1914, S. 1-3; o.A., „Eine Versammlung gegen die Fremdwörter“, in: Arbeiterzeitung vom 10. September 1914, Nr. 251/1914, o.A., „Gegen die Fremdwörter“, in: Neues Wiener Journal vom 28. März 1915, Nr. 7696/1915, S. 8; S. 6; Poppenberg, Felix, „Zur Naturgeschichte der Fremdwörter“, in: Neues Wiener Journal vom 27. Mai 1915, Nr. 7754/1915, S. 7-8; o.A., „Der Feldzug im Hinterland“, in: Reichspost. Nachmittagsausgabe vom 21. Juli 1915, Nr. 340/1915; o.A., „Gedankenlosigkeit“, in: Deutsche Presse vom 24. November 1915, Nr. 268/1915, S. 4.

Erzielung eines besseren gegenseitigen Verständnisses, der Sprache jener zu bedienen, die uns tagtäglich mit Kübeln von Jauche übergießen?“[1468] Diese Frage findet sich in einem Antrag von Erstunterzeichner, Kommunalpolitiker und Autor deutsch-nationaler Zeitungen, Schwer. Der Antrag selbst erging an die Stadt Wiens am 16. Juni 1914. Doch nicht nur explizit deutsch-nationale Abgeordnete, sondern auch sozialdemokratische Autoren wie Friedrich Austerlitz verweisen auf eine Dominanz deutsch-nationaler Loyalität, wie sie die Politik in Wien im Zeichen des Krieges grundsätzlich prägte[1469] Austerlitz schrieb, wie bereits weiter oben zitiert, in der Arbeiterzeitung am 5. August 1914, es war der „Tag der deutschen Nation“[1470]. Der Krieg katalysierte gewissermaßen die eine Stadtpolitik Wiens, die insgesamt durch einen „republikanisch-demokratischen deutschen Nationalismus“[1471] geprägt war. Die Obmännerkonferenz machte auch in diesem Themenfeld eine grundsätzliche Opposition kaum möglich. Meinungsverschiedenheiten wurden daher wenig ausdiskutiert oder unter pragmatischen Vorzeichen thematisiert.

Neben den sozialpolitischen Herausforderungen existierte in Wien wie in Budapest ein grundlegendes Interesse, auch Identitäts- oder zumindest Ehrenpolitik zu betreiben. Für Wien zeigt das der Antrag von Hans Arnold Schwer, der später noch detaillierter besprochen wird. In Bezug auf Budapest sei hier auf Stadtpläne verwiesen. Betrachten Lesende *bedeutungsvolle Orte*, werden die Tendenzen der von Straßennamenveränderungen deutlich, die hier aber weit weniger sprachpolitisch gewesen zu sein schienen. Die Abbildung 13 zeigt das Stadtzentrum Budapests. Auf der Karte selbst sind zwei Straßen markiert, denen jeweils innerhalb des Stadtbildes eine wichtige Rolle zukommt. Die nördlich gelegene markierte Straße trug 1910 den Namen „Váczi körút“. Den nicht-generischen Namensteil hat auch die nach Nordosten weiter verlaufende Straße, die „Váczi út“. Lediglich der generische Teil des Namens ist unterschiedlich. Im markierten Fall handelt es sich um einen Abschnitt der kleinen Ringstraße Pest,

1468 WStLA, M. Abt. 116, A38/1 – Strassenumbenennungen nach Bez. 1-13, Schreiben vom Vorsteher des XIII. Bezirks an die Magistratsabteilung XVI betreffend der Umbenennung von mit französischen und englischen Namen bezeichneten Strassen und Plätze, Wien, 4. Dezember 1914.

1469 Vgl.: o.A., „Fest in deutscher Hand“, in Wien im Ersten Weltkrieg, geleitet von Alfred Pfoser / Andreas Weigl, https://erster-weltkrieg.wien.gv.at/site/fest-in-deutscher-hand/; 11.02.2015.

1470 Austerlitz, Friedrich, „Der Tag der deutschen Nation“, in: Arbeiterzeitung. Morgenblatt (1914-08-05), Nr. 215/1914, S. 1; vgl.: Maderthaner, 1860 bis zum Jahr 1945, S. 317.

1471 Maderthaner, 1860 bis zum Jahr 1945, S. 318.

während die fortlaufende Straße lediglich eine breitere Straße meint. Der nicht-generische Namensteil „Váczi“ beinhaltet das Toponym „Vácz“, eine Stadt nördlich von Budapest. Der Straßennamen deutet daher auf den Ort hin, zu dem die Straße letztlich führt. Die zweite markierte Straße ist die „Várkért rakpart“. Hier wird auf den direkt an der Straße gelegenen Burggarten verwiesen.

Abbildung 13: Stadtzentrum von Budapests im Jahr 1910, „Váczi körút“ und „Várkért rakpart“

Quelle: Eigene Hervorhebung, Ausschnitt selbst aus Quelle erstellt. Kartenquelle: HU BFL, Kogutowicz Manó: Budapest belterület és Kőbánya közlekedési térképe; Magyar Földrajzi Intézet, Maßstab ~1:14000, Budapest, 1910, XV.16.e.251/123.





Beide Straßen können insofern als bedeutungsvolle Orte gelten, da sie beide an zentralen Gebäuden der Stadt liegen. Die „Váczi körút“ passiert die Szent István Bazilika, während die „Várkért rakpart“ zwischen der „Erzsébet híd“ und der „Lánchíd“ liegt. Beide Straßen sind gänzlich oder teilweise in die Linienführung des öffentlichen Personennahverkehrs eingebunden. Die Stadtverwaltung Budapests wählte sich diese Straßen vor und während des Krieges aus, um sowohl internationale Bündnisse wie auch den Thronwechsel innerhalb der Monarchie zu ehren.

Abbildung 14: Teil des Zentrums von Budapests um 1914, „Vilmos Császár út“ selbst hervorgehoben, Ausschnitt selbst aus Quelle erstellt.

Quelle: Eigene Hervorhebung, Ausschnitt selbst aus Quelle erstellt. Kartenquelle: HU BFL, Kogutowicz Manó: Budapest székes-főváros egész területének térképe. Budapest székes főváros térképe; Magyar Földrajzi Intézet, Maßstab ~1:25000, Budapest, 1910er, XV.16.e.251/42

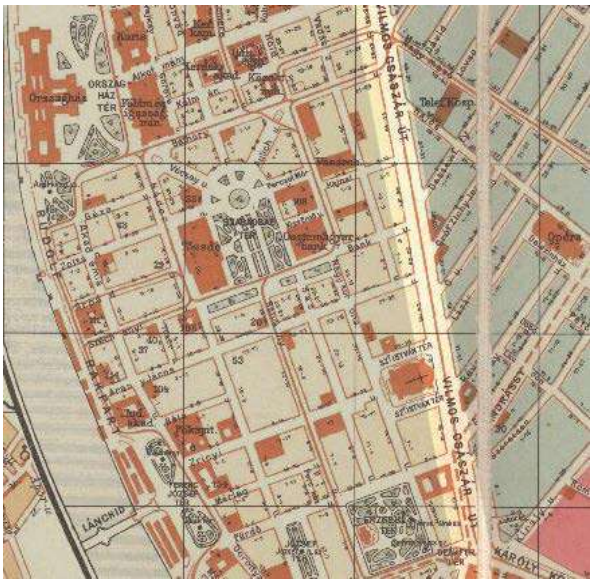
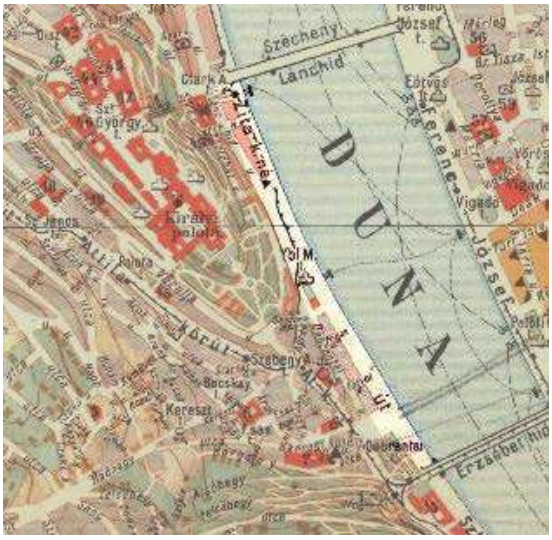


Abbildung 15: Stadtzentrum von Budapests im Jahr 1910, Váczi körút und Várkért rakpart selbst hervorgehoben, Ausschnitt selbst aus Quelle erstellt.

Quelle: Eigene Hervorhebung, Ausschnitt selbst aus Quelle erstellt. Kartenquelle: HU BFL, Magyar Király Állami Térkép: Budapest várostérképe; Maßstab 1:25000, Budapest, 1928, XV.16.e.251/54a-a.



Dies verdeutlichen vor allem die Abbildungen14 und 15. Die beiden hier relevanten Beschlüsse vor beziehungsweise während des Krieges sahen nun so aus, dass anstatt der „Váczi körút“ und „Várkért rakpart“ die Namen des damaligen Kaisers Wilhelm II. des deutschen Kaiserreiches, vor dem Krieg, und der ungarischen Königin beziehungsweise österreichischen Kaiserin Zita[1472], der Frau von König Karl I. respektive Kaiser Karl IV. 1916, während des Krieges, beschlossen wurden. Beide Umbenennungen zeigen vor allem eine Orientierung an der monarchischen Regierungsform. In Wien finden sich beide Namen ebenfalls. Sowohl Kaiser Wilhelm II. wie auch Kaiserin Zita werden in Straßennamen während des Krieges geehrt. Kaiserin Zita wird in Wien ein Stück der Ringstraße gewidmet. In Adolph Lehmanns allgemeinem Wohnungsanzeiger heißt es im Straßenverzeichnis dazu kurz: „Kaiserin Zita-Ring (früher Kärtner Ring)“[1473], damit korrespondierend der

1472 Vgl.: HU BFL, Fővárosi Közmunkák Tanácsa, Sitzung vom 19.11.1918, II.1.a., Beschlussnummer 4252/1918, in diesem aus dem Jahr 1918 wird Umbenennung der „Várkért rakpart“ in „Zita királyné út“ revidiert. HU BFL, Fővárosi Közmunkák Tanácsa, Sitzung vom 06.12.1919, II.1.a., Beschlussnummer 1979/1919, in diesem Beschluss von 1919 wird allerdings die „Zita királyné út“ an Stelle der „Várkért rakpart“ erneut eingeführt.

1473 Lehmanns Allgemeiner Wohnungsanzeiger nebst Handels- und Gewerbeadreßbuch für die k.k.

Eintrag ein Jahr darauf: „Kaiserin Zita-Ring, heißt wieder Kärntner Ring“[1474]. Gleiches gilt für den 1910 eingeführten Kaiser Wilhelm II., der ebenfalls einige Jahre entlang der Ringstraße geehrt wurde und dessen Name nach 1919 nicht mehr Teil der Straßennamenlandschaft war.[1475] Doch die symbolische Ehrung Kaiser Wilhelms II. ist neben dem geschlossenen Bündnis zweier Herrscherhäuser und Staaten ebenso ein Anknüpfungspunkt für den eingangs bereits erwähnten Deutschnationalismus von Hans Arnold Schwer. Dieser spielt während des Krieges eine kleinere Rolle als vor dem Krieg, wo durchaus noch kritische Stimmen gegenüber dem Bündnissystem breiten wirksam zu Wort kommen[1476]. Neben Kaiser Wilhelm II. sind es daher auch innerhalb der Stadt, konkret im 1. Bezirk, dem unmittelbaren Zentrum der Reichshaupt- und Residenzstadt Wien, weiteren Namen, die erinnert werden.

Exemplarisch sei hier auf den „bekannten Universitätslehrer und praktischen Arzte Ferdinand […] von Leber“[1477], an den eine Benennung erinnern soll, die vom Vorsteher des 1. Gemeindebezirks in Wien 1909 vorgeschlagen wurde. Dabei sollte die Leistung von Lebers erinnert werden, „welcher in Gemeinschaft mit Freiherren von Sonnenfels die Aufhebung der gerichtlichen Tortur seitens der Kaiserin Maria Theresia im Jahre 1776 erwirkte.“[1478] Die deutlich ältere Benennung „Bäckerstraße“ fiel dabei aus dem Straßenverzeichnis des Bezirks aus, weil die Parallelstraße bereits nach Freiherr von Sonnenfels[1479] benannt wurde.

Der eingangs zitierte Antrag zeigt, dass Erinnerungspolitik während des Krieges andere Richtungen nahm. Ein Schreiben an den 13. Gemeindebezirk Wiens formulierte die Frage Schwers et al. im Betreff des Briefes ebenso eindeutig: „Umbenennung von mit französischen und englischen Namen bezeichneten

---

Reichshaupt- und Residenzstadt Wien; 60. Jhg., Wien, 1918, S. 66.

1474 Lehmanns Allgemeiner Wohnungsanzeiger nebst Handels- und Gewerbeadreßbuch für die k.k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien; 61. Jhg., Wien, 1919, S. 78. Vgl. Bericht über die Stadtratssitzung vom 06. November 1919; in: Amtsblatt der Stadt Wien, 1919, Nr. 94, 2879-2886, hier 2880.

1475 Vgl. Bericht über die Stadtratssitzung vom 06. November 1919; in: Amtsblatt der Stadt Wien, 1919, Nr. 94, S. 2879-2886, hier S. 2880.

1476 Vgl.: Csáky, Ideologie der Operette, S. 81.

1477 WStLA, M. Abt. 116, A38/1 – Strassenumbenennungen nach Bez. 1-13, Schreiben des Vorstehers des 1. Bezirkes an das Gemeinde- und Stadtratspräsidium, Wien, am 15. Juli 1909, Benennung der Bäckerstrasse mit Ferdinand von Lebergasse, S. 1.

1478 WStLA, M. Abt. 116, A38/1 – Strassenumbenennungen nach Bez. 1-13, Schreiben des Vorstehers des 1. Bezirkes an das Gemeinde- und Stadtratspräsidium, Wien, am 15. Juli 1909, Benennung der Bäckerstrasse mit Ferdinand von Lebergasse, 1.

1479 Zum Wirken Sonnenfels' vgl.: Kann, Geschichte des Habsburgerreiches, S. 336-337.

Strassen und Plätzen“[1480]. Diese sprachpolitische Maßnahme, die untrennbar mit der Erinnerungspolitik der Stadt Wien verbunden und deutschnational geprägt war, wurde in den Kriegsjahren sukzessive auch mehr oder weniger von den meisten Parteien in Wien geteilt [1481] . Die im eben zitierten Schreiben betroffene Verkehrsfläche war die „Gloriettegasse“, dem gleichnamigen Gebäude im Schloßgarten von Schönbrunn gewidmet. Ausgangspunkt war, dass der nicht-generische Namensteil „Gloriette-“ französischen Ursprungs ist. Der Name, der als Alternative vorgeschlagen wurde war „Matthäus Much“. Dabei wurde Matthäus Much wahrscheinlich – der Lebenslauf, der die Benennung begründen soll, fehlt im Akt – besonders aufgrund seiner Arbeiten zur österreichischen Urgeschichte geehrt und womöglich weil seine Arbeit in diesem Bereich von Zeitgenossen teilweise als germanophil eingeordnet wurde[1482]. „Much war nicht einer der ersten und auch nicht einer der bekanntesten Wissenschaftler, die im 19. Jh. die Vorherrschaft der Nordischen Rasse bzw. der Arier propagierten. Er war aber, zumindest in Österreich, einer der ersten, der anhand archäologischer bzw. urgeschichtlicher Quellen scheinbar den Nachweis – zumindest Argumentationsketten – für derartige Vorstellungen zu erbringen versuchte […].“ [1483] Diese konkreten Inhalte mögen für die Umbenennung selbst nicht ausschlaggebend gewesen sein, dennoch waren sie Teil seiner wissenschaftlichen Arbeit, die seinen Zeitgenossen bekannt und nicht unumstritten war[1484]. Im Antrag von Hans Arnold Schwer et al. wurde diese Tendenz ebenso deutlich. Während hier eine allgemeine Sprachverwendung der Ausgangspunkt der Argumentation war und Hotelnamen und alltägliche Begriffe wie „Hotel Bristol“[1485], „Chauffeur“[1486]

1480 WStLA, M. Abt. 116, A38/1 – Strassenumbenennungen nach Bez. 1-13, Schreiben vom Vorsteher des XIII. Bezirks an die Magistratsabteilung XVI betreffend der Umbenennung von mit französischen und englischen Namen bezeichneten Strassen und Plätze, Wien, 4. Dezember 1914.

1481 Hinsichtlich der Christlichsozialen vgl.: Schönner, Johannes: „Die Geschichte einer Flucht nach vorne. Die Christlichsozialen im Spannungsfeld zwischen Kaisertreue und Pragmatismus“; in: Mesner, Maria et al. (Hrsg.): Parteien und Gesellschaft im Ersten Weltkrieg. Das Beispiel Österreich-Ungarn; Wien / Köln / Weimar, 2014, S. 31-54 hier S. 41-42; bezüglich der deutschnationalen Position in der Sozialdemokratie vgl. Musner, Lutz, „Waren alle nur Schlafwandler? Die österreichische Sozialdemokratie und der Ausbruch des Ersten Weltkrieges“, in: Mesner, Maria et al. (Hrsg.): Parteien und Gesellschaft im Ersten Weltkrieg. Das Beispiel Österreich-Ungarn; Wien / Köln / Weimar, 2014, S. 55-69, hier S. 65.

1482 Vgl.: Urban, Otto H.: „'... und der deutschnationale Antisemit Dr. Matthäus Much' – Der Nestor der Urgeschichte Österreichs? Mit einem Anhang zur Urgeschichte in Wien während der NS-Zeit, 2. Teil“, in: Archaelogia Austriaca, Nr. 86/2002, S. 7–43, hier S. 13-19.

1483 Urban, „'Antisemit Dr. Matthäus Much'“, S. 14.

1484 Vgl.: Urban, „'Antisemit Dr. Matthäus Much'“, S. 14.

1485 WStLA, M. Abt. 116, A38/1 – Strassenumbenennungen nach Bez. 1-13, Schreiben vom Vorsteher des XIII. Bezirks an die Magistratsabteilung XVI betreffend der Umbenennung von mit französischen und

oder „Coiffeur“[1487] kritisiert wurden, beinhaltet das Schreiben auch den Antrag, dass im Gelöbnis der Gemeinderatsabgeordneten betont werden solle, dass diese „den deutschen Charakter der Stadt Wien hochzuhalten und zu wahren“[1488] hätten und dass „das Gassen- und Straßenverzeichnis der Stadt Wien [...] von Amtswegen zu überprüfen [sei] und wegen auffälliger Umbenennung von Straßen und Plätzen in tunlichst rascher Zeit an den Stadtrat ein Bericht zu erstatten.“[1489] Insgesamt ist dieser Antrag abgesehen von seiner thematischen Ausrichtung ein Anhaltspunkt für den Verlauf von umfassenderen aber auch kleineren Straßennamenveränderungen. Denn in Folge der Annahme des Antrages begann innerhalb der Stadtverwaltung eine Veränderung der Regelungen der Kriterien, nach denen neue Namen ausgewählt werden sollten. Fremdsprachige Namensteile wurden besonders geprüft. Neue Namensvorschläge hatten „auf das deutsche Wesen der Stadt“[1490] zu achten. Einzig wenn besondere Verdienste für Stadt oder Staat nachweisbar waren, konnte englisch oder französisch klingender Name oder gar aus diesen Sprachen stammender Name Berücksichtigung finden. Das führte auch dazu, dass Verkehrsflächen mit dem generischen Namensteil „Allee“ zur Umbenennung freigegeben wurden. Gleiches galt für die Bellevuegasse und die Belvederegasse.[1491]

Eine erste Liste der vermeintlich fremdsprachigen Namen wurde von einer Arbeitskommission des Gemeinderates zusammengestellt und an die Magistratabteilung weitergeleitet. Geprüft wurde diese Liste nun noch inhaltlich detaillierter durch die Städtischen Sammlungen, die die Namen quasi einer

---

englischen Namen bezeichneten Strassen und Plätze, Wien, 4. Dezember 1914.

1486 WStLA, M. Abt. 116, A38/1 – Strassenumbenennungen nach Bez. 1-13, Schreiben vom Vorsteher des XIII. Bezirks an die Magistratsabteilung XVI betreffend der Umbenennung von mit französischen und englischen Namen bezeichneten Strassen und Plätze, Wien, 4. Dezember 1914.

1487 WStLA, M. Abt. 116, A38/1 – Strassenumbenennungen nach Bez. 1-13, Schreiben vom Vorsteher des XIII. Bezirks an die Magistratsabteilung XVI betreffend der Umbenennung von mit französischen und englischen Namen bezeichneten Strassen und Plätze, Wien, 4. Dezember 1914.

1488 WStLA, M. Abt. 116, A38/1 – Strassenumbenennungen nach Bez. 1-13, Schreiben vom Vorsteher des XIII. Bezirks an die Magistratsabteilung XVI betreffend der Umbenennung von mit französischen und englischen Namen bezeichneten Strassen und Plätze, Wien, 4. Dezember 1914.

1489 WStLA, M. Abt. 116, A38/1 – Strassenumbenennungen nach Bez. 1-13, Schreiben vom Vorsteher des XIII. Bezirks an die Magistratsabteilung XVI betreffend der Umbenennung von mit französischen und englischen Namen bezeichneten Strassen und Plätze, Wien, 4. Dezember 1914.

1490 WStLA, M. Abt. 116, A38/1 – Strassenumbenennungen nach Bez. 1-13, Schreiben vom Vorsteher des XIII. Bezirks an die Magistratsabteilung XVI betreffend der Umbenennung von mit französischen und englischen Namen bezeichneten Strassen und Plätze, Wien, 4. Dezember 1914.

1491 Vgl.: WStLA, M. Abt. 116, A38/1 – Strassenumbenennungen nach Bez. 1-13, Schreiben von der Direktion der Städtischen Sammlungen an die Magistratsabteilung XVI betreffend der Weiterleitung des Antrags von Arnold Schwer et al., Wien, 24. Juni 1916, S. 2.

Bedeutungsanalyse unterzogen. Verdienste und Lebensläufe wurden ebenso berücksichtigt wie Alter der Straßennamen. Das Ergebnis der Prüfung findet sich pointiert im folgenden Satz, der Teil des Schreibens ist, in dem die Städtischen Sammlungen die Prüfungsergebnisse darlegen: „Was die Eigennamen anbelangt, so beziehen sich viele auf verdienstvolle, zum Teile sogar historische Persönlichkeiten.“[1492] Dabei waren fast die Hälfte aller 56 Namen, die die Liste umfasste, Namen, auf die diese Einschätzung zutraf. Der Namensklang regte die Gemüter bei Personen wie Karl Graf Clerfayt de Croix, dem die „Clerfaytgasse“ gewidmet war. Er ist Träger des Militär-Maria-Theresienorden und durch Franz Joseph I. in die Liste der „berühmtesten, zur immerwährenden Nacheiferung würdiger Kriegsfürsten und Feldherren Österreichs“ aufgenommen wurden. Lorenzo da Ponte, geehrt mit der Dapontegasse, war Mozarts Textdichter[1493] und kaiserlicher Hofdichter.[1494] Damit zeigt sich, dass eine Prüfung durch die Städtischen Sammlungen als Schritt vor etwaigen Umbenennungen durchaus wichtig ist. Doch nicht nur Gemeinderäte konnten Anträge stellen. Auch einzelne Bürger konnten das tun.

Der Kommission, die für die Umbenennung der nicht-deutsch klingenden Namen zuständig war, wurde ein Brief weitergeleitet, der das Ansinnen von Schwer et al. teilte. Der Brief war betreffs der vermeintlich fremden Einflüsse in den Straßennamen eingesandt wurden und betonte, dass „[ü]berhaupt […] alles, was an Hochachtung und Respekt vor England, Italien und Frankreich erinnert[,] ausgerottet werden [solle]“[1495]. Unterschrieben war dieser Brief mit „Ein guter Deutscher“[1496]. Während die im Brief erwähnten Straßennamen, die nach Meinung des „guten Deutschen“ nicht „deutsch“ waren, innerhalb der bereits gebildeten Kommission zu besprechen waren, machte die Einsender einen weiteren

1492 WStLA, M. Abt. 116, A38/1 – Strassenumbenennungen nach Bez. 1-13, Schreiben der Städtischen Sammlung an die Magistratsabteilung XXII betreffs der Ausmerzung von Fremdwörtern, Wien, 18. August 1916.

1493 WStLA, M. Abt. 116, A38/1 – Strassenumbenennungen nach Bez. 1-13, Schreiben der Städtischen Sammlun an die Magistratsabteilung XXII betreffs der Ausmerzung von Fremdwörtern, Wien, 18. August 1916.

1494 WStLA, M. Abt. 116, A38/1 – Strassenumbenennungen nach Bez. 1-13, Schreiben der Städtischen Sammlung an die Magistratsabteilung XXII betreffs der Ausmerzung von Fremdwörtern, Wien, 18. August 1916, S. 3.

1495 WStLA, M. Abt. 116, A38/1 – Strassenumbenennungen nach Bez. 1-13, Schreiben eines guten Deutschen an den Wohllöblichen Stadtrat der Haupt- und Residenzstadt Wien, 8. Jänner 1917.

1496 WStLA, M. Abt. 116, A38/1 – Strassenumbenennungen nach Bez. 1-13, Schreiben eines guten Deutschen an den Wohllöblichen Stadtrat der Haupt- und Residenzstadt Wien, 8. Jänner 1917.

Vorschlag. Dieser Vorschlag war die Umbenennung der „Brudermanngasse“ in Hütteldorf. Dabei geschieht hier das gleich wie mit einem großen Teil der längeren Liste: der besagte Name war nicht einem gleichnamigen Offizier verbunden, der zu Kriegsbeginn in Galizien weniger erfolgreich agierte[1497]. Der Name war einer lokalen Wohltäterin gewidmet, die sich sozial engagiert hatte.[1498] An diesen Fällen aus der Kriegszeit zeigt sich für Wien, das Verfahren zur (Um)Benennung von Straßen sowohl aus den politischen Entscheidungsgremien sowie von Einzelpersonen initiiert werden konnten. Die Folge war jeweils eine Prüfung innerhalb einer entsprechenden Kommission und seitens der Städtischen Sammlungen. Mitglieder einer solchen Kommission waren je nach Zahl und Ort der Straßennamen neben politischen Vertretern auch Bezirks- und Verwaltungsvertreter, dies bleibt auch in der Zeit nach dem Ersten Weltkrieg so[1499]. Politischer Entscheidungsträger war letztlich der Stadtrat und nach 1920 nunmehr der Stadtsenat. Dieser hatte sich auch mit Widerspruch von Umbenennungsvorhaben auseinanderzusetzen. Besonders im Fall der Umbenennung der „Alleegasse“ in „Argentiniergasse“ kommunizierten Anlieger[1500] und Gemeindebezirk[1501] ihre ablehnende Haltung gegen diese Umbenennung. Das zeigt, dass auch diese Möglichkeit im Laufe eines Benennungsverfahrens bestand: Widerspruch zu artikulieren. Besonders dieses letzte Beispiel wird später noch genauer betrachtet werden. Hinsichtlich Budapests liegt die Annahme nahe, dass das Verfahren sehr ähnlich ablief. Die politische Verantwortung lag beim Közmunkák Tanács, während ein Komitee mit Hilfe der Verwaltung Entscheidungen vorbereitete[1502] und Anträge beziehungsweise Namensvorschläge

1497 Rudolf Nikolaus Ritter von Brudermann, geboren am 9. Januar 1851 in Gyöngyös, verlor mit der unter seinem Kommando stehenden 3. k.u.k. Armee in einer Schlacht 1914 Lemberg. Vgl.: Schneider, Constantin: Die Kriegserinnerungen 1914-1919; hrsg. von Oskar Dohle; Wien / Köln / Weimar, 2003, S. 654.

1498 Vgl.: WStLA, M. Abt. 116, A38/1 – Strassenumbenennungen nach Bez. 1-13, Schreiben von der Direktion der Städtischen Sammlungen an die Magistratsabteilung XVI, Wien, 27. Jänner 1917.

1499 WStLA, M. Abt. 116, A38/1 – Strassenumbenennungen nach Bez. 1-13, Einladung des Bürgermeisters zu der Sitzung des Komitees zur Umbenennung von Strassen, Gassen und Plätzen, Wien, 24. Oktober 1919.

1500 Vgl.: WStLA, M. Abt. 116, A38/1 – Strassenumbenennungen nach Bez. 1-13, Schreiben verschiedener Unternehmen entlang der Alleestraße an die Bezirksvertretung Wieden, Wien, 12. Jänner 1921.

1501 Vgl.: WStLA, M. Abt. 116, A38/1 – Strassenumbenennungen nach Bez. 1-13, Schreiben des Vorstehers vom IV. Bezirk an die Magistratsabteilung 18 betreffs Straßenbenennung der Alleegasse in Argentiniergasse, Wien, 20. Jänner 1921.

1502 Dies ist Ende 1919 der Fall, wenn umfassende Veränderungen vorgenommen werden, vgl. HU BFL, Fővárosi Közmunkák Tanácsa, Sitzung vom 06.12.1919, II.1.a., Beschlussnummer 1979/1919.

auch aus der Gesellschaft selbst kommen konnten[1503].

Nachdem die Tendenzen der Straßennamenspolitik während des Krieges und grundlegende Abläufe erläutert sind, werden in den kommenden Teilen des Kapitels aufgrund der Methode, die Dietz Bering et al. in ihrem Text über Wegbeschreibungen[1504] formulieren, die einzelnen Analyseebenen betrachtet. Die statistischen Daten werden zu diesem Zweck in einer sehr ausführlichen Form dargestellt. Zuerst werden im 2. Teilkapitel Beobachtungen der Basisinformationen geschildert, dann finden Lesende in jedem Teilkapitel eine weitere Analyseebene. Im 3. Teilkapitel wird die Bezugsebene analysiert. Dabei werden auch die Basisinformationen berücksichtigt. Das 4. Teilkapitel widmet sich schließlich der Bedeutungsebene und auch hier fließen Daten der Basisebene sowie der Bezugsebene ein – wenngleich deutlich weniger. Die innere Struktur der Kapitel wiederholt sich dabei ebenfalls. Es werden zunächst die Ergebnisse städteweise betrachtet, um dann in einem Vergleichskapitel die Daten zusammenfließen zu lassen. Es werden auch diese Vergleichsteile sein, in denen ab der Bezugsanalyse auch qualitative Betrachtungen einfließen werden, wie sie in der Methode stark an den Forschungsprojektendbericht von Oliver Rathkolb, Peter Autengruber, Birgit Nemec und Florian Wenninger [1505] sowie die Arbeit von Birgit Nemec zu Straßenumbenennungen [1506] anlehnen. Ergänzend folgen hier tiefgründige Quellenstudien zu quantitativen Analysen.

2. Beobachtungen aufgrund der Basisinformationen

Primärziel dieses Teilkapitels ist es die zentrale Forschungsfrage hinsichtlich der Basisinformationen zu beantworten. Im Vordergrund steht dafür jener Teil der Forschungsfrage: Anhand welcher räumlichen Muster, werden innerhalb der beiden Stadtgebiete in der Zeit von 1918 bis 1934 Straßennamen, die

1503 Vgl. die Benennung der „Jokai utca“ in HU BFL, Fővárosi Közmunkák Tanácsa, Sitzung vom 01.12.1925, II.1.a., Beschlussnummer 7229/1925, sowie die Beschlüsse zur Benennung der „Dalmady Győző utca“ in HU BFL, Fővárosi Közmunkák Tanácsa, Sitzung vom 22.02.1921, II.1.a., Beschlussnummer 361/1921 oder die Akte zur Benennug der „Benczur utca“ in HU BFL, IV.1407.b / Pm. sz. 928.X.4-én 66757/ (III/2926/21).

1504 Vgl.: Bering / Großsteinbeck / Werner, Wegbeschreibunge.

1505 Vgl.: Rathkolb et al., Forschungsprojektendbericht.

1506 Vgl.: Nemec, Straßenumbenennungen.

Unterschiedliches kommunizieren, auf welche Weise verändert? Dabei werden möglichst grundlegende Daten zu den Veränderungen der Straßennamenkorpora in beiden Städten abzubilden versucht. Die Frage nach den räumlichen Mustern wird mit folgenden Einzelfragen nochmals konkretisiert. In welchem Jahr wurden in welchem Bezirk wie viele Namen geändert? Welche Arten der Veränderung werden in welchem Jahr umgesetzt? Welche Arten der Veränderung werden in welchem Bezirk umgesetzt? In welchem Jahr und in welchen Bezirken werden Themencluster eingeführt? In welchem Jahr und in welchen Bezirken werden Namensveränderungen an bedeutungsvollen Orten oder dem ÖPNV umgesetzt? Diese Fragen bilden den roten Faden der kommenden Darlegungen.

2.1 Budapest

Bevor die Daten verglichen werden, gilt es, einen Überblick über die Entwicklungen in beiden Städten zu geben. Dafür wurden entsprechend der methodischen Erläuterungen Jahr der Veränderung und Stadtbezirk aufgenommen und miteinander in einer umfassenden Grafik zusammengetragen. Die in Abbildung 16 abgebildeten Daten sind die absoluten Zahlen zu Budapest und sollen einen ersten Eindruck vom Umfang der Veränderungen innerhalb des Straßennamenkorpus zeigen. So zeigt die Abbildung 16 die absolute Verteilung aller *Namensveränderungen* in den Budapester Stadtbezirken gemäß der Bezirksaufteilung aus dem Jahr 1930, nach dem *Jahr der Veränderung* aufgelistet. Darüber hinaus sind in der Tabelle die Summen je Bezirk sowie je Jahr ersichtlich. Im Betrachtungszeitraum, das heißt zwischen 1918 und 1934, fanden im gesamten Stadtgebiet 660 Namensveränderungen statt. Das umfasst alle Arten der Veränderungen in Summe und bildet den Grundwert für Budapest.

Die Tabelle verdeutlicht, dass die Veränderungen zu bestimmten Zeiten in einigen Bezirken gehäuft auftreten. Das betrifft – chronologisch vorgehend – den zentral in Pest gelegenen Bezirk V, der vor allem in den Jahren 1918 und 1919 einen Großteil der Gesamtveränderungen jener Jahre auf sich vereinigt. Gleichzeitig lassen sich während des gesamten Betrachtungszeitraums keine ebenso hohen oder höheren Werte für Namensveränderungen im V. Bezirk lokalisieren. Stattdessen bleibt es bei 24 Veränderungen im Jahr 1918 und 23 im Jahr 1919, die

beide zusammen mehr als die Hälfte der insgesamt im V. Bezirk vorgenommenen 72 Straßennamenveränderungen. Während der gesamten Zeit zwischen 1920 und einschließlich 1927 übersteigen die Jahressummen für Umbenennungen nicht jene Jahressummen des Jahres 1919. In diesem Zeitraum finden entsprechend wenige Veränderungen in der Straßennamenlandschaft statt.

Abbildung 16: Absolute Verteilung aller *Namensveränderungen* in den Budapester Stadtbezirken gemäß der Bezirksaufteilung aus dem Jahr 1930 nach *Jahr der Veränderung.*

Quelle: Eigene Erhebung und eigene Darstellung, das Zeichen „ - “ entspricht dem Wert „0“.

		Bezirk														
		I	II	III	IV	V	VI	VII	VIII	IX	X	XI	XII	XIII	XIV	∑
Jahr	1918	2	2	-	3	24	2	-	6	-	-	-	-	-	2	41
	1919	2	-	-	1	23	2	-	2	-	-	-	-	-	2	32
	1920	2	-	-	-	-	-	-	-	-	2	4	-	-	-	8
	1921	5	1	-	-	4	7	-	-	-	-	-	-	-	-	17
	1922	2	2	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	4
	1923	-	2	-	2	1	2	-	2	-	-	-	-	-	1	10
	1924	4	4	-	-	2	-	2	-	-	-	2	-	-	2	16
	1925	3	3	-	-	1	3	1	-	4	1	3	2	-	-	21
	1926	-	5	-	1	-	-	-	-	-	1	1	-	-	-	8
	1927	-	-	-	-	3	-	-	-	-	-	-	-	-	-	3
	1928	1	11	3	-	-	-	5	4	-	-	9	5	-	2	40
	1929	19	19	6	-	6	3	1	5	5	3	17	7	1	51	143
	1930	21	17	6	-	-	2	5	7	2	5	11	-	-	6	82
	1931	17	9	4	-	2	-	5	-	1	1	10	-	-	5	54
	1932	18	17	9	1	1	3	7	-	1	8	9	-	-	19	93
	1933	13	7	2	0	1	2	5	2	1	2	9	-	-	3	47
	1934	9	6	3	0	4	1	9	1	-	-	6	-	-	2	41
	∑	118	105	33	8	72	27	40	29	14	23	81	14	1	95	660

Erst 1928 beginnt wieder ein Anstieg der Veränderungen deutlich ablesbar zu werden, der im Jahr 1929 sogar die Jahressumme von insgesamt von 143 Namensveränderungen erreicht. 1930 und 1931 nehmen die Jahressummen nochmal ab, um 1932 erneut mit 93 Veränderungen ein weiteres hoch zu erreichen. 1933 und 1934 fallen die Jahressummen in etwas wieder auf die Werte von 1928 zurück. Die in diesem Zeitraum vorgenommenen Straßennamenveränderungen lassen sich vor allem in bis 1930 sehr großen in Buda gelegenen Bezirken I und II finden sowie den daraus hervorgehenden Bezirken, besonders dem XI. Bezirk.

Gleichzeitig steigen die Werte für Straßennamenveränderung im XIV. Bezirk, in Ost-Pest, an. Es sind auch jene vier Bezirke, die insgesamt die höchsten Werte für Veränderungen auf sich vereinen, wenn der gesamte Betrachtungszeitraum berücksichtigt wird. Werden diese Bezirkssummen summiert, entfallen fast zwei Drittel aller Veränderungen auf diese Stadtgebiete.

Wird Abbildung 17 hinzu gezogen, wird es deutlich, was bei Bezirken mit großer Fläche auch außerhalb der Budapester Zentralgebiete nahe liegt. In Abbildung 17 wird die absolute Verteilung von *Arten der Namensveränderungen* nach Bezirk in Budapest dargestellt. Bleibt der Fokus auf den Bezirken I, II, XI und XIV, so zeigt sich, dass in jenen Bezirken die vorgenommenen Neubenennungen genauso signifikant sind wie die Summe der Veränderungen in Abbildung 16. Neubenannte Verkehrsflächen spielen in diesen Bezirken eine herausragende Rolle. Umbenennungen, Modifizierungen oder Rückbenennungen und die damit jeweils verbundenen weggefallenen Namen für Verkehrsflächen kommen zwar vor, sind aber besonders im V. Bezirk, dem politischen Zentrum Pests, von viel höherer Bedeutung als in anderen Bezirken. Denn im Stadtbezirk Budapests, wo beispielsweise das Parlament liegt, entfallen 60 von 72 Veränderungen auf um-, rückbenannte, modifizierte oder weggefallene Benennungen für Straßen beziehungsweise Plätze. Abgesehen davon geht aus dieser Abbildung hervor, was bereits oben angedeutet wurde: der dominante Teil der 660 insgesamt vorgenommenen Veränderungen innerhalb des Stadtgebietes von Budapest sind Neubenennung, während sich die weggefallenen Straßennamen mit den um-, rückbenannten und modifizierten Straßennamen die Waage halten. Dennoch sind die 77 Umbenennungen ein später noch zu konkretisierender Wert, der einhergeht mit entsprechenden wegfallenden Namen. Grundsätzlich ist für Abbildung 17 bedeutend, dass theoretisch der Wert der weggefallenen Namen genauso hoch sein soll wie die (nicht explizierte) Summe der umbenannten, rückbenannten oder modifizierten Straßennamen. Der Grund hierfür liegt darin, dass diese drei Arten der Umbenennung voraussetzen, dass zuvor bereits eine Name vorhanden war, der durch eine Entscheidung wegfällt – zu Gunsten einer anderen Benennung. Dabei kann es allerdings zu Diskrepanzen kommen. Im Fall von Budapest geschieht dies besonders dann, wenn zum Namen der Verkehrsfläche selbst keinerlei Informationen vorliegen, aber seine Einführung oder sein wegfallen in

Verbindung mit einem weiteren Namen steht. In Abbildung 17 trifft das zu. Hier wurde ein Straßenname umbenannt. Allerdings existieren zum ursprünglichen Namen nicht mehr Informationen als der Hinweis, dass er weggefallen ist. Auf diese Weise entsteht die Differenz von eins zwischen dem Wert für umbenannte Straßennamen gegenüber dem Wert für weggefallene Straßennamen. Diese Form der Unterschiede wird auch in Abbildung 18 vorkommen, aber aufgrund der minimalen Wertabweichungen nicht mehr erläutert werden.

Offenkundig ist darüber hinaus, dass im Fall von Budapest keine gewachsenen Namen vorliegen. Entgegen der Erwartung, gaben die Quellen keine derartigen Hinweise auf einen solchen Namen. Dies ist aber unter Umständen auf die entscheidungsorientierte Dokumentation der Beschlüsse in den Budapester Quellen zurück zu führen. Es ist durchaus möglich, dass innerhalb der Gruppe der neubenannten Namen Straßennamen vorhanden sind, die gewachsen sind. Dies gilt auch für Abbildung 18, aus der die absolute Verteilung von *Arten der Namensveränderungen* in Budapest nach Jahr hervorgeht.

Mittels dieser Abbildung wird deutlich, was oben bereits angenommen werden konnte, dass die Arten der Veränderung sich in ihrer zeitlichen Verteilung unterscheiden. Während neubenannte Namen vor allem ab 1928 eine hohe Bedeutung haben, werden vorhandene Namen besonders 1918 und 1919 geändert, worauf die 19 weggefallenen Namen 1918 beziehungsweise die 16 weggefallenen Namen 1919 hindeuten. Denn diese Namen stehen besonders mit Umbenennungen und Rückbenennungen in Verbindung. Vor allem die zehn Rückbenennungen im Jahr 1919 sind daher besonders, da sie sich abgesehen von einem Fall auf das Jahr 1919 beschränken. Wird Abbildung 17 nochmals einbezogen, lässt sich sogar sagen, dass acht davon im V. Bezirk liegen. Dem entgegen spielen rückbenannte Namen im Rest der Betrachtungszeit keine bedeutende Rolle.

Abbildung 17: Absolute Verteilung von *Arten der Namensveränderungen* nach *Bezirk* in Budapest.

Quelle: Eigene Erhebung und eigene Darstellung, das Zeichen „ - “ entspricht dem Wert „0“.

		Art der Namensveränderung						
		Gewachsen	Neubenannt	Umbenannt	Rückbenannt	Modifiziert	Weggefallen	∑
Bezirk	I	-	90	12	1	1	14	118
	II	-	78	14	-	-	13[1]	105
	III	-	29	2	-	-	2	33
	IV	-	1	3	-	1	3	8
	V	-	12	21	8	1	30	72
	VI	-	11	7	-	1	8	27
	VII	-	30	3	-	2	5	40
	VIII	-	9	5	1	4	10	29
	IX	-	7	4	-	-	3	14
	X	-	23	-	-	-	-	23
	XI	-	73	3	-	1	4	81
	XII	-	14	-	-	-	-	14
	XIII	-	1	-	-	-	-	1
	XIV	-	87	3	1	-	4	95
	∑	-	465	77	11	11	96	660

Anmerkungen hinsichtlich etwaiger Diskrepanzen zwischen den Werten für *weggefallenen* Straßennamen und der Summe der *Um-*, *Rückbenannten* und *Modifizierten* Straßennamen.
1) Ein weggefallener Straßenname ist ohne Quelleninformation und bleibt daher in der Datenbank unberücksichtigt.

Modifizierte Namen sind außerdem von untergeordneter Bedeutung, das zeigen Abbildung 17 und 18 ebenso. Rückbenannte Namen zeigen eine gleiche Tendenz. Sie sind zwar vorhanden, aber im Verhältnis zum Gesamtwert von 660 Namensveränderungen mit einer Summe von elf Fällen nicht signifikant.

Umso bedeutender wird in diesen Fällen eine qualitative Betrachtung sein, die sich an diese quantitative Erhebung anschließt. Zunächst werden weitere Basisinformationen dargelegt, um im Anschluss an die Beobachtungen der Basis- und Bezugsanalyse erste qualitative Beobachtungen einfließen zu lassen.

Abbildung 18: Absolute Verteilung von *Arten der Namensveränderungen* in Budapest nach Jahr

Quelle: Eigene Erhebung und eigene Darstellung, das Zeichen „ - “ entspricht dem Wert „0“.

		Art der Namensveränderung						
		Gewachsen	Neubenannt	Umbenannt	Rückbenannt	Modifiziert	Weggefallen	∑
Jahr	1918	-	3	17	-	2	19	41
	1919	-	0	6	10	-	16	32
	1920	-	2	1	-	2	3	8
	1921	-	4	7	-	-	6[1]	17
	1922	-	2	1	-	-	1	4
	1923	-	2	4	-	-	4	10
	1924	-	8	4	-	-	4	16
	1925	-	15	3	-	-	3	21
	1926	-	3	2	-	1	2	8
	1927	-	1	1	-	-	1	3
	1928	-	33	4[2]	-	-	3	40
	1929	-	113	14	1	-	15	143
	1930	-	65	6	-	3	8[1]	82
	1931	-	42	4[2]	-	2	6	54
	1932	-	91	1[3]	-	-	1	93
	1933	-	45	1	-	-	1	47
	1934	-	36	1[4]	-	1	3	41
	∑	0	465	77	11	11	96	660

Anmerkungen hinsichtlich etwaiger Diskrepanzen zwischen den Werten für *weggefallenen* Straßennamen und der Summe der *Um-*, *Rückbenannten* und *Modifizierten* Straßennamen.
1) Je ein weggefallener Straßenname ist ohne Quelleninformation und bleibt daher in der Datenbank unberücksichtigt.
2) Je eine Umbenennung führte nicht zum kompletten Weglassen eines anderen Straßennamens.
3) Drei Umbenennungen führten jeweils nicht zum kompletten Weglassen eines anderen Straßennamens.
4) Eine Umbenennung war lediglich die Verlängerung eines bereits bestehenden Straßennamens.

Die Abbildung 19 deutet dafür bereits erste Themenbereiche an, die für eine qualitative Analyse von Bedeutung sein werden. In Abbildung 19 wird die absolute Verteilung der Namensänderungen auf Clusterthemen nach Bezirken und nach Jahren in Budapest ablesbar. Dabei wird eines besonders offenkundig: Clusterbenennungen, im Sinne der im Kapitel zur Methodik vorgenommenen Definition, sind äußerst selten und in ihrem quantitativen Maß kaum relevant. Dennoch existieren immerhin drei Themen, bei denen mehr als nur zwei Verkehrsflächen benannt wurden. Denn bei zwei zusammengehörigen Verkehrsflächen handelt es sich um Namen, bei denen nur der generische

Namensteil variiert wird, der nicht-generische Namensteil jedoch gleich bleibt.

Abbildung 19: Absolute Verteilung der Namensänderungen auf Clusterthemen nach Bezirken und nach Jahren in Budapest.

Quelle: Eigene Erhebung und eigene Darstellung, das Zeichen „ - “ entspricht dem Wert „0“, das Zeichen „ … “ bedeutet eine Auslassung von Bezirken und Jahren, für die keine Daten vorliegen.

		Clusterthemen			
		1848/49er Revolution	Sagen- und Märchenbegriffe	Konservative Revolution 1919	∑
Bezirk	I	1	4	3	8
	⋮				-
	XI	2	-	-	2
	⋮				-
	XIV	-	-	-	-
	∑	3	4	3	10
Jahr	1918	-	--	-	
	⋮				
	1921	-	-	1	1
	⋮				
	1930	-	-	2	2
	1931	3	-	-	3
	⋮				
	1934	-	4	-	4
	∑	3	4	2	10

Nichtsdestotrotz finden sich Themencluster, die jedoch wegen der kleinen Zahl auch lokal und zeitlich beschränkt sind. Sie liegen im I. und XI. Stadtbezirk und werden 1930 bis 1934 eingeführt. Damit sind sie Teil einer deutlich größeren Menge an Namen, die in diesem Zeitraum auf jene Bezirke entfällt. Inhaltlich werden die Themencluster im Anschluss an die Bedeutungsanalyse daher vor allem qualitativ betrachtet. Grundsätzlich zeigen aber zwei von drei Clustern einen recht unmittelbaren politischen Bezug. Der politische Bezug wird erst im dritten Teil des Kapitels VI betrachtet werden, dennoch soll bereits hier auf die Trennung von Cluster und lokal naheliegenden Straßennamen mit übereinstimmendem politischen Bezug hingewiesen werden. Auch weil diese beiden Gruppen nahe beieinander liegen, erfolgt die qualitative Analyse erst nach der Bezugsanalyse. Ungeachtet dessen versucht die Arbeit auch Straßennamenveränderungen hinsichtlich ihrer Reichweite zu betrachten. Dies geschieht besonders mit den Erhebungen in Abbildung 20 und Abbildung 21. Beide Abbildungen zeigen eine absolute Verteilung der Namensveränderungen hinsichtlich der Ortsinformation

Bedeutungsvolle Orte und *Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV)* zum einen je Stadtbezirk (Abb. 20) und zum anderen je Jahr (Abb. 21).

Abbildung 20: Absolute Verteilung der *Namensveränderungen* hinsichtlich der Ortsinformation *Bedeutungsvolle Orte* und *Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV)* je Stadtbezirk in Budapest.

Quelle: Eigene Erhebung und eigene Darstellung, das Zeichen „ … “ bedeutet eine Auslassung von Bezirken, für die keine Daten vorliegen.

		Bedeutungsvolle Orte	**ÖPNV**
Bezirk	I	21	10
	II	11	5
	⋮		
	IV	7	6
	V	48	41
	VI	14	3
	VII	3	3
	VIII	14	7
	IX	2	0
	⋮		
	XI	11	8
	⋮		
	XIV	11	11
	Σ	142	94

Entsprechend der Erhebung je Stadtbezirk ist zunächst festzustellen, dass nicht in allen Stadtbezirken Veränderungen in Verbindung mit hier gemeinten und definierten Orten zusammenfallen. Dennoch können 142 Änderungen an *bedeutungsvollen Orten* lokalisiert werden. 94 sind es an Orten, die an den *ÖPNV* angebunden sind. Werden die Bezirke *en detail* betrachtet, zeigt sich, dass im V. Bezirk mit 48 von 142 Namensveränderungen an *bedeutungsvollen Orten* vorkommen, während immerhin noch 21 im I. Bezirk bedeutende Straßen oder Plätze betreffen. Werden die Veränderungen im Bereich des *ÖPNV* einbezogen, so zeigt sich, dass die signifikant hohen Werte sich wiederholen. Auch hinsichtlich des ÖPNV nimmt der V. Bezirk eine bedeutende Position vor dem I. und de, XIV. Bezirk ein. Die ähnliche Höhe der Werte zwischen *ÖPNV* und *bedeutungsvollen Orten* liegt am ehesten darin begründet, dass wichtige Orte oftmals auch eine Anbindung an das Netz des öffentlichen Personennahverkehrs haben, dies aber nicht zwingend gegeben ist, wie beispielsweise die Werte für den VI. und VIII. Bezirk zeigen. Doch zurück zum V. Bezirk. Die vorherigen Tabellen haben gezeigt,

dass hier 72 Namensveränderungen vorgenommen wurden, vor allem ablesbar in der Abbildung 16. Aus dieser geht auch die zeitliche Bündelung dieser Veränderungen in den Jahren 1918 und 1919 hervor. Wird Abbildung 17 einbezogen, kann gesagt werden, dass ein Großteil der Veränderungen im V. Bezirk keine Neubenennungen sind, sondern Um-, Rückbenennungen sowie Modifizierungen oder Wegfallende Veränderungen. Die sich entsprechend an bedeutenden Plätzen – gegebenen falls mit ÖPNV-Anbindung – lokalisieren lassen. Dem entgegen ist es schwierig für die anderen Bezirke derart deutliche Befunde zu eruieren, vor allem weil in den Bezirken I, XI und XIV die Grundzahl der Veränderungen zu hoch ist. Abbildung 21 bestätigt diesen Eindruck, dass viele der Veränderungen im V. Bezirk an *bedeutungsvollen Orten* beziehungsweise dem *ÖPNV* lokalisierbar sind. Denn die Veränderungen in den Jahren 1918 und 1919 entfallen auf diese Ortseigenschaften. Doch bereits ab 1920 nehmen Benennungen solchen Orten ab.

Abbildung 21: Absolute Verteilung der *Namensveränderungen* hinsichtlich der Ortsinformation *Bedeutungsvolle Orte* und *Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV)* je Jahr in Budapest.

Quelle: Eigene Erhebung und eigene Darstellung.

		Bedeutungsvolle Orte	**ÖPNV**
Jahr	1918	34	28
	1919	26	22
	1920	6	6
	1921	6	5
	1922	1	1
	1923	4	3
	1924	6	2
	1925	3	0
	1926	2	1
	1927	3	2
	1928	3	1
	1929	16	9
	1930	14	4
	1931	6	6
	1932	5	2
	1933	5	2
	1934	2	0
	∑	142	94

Nur 1929/1930 steigen die Werte nochmal an. Dieses abermalige Ansteigen ist vor allem mit den hohen Werten für Veränderungen im Allgemeinen verbunden. Im Jahr 1929 wurden 143 Veränderungen und im Jahr darauf 82 Veränderungen festgestellt. Knapp ein Zehntel dieser Veränderungen in jedem Jahr entfällt auf *bedeutungsvolle Orte* beziehungsweise den *ÖPNV*. Sollen diese Veränderungen im Stadtgebiet lokalisiert werden, wird es wiederum schwierig, da in den betroffenen Jahren in nahezu allen Stadtteilen Namensveränderungen lokalisierbar sind, wie durch Abbildung 16 eingangs bereits deutlich geworden ist.

Insgesamt lässt sich zu Budapest sagen, dass der V. Bezirk eine besondere Rolle spielte. Als politisches Zentrum der Stadt wurden hier kaum Neubenennungen vorgenommen, dennoch entfallen auf die Jahre 1918 und 1919 augenscheinlich hohe Werte auf Straßenveränderungen, die mit den Veränderungswerten hinsichtlich *bedeutungsvoller Orte* und dem *ÖPNV* korrelieren. Bereits in Abbildung 16 können hohe Werte für das Jahr 1929 festgestellt werden. Auch dieses Jahr hat vor allem hinsichtlich der hier zu beobachtenden Veränderungen im nahezu ganzen Stadtgebiet eine ebenso hohe Relevanz für die weiteren Betrachtungen wie jene Veränderungen, die sich in der darauf anschließenden Zeitspanne bis 1934 in den Bezirken I, II, XI und XIV, als tendenziell am Stadtrand beobachten lassen.

2.2 Wien

Im Anschluss an die allgemeinen Betrachtungen zu Budapest folgen nun analog die Betrachtungen zu Wien. Dabei ist bereits zu Beginn auf einige Unterschiede hinzuweisen, ohne jedoch schon konkrete Werte miteinander zu vergleichen. Die Unterschiede sind vielmehr struktureller Natur, denn auch wenn im Folgenden die Bezirke ebenfalls mit römischen Ziffern nummeriert werden, so werden dennoch nur die Wiener Bezirke gemeint sein. Dabei kommt es aufgrund einer anderen Bezirksaufteilung dazu, dass der I. Bezirk in Wien eine andere Bedeutung hat als der gleiche Bezirk in Budapest. Dies zeigten bereits die Karten im Kapitel zur Methodik der Arbeit, wo die städtische Gliederung abgebildet wurde. Der Hinweis ist deswegen bereits zu Beginn dieses Abschnitts zu Wien wichtig, um mögliche Verwechselungen zu vermeiden.

Auftreten können die Verwechslungen bereits in Anbetracht der Abbildung 22. Hierbei handelt es sich, analog zu Budapest um die absolute Verteilung aller *Namensveränderungen* in den Wiener Stadtbezirken gemäß der Bezirksaufteilung aus dem Jahr 1930 nach *Jahr der Veränderung.* Genauso wie im Fall von Budapest sind in dieser Abbildung die bezirksgenaue Lokalisierung von Namensveränderungen ablesbar. Aufgrund dessen, dass auch in diesem Teil kein Vergleich stattfindet, wird erneut mit absoluten Zahlen gearbeitet werden. Dementsprechend ließen sich im gesamten Betrachtungszeitraum für Wien 707 Veränderungen in der Straßennamenslandschaft lokalisieren. Werden zuerst die Jahressummen betrachtet, zeigt sich, dass 1919 die höchste Zahl an Umbenennungen stattfindet und im Anschluss an dieses Jahr die Zeit bis 1930 kontinuierlich Veränderungen vorgenommen werden. Die frühen 1930er Jahre zeigen dann erneut höhere Veränderungszahlen.

Abbildung 22: Absolute Verteilung aller *Namensveränderungen* in den Wiener Stadtbezirken gemäß der Bezirksaufteilung aus dem Jahr 1930 nach *Jahr der Veränderung.*

Quelle: Eigene Erhebung und eigene Darstellung, das Zeichen „ - “ entspricht dem Wert „0“.

Jahr	Bezirk I	II	III	IV	V	VI	VII	VIII	IX	X	XI	XII	XIII	XIV	XV	XVI	XVII	XVIII	XIX	XX	XXI	∑
1918	-	-	-	-	-	2	-	-	-	-	1	6	1	-	-	1	-	2	1	-	2	16
1919	26	23	17	4	2	-	2	-	6	8	-	2	14	2	2	6	2	10	3	11	13	153
1920	-	-	-	-	-	-	-	1	-	-	5	2	3	-	3	7	-	2	1	5	3	32
1921	-	4	-	2	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	2	-	-	-	1	1	-	10
1922	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1	-	13	1	-	-	-	1	-	-	-	8	24
1923	5	4	1	-	2	-	-	-	-	-	-	-	15	-	-	1	5	-	-	-	4	37
1924	-	-	-	-	-	1	-	-	-	2	3	2	12	-	-	-	2	-	2	-	2	26
1925	-	1	-	-	1	-	-	-	6	2	1	2	5	-	2	2	-	5	3	-	2	32
1926	3	-	1	-	-	-	-	-	-	-	3	3	4	-	-	-	-	-	2	-	1	17
1927	-	-	-	2	1	-	1	-	-	-	-	1	4	1	1	11	2	-	6	-	10	40
1928	2	-	1	-	-	-	1	-	-	-	-	3	3	-	-	1	-	1	2	2	6	22
1929	-	-	1	-	-	-	-	2	-	9	-	8	20	-	1	-	2	2	-	3	4	52
1930	-	-	-	-	-	-	1	1	3	9	2	19	23	-	-	1	4	3	7	-	2	75
1931	-	-	1	-	-	-	-	-	-	-	-	1	15	-	-	-	-	2	-	-	2	21
1932	2	3	2	2	-	-	-	-	-	17	4	1	26	-	-	2	2	1	3	-	32	97
1933	-	2	4	-	-	1	-	-	1	-	-	1	1	-	-	1	2	2	8	-	27	50
1934	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	3	-	-	-	-	-	-	-	-	3
∑	38	37	28	10	6	4	5	4	16	48	19	64	150	3	11	33	22	30	39	22	118	707

Auch in den Jahren 1929, 1930, 1932 und 1933 sind die Jahressummen verhältnismäßig hoch. Jedoch besteht innerhalb dieser Jahre und dem Jahr 1919 insofern ein bedeutender Unterschied, als dass 1919 zwar weitestgehend das gesamte Stadtgebiet betroffen ist, jedoch der Schwerpunkt auf dem I. und dem II. Bezirk Wiens liegt. Während bereits 1927 der Schwerpunkt auf den XXI. Bezirk verschiebt, ebenso wie er 1929 auf dem X., dem XIII. Und dem XXI. Liegt. 1930 sind es der XII. sowie der XIII. Gemeindebezirk, die einen Schwerpunkt der Veränderungen in der Straßennamenlandschaft bilden. Ebenso bleiben der X., XIII. und XXI. Bezirk auch 1932 die Bereiche im Stadtgebiet, an dem die Änderungen sich konzentrieren. Ein Jahr darauf finden sich der höchste Wert nunmehr nur noch im XXI. Bezirk.

Diese Tendenz zeigt sich auch, wenn die Bezirkssummen betrachtet werden. Der XIII. Gemeindebezirk und der XXI. Gemeindebezirk Wiens vereinen auf sich die höchsten Veränderungswerte. Würde eine Reihung vorgenommen werden, würde an dritter Stelle der XII. Bezirk kommen, wo jedoch nur 64 Veränderungen vorgenommen wurden gegenüber 118 im XXI. Und 150 im XIII. Bezirk. Aber in allen Bezirken werden über den gesamten Betrachtungszeitraum Veränderungen vorgenommen. Anders als beispielsweise im I., II. oder III. Bezirk, wo die Veränderungen im Jahr 1919 dominieren. In anderen Bezirken wiederum finden über die gesamte Zeit von 1918 bis 1934 kaum Veränderungen statt – vor allem keine statistisch nennenswerten, wenn die Gesamtzahl von 707 Veränderungen berücksichtigt wird. Nachdem die Veränderungen im I. Bezirk recht deutlich auf das Jahr 1919 beschränkt bleiben, aber sich neben diesem Bezirk auch in diversen anderen 1919 Veränderungen lokalisieren lassen, gibt Abbildung 23 Aufschluss darauf, welche Arten der Veränderung, nach Jahr sortiert, vorgenommen wurden.

Dabei zeigt sich ein sehr deutliches Bild: 1919 waren Umbenennungen und die damit korrespondierenden weggefallenen Namen für Verkehrsflächen die dominanten Arten der Veränderung. Denn im ganzen Jahr 1919 wurden lediglich zwei gewachsene Namen eingeführt und sieben weitere Verkehrsflächen benannt.

Abbildung 23: Absolute Verteilung von *Arten der Namensveränderungen* in Wien nach Jahr.

Quelle: Eigene Erhebung und eigene Darstellung, das Zeichen „ - “ entspricht dem Wert „0“.

		Art der Namensveränderung					
		Gewachsen	Neubenannt	Umbenannt	Rückbenannt	Modifiziert	Weggefallen	∑
Jahr	1918	-	12	2	-	-	2	16
	1919	2	8	66	4	2	71	153
	1920	2	26	2	-	-	2	32
	1921	-	2	3	-	1	4	10
	1922	4	18	1	-	-	1	24
	1923	3	30	1	-	1	2	37
	1924	4	22	-	-	-	-	26
	1925	1	19	6	-	-	6	32
	1926	-	10	2	-	1	4[1]	17
	1927	1	33	4	-	-	2[2]	40
	1928	3	11	4	-	-	4	22
	1929	2	44	3	-	-	3	52
	1930	1	66	4	-	-	4	75
	1931	-	18	1	-	-	2[1]	21
	1932	-	92	4[3]	-	-	1	97
	1933	1	38	6[4]	-	-	5	50
	1934	-	3	-	-	-	-	3
	∑	24	450	111	4	5	113	707

Anmerkungen hinsichtlich etwaiger Diskrepanzen zwischen den Werten für *weggefallenen* Straßennamen und der Summe der *Um-*, *Rückbenannten* und *Modifizierten* Straßennamen.
1) Ein weggefallener Straßenname aufgrund Auflassung der Straße für den Bau.
2) Zwei Umbenennungen führten nicht zum kompletten Weglassen je eines anderen Straßennamens.
3) Drei Umbenennungen führten nicht zum kompletten Weglassen je eines anderen Straßennamens.
4) Eine Umbenennung führte nicht zum kompletten Weglassen eines anderen Straßennamens.

Jedoch wird aus Abbildung 23 noch etwas anderes deutlich, nämlich dass die Umbenennungen, Rückbenennungen und Modifizierungen sich mit den dazu gehörigen weggefallenen Straßennamen auf dieses Jahr beschränken und nach 1919 Verkehrsflächen in einem deutlich höheren Maß neubenannt werden als 1919. Es ist hinsichtlich der Gesamtzahl aller Veränderungen im Straßennamenkorpus Wiens die neubenannten Verkehrsflächen der größte Teil. Daneben stehen die weggefallenen und umbenannten Straßennamen als zweit- und drittgrößter Teil hinsichtlich der Veränderungen, die sich aber eben zum größten Teil auf 1919 beschränken. Die Arten der Veränderung, die am wenigsten vorhanden sind, sind die Rückbenennung und die Modifizierung. Veränderungen dieser Art gab es sogar weniger als Einführungen von gewachsenen

Straßennamen. In der hiesigen Abbildung finden sich erneut einige Abweichungen, die durch die Anmerkungen erklärt werden. Besonders der Fall der Umbenennung, der nicht zum Weglassen eines anderen Straßennamens führt, kommt besonders oft vor. Dabei handelt es sich um relative lange Straßen oder Gassen, die über die gesamte Länge einen Namen haben. Wird ein Teil dieser Straße umbenannt, gibt es statistisch nur eine teilweise Umbenennung, das aber nicht verbunden ist mit dem wegfallen eines anderen Namen, da der Rest der Straße den ursprünglich für den gesamten Straßenzug gültigen Namen behält.

Ähnliche Anmerkungen gibt es auch in der Abbildung 24, die die absolute Verteilung von *Arten der Namensveränderungen* nach *Bezirk* in Wien zeigt. Hier ist die verlängernde Umbenennung zu erläutern. Sie führt ebenfalls zu kleinen Diskrepanzen innerhalb der Tabelle. Hier aber in dem Sinne, dass ein Straßenname wegfällt, allerdings kein neuer hinzukommt. Denn der Name, der einführt wird, wird praktisch lediglich verlängert auf einen weiteren Straßenabschnitt, der vorher einen anderen Namen trug. Eine weitere Diskrepanz entsteht durch Namen, die aufgrund einer Flächenumwidmung nicht länger als Verkehrs- sondern als Baufläche verwendet wurden. Ungeachtet der Anmerkungen in Abbildung 24, wird aus der Grafik ersichtlich, dass in allen Bezirken außer dem VIII. Umbenennungen und damit verbundenes Wegfallen von Namen zu finden ist. Jedoch nur im I. Bezirk übersteigt die Zahl der Umbenennung beispielsweise die Zahl der Neubenennung deutlich. Dominierender ist es andersherum, das heißt, dass die einzelnen Bezirkswerte für Neubenennungen die Werte für Umbenennungen übersteigen. Das gilt im besonderen Maß für jene Bezirke, in denen sich eine große Zahl Veränderungen lokalisieren lässt. Hier übersteigen die Neubenennung die umbenannten Straßennamen um ein deutliches – ausgenommen vom I. Bezirk. Der I. Bezirk wie auch einige andere innere Stadtbezirke zeigen auch, dass gewachsene Namen eher in anderen Stadtteilen zu finden sind als in der Umgebung des politischen Zentrums. Letztlich ist die Einführung eines gewachsenen Namens nur eine Form der Neubenennung, die vor allem Randgebiete betrifft. Es sind daher auch die Bezirke XIII und XXI, die den größten Teil aller Neubenennung umfassen. Gleichzeitig spielen andere Arten der Straßennamenveränderungen nur eine untergeordnete Rolle.

Abbildung 24: Absolute Verteilung von *Arten der Namensveränderungen* nach *Bezirk* in Wien.
Quelle: Eigene Erhebung und eigene Darstellung, das Zeichen „ - “ entspricht dem Wert „0“.

Bezirk	Art der Namensveränderung: Gewachsen	Neubenannt	Umbenannt	Rückbenannt	Modifiziert	Weggefallen	∑
I	-	5	14[1]	3	-	16	38
II	-	9	13	-	1	14	37
III	-	6	10	-	-	12[2]	28
IV	-	-	5	-	-	5	10
V	-	2	1	-	1	2	6
VI	-	1	2[1]	-	-	1	4
VII	-	1	2	-	-	2	5
VIII	1	3	-	-	-	-	4
IX	-	5	5[1]	1	-	5	16
X	-	37	6[1]	-	-	5	48
XI	-	16	3[3]	-	-	-	19
XII	4	52	3	-	1	6[2]	66
XIII	8	127	7	-	1	7	150
XIV	-	1	1	-	-	1	3
XV	-	5	2	-	-	4[4]	11
XVI	2	25	3	-	-	3	33
XVII	1	14	2	-	-	3	20
XVIII	2	15	6[1]	-	1	6	30
XIX	1	25	8[3]	-	-	5	39
XX	-	8	7	-	-	7	22
XXI	5	95	9	-	-	9	118
∑	24	452	109	4	5	113	707

Anmerkungen hinsichtlich etwaiger Diskrepanzen zwischen den Werten für *weggefallenen* Straßennamen und der Summe der *Um-*, *Rückbenannten* und *Modifizierten* Straßennamen.
1) Eine Umbenennung führte nicht zum kompletten Weglassen eines anderen Straßennamens.
2) Zwei weggefallene Straßenname aufgrund von Auflassungen der Straßen für den Bau.
3) Drei Umbenennungen führten nicht zum kompletten Weglassen je eines anderen Straßennamens.
4) Ein weggefallener Straßenname aufgrund von Auflassung der Straße für Bau, ein Wegfallen wegen verlängernder Umbenennung.

Die Werte für weggefallene Namen korrespondieren mit jenen für umbenannte Straßennamen. Daher sind sie nicht derart gering, wie die Werte für Modifizierungen und Rückbenennungen. Diese beiden Arten von Namensveränderungen sind in so kleiner Zahl vorhanden, dass es kaum möglich ist, sie generalisierend zu betrachten. Ebenso kommen Modifizierungen im speziellen auch nicht zwingend in jenen Bezirken vor, wo besonders viele Veränderungen lokalisiert werden können. Rückbenennungen lassen sich jedoch

besonders im I. Wiener Bezirk beobachten, die unter Berücksichtigung von Abbildung 23 auch im Jahr 1919 gebündelt sind. Neubenennungen konzentrieren sich aber vor allem in äußeren Bezirken sowie in der zweiten Hälfte der Zeit 1918 bis 1934.

Abbildung 25: Absolute Verteilung der Namensänderungen auf Clusterthemen nach Bezirken und nach Jahren in Wien.

Quelle: Eigene Erhebung und eigene Darstellung, das Zeichen „ - “ entspricht dem Wert „0“, das Zeichen „ … “ bedeutet eine Auslassung von Bezirken und Jahren, für die keine Daten vorliegen.

		Clusterthemen					
		1848er Revolution, Achtund-vierzigerplatz	Naturreferenz, Am Wienerberg	Bauern-aufstände, „Gesiba“-Siedlung	Planeten-cluster, Wolfersberg	Burgtheatercluster, Am Tivoli	∑
Bezirk	I	-	-	-	-	-	
	⋮						
	X	-	3	6	-	-	9
	⋮						
	XII	-	5	-	-	17	22
	XIII	27	-	-	12	-	39
	⋮						
	XXI	-	-	-	-	-	
	∑	27	8	6	12		
Jahr	1918	-	-	-	-	-	
	⋮						
	1923	-	-	-	12	-	12
	⋮						
	1929	18	8	0	-	-	26
	1930	6	-	6	-	16	28
	1931	-	-	-	-	1	1
	1932	3	-	-	-	0	3
	⋮						
	1934	-	-	-	-	-	
	∑	27	8	6	12	17	58

Diese Verdichtung ist auch in Abbildung 25 ersichtlich. Die absolute Verteilung der Namensänderungen auf Clusterthemen nach Bezirken und nach Jahren in Wien zeigt, dass sowohl die äußeren Bezirke (X, XII, und XIII) die städtischen Gebiete sind, wo Clusterthemen zu finden sind. Ebenso konzentrieren sich Clusterthemen vor allem auf den Zeitraum nach 1927. Nur 1923 ist eine Ausnahme. Diese Beobachtung liegt vor allem der Tatsache zugrunde, dass Clusterthemen eine besondere Form von Neubenennung sind. In Wien lassen sich besonders fünf

Clusterthemen beobachten, die als solche auch weitestgehend geschlossen beschlossen wurden.

Trotz dass eine detailliertere, qualitative Betrachtung sich erst später anschließt, sei an dieser Stelle bereits darauf hingewiesen, dass die Cluster dort beschlossen wurden, wo neue Wohnsiedlungen entstanden oder projektiert waren. Die größte Siedlung, die mit einem Clusterthema verbunden ist, ist jene rund um den „Achtundvierzigerplatz“ im XIII. Bezirk Wiens, die auch ein Beispiel dafür ist, dass sich das Siedlungsgebiet noch vergrößerte, Straßen im Laufe des Betrachtungszeitraumes drei Mal in diesem Bereich angelegt wurden. Einzig in der Siedlung „Am Tivoli“, die zum größten Teil 1930 benannt wurde, kam ein Jahr darauf noch ein weiterer Name hinzu. Diese beiden Themencluster sind auch die zahlenmäßig größten, wenn die Anzahl der Namen betrachtet wird. Während das Thema der „Bauernaufstände“ sowie die gebündelten Naturverweise „Am Wienerberg“ eher kleine Cluster sind. Das Themencluster eher im Bereich äußerer Bezirke zu finden sind, besonders wenn sie größere Straßen umfassen, liegt am Charakter einer solchen Clusterbenennung als Neubenennung. In inneren Stadtbezirken dominieren Umbenennungen, wie bereits Abbildung 24 zeigte.

Daher sind neubenannte Clusterthemen kaum an *bedeutungsvollen Orten* zu finden. Ebenso wenig werden sie eine Rolle für das *ÖPNV*-Netz spielen. Auch hier spielen die zentralen Stadtbezirke eine weit wichtigere Rolle wie aus Abbildung 26, der absoluten Verteilung der *Namensveränderungen* hinsichtlich der Ortsinformation *Bedeutungsvolle Orte* und *Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV)* je Stadtbezirk in Wien, deutlich wird. Mit 36 Veränderungen an bedeutungsvollen Orten und 26 ÖPNV-nahen Veränderungen im I. Bezirk finden sich hier die höchsten Werte, wobei auch der II. Bezirk sehr hohe Werte hat, wohingegen das für alle anderen Bezirke nicht zutrifft.

Dies liegt vor allem an der Lage der Bezirke, die oftmals politisch oder ökonomisch bedeutende Orte umfasst, entsprechend der Definition eines bedeutungsvollen Ortes. Unterdessen finden sich Straßennamenveränderungen in den anderen Bezirke, die im Wert sowohl begründet sein können durch die hohen Veränderungswerten an sich, jedoch auch im Zusammenhang mit zeitabhängigen Beschlüssen stehen können. Darüber Aufschluss gibt die Abbildung 27.

Abbildung 26: Absolute Verteilung der *Namensveränderungen* hinsichtlich der Ortsinformation *Bedeutungsvolle Orte* und *Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV)* je Stadtbezirk in Wien.

Quelle: Eigene Erhebung und eigene Darstellung.

		Bedeutungsvolle Orte	ÖPNV
Bezirk	I	36	26
	II	25	13
	III	13	4
	IV	8	4
	V	2	2
	⋮	-	-
	VII	4	4
	VIII	1	0
	IX	10	7
	X	4	3
	XI	4	2
	XII	2	-
	XIII	14	8
	⋮	-	-
	XV	3	3
	XVI	6	4
	XVII	2	2
	XVIII	6	-
	XIX	12	7
	XX	10	8
	XXI	3	1
	∑	165	98

Aus der Abbildung 27 wird ersichtlich, dass die Veränderungen an *bedeutungsvollen Orten* sowie hinsichtlich des *ÖPNV* im Jahr 1919 geschehen. Jenem Jahr, in dem von 152 Veränderungen 70 Umbenennungen und 67 wegfallende Straßennamen sind und sich die Veränderungen dieses Jahres über das gesamte Stadtgebiet erstrecken, sind 91 Veränderungen in der Straßennamenlandschaft verbunden mit *bedeutungsvollen Orten* und 67 mit dem *ÖPNV*.

Damit entfallen zwei Drittel der Veränderungswerte dieser beiden Charakteristika des gesamten Betrachtungszeitraumes auf das Jahr 1919. Damit rückt für Wien der I. Bezirk in einen besonderen Fokus, hier findet sich bis gegen Ende der 1920er Jahre der größte Veränderungswert.

Abbildung 27: Absolute Verteilung der *Namensveränderungen* hinsichtlich der Ortsinformation *Bedeutungsvolle Orte* und *Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV)* je Jahr in Wien.

Quelle: Eigene Erhebung und eigene Darstellung.

		Bedeutungsvolle Orte	ÖPNV
Jahr	1918	3	0
	1919	91	67
	1920	2	1
	1921	6	0
	1922	2	0
	1923	10	0
	1924	0	0
	1925	11	5
	1926	5	5
	1927	5	6
	1928	8	5
	1929	4	3
	1930	7	4
	1931	5	0
	1932	5	1
	1933	1	1
	1934	0	0
	∑	165	98

Es dominieren Umbenennungen und damit korrespondiere wegfallende Straßennamen, die sich im ganzen Stadtgebiet finden und zu einem großen Teil an bedeutungsvollen Orten. Dem entgegenstehen die Veränderungswerte ab Ende der 1920er Jahre, wo besonders hohe Werte für Neubenennung auftreten. Diese Änderungsart ist auch die dominante Form der Veränderung während der restlichen 1920er Jahre. Besonders im XI., XIII. und XXI. Bezirk finden sich diese Neubenennung, mit denen auch größere Themencluster eingeführt werden.

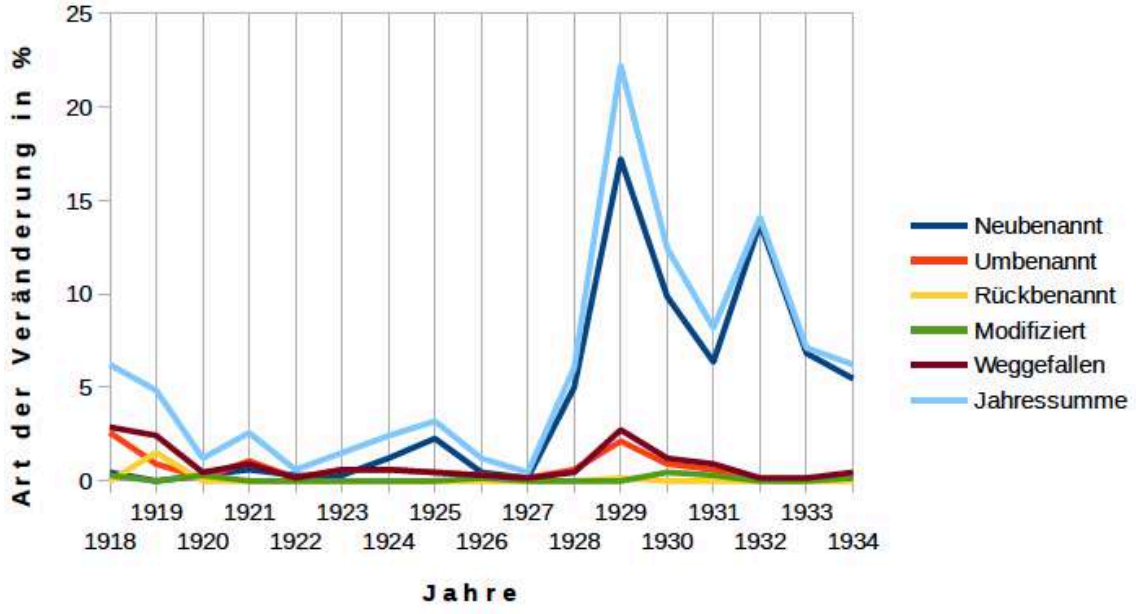
2.3 Vergleich

Ausgehend von diesen Grunddaten lassen sich bereits einige Vergleiche anstellen, die ähnliche sowie unterschiedliche Tendenzen in beiden Städten zeigen. Zunächst soll auf die Arten der Straßennamenveränderungen eingegangen werden. Abbildung 28 zeigt zu diesem Zweck zunächst die relative Verteilung der *Arten der*

Namensveränderung pro Jahr in Budapest. Ebenso ist aus dieser Grafik die jeweilige Jahressumme ablesbar. An der hiesigen Grafik lassen sich sehr deutlich die zeitlichen Schwerpunkte von Veränderungsprozessen ablesen, die im Jahr 1929 und 1932 liegen, wobei die Neubenennungen ab 1927 alle anderen Veränderungsarten übersteigen, während bis einschließlich 1921 die Prozesse der Umbenennung und des Wegfallens überwiegen. Wird diese zeitliche Entwicklung der Veränderungsprozesse Budapests mit jener Wiens, , die in Abbildung 29 dargestellt ist, verglichen, dann zeigt sich ein teilweise anderes Bild. Denn die Abbildung, der die relative Verteilung der *Arten der Namensveränderung* pro Jahr in Wien entnommen werden kann, zeigt keinen so signifikanten Hochpunkt wie er in Budapest 1929 vorhanden ist. Vielmehr wird deutlich, dass die Veränderungen immer wieder ein „auf und ab“ haben und bereits ab 1920 ein gewisses Grundniveau an Veränderungen, konkret Neubenennungen, nicht mehr unterschritten wird, sondern sich ab 1927 aller zwei Jahre erhöht. Doch ähnlich wie in Budapest dominieren auch in Wien zu Beginn des Betrachtungszeitraumes das Wegfallen und Umbenennen von Straßennamen, was allerdings ab 1920 auf ein deutlich geringeres Maß zurückfällt als in Budapest, wo 1929 nochmals ein erhöhter Wert für diese Arten der Namensveränderungen beobachtbar ist.

Abbildung 28: Relative Verteilung der *Arten der Namensveränderung* pro Jahr in Budapest, bezogen auf die Gesamtzahl der Namensveränderungen inklusive der Jahressumme aller Veränderungen je Jahr.

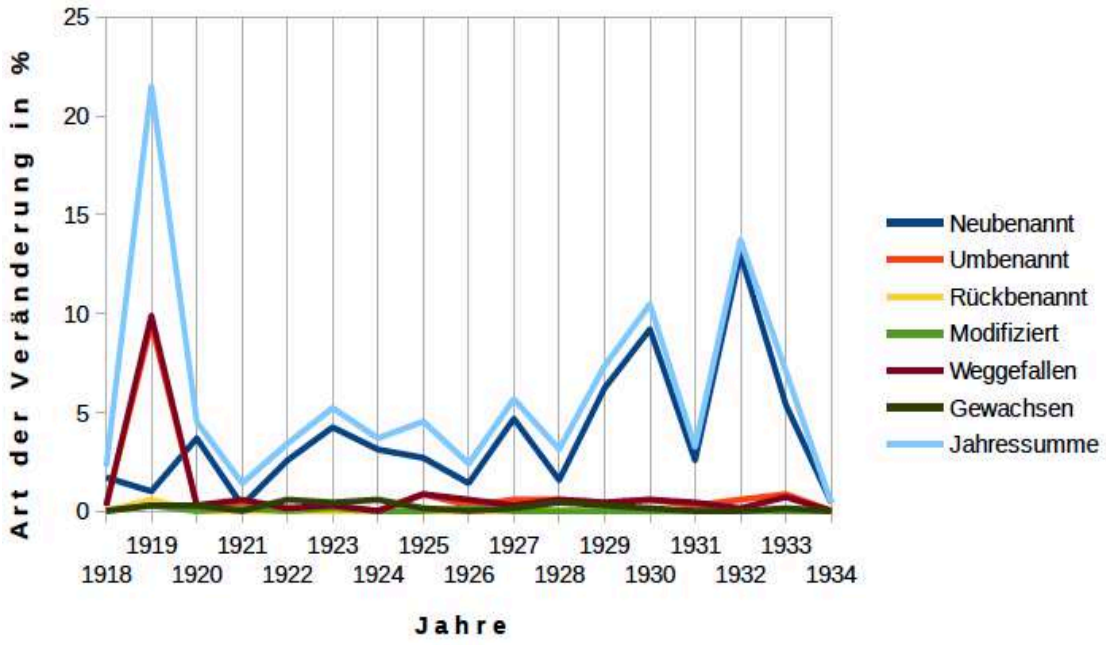
Quelle: Eigene Erhebung und eigene Darstellung.



Werden neben den Neubenennung, Umbenennungen und dem Wegfallen die anderen Arten betrachtet, wird deutlich, dass auch Modifizierungen und Rückbenennungen kaum eine große Rolle spielen. Beide Arten finden sich vor allem zu Beginn des Betrachtungszeitraumes.

Abbildung 29: Relative Verteilung der *Arten der Namensveränderung* pro Jahr in Wien, bezogen auf die Gesamtzahl der Namensveränderungen inklusive der Jahressumme aller Veränderungen je Jahr.

Quelle: Eigene Erhebung und eigene Darstellung.

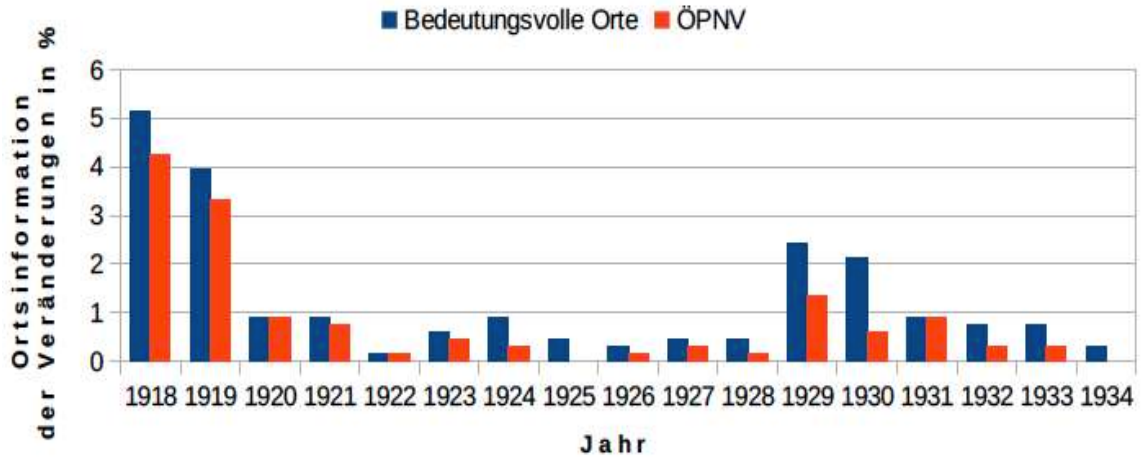


Jedoch ist der Wert für Rückbenennung in Budapest 1919 deutlich höher als in Wien. Weshalb das so ist, wird später erläutert. Werden die Gewachsenen Namen betrachtet, ist bereits aus den Werten für Budapest auf den vorangegangenen Seiten deutlich geworden, dass hier aufgrund der Quelleninformation keine Daten erhoben werden konnten, weshalb einzig für Wien festzustellen sei, dass diese Art der Veränderung immerhin punktuell, nämlich 1922 bis einschließlich 1924, Umbenennungen und weggefallene Namen übersteigt. Für Budapest kann nur angenommen werden, dass a) ebenso gewachsene Namen in die Umbenennungsprozesse eingeflossen sind und b) der Wert hinsichtlich anderer Arten ebenso gering ausfällt. Allerdings können diese Annahmen nicht weiter verfolgt werden und müssten andernorts untersucht werden. Wird jedoch der Fokus auf konkrete Orte oder Ortscharakteristika gelegt, zeigt Abbildung 30 mit der relativen Verteilung der *Namensveränderungen* hinsichtlich der Ortsinformation

Bedeutungsvolle Orte und *Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV)* je Jahr in Budapest, dass die festgestellten Veränderungen in den Jahren 1918 und 1919, wo umbenannte, rückbenannte und weggefallene Straßennamen dominieren, dass dies in besonderem Maß an *bedeutungsvollen Orten* und Orten mit Verbindung zum *ÖPNV* geschieht.

Abbildung 30: Relative Verteilung der *Namensveränderungen* hinsichtlich der Ortsinformation *Bedeutungsvolle Orte* und *Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV)* je Jahr in Budapest, bezogen auf die Gesamtzahl der Namensveränderungen.

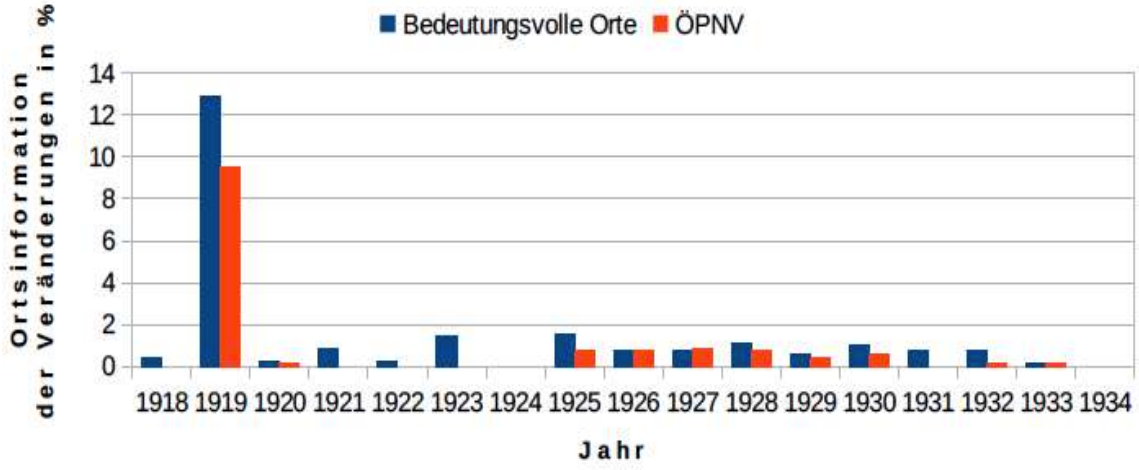
Quelle: Eigene Erhebung und eigene Darstellung.



Dieses Muster lässt sich in Wien ebenso beobachten, was Abbildung 31 zeigt. Die Veränderungen jener Jahre sind in gleichem, signifikantem Maß wenn aber auch nicht mit gleichen Werten an bedeutungsvollen Orten sowie Orten mit ÖPNV zu suchen. Wobei jedoch in Budapest tendenziell Straßennamen an bedeutungsvollen Orten oder Teile des ÖPNV eher Örtlichkeiten mit einer Veränderung charakterisieren.

Abbildung 31: Relative Verteilung der *Namensveränderungen* hinsichtlich der Ortsinformation *Bedeutungsvolle Orte* und *Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV)* je Jahr in Wien, bezogen auf die Gesamtzahl der Namensveränderungen.

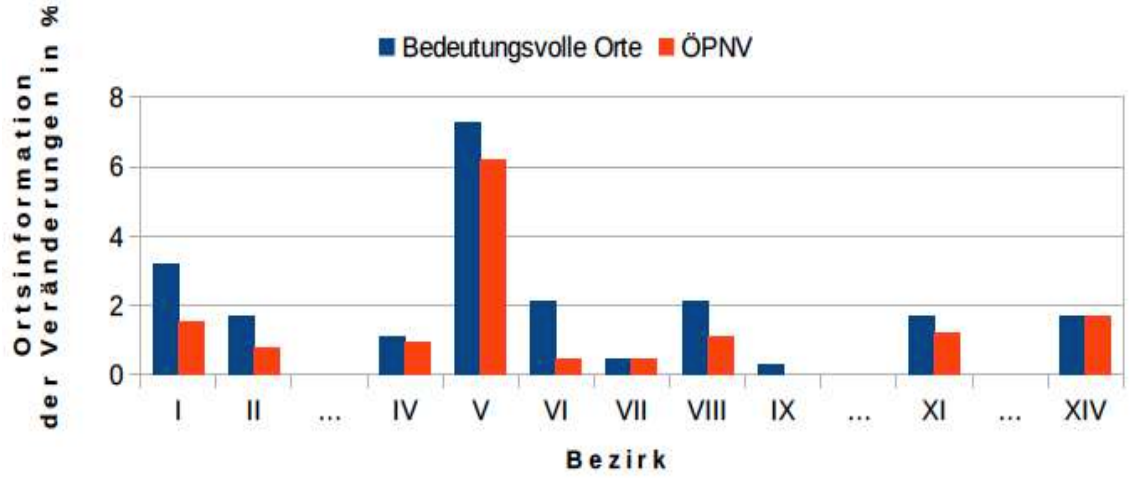
Quelle: Eigene Erhebung und eigene Darstellung.



Da diese Ortsinformationen eher mit eng strukturierten Stadtzentren verbunden sind, zeigen auch Abbildung 32 und Abbildung 33 große Ähnlichkeiten. In beiden Abbildungen sind die relativen Verteilungen der *Namensveränderungen* hinsichtlich der Ortsinformation: *Bedeutungsvolle Orte* und *Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV)* je Stadtbezirk dargestellt.

Abbildung 32: Relative Verteilung der *Namensveränderungen* hinsichtlich der Ortsinformation *Bedeutungsvolle Orte* und *Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV)* je Stadtbezirk in Budapest, bezogen auf die Gesamtzahl der Namensveränderungen.

Quelle: Eigene Erhebung und eigene Darstellung, das Zeichen „ … “ bedeutet eine Auslassung von Bezirken, für die keine Daten vorliegen.

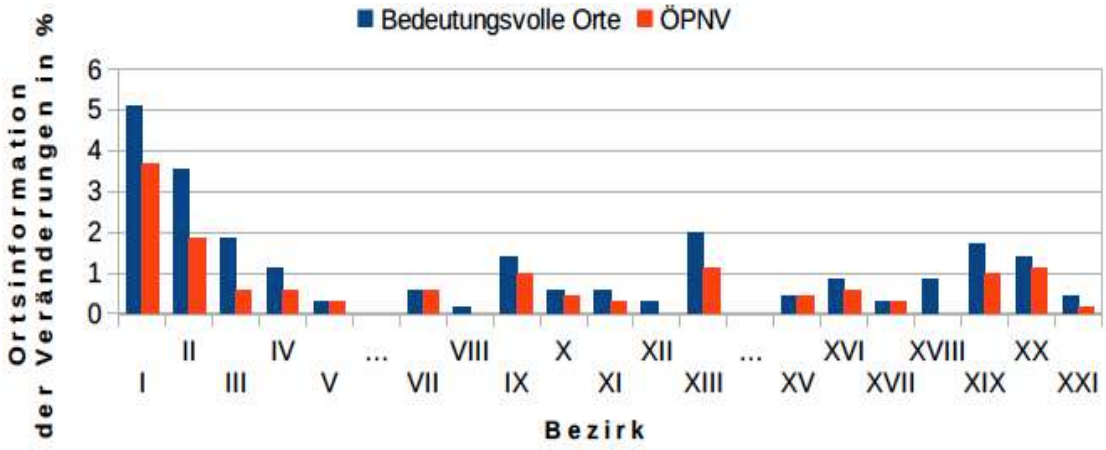


In Abbildung 32, jener zu Budapest, zeigt sich im V. Bezirk eine Häufung. Abbildung 33 zu Wien zeigt vor allem im I. und II. Bezirk eine deutliche Häufung

von Veränderungen in der Umgebung *bedeutungsvoller Orte* oder dem *ÖPNV*. Besonders der I. Bezirk in Wien sowie der V. Bezirk in Budapest sind die politisch zentralen Bezirke für die jeweiligen Städte.

Abbildung 33: *Relative Verteilung der Namensveränderungen* hinsichtlich der Ortsinformation *Bedeutungsvolle Orte* und *Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV)* je Stadtbezirk in Wien, bezogen auf die Gesamtzahl der Namensveränderungen.

Quelle: Eigene Erhebung und eigene Darstellung, das Zeichen „ … “ bedeutet eine Auslassung von Bezirken, für die keine Daten vorliegen.



Es muss berücksichtigt werden, dass die Werte in Budapest für den V. Bezirk etwas höher sind als in Wien für den I. Bezirk. Der Grund dafür liegt in der Verteilung insgesamt. Denn während sich die Änderungen an bedeutungsvollen Orten in Budapest stark konzentrieren, können sie in Wien in allen Stadtgebieten gefunden werden. Was vor allem mit dem großen Umbenennungsbeschluss von 1919 verbunden ist. Bestätigt wird dies durch die Verteilung im Betrachtungszeitraum, wo sich diese Änderungen an wichtigen Orten in der Stadt für Wien vor allem in der Anfangszeit häufen. Für Budapest lässt sich eine solche Folge nicht beobachten, da hier nochmals 1929 Orte mit höherer Bedeutung für die Stadt und den Verkehr eine Änderung erfahren.

Neben den in diesem Teilkapitel sehr deutlich gewordenen Gemeinsamkeiten und Unterschieden hinsichtlich der grundlegenden Basisinformationen von Veränderungen in der Straßennamenlandschaft gilt es noch auf einige andere Punkte hinzuweisen, die zuvor in den Einzelbeschreibungen teilweise deutlich geworden sind. So sind Themencluster in Wien deutlich häufiger vorhanden als in Budapest, wo sie keine signifikante Rolle spielen. Inwiefern das mit Gruppen von

Straßennamen sein wird, die einen gleichen Bezug haben, wird sich anschließend zeigen. Ebenso ist aus den vorangegangenen Beschreibungen deutlich geworden, dass Randbezirke grundsätzlich durch Neubenennungen geprägt sind. Dies gilt für beide Städte in hohem Maß, auch wenn die zeitliche Aufteilung von dieser Änderungsart in den beiden Städten jeweils voneinander abweicht. Insgesamt lassen sich daher zunächst folgende Gemeinsamkeiten feststellen. Zuerst, dass hinsichtlich der Arten der Veränderung, die umbenannten, rückbenannten, modifizierten sowie weggefallenen Namen sich besonders zu Beginn des Betrachtungszeitraumes häufen. Zum zweiten häufen sich die Neubenennungen spätestens ab Mitte des Betrachtungszeitraumes besonders in den Außenbezirken. Als dritten Punkt lässt sich kurz festhalten, dass bedeutungsvolle Orte und ÖPNV-angebundene Verkehrsflächen besonders in den Stadtzentren sowie zu Beginn des Betrachtungszeitraumes vorkommen, jedoch in beiden Städten die Werte gegen Ende des Betrachtungszeitraumes kleiner werden. Wesentliche Unterschiede sind hinsichtlich der verschiedenen Bedeutung von Clusterthemen ebenso festzustellen wie hinsichtlich der genaueren zeitlichen Verteilung von Neubenennungen, die in Wien eher kontinuierlich und in Budapest vor allem gegen Ende des Betrachtungszeitraumes enorm ansteigen.

3. Beobachtungen aufgrund der Bezugsinformationen unter Berücksichtigung der Basisinformation

Nachdem nun die grundlegenden Daten über die Veränderungen von Straßennamen erhoben und beschrieben wurden, geht es in diesem Teilkapitel darum, welche Auswirkungen diese Entwicklungen hinsichtlich der allgemeineren Bezüge hatten. Dabei werden die bisher dargelegten Basisinformationen ebenso eine Rolle spielen. Vor allem die Lokalisierungen innerhalb der Stadt sowie die Jahre und auch die Arten der Veränderungen werden als Kategorien weiterhin bedeutend sein, um die Bezugsanalyse mit dem vorherigen Teilkapitel zu verbinden. Darüber hinaus werden innerhalb der Beschreibung der Informationen zu den Bezügen erste qualitative Betrachtungen einfließen. Im Vordergrund stehen daher vor allem allgemeine konnotative Schwerpunkte innerhalb der Stadtgebiete. Die quantitativen Daten werden außerdem – soweit möglich – mit konkreten und relativ gut überlieferten qualitativen Beispielen ergänzt. Alles in allem werden in diesem Kapitel zu den Bezugsinformationen folgende Fragen eine Rolle spielen: Welche Bezüge haben die Veränderungen der Straßennamen in den einzelnen Jahren, beziehungsweise in den einzelnen Stadtbezirken. Wie fallen Bezüge mit bestimmten Arten der Veränderung zusammen? Welche geografischen und politischen Bezüge lassen kommen besonders stark vor, wann, wo und in Verbindung mit welcher Veränderungsart? Gleiches gilt es für die historische Tiefe und die weiteren Bezüge zu erfragen.

3.1 Budapest

3.1.1 Fallbeispiel: Ajtósi Dürer – Budapest // Albrecht Dürer – Nürnberg

„Az elnök lelkes szavak kiséretében terjeszti elő az utcaelnevezésre alakitott bizottság javaslatáta, rámutatva arra, mennyire fontos egy kis nemzet életében a nemzetközi kapcsolatoknak megtteremtése, ápolása és erősitése.“[1507] Vorgestellt wurde der Vorschlag, Straßen im Stadtgebiet Budapests die Namen Nürnberg und

1507 Eigene deutsche Übersetzung: „Der Vorsitzende präsentierte mit begeisterten Worte im Geleit des Komitees für Straßenbenennung den gebildeten Vorschlag, unter Hinweis darauf, dass im Leben einer kleinen Nation der Aufbau, die Pflege und Stärkung der internationalen Beziehungen Bedeutung hat.“ HU BFL, Fővárosi Közmunkák Tanácsa, Sitzung vom 12. November 1929, II.1.a., Beschlussnummer 13526/1929.

Ajtósi Dürer zu geben. Beide Namen haben einen europäischen Bezug. Ihr politisch-geografischer Bezug ist jeweils *Deutsch*. Wobei bereits die vorgeschlagene Bezeichnung Ajtósi Dürer zeigt, dass der politisch-geografische Bezug keinesfalls eindeutig sein muss. Allerdings steht der hier zu erinnernde Albrecht Dürer in einer der damaligen Wahrnehmung in einer engen Verbindung mit dem Deutschen Reich, er wird im Beschluss als „a magyar származásu hirneves német festőről“ [1508] bezeichnet. Denn die Benennung steht in engem Zusammenhang mit der in diesem Zeitraum stattfindenden ungarischen Woche in Nürnberg und den Beziehungen der Städte untereinander sowie den betroffenen Staaten miteinander. Schließlich befindet sich auch der damalige Bürgermeister Nürnbergs, Hermann Luppe, zum Zeitpunkt des Beschusses in Budapest.[1509] In einem Brief an besagten Hermann Luppe bringt der Stadtrat seine Freude über die Kooperation zum Ausdruck:

„Mélyen tiszelt Föpolgármester Úr! Az a meleg baráti érzés, az a szimpátis, mely a nemes német nép és a magyarság között fennáll, ujabb fényes bizonyitéskát találja Főpolgármester ur és illusztris társainak Budapesten való megjelenében. A Fővárosi Közmunkák Tanács is hazafias örömel és lelkesedéssel van eltelve a nürnbergi héten megnyilatkozó ujabb baráti kapcsolatok oly szives kicserélésétől. […]“[1510]

Im Brief folgen die Bekanntgabe des Beschlusses und respektvolle Grüße.[1511] Das Schreiben liegt zwar nicht vor, allerdings ein entsprechender Abdruck im Sitzungsprotokoll der Ratssitzung vom 12. November 1929. Diese Zeilen zeigen zunächst sehr deutliche politische Äußerungen gegen Ende der 1920er Jahre. Ziel dieses Beispiels sowie der kommenden Darstellung von Bezugsinformationen ist es, die Basisinformation um Bezüge der Veränderungen zu ergänzen und konkrete Anknüpfungspunkte zu liefern. Die Erinnerung an Albrecht Dürer und die Verbindung mit Nürnberg zeigen vor allem die Hauptstadt Ungarns als einen

1508 Eigene deutsche Übersetzung: „der berühmte deutsche Maler ungarischer Abstammung.“ HU BFL, Fővárosi Közmunkák Tanácsa, Sitzung vom 12. November 1929, II.1.a., Beschlussnummer 13526/1929.

1509 Vgl.: HU BFL, Fővárosi Közmunkák Tanácsa, Sitzung vom 12. November 1929, II.1.a., Beschlussnummer 13526/1929.

1510 Eigene deutsche Übersetzung: „Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Ein warmes, freundliches Gefühl der Sympathie, das zwischen dem edlen deutschen und ungarischen Volk besteht, findet ein neuerliches glanzvolles Zeugnis durch den erwarteten Besuch Herr Oberbürgermeister und illustre Gesellschaft in Budapest erwarteten Besuch. Auch der Fővárosi Közmunkák Tanács ist erfüllt von vaterländischer Freude und Begeisterung wegen des neuerlichen freundschaftlichen Bandes und Austausches auf der angekündigten Nürnberger Woche. […].“ HU BFL, Fővárosi Közmunkák Tanácsa, Sitzung vom 12. November 1929, II.1.a., Beschlussnummer 13526/1929.

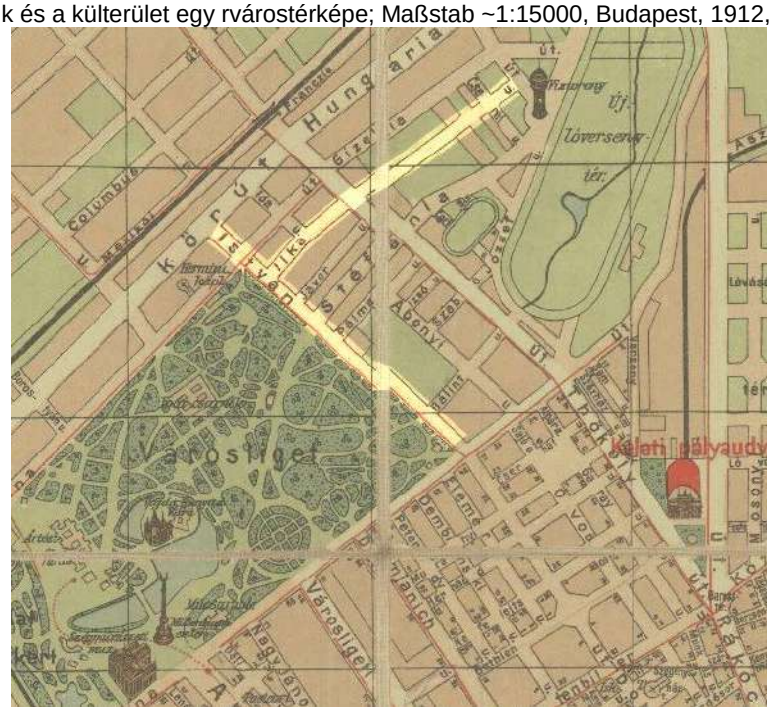
1511 Vgl.: HU BFL, Fővárosi Közmunkák Tanácsa, Sitzung vom 12 November 1929, II.1.a., Beschlussnummer 13526/1929.

bedeutenden Ort für internationale Verbindungen. Diese Internationalität zeigt sich am deutlichsten im geografischen und im politisch-geografischen Bezug. Beide Veränderungen sind Umbenennungen aus dem Jahr 1929. Sowohl die Ajtósi Dürer utca als auch die Nürnberg utca führen zum wegfallen anderer Straßen. Für die Nürnberg utca fällt die Ilka utca weg und für die Ajtósi Dürer utca wird ein Teil István utca umbenannt.

Beide Namen, die wegfallen haben keine konkreten Bezüge, sondern beinhalten lediglich ungarische Personennamen. Die Straßen, die von den Namensveränderungen betroffen sind, liegen im 14. Bezirk, jedoch an recht viel benutzten Orten mit Anbindung an den Öffentlichen Personennahverkehr, wie es in Abbildung 34 erkenntlich ist.

Abbildung 34: „Ilka utca“, später „Nürnberg utca“ & „István utca“, später „Ajtósi Dürer utca“, 1912. „Ilka utca“ und „István utca“.

Quelle: Eigene Hervorhebung, Ausschnitt selbst aus Quelle erstellt. Kartenqulle: HU BFL, Pharus Litográfiai Intézet: Budapest belterületének és a külterület egy rvárostérképe; Maßstab ~1:15000, Budapest, 1912, XV.16.e.251/173.

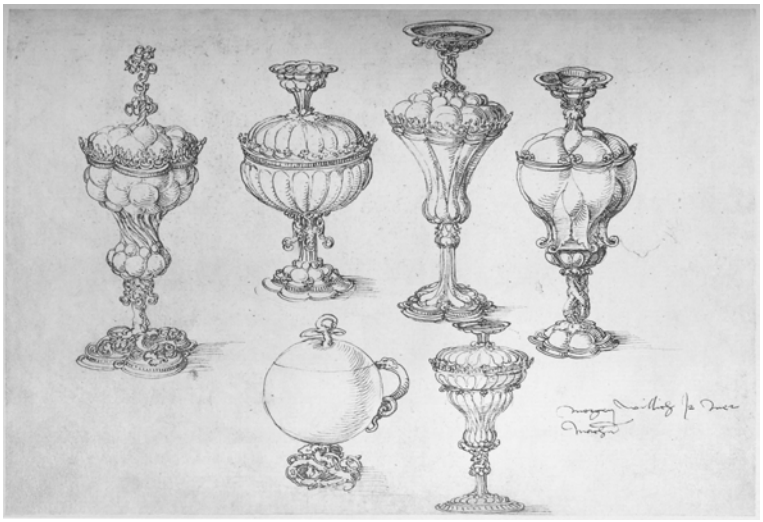


Dabei kann Dürer selbst vor allem als Symbol gesehen werden für die damals wohl weniger stark reflektierten Verbindungen zwischen Ungarn und Bayern auf künstlerische Ebene. Diese waren relativ vielfältig und führten zu interessanten Transfers. Als Zeichner und Maler aktiv, griff Dürer unter anderem die Form der Buckelpokale auf, so zu sehen in Abbildung 35. Diese Gefäße fanden jedoch bereits vor seinem Aufenthalt in Nürnberg weite Verbreitung. Als Geschenk bei

diplomatischen Missionen in Europa besaßen diese Pokale bereits Ende des 15. Jahrhunderts eine hohe Wertigkeit. Skizzen von Dürer aus dem frühen 16. Jahrhundert zeigen die Anfänge einer Entwicklung, wo aus dem Buckelpokal ein Glockenblumenpokal entsteht, der durch die Spätgotik geprägt wurde. Dürers Skizzen in Abbildung 35 mögen auch Vorbild gewesen sein, als die Goldschmiedeordnung und die Meisterordnung Nürnbergs Anfang der 1530er Jahre verändert wurden und einer seiner Skizzen sehr genau die Form zeigt, die später in diesen Ordnungen als Prüfungsaufgabe vorgegeben wurde: es galt ein Gefäß entsprechend „ein trinckgeschirr, seines Namens ein Ageley-Plumen von Silber von fremden Patronen“ [1512] zu fertigen. Im Laufe des 16. Jahrhunderts verbreitete sich diese Aufgabe „[...] und im Jahre 1588 mußte der aus Böhmen stammendes Goldschmied Christoph Kiniger auch dem Rat der Stadt Ödenburg einen Agleybecher als Meisterwerk vorlegen.“[1513]

Abbildung 35: Entwürfe von Glockenblumenpokalen von Albrecht Dürer

Quelle: Tafel 156 in: Bruck, Robert: Das Skizzenbuch von Albrecht Dürer in der kgl. Öffentlichen Bibliothek zu Dresden; Straßburg, 1905.



Jener Kiniger war es, der in Ödenburg jenes Trinkgefäß erneut bei Gründung der dortigen Zunft als Meisterprüfung festlegte und zwar, „[d]aß Meister Stückh aber wird genannt ein solch Trinkhgeschirr, so der Nürnberger Meisterstückh

1512 Nürnberger Goldschmiedeordnungen von 1931 und 1935 zitiert nach Braun-Troppau, Edmund W.: Agleybecher (Ackleybecher); in: Schmitt, Otto (Hrsg.): Reallexikon zur deutschen Kunstgeschichte. Band 1. A-Baubetrieb; Stuttgart, 1937, S. 206-212, hier S. 207.

1513 Bogyay, Thomas von: Bayern und die Kunst Ungarns; Studia Hungarica. Schriften des Ungarischen Instituts München 1, München, Zürich, 1964, S. 16.

nachgemacht wird, wie auss derselben Visir zu sehen […].“[1514] Während des 16. Jahrhunderts verbreiteten sich diese Gefäße allerdings sehr weit, „Glockenblumenpokale galten als Nürnberger Spezialität“ [1515]. Augsburg war unterdessen noch deutlich produktiver hinsichtlich dieser Art von Kunst und entsprechend bedeutender als Nürnberg, wodurch es aber auch in die Rolle des Vermittlers jener Techniken und Objekte kam, die auch in Nürnberg gefertigt wurden. So gelangten auch über Augsburg einige dieser Gefäße unter anderem nach Ungarn.[1516] Das ist allerdings nur ein kleines Beispiel Dürers Rolle als Künstler. Dennoch zeigen diese Bedeutungsinformationen, die hier ergänzend zu Bezugsinformationen einfließen, worauf sich die Stadt mit dieser Benennung hätte beziehen können. Doch Dürer wird mehr als verbindendes Element zweier Städte oder Staaten gesehen und die Feierlichkeiten im November 1929 sind Folge einer regelmäßigen Begehung des Dürer-Tages, was während des gesamten 19. Jahrhunderts geschah und am 20. Mai 1815 in Rom bei Nazarenern[1517] begann. 1828 wurde auch sein Todestag gefeiert – Dürer verstarb in der Karwoche. Doch bereits zuvor gab es viele Situationen, in denen er geehrt oder ihm gedacht worden ist. Der Grund dafür mag in seinen zu Lebzeiten gut dokumentierten und verbreiteten Grafiken liegen. Bereits bevor er 35 Jahre alt war, wurden seine Werke in großer Zahl gefälscht und ihm zu Ehren fand zu seinen Lebzeiten in Antwerpen ein Bankett statt, dass ihn bewegen sollte, in der Stadt länger zu leben. Die Graböffnung nach seiner Bestattung durch junge Künstler, die damit einen römisch-antiken Ritus aufgriffen, der in der Renaissance wieder aufkam und die Locke Dürers, die durch verschiedene Künstlerhände wanderte, bis sie in Wien „in einem silbergefaßten 'Reliquiar' zu Ruhe kam“ zeigen die Bedeutung dieses Künstlers. Aufgrund seines lutherischen Glaubensbekenntnisses sowie seiner Arbeiten für die katholische Kirche wurde er auch konfessionsunabhängig gelobt. Der bayrische Kurfürst Maximilian I. von Bayern sammelte die Kunst Dürers ebenso wie Kaiser Rudolf II oder wie sie in spanischen Kunstschulen anstatt

1514 Csatkai, André: Ödenburger Goldschmiede im Zeitraum XV-XIX. Jahrhundert; Ödenburg (Sopron), 1931 zitiert nach Bogyay, Bayern, S. 16.

1515 Bogyay, Bayern, S. 16.

1516 Vgl.: Bogyay, Bayern, S. 16-17.

1517 Vgl.: Hutchinson, Jane Campbell: Albrecht Dürer. Eine Biographie; Aus dem Englischen übersetzt von Eva Gärtner; Frankfurt am Main, New York, 1994, S. 239.

lebender menschlicher Modelle verwendet wurden.[1518]

Neben dieser Berühmtheit mag es auch eine Selbstbezeichnung sein, die ihm in der Folgezeit einen relativ klaren Bezug zu geben scheint. Denn Albrecht Dürer unterzeichnete eines seiner Kunstwerke, das Rosenkranzfest, das er für die Kirche der deutschen Gemeinde in Venedig schuf, mit „Albertus Durer Germanus“[1519] – allerdings im Sinne der Renaissance – und nicht in jenem Sinn, wie es später um 1815 verstanden werden mochte – auch durch die Nazarener – dass ein „emotionale[r] Aufrug zu einer Rückkehr zu wahrhaft nationaler deutscher Kunst“[1520] notwendig sei. Schließlich war der 20. Mai 1815 auch der Beginn des Wiener Kongresses und als solcher eine Möglichkeit eine politische Einigung deutscher Staaten zu vollbringen – so schienen die Hoffnungen.[1521] Ein Jahr darauf begann in Nürnberg der Dürer-Verein seine Arbeit als eine Initiative zum Denkmalschutz, die auch andernorts begonnen wurde. Der Verein kaufte alsbald das Haus Dürers und pflegte sein Grab. Der Johannestag wurde zum Gedenken an Dürer genutzt. Ab seinem 300. Todestag, der sich 1828 jährte, „brach eine nationale 'Epidemie' von Dürerfeiern in Nürnberg, Berlin, Dresden, Bamberg, Breslau und anderswo aus.“[1522] Künstler wurden bereits zwei Jahre davor aufgerufen, sich an einer Ausstellung zu Ehren Dürers in Nürnberg zu beteiligen worauf über 100 Kunstwerke unterschiedlichster Art und Stilrichtung eingesandt wurden. „Gemeinsam war ihnen mit Dürer lediglich ihre deutsche Abstammung, ihr Verlangen, anerkannt zu werden, und ihre gemeinsame Hoffnung auf eine strahlende Zukunft der Künste in Deutschland.“[1523] Die Ausstellung war allerdings nicht so gut besucht wie jene Veranstaltung Ludwigs I. von Bayern, der eine lebensgroße Bronzestatue von Dürer herstellen ließ.[1524] Goethe nahm an der Veranstaltung nicht teil. Er entschuldigte sich „mit seinem hohen Alter und schlechter Gesundheit“[1525]. Doch 1829 schreibt er „Es gibt keine patriotische Kunst und keine patriotische Wissenschaft. Beide gehören wie alles hohe Gute der

1518 Vgl.: Hutchinson, Albrecht Dürer, S. 234-236.

1519 Hutchinson, Albrecht Dürer, S. 235.

1520 Hutchinson, Albrecht Dürer, S. 239.

1521 Vgl.: Hutchinson, Albrecht Dürer, S. 239.

1522 Hutchinson, Albrecht Dürer, S. 240. Sie verweist heir auf Schreyl, Karl Heinz: Nürnberger Dürerfeiern 1828-1928; Nürnberg, 1972.

1523 Hutchinson, Albrecht Dürer, S. 240.

1524 Vgl.: Hutchinson, Albrecht Dürer, S. 240-242.

1525 Hutchinson, Albrecht Dürer, S. 240.

ganzen Welt.“[1526] Schließlich fand neben den breiten, öffentlichen Feierlichkeiten in Nürnberg auch in Berlin eine Feier statt, bei der 800 geladene Gäste zu gegen waren. Sie wurde von Gottfried Schadow, Direktor der Berliner Akademie, organisiert. Künstlerisch beteiligt waren Karl Friedrich Schinkel, Geheimer Oberbaurat und Architekt der Bühne, und Felix Mendelsohn, Komponist und Dirigent des zu diesem Anlass verfassten Oratoriums. Ehrengäste waren der preußische Kronprinz, dessen Familie und neben anderen auch Feldmarschall August Graf Neidhardt von Geisenau.[1527] 1871 wird Dürer in einer Festrede zu seinem 400. Geburtstag zum „deutschesten aller deutschen Meister“ [1528]. In Nürnberg nutze der Bürgermeister die Rede zum Aufruf der Re-germanisierung des Elsass und Lothringens. Diese Gedanken gipfelten zunächst im Dürerbund, der die Kunst Dürers nicht nur „domestizierte“ [1530], sondern „als eine Art Kontrollinstanz zur Bewertung der Qualität jeglicher Art von ästhetischen Produkten – vom Tafelsilber bis zu Grabsteinen“ [1531] wurde und dabei „eine 'gesunde' Kultur zu fördern“[1532] suchte sowie „Schmutz, Dekadenz und schlechten Geschmack“ zu bekämpfen. Auch im Sinne von Julius Langbehn, „der Dürers Kunst einigermaßen unpassend als 'Zweihhander' (Schwert) bezeichnete, das geeignet sei, jenen Zwillingsdrachen des französischen Impressionismus und des L'art pour l'art, zu 'erlegen'.“[1533]

1526 Goethe J.W.: Sämtliche Werke. Vollständig in zwölf Bänden; Band 6, Herisau, 1837, S. 193.

1527 Vgl.: Hutchinson, Albrecht Dürer, S. 244-245.

1528 Hübner, Julius: Albrecht Dürer: Festrede am Tage der Dürerfeier der Dresdner Kunstgenossenschaft den 25. Juni 1871 im Prunksaale der Albrechtsburg zu Meißen; Dresden, 1871, S. 10 zitiert nach Hutchinson, Albrecht Dürer, S. 248. Außerdem verweist sie auf Schreyl, Karl Heinz: Nürnberger Dürerfeiern 1828-1928; Nürnberg, 1972, S. 111.

1529 Hübner, Julius: Rede auf der Albrechtsburg Meißen zitiert nach Hutchinson, Albrecht Dürer, S. 248.

1530 Hutchinson, Albrecht Dürer, S. 249.

1531 Hutchinson, Albrecht Dürer, S. 249.

1532 Hutchinson, Albrecht Dürer, S. 249. Sie verweist hier auf Kratzsch, Gerhard: Kunstwart und Dürerbund: ein Beitrag zur Geschichte der Gebildeten im Zeitalter des Imperialismus; Göttingen, 1969, S. 336.

1533 Hutchinson, Albrecht Dürer, S. 248. Sie verweist hier auf Langbehn, Julius; Nissen, Momme: Dürer als Führer; München, 1928, S. 8ff. Vgl. ebenso: Nissen, Momme: Dürer als Führer; in: Der Kunstwart: Rundschau über alle Gebiete des Schönen; Monatshefte für Kunst, Literatur und Leben; München, 1904, 17. Jhg., Heft 15, S. 93-102, hier S. 94.

3.1.2 Fallbeispiel: Straßennamen und die Folgen des Vertrages von Trianon

Es wurde deutlich, dass in Budapest keine großen Themencluster existieren. Lediglich wenige Kleingruppen von Namen können als solche gelten. Dennoch werden auch in Budapest Themensiedlungen beobachtet. Darüber geben die geografischen Bezüge der Straßennamenveränderungen einen ersten Aufschluss. Das zeigt Abbildung 36 sehr deutlich. Die Veränderungen, die im Fall des geografischen Bezuges die Eigenschaft *europäisch* haben und zusätzlich politisch-geografisch nicht die Eigenschaften *ungarisch* oder *ohne* haben sind hier dargestellt ohne bereits auf konkrete Werte einzugehen wird sehr deutlich, welch eine große Rolle externe politisch-geografische Bezüge spielen. Ebenso offenkundig wird, dass die eben dargestellten Beispiele der Ajtósi Dürer utca und der Nürnberg utca mit der Bezugseigenschaft *deutsch* eine Ausnahme darstellen. Das tun sie aber auch in anderer Hinsicht.

Denn wird kurz die ausgedrückte Freude und Bedeutung bei internationalen städtischen Beziehungen im Fall Nürnbergs berücksichtigt, stellt der folgende – diesmal komplette Beschlusstext gemäße Sitzungsprotokoll – einen recht großen Kontrast dar:

„Az utcaelnevezésekre alakitott bizottság javaslata. A tanács idevonatkozóan a következőképen határoz: 1. Az 1.kerület Érdi- és Németvölgyiutak találkozásától délkeleti irányban kiinduló szerpentin vonalban haladó 25m széles névtelen utvonalat a Pannonhalmi-utcáig terjedően „Brassó-ut“-nak; […] Kéri a tanács a szekésfőváros hatóságát, hogy az utcaelnevezések gyarkorlati alkalmazása iránt a szükséges intézkedéseket mielőbb megtenni sziveskedjék.“[1534]

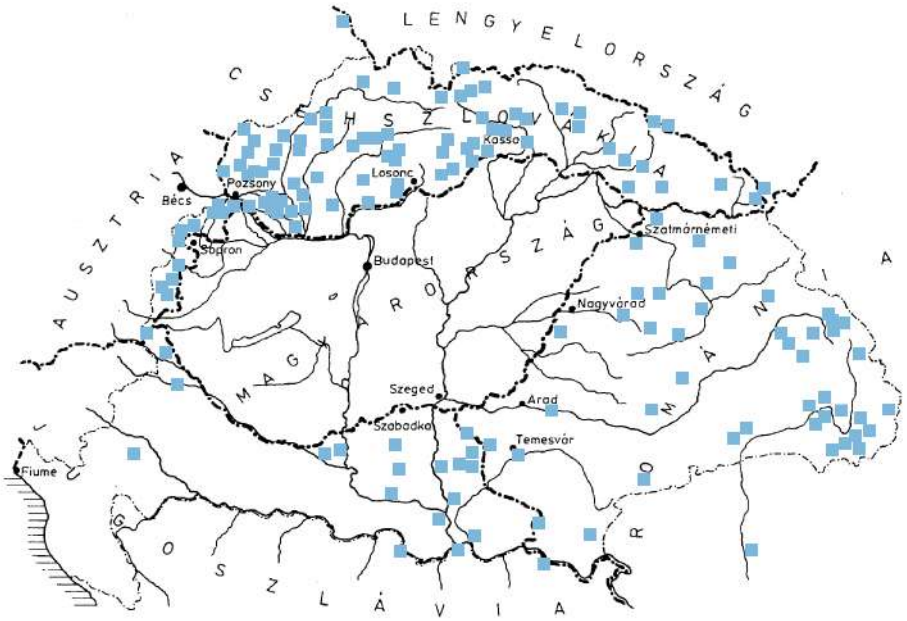
Hier wird die Benennung zu einem formalen Akt – trotz das die Stadt Brassó/Braşov zu diesem Zeitpunkt bereits über zehn Jahre in Rumänien lag. Auch werden internationale Beziehungen in keiner Weise erwähnt. Das gleiche gilt auch für folgende Straßennamen, die im gleichen Beschluss eingeführt werden und in der Auslassung des Zitats zu finden sind: Törcsvár utca, Tömös utca und

1534 Eigene dt. Übersetzung: „Die Kommission für Straßenbenennungen hat einen Vorschlag entwickelt. Der Rat beschließt entsprechend folgendermaßen: 1. Von der Kreuzung Érdi út und Németvölgyi út im ersten Bezirk in südöstliche Richtung zum Serpentinenweg fortführend 25m weiter bis zur Pannonhalmi utca reichend wird die namenlose Straße „Brassó ut“ genannt; […] Der Rat fordert die Verwaltung der Hauptstadt auf, die Güte zu haben, dass die erforderlichen Maßnahmen zur Nutzanwendung der Straßenbezeichnungen ehest möglich übernommen werden.“ HU BFL, Fővárosi Közmunkák Tanácsa, Sitzung vom 26. Juni 1930, II.1.a., Beschlussnummer 4401/1930.

Zajzon utca.[1535] Alle drei Orte liegen gemäß ihres jeweiligen Beschlusspunktes „a Brassó-megyei szorosról és községről“ [1536] und finden sich analog dazu im Stadtgebiet wieder.

Abbildung 36: geografische Lokalisierung aller einführenden Namensveränderungen mit den Eigenschaften des geografischen Bezugs *europäisch*, die vor dem Vertrag von Trianon Teil des Staatsgebietes der ungarischen Krone waren.

Quelle Eigene Erhebung und eigene Darstellung; Kartenquelle: Ungarns Grenzen nach dem Frieden von Trianon vom 4.6.1920 aus Kovács-Betrand, Anikó: Der ungarische Revisionismus nach dem Ersten Weltkrieg. Der publizistische Kampf gegen den Friedensvertrag von Trianon (1918-1931); Sudosteuropäische Arbeiten, Band 99, München, 1997, S. 91. Kovács-Betrand verweist hier auf Benda, Kálmán (Hrsg.): Magyarország történeti kronológiája VIII. Kötet, 1848-1944; Budapest, 1982, S. 875.



Sowohl die Beispiele mit deutschem politisch-geografischem Bezug wie auch jene mit rumänischem spiegeln dabei Grundtendenzen wieder, die zwar weniger stadt- und innenpolitisch aber umso mehr außenpolitisch relevant waren. Denn die Außenpolitik Ende der 1920er Jahre und auch 1930 war „a more active foreign policy“ [1537], was verbunden war mit „an increased stressing of the revisionist

1535 Vgl.: HU BFL, Fővárosi Közmunkák Tanácsa, Sitzung vom 26. Juni 1930, II.1.a., Beschlussnummer 4401/1930. Weitere Namen, die in diesem Beschluss eingeführt wurden, allerdings entweder ohne politisch-geografischen Bezug sind oder die Eigenschaft *ungarisch* besitzen sind Cenkhegy utca (I. Bezirk), Gazdagrét utca (I. Bezirk), Ügyész utca (I. Bezirk), Tállya utca (I. Bezirk), Balogh Ádám utca (II. Bezirk), Paál László utca (Városliget) und Munkácsy Mihály utca (VI. Bezirk).

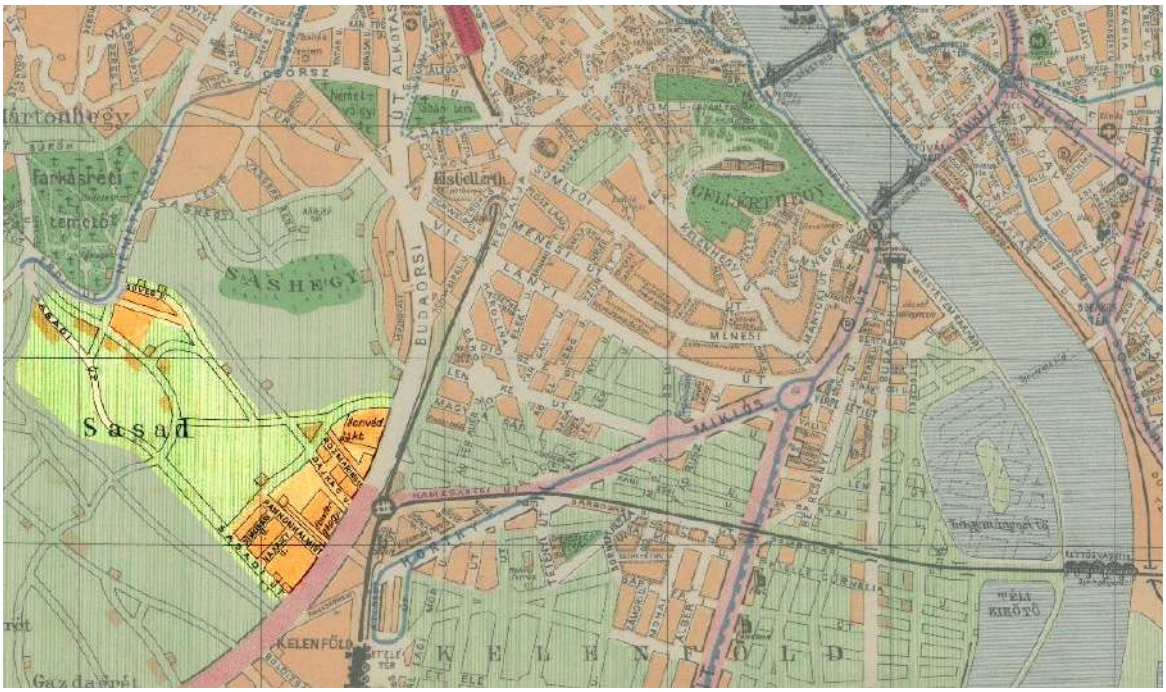
1536 Eigene dt. Übersetzung: „in der Nähe und Nachbarschaft zum Bezirk Brassó“. HU BFL, Fővárosi Közmunkák Tanácsa, Sitzung vom 26. Juni 1930, II.1.a., Beschlussnummer 4401/1930.

1537 Juhász, Gyula: Hungarian Foreign Policy 1919-1945; Budapest, 1979, 81. Vgl. ebenso: Kovács-Betrand, Anikó: Der ungarische Revisionismus nach dem Ersten Weltkrieg. Der publizistische Kampf gegen den Friedensvertrag von Trianon (1918-1931); Sudosteuropäische Arbeiten, Band 99, München, 1997, S. 218-220.

aspirations.“ [1538] Bereits zuvor, nach Unterzeichnung des Vertrages, war „[p]assionate revisionism […] the general – indeed, the virtually universal – response response of Hungarian society to Trinon.“[1539]

Abbildung 37: Stadtgebiet wo die „Brassó utca“, „Törcsvár utca“, „Tömös utca“ und „Zajzon utca“ eingeführt werden, 1928.

Quelle: Eigene Hervorhebung, Ausschnitt selbst aus Quelle erstellt. Kartenqulle: HU BFL, Stoits, György; Szelnár, Aladár: Budapest belterületének közlekedéstechnika; Maßstab ~1:20000, Grafikai Intézet, Budapest, 1928, XV.16.e.251/181.



Allerdings war die Regierung des ungarischen Staates auf internationaler Bühne relativ zurückhaltend gegenüber Revisionsforderungen an Rumänien, während die Tschechoslowakei und der Staat der Serben, Kroaten und Slowenen deutlich stärker fokussiert wurden sind. [1540] Dies mag zu einer eher inneren und symbolischen Artikulation in Form der Straßennamen geführt haben. Straßennamen mit einem *rumänischen* politisch-geografischen Bezug sind nämlich eine sehr große Menge, wie später noch deutlich werden wird. Zumindest kann festgehalten werden, dass bereits vor 1929 eine Revisionsbewegung besteht[1541], die auch politischen Einfluss sucht. Nicht ohne Grund macht Bethlen István 1928 deutlich, dass die außenpolitische Lösung dieser Frage der Regierung überlassen

1538 Juhász, Hungarian Foreign Policy, S. 81.

1539 Rothschild, East Central Europe, S. 157.

1540 Vgl.: Juhász, Hungarian Foreign Policy, S. 81-92; Rothschild, East Central Europe, S. 164-165.

1541 Vgl: Kovács-Betrand, Revisionismus, S. 204-215. Hier wird auch deren Entwicklung kurz geschildert sowie deren Argumente und Lösungsvorschläge dargestellt werden.

werden sollte.[1542]

Was Position zumindest des ungarischen Ministerpräsidenten ist, wird in seiner Rede vom 4. März 1928 deutlich, die er Debrecen hält:

„Wir […] haben nicht bloß eine Provinz (wie Deutschland) verloren, wir sind zerstückelt worden. Unser Fall ist nicht der Elsaß-Lothringens, unser Fall ist der Polens. Deutschland konnte auf eine Provinz verzichten, wir können nicht auf ein Drittel unserer Rasse freiwillig und für ewige Zeit Verzicht leisten. Und die ungarische Nation würde den Staatsmann kreuzigen, der ein zweites Trianon unterschreiben sollte. […] Wenn Europa aber sagt, es biete uns eine endgültige Friedensordnung an, die wir zurückweisen und so mögen wir also sagen, wie wir uns den endgültigen Frieden vorstellen, so antworte ich: wenn ein Rock falsch zugeknöpft ist, so bleibt klugerweise nichts anderes übrig, als ihn erst wieder auf und dann richtig zuzuknöpfen. Nein, auf den heutigen Grenzen kann kein endgültiger Frieden aufgebaut werden! Auf diesen Grenzen mag man nur einen Kerker aufbauen, in dem wir die Bewachten sind, die Sieger aber Bewachung. […] Wir brauchen keine Revision, wir brauchen andere Grenzen.“[1543]

Diese Rede hat innenpolitisch allerdings nur zur Genugtuung geführt. Die Revisionsbewegung und ihre Ziele, die bisher seitens der Regierung nicht dem Anspruch der Bewegung nach berücksichtigt wurden, wurden seitens des Ministerpräsidenten an sich anerkannt. Konkretere Äußerungen jedoch waren nicht Teil der Rede.[1544] Umso konkreter scheinen die Benennungen mit einem außerhalb Ungarns liegenden politisch-geografischen Bezug.

3.1.3 Geografischer und Politisch-geografischer Bezug in den Straßennamenveränderungen Budapest

Beide Beispiele stehen stellvertretend für bestimmte Tendenzen, die nun in der Makroperspektive dargestellt werden sollen. Die Orte, die den Verkehrsflächen ihre Namen gaben, lagen in der Zwischenkriegszeit außerhalb Ungarns. In einem Fall war das vor und nach dem Betrachtungszeitraum so. Im zweiten Fall gilt dies erst ab dem Ende des Ersten Weltkrieges und genauer mit der Unterzeichnung der Friedensverträge. Beide stehen damit für eine ausgeprägte Tendenz in Budapest, Straßennamen mit einem europäischen Bezug in die Straßennamenlandschaft einzuführen.

1542 Vgl.: Kovács-Betrand, Revisionismus, S. 219.

1543 Bethlen, István; in: Pester Lloyd vom 06. März 1928, zitiert nach Kovács-Betrand, Revisionismus, S. 219-220.

1544 Vgl.: Kovács-Betrand, Revisionismus, S. 218-220.

Abbildung 38 zeigt die absoluten Zahlen aller möglichen geografischen Bezüge, die berücksichtigt wurden. Die Summen zeigen sehr deutlich, dass die große Mehrheit aller Veränderung einen europäischen Bezug aufweist und damit allerdings auch Bezüge hat, die aus dem Stadtgebiet und dem ungarischen Staat nach 1919 hinaus verweisen. Es existieren circa drei Mal mehr Namen mit einem europäischen Bezug als mit einem lokalen oder einem staatlichen Bezug. Unbedeutender sind der regionale und der außereuropäische Bezug. Die hiesige Abbildung zeigt außerdem, dass der überwiegende Teil der Veränderungen mit geografischem Bezug Neubenennungen sind. Zwei Drittel aller Namen mit europäischem Bezug sind ebenfalls Neubenennungen. Der staatliche und der lokale Bezug spielen allerdings genauso eine wichtige Rolle, doch ist diese im Hinblick auf die Quantität der europäischen Bezüge eben deutlich geringer.

Doch die Nürnberg utca ist nicht nur ein Beispiel für den geografischen Bezug an sich, sie liegt auch im 14. Stadtbezirk Budapests. Damit steht sie auch stellvertretend für die örtliche Verteilung der Straßennamen mit europäischem Bezug, wie es in der folgenden Abbildung 39 ersichtlich ist. Sie zeigt die absolute Verteilung der möglichen geografischen Bezüge in den Stadtbezirken in Budapest mit mehr als 25 Namensveränderungen im gesamten Betrachtungszeitraum.

Abbildung 38: Absolute Verteilung der möglichen *geografischen Bezüge* auf die *Arten der Namensveränderungen* in Budapest.

Quelle: Eigene Erhebung und eigene Darstellung, das Zeichen „ - “ entspricht dem Wert „0“.

		Geografischer Bezug					
		Lokal	Regional	Staatlich	Europäisch	Außereuropäisch	∑
Art der Namens-veränderung	Modifiziert	1	4	-	6	-	11
	Neubenannt	57	20	70	230	5	382
	Umbenannt	10	10	24	29	-	73
	Weggefallen	24	7	14	36	2	83
	Rückbenannt	1	-	-	9	1	11
	∑	93	41	108	310	8	

Diese Beschränkung bedeutet, dass alle Bezirke, die nicht aufgelistet sind, während des Betrachtungszeitraumes weniger als 25 Namenveränderungen verorten. Notwendig wird diese Einschränkung in der Darstellung dadurch, dass

auf diese Weise zwar weiterhin die Tendenzen unverfälscht zu erkennen sind, aber ohne noch komplexere Tabellen einzufügen. Dennoch kann eben auf diese Wiese ein Ziel der Arbeit sichergestellt werden, nämlich weitestgehend nachvollziehbar unmittelbare Daten zu liefern. Der 14. Bezirk in Budapest ist entsprechend seiner hohen Grundzahl an Veränderungen auch jener, der die meisten geografischen, beziehungsweise konkreter die europäischen Bezüge, auf die dort vorgenommenen Veränderungen an der Straßennamenlandschaft verortet. Analog dazu spielen der XI. und der II. Bezirk eine ebenso bedeutende Rolle und umfassen jeweils nahezu genauso viele Veränderungen mit europäischem Bezug wie der I. Bezirk. Die sonst vergleichsweise geringe Gesamtzahl von den jeweiligen geografischen Bezügen führt in einer detaillierteren Perspektive auf die Bezirke zu einer relativ breiten Aufteilung. Einzig der V. Bezirk weißt neben den genannten noch ein erhöhtes Aufkommen von europäischem und staatlichem Bezug auf. Es ist auch der V. Bezirk, der neben dem I. und dem II. mit die meisten lokalen Bezüge auf sich vereint. Welche das genau sind, wird später in der Bedeutungsanalyse noch vertieft, da nur ein kleiner Teil der lokalen geografischen Bezüge einen weiteren Bezug aufweist.

Die Abbildung 39 funktioniert gewissermaßen analog zu jener, die alle Namensveränderungen betrachtet. Entsprechend sind die Tendenzen ähnlich denen der Basisinformationen. Allerdings wurde auch hier die Einschränkung mit den 25 Straßennamen gemacht.

Abbildung 39: Absolute Verteilung der möglichen *geografischen Bezüge* in *den Stadtbezirken* in Budapest mit mehr als 25 Namensveränderungen im gesamten Betrachtungszeitraum.

Quelle: Eigene Erhebung und eigene Darstellung, das Zeichen „ - “ entspricht dem Wert „0“, das Zeichen „ … “ bedeutet eine Auslassung von Bezirken.

		Geografischer Bezug				
		Lokal	Regional	Staatlich	Europäisch	Außereuropäisch
Bezirk	I	15	4	22	51	-
	II	20	7	13	47	-
	III	10	1	5	11	-
	⋮					
	V	15	4	21	26	2
	VI	3	7	5	11	-
	VII	5	1	8	16	2
	VIII	7	6	2	12	-
	⋮					
	XI	6	3	18	47	0
	⋮					
	XIV	6	2	11	68	1

Wird ein detaillierter Blick auf die Jahre der Veränderungen mit geografischem Bezug gerichtet, zeigt sich, dass die Jahre ab 1928 einen erhöhten Anteil an Veränderungen umfassen.

Die Abbildung 40, die die absolute Verteilung der möglichen *geografischen Bezüge* in *den Jahren* mit 25 oder mehr Namensveränderungen im gesamten Stadtgebiet Budapests darstellt, weist darauf hin. Ab 1928 ist ein erhöhtes Aufkommen zu beobachten. Der europäische Bezug etwaiger Veränderungen wird in keinem Jahr von anderen Eigenschaften überstiegen und verteilt sich über die hier dargestellten Jahre relativ gleichmäßig. Einzig 1929 gibt es eine deutlich größere Zahl an Einführungen von Namen mit europäischem Bezug als in den anderen Jahren – gleiches gilt für staatlichen und lokalen Bezug. Auch diese beiden Eigenschaften entfallen 1929 auf mehr Veränderungen als in den anderen Jahren.

Abbildung 40: Absolute Verteilung der möglichen *geografischen Bezüge* in *den Jahren* mit 25 oder mehr Namensveränderungen im gesamten Stadtgebiet Budapests.

Quelle: Eigene Erhebung und eigene Darstellung, das Zeichen „ - “ entspricht dem Wert „0“, das Zeichen „ … “ bedeutet eine Auslassung von Jahren.

		Geografischer Bezug				
		Lokal	Regional	Staatlich	Europäisch	Außereuropäisch
Jahr	1918	8	4	7	20	-
	1919	6	4	6	14	-
	⋮					
	1928	5	3	3	25	2
	1929	18	4	20	84	-
	1930	15	8	14	28	2
	1931	7	4	6	31	-
	1932	14	3	13	37	1
	1933	-	3	12	27	-
	1934	5	-	7	13	-

Doch die obigen Beispiele stehen nicht nur stellvertretend für den geografischen Bezug, sondern eng mit dem geografischen Bezug verbunden ist der politisch-geografische Bezug der Veränderungen. In dieser Kategorie wird in gewissem Maß unter politischen Vorzeichen der europäische Bezug aufgeschlüsselt. Im Fall von Personennamen durch einen entsprechenden Quellenverweis oder im Fall von Ortsnamen durch deren Lokalisierung. Hier zeigt sich nun, dass eingangs angesprochene Themensiedlungen im weitesten Sinne auch in Budapest erkennbar sind.

Abbildung 41 zeigt die absolute Verteilung der möglichen *politisch-geografischen Bezüge* auf die *Arten der Veränderung* in Budapest während des gesamten Betrachtungszeitraums und beinhaltet auch die Gesamtwerte der jeweiligen politisch-geografischen Bezüge. Während das oben beschriebene Beispiel sehr deutlich in die signifikante Gruppe der Veränderungen mit tschechoslowakischem Bezug hineinfällt, ist die Nürnberg utca Teil der unbedeutenden Gruppe jener Veränderungen in der Straßennamenlandschaft, die deutsche Bezüge aufweist. Weiterhin geht aus der Abbildung sehr deutlich hervor, dass jene Namen mit Bezug auf junge unabhängige Staaten stark überwiegen.

Abbildung 41: Absolute Verteilung der möglichen *politisch-geografischen Bezüge* auf die *Arten der Veränderung* in Budapest während des gesamten Betrachtungszeitraums.

Quelle: Eigene Erhebung und eigene Darstellung, das Zeichen „ - “ entspricht dem Wert „0“, das Zeichen „ … “ bedeutet eine Auslassung von Jahren.

		Politisch-Geografischer Bezug									
		Deutsch	Italienisch	Österreichisch	Polnisch	Rumänisch	Serbisch-Kroatisch-Slowenisch	Tschechoslowakisch	Ukrainisch	Ungarisch	Anderer
Art der Namensveränderung	Modifiziert	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
	Neubenannt	-	-	10	2	50	31	82	15	26	14
	Umbenannt	1	3	-	-	1	1	4	1	9	1
	Weggefallen	1	-	-	1	4	1	2	-	6	13
	Rückbenannt	1	-	-	-	-	-	-	-	-	3
	∑	3	3	10	3	55	33	88	16	41	31

Namen mit rumänischem, serbisch-kroatisch-slowenischem und dem bereits erwähnten tschechoslowakischen Bezug dominieren neben anderen Bezügen. Ungarisch hingegen ist zwar in verhältnismäßig hoher Zahl vorhanden, doch bleiben politisch-geografische Bezüge auf Ungarn mit 41 Erscheinungen relativ deutlich hinter dem tschechoslowakischen und dem rumänischen Bezug zurück. Was diese Bezüge in ihrer Bedeutung beinhalten, wurde im obigen Beispiel bereits ein wenig deutlich. Wie in den Ausführungen zuvor zum geografischen Bezug allgemein, wird auch hier erneut deutlich, dass ein Großteil der Namen durch Neubenennungen eingeführt worden ist. Wird nochmals die Frage in Betracht gezogen, wie sich in Budapest Themensiedlungen zeigen, gibt die Verteilung der politisch-geografischen Bezüge auf die einzelnen Jahre im Betrachtungszeitraum nochmal einen weiteren Einblick.

In Abbildung 42, aus der die absolute Verteilung der möglichen *politisch-geografischen Bezüge* in *den Jahren* mit 25 oder mehr Namensveränderungen im gesamten Stadtgebiet Budapests hervor geht, ist zu sehen, dass die besonders oft vorkommenden politisch-geografischen Bezüge ab 1928 gebündelt eingeführt werden, wenn auch auf die Jahre darauf – besonders im Jahr 1929 – weitere mehr oder weniger umfassende Veränderungen anschließen. 1929 werden beispielsweise die Veränderungen mit tschechoslowakischem und mit

rumänischem Bezug zum größten Teil umgesetzt, nochmals in recht hohem Maß finden sich 1932 Veränderungen mit geografischen Bezügen.

Abbildung 42: Absolute Verteilung der möglichen *politisch-geografischen Bezüge* in *den Jahren* mit 25 oder mehr Namensveränderungen im gesamten Stadtgebiet Budapests.

Quelle: Eigene Erhebung und eigene Darstellung, das Zeichen „ - “ entspricht dem Wert „0“, das Zeichen „ … “ bedeutet eine Auslassung von Jahren.

		Politisch-Geografischer Bezug									
		Deutsch	Italienisch	Österreichisch	Polnisch	Rumänisch	Serbisch-Kroatisch-Slowenisch	Tschechoslowakisch	Ukrainisch	Ungarisch	Anderer
Jahr	1918	1	-	-	-	-	-	-	-	3	11
	1919	1	-	-	-	-	-	-	-	2	3
	⋮										
	1928	-	-	-	-	6	4	11	2	2	-
	1929	1	1	8	1	18	9	37	5	9	-
	1930	-	-	-	-	9	2	5	-	2	8
	1931	-	1	-	-	6	7	6	1	5	1
	1932	-	-	-	-	3	2	14	7	3	3
	1933	-	-	1	1	8	6	5	1	6	1
	1934	-	-	-	2	1	1	3	-	4	1

In der Tabelle zuvor sowie in dieser Abbildung ist auch die Eigenschaft „Anderer“ relativ deutlich. In Abbildung 42 ist diese Eigenschaft besonders auffällig, da 1918 fast nur diese Eigenschaft anzutreffen ist. Diese Sammelkategorie umfasst jedoch auch über staatliche Grenzen hinausgehende politisch-geografische Bezüge, im konkreten Fall den politisch-geografischen Bezug der Gesamtmonarchie. Nachdem nun die Arten der Veränderung und die Jahre ins Verhältnis mit dem politisch-geografischen Bezug gesetzt worden sind, folgt nun die Lokalisierung hinsichtlich der Stadtbezirke. Denn sollten statt expliziter Themensiedlungen, das heißt Cluster, Bezugssiedlungen existieren, dann sollten die dazugehörigen Veränderungen nicht nur im gleichen Jahr und nach der gleichen Art eingeführt worden sein, sondern auch beieinander verortet werden können.

Abbildung 43 zeigt nun genau dies, die absolute Verteilung der möglichen

politisch-geografischen Bezüge in *den Stadtbezirken* Budapests mit mehr als 25 Namensveränderungen im gesamten Betrachtungszeitraum.

Erneut werden nur jene Bezirke betrachtet, in denen überhaupt 25 Veränderungen zu lokalisieren waren. Wird der Frage gefolgt, inwiefern es Bezugssiedlungen gibt, zeigen sich im ersten, zweiten und elften Bezirk sowie im von diesen drei Stadtteilen weiter entfernten 14. Bezirk Häufungen der tschechoslowakischen, rumänischen und Serbisch-Kroatisch-Slowenischen Bezugseigenschaften.

Abbildung 43: Absolute Verteilung der möglichen *politisch-geografischen Bezüge* in *den Stadtbezirken* Budapests mit mehr als 25 Namensveränderungen im gesamten Betrachtungszeitraum.

Quelle: Eigene Erhebung und eigene Darstellung, das Zeichen „ - “ entspricht dem Wert „0“, das Zeichen „ … “ bedeutet eine Auslassung von Jahren.

		Politisch-Geografischer Bezug									
		Deutsch	Italienisch	Österreichisch	Polnisch	Rumänisch	Serbisch-Kroatisch-Slowenisch	Tschechoslowakisch	Ukrainisch	Ungarisch	Anderer
Bezirk	I	-	-	1	1	8	7	14	3	12	4
	II	-	1	-	-	19	1	12	6	6	2
	⋮										
	V	2	-	-	-	-	-	1	1	7	8
	⋮										
	VII	-	2	-	1	-	2	3	-	4	-
	VIII	-	-	-	-	-	1	1	-	1	-
	⋮										
	XI	-	-	-	-	17	7	15	2	4	1
	⋮										
	XIV	1	-	8	1	5	14	29	1	3	6

Gleichfalls häufen sich die Veränderungen mit dem politisch-geografischen Bezug *Anderer* im fünften Stadtbezirk Budapests. Dies erhöht die Wahrscheinlichkeit, dass es sich trotz fehlender – als solcher beschlossener – Cluster Stadtgebiete gibt, die thematisch durchaus ähnliche Bezüge haben. In der Betrachtung der Bedeutungsinformationen wird darauf noch einmal zurück zu kommen sein, um final in der Analyse Schlussfolgerungen zu ziehen.

Wird kurz für den politisch-geografischen und den geografischen Bezug Bilanz

gezogen, so wird sehr deutlich, dass von einer recht großen Bandbreite an möglichen Eigenschaften nur ein Teil vorhanden ist. Die Bezüge der Straßennamen entfallen in der Mehrzahl der Fälle auf die Eigenschaften rumänisch, tschechoslowakisch, serbisch-kroatisch-slowenisch, anderer und bestätigen damit das entstandene Bild des geografischen Bezuges, wo die Mehrzahl der Veränderungen die Eigenschaft europäisch besitzt. Gleichzeitig bedeutet das auch, dass andere Eigenschaften dieses Bezuges, also *lokal*, *regional*, *staatlich* und *außereuropäisch* nur insgesamt eine annähernd gleich große Bedeutung haben. Das zeigt auch die untergeordnete Rolle der Eigenschaft *Ungarisch* beim politisch-geografischen Bezug. Während im gesamten Stadtgebiet die höchsten absoluten Werte auf die *Rumänisch, Serbisch-Kroatisch-Slowenisch* und *Tschechoslowakisch* entfallen, ist der dominierende *politisch-geografische Bezug* hinsichtlich der *Bedeutungsvollen Orte Ungarisch*.

Das verdeutlicht Abbildung 44. Sie stellt die Absolute Verteilung der *politisch-geografischen Bezüge* auf *Bedeutungsvolle Orte* in Budapest während des gesamten Betrachtungszeitraums dar. Daraus geht hervor, dass die Veränderungen mit den Eigenschaften *Rumänisch*, *Serbisch-Kroatisch-Slowenisch* und *Tschechoslowakisch* – wie alle anderen Eigenschaften – hinter *Ungarisch* liegen und trotz der Tendenzen im Gesamtkorpus aller aufgenommener Veränderungen *Ungarisch* an *Bedeutungsvollen Orten* öfter präsent ist als andere *politisch-geografische Bezüge*.

Abbildung 44: Absolute Verteilung der *politisch-geografischen Bezüge* auf *Bedeutungsvolle Orte* in Budapest während des gesamten Betrachtungszeitraums.

Quelle: Eigene Erhebung und eigene Darstellung, das Zeichen „ - “ entspricht dem Wert „0“, das Zeichen „ … “ bedeutet eine Auslassung von Jahren.

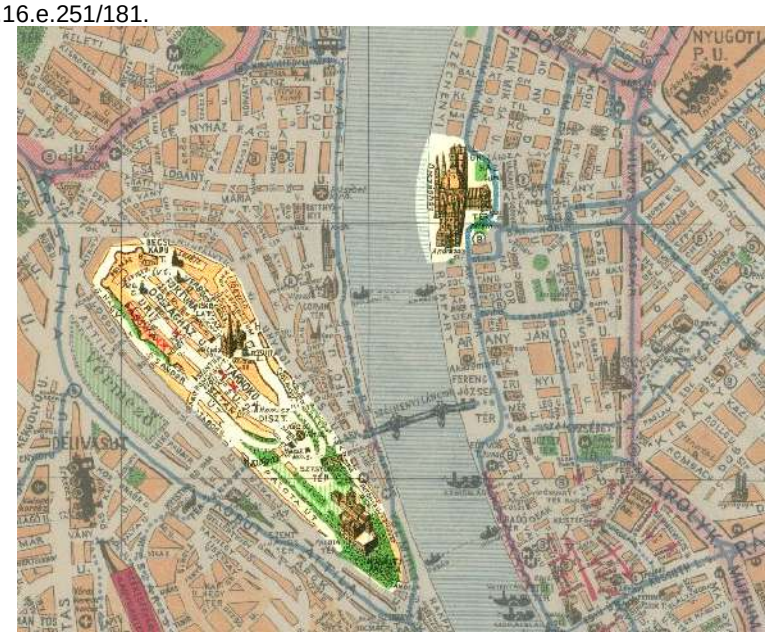
	P o l i t i s c h - G e o g r a f i s c h e r B e z u g									
	Deutsch	Italienisch	Österreichisch	Polnisch	Rumänisch	Serbisch-Kroatisch-Slowenisch	Tschecho-slowakisch	Ukrainisch	Ungarisch	Anderer
Bedeutungsvolle Orte	2	2	-	1	-	1	5	1	10	20

3.1.4 Fallbeispiel: Kossuth Lajos tér – „A nemzet főtére“

Ein Beispiel, das aufgrund seiner Einteilungen in zu einem großen Teil in diesen weniger bedeutenden Zahlenwerten liegt, ist allerdings der heutige Kossuth Lajos tér. Im Betrachtungszeitraum entfallen auf diesen Platz drei verschiedene Namen, die wiederum mit fünf Veränderungen verbunden sind. Zunächst trug der Platz, auf dem 1896 das Parlamentsgebäude fertig gestellt worden ist, einen beschreibenden Namen: Országház tér, entsprechend dem dort erbauten Parlament. Dieses Gebäude war politisch äußerst wichtig. Der Bau wird in einer Zeit beendet, wo Budapest ökonomischen Aufschwung ebenso beherbergt wie eine ambitionierte politische Elite. Es ist das Jahr des Jubiläums – 1896. Die Ambitionen mögen jedoch nicht nur ökonomischer Natur gewesen sein. Die Eröffnung eines Parlamentsgebäudes mit einer solchen Größe und unübersehbar auf der gegenüberliegenden Donauseite der königlichen Burg barg durchaus auch politische Ambitionen (Abbildung 45). Letztlich ist das Parlament als Institutionen ein Zeichen für den angestrebten Zentralismus innerhalb des ungarischen Königreiches sowie einer stärkeren Unabhängigkeit gegenüber dem Kaiserreich.

Abbildung 45: Lage des Parlaments und der Burg in Budapest.

Quelle: Eigene Hervorhebung, Ausschnitt selbst aus Quelle erstellt. Kartenqulle: HU BFL, Stoits, György; Szelnár, Aladár: Budapest belterületének közlekedéstechnika; Maßstab ~1:20000, Grafikai Intézet, Budapest, 1928, XV.16.e.251/181.



Werden diese Tatsachen außen vor gelassen, bleibt eine Benennung, die auf das architektonisch dominierende Gebäude hinweist, dass darüber hinaus auch

politisch das bedeutendste gewesen sein dürfte. Doch markiert der Kontext dieser ersten Benennung nicht nur eine Zeit des Wohlstandes, sondern die 1000-Jahrfeier 1896 ist auch mit großen sozialen Diskrepanzen innerhalb der Bevölkerung, Massendemonstrationen von urbanen Arbeitern und Arbeiterinnen und Forderungen nach einem allgemeine(re)n Wahlrecht verbunden. Schließlich kam es in diesen Tagen, im Frühjahr 1896 und in den folgenden Jahren, auch zu Protesten[1545] und entsprechen Gegenaktionen der Polizei, die wiederum zu vielen Verletzten führten. Es sind jene politischen Kräfte, die innenpolitisch für ein allgemeines Wahlrecht einstanden, die 1918 auch in der Stadtverwaltung Budapest die politischen Entwicklung zu prägen suchten.

„A történelmi idők rohamosan érkeznek nagy fordulókhoz; pillanatról-pillanatra fejlődnek az események és alakul ki az uj korszak. A történelmi nagy átalakúlás, a nagy idők eseményei, az államforma megváltozása és a vezéregyéni segek megörökitése külső kifejezést kivánnak fővárosunk út-elnevezéseiben is.“[1546]

Es ist auch jener Beschluss, in dem sich die junge Republik so verändert, dass auch Straßennamen verändert werden. Die symbolische Bedeutung des Platzes um das Parlament gibt entsprechend Anlass, ihn umzubenennen. Aus Országház tér, dem Namen, der bereits über 20 Jahre verwendet wurde, wurde Köztársasag tér. Mit dieser Widmung für die Republik, wurde der Platz zu Gunsten der kollektiven Unabhängigkeit und zu Gunsten der intendierten Demokratisierung verändert. [1547] Damit ändert sich auch der Bezug, der nunmehr nicht lokal beschreibend, sondern staatlich institutionell ist und damit auch einen neuen politischen Bezug bekommt.[1548] Der Platzname ändert sich bis dahin nicht, erst im Herbst 1919 kommt es zu einer neuen Entscheidung. Nach Vorschlag einer Kommission befindet der Stadtrat folgendes: „Egyetértve a bizottság javaslatával, a tanács indokoltnak és időszerünek talája revizió alá venni azokat az ut- és térelnevezéseket, amelyek 1918. november 19-i 4252. és november 30-i 4432. sz.

1545 Vgl.: Gerő, Andŕas: Public Space in Budapest. The History of Kossuth Square; Aus dem Ungarischen übersetzt von Thomas J. DeKornfeld / Helen DeKornfeld, New York, 2009, S. 34.

1546 Eigene dt. Übersetzung: „Im Sturm der historischen Stunde kommt es zur Wende; von Moment zu Moment wächst aus den Ereignissen und dem Verlauf die neue Epoche hervor. Der historisch große Wandel, die großen ereignisreichen Stunden, die Umwandlung der Staatsform und soll auch durch äußerliche Ausdrücke, wie die gewünschten Straßenbenennungen der Hauptstadt, verewigt werden.“ HU BFL, Fővárosi Közmunkák Tanácsa, Sitzung vom 19.11.1918, II.1.a., Beschlussnummer 4252/1918.

1547 Vgl.: HU BFL, Fővárosi Közmunkák Tanácsa, Sitzung vom 19.11.1918, II.1.a., Beschlussnummer 4252/1918.

1548 Vgl.: Gerő, Public Space, S. 4, S. 32.

legutóbbi két határozatában foglaltatnak.“[1549] Mit dem hier zitierten Beginn des Beschlusses vom Herbst 1919 werden nahezu alle Veränderungen der Entscheidung vom Herbst 1918 wieder rückgängig gemacht. Auch der Name Országház tér wird wieder eingeführt, während Köztársasag tér wegfällt. Dies ist eine jener Rückbenennungen, die die große Opposition [1550] der politischen Führungsgruppe im Herbst 1919 dem vorherigen – vor allem sozialistischen Regime – entgegen brachte. Durch dieses Experiment der Räterepublik wurden schließlich auch die demokratischen Reformen negativ konnotiert[1551]. Dieser Ort im Stadtzentrum Budapests steht hier stellvertretend für die bisher geschilderten Veränderungen. Sowohl im Herbst 1918 wie im Herbst 1919 entsprechend die Veränderungen den bis hier her geschilderten Tendenzen.

Abbildung 46 zeigt eine Karte des Zentrums mit allen Orten, die 1918 und 1919 eine Veränderung erfahren haben. Ebenso wird aus Abbildung 46 ersichtlich, welche Änderungen das sind. Insbesondere sind auch die Veränderungen ersichtlich, die beispielhaft für die Veränderungen während des Krieges weiter oben ausgewählt wurden. In Abbildung 46 wird auch deutlich, dass die Anzahl der Umbenennungen gering ist, wie es schon in der Darstellung der Basisinformation deutlich wurde. Dies liegt in der Umbenennungspraxis begründet, die 1918 angewandte Grundprämisse war, nicht den Postverkehr zu stark zu beeinträchtigen: „[...] való foganatosítása a póstai forgalomban zavarokat idézne elő.“[1552]

1549 Eigene dt. Übersetzung: „In Übereinstimmung mit dem Vorschlag des Ausschusses, hält der Rat die Revision der kommenden Straßen- und Platznamen für gerechtfertigt und aktuell, Straßen und Platzbenennungen, die in den zwei jüngeren Entscheidungen 4252 vom 19.November 1918 und 4432 vom 30.November 1918 festgelegt wurden.“ HU BFL, Fővárosi Közmunkák Tanácsa, Sitzung vom 06.12.1919, II.1.a., Beschlussnummer 1979/1919.

1550 Vgl.: Gerő, Public Space, S. 4.

1551 Vgl.: Rothschild, East Central Europe, S. 151.

1552 Eigene deutsche Übersetzung: „[...] eine große Zahl Veränderungen gleichzeitig umsetzen wird Störungen im Postverkehr verursachen.“ HU BFL, Fővárosi Közmunkák Tanácsa, Sitzung vom 19.11.1918, II.1.a., Beschlussnummer 4252/1919.

Abbildung 46: Verkehrsflächen, die 1918 und 1919 in Budapest einer oder mehrerer Namensveränderung unterzogen wurden.

Quelle: Eigene Hervorhebung, Ausschnitt selbst aus Quelle erstellt. Kartenqulle: HU BFL, Kogutowicz Manó: Budapest belterület és Kőbánya közlekedési térképe; Magyar Földrajzi Intézet, Maßstab ~1:14000, Budapest, 1910, XV.16.e.251/123.



1927 kam es zu einer erneuten Veränderung des Namens. Da im darauf folgenden Jahr das 60. Jubiläum der Revolution von 1848 gefeiert werden sollte, wurde auch Kossuth Lajos besonders geehrt. Dabei soll hier noch nicht auf die Biographie Kossuths eingegangen werden, da das Teil der Bedeutungsanalyse ist. Sondern mehr auf die zeitgenössischen Bezüge. Besonders deutlich wird die Bedeutung des Jahres 1848 im Gesetz XXXI vom 30. April 1927. Das Gesetz setzte den 15. März – erneut nach dem Gesetz XXI von 1919[1553] – als gesetzlichen Feiertag fest. Im recht kurzen Gesetz heißt es einleitend:

„A magyar nemzet balsorsában, súlyos megpróbáltatásai közepette hálás kegyelettel emlékezik meg az 1848. esztendő március tizenötödikéről. Izzó hazaszeretetükben e napon tettek hitvallást a nemzet dicső fiai az alkotmányos szabadság és jogegyenlőség fenkölt eszméi mellett és szent lelkesedésükkel áthatva az egész nemzetet, az ezeréves

1553 Vgl.: Klimo, Arpád von: Nation, Konfession, Geschichte. Zur nationalen Geschichtskultur Ungarns im europäischen Kontext (1860-1948); München, 2003, S. 195.

hazának az új idők szellemében való fejlődéséhez irányt jelöltek.“[1554]

Kossuth Lajos selbst wird in einem weiteren Gesetz besonders geehrt.[1555] In Verbindung mit dieser gesetzmäßigen Ehrung wird auf dem Országház tér auch ein Denkmal mit Kossuth Lajos errichtet.[1556] Dementsprechend wurde mit der Enthüllung des Denkmals auch in Kossuth Lajos umbenannt – allerdings unter Protest der Sozialdemokraten[1557]. Nicht zuletzt kommt dieser Umbenennung insofern eine besondere Rolle zu, da sie nicht nur an einem der wichtigsten Orte des politischen Budapest stattfand, sondern auch im Jahr 1927 selbst nicht neben vielen anderen Veränderungen steht – sie ist in diesem Jahr die zentrale Veränderung. Kossuth Lajos hat ist auch nicht mehr in seinem geografischen Bezug auf Ungarn beschränkt, sondern seine zeitgenössische Rezeption[1558] und die Symbolik des Namens[1559] reichen darüber hinaus – besonders die Nachbarstaaten Ungarns sind hier einbezogen. Denn während Kossuth Lajos zwar selbst politisch-geografisch auf Ungarn bezogen ist, werden es die Mehrzahl der ab 1928 kommenden Veränderungen nicht sein. Deren politisch-geografischen Bezüge liegen außerhalb des ungarischen Staates, wie weiter oben eben erläutert worden ist.

Allerdings bedeuten die hiesigen Namensveränderungen am Platz des Parlaments nicht nur Veränderungen hinsichtlich des geografischen und des politisch-geografischen Bezugs, sondern deuten auch die politisch-inhaltlichen Gegensätze treten offen zu Tage. Gleiches gilt für die politisch-inhaltlichen Vorstellungen. So zeigt die Ablehnung des Namens „Republik“ für den Platz ein ebenso gespanntes Verhältnis zur damit gemeinten Staatsform im konkreten wie zu Veränderungen des damit verbundenen Systems im Allgemeinen. Politisch-inhaltlich zeigen sich

---

1554 Eigene deutsche Übersetzung: „Die ungarischen Nation im Unglück gedenkt der schweren Prüfung vom 15.März des Jahres 1848 dankbar mit anerkennender Ehrfurcht. An diesem Tag bekannten sich neben den ruhmreichen Söhne die mit heiligem Feuer durchdrungene ganze Nation in heißer Vaterlandsliebe zu den hohen Idealen der nationalen verfassungsmäßigen Freiheit und Gerechtigkeit und stand für das 1000jährige Vaterland im Moment der neuen Zeit für den Fortschritt einstehen.“ 1927. évi XXXI. Törvény: március tizenötödikének nemzeti ünneppé nyilvánításáról, http://net.jogtar.hu/jr/gen/hjegy_doc.cgi?docid=92700031.TV&celpara=#xcelparam, 28.04.2015.

1555 Vgl.: 1927. évi XXXII. Törvény: Kossuth Lajos örök érdemeinek és emlékének törvénybeiktatásáról, http://net.jogtar.hu/jr/gen/hjegy_doc.cgi?docid=92700032.TV, 28.04.2015.

1556 Das heutige Kossuth Lajos-Denkmal auf dem Kossuth Lajos tér entspricht jenem Denkmal, das am 6. November 1927 enthüllt wurde, da im Rahmen des Steindl Imre Programms seit 2010 daran gearbeitet wird, den Platz in den Zustand von vor 1944 bringen. Mehr Informationen darüber im Internet unter http://nemzetfotere.hu/fooldal.htm, 28.04.2015.

1557 Vgl.: Gerő, Public Space, S. 4, S. 35.

1558 Vgl.: Gönczi, Lajos Kossuth, S. 148-149.

1559 Vgl.: Gerő, Public Space, S. 4.

die Gegensätze an der gleichen Stelle. Denn auch die im Kontextkapitel beschriebene Entwicklung des Wahlrechts zeigt, dass die politischen Eliten nach 1919 wenig Interesse an einer starken allgemeinen Wählerschaft hatten, was besonders auch die Arbeiterschaft einschränkte und Fragen einer entsprechenden Sozialpolitik in geringerem Maße formuliert wurden. Diese Diskrepanz zwischen den politischen Kräften zeigt sich sodann auch im erwähnten Widerstand der Sozialdemokraten an der Umbenennung des Országház tér in Kossuth Lajos tér. Sie wollten die (partei)politische Vereinnahmung auf diesem Weg verhindern[1560], jedoch waren deren Möglichkeiten eingeschränkt. Denn sie hatten im schlimmsten Fall ein Parteiverbot zu befürchten. Abgesehen davon zeigt sich am Beispiel der Kanonisierung von 1848 durch den ungarischen Staat im Jahr 1927 in besonderem Maß, wie brisant das Gedenken an 1848 für die damalige Regierung war. Allerdings zeigt sich dies noch viel deutliche an Petőfi Sándor, ebenfalls ein 1848er. Klebelsberg Kunó, Bildungsminister sagte 1922 im Rahmen eines Treffens der Ungarischen HistorischenGesellschaft:

„Wenn wir seine [Petőfi s; Anm. d. A.] aus historischer und politischer Perspektive betrachten, dann können wir nicht akzeptieren, das Petőfi ein revolutionärer Geist gewesen sei. […] Petőfi war ein Revolutionär, aber ein nationaler. […] Petőfis historisches Empfinden und sein Patriotismus banden die Revolution von 1848/49, die nicht nur ein Freiheitskampf war, sondern zahlreiche Kennzeichen einer sozialen Revolution aufwies, in die große Kontinuität des nationalen Lebens ein. Diesem revolutionären Geist widerspricht das diametral, was sich in der Zeit unseres Zusammenbruchs 1918/19 austobte, das war ein ahistorischer und anationaler Radikalismus.“[1561]

Der Erste Weltkrieg wurde als eine die Gesellschaft prägende Zäsur ausgeklammert und mit ihm alle Fragen nach politischen Ursachen des Krieges sowie dessen sozialen Folgen.[1562] Diese Position stand dem Vorsitzenden der 48er Partei, Mihály Károlyi, entgegen. Dieser sowie die Regierung des Frühjahres 1919 setzte den Kampf für Freiheit von 1848 mit jenem vom Herbst 1918 in Verbindung und zwar sollte der März 1848 der Beginn dessen sein, was im Herbst 1918 beendet wurde. Beide Tage, der 15. März und der 31. Oktober sollten „Feiertage der ungarischen Volksfreiheit“[1563]. Allerdings gab es aufgrund der grundsätzlich sehr schwierigen internationalen und innerstaatlichen politischen

1560 Vgl.: Gerő, Public Space, S. 4, S. 35.

1561 Klebelsberg, Kunó in: Tudomány, kultúra, politika, S. 95-96 zitiert nach Klimo, Nation, S. 290.

1562 Vgl.: Klimo, Nation, S. 290.

1563 Klimo, Nation, S. 195. Klimo verweist hier auf das Gesetz XXI. aus dem Jahr 1919.

Lage kaum eine Möglichkeit, diesen Tag im März 1919 zu feiern, was das Gesetz in seiner Wirkung abschwächte.[1564] Das zeigt, dass die jüngere Geschichte des 19. Jahrhunderts sehr emotional behandelt und stark politisiert worden ist, was aber auch grundsätzlich in der Parteienstruktur Ungarn begründet lag. Alles in allem zeigen die Namensveränderungen des heutigen Kossuth Lajos tér, dass sich mit geografischem und politisch-geografischem Bezug auch politisch-institutioneller und politisch-inhaltlicher Bezug verändern können. Schließlich wird auch deutlich, dass ein Name mit lokalem geografischem Bezug und ohne politisch-geografischen Bezug durchaus auch in Abhängigkeit von der Art der Veränderung stark politisiert sein kann.

3.1.5 Politisch-inhaltlicher und Politisch-institutioneller Bezug sowie weitere Bezüge in den Straßennamenveränderungen Budapest

Das Beispiel des heutigen Kossuth Lájos tér zeigt die verschiedenen Veränderungen von Verkehrsflächen an einem äußerst bedeutenden Ort. Die Eigenschaften des hiesigen Beispiels in Bezug auf den geografischen und politisch-geografischen Bezug sind heraus gearbeitet worden ohne darüber hinaus zu sehr Bedeutungsanalyse zu betreiben. Doch auch der politisch-inhaltliche und der politisch-institutionelle Bezug sind deutlich geworden.

Damit ist dieser Platz ein sehr komplexes Beispiel, an dem verschiedene Brüche und Tendenzen sichtbar werden. Diese finden sich auch in der Makroperspektive wieder. Abbildung 47 stellt die absolute Verteilung der *politisch-inhaltlichen* und *politisch-institutionellen Bezüge* in *den Jahren* mit 25 oder mehr Namensveränderungen im gesamten Stadtgebiet Budapests dar. Daraus ist sowohl die Eigenschaft *Christlichsozial – Einheitspartei* im politisch-inhaltlichen Bezug sowie die Eigenschaft *Monarchisch* im politisch-institutionellen Bezug ersichtlich.

1564 Vgl.: Klimo, Nation, S. 195-197.

Abbildung 47: Absolute Verteilung der *politisch-inhaltlichen* und *politisch-institutionellen Bezüge* in *den Jahren* mit 25 oder mehr Namensveränderungen im gesamten Stadtgebiet Budapests.

Quelle: Eigene Erhebung und eigene Darstellung, das Zeichen „ - “ entspricht dem Wert „0“, das Zeichen „ … “ bedeutet eine Auslassung von Jahren.

		Politisch–Inhaltlischer Bezug			**Politisch–Institutioneller Bezug**			
		Christlichsozial – Einheitspartei	Sozial – Progressiv	Anderer	Monarchisch	Demokratisch	Sozialistisch	Anderer
Jahr	I	29	-	-	30	-	-	-
	II	15	-	-	16	-	-	-
	⋮							
	V	24	13	8	34	9	4	3
	⋮							
	VII	14	-	-	14	-	-	-
	VIII	3	4	2	7	7	-	2
	⋮							
	XI	8	-	1	15	-	-	1
	⋮							
	XIV	4	2	1	11	-	-	1

Bei diesen Eigenschaften gibt es besonders viele Einträge, die sich lokal im fünften Stadtbezirk häufen. Es sind auch jener Stadtbezirk und der achte Bezirk, in dem sich – innerstädtisch – die Veränderungen finden, die mit den Eigenschaften demokratisch und sozialistisch beziehungsweise Sozial – Progressiv kodiert sind. Diese finden sich nur sehr vereinzelt in anderen Bezirken, hingegen dominieren über das Stadtgebiet die anderen Eigenschaften. Das Beispiel hierfür, der Ort um das Parlament in Budapest, hat außerdem illustriert, dass die Veränderungen bei bestimmten Arten der Veränderungen auch eine Verkehrsfläche mehrmals betreffen können. Diese Beobachtung geht auch aus der folgenden Abbildung 48 hervor.

Die absolute Verteilung der politisch-inhaltlichen und politisch-institutionellen Bezüge auf die Arten der Veränderung in Budapest während des gesamten Betrachtungszeitraums zeigt, dass die Eigenschaften Christlichsozial – Einheitspartei und Monarchisch dominierend sind und dem gegenüber die anderen Eigenschaften kaum Bedeutung haben. So fielen sozialistische Umbenennungen vollständig wieder weg. Gleiches gilt für die demokratischen Modifizierungen, Neu-

und Umbenennungen, sie werden ebenfalls größtenteils wieder verändert.

Abbildung 48: Absolute Verteilung der *der politisch-inhaltlichen* und *politisch-institutionellen Bezüge* auf die *Arten der Veränderung* in Budapest während des gesamten Betrachtungszeitraums.

Quelle: Eigene Erhebung und eigene Darstellung, das Zeichen „ - “ entspricht dem Wert „0“, das Zeichen „ … “ bedeutet eine Auslassung von Jahren.

		Politisch – Inhaltlicher Bezug			**Politisch – Institutioneller Bezug**			
		Christlich-sozial – Einheitspartei	Sozial – Progressiv	Anderer	Monarchisch	Demokratisch	Sozialistisch	Anderer
Art der Namens-veränderung	Modifiziert	6	2	-	7	2	-	-
	Neubenannt	52	-	6	59	2	-	6
	Umbenannt	31	7	-	33	5	2	2
	Weggefallen	13	10	9	35	7	2	2
	Rückbenannt	5	-	2	11	-	-	-
	∑	107	19	17	145	16	4	10

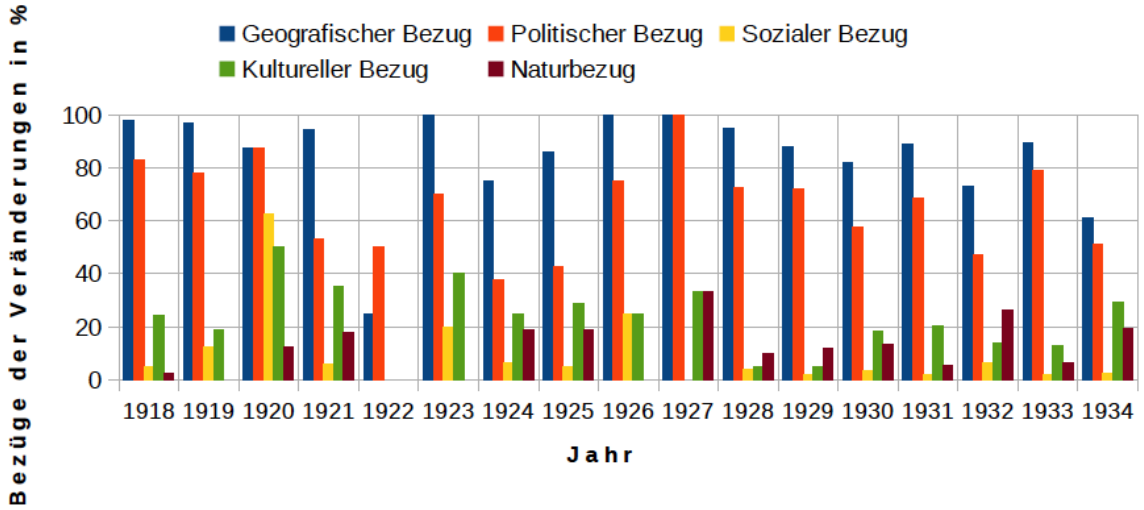
Die sozial-progressiven Veränderungen haben eine ähnliche Entwicklung. Lediglich in den Fällen der Eigenschaft Christlichsozial – Einheitspartei und Monarchisch ist eine kontinuierliche Zunahme zu sehen. Schließlich wurden deutlich mehr Namen mit dieser Eigenschaften durch Um- und Neubenennung eingeführt als Namen mit anderen Eigenschaften. So fielen sozialistische Umbenennungen vollständig wieder weg. Gleiches gilt für die demokratischen Modifizierungen, Neu- und Umbenennungen, sie werden ebenfalls größtenteils wieder verändert. Die sozial-progressiven Veränderungen haben eine ähnliche Entwicklung. Lediglich in den Fällen der Eigenschaft Christlichsozial – Einheitspartei und Monarchisch ist eine kontinuierliche Zunahme zu sehen. Schließlich wurden deutlich mehr Namen mit dieser Eigenschaften durch Um- und Neubenennung eingeführt als Namen mit anderen Eigenschaften.

Neben den bisher betrachteten Bezügen, also dem geografischen und dem politischen Bezug wurden auch weitere Bezugsinformationen erhoben, die nun besprochen werden sollen. Der soziale, kulturelle und Naturbezug unterscheiden sich zunächst grundsätzlich in einem wichtigen Punkt von den bisherigen beiden

Bezügen. Denn wie aus Abbildung 49 ersichtlich wird, sind diese Bezüge nicht im gleichen Maße vorhanden wie die bisher beschriebenen beiden. Während der Anteil am geografischen oder politischen Bezug von Namen über den gesamten Betrachtungszeitraum nahezu bei zwischen 60% und 100% liegt, sind einzig 1920 kultureller und sozialer Bezug oberhalb von 40%. Ansonsten dominieren politische und geografische Bezüge trotz, dass eine Mehrfachkodierung im Bereich der Bezugsinformationen vorgenommen wurde.

Abbildung 49: Relative Verteilung des *geografischen*, *politischen*, *sozialen*, *kulturellen* und *Naturbezuges* aufgrund der Veränderungswerte je Jahr in Budapest.

Quelle: Eigene Erhebung und eigene Darstellung.



Vor allem gegen Ende des Betrachtungszeitraumes zeigt die Abbildung 49 der relative Verteilung des *geografischen*, *politischen*, *sozialen*, *kulturellen* und *Naturbezuges* aufgrund der Veränderungswerte je Jahr in Budapest, dass kulturelle und soziale Bezüge noch an Bedeutung verlieren. Das geschieht, wie im vorherigen Teilkapitel deutlich geworden ist, in einem Zeitraum, wo grundsätzlich die Zahl der Veränderungen in der Straßennamenlandschaft besonders hoch ist, beziehungsweise ansteigt.

Einen mit dem politischen und dem geografischen Bezug ähnlichen Stellenwert hat der historische Bezug. Dieser wurde bisher nicht betrachtet, gibt aber im Zusammenhang mit den gerade betrachteten Bezügen zusammen einen wichtigen Blick auf die Frage, welche Zeiten erinnert wurden. Die folgende Abbildung 50 über die absolute Verteilung der *Historischen Tiefe* auf die *Arten der Veränderung* in Budapest während des gesamten Betrachtungszeitraums zeigt eine sehr deutliche

Dominanz der *Gegenwart* und der *Neuesten Geschichte*. Beide Eigenschaften beschreiben Veränderungen der Straßennamen, die einen zeitlichen Horizont haben, der unmittelbar gegenwärtig ist oder maximal 134 Jahre zurückreichen kann. Weder Mittelalter noch andere neuzeitliche historische Epochen spielen bei den beobachteten Veränderungen der Straßennamen eine vergleichbare Rolle. Im Gegenteil: die Eigenschaften *Spätes Frühmittelalter*, *Hochmittelalter*, *Spätmittelalter* und *Frühe Neuzeit* sowie *Neuere Geschichte* übersteigen zwar in Summe die Veränderungen der *Neuesten Geschichte*.

Abbildung 50: Absolute Verteilung der *Historischen Tiefe* auf die *Arten der Veränderung* in Budapest während des gesamten Betrachtungszeitraums.

Quelle: Eigene Erhebung und eigene Darstellung, das Zeichen „ - “ entspricht dem Wert „0“, das Zeichen „ … “ bedeutet eine Auslassung von Jahren.

		Historische Tiefe							
		Spätes Früh-mittelalter (9.-11. Jh.)	Hoch-mittelalter (11.-13. Jh.)	Spät-mittelalter (14.-15. Jh.)	Frühe Neuzeit (16. Jh.)	Neuere Geschichte (17.-18. Jh.)	Neueste Geschichte (19. Jh.)	Gegenwart	Anderer
Art der Namens-veränderung	Modifiziert	2	-	-	2	4	1	2	-
	Neubenannt	12	1	7	11	12	41	224	2
	Umbenannt	1	2	4	-	5	19	32	-
	Weggefallen	4	2	-	2	9	11	23	-
	Rückbenannt	-	-	-	-	1	2	7	-
	∑	19	5	11	15	31	74	288	2

Sie erreichen in ihrem Wert aber nicht die Eigenschaft Gegenwart wie sie auch nur einer solchen Summe ähnlich große Werte erreichen wie jeweils die Eigenschaften *Gegenwart* und *Neueste Geschichte*.

Schließlich zeigt Abbildung 50 nicht nur die Gesamtsummen jeder Eigenschaft der *Historischen Tiefe*, sondern gibt auch Einblick darin, welche *Historische Tiefe* mit welcher *Art der Veränderung* in besonderer Signifikanz zusammenfällt. Dieses differenziertere Bild zeigt, dass im Betrachtungszeitraum ein Großteil der Veränderungen mit frühmittelalterlicher historischer Tiefe eine der Einführungsarten betrifft. Das heißt sie wurden durch Modifizierung, Neubenennung oder Umbenennung eingeführt, während nur vier Veränderungen auf das Wegfallen entfallen. Diese Beobachtung gilt auch für die früh neuzeitliche

historische Tiefe. Veränderungen mit der Eigenschaft Hochmittelalter wurden etwa zu gleichen Teilen durch Neu- und Umbenennung eingeführt wie sie weggefallen sind. Spätmittelalterliche Namensveränderungen hingegen werden nur eingeführt. Entweder durch Neubenennungen oder Umbenennungen werden sie Teil der Straßennamenlandschaft. Jene Veränderungen, die auf die Neuere und Neueste Geschichte entfallen, wurden zu größten Teilen neubenannt. Wobei bei der Neueren Geschichte nahezu ein Drittel noch weggefallene Namen sind, übersteigt es bei der Neuesten Geschichte ein Siebtel nicht. Straßennamen mit der historischen Tiefe, die den damaligen Zeitgenossinnen und Zeitgenossen am nächsten lag, der Gegenwart, sind zu weniger als 10% weggefallen. Die gegenwärtige historische Tiefe wurde zu größten Teilen eingeführt – durch Modifizierung, Rückbenennung, Umbenennung und in besonderem Maß durch eine sehr hohe Zahl an Neubenennungen.

Doch damit entspricht die Verteilung der Historischen Tiefe nicht nur den Grunddaten der Veränderungen, bei denen die Neubenennungen einen erheblichen Anteil ausmachen, sondern sie zeigt ähnliche Tendenzen wie wenn lediglich *Bedeutungsvollen Orte* berücksichtigt werden (Abbildung 51). Da es eben auch eine Frage dieser Arbeit ist, inwiefern sich die grundlegenden Tendenzen bei ihnen wiederfinden, soll das nun knapp im Vordergrund stehen. Die Historische Tiefe von Veränderungen an Bedeutungsvollen Orten zeigt zwar, dass die Gegenwart als Eigenschaft dominiert, allerdings spielen das 19. Jahrhundert und das Späte Frühmittelalter eine deutlich größere Rolle im Vergleich zum gesamten Stadtgebiet. Denn im gesamten Stadtgebiet ist die Differenz zwischen den einzelnen Eigenschaften deutlich größer und besonders der Unterschied zwischen den Werten der Eigenschaft *Gegenwart* und den anderen Eigenschaften.

Ein besonders prominentes Beispiel für einen Bedeutungsvollen Ort wurde in diesem Teilkapitel bereits behandelt. Beim Kossuth Lajos tér handelt es sich um einen Ort, der vor allem Neueste Geschichte und Gegenwart als Eigenschaften der Historischen Tiefe umfasst. Ein anderes Beispiel wäre die Szent Imre Herceg utja.

Abbildung 51: Absolute Verteilung der *Historischen Tiefen* auf *Bedeutungsvolle Orte* in Budapest während des gesamten Betrachtungszeitraums.

Quelle: Eigene Erhebung und eigene Darstellung, das Zeichen „ - “ entspricht dem Wert „0“, das Zeichen „ … “ bedeutet eine Auslassung von Jahren.

	Historische Tiefe							
	Spätes Früh-mittelalter (9.-11. Jh.)	Hoch-mittelalter (11.-13. Jh.)	Spät-mittelalter (14.-15. Jh.)	Frühe Neuzeit (16. Jh.)	Neuere Geschichte (17.-18. Jh.)	Neueste Geschichte (19. Jh.)	Gegen-wart	Anderer
Bedeutungsvolle Orte	8	3	3	-	11	31	54	-

3.1.6 Fallbeispiel: Szent Imre herceg – Sohn von Szent István király

Bei dieser Straßennamenveränderung handelt es sich um ein Beispiel, dass die Tendenz zum Mittelalter an Bedeutungsvollen Orten deutlich macht. So wird im entsprechenden Beschlussdokument deutlich, dass zwei Straßennamen verändert werden. Zum einen wird die Villányi ut in die hier fokussierte Szent Imre herceg utja umbenannt. Im gleichen Beschluss wird auch die Ménesi ut in Nagyboldogasszony utja umbenannt. Szent Imre[1565] war zweiter Sohn[1566] von König István I., geboren wurde er um das Jahr 1000. Er starb 1031[1567] noch zu Lebzeiten des Vaters bei der Jagd und blieb der einzige Sohn, der „über das Kindesalter hinaus gelangte“[1568]. Etwa 50 Jahre nach seinem Tod, am 5. November 1083, folgte die Kanonisation. Etwas weniger als 850 Jahre später, im Zuge eines Jubiläumsjahres, wurde 1929 die Benennung einer größeren Straße in Budapest vorangetrieben. Abbildung 52 zeigt die Lage der betroffenen Straßen.

1565 Dt. Name ist Emmerich von Emericus, Henricus, Imre. Imre ist die ungarische Form von Heinrich. Sie wurde diesem Fall ausgehend vom gleichzeitig regierenden Kaiser Heinrich III. verwendet. „'Emmerich' ist die Rück-Eindeutschung einer ungarischen Form von Heinrich“. Heydenreich, Clemens: Der heilige Emmerich und die Legenda sancti Emerici ducis (frühes 12. Jahrhundert); in: Herbers, Klaus et al. (Hrsg.): Mirakelberichte des frühen und hohen Mittelalters; Band 43, Darmstadt, 2005, S. 246-253, hier S. 246.

1566 Vgl.: Bogyay, Thomas von / Bak, János / Silagi,Gabriel: Die heiligen Könige; Ungarns Geschichtsschreiber, Band 1; Graz, Wien, Köln, 1976, S. 174, Anm. 48; Heydenreich, Emmerich, S. 246.

1567 Vgl.: Bogyay, Thomas von: Emmerich; in: Bautier, Robert-Henri et al. (Hrsg.): Lexikon des Mittelalters III. Codex Wintoniensis bis Erziehungs- und Bildungswesen; München, Zürich, 1986, S. 1889.

1568 Heydenreich, Emmerich, S. 246.

Abbildung 52: „Szent Imre herceg utja“ und „Nagyboldogasszony utja“, 1930.

Quelle: Eigene Hervorhebung, Ausschnitt selbst aus Quelle erstellt. Kartenqulle: HU BFL, Magyar Királyi Állami Térképés: Budapest várostervezési térképe a beltelkek régi határának és a beépítettség utólagos jelölésével; Budapest székesfőváros és környékének térképe, Maßstab ~1:25000, Budapest, 1930, XV.16.e.251/123.



Diesem Gedenken liegt eine Biographie zugrunde, die ein „monastisch geprägtes Idealbild“[1569] umfasst und aus dem 12. Jahrhundert stammt, die *Legenda sancti Emerici ducis*. Hierin verknüpft „[d]as Ideal keuschen Lebens […] leitmotivisch seine Lebensstationen: Einer Schar von Mönchen tritt Emmerich als junger Knabe […] mit fein abgestufter Ehrerbietung gegenüber – je nach der Reinheit ihres Lebenswandels.“[1570] Dabei baut diese Schrift auf der Zeit des Pontifikats von Gregor VII. auf und verdeutlicht „die moralische Überlegenheit papstgefälliger Herrschaftskonzeptionen“[1571]. Wie stark Imre in diesem Narrativ idealisiert wird, zeigt die Situation als ein Sünder, „[...] idemque Theotonicus natione, adeo abominabile peccatorum pressura sarcinatus, tantaque ignominia affectus, ut quasi quatriduanus in monumento feteret“[1572], durch den Nachfolger Petri nicht von den Wunden der Seele geheilt wurde, sondern der Sünder eine Rüstung umgelegt und sein Schuldbekenntnis päpstlich besiegelt bekam. Mit diesem Schriftstück in der Rüstung sollte der Mann „[...] quatinus omnia loca, in quibus sancti dormierunt, lustraret; sic ubi divina gratia sanctorum intercessione illum visitaret, hoc autem visitatinis divine signum foret, si quando lorica fractis cathenis in partes prosiliret et

1569 Bogyay, Emmerich, S. 1889.

1570 Heydenreich, Emmerich, S. 246-247.

1571 Heydenreich, Emmerich, S. 247.

1572 Dt. Übersetzung: „[...] und der war der Hekrunft nach ein Deutscher – mit derart abscheulicher Sündenlast beladen und mit so großer Schande behaftet, daß er stank wie nach vier Tagen Grab.“ Bartoniek, Emma (Hrsg.): Legenda Sancti Emerici Ducis; Scriptores rerum Hungaricum, Band 2, Budapest 1938, 441-460 zitiert nach Heydenreich, Emmerich, S. 248-249.

carta nichil inscriptum contineret.“[1573] Nachdem dieses Wunder der Legende auch in Jerusalem nicht geschah, reiste der Mann nach Ungarn. Denn die Legende berichtet: „interea fama beati Stephani regis Pannonie, ad cuius sepulchrum cottidiana fiebant miracula, insginis habebatur.“[1574] Am Grab Istváns schlafend erschien ihm dieser und sagte: „'Surge, nec in meritis meis presume aput deum, quoniam non sufficio propter te intercedere.Vade ergo ad sepulchrum filii mei beati Henrici, ipsum intercessorem habe, ipse est, qui virgo est.'“[1575] Das vom Sünder in der Legende erhoffte Wunder sei dann entsprechend des Verweises am Grab des späteren Szent Imre geschehen, mit dem dessen Heiligsprechung begründet wurde.

Die Jungfräulichkeit wird heilsgeschichtlich durch die Parallelität von Eva und Maria für die Marienverehrung zur Grundlage[1576], die sich im zweiten Beispiel zeigt. Denn mit Szent Imre verbunden wurde auch die Assumptio Beatae Mariae Virginis in den Himmel, das heißt, Mariä Himmelfahrt mittels eines Straßennamen geehrt. Die ungarischen Bezeichnungen für dieses religiöse Fest sind Nagyboldogasszony oder Mária mennybevétele. Besonders erstere Bezeichnung zeigt die Bedeutung Marias in Ungarn als „Große selige Herrin“[1577], weshalb „das Fest der Himmelfahrt der Jungfrau in ihrer [der ungarischen; Anm. d. A.] Sprache einfach 'Tag der Herrin' genannt wird, ohne jeden weiter dazu gesetzten Namen.“[1578] Nicht zuletzt wird dies auch in der Gesta Hungarorum deutlich, im Prolog wird geschrieben:

1573 Dt. Übersetzung: „[...] alle Orte zu bereisen, an denen Heilige ruhten. Dort, wo ihn durch Vermittlung der Heiligen die göttliche Gnade heimsuche, werde es als Zeichen göttlicher Heimsuchung geschehen, daß die Ketten zerbrächen, die Rüstung in Teile zerspringen und das Blatt keine Beschriftung mehr trage.“ Bartoniek, Emma (Hrsg.): Legenda Sancti Emerici Ducis; Scriptores rerum Hungaricum, Band 2, Budapest 1938, 441-460 zitiert nach Heydenreich, Emmerich, S. 248-249.

1574 Dt. Übersetzung: „Unterdessen galt der Ruhm des heiligen Stephan, des Königs von Ungarn, für herausragend, an dessen Grab tagtäglich Wunder geschahen.“ Bartoniek, Emma (Hrsg.): Legenda Sancti Emerici Ducis; Scriptores rerum Hungaricum, Band 2, Budapest 1938, 441-460 zitiert nach Heydenreich, Emmerich, S. 250-251.

1575 Dt. Übersetzung: „'Steh auf, und erhoffe dir nichts bei Gott um meiner Verdienste willen, denn ich vermag nicht ausreichend für dich einzutreten. Gehe vielmehr zum Grab meines Sohnes, des heiligen Emmerich, und nimm diesen zum Fürsprecher. Er und kein anderer ist es, der Gott in der Jungfräulichkeit seines Lebens gefiel, dessen Kleider nicht besudelt sind und der dem Lamm nachfolgt, wohin es geht. Auch ist er einer aus der Zahl derer, die vor dem Thron Gottes ein neues Lied singen, dass niemand singen kann außer dem, der jungfräulich ist.“ Bartoniek, Emma (Hrsg.): Legenda Sancti Emerici Ducis; Scriptores rerum Hungaricum, Band 2, Budapest 1938, 441-460 zitiert nach Heydenreich, Emmerich, S. 250-251.

1576 Vgl.: Petri, Heinrich: Marienverehrung; in: Betz,Hans Dieter / Browning, Don S. / Janowski, Bernd / Jüngel, Eberhard (Hrsg.): Religion in Geschichte und Gegenwart. Handwörterbuch für Theologie und Religionswissenschaft. Band 5 L-M; 4. Auflage, Tübingen, 2002, S. 820-822, hier S. 821.

1577 Vgl.: Bogyay / Bak / Silagi, Könige, S. 41, Anm. 33.

1578 Bogyay / Bak / Silagi, Könige, S. 33. Bogyay gibt hier die Stephansvita von Bischof Hartwick wieder: Legenda minor: Budapest Cod. lat. med. ae. 432, 2.Hälfte des 12. Jahrhunderts oder Anfang des 13. Jahrhunderts.

„Felix igitur Hungaria, cui sunt dona data varia. Omnibus enim horis gaudeat de munere sui litteratoris, quia exordium genealogie re gum suorum et nobilium habet, de quibus regibus sit laus et honor regi eterno et sancte Marie matri eius, per gratiam cuius reges Hungarie et nobiles regnum habeant felici fine hic et in evum.“[1579]

Schließlich ist ihr auch jene Kirche in Székesfehérvár geweiht, die König Stefan I. erbauen ließ[1580]. Basierend auf diesem Wissen soll sowohl Szent Imre wie der Nagyboldogasszony je eine Straße gewidmet werden. Der Vorschlag vom Organisationskomitee des Jubiläumsjahres tut genau dies:

„A Szent Imre Jubileumi Év rendező főbizottságának előterjesztése az 1.ker. Villányi-ut és Ménesi-ut neveinek a jubileummal kapcsolatban való megváltoztatása iránt. A tanács magáévá téve a bizottság javaslatát, a Szent Imre Jubileumi Év rendező főbizottságának kérelmére az 1.ker. Villányi-utat Szent-Imre-herceg-utjanak, a Ménesi-utat pedig Nagyboldogasszony-utjanak nevezi el. Erről a székesfővárosi tanács az uj elnevezéksek gyakorlati szabályozása végett, a mérnöki osztály pedig a nyilvántartás kiegészitése végett értesittetnek.“[1581]

Die Straßennamen, die durch die beiden neuen Namen wegfallen, sind Villányi ut und Meneśi ut. Erstere ist nach einem Ort in Ungarn benannt. Während keine weiteren Bezugsinformationen vorliegen, ist sie lediglich mit einem *staatlichen* geografischen Bezug ausgestattet. Zur Menési ut liegen ebenso keine weiteren Quelleninformationen vor. Die vorliegenden Quellen zur Veränderungen beinhalten vor allem Informationen zu neuen Namen. Ungeachtet dessen zeigt der Veränderungsbeschluss, dass die neuen Namen eine größere Bedeutung für die Zeitgenossen im Stadtrat hatten als mögliche ältere Bezüge.

Im Fall der Szent Imre herceg utja sind das sowohl die Eigenschaften des *Monarchischen* und eher der *Einheitspartei* zu tendierenden Konservativen und

---

1579 Dt. Übersetzung: „Das glückliche Ungarn, das mit Gaben reich beschenkt ist, möge sich zu jeder Zeit am Werk seines Schreibers erfreuen, weil es ja nur eine Darstellung der Genealogie seiner Könige und Vornehmen von Anfang an besitzt; von diesen Königen gebührt Lob und Ehre dem Ewigen König und der Heiligen Maria, seiner Mutter, durch deren Gnade die Könige Ungarns mit dem Adel das Königreich innehaben mögen zu einem glücklichen Ende, hier und in Ewigkeit.“ Scriptores rerum Hungaricum 1; hrsg. von Aemilius Jakubovich, Budapest, 1937, S. 34 nach Silagi, Gabriel (Hrsg.): Die „Gesta Hungarorum“ des anonymen Notars. Die älteste Darstellung der ungarischen Geschichte; Sigmaringen, 1991, 30-31.

1580 Vgl.: Bogyay / Bak / Silagi, Könige, S. 65. Bogyay gibt hier die Stephansvita von Bischof Hartwick wieder: Legenda minor: Budapest Cod. lat. med. ae. 432, 2.Hälfte des 12. Jahrhunderts oder Anfang des 13. Jahrunderts.

1581 Eigene dt. Übersetzung: „Für das Hauptveranstaltungskomitee des Szent Imre-Jubiläumsjahres wird die Vorlage präsentiert, dass gegen die Villányi-ut und Ménesi-ut des 1.Bezirks im Zusammenhang mit dem Jubiläum passende Veränderungen vorgenommen werden. Der Rat macht sich den Vorschlag des Komitees zu eigen, aus dem Antrag für das Hauptveranstaltungskomitee des Szent Imre-Jubiläumsjahres wird die Villányi-ut für die Szent-Imre-herceg utja, die Ménesi-ut aber für die Nagyboldogasszony-utja benannt. Zwecks der Benennung hat der Stadtrat praktisch Regelung zu treffen, die Abteilung der Ingenieure berichtet über die Ergänzung in der Registratur.“ HU BFL, Fővárosi Közmunkák Tanácsa, Sitzung vom 12.November 1929, II.1.a., Beschlussnummer 13755/1929.

schließlich das *Religiöse*, während die historische Tiefe des Namens in das *späte Frühmittelalter* weist. Ähnliche Tendenzen besitzt auch der andere Name. Allerdings kann zwar aufgrund der Quelleninformation für die Nagyboldogasszony utja kein politisch-institutioneller Bezug festgestellt werden, während jedoch die große Rolle des Katholizismus innerhalb der Einheitspartei zumindest diese politisch-inhaltliche Eigenschaft deutlich wird. Die Beschreibung der Nagyboldogasszony mit einem politisch-institutionellen Bezug bleibt vor allem deswegen aus, weil die religiöse Bedeutung als vordergründiger angesehen wird. Insgesamt ist der religiöse Bezug ebenso deutlich wie die historische Tiefe, die allerdings aus den kodierten Zeiträumen hinaus reicht: Wird das erste Fest dieser Art herangezogen, reicht die historische Tiefe bis in die erste Hälfte des 5. Jahrhunderts, weitere Marienfeste folgen im 5. und 6. Jahrhundert. Bereits in diesem Zeitraum sind erste religiöse Feiern nachweisbar[1582]. Damit weisen die Namen auf die bedeutende Rolle des römisch-katholischen Christentums[1583] und des Mittelalters in Ungarn in der Zwischenkriegszeit hin. Dies war eng verbunden mit Veränderungen innerhalb der ungarischen Kirchenorganisationen Ende der 1920er Jahre. Während das politische Engagement von Priestern bereits davor vom Vatikan kritisiert worden war, unterband der neue ab 1927 agierende Primas Serédi politisches Engagement stärker als sein Vorgänger. In diesem Zusammenhang wurden auch alle Laienorganisationen innerhalb der ungarischen Actio katholica reorganisiert und neue technischen Verbreitungsmedien bewusster genutzt. Staatlicherseits wurde diese Umstrukturierung unterstützt – Vereine unter dem Dach einer großen Kirchengemeinde wurden von der staatlichen Registrierungspflicht ausgenommen und nicht kontrolliert.Die katholische Kirche in Ungarn war es auch, die dementsprechend „die Dinge selbst in die Hand [nahm], um gegen die 'Gefahren der Großstadt' vorzugehen, die durch Entfremdung und den modernen Lebensrythmus zu einer 'zügellosen Sexualität' führten.“[1584] Zu

1582 Vgl.: Alexander, Neil J.: Marienfeste; in: Betz, Hans Dieter; Browning, Don S.; Janowski, Bernd; Jüngel, Eberhard (Hrsg.): Religion in Geschichte und Gegenwart. Handwörterbuch für Theologie und Religionswissenschaft. Band 5 L-M; 4. Auflage, Tübingen, 2002, S. 819; Schulz, Hans-Joachim: Marienfeste; in: Höfer, Josef; Rahner, Karl (Hrsg.): Lexikon für Theologie und Kirche. Siebter Band. Marcellinius bis Palleotti; 2. Auflage, Freiburg, 1962, S. 65-69, hier S. 66.

1583 Zur Rolle der Marienverehrung in orthodoxem und evangelischem Christentum vgl. die entsprechenden Abschnitte bei Thöle, Reinhard: Marienverehrung; in: Betz, Hans Dieter; Browning, Don S.; Janowski, Bernd; Jüngel, Eberhard (Hrsg.): Religion in Geschichte und Gegenwart. Handwörterbuch für Theologie und Religionswissenschaft. Band 5 L-M; 4. Auflage, Tübingen, 2002, S. 820-824, hier S. 822-824.

1584 Klimo, Nation, S. 260.

diesem Zweck sollten Priester offen in der Gesellschaft für den Katholizismus eintreten, es sollten Vereine gegründet und Großveranstaltungen abgehalten werden, „bei denen moderne Propagandatechnik die Organisation und Mobilisierung von Menschenmassen und die triumphale Inszenierung von Ideen erlaubte, die Rechristianisierung auch der Großstadtbevölkerung voranbringen.“[1585]

Im Zuge der großen Popularisierung der Feiern für Szent István, die „immer mehr zu einem Touristen- und Politspektakel ausarteten“[1586], sollte der Kult um Szent István wieder kirchlicher werden. Die sich jährenden Todesjahre von ihm und seinem Sohn Imre boten dazu Möglichkeit. Der jung verstorbene Imre wurde vor allem als Anknüpfungspunkt für die Jugenderziehung genommen, die bereits 1921 im gesamten Staat folgende Hauptziele hatte: „[...] Pflege eines positiven Nationalgefühls, worunter auch die „Integrität Ungarns“ fiel, zweitens 'de(n) Schutz des jugendlichen Geistes vor dem Internationalismus' und schließlich drittens die 'Hungarisierung' und 'Entjudung' (eljudaizálásával szemben hungarizálása) der ungarischen Intelligenz.“ [1587] Kurzum wurden Antisemitismus, Antiliberalismus/Antibolschewismus und Irredentismus durch Schulbildung und – im Zusammenhang mit Szent Imre – durch Glaubenspflege manifestiert. Organisatorisch umgesetzt wurden diese Ziele in staatlichen Jugendorganisationen, die neben der Vermittlung religiöser Moral auch militärisches Wissen weitergaben, um den Vertrag von Trianon hinsichtlich militärischer Bestimmungen zu umgehen. Szent Imre wurde im Sinne der oben zitierten Stellen „als keusches, frommes Ideal“[1588] neben seinen Vater, Szent István, gestellt. Da kaum Informationen über das Leben Imres vorhanden sind, wurde er zur „Projektionsfläche für eine autoritäre Jugenderziehung“ [1589] darüber hinaus misslang es, die katholischen Organisationen der Nachbarländer – ausgenommen Österreichs – einzubinden. Sie boykottierten die Feier des 900. Todestages von Szent Imre. Dennoch waren die Feierlichkeiten dominiert von Vorträgen, Musikauftritten und Vorführungen sowie Ausstellungen, die explizit im Rahmen einer katholischen Großveranstaltung

1585 Klimo, Nation, S. 260.

1586 Klimo, Nation, S. 260.

1587 Kornis, Gyula: Memorandum von 1921 zu den „Hauptzielen der ungarischen Schulerziehung“ zitiert nach Klimo, Nation, S. 260. Klimo verweist auf Romsics: Magyarország, S.179.

1588 Klimo, Nation, S. 262.

1589 Klimo, Nation, S. 262.

organisiert wurden. Schließlich wurde auch Ende August ein großer Feldgottesdienst durch einen Kurienkardinal durchgeführt. Dennoch blieb Szent Imre als Heiliger eher dem Kult um Szent István untergeordnet und verlor alsbald wieder an Bedeutung.[1590] Doch zeigen diese zeitlichen Umstände sehr deutlich, wie Bezugsinformation aus den Zeitumständen verwendet werden können, wobei mit zunehmender historischer Tiefe der Wissensstand abnimmt und (Personen)Namen eher mit zeitgenössischen Bezügen gefüllt werden können.

3.2 Wien

3.2.1 Fallbeispiel: Argentinierstraße – von Beschlüssen und politischer Partizipation der Anlieger

„Sollte dies wirklich zu Stande kommen, dass die Alleegasse in Argentinierstrasse um genant [sic] wird, so muß ich mich dafür schön bedanken […]“[1591]. Dieser Dank ist weniger ernst zu nehmen. Erfindet sich in einem Schreiben verschiedener Unternehmen, die entlang der heutigen 1920 benannten Alleegasse beziehungsweise der späteren Argentinierstraße ihre Werkstätten und Geschäfte hatten. Ihr sowie das Problem der Bezirksvertretung ist, dass unzählige Kreuzungs-, Adress- und Werbeschilder und 130 Hausnummernschilder der Anpassung bedürfen, wenn die im Zitat erwähnte Umbenennung stattfinden sollte. Das entspricht in etwa städtischen Kosten in der Höhe von 20.000 Kronen, diese Summe umfasst allerdings nur die Beschilderung, die seitens der Stadt notwendig erneuert werden müsste.[1592] Zum Vergleich: als 1919 im November über 60 Namensveränderungen beschlossen wurden, wurde eine Gesamtsumme von 200.000 Kronen einkalkuliert.[1593] Dennoch konnte die Argentinierstraße ihren Namen bekommen und die Alleegasse musste als Bezeichnung weichen und die 20.000 Kronen konnten schließlich aus einer „Reserve für unvorhergesehene

1590 Vgl.: Klimo, Nation, S. 259-262.

1591 Schreiben verschiedener Unternehmen entlang der Alleestraße an die Bezirksvertretung Wien, Wien, 12. Jänner 1921, S. 4, WStLA, M. Abt. 116, A38/1 – Strassenumbenennungen nach Bez. 1-13.

1592 Vgl. Schreiben des Stadtbaudirektors an den Ausschuss für technische Angelegenheiten betreffs der Alleegasse in Argentiniergasse, Wien, 27. Jänner 1921, WStLA, M. Abt. 116, A38/1 – Strassenumbenennungen nach Bez. 1-13.

1593 Amtsblatt der Stadt Wien vom 22. November1919, Nr. 94, S. 2880-2881.

Ausgaben“ [1594] problemlos gedeckt werden. [1595] Ausgangspunkt für diese Entwicklung war die schwierige sozio-ökonomische Lage Wiens und Österreichs unmittelbar nach dem Ende des Krieges. In dieser Situation spendete die Republik Argentinien dem Staat fünf Millionen Pesos. Diese sollten der Stadt und dem Staat zum Lösen von Problemen helfen. Entsprechend begründet ist auch das Benennungsvorhaben, der Republik Argentinien eine Straße zu widmen, denn die Republik war „[...] im Herbste vergangenen Jahres [1920] unserem schwer bedrängten Staate [Österreich] mit einer Spende von 5 Millionen Pesos beigesprungen“ und hat „sich durch diese hochherzige Tat in den Herzen unseres Volkes ein unvergängliches Denkmal gesetzt.“[1596]

Um den Spendenwert einordnen zu können, ist es wichtig zu wissen, dass seit den 1880er Jahren die argentinische Wirtschaft wuchs und es lediglich in den 1890ern eine Finanzkrise gab, in dessen Folge der Staat einige Jahre zur Regeneration des Sektors benötigte. [1597] Auslöser war die hohe Menge an Papiergeld. [1598] Die Handelsbilanz war sonst dominiert von Exporten und es bestand bis 1920 und darüber hinaus eine große Abhängigkeit von Auslandskapital. Gebremst wurde das Wachstum nur 1910 durch große Missernten, da die Landwirtschaft den größten Teil der zu exportierenden Produkte bereit stellte. Argentinien exportierte beispielsweise 1910, im Jahr der Missernte Erzeugnisse aus dem Ackerbau im Wert von 196,6 Millionen Goldpesos und Produkte aus dem Bereich der Viehzucht im Wert von 161 Millionen Goldpesos. Diese 357,6 Millionen Goldpesos entsprachen 1910 einem Wert von 1,45 Milliarden (Gold)Mark.[1599] Dies entsprach wiederum einem Wert von circa 1,2 Milliarden Kronen.[1600] Während des Krieges

1594 Vgl. Amtsblatt der Stadt Wien vom 12. Februar 1921, Nr. 13, S. 175; Amtsblatt der Stadt Wien vom 26. März 1921, Nr. 25, S. 382.

1595 Vgl. Amtsblatt der Stadt Wien vom 12. Februar 1921, Nr. 13, S. 175; Amtsblatt der Stadt Wien vom 26.März 1921m Nr. 25, S. 382.

1596 Schreiben des Stadtbaudirektors an den Ausschuss für technische Angelegenheiten betreffs der Alleegasse in Argentiniergasse, Wien, 27. Jänner 1921, S. 1, WStLA, M. Abt. 116, A38/1 – Strassenumbenennungen nach Bez. 1-13.

1597 Vgl.: Randall, Laura: An Economic History of Argentina in the Twentieth Century; New York, 1978, S. 49.

1598 Vgl.: Schmidt, Wilhelm / Grotewohl, Christian: Argentinien in geografischer, geschichtlicher und wirtschaftlicher Beziehung; Hannover, 1912, S. 343.

1599 Vgl.: Schmidt / Grotewohl, Argentinien, S. 324.

1600 Umrechnung gemäß dem Kurs 1 Goldmark = 0,85 Krone aus dem Jahr 1912, dabei wird davon ausgegangen, dass aufgrund der Goldparität beider Währungen der Wechselkurs sich zwischen 1910 und 1912 kaum verändert hat. Vgl.: Trapp, Wolfgang / Fried, Torsten: Handbuch der Münzkunde und des Geldwesens in Deutschland; 2. Auflage, Stuttgart, 2006, S. 119-120. Aus dieser Umrechnung lässt sich auch der Kurs zwischen Goldpeso und Krone bestimmen: 1 Goldpeso = 3,36 Kronen.

war das Wachstum im Durchschnitt der Jahre 1915 bis 1919 mit -3,1% negativ, doch bereits in den anschließenden Jahren 1920 bis 1924 betrug das Wachstum erneut 3,4% des Pro-Kopf-Einkommens.[1601] Die wirtschaftliche Lage Argentiniens erlaubte daher eine solche Spende von 5 Millionen Pesos, jedoch bleibt in den vorliegenden Quellen unklar, ob es sich um das international übliche Zahlungsmittel der Goldpesos handelt oder um die eher im innerargentinischen Geldverkehr genutzten Papierpesos. Bereits 1910 waren die sofort verfügbaren Mittel der Nationalbank ausreichend hoch. „Am 31. Dezember 1910 verfügte die Nationalbank […] in Europa und Buenos Aires über sofort verfügbare Bestände von 53 381 516 Goldpesos und 99 182 590 Papierpesos.“[1602] Das entspricht finanziellen Mitteln in eine Gesamthöhe von 306.264.247,18 Kronen.[1603] Dabei kam Österreich-Ungarn in den Handelsbeziehungen keine besondere Rolle zu. 1911 betrug die Einfuhr von Gütern nach Argentinien nur einen Wert von circa 4,3 Millionen Goldpesos und die Ausfuhr nach Österreich-Ungarn lag bei 2,4 Millionen Goldpesos. Mit Großbritannien allein betrug der Gesamtumsatz an Goldpesos fast 200 Millionen, mit dem Deutschen Reich lag der Umsatz bei 100 Millionen Goldpesos und mit Frankreich sowie den USA bei circa 80 beziehungsweise bei circa 75 Millionen Goldpesos.[1604] Insgesamt betrug der Gegenwert der 5 Millionen Pesos – Spende entweder 17,21 Millionen (Friedens)kronen, wenn es sich um Goldpesos handelte oder der Wert lag bei 7,565 Millionen (Friedens)Kronen, wenn Papierpesos gespendet wurden.[1605] Deren Wert vor allem lag darin, dass der Peso in dieser Zeit nicht durch eine ähnlich extreme Inflation entwertet wurde. Dennoch floss Kapital von den oben genannten Handelspartnern ab, die auch die wichtigsten Investoren waren, Großbritannien und Frankreich beispielsweise.

1601 Vgl.: Fischer, Peter Wilhelm: Der Einfluß des Auslandskapitals auf die wirtschaftliche Entwicklung Argentiniens 1880-1964; Arbeitsberichte des Ibero-Amerika-Instituts für Wirtschaftsforschung an der Universität Göttingen, Heft 12, Göttingen, 1970, S. 101-111; Alejandro, Carlos F. Díaz: Argentina, Australia and Brazil Before 1929; in: Platt, D.C.M.; Di Tella, Guido (Hrsg.): Argentina, Austrlia and Canada. Studies in Comparative Development, 1870-1965; St. Antony's Macmillan Series; Oxford, 1985, S. 95-109, hier S. 97-99.

1602 Schmidt / Grotewohl, Argentinien, S. 349.

1603 Die Umrechnung basiert auf den Kursen von Goldpeso und Papierpeso zur Mark und anschließend daran auf dem Kurs zwischen Mark und Krone. Zu ersterem vgl.: Schmidt / Grotewohl, Argentinien, S. 346, zu zweitem vgl. Trapp / Fried, Handbuch, S. 120.

1604 Vgl.: Schmidt / Grotewohl, Argentinien, S. 330; Fischer, Einfluß, S. 64-67; Randall, Economic History, S. 50-60.

1605 Die Umrechnung basiert erneut auf den Kursen von Goldpeso und Papierpeso zur Mark (Stand: 1912) und anschließend daran auf dem Kurs zwischen Mark und Krone (Stand: 1910). Zu ersterem vgl.: Schmidt / Grotewohl, Argentinien, S. 346, zu zweitem vgl. Trapp / Fried, Handbuch, S. 120.

Schließlich gewährte Argentinien diesen beiden Kriegsparteien 1918 sogar Kriegsanleihen [1606], folgte einer relativ strikten Fiskalpolitik, die eine hohe Entwertung verhinderte und konnte während des Krieges sogar die Goldreserven erhöhen, auch wenn durch diese Maßnahmen die Inflation nicht verhindert werden konnte[1607].

Entsprechend bedeutend war die Spende für den Staat, auch wenn die Motivation Argentiniens aus den Quellen nicht hervorgeht. Wobei eine Möglichkeit die österreichische Diaspora sein kann. Argentinien war zwischen 1876 und 1910 das drittbedeutendes Emigrationsland der Kronländer (94 047 Menschen) und das zweitbedeutendste der gesamten Doppelmonarchie (358 507 Menschen)[1608]. Ein Die benannte Straße sollte demnach auch eine entsprechende Rolle im Stadtbild spielen. Die Problematik bestand nun allerdings darin, dass bereits im Oktober 1920 eine kleine Gasse eine solch erinnernde Funktion, das heißt den Namen Argentiniergasse, bekam [1609]. Auch diese Gasse wurde allerdings in einem längeren Prozess ausgewählt, in dem die damalige Neumanngasse (hinter dem Konsulat), die bereits verlegte aber noch vorhandene alte Bezeichnung Taubstummengasse (schräg gegenüber vom Konsulat) und die „alte, lange Hauptverkehrsader“[1610] Favorittenstraße als Möglichkeiten erwogen wurden. Die Straßen sind beide in Abbildung 53 markiert und dargestellt. Das argentinische Konsulat hatte die Anschrift Favorittenstraße 4/6. Der erste Antrag wollte daher eine Umbenennung der Neumanngasse.[1611] Abbildung 53 zeigt die Straßen, die betroffen waren.

1606 Vgl.: Fischer, Einfluß, S. S. 5.

1607 Vgl.: Cortés Conde, Roberto: Some Notes on the Industrial Development of Argentina and Canada in the 1920s; in: Platt, D.C.M. / Di Tella, Guido (Hrsg.): Argentina, Austrlia and Canada. Studies in Comparative Development, 1870-1965; St. Antony's Macmillan Series; Oxford, 1985, S. 149-160, hier S. 156-157.

1608 Vgl.: Faßmann, Heinz: Auswanderung aus der österreichisch-ungarischen Monarchie 1869-1910; in: Horvath, Traude / Neyer, Gerda (Hrsg.): Auswanderungen aus Österreich. Von der Mitte des 19. Jahrhunderts bis zur Gegenwart; Wien, Köln, Weimar; 1996, S. 33-56, hier S. 35.

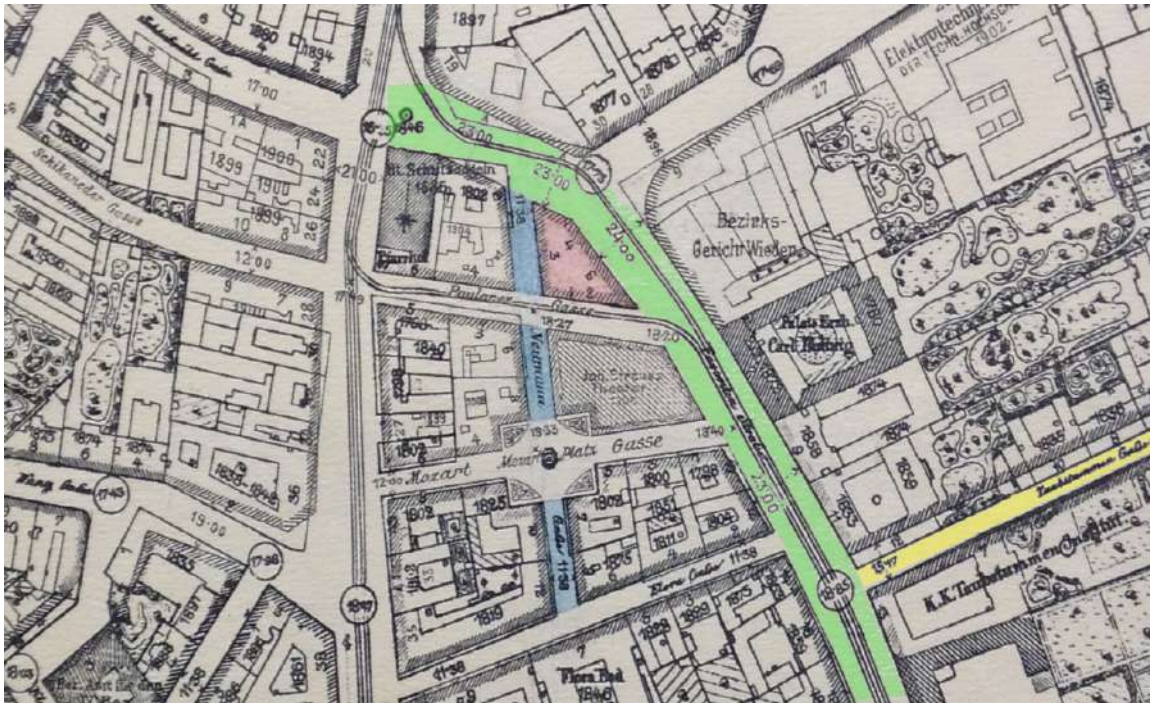
1609 Vgl.: WStLA, Konskriptionsamt, 1.1.8.B53: Straßenverzeichnis 25, S. 26; Amtsblatt der Stadt Wien vom 13.11.1920, Nr. 91, S. 2352. Vgl. ebenso: WStLA, M. Abt. 116, A38/1 – Strassenumbenennungen nach Bez. 1-13, Schreiben von Abteilungsvorstand Oberbaurat Ing. Bartack, Wien, 30. Oktober 1920.

1610 WStLA, M. Abt. 116, A38/1 – Strassenumbenennungen nach Bez. 1-13, Schreiben des Stadtbaudirektors an den Ausschuss für technische Angelegenheiten, Wien, Oktober 1920.

1611 WStLA, M. Abt. 116, A38/1 – Strassenumbenennungen nach Bez. 1-13, Schreiben des Stadtbaudirektors an den Ausschuss für technische Angelegenheiten, Wien, Oktober 1920.

Abbildung 53: Die „Neumanngasse“ und die „Favorittenstraße“, die im Zuge der Einführung einer Argentinienierstraße bzw. -gasse diskutiert wurden.
Eigene Hervorhebung: Grün, “Favorittenstraße“ und Gelb: „Taubstummen Gasse“. Hervorhebung durch das Stadtbauamt: Rot, das argentinische Konsulat, und Blau, die „Neumanngasse“. Ausschnitt selbst aus Quelle erstellt.

Kartenquelle: WStLA, M. Abt. 116, A38/1 – Strassenumbenennungen nach Bez. 1-13, Schreiben des Stadtbaudirektors an den Ausschuss für technische Angelegenheiten, Planskizze, Wien, Oktober 1920.



Besonders wichtig war bei der neuen Straße, dass sie der entsprechend der Spendenhöhe eine relativ hohe Bedeutung haben sollte. Denn „[i]n massgebenden Kreisen sind nun Bedenken laut geworden, ob die Benennung der im XV. Bezirke gelegenen Gasse eine solche Ehrung sei, wie sie der Bedeutung der argentinischen Republik und der Grösse des von diesem Staate unserem Vaterland geleisteten Dienstes entspricht.“ [1612] Das heißt, es sollten genügend Anlieger vorhanden sein und die Straße sollte häufig genutzt werden. Schließlich wurde „[g]leichzeitig […] die Anregung gegeben, die Alleegasse im IV. Bezirke, in deren Nähe auch die argentinische Gesandtschaft ihren Sitz hat, in Argentinierstrasse umzubenennen.“[1613] Sie ist in Abbildung 54 dargestellt.

1612 WStLA, M. Abt. 116, A38/1 – Strassenumbenennungen nach Bez. 1-13, Schreiben des Stadtbaudirektors an den Ausschuss für technische Angelegenheiten, Wien, 27. Jänner 1921.

1613 WStLA, M. Abt. 116, A38/1 – Strassenumbenennungen nach Bez. 1-13, Schreiben des Stadtbaudirektors an den Ausschuss für technische Angelegenheiten, Wien, 27. Jänner 1921.

Abbildung 54: Die Lage der „Alleegasse“ in Wieden, die in „Argentinierstraße“ umbenannt wurden ist.

Quelle: Eigene Hervorhebung, Ausschnitt selbst aus Quelle erstellt. Kartenquelle: WStLA, Pläne und Karten: Sammelbestand P5 – Neuerwerbungen: 6344 – Stadtplan, „IV. Bez. Wieden u. V. Bez. Margarethen“; in: Stern's Plan und Führer von Wien in Buchform; Wien, 1915.

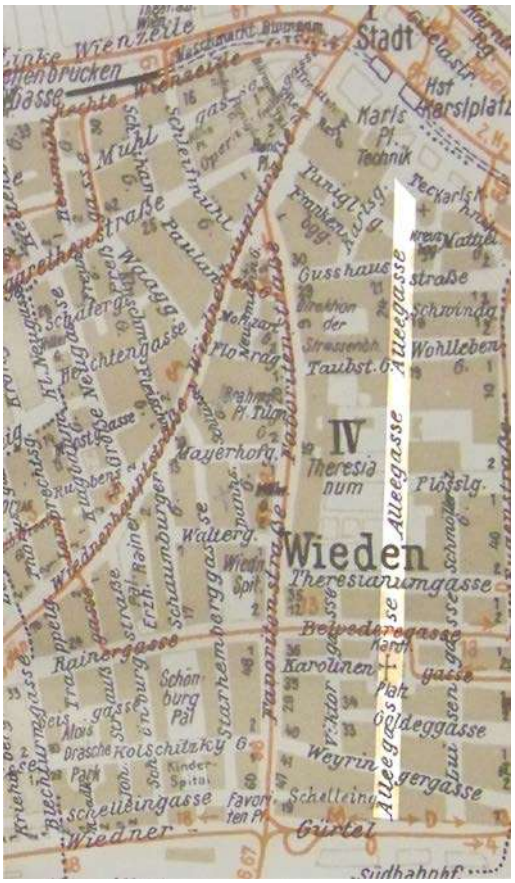


Abbildung 55: Die unbenannte Gasse im neuen Siedlungsgebiet, die als „Argentiniergasse“ 1920 beschlossen wurden ist.

Quelle: Eigene Hervorhebung, Ausschnitt selbst aus Quelle erstellt. Kartenquelle: WStLA, M. Abt. 116, A38/1 – Strassenumbenennungen nach Bez. 1-13, Lageplan aus dem Schreiben des Oberbaurates, Mag. Abt. 18 ohne Adressat, Wien, 30. Oktober 1920.



So beschreibt der Stadtbaudirektor die Ausgangssituation der Debatte um eine neuerliche Benennung einer Straße zu ehren Argentiniens zusammenfassend in einem Schreiben an den zuständigen Gemeindeausschuss, nachdem alle Stellungnahmen eingetroffen waren. Denn die Städtischen Sammlungen[1614], die Anlieger der Straße [1615], die Bezirksvertretung des IV. Bezirks [1616] und der

1614 Vgl.: WStLA, M. Abt. 116, A38/1 – Strassenumbenennungen nach Bez. 1-13, Schreiben an die Magistratsabteilung 18, Wien, 11. Jänner 1921.

1615 Vgl. WStLA, M. Abt. 116, A38/1 – Strassenumbenennungen nach Bez. 1-13, Schreiben verschiedener Unternehmen entlang der Alleestraße an die Bezirksvertretung Wien, Wien, 12. Jänner 1921.

1616 Vgl. WStLA, M. Abt. 116, A38/1 – Strassenumbenennungen nach Bez. 1-13, Schreiben des Vorstehers vom IV. Bezirk an die Magistratsabteilung 18 betreffs Straßenbenennung der Alleegasse in Argentiniergasse, Wien, 20. Jänner 1921, S. 1.

Bürgermeister[1617] beziehen Stellung zum Vorhaben.

Die Städtischen Sammlungen fassten in ihrem Schreiben zunächst die bisherigen Entwicklungen zusammen. Sie wiesen darauf hin, dass ein erster Vorschlag bestand, die Neumanngasse im IV. Bezirk umzubenennen. „Die gefertigte Direktion machte in ihrem damaligen Bericht auf die schweren Störungen und Schädigungen aufmerksam, die jede Umbenennung im Gefolge hat, und empfahl, für die beabsichtigte Ehrung eine neue Gasse zu wählen.“[1618] Daraufhin wurde die in der Planskizze in Abbildung 55 dargestellte kleinere Gasse in einem neuen Siedlungsgebiet gewählt und benannt und am 21. Oktober 1920 beschlossen. Die gleiche Planskizze wurde dann auch zur neuerlichen Veränderung dieses Beschlusses benutzt. Im Zuge der Diskussion um eine andernorts vorzunehmende Ehrung Argentiniens verweisen die Städtischen Sammlungen erneut auf die Bedenken, die sie hinsichtlich der Neumanngasse dargelegt hatte und bringen einen „[...] Stadtratsbeschluss vom 17. Oktober 1911 in Erinnerung […], demzufolge jede Umbenennung von Gassen, Strassen, Plätzen nur in den allerdringensten Fällen vorgenommen werden sollen.“[1619] Die Neumanngasse liegt ein wenig anders, wie die Abbildung 53 zeigt. Sie wurde wahrscheinlich 1805 eingeführt und benannt „nach dem Hauseigentümer, Landkutscher und Mitglied des äußeren Stadtrates Josef Neumann“ [1620]. Die Gründe für einen solchen Beschluss wie er 1911 getroffen wurde, wurden ebenfalls knapp aufgezählt: „1.) Zum Schutze historischer und topographischer Gassennamen […]. 2.) Zur Vermeidung der […] Störungen für Ämter, Behörden und Private. 3.) Zur Vermeidung der […] erwachsenden Kosten für Gassen- und Hausnummertafeln.“ [1621] Zu Punkt eins wird erklärt, dass ein entsprechender topographischer Bezug kaum vorhanden sei und der Name schlicht an eine ehemalige Allee erinnert habe. Die unter Punkt zwei genannten Gruppen, auf die Störungen hätten zu kommen können, sind nach Ansicht der Städtischen

1617 Vgl. Schreiben des Stadtbaudirektors an den Ausschuss für technische Angelegenheiten betreffs der Alleegasse in Argentiniergasse, Wien, 27. Jänner 1921, WStLA, M. Abt. 116, A38/1 – Strassenumbenennungen nach Bez. 1-13.

1618 WStLA, M. Abt. 116, A38/1 – Strassenumbenennungen nach Bez. 1-13, Schreiben an die Magistratsabteilung 18, Wien, 11. Jänner 1921.

1619 WStLA, M. Abt. 116, A38/1 – Strassenumbenennungen nach Bez. 1-13, Schreiben an die Magistratsabteilung 18, Wien, 11. Jänner 1921; Unterstreichung durch die Städtischen Sammlungen.

1620 Umlauft, Namenbuch, S. 75.

1621 WStLA, M. Abt. 116, A38/1 – Strassenumbenennungen nach Bez. 1-13, Schreiben an die Magistratsabteilung 18, Wien, 11. Jänner 1921.

„[...] in erster Linie Ämter und Behörden (Grundbuch, Post, Telegraph, Telefon, Polizei) […].Aber auch in dieser Gasse etablierte Firmen, wenn sie auch nicht von grosser Zahl sind, erleiden infolge der durch die Umbenennung erforderliche Anschaffung neuer Drucksorten einen bei heutigen Preisen sehr nennenswerten Schaden.“[1622]

Abschließend wurde darauf hingewiesen, dass es im Sinne des dritten Punktes immerhin 70 anliegende Häuser entlang der Straße gäbe (die zuständige Bezirksvertretung zählt 130), deren Hausnummernschilder verändert werden müssen und für die auch neue Straßennamensschilder angebracht werden müssen. Entgegen der Erwartung, dass am Ende des Schreibens eine ablehnende Haltung eingenommen wird, wird eine Mindeständerung eingefordert: „Sollte […] die heutige Alleegasse gewählt werden, so müsste jedenfalls der eingangserwähnte Beschluss vom 21. Oktober 1920, wonach bereits eine Gasse auf der Schmelz diesen Namen [Argentinier-; Anm. d. A.] erhielt, rückgängig gemacht werden.“[1623] Deutlich ablehnender standen dieser geplanten Benennung der Alleegasse in Argentinierstraße die Anrainer entgegen. Sie wiesen in einem Schreiben an die Bezirksvertretung des IV. Bezirks auf die ihnen entstehenden „[…] Kosten durch Aenderung der Firmen- und Reklamtafeln, Drucksorten etc. etc. […]“ [1624] hin, ebenso wie die Städtischen Sammlungen einige Tage zuvor. Außerdem verbanden die unterzeichnenden Unternehmen damit „[…] an die löbliche Bezirksvertretung die dringende Bitte, unter allen Umständen ihren ganzen Einfluss geltend zu machen, um die geplante Strassenumbenennung zu verhindern.“ [1625] Unter den Unterzeichnern und Unterzeichnerinnen finden sich Restaurateur, Elektrotechnik, Wäscheerzeugung, Tabak-Trafik, Conditorei, Blumen-Salon, Uhrmacher, „bürgl. Wildpret & Geflügelhändler“, „Öster.-Amer. Gummiwerke Aktiengesellschaft“, „Chem. Expressputzerei“, „Kerzen-, Seifen-, Parfümerie- Niederlassung“, Vergolder, Schuhmacher, Lebensmittelgeschäft sowie „Bürger und Hausbesitzer“.[1626]

1622 WStLA, M. Abt. 116, A38/1 – Strassenumbenennungen nach Bez. 1-13, Schreiben an die Magistratsabteilung 18, Wien, 11. Jänner 1921.

1623 WStLA, M. Abt. 116, A38/1 – Strassenumbenennungen nach Bez. 1-13, Schreiben an die Magistratsabteilung 18, Wien, 11. Jänner 1921.

1624 WStLA, M. Abt. 116, A38/1 – Strassenumbenennungen nach Bez. 1-13, Schreiben verschiedener Unternehmen entlang der Alleestraße an die Bezirksvertretung Wien, Wien, 12. Jänner 1921.

1625 WStLA, M. Abt. 116, A38/1 – Strassenumbenennungen nach Bez. 1-13, Schreiben verschiedener Unternehmen entlang der Alleestraße an die Bezirksvertretung Wien, Wien, 12. Jänner 1921.

1626 Alle Namen und Lokalbezeichungen aus WStLA, M. Abt. 116, A38/1 – Strassenumbenennungen nach Bez. 1-13, Schreiben verschiedener Unternehmen entlang der Alleestraße an die Bezirksvertretung

„Sollte dies wirklich Zustande kommen, dass die Alleegasse in Argentinierstr. um genant [sic] wird, so muß dafür schön bedanken, da ich meine ganzen Etiketten was Steindruck ist, neu gravieren laßen [sic] muß. Meiner Ansicht würde es andere Sachen geben, wo man dies Geld für die Tafeln besser verwenden kann.“[1627]

„Die Bezirksvertretung Wieden hat in ihrer öffentlichen Sitzung am 18. Jänner 1921 den einstimmigen Beschluß gefaßt, sich gegen die Umbenennung der Alleegasse im IV. Bezirke in Argentinierstraße auszusprechen.“[1628] Dieser Beschluss wurde der zuständigen Magistratsabteilung mit dem oben zitierten Schreiben der Anrainer weiter geleitet. Der Beschluss wird in der Art ähnlich begründet wie die Hinweise der Städtischen Sammlungen es nahe legen. Es wird auf die hohen Kosten der vielen Straßenschilder und Hausnummernschilder hingewiesen, die entlang der Straße bei 130 Häusern und vielen Kreuzungen verändert werden müssten. Die Kosten der anliegenden Unternehmen und Geschäfte wurden zum Anknüpfungspunkt genommen auf die grundsätzlich anlehnende Haltung in weiten Teilen der restlichen Einwohnerschaft des Bezirks hinzuweisen. Einzig im Punkt der historischen Bedeutung verweist die Bezirksvertretung konkreter als die Städtischen Sammlungen auf die Erstnennung im Jahr 1779 und schloss damit auf eine „alt eingelebte Gassenbezeichung.“ [1629] Darüber hinaus verwies die Bezirksvertretung darauf, dass „Stammkunden der Geschäftsleute dieselben infolge einer Namensänderung des Standortes viel schwerer auffinden“ [1630] könnten.

„Sollte jedoch der Gemeinderatsausschuß der Meinung sein, daß die Ehrung Argentiniens unbedingt die Namensänderung einer Gasse des IV. Bezirkes erfolgen müsse, so hat die Bezirksvertretung Wieden einstimmig beschlossen, zu diesem Zwecke die Umbenennung der Neumanngasse im IV. Bezirke in Argentiniergasse in Antrag zu bringen. […] Sie liegt in unmittelbarer Nähe des gegenwärtigen Sitzes des argentinischen Konsulates, ist eine im IV. Bezirke allgemein bekannte Gasse, welche den Mozartplatz schneidet […].“[1631]

Wien, Wien, 12. Jänner 1921.

1627 WStLA, M. Abt. 116, A38/1 – Strassenumbenennungen nach Bez. 1-13, Schreiben verschiedener Unternehmen entlang der Alleestraße an die Bezirksvertretung Wien, Wien, 12. Jänner 1921.

1628 WStLA, M. Abt. 116, A38/1 – Strassenumbenennungen nach Bez. 1-13, Schreiben des Vorstehers vom IV. Bezirk an die Magistratsabteilung 18 betreffs Straßenbenennung der Alleegasse in Argentiniergasse, Wien, 20. Jänner 1921, S. 1.

1629 WStLA, M. Abt. 116, A38/1 – Strassenumbenennungen nach Bez. 1-13, Schreiben des Vorstehers vom IV. Bezirk an die Magistratsabteilung 18 betreffs Straßenbenennung der Alleegasse in Argentiniergasse, Wien, 20. Jänner 1921, S. 1.

1630 WStLA, M. Abt. 116, A38/1 – Strassenumbenennungen nach Bez. 1-13, Schreiben des Vorstehers vom IV. Bezirk an die Magistratsabteilung 18 betreffs Straßenbenennung der Alleegasse in Argentiniergasse, Wien, 20. Jänner 1921, S. 1.

1631 WStLA, M. Abt. 116, A38/1 – Strassenumbenennungen nach Bez. 1-13, Schreiben des Vorstehers vom IV. Bezirk an die Magistratsabteilung 18 betreffs Straßenbenennung der Alleegasse in Argentiniergasse, Wien, 20. Jänner 1921, S. 1; Unterstreichung durch die Bezirksvertretung Wieden.

Letztlich wies die Bezirksvertretung auch darauf hin, dass „die Ehrung eines Staates durch die Umbenennung einer alten Gasse nicht von der Länger dieser Gasse abhängig ist.“[1632] Als am 20. Jänner dieses Schreiben versandt worden ist, wurde bereits 16 Tage zuvor, also auch vor den Schreiben der Anwohner und jenem der Städtischen Sammlungen, an die Bezirksvertretung des XV. Bezirkes ein Brief verschickt. In diesem Bezirk lag die Argentniergasse, die 1920 beschlossen wurde. Im Brief selbst wird knapp die Position des Bürgermeisters geschildert. Im Brief heißt es:

„Der Herr Bürgermeister wünscht die Durchführung der Umbenennung der A l l e e g a s s e in A r g e n t i n i e r s t r a ß e. Es soll hierdurch der argentinischen Republik der Dank der Gemeinde Wien für die 5 Millionen Pesos-Spende ausgedrückt werden. Durch diese Änderung ergibt sich die Notwendigkeit, auch […] die mit Argentiniergasse […] umzubenennen. Hierbei könnte auf den früheren Vorschlag, die Bezeichnung mit 'Harlachergasse', zurückgegriffen werden, womit sich die Bezirksvertretung für den XV. Bezirk seinerzeit einverstanden erklärte. Zur gefl. Stellungnahme übermittelt, wobei mit Rücksicht auf die Dringlichkeit um u m g e h e n d s t e Erledigung ersucht wird.“[1633]

In diesem Brief werden beide miteinander verbundene Veränderungen der Straßennamenlandschaft deutlich. Ihre Kosten werden am 26. Jänner 1921 das erste Mal konkret mit 20 000 Kronen beziffert. Sowohl für den neuen Namen Argentnierstraße wie für den Namen Harlachergasse wurde insgesamt von einem Bedarf von 90 Schilder und Tafeln ausgegangen. Elf Straßennamentafeln und 69 Hausnummernschilder für die längere Argentinierstraße und zwei Straßenschilder beziehungsweise acht Hausnummern für die Harlachergasse. Wobei die Straßenbeschriftungen mit jeweils 400 Kronen und die Hausnummerntafeln mit jeweils 150 Kronen berechnet, sowie 3 250 Kronen als weitere Kosten und Auslagen für Druck sowie Preissteigerungen einkalkuliert wurden.[1634] Diese Kosten wurden schließlich als „Neuanschaffung und Instandhaltung der Gassenaufschrifts- und Hausnummerntafeln“ beschrieben, jedoch aus mit einem Kredit aus dem Topf für unvorhergesehenen Ausgaben gedeckt.[1635] Diese Diskussion über Kosten für

1632 WStLA, M. Abt. 116, A38/1 – Strassenumbenennungen nach Bez. 1-13, Schreiben des Vorstehers vom IV. Bezirk an die Magistratsabteilung 18 betreffs Straßenbenennung der Alleegasse in Argentiniergasse, Wien, 20. Jänner 1921, S. 1.

1633 WStLA, M. Abt. 116, A38/1 – Strassenumbenennungen nach Bez. 1-13, Schreiben des Bauinspektors der Magistratsabteilung 18 betreffs Straßenumbenennung der Alleegasse in Argentiniergasse an die Bezirksvorstehung für den XV. Bezirk, Wien, 04. Jänner 1921.

1634 Vgl.: WStLA, M. Abt. 116, A38/1 – Strassenumbenennungen nach Bez. 1-13, Zusammenstellung der Kosten für die Umbenennungen der Magistratsabteilung 18, Wien, 26. Jänner 1921.

1635 Vgl. Amtsblatt der Stadt Wien vom 12.02.1921, Nr. 13, S. 175; Amtsblatt der Stadt Wien vom

Anlieger und Stadt sowie die damit verbundenen Bedenken zeigt sehr deutlich:

„Die Umbenennung eines Strassenzuges greift eben tief in die privaten Interessen der dortselbst ansässigen Bevölkerung ein, so dass sich dieselbe immer gegen eine solche wehren wird. Hier handelt es sich aber um ein der […] dringenden Fälle, da es sich um die Ehrung eines Staates handelt, welcher unserem armen Vaterland zu einer Zeit hilfreich beistand, woselbst dasselbe [in] schwerster finanzieller Bedrängnis war. Aus diesem Grunde könnte […] trotzdem die Umbenennung der Alleegasse in Argentinierstraße beantragt werden."[1636]

Es folgen die entsprechenden Anträge, der hiesigen Umbenennung, jener, der die bereits im Herbst 1920 projektierte Argentiniergasse in Harlachergasse umbenennen würde und der Antrag zum Zweck der Finanzierung beider Maßnahmen.[1637] Die Sache wurde dementsprechend im Amtsblatt vom 27. Jänner 1921 kund getan und an die beschließenden Gremien weitergeleitet.[1638] Die finalen Beschlüsse zur bis heute so benannten Argentinierstraße finden sich schließlich im Amtsblatt. Über die Bewilligung zur Finanzierung wurde im Amtsblatt vom 5. März 1921 berichtet[1639] und der Stadtsenat seinerseits bewilligte die Umbenennungen von Alleegasse in Argentinierstraße sowie die Finanzierung am 2. März 1921, was drei Wochen darauf im Amtsblatt veröffentlicht wurde.[1640] Im eben ausführlich geschilderten Beitrag handelte es sich um eine Umsetzung des politischen Willens der gewählten Vertreter der Stadt. Was das Beispiel auszeichnete, war in methodischer Hinsicht eine sehr umfassende Dokumentation seitens der Verwaltung. In prozessualer Hinsicht zeigte das Beispiel der Argentinierstraße aber auch politische Partizipation von Anwohnern, Anwohnerinnen und Unternehmen.

3.2.2 Fallbeispiel: An der Niederhaid – vom „Volksmund" ins offizielle Straßenverzeichnis

„Die Flurnamen als sprachliche Äußerungen des Volkstums spiegeln […] die

---

26.03.1921 Nr. 25, S. 382.

1636 WStLA, M. Abt. 116, A38/1 – Strassenumbenennungen nach Bez. 1-13, Schreiben des Stadtbaudirektors an den Ausschuss für technische Angelegenheiten, Wien, 27. Jänner 1921.

1637 Vgl.: WStLA, M. Abt. 116, A38/1 – Strassenumbenennungen nach Bez. 1-13, Schreiben des Stadtbaudirektors an den Ausschuss für technische Angelegenheiten, Wien, 27. Jänner 1921.

1638 Vgl.: Ausschuß für technischer Angelegenheiten: Bericht von der Sitzung vom 27. Jänner 1921; in: Amtsblatt der Stadt Wien; Nr. 13, 12. Februar 1921, S. 174-176, hier S. 175.

1639 Vgl.: Finanzausschuß: Bericht von der Sitzung vom 21. Februar 1921; in: Amtsblatt der Stadt Wien; Nr. 19, 5. März 1921, S. 285-287, hier S. 286.

1640 Vgl.: Stadtsenat: Bericht von der Sitzung vom 02. März 1921; in: Amtsblatt der Stadt Wien; Nr. 25, 26. März 1921, S. 381-384, hier S. 282.

innigen Bindungen des örtlich-bäuerlichen Menschen an seine Flur wider. Diese äußert sich zunächst in der Namensschöpfung.“[1641] Dementsprechend gibt es nicht nur Benennungen, die der Namensnutzung einer ortsansässigen Bevölkerung widersprechen wie im Fall der Argentinierstraße. Es existieren auch Beispiele, in denen der Namenspraxis lokaler Bevölkerung ohne Diskussion entsprochen wurde. Das sind all jene Fälle, in denen sich folgende oder ähnliche Formulierungen finden: „[…] nach der gleichnamigen Riedbezeichung […].“[1642] oder „[…] nach dem Riednamen […]“[1643].

Eine solche lokal orientierte Benennung, die gegebenenfalls auch als lokaler Ried- beziehungsweise Flurnamen gewachsen ist, sind zum Beispiel Sonnenleitensteg[1644] und An der Sandleiten[1645]. Sie wurden ebenso wie An der Niederhaid[1646] entsprechend der Nutzung als Riednamen schließlich amtlich fixiert. Der letzte Name ermöglicht einige Rückschlüsse auf die amtliche Festlegungspraxis wie sie im theoretischen Teil angeklungen war. So befand sich an der Baumgartner Höhe, im 13. Bezirk, in der Zwischenkriegszeit ein Sanatorium, das bereits 1907 gegründet wurde. Abbildung 56 zeigt das Sanatorium sowie den betroffenen Weg. Bereits fünf Jahre davor wurde festgelegt, dass die Heilanstalt in Wien oder dessen Umgebung sein sollte und 1904 erfolgte die Grundsteinlegung durch Kaiser Franz Joseph.[1647] Als landesweite Ausbildungsstätte[1648], als hochwertig geplanter Gesundheitsstandort auch für Menschen von außerhalb Niederösterreichs[1649] und Ort von aufwendiger architektonischer und künstlerischer Gestaltung auch als Ort für Besucher (zumindest bis ein Jahr nach Öffnung)[1650] war die Heilanstalt[1651] als Teil der städtischen Infrastruktur ein Ort, der dazu führte,

1641 Kleiber, Flurnamenforschung, S. 412.

1642 WStLA, M. Abt. 14, A3/1 – Schreiben des Oberbaurates der Magistrats-Bau-Abteilung 1 an Bau-Dienst-Abteilung 1 (Plan- u. Schriftenkammer),Wien, 27. Jänner 1920.

1643 Stadtrat: Bericht von der Sitzung vom 12.Mai 1920; in: Amtsblatt der Stadt Wien; Nr. 44, 02. Juni 1920, S. 1473-1480, hier S. 1474.

1644 Vgl.: WStLA, M. Abt. 14, A3/1 – Schreiben des Oberbaurates der Magistrats-Bau-Abteilung 1 an Bau-Dienst-Abteilung 1 (Plan- u. Schriftenkammer),Wien, 27. Jänner 1920.

1645 Vgl.: WStLA, M. Abt. 14, A3/1 – Schreiben des Oberbaurates der Magistrats-Bau-Abteilung 1 an Bau-Dienst-Abteilung 1 (Plan- u. Schriftenkammer),Wien, 27. Jänner 1920.

1646 Vgl.: Stadtrat: Bericht von der Sitzung vom 12.Mai 1920; in: Amtsblatt der Stadt Wien; Nr. 44, 02. Juni 1920, S. 1473-1480, hier S. 1474.

1647 Vgl.: Gabriel, Eberhard: 100 Jahre Gesundheitsstandort Baumgartner Höhe; Wien, 2007, S. 25, S. 29.

1648 Vgl.: Gabriel, Gesundheitsstandort, S. 31-39.

1649 Vgl.: Gabriel, Gesundheitsstandort, S. 45.

1650 Vgl.: Gabriel, Gesundheitsstandort, S. 43.

1651 Zur problematischen Situation während und nach dem Krieg vgl.: Gabriel, Gesundheitsstandort, S. 47-

dass Menschen anreisten, die zumeist nicht aus der näheren Umgebung kamen. Daher wurden Namen in der Umgebung fixiert[1652], darunter der hiesige Name An der Niederhaid, nach dem lokalen Waldstück, das ebenfalls ein wenig auf Abbildung 56 zu erkennen ist.

Abbildung 56: Kartenausschnitt des zur Benennung vorgesehenen Weges, später „An der Niederhaid“ in der Nähe des Sanatoriums.

Quelle: Eigene Hervorhebung, Ausschnitt selbst aus Quelle erstellt. Kartenquelle: WStLA, Pläne und Karten: Sammelbestand P5 – Neuerwerbungen: 6344 – Stadtplan, „XIII. Bez. Hietzing Blatt 1“; in: Stern's Plan und Führer von Wien in Buchform; Wien, 1915.



Weitere gewachsene Riednamen, die einen unmittelbaren lokalen Bezug zu ihrer Umgebung haben sind auch die anderen beiden: Sonnenleitensteg[1653] und An der Sandleiten[1654]. Ein ähnlicher Fall ist der des ehemaligen Kaisergarten, der von einem Beschluss vom 6. November 1919 in „Garten der Republik“ umbenannt werden sollte. [1655] Ungeachtet der weiteren politischen Bezüge, weist die zuständige Magistratsabteilung 1921, als der Name eingeführt werden soll, daraufhin, dass der neue Name eher Burggarten sein sollte. „Diese Anregung ist einer ernsten Erwägung wert, denn der vorgeschlagene Name ist kurz und schon im Gebrauche gewesen; vor allem aber, er bezeichnet die Oertlichkeit, wo sich der

59.

1652 Vgl.: Löffler, Probleme der amtlichen Flurnamengebung, S. 495-505; Scheuermann, Ulrich: Sprachliche Erschließung der Dorfflur mit Hilfe von Flurnamen; in: Germanistische Linguistik, Nr. 129-130, 1996, Reader zur Namenskunde III, 1, Toponymie; S. 537-570.

1653 Vgl.: WStLA, M. Abt. 14, A3/1 – Schreiben des Oberbaurates der Magistrats-Bau-Abteilung 1 an Bau-Dienst-Abteilung 1 (Plan- u. Schriftenkammer),Wien, 27. Jänner 1920.

1654 Vgl.: WStLA, M. Abt. 14, A3/1 – Schreiben des Oberbaurates der Magistrats-Bau-Abteilung 1 an Bau-Dienst-Abteilung 1 (Plan- u. Schriftenkammer),Wien, 27. Jänner 1920.

1655 Vgl.: Stadtrat: Bericht über die Sitzung vom 6. November 1919; in: Amtsblatt der Stadt Wien; Nr. 94, 22. November 1919, S. 2880-2881.

Garten befindet, treffend und in ganz unzweideutiger Weise.“[1656] Auch hier wird also zu Gunsten der unmittelbaren Namensverwender der lokale Bezug bevorzugt, denn entsprechend dieses Vorschlages wird. Bereits in der Sitzung am gleichen Tag verändert der zuständige Ausschuss in diesem Sinne den Beschluss.[1657] Allerdings sind die weiteren Dokumentationen zu diesen Veränderungen mit lokalem Bezug deutlich weniger umfassend als es im Fall der Argentinierstraße. Diesbezüglich entsprechen sie jedoch der Regel und die Argentinierstraße stellt eine Ausnahme dar. Schließlich sind von den eingeführten Flurnamen lediglich Amtsblattinhalt und Schreiben der Magistratsabteilung vorhanden. Einen Briefwechsel oder Eingebungen der Bezirksverwaltung gibt es nicht.

3.2.3 Geografischer und Politisch-geografischer Bezug in den Straßennamenveränderungen Wiens

Besonders das erste Beispiel wurde vor allem aufgrund der Quellenlage ausgewählt. Im zweiten Fall, der Riednamen, spielte wiederum die Makroperspektive eine Rolle. Schließlich zeigen beide Fälle unterschiedliche Tendenzen, die im Folgenden in einer quantitativen Weise betrachtet werden sollen. Abbildung 57 zeigt zuerst einmal die absolute Verteilung der möglichen geografischen Bezüge exklusive der Eigenschaft ohne auf die Arten der Namensveränderungen in Wien hinzuweisen. Dabei zeigt ein Vergleich der einzelnen Bezugseigenschaften bereits, dass Veränderungen mit den Eigenschaften *Lokal* und *Regional* eine besonders große Rolle gegenüber *Staatlich*, *Europäisch* und *Außereuropäisch* spielen. Werden einzelne Werte detaillierter betrachtet, zeigt sich zunächst, dass *gewachsene* Namen immer einen *lokalen* geografischen Bezug haben. Diese Verbindung liegt in der Entstehungsart solcher Namen begründet. Entsprechend existieren keine gewachsenen Namen, die einen weitläufigeren geografischen Bezug haben. Außerdem zeigt sich, dass vorhandene Straßennamen nur zu Gunsten *lokaler* oder *regionaler* Bezüge

1656 WStLA, M. Abt. 116, A38/1 – Strassenumbenennungen nach Bez. 1-13, Schreiben der Magistratsabteilung 18 an den gemeinderätlichen Ausschuß für technische Angelegenheiten betreffs Umbenennung von Strassen, Wien, 14. Dezember 1921.

1657 Vgl.: Ausschuß für technische Angelegenheiten: Bericht über die Sitzung vom 14. Dezember 1921; in: Amtsblatt der Stadt Wien; Nr. 1, 4. Jänner 1922, S. 8.

modifiziert werden. Gleiches lässt sich auch für Neubenennungen feststellen. Allerdings ist das die Art der Veränderung, durch die grundsätzlich die meisten Namen Eingang in allen Eigenschaften Eingang finden. Besonders augenscheinlich sind jedoch die 14 außer-europäischen Veränderungen, von denen eine bereits als Beispiel umfassend betrachtet wurde.

Abbildung 57: Absolute Verteilung der möglichen *geografischen Bezüge* exklusive der Eigenschaft *ohne* auf die *Arten der Namensveränderungen* in Wien.

Quelle: Eigene Erhebung und eigene Darstellung, das Zeichen „ - “ entspricht dem Wert „0“.

		Geografischer Bezug					
		Lokal	Regional	Staatlich	Europäisch	Außereuropäisch	∑
Art der Namens-veränderung	Gewachsen	24	-	-	-	-	24
	Modifiziert	3	2	-	-	-	5
	Neubenannt	148	179	28	82	14	451
	Umbenannt	29	36	10	32	1	108
	Weggefallen	31	12	50	14	1	108
	Rückbenannt	4	-	-	-	-	4
	∑	239	229	88	128	16	

Während alle weiteren Eigenschaften des geografischen Bezuges sich weitestgehend verteilen, ist ein weiterer Zusammenhang noch erkennbar, nämlich hinsichtlich der *weggefallenen* Namen. Bei dieser Veränderungsart dominieren Veränderungen mit einem staatlichen Bezug, das heißt Namen, deren Bezug in irgendeiner Weise staatlich ist. Diese Eigenschaft ist es auch, die gleichzeitig jene ist, die am wenigsten vorkommt bei den Umbenennungen oder Modifizierungen. Denn hier liegt der Schwerpunkt auf den bereits erwähnten *regionalen* und *lokalen* Veränderungen. Das heißt, Namen mit einem staatlichen Bezug werden während des gesamten Betrachtungszeitraumes eher entfernt zu Gunsten von Namen mit einem eingeschränkterem Wiener Ortsbezug.

Die Abbildung 58 ermöglicht nun einen genaueren Blick auf die Stadtbezirke und zeigt die absolute Verteilung der möglichen *geografischen Bezüge* exklusive der Eigenschaft *ohne* in *den Stadtbezirken* Wiens mit mehr als 25 Namensveränderungen im gesamten Betrachtungszeitraum. Dieser Mindestwert ist analog zu begründen wir es bereits im Fall Budapests geschehen ist. In der

Abbildung 58 verteilen sich die Veränderungen mit *lokaler* oder *regionaler* Eigenschaft über alle Bezirke. Allerdings sind im 13. Gemeindebezirk die geografisch im lokalen Umfeld zu verortenden Veränderungen deutlich bedeutender als Veränderungen mit *regionalem* geografischem Bezug. Mit 92 Veränderungen findet sich in diesem Bezirk ein der über ein Drittel der gesamten Veränderungen bedeutet, die einen *lokalen* geografischen Bezug haben. Demgegenüber verteilen sich die Veränderungen mit *regionalem* geografischem Bezug etwas mehr, hier haben 10., 12. und 13. Gemeindebezirk sehr ähnliche Werte, während der 21. Gemeindebezirk einen etwas höheren Wert aufweist. Veränderungen mit *staatlichem* geografischem Bezug sind ebenfalls recht gleichmäßig verteilt, lediglich 12., 16. und 18. Gemeindebezirk haben signifikant kleinere Werte.

Abbildung 58: Absolute Verteilung der möglichen *geografischen Bezüge* exklusive der Eigenschaft *ohne* in *den Stadtbezirken* Wiens mit mehr als 25 Namensveränderungen im gesamten Betrachtungszeitraum.

Quelle: Eigene Erhebung und eigene Darstellung, das Zeichen „ - “ entspricht dem Wert „0“, das Zeichen „ … “ bedeutet eine Auslassung von Bezirken.

		Geografischer Bezug				
		Lokal	Regional	Staatlich	Europäisch	Außereuropäisch
Bezirk	I	13	5	16	3	-
	II	11	3	14	9	-
	III	4	8	7	7	-
	⋮					
	X	7	23	11	8	-
	⋮					
	XII	20	33	3	7	-
	XIII	92	14	10	21	13
	⋮					
	XVI	5	19	1	8	-
	⋮					
	XVIII	4	19	3	4	-
	XIX	9	25	-	5	-
	⋮					
	XXI	32	43	12	29	-

Hinsichtlich der Veränderungen mit europäischem Bezug sind zwei relativ große Werte im 13. Und im 21. Gemeindebezirk zu beobachten, während in den anderen Bezirken in etwa ähnlich hohe Veränderungszahlen sichtbar sind. Jene Straßennamen, die einen außereuropäischen Bezug haben, konzentrieren sich schließlich auf den 13. Bezirk. Abseits vom obigen Beispiel liegt das vor allem am Cluster, dass die Planetennamen aufgreift. Hierbei handelt es sich sogar um extraterrestrische Namen. Dementsprechend finden sich die außereuropäischen Namen erneut wieder gebündelt in Abbildung 59. Die Tabelle in dieser Abbildung stellt die absolute Verteilung der möglichen *geografischen Bezüge* in *den Jahren* mit 25 oder mehr Namensveränderungen im gesamten Stadtgebiet Wiens dar.

Abbildung 59: Absolute Verteilung der möglichen *geografischen Bezüge* in *den Jahren* mit 25 oder mehr Namensveränderungen im gesamten Stadtgebiet Wiens.

Quelle: Eigene Erhebung und eigene Darstellung, das Zeichen „ - “ entspricht dem Wert „0“, das Zeichen „ … “ bedeutet eine Auslassung von Jahren.

		G e o g r a f i s c h e r B e z u g				
		Lokal	Regional	Staatlich	Europäisch	Außereuropäisch
J a h r	1918 …					
	1919	41	30	49	32	-
	1920	8	13	2	7	1
	⋮					
	1923	17	3	2	3	12
	1924	18	4	4	-	-
	1925	15	14	1	1	-
	⋮					
	1927	10	19	1	10	-
	⋮					
	1929	30	17	1	3	-
	1930	22	29	8	14	-
	⋮					
	1932	21	45	7	24	-
	1933	8	19	3	20	-
	… 1934					

Dabei findet sich neben dem Jahr 1923 mit zwölf Veränderungen, die einen *außereuropäischen* Bezug aufweisen nur noch das Jahr 1920, wobei es sich um das obige Beispiel handelt. Nachdem in Wien sowohl zu Beginn wie gegen Ende

des Betrachtungszeitraums verstärkt Veränderungen vorhanden sind, verteilen sich dementsprechend auch die Veränderungen mit geografischem Bezug. Doch währen 1919 noch alle außer der besagte *außereuropäische* Bezug vorhanden sind, verschiebt sich das im Laufe der Zeit. Bereits 1920 ist lediglich der *regionale* geografische Bezug noch zweistellig. Wird 1923 der *außereuropäische* geografische Bezug außer Acht gelassen, ist es die Eigenschaft *lokal*, die bedeutend ist – ebenso wie 1924 und 1925.

In diesem letzten Jahr sind *regionaler* und *lokaler* geografischer Bezug jedoch nahezu gleichwertig. 1927 folgen erneut Veränderungen mit einem europäischen Bezug, die den gleichen Wert haben wie die auf die nächste Umgebung bezogenen Veränderungen. Während der Wert für den regionalen geografischen Bezug mit 19 nahezu der Summe dieser beiden Bezugseigenschaften entspricht. Zwei Jahre darauf verschiebt sich das zum *lokalen* geografischen Bezug und erst 1930 gibt erst wieder ein in etwas gleichwertiges Verhältnis, wobei in diesem Jahr aber auch der *europäische* geografische Bezug wieder stärker ist. 1932 und 1933 allerdings dominieren jeweils Veränderungen, die einen *regionalen* Bezug haben. Das heißt: In beiden Jahren entsprechen die Werte für die Eigenschaft *regional* nahezu dem doppeltem Wert der Eigenschaft *lokal*. Einschränkend ist außerdem für das Jahr 1933 zu erwähnen, dass der höchste Wert jener für die Eigenschaft *europäisch* ist – der sich im Gegensatz zum Vorjahr leicht vergrößert hat. Zu dieser Abbildung ist abschließend zu sagen, dass der *staatliche* Bezug abgesehen vom Jahr 1919 eine sehr untergeordnete Roll spielt. In jenem Jahr häufen sich die Veränderungen in einem besonders hohen Maß, während sich danach die Werte sehr gleichmäßig verteilen.

Im Folgenden soll zunächst der politisch-geografische Bezug etwas näher betrachtet werden. Dies ist eine Ergänzung zum geografischen Bezug und die erste Konkretisierung des allgemeinen politischen Bezuges. Abbildung 60, gibt eine Übersicht über die absolute Verteilung der möglichen *politisch-geografischen Bezüge* auf die *Arten der Veränderung* in Wien während des gesamten Betrachtungszeitraums. Neben dem politischen Bezug an sich erlaubt diese Tabelle in Abbildung 60 auch einen detaillierteren Blick auf die Tendenzen, die zuvor teilweise „nur“ die Eigenschaft *europäisch* hatten, als es sich um den geografischen Bezug handelte. Dieser detaillierte Blick ist zumindest dann möglich,

wenn die entsprechende Veränderung nicht nur einen geografischen, sondern auch einen politisch-geografischen Bezug hat.

Abbildung 60: Absolute Verteilung der möglichen *politisch-geografischen Bezüge* auf die *Arten der Veränderung* in Wien während des gesamten Betrachtungszeitraums.

Quelle: Eigene Erhebung und eigene Darstellung, das Zeichen „ - “ entspricht dem Wert „0“, das Zeichen „ … “ bedeutet eine Auslassung von Jahren.

		Politisch-Geografischer Bezug					
		Deutsch	Italienisch	Österreichisch	Rumänisch	Tschecho-slowakisch	Anderer
Art der Namens-veränderung	Gewachsen	-	-	-	-	-	-
	Modifiziert	-	-	-	-	-	-
	Neubenannt	41	3	5	-	-	21
	Umbenannt	13	1	4	-	-	9
	Weggefallen	5	1	2	1	1	46
	Rückbenannt	-	-	-	-	-	-
	∑	59	5	11	1	1	76

Wird also Abbildung 60 betrachtet, zeigt sich, dass nur eine Auswahl der möglichen Eigenschaften für den politisch-geografischen Bezug in Wien auffindbar sind. Es sind nur *Deutsch*, *Italienisch*, *Rumänisch*, *Tschechoslowakisch* und *Anderer* vorhanden. Dabei ist die Eigenschaft *deutsch* des politisch-geografischen Bezugs neben *Anderer* die stärkste. *Anderer* bekommt hier eine Sonderrolle, da diese Eigenschaft nach 1919 sowohl andere einzelstaatliche Bezüge umfassen als auch die Bezüge, die auf größere Zusammenschlüsse verweisen. Besonders deutlich wird das im Fall *Anderer* deswegen, weil hier auch der höchste Wert der *weggefallenen* Namen zu finden ist. Was in Verbindung mit späteren Informationen zum politisch-institutionellen Bezug korreliert. Dennoch finden sich auch *andere* politisch-geografische Bezüge, die mit Neubenennungen verbunden sind, hierbei handelt es sich eher um andere Staaten als jene, die im Methodikkapitel erfasst wurden. Schließlich sind die Veränderungen mit *deutschem* politisch-geografischem Bezug jene mit dem höchsten Wert neben denen, die nicht konkreter erfasst sind. Es sind vor allem Neubenennungen, die diese Eigenschaft umfasst. Alle anderen Werte, die ebenfalls vorhanden sind, sind nur in sehr geringem Maß präsent. Italienische und österreichische Namen steigen insgesamt an, während in den Fällen Rumänisch und Tschechoslowakisch mehr Namen

wegfallen als neu hinzukommen.

Abbildung 61 gibt einen Einblick in den zeitlichen Verlauf und erlaubt Rückschlüsse auf Veränderungsart und Zeitpunkt. Sie stellt die absolute Verteilung der möglichen *politisch-geografischen Bezüge* in *den Jahren* mit 25 oder mehr Namensveränderungen im gesamten Stadtgebiet Wiens dar. Entsprechend dieser Tabelle wurden die meisten Veränderungen, die einen *anderen* politisch-geografischen Bezug hatten, 1919 durchgeführt. 1932 erst gibt es hier nochmal einen Anstieg, der dort erreichte Wert ist allerdings weniger als halb so groß wie die 44 Veränderungen von 1919.

Abbildung 61: Absolute Verteilung der möglichen *politisch-geografischen Bezüge* in *den Jahren* mit 25 oder mehr Namensveränderungen im gesamten Stadtgebiet Wiens.

Quelle: Eigene Erhebung und eigene Darstellung, das Zeichen „ - “ entspricht dem Wert „0“, das Zeichen „ … “ bedeutet eine Auslassung von Jahren.

		Politisch-Geografischer Bezug					
		Deutsch	Italienisch	Österreichisch	Rumänisch	Tschecho-slowakisch	Anderer
Jahr	1918 …						
	1919	14	-	4	1	-	44
	1920	3	-	-	-	-	2
	⋮						
	1923	2	-	1	-	-	1
	1924	-	-	1	-	-	-
	1925	2	-	1	-	-	1
	⋮						
	1927	8	2	-	-	-	-
	⋮						
	1929	1	-	-	-	-	-
	1930	5	-	-	-	-	4
	⋮						
	1932	5	2	1	-	1	13
	1933	12	1	1	-	-	5
	… 1934						

Eine ähnliche Entwicklung lässt sich in Bezug auf jene Veränderungen beobachten, die einen *deutschen* politisch-geografischen Bezug haben. Auch sie haben ihren

höchsten Wert 1919 und steigen bis 1933 wieder an, allerdings erreicht diese Eigenschaft fast wieder den Höchstwert von 1919. Alle anderen Eigenschaften haben keinen besonderen Anstieg oder weisen sehr signifikante Werte auf. Lediglich die als *österreichisch* zu beschreibenden politisch-geografischen Veränderungen haben analog zu jenen, die als *deutsch* zu beschreiben sind, 1919 den höchsten Wert.

Lokalisiert werden können die Veränderungen, die einen österreichischen politisch-geografischen Bezug haben, vor allem im 1. und im 21. Gemeindebezirk Wiens. Das wird in Abbildung 62 deutlich, die die absolute Verteilung der möglichen *politisch-geografischen Bezüge* in *den Stadtbezirken* Wiens mit mehr als 25 Namensveränderungen im gesamten Betrachtungszeitraum wiedergibt.

Abbildung 62: Absolute Verteilung der *politisch-geografischen Bezüge* in *den Stadtbezirken* Wiens mit mehr als 25 Namensveränderungen im gesamten Betrachtungszeitraum.

Quelle: Eigene Erhebung und eigene Darstellung, das Zeichen „ - “ entspricht dem Wert „0“, das Zeichen „ … “ bedeutet eine Auslassung von Jahren.

		Politisch-Geografischer Bezug					
		Deutsch	Italienisch	Österreichisch	Rumänisch	Tschecho-slowakisch	Anderer
Bezirk	I	2	-	3	-	-	9
	II	1	1	1	-	-	10
	III	2	-	-	-	-	11
	⋮		-				
	X	3	-	1	-	-	2
	.						
	XII	3	-	-	1	-	2
	XIII	8	-	1	-	1	8
	⋮						
	XVI	6	1	1	-	-	2
	⋮						
	XVIII	3	-	-	-	-	1
	XIX	6	-	-	-	-	2
	⋮						
	XXI	16	2	4	-	-	14

Dementsprechend sind es im 1. Bezirk sogar mehr Veränderungen, die einen *österreichischen* politisch-geografischen Bezug haben als jene mit einem

deutschen. Dieser überwiegt allerdings letztlich hinsichtlich der Veränderungen und findet sich im gesamten Stadtgebiet wieder. Die weiteren Eigenschaften sind ebenfalls eher singuläre Erscheinungen und kommen nicht räumlich gebündelt vor. Allerdings kommen jene Veränderungen, die einen anderen politisch-geografischen Bezug haben, durchaus gebündelt vor. Signifikant sind dabei die Häufungen in den ersten drei Gemeindebezirken und dem 21. Gemeindebezirk.

3.2.4 Fallbeispiel: Vom Mai 1919 zum November 1919 – die Veränderung von Verkehrsflächenamen in Wien 1919 und 1920

Es ist ein „Schriftsteller, Vertreter des Wiener Lokalhumors“[1658], der 1917 starb und zehn Jahre darauf, 1927 zum Namensgeber eines Wiener Parks, des Forschnitscherparks, wird. Der Park selbst war zuvor ein Kinderspielplatz, der Kaiser Franz Josef-Jubiläumskinderspielplatz [1659] . Dies entsprach der im Folgenden zu beschreibenden Entwicklung. Denn „[a]bgesehen von der Notwendigkeit, eine Reihe gleicher oder ähnlicher Benennungen in den Bezirken zu ändern“[1660], so Julius Bermann, Robert Danneberg und Paul Speiser, „erscheint es an der Zeit, Straßen-, Gassen- und Platzbezeichnungen zu wählen, die in unsere Republik passen.“[1661] Die drei Gemeinderäte der SDAP stellten im Zuge dessen den Antrag: „Der Herr Bürgermeister möge eine Kommission aus der Mitte des Gemeinderates einsetzen, die ehestens dem Stadtrate geeignete Vorschläge für die Änderung von Straßen-, Gassen- und Platzbezeichnungen zu machen hat.“ [1662] Neben den eben angeführten beiden Argumenten betonten die Abgeordneten, dass es Straßennamen gab, „die geeignet sind, die republikanischen Gefühle der Bevölkerung zu verletzen.“[1663] Der Antrag wurde am

1658 WStLA, M. Abt. 14, A3/1 – Schreiben des Oberbaurates der Magistratsabteilung 54,Wien, 29. Dezember 1927.

1659 Vgl.: WStLA, M. Abt. 14, A3/1 – Schreiben des Oberbaurates der Magistratsabteilung 54,Wien, 29. Dezember 1927.

1660 Bermann, Julius / Danneberg, Robert / Speiser, Paul zitiert nach Gemeinderat: Stenographischer Bericht über die öffentliche Sitzung vom 30. Mai 1919; in: Amtsblatt der Stadt Wien; Nr. 46, 07. Juni 1919, S. 1312.

1661 Bermann, Julius / Danneberg, Robert / Speiser, Paul zitiert nach Gemeinderat: Stenographischer Bericht über die öffentliche Sitzung vom 30. Mai 1919; in: Amtsblatt der Stadt Wien; Nr. 46, 07. Juni 1919, S. 1312.

1662 Gemeinderat: Stenographischer Bericht über die öffentliche Sitzung vom 30. Mai 1919; in: Amtsblatt der Stadt Wien; Nr. 46, 07. Juni 1919, S. 1312.

1663 Gemeinderat: Stenographischer Bericht über die öffentliche Sitzung vom 30. Mai 1919; in: Amtsblatt der Stadt Wien; Nr. 46, 07. Juni 1919, S. 1312.

30. Mai, wenige Wochen nach der ersten Gemeinderatswahl, gestellt und an den Stadtrat verwiesen.[1664]

Am 14. August 1919 erfolgt die Einsetzung eines entsprechenden Komitees, dass zur Aufgabe hat, „gleich- oder ähnlich klingend[e] Namen oder Bezeichnungen, welche der gegenwärtigen Staatsform nicht entsprechen“[1665] zu diskutieren und gegebenenfalls abzuändern. Der Ausschuss setzt sich aus sechs Mitgliedern zusammen, die im Gemeinde- oder Stadtrat Mitglied sein sollen. Beratend nehmen auch der Direktor der Städtischen Sammlungen, ein Mitglied des Magistrats und Bezirksvertreter teil.[1666] Mitglieder des Ausschusses waren schließlich die oben erwähnten drei Gemeinderäte der SDAP, Julius Bermann und Robert Danneberg (Obmann des Komitees). Außerdem waren Mitglieder der sozialdemokratische Abgeordnete Hans Richter ebenso Mitglied wie beispielsweise die christlich-sozialen Gemeinderäte Hans Rotter, Friedrich Koppensteiner. Ebenso waren entsprechend des Beschlusse vom August eine Vertretung für die Magistrats-Bauamtsabteilung I geladen sowie für die Direktion der Städtischen Sammlungen. Auch die Bezirksvorsteher aller Bezirke waren eingeladen.[1667] Die Vorlage, die daraufhin entsteht und am 6. November 1919 im Stadtrat beschlossen wird, umfasst über 60 Umbenennungen. Die Veränderungen liegen im gesamten Stadtgebiet.[1668]

„Der Stadtrat hat […] die Umbenennungen jener Strassen, Gassen und Plätze, Brücken und öffentlicher Gartenanlagen beschlossen, deren Namen zur Verwechselungen mit ähnlich klingenden Anlass geben könnten oder die Namengebung heute als unpassende Aeusserung der Liebdienerei einer vergangenen Zeit erscheint.“[1669]

So schreibt es die zuständige Magistratsabteilung in Wien, als sie sich in einem Schreiben vom Dezember 1921 auf den Beschluss bezieht. Das Schreiben selbst diente vor allem der Information an den Gemeinderatsausschuss darüber, wie weit

---

1664 Vgl.: Gemeinderat: Stenographischer Bericht über die öffentliche Sitzung vom 30. Mai 1919; in: Amtsblatt der Stadt Wien; Nr. 46, 07. Juni 1919, S. 1312.

1665 Stadtrat: Bericht über die Sitzung vom 14. August 1919; in: Amtsblatt der Stadt Wien; Nr. 70, 30. August 1919, S. 2127.

1666 Vgl.: Stadtrat: Bericht über die Sitzung vom 14. August 1919; in: Amtsblatt der Stadt Wien; Nr. 70, 30. August 1919, S. 2127.

1667 Vgl.: WStLA, M. Abt. 116, A38/1 – Strassenumbenennungen nach Bez. 1-13, Einladung vom Bürgermeister zur Sitzung des Komitees zur Umbenennung von Strassen, Gassen und Plätzen, Wien, 20. Oktober 1919.

1668 Vgl.: Stadtrat: Bericht über die Sitzung vom 6. November 1919; in: Amtsblatt der Stadt Wien; Nr. 94, 22. November 1919, S. 2880-2881. Nur die Bezirke 5, 6 ,8 ,11 ,17 und 19 bleiben unverändert.

1669 WStLA, M. Abt. 116, A38/1 – Strassenumbenennungen nach Bez. 1-13, Schreiben der Magistratsabteilung 18 an den gemeinderätlichen Ausschuss für technische Angelegenheiten betreffs Umbenennung von Strassen, Wien, 14. Dezember 1921.

die Umsetzung des Beschlusses ist.[1670] Es waren allerdings die Kosten, die daraufhin zu Anfragen anregten. Die öffentliche Sitzung des Gemeinderates vom 14. November wurde stenographiert und transkribiert gedruckt. Dort wird der Abgeordnete Johann Feldmann „namens der nationaldemokratischen Partei“[1671] wie folgt wiedergegeben,

„[...] die Kosten für die Umbenennung der Straßennamen würden sich auf etwa drei Millionen Kronen belaufen[1672]. So sehr es im Interesse der gedeihlichen Entwicklung eines noch vielfach fehlenden Staatsbürgerbewußtseins im republikanischen Sinne zu wünschen wäre, daß Straßennamen, welche liebdienerischem Byzantinismus einer nun überwundenen Habsburgerzeit angenommen wurden, nun umgeändert werden, so ist es dennoch begreiflich, daß angesichts der großen Kosten und des ohnedies so kranken städtischen Budgets diese Zeitungsnotizen eine sehr erregte Stimmung in der Bevölkerung hervorgerufen haben.“[1673]

Auf diese und die davor gestellte Anfrage des deutschnationalen Abgeordneten Josef Erntner machte Bürgermeister Reumann deutlich, dass noch keine endgültige Kostenaufstellung vorhanden sei, aber das „[…] voraussichtlich kaum 200 000 Kronen […]“[1674] benötigt werden.[1675] Im Mai 1920 kommt es dann in einer öffentlichen Sitzung des Gemeinderates zu einer umfassenderen Diskussion zwischen den beiden stärksten Parteien. In seinem Referat zu „Umbenennungen von Verkehrsflächen in Wien“ weißt der Abgeordnete Karl Richter daraufhin, dass die zu verändernden Namen „durch Namen, die der neuen Zeit Rechnung tragen oder von hoher politischer Bedeutung sind, ferner durch Namen von Männern der Wissenschaft und Kunst ersetzt werden.“[1676] Er wies in seinem Vortrag auch daraufhin, dass die von der Presse eingebrachte Summe aller Kosten dieser Veränderungen „[d]iese Legende“[1677], ausreichend war, „daß von einer sachlichen

1670 Vgl.: WStLA, M. Abt. 116, A38/1 – Strassenumbenennungen nach Bez. 1-13, Schreiben der Magistratsabteilung 18 an den gemeinderätlichen Ausschuss für technische Angelegenheiten betreffs Umbenennung von Strassen, Wien, 14. Dezember 1921.

1671 Feldmann, Johann zitiert nach Gemeinderat: Stenographischer Bericht über die öffentliche Sitzung am 14. November 1919; in: Amtsblatt der Stadt Wien; Nr. 95, 26. November 1919, S. 2920-2921.

1672 Vgl. exemplarisch: o.A., „Die sozialdemokratische Straßentaufe“, in: Reichspost. Morgenblatt (1919-11-07).

1673 Feldmann, Johann zitiert nach Gemeinderat: Stenographischer Bericht über die öffentliche Sitzung am 14. November 1919; in: Amtsblatt der Stadt Wien; Nr. 95, 26. November 1919, S. 2920-2921.

1674 Reumann, Jakob zitiert nach Gemeinderat: Stenographischer Bericht über die öffentliche Sitzung am 14. November 1919; in: Amtsblatt der Stadt Wien; Nr. 95, 26. November 1919, S. 2920.

1675 Vgl.: Gemeinderat: Stenographischer Bericht über die öffentliche Sitzung am 14. November 1919; in: Amtsblatt der Stadt Wien; Nr. 95, 26. November 1919, S. 2920.

1676 Richter, Karl zitiert nach Gemeinderat: Stenographischer Bericht über die öffentliche Sitzung am 14. Mai 1920; in: Amtsblatt der Stadt Wien; Nr. 42, 26. Mai 1920, S. 1408.

1677 Richter, Karl zitiert nach Gemeinderat: Stenographischer Bericht über die öffentliche Sitzung am 14. Mai 1920; in: Amtsblatt der Stadt Wien; Nr. 42, 26. Mai 1920, S. 1408.

Behandlung der Frage gar nicht mehr die Rede war, sondern daß diese Frage hauptsächlich unter dem Gesichtspunkte der Kosten von 3 Millionen Kronen behandelt worden ist […], weil die ganze Sache nicht mehr als 100 000 K kostet.“[1678] Schließlich verweist er nochmals auf die politische Relevanz:

„Es würde sich daher empfehlen, frei von jeder Parteileidenschaft zu prüfen, ob es nicht zeitgemäß war, eine Reihe von Straßenbenennungen, die eine Doppelbenennung gehabt haben, abzuschaffen, eine Reihe von Namen aus dem Stadtbilde herauszubringen, die gegenwärtig in der Republik keine Berechtigung mehr haben, damit auch dadurch ein wenig zum Ausdruck kommt, welche Veränderungen seit November 1918 vor sich gegangen sind.“[1679]

Daraufhin spricht Gemeinderat Franz Haider von der christlich-sozialen Partei von den sozialen Problem der Stadt und den enormen Schulden.

„Wer sich in den letzten Monaten, Tagen oder Wochen Zeit genommen hat, die sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse einer genauen Betrachtung zu unterziehen, der wird finden, daß die Verhältnisse, insbesondere die wirtschaftlichen Verhältnisse auf ein Niveau gelangt sind, auf welchem leben heute schon schier zur Unmöglichkeit geworden ist.“[1680]

Dabei weist er darauf hin, dass es der SDAP gelungen sei „unter dem Schlagworte 'Rettung des Volkes aus dem sozialen Elend' die Massen der Bevölkerung für [i]hre Ideen zu gewinnen.“[1681] Detaillierter wurde darauf bereits im Kapitel zur Wiener Stadtgeschichte in jenen Tagen eingegangen. Doch darüber hinaus verweist Haider auch auf den Widerstand, der seitens der Arbeiterzeitung im Oktober 1912 kundgetan wurde, als die damalige christlich-soziale Mehrheit einen Namen verändern wollte und schließlich den Beschluss wieder revidierte. Schließlich sprach er davon, dass „eingewanderten Stadträte[n] […] für Wien jedes Heimatgefühl fehlt.“[1682] Was er auch auf einige neue Namen, „[…] wie Lasalle, Viktor Adler, Karl Marx […]“[1683], bezieht: „Das sind doch alles Ausländer, die mit dem geschichtlichen Werden Wiens nicht das Geringste zu tun haben.“[1684]

1678 Richter, Karl zitiert nach Gemeinderat: Stenographischer Bericht über die öffentliche Sitzung am 14. Mai 1920; in: Amtsblatt der Stadt Wien; Nr. 42, 26. Mai 1920, S. 1408.

1679 Richter, Karl zitiert nach Gemeinderat: Stenographischer Bericht über die öffentliche Sitzung am 14. Mai 1920; in: Amtsblatt der Stadt Wien; Nr. 42, 26. Mai 1920, S. 1408.

1680 Haider, Franz zitiert nach Gemeinderat: Stenographischer Bericht über die öffentliche Sitzung am 14. Mai 1920; in: Amtsblatt der Stadt Wien; Nr. 42, 26. Mai 1920, S. 1408.

1681 Haider, Franz zitiert nach Gemeinderat: Stenographischer Bericht über die öffentliche Sitzung am 14. Mai 1920; in: Amtsblatt der Stadt Wien; Nr. 42, 26. Mai 1920, S. 1409.

1682 Haider, Franz zitiert nach Gemeinderat: Stenographischer Bericht über die öffentliche Sitzung am 14. Mai 1920; in: Amtsblatt der Stadt Wien; Nr. 42, 26. Mai 1920, S. 1409.

1683 Haider, Franz zitiert nach Gemeinderat: Stenographischer Bericht über die öffentliche Sitzung am 14. Mai 1920; in: Amtsblatt der Stadt Wien; Nr. 42, 26. Mai 1920, S. 1410.

1684 Haider, Franz zitiert nach Gemeinderat: Stenographischer Bericht über die öffentliche Sitzung am 14. Mai 1920; in: Amtsblatt der Stadt Wien; Nr. 42, 26. Mai 1920, S. 1410.

Im Anschluss daran wurde im Wortbeitrag eines anderen christlich-sozialen Abgeordneten die Erneuerung von schlechten Straßen und Gassen als besser beschrieben. „Auf den Straßentafeln können die Passanten nicht spazieren gehen, sie müssen leider ihr elendes Schuhwerk in dem Kot der Straße noch mehr ruinieren, und die Tuberkulose findet immer mehr Ausbreitung durch die Staubplage, die größer den je in Wien ist.“[1685] Neben diesem Punkt wird der Kostenvorschlag von 100 000 Kronen erneut hinterfragt und Kosten von 850 000 Kronen erwähnt. Schließlich werden auch einzelne Namen kritisiert, allerdings heißt es diesmal, die

„Sie [die SDAP; Anm. d. A.] setzen oft gar nicht an Stelle monarchischer Namen republikanische […]. So nennen Sie die Hofallee Schloßallee. […] [W]as ist mehr monarchisch oder republikanisch: Hof oder Schloß? […] Ich glaube, ein Schloß ist doch nichts republikanisches, höchstens ein Vorhängeschloß […], das wäre etwas, was mit der Monarchie nicht zu tun hat.“[1686]

Im Weiteren bezieht sich der hiesige Gemeindesratsabgeordnete Karl Vaugoin auf einen konkreten Straßennamen, der verändert werden soll. Dabei handelt es sich um die Amalienstraße. Er macht deutlich, dass es sich dabei um den Namen einer wohltätigen Frau handelte und nicht um eine Referenz auf eine Adelige, was später noch eine Rolle spielen wird. Denn die Adelsreferenz war ausschlaggebend für eine Änderung, wobei der Abgeordnete mit dem Beispiel zeigen möchte, dass womöglich auch alle weiteren Namensinformationen nicht richtig seien und somit die Umbenennungen überflüssig. Doch schließlich weist er erneut auf die Kosten hin, die sowohl der Gemeinde als auch Anrainern durch die Umbenennungen der vielen Straßen entstehen. Hinsichtlich der Kosten beantragt er auch, dass das Geld für ein Wiener Spital gespendet werden solle, um es aus seiner schlechten finanziellen Lage zu befreien. Allerdings wird unmittelbar nach dem Ende der Wortmeldung darauf hingewiesen, dass das Krankenhaus bereits 400 000 Kronen erhalten habe. Das Geld stammt aus Mitteln, über die der Bürgermeister verfügte[1687]. Kurz vor Schluss fordert Vaugoin nahezu final: „Sorgen Sie [die sozialdemokratische Mehrheit; Anm. d. A.] dafür, daß die Republik im Herzen der Bürger verankert wird, dann wird sie Bestand haben, aber mit solchen

1685 Vaugoin, Karl zitiert nach Gemeinderat: Stenographischer Bericht über die öffentliche Sitzung am 14. Mai 1920; in: Amtsblatt der Stadt Wien; Nr. 42, 26. Mai 1920, S. 1411.

1686 Vaugoin, Karl zitiert nach Gemeinderat: Stenographischer Bericht über die öffentliche Sitzung am 14. Mai 1920; in: Amtsblatt der Stadt Wien; Nr. 42, 26. Mai 1920, S. 1411.

1687 Vgl.: Gemeinderat: Stenographischer Bericht über die öffentliche Sitzung am 14. Mai 1920; in: Amtsblatt der Stadt Wien; Nr. 42, 26. Mai 1920, S. 1417.

Lächerlichkeiten werden sie die Republik nur in den Augen aller herabsetzen.“[1688] Beide Vorredner sprachen trotz allem ihr Verständnis aus, lokale sozialdemokratische Politiker zu ehren.[1689]

Der sich daran anschließende Beitrag von Ferdinand Skaret greift den Vorwurf der Vorredner auf, die der Gemeinderatsmehrheit auch den Vorwurf machten, sie würde das „Geld zum Fenster hinaus werfen.“[1690] Skaret verneint dies und verweist auf frühere Diskussionen darüber, die bis in das Jahr 1905 zurück reichen, wo allerdings die Mehrheitssituation andersherum war und es um Auslandsreisen der Wiener Stadtregierung ging.[1691] Die relativ langen Redebeiträge – ausgenommen jenem von Skaret – führten schlussendlich zum Antrag seitens der SDAP, dass die Diskussion beendet werden solle, in einem weiteren Antrag wurde von der Pro- sowie der Kontra-Seite ein Generalredner festgelegt. Für die christlich-soziale Fraktion sprach Richard Schmitz, obwohl auch die Möglichkeit bestanden, hätte Hans Rotter als Mitglied des zuständigen Komitees sprechen zu lassen und abschließend sprach Robert Danneberg für die sozialdemokratische Fraktion.[1692] Schmitz kritisiert zunächst das Debattenende und sieht die Redefreiheit „gedrosselt“[1693]. Schmitz referiert analog zu den christlich-sozialen Vorrednern, dass die Namen der Kaiserfamilie Teil der Vergangenheit seien und als solche zur Geschichte Wiens gehören, auch wenn er zugibt, wie er sagt, „daß vielleicht in manchem Bezirke dem äußeren Anscheine nach ein bißchen zuviel Namen aus der kaiserlichen Familie vorkommen.“[1694] Entsprechend schließt er an, dass „man [deshalb] doch nicht von einem byzantinischen Charakter des Wiener Straßenbildes glattweg sprechen [kann].“[1695] Im Folgenden spricht er darüber, was

1688 Vaugoin, Karl zitiert nach Gemeinderat: Stenographischer Bericht über die öffentliche Sitzung am 14. Mai 1920; in: Amtsblatt der Stadt Wien; Nr. 42, 26. Mai 1920, S. 1412.

1689 Vgl.: Gemeinderat: Stenographischer Bericht über die öffentliche Sitzung am 14. Mai 1920; in: Amtsblatt der Stadt Wien; Nr. 42, 26. Mai 1920, S. 1409-1412.

1690 Vaugoin, Karl zitiert nach Gemeinderat: Stenographischer Bericht über die öffentliche Sitzung am 14. Mai 1920; in: Amtsblatt der Stadt Wien; Nr. 42, 26. Mai 1920, S. 1412.

1691 Vgl.: Gemeinderat: Stenographischer Bericht über die öffentliche Sitzung am 14. Mai 1920; in: Amtsblatt der Stadt Wien; Nr. 42, 26. Mai 1920, S. 1413-1414.

1692 Vgl.: Gemeinderat: Stenographischer Bericht über die öffentliche Sitzung am 14. Mai 1920; in: Amtsblatt der Stadt Wien; Nr. 42, 26. Mai 1920, S. 1414.

1693 Schmitz, Richard zitiert nach Gemeinderat: Stenographischer Bericht über die öffentliche Sitzung am 14. Mai 1920; in: Amtsblatt der Stadt Wien; Nr. 42, 26. Mai 1920, S. 1414.

1694 Schmitz, Richard zitiert nach Gemeinderat: Stenographischer Bericht über die öffentliche Sitzung am 14. Mai 1920; in: Amtsblatt der Stadt Wien; Nr. 42, 26. Mai 1920, S. 1414.

1695 Schmitz, Richard zitiert nach Gemeinderat: Stenographischer Bericht über die öffentliche Sitzung am 14. Mai 1920; in: Amtsblatt der Stadt Wien; Nr. 42, 26. Mai 1920, S. 1414.

Byzantinismus für ihn und die Mehrheit im Gemeinderat sei.

„Der byzantinische Charakter soll dadurch zum Ausdrucke kommen, daß die vorherrschenden Abzeichen der früheren Partei monarchisch waren. So war der monarchische Charakter der Stadt in dem Titel k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt enthalten und so ist er in den Straßenbenennungen zum Vorschein gekommen. Und was tun Sie, we5nn Sie jetzt mit heutigen sozialdemokratischen Parteigängern herausrücken und Straßen, Gassen und Plätze nach Leuten benennen, auf die sich kein Mensch zu erinnern weiß? (Lebhafter Widerspruch links) Ist das kein Byzantinismus?“[1696]

Daraufhin geht Schmitz auf die Kritik von Skaret bezüglich Auslandsreisen ein und begann dann erneut darauf hinzuweisen, dass die Straßenbenennungen keineswegs positiv seien für eine Aufwertung der Republik: „Wenn man die Republik der Bevölkerung lieb, wert und teuer machen will (Zwischenrufe rechts: Ja, teuer kommt sie uns! – Heiterkeit), genügt es nicht, die Straßentafeln zu ändern.“ [1697] Damit würden die Menschen auf die Defizite der Staatsform aufmerksam gemacht und somit seien die SDAP-Abgeordneten „Feinde der Republik, weil sie Ihren alttestamentarischen Parteihaß nicht mehr bändigen können.“[1698] Außerdem verstünde er die Abneigung der SDAP gegenüber den Habsburgern nicht und erinnerte an den Besuch Pernsdorfers bei Kaiser Franz Josef. Als er zum Ende seiner Kontra-Rede kam, fasste er nochmals die zwei wesentlichen Punkte zusammen, die „die ganze Voraussetzung der Namensänderung über den Haufen werfen.“[1699] Zum einen bezieht er sich erneut auf den Änderungsvorschlag der Amalienstraße, wo inhaltliche Fehler aufgetreten sind. Außerdem hebt er hervor, „daß die Gemeindevertretung […] mit dem Beschlusse, den Erzherzog Karlplatz in Volkswehrplatz umzutaufen, ganz Wien und Österreich bis auf die Knochen blamiert.“[1700] Wobei er auf die besondere Bedeutung des Erzherzogs im Kampf gegen Napoleon in Aspern hinweist und auch darauf, dass Aspern im Stadtgebiet Wiens liegt. Abgesehen davon zieht er in Zweifel, ob die Volkswehr eine ähnlich bedeutende Rolle habe, gesteht ihr aber anderorts eine Straßenbenennung zu und hält die Landgerichtsstraße oder die

1696 Schmitz, Richard zitiert nach Gemeinderat: Stenographischer Bericht über die öffentliche Sitzung am 14. Mai 1920; in: Amtsblatt der Stadt Wien; Nr. 42, 26. Mai 1920, S. 1414.

1697 Schmitz, Richard zitiert nach Gemeinderat: Stenographischer Bericht über die öffentliche Sitzung am 14. Mai 1920; in: Amtsblatt der Stadt Wien; Nr. 42, 26. Mai 1920, S. 1415.

1698 Schmitz, Richard zitiert nach Gemeinderat: Stenographischer Bericht über die öffentliche Sitzung am 14. Mai 1920; in: Amtsblatt der Stadt Wien; Nr. 42, 26. Mai 1920, S. 1415.

1699 Schmitz, Richard zitiert nach Gemeinderat: Stenographischer Bericht über die öffentliche Sitzung am 14. Mai 1920; in: Amtsblatt der Stadt Wien; Nr. 42, 26. Mai 1920, S. 1416.

1700 Schmitz, Richard zitiert nach Gemeinderat: Stenographischer Bericht über die öffentliche Sitzung am 14. Mai 1920; in: Amtsblatt der Stadt Wien; Nr. 42, 26. Mai 1920, S. 1417.

Alserstraße für Möglichkeiten. Schlussendlich beendet er seine Rede und macht die Position der christlichsozialen Mehrheit nochmals deutlich:

„Ich wiederhole noch einmal, nach unserer Auffassung, nach Auffassung der christlichsozialen Partei und nach Auffassung der riesigen Mehrheit der Wiener Bevölkerung, ohne Unterschied der Partei, wird der republikanische Gedanke nicht durch solche Formalitäten gefestigt, sondern durch eine vernünftige Ordnung, durch Hebung des Wirtschaftslebens und durch Sicherung der Freiheit. Dagegen sündigen Sie, dafür wirken wir und aus diesen Gründen lehnen wir diese parteipolitische Vorlage ab.“[1701]

Im Anschluss daran spricht Robert Danneberg als Proredner, dem ein wenig mehr Raum gegeben wird, da er aufgrund seiner Funktion als Obmann und Mitglied des Komitees auch die Arbeitsweise relativ detailliert schildert.[1702] Danneberg geht zu Beginn nur kurz auf Schmitz ein und macht deutlich, dass

„[d]ie Frage, über die wir heute reden, […] sicherlich nicht, weiß Gott, von so überragender Wichtigkeit [ist], daß ihr der Gemeinderat in dieser Zeit drei bis dreieinhalb Stunden widmen müßte […] und der Herr St[adt]R[at] Haider hat ganz Recht, es gibt wichtigere Dinge auf der Welt, in der Republik und auch in der Stadt Wien […], das aber bedeutet keineswegs, daß diese Frage gleichgiltig ist […], zeigen Ihnen die aufgeregten Reden, die gerade Sie [die christlichsoziale Opposition; Anm. d. A.] in dieser Frage halten […] und daß daran sich gewisse Dinge knüpfen, auf die anscheinend gerade Ihre Partei ein ganz besonderes Augenmerk lenkt und […] besondere Wichtigkeit beigemessen hat.“[1703]

Danneberg nimmt einen Zwischenruf von Rotter zum Anlass beispielsweise auf den Hintergrund der Einführung Heinrich Heines in der Straßennamenslandschaft hinzuweisen, er sagte,

„daß Heinrich Heine schließlich ein deutscher Dichter von einigem Range war. (G[emeinde]R[at] Rotter: Mit Anführungszeichen!) Herr G[emeinde]R[at] Rotter, Sie sind ja ein ganz bedeutender Lokalhistoriker, aber kein Literaturhistoriker, sonst würden Sie wissen […], daß dieser – Anführungszeichen 'deutscher Dichter', doch deutsche Lieder gedichtet hat, die zu den allerbedeutensten der deutschen Literatur aller Zeiten gehören.“[1704]

Danneberg weist daraufhin, dass nach ihm keine Straße benannt wurde, ebenso wenig wie nach dem „deutschen Freiheitskämpfer Robert Blum, der im Jahre 1848 von den Schergen der Konterrevolution in Wien ermordet wurden ist. […] Nach dem Erzherzog Albrecht aber, der im selben Jahre 1848 auf das Wiener Volk hat

---

1701 Schmitz, Richard zitiert nach Gemeinderat: Stenographischer Bericht über die öffentliche Sitzung am 14. Mai 1920; in: Amtsblatt der Stadt Wien; Nr. 42, 26. Mai 1920, S. 1417.

1702 Vgl.: Schmitz, Richard zitiert nach Gemeinderat: Stenographischer Bericht über die öffentliche Sitzung am 14. Mai 1920; in: Amtsblatt der Stadt Wien; Nr. 42, 26. Mai 1920, S. 1414-1417.

1703 Danneberg, Robert zitiert nach Gemeinderat: Stenographischer Bericht über die öffentliche Sitzung am 14. Mai 1920; in: Amtsblatt der Stadt Wien; Nr. 42, 26. Mai 1920, S. 1418.

1704 Danneberg, Robert zitiert nach Gemeinderat: Stenographischer Bericht über die öffentliche Sitzung am 14. Mai 1920; in: Amtsblatt der Stadt Wien; Nr. 42, 26. Mai 1920, S. 1418.

schießen lassen, haben sie allerdings einen Platz und eine Straße benannt.“[1705] Es sind jene Beispiele, an denen der Redner darauf hinweist, dass mit Straßenbenennungen immer bestimmte Bedeutungen verbunden sind und sie deswegen bedeutend seien, „weil in diesen Namen ein Stück Einfluß auf die Erziehung der Menschen liegt, auf die politische Erziehung der Menschen, die in dieser Stadt leben und die durch die Straßen der Stadt gehen.“[1706] Daher fährt er damit fort, zu hinterfragen, wer bisher geehrt worden sei, weißt dabei drauf hin, dass nicht jede Form des öffentlichen Wirkens unbestritten ist, aber eben auch darauf, dass viele Namen nur deswegen vorhanden seien, weil die Namensträger „als Söhne und Töchter irgend einer Kaiserin oder Erzherzogin geboren wurden sind.“[1707] Gleiches hielt Danneberg für fragwürdig, wenn die Personen angeheiratet seien.[1708] Schließlich widerspricht Danneberg der Deutung von Schmitz, dass die SDAP selbst Byzantinismus betreiben würde, sondern spricht von „geschichtlicher Würdigung“ und wollte diese beiden Dinge getrennt sehen. Denn „[d]as was angetastet wird, ist die Frucht des Byzantinismus und einer speichelleckerischen Gesinnung der Vergangenheit, die damals ein Zeichen der Zeit war, und zwar nicht Ihrer Partei allein, ein Zeichen monarchischer Epoche, die wir eben heute hinter uns haben […].“[1709] Er antwortete mit einem Beispiel und verband dabei ebenso soziale Belange der Bevölkerung mit der Frage von Straßenumbenennungen wie es die Christlichsozialen im Fall des oben erwähnten Spitals taten. Dafür ging er in die Kriegszeit zurück, die schwierige soziale Lage während des Krieges wurde bereits dargestellt,

„in dieser Zeit des Krieges, […] in dieser Zeit der Not hat der christlichsoziale Stadtrat keine anderen Sorgen gehabt, als den historischen Kärtnerring in Zitaring umzutaufen, hat der christlichsoziale Stadtrat der Stadt Wien keine anderen Sorgen gehabt, als den Opernring in Kaiser Karlring und den Parkring in Kaiser Wilhelmring umzutaufen.“[1710]

1705 Danneberg, Robert zitiert nach Gemeinderat: Stenographischer Bericht über die öffentliche Sitzung am 14. Mai 1920; in: Amtsblatt der Stadt Wien; Nr. 42, 26. Mai 1920, S. 1418.

1706 Danneberg, Robert zitiert nach Gemeinderat: Stenographischer Bericht über die öffentliche Sitzung am 14. Mai 1920; in: Amtsblatt der Stadt Wien; Nr. 42, 26. Mai 1920, S. 1418.

1707 Danneberg, Robert zitiert nach Gemeinderat: Stenographischer Bericht über die öffentliche Sitzung am 14. Mai 1920; in: Amtsblatt der Stadt Wien; Nr. 42, 26. Mai 1920, S. 1419.

1708 Vgl.: Gemeinderat: Stenographischer Bericht über die öffentliche Sitzung am 14. Mai 1920; in: Amtsblatt der Stadt Wien; Nr. 42, 26. Mai 1920, S. 1419.

1709 Danneberg, Robert zitiert nach Gemeinderat: Stenographischer Bericht über die öffentliche Sitzung am 14. Mai 1920; in: Amtsblatt der Stadt Wien; Nr. 42, 26. Mai 1920, S. 1419.

1710 Danneberg, Robert zitiert nach Gemeinderat: Stenographischer Bericht über die öffentliche Sitzung am 14. Mai 1920; in: Amtsblatt der Stadt Wien; Nr. 42, 26. Mai 1920, S. 1419.

Diese Maßnahmen beschreibt Danneberg als „byzantinische Tätigkeiten“ [1711], durchgeführt wurden seien sie von Menschen, „die ordenslüstern gewesen sind, […] die nach Belohnung geschielt haben, die von oben her für solche byzantinische Tätigkeit in jenen Zeiten gespendet worden sind.“ [1712] Diese Veränderungen zeigen, so Danneberg, das der damaligen politischen Mehrheit, „die Geschichte Wurst, […] die Lokalgeschichte gleichgiltig [war]“ und den verantwortlichen Personen „die alten historischen Straßennamen Wiens, um die sie heute jammern, gleichgiltig [waren], und nur die Sorge um die Spichelleckerei vor der Macht war es, die Ihnen damals am Herzen gelegen ist.“[1713] Gegen jene Politik richteten sich die Änderungsvorschläge ebenso wie gegen Doppelbenennung, die „von den kompetenten Faktoren der Stadtverwaltung nahegelegt worden“ [1714], weil sich diese Mehrfachnutzungen von Namen „unangenehm aus verkehrstechnischen Gründen […] fühlbar machen“ [1715]. An dieser Stelle weist er darauf hin, dass Kaiser Franz Josef ebenso Teil der Straßennamenlandschaft bleibt wie andere Habsburger, denn „an den Namen eines Habsburgers, der hier regiert hat, knüpft sich, wenn auch nicht seine Talente und seine Bedeutung, allerdings die Erinnerung und daher ist er eine historische Persönlichkeit.“ [1716] Dabei erläutert Danneberg auch, dass jene Straßennamen verändert wurden, wo die Straße am wenigsten gewerbsmäßige Anlieger hat und bringt dafür das Beispiel des Franz Josefskai, „eine Straße, in der in allen Häusern, bis zum 4. Stock hinauf, lauter Geschäftslokale sind“ [1717]. Ebenso blieb der Josefplatz erhalten, denn „wo das Kaiser Josefdenkmal steht, [soll] logischerweise auch der Josefsplatz sein“ [1718]. Ebenso macht Danneberg deutlich, dass auch Erzherzog Karl weiterhin erinnert wird – in der Nähe des Schlachtfeldes von

1711 Danneberg, Robert zitiert nach Gemeinderat: Stenographischer Bericht über die öffentliche Sitzung am 14. Mai 1920; in: Amtsblatt der Stadt Wien; Nr. 42, 26. Mai 1920, S. 1419.

1712 Danneberg, Robert zitiert nach Gemeinderat: Stenographischer Bericht über die öffentliche Sitzung am 14. Mai 1920; in: Amtsblatt der Stadt Wien; Nr. 42, 26. Mai 1920, S. 1419.

1713 Danneberg, Robert zitiert nach Gemeinderat: Stenographischer Bericht über die öffentliche Sitzung am 14. Mai 1920; in: Amtsblatt der Stadt Wien; Nr. 42, 26. Mai 1920, S. 1419-1420.

1714 Danneberg, Robert zitiert nach Gemeinderat: Stenographischer Bericht über die öffentliche Sitzung am 14. Mai 1920; in: Amtsblatt der Stadt Wien; Nr. 42, 26. Mai 1920, S. 1420.

1715 Danneberg, Robert zitiert nach Gemeinderat: Stenographischer Bericht über die öffentliche Sitzung am 14. Mai 1920; in: Amtsblatt der Stadt Wien; Nr. 42, 26. Mai 1920, S. 1420.

1716 Danneberg, Robert zitiert nach Gemeinderat: Stenographischer Bericht über die öffentliche Sitzung am 14. Mai 1920; in: Amtsblatt der Stadt Wien; Nr. 42, 26. Mai 1920, S. 1420.

1717 Danneberg, Robert zitiert nach Gemeinderat: Stenographischer Bericht über die öffentliche Sitzung am 14. Mai 1920; in: Amtsblatt der Stadt Wien; Nr. 42, 26. Mai 1920, S. 1420.

1718 Danneberg, Robert zitiert nach Gemeinderat: Stenographischer Bericht über die öffentliche Sitzung am 14. Mai 1920; in: Amtsblatt der Stadt Wien; Nr. 42, 26. Mai 1920, S. 1420.

Aspern. Ein weiter entfernter Platz allerdings wurde, so Danneberg weiter, als Doppelbenennung einer Verkehrsfläche ebenso umbenannt wie eine weitere Erzherzog Karlstraße. Darüber hinaus wies Danneberg darauf hin, dass auch die Veränderungen während der Kriegszeit rückgängig gemacht worden. Danneberg sagt außerdem deutlich, „Orientierungsgründen […] dienen die Straßen in erster Linie“[1719] und kritisiert damit Umbenennungen besonders alter Straßennamen wie jene entlang der Ringstraße und verweist außerdem darauf, dass bei nur wenigen Fällen keine Einstimmigkeit im Komitee geherrscht habe, konkretisiert diese aber nicht.

Einen weiteren Punkt, den Danneberg anspricht ist die Frage, wie neue Namen ausgewählt sind, demnach seien „zunächst alte Bezeichnungen hergestellt“[1720] worden. „Persönlichkeiten der Wissenschaft und Kunst“[1721] wurden als neue Namen vorgeschlagen. Ingenieure, die in Wien gewirkt haben, erwähnt er besonders in dieser Gruppe, ebenso wurden „Männer der Wissenschaft und Politik“[1722] geehrt. Sofern es sich dabei um Ausländer handelte, haben diese, so Danneberg, „auf die Geistesrichtung hunderttausender Bewohner dieser Stadt einen entscheidenen Einfluß genommen.“[1723] „[H]ervorragenden Männern, die die Arbeiterschaft ehrt, […] Wiener Männer“[1724] wurden ebenso eingeführt, wobei auch untergeordnetere Parteimitglieder erinnert worden seien und sich dies nicht auf höhere Funktionäre beziehe. Historische Ereignisse werden ebenso erinnert, besonders jene „wichtigen Vorgänge der anderhalbjährigen Republik“[1725] sollten als Namen dienen. Erneut weißt er daher auf die erzieherische Rolle von Straßennamen hin. Danneberg schließt seinen Redebeitrag nochmals mit einer Kritik an der Opposition. Er meine, es wäre den christlichsozialen Abgeordneten

1719 Danneberg, Robert zitiert nach Gemeinderat: Stenographischer Bericht über die öffentliche Sitzung am 14. Mai 1920; in: Amtsblatt der Stadt Wien; Nr. 42, 26. Mai 1920, S. 1420.

1720 Danneberg, Robert zitiert nach Gemeinderat: Stenographischer Bericht über die öffentliche Sitzung am 14. Mai 1920; in: Amtsblatt der Stadt Wien; Nr. 42, 26. Mai 1920, S. 1421.

1721 Danneberg, Robert zitiert nach Gemeinderat: Stenographischer Bericht über die öffentliche Sitzung am 14. Mai 1920; in: Amtsblatt der Stadt Wien; Nr. 42, 26. Mai 1920, S. 1421.

1722 Danneberg, Robert zitiert nach Gemeinderat: Stenographischer Bericht über die öffentliche Sitzung am 14. Mai 1920; in: Amtsblatt der Stadt Wien; Nr. 42, 26. Mai 1920, S. 1421.

1723 Danneberg, Robert zitiert nach Gemeinderat: Stenographischer Bericht über die öffentliche Sitzung am 14. Mai 1920; in: Amtsblatt der Stadt Wien; Nr. 42, 26. Mai 1920, S. 1421.

1724 Danneberg, Robert zitiert nach Gemeinderat: Stenographischer Bericht über die öffentliche Sitzung am 14. Mai 1920; in: Amtsblatt der Stadt Wien; Nr. 42, 26. Mai 1920, S. 1421.

1725 Danneberg, Robert zitiert nach Gemeinderat: Stenographischer Bericht über die öffentliche Sitzung am 14. Mai 1920; in: Amtsblatt der Stadt Wien; Nr. 42, 26. Mai 1920, S. 1421.

nicht um das Geld gegangen, da sie im Stadtrat eine Volksabstimmung über die Umbenennung vorgeschlagen haben, die deutlich teurer gewesen sei als die veranschlagte Summe von 100 000 Kronen und noch viel mehr zeige sich das anhand des Antrages, dass die alten Schilder aufgehoben werden sollten. Im Sinne dieses Antrages der Christlichsozialen, auf den Danneberg verweist, hätten die alten Straßentafeln nicht eingeschmolzen werden sollen, um bei fehlerhaften Umbenennungen wie im Fall der Amalienstraße, die alten Schilder wieder aufhängen zu können.[1726] Insgesamt macht Danneberg deutlich, dass die SDAP die politische Gesinnung der Mehrheit in Wien darstellt und die Bevölkerung „gegen die Reaktion verteidigt“ [1727]. Gleichermaßen nahm er an, dass der Widerstand der Christlichsozialen sowie einiger Deutschnationaler eine Frage der jeweils eigenen Ehre sei ohne den Veränderungen Rechnung tragen zu wollen, was wiederum die SDAP fordert[1728]: „[W]enn die Abstimmung stattfinden wird, wird es sich nicht nur erweisen, wer die 60 Straßennamen umändern will oder nicht, sondern die Abstimmung wird der Ausdruck sein, wer wirklich Republikaner ist und auf republikanische Ehre hält.“[1729]

Der Antragsreferent, Gemeinderat Richter, wiederholte im Wesentlichen die Punkte von Danneberg und von seinem Eingangsreferat und betonte nochmals, dass es Zeit sei, dass die Republik Eingang findet in die Straßennamenlandschaft.[1730] Schließlich werden Richtigstellungen geäußert. So stellt Rotter, selbst Mitglied im Komitee zu den Straßenumbenennung, einen Punkt von Danneberg richtig. Der Christlichsoziale weist daraufhin, dass mit dem neuen Beschluss nicht nur Doppelbenennung getilgt würde, wie Danneberg berichtete. Es werden auch aus Sicht Rotters auch neue Doppelbenennung eingeführt, so die Weimarerstraße und der Weimarerplatz. Auch stellt er richtig, dass nicht alle mit „Josef“ bezeichneten Gassen Josef II. gewidmet sind, sondern eine auch Josef I. Ebenso macht er deutlich, dass mit dem Beschluss vom November 1919 zwei

1726 Vgl.: Gemeinderat: Stenographischer Bericht über die öffentliche Sitzung am 14. Mai 1920; in: Amtsblatt der Stadt Wien; Nr. 42, 26. Mai 1920, S. 1421, S. 1424.

1727 Danneberg, Robert zitiert nach Gemeinderat: Stenographischer Bericht über die öffentliche Sitzung am 14. Mai 1920; in: Amtsblatt der Stadt Wien; Nr. 42, 26. Mai 1920, S.1422.

1728 Vgl.: Gemeinderat: Stenographischer Bericht über die öffentliche Sitzung am 14. Mai 1920; in: Amtsblatt der Stadt Wien; Nr. 42, 26. Mai 1920, S. 1421-1422.

1729 Danneberg, Robert zitiert nach Gemeinderat: Stenographischer Bericht über die öffentliche Sitzung am 14. Mai 1920; in: Amtsblatt der Stadt Wien; Nr. 42, 26. Mai 1920, S.1423.

1730 Vgl.: Gemeinderat: Stenographischer Bericht über die öffentliche Sitzung am 14. Mai 1920; in: Amtsblatt der Stadt Wien; Nr. 42, 26. Mai 1920, S.1423.

Mahlerstraßen existieren sowie die finalen Kosten für die Umarbeitung der Schilder noch nicht fest stehen. Auch die Umbenennung der Amalienstraße greift er auf und geht darauf ein. Schließlich ging Rotter noch auf Dannebergs Hinweise zu Heine ein:

„Desgleichen konstatiere ich tatsächlich, daß Heinrich Heine nicht der größte Lyriker des deutschen Volkes war, sondern daß er die 'Spottdrossel des deutschen Dichterwaldes' genannt wurde. Weiters konstatiere ich, daß Grillparzer und Hebbel gewiß die größten deutschen Dichter waren, die ihr Urteil über Heine abgegeben haben. Des Weiteren konstatiere ich, daß Heinrich Heine der größte Beleidiger des deutschen Volkes war, der größte jüdische Schmutzfink (G[emeinde]R[at] Emmerling gibt das Glockenzeichen), daß er das deutsche Volk ein Volk von Bedienten genannt und gesagt hat: 'Selten habt Ihr mich verstanden, selten auch verstand ich Euch, nur wenn wir im Kot uns fanden, da verstanden wir uns gleich'"[1731]. [1732]

Rotter geht vor diesem Abschnitt auch auf Kraus' Meinung zu Heine von 1912 ein. Insgesamt zeigt sich am Beispiel der Benennung von Heinrich Heine und den ausführlichen Zitaten Dannebergs und Rotters der große Gegensatz, der zwischen den Parteien lag – vor und nach dem Krieg. Denn bereits vor dem Krieg entbrannten im Zuge der Heinerezeption Debatten in Wien, wo beispielsweise die Neue Freie Presse um „Moriz Benedikt, die Partei der 'Freisinnigen', die Zionisten Theodor Herzl und Felix Salten, die 'Jungwiener'hermann Bahr […] und Hugo von Hofmannsthal […] und viele andere Repräsentanten des öffentlichen politischen und kulturellen Lebens."[1733] Auf der anderen Seite, jener der Heinegegner standen beispielsweise Karl Kraus oder auch die christlichsoziale Partei.[1734] Wobei Heine in beiden Fällen der Gegnerschaft minimiert wird auf eine Facette. Bei der christlichsozialen Stadtratsmehrheit 1900 liest sich das in einer Erklärung wie folgt: „Alle Anwesenden Mitglieder des Wiener Stadtrates sprechen hiermit

1731 Rotter,Hans zitiert nach Stenographischer Bericht über die öffentliche Sitzung am 14. Mai 1920; in: Amtsblatt der Stadt Wien; Nr. 42, 26. Mai 1920, S.1424. Die von Rotter zitierten Heinezeilen finden sich in: Heine, Heinrich: Abschnitt LXXIX, in: Die Heimkehr; 1823-1824. Erschien in Heine, Heinrich: Die Heimkehr; in: Buch der Lieder. Gedichte; Düsseldorf, 2006, S. 89-141, hier S. 124. Bezüglich Grillparzer bezieht er sich scheinbar auf Grillparzer, Franz: Studien zur deutschen Literatur. Heinrich Heine (1857); im Internet abrufbar unter http://gutenberg.spiegel.de/buch/studien-zur-deutschen-literatur-zum-eigenen-schaffen-1515/6, wo Grillparzer zu einem relativ differenzierten Urteil über Heine und dessen Kunst und sein Leben kommt, während Rotter lediglich die Grillparzerschen Anmerkungen zu bestimmten Lebensweisen aufgreift – jene, die am ehesten mit antisemitischen Stereotypen zusammenfallen. Ergänzend mag Karpeles, Gustav: Heinrich Heine und seine Zeitgenossen; Berlin, 1888, S. 76-87 einige weitere und detailliertere Einblicke geben, allerdings basieren die dortigen Ausführungen nur partiell auf konkreten Quelleninformation, während Gesprächspartner Karpeles teilweise anonym bleiben.

1732 Vgl.: Stenographischer Bericht über die öffentliche Sitzung am 14. Mai 1920; in: Amtsblatt der Stadt Wien; Nr. 42, 26. Mai 1920, S.1424.

1733 Goltschnigg / Steinecke, Heine, S. 96-97.

1734 Vgl.: Goltschnigg / Steinecke, Heine, S. 97.

ihr t i e f e s B e d a u e r n darüber aus, daß der Wiener Männergesangsverein […] seinen Aufenthalt in Paris dazu genützt hat, um am Grabe des j ü d i s c h e n D i c h t e r s H e i n r i c h H e i n e […] eine Ehrung zu veranstalten."[1735]

Während Karl Kraus vor allem einen linguistischen Antisemitismus betrieb und die positive 1915 Heinerezeption lediglich auf „die Verbindung der Freunde Heine und Rothschild" [1736] zurückführt. [1737] Unterdessen wurde die Bewertung Heines aus Sicht der SDAP durch die obigen Worte von Robert Danneberg sehr deutlich. Hinzu kommt, dass Heine auch eine sozialdemokratische Konnotation bekam, die jedoch – zumindest ebenso wie die christlichsoziale Konnotation – unvollständig und einseitig war. Das galt aber nicht nur für die Gleichung Heine – Deutsch, sondern auch „Heine – Marx" [1738]. Denn auch im Kommunismus sah Heine Gefahren:

„[n]ur mit Schreck und Schauder denke ich an die Epoche, wo die finsteren Bilderstürmer zur Herrschaft gelangen werden […] [I]ch sehe dies alles voraus, und mich beschleicht unsägliche Trauer, wenn ich an den Untergang denke, mit dem das siegreiche Proletariat meine Verse bedroht, die ins Grab sinken werden mit der ganzen alten romantischen Welt. Und dennoch […] übt dieser selbe Kommunismus, der all' meinen Interessen und Neigungen so feindselig ist, einen Zauber auf meine Seele, dessen ich mich nicht erwehren kann."[1739]

Heine zeichnet ein Bild des Unterganges der Welt, „wo die Unschuld zu Grunde ging, die Selbstsucht so herrlich gedieh, wo der Mensch ausgebeutet ward durch den Menschen." [1740] Es sind jene Worte, die zu Anknüpfungspunkten für sozialdemokratische und kommunistische Parteien. Sowie er mit schließlich auch jene angreift, „deren Vaterlandsliebe nur in einer einfältigen Abneigung gegen die Fremde und die Nachbarvölker besteht […]. […] Ja, diese Ueberbleibsel oder Nachkommen der Teutomanen von 1815, die nur ihr altes Kostüm ultradeutscher Narren modernisiert haben […]." [1741] Auch diese Dinge spielen innerhalb der

---

1735 Resolution des Stadtrates vom 22. Juni 1900 zitiert nach o.A.: Der Wiener Stadtrat gegen Heinrich Heine; in: Neue Freie Presse, Nr. 12869, vom 22. Juni 1900, S. 6.

1736 Kraus, Karl: Die Feinde Goethe und Heine (1915); in: Goltschnigg, Dietmar; Steinecke, Hartmut (Hrsg.): Heine und die Nachwelt. Geschichte seiner Wirkung in den deutschsprachigen Ländern. Texte und Kontexte, Analysen und Kommentare; Band 2. 1907-1956; Berlin, 2008, S. 249-257, hier S. 253.

1737 Vgl.: Goltschnigg / Steinecke, Heine, S. 45.

1738 Vgl.: Goltschnigg / Steinecke, Heine, S. 69.

1739 Heine, Heinrich: Lutetia. Berichte über Politik, Kunst und Volksleben. Vorrede zur französischen Ausgabe; in: Ders.: Sämtliche Werke. Neunter Band. Zweiter Teil; herausgegeben von Strodtmann, Adolf, Hamburg, 1862, S. 15-16.

1740 Heine, Lutetia, S. 17.

1741 Heine, Lutetia, S. 18.

europäischen Sozialdemokratie zumindest bis vor den Ersten Weltkrieg eine wichtige Rolle und werden entsprechend rezipiert.[1742] Wobei die Tendenz zur Vereinfachung einer ambivalenten Person in den positionsabhängigen zeitgenössischen Bezügen liegen mag, denn letztlich sind sie für eine Namensveränderung ausschlaggebend.

Dabei spielte bei der Diskussion über die Einführung des Namens Heinrich Heine als Straßenname der bisherige Straßenname, Kaiser Josef-Straße, die gemäß den Angaben von Gemeinderat Rotter nach Kaiser Josef II. Benannt war, keine untergeordnete Rolle. Das mag gegebenenfalls an der Rezeption Josefs II. liegen. Rezipiert wurde er im 19. Jahrhundert vor allem wegen des Josefinismus, der „der Macht der Kirche entgegengetreten war“[1743]. Dies geschah besonders im Zuge des 19. Jahrhunderts. Denn aufgrund eines repräsentativen Regierungssystems, „das in seiner ersten Phase vor allem durch die Bemühungen der Liberalen zustande kam, führte unweigerlich zu einem Zusammenstoß zwischen der Kirche, die den Liberalismus bekämpfte, und den liberalen Kräften, die der ideologischen Wirkung der Kirche feindlich gegenüberstanden.“[1744] Diese Rezeption Josefs, beschränkt auf seine Kirchenpolitik oder Toleranzpolitik, mag ebenso dazu geführt haben, dass sein Name weniger verteidigt wurde als jener Heines angegriffen wurde wie seine nationale Zuordnung. Denn beschränkt auf seine Sprachpolitik wurde Kaiser Josef II. von einigen Zeitgenossen während des 19. Jahrhunderts – übertrieben vereinfacht [1745] – deutschnational gesehen.[1746] Ungeachtet dieses konkreten Beispiels, folgen weitere Richtigstellungen von den oben zitierten, die erneut zeigen, dass sowohl die Wahrnehmung der Maßnahme als teuer oder nicht-teuer ebenso unterschiedlich ist wie ihre grundsätzliche politisch-inhaltliche und politisch-institutionelle Wahrnehmung. Wird die Maßnahme als zu teuer bezeichnet, gilt die Abstimmung nicht als Frage, wie ein Abgeordneter oder eine Abgeordnete zur Republik stand. Ist die Maßnahme nicht teuer, so wird sie zur Frage, inwieweit eine Person im Gemeinderat loyal zur Republik ist. Gleichsam wird die erste Position

1742 Vgl.: Goltschnigg / Steinecke, Heine, S. 72-75; Mehring, Franz: Der „Vorkämpfer freier Menschheit“; in: Goltschnigg, Dietmar / Steinecke, Hartmut (Hrsg.): Heine und die Nachwelt. Geschichte seiner Wirkung in den deutschsprachigen Ländern. Texte und Kontexte, Analysen und Kommentare; Band 1. 1856-1906; Berlin, 2006, S. 239-243.

1743 Kann, Geschichte des Habsburgerreiches, S. 175.

1744 Kann, Geschichte des Habsburgerreiches, S. 175.

1745 Kann, Geschichte des Habsburgerreiches, S. 175.

1746 Vgl.: Kann, Geschichte des Habsburgerreiches, S. 175.

als sachliche Behandlung gesehen, während die zweite Position dies – auf andere Weise ebenso von sich deutlich machte.[1747]

Schließlich endet die Diskussion um die Kosten von 100 000 Kronen für die Straßenumbenennungen mit einer Annahme, während die Anträge der christlich-sozialen Abgeordneten abgelehnt wurden. Dieser Beschluss sowie der dazugehörige aus dem Jahr 1919 sind letztlich die Gründe dafür, dass 1929 in Adolph Lehmann's allgemeiner Wohnungs-Anzeiger nicht länger mehrere Kaisergassen oder Kaiser Josef-Verkehrsflächen vorhanden sind, sondern lediglich die entlang der Westbahn geführte Kaiser Franz Josefs-Allee bestehen blieb, die durch den 14. und 15. Gemeindebezirk führte.[1748] Darüber hinaus wurden über den Betrachtungszeitraum auch einige andere Straßen nicht verändert. Das galt auch für den Namen Elisabeth, der Kaiserin blieben sowohl eine Straße im I. Bezirk als auch eine Allee im 12 gewidmet.[1749] 1932 wurde ein Sankt-Elisabeth-Platz eingeführt, der der Hl. Elisabeth gewidmet ist.[1750] Ebenso blieb der Name Franz Josefs-Kai unberührt.[1751] Auch der Josefsplatz im I. Bezirk, Josef II. Gewidmet und Josefsgasse zu Ehren Josef I. blieben schließlich unverändert, nachdem in der obigen Diskussion die korrigierende Anmerkung gemacht worden war. Die Franzensbrücke, Kaiser Franz I. gewidmet, und die Franzensbrückenstraße[1752], Karlsgasse im IV. Bezirk und der Karlsplatz im I./IV. Bezirk, beide Erinnerung an Kaiser Karl VI. benannt[1753] und die Prinz Eugen-Straße im III./IV. Bezirk sind weitere Straßennamen, die unverändert blieben, trotz ihrer politischen Bezüge.

1747 Vgl.: Gemeinderat: Stenographischer Bericht über die öffentliche Sitzung am 14. Mai 1920; in: Amtsblatt der Stadt Wien; Nr. 42, 26. Mai 1920, S.1424-1425.

1748 Vgl.: Adolph Lehmann's allgemeiner Wohnungs-Anzeiger : nebst Handels- u. Gewerbe-Adressbuch für d. k.k. Reichshaupt- u. Residenzstadt Wien u. Umgebung; Wien, 1933, S. 923.

1749 Vgl.: Adolph Lehmann's allgemeiner Wohnungs-Anzeiger : nebst Handels- u. Gewerbe-Adressbuch für d. k.k. Reichshaupt- u. Residenzstadt Wien u. Umgebung; Wien, 1933, S. 686; Umlauft, Namenbuch, S. 23, WStLA, Straßenverzeichnis des Konskriptionsamts 1890-1930, 1.1.8.B53.25, S. 106.

1750 Vgl.: Gemeinderatsausschuss VII: Sitzung vom 11. Juli 1932; in: Amtsblatt der Stadt Wien; Nr. 65, 13. August 1932.

1751 Vgl.: Adolph Lehmann's allgemeiner Wohnungs-Anzeiger : nebst Handels- u. Gewerbe-Adressbuch für d. k.k. Reichshaupt- u. Residenzstadt Wien u. Umgebung; Wien, 1933, S. 686; Umlauft, Namenbuch, S. 28; WStLA, Straßenverzeichnis des Konskriptionsamts 1890-1930, 1.1.8.B53.25, S. 133.

1752 Vgl.: Adolph Lehmann's allgemeiner Wohnungs-Anzeiger : nebst Handels- u. Gewerbe-Adressbuch für d. k.k. Reichshaupt- u. Residenzstadt Wien u. Umgebung; Wien, 1933, S. 686; Umlauft, Namenbuch, S. 28.

1753 Vgl.: Adolph Lehmann's allgemeiner Wohnungs-Anzeiger : nebst Handels- u. Gewerbe-Adressbuch für d. k.k. Reichshaupt- u. Residenzstadt Wien u. Umgebung; Wien, 1933, S. 689; Umlauft, Namenbuch, S. 52; WStLA, Straßenverzeichnis des Konskriptionsamts 1890-1930, 1.1.8.B53.25, S. 252.

3.2.5 Politisch-inhaltlicher und Politisch-institutioneller Bezug sowie weitere Bezüge in den Straßennamenveränderungen

Die vorangehenden Beispiele für Veränderungen in der Straßennamenlandschaft Wiens zeigen auf eine deutliche politisch-inhaltliche und politisch-institutionelle Bezüge. Sie stehen damit exemplarisch für eine relativ große Menge an Namen, die im Laufe des Betrachtungszeitraums Teil einer Veränderung wurden.

Abbildung 64 verdeutlicht die absolute Verteilung der *politisch-inhaltlichen* und *politisch-institutionellen Bezüge* in *den Jahren* mit 25 oder mehr Namensveränderungen im gesamten Stadtgebiet Wiens.

Abbildung 64: Absolute Verteilung der *politisch-inhaltlichen* und *politisch-institutionellen Bezüge* in *den Jahren* mit 25 oder mehr Namensveränderungen im gesamten Stadtgebiet Wiens.

Quelle: Eigene Erhebung und eigene Darstellung, das Zeichen „ - “ entspricht dem Wert „0“, das Zeichen „ … “ bedeutet eine Auslassung von Jahren.

		Politisch–Inhaltlicher Bezug			**Politisch–Institutioneller Bezug**			
		Christlichsozial -Einheitspartei	Sozial-Progressiv	Anderer	Monarchisch	Demokratisch	Sozialistisch	Anderer
Jahr	1918 …							
	1919	2	26	53	64	23	3	3
	1920	-	-	1	1	1	-	-
	⋮							
	1923	-	1	-	1	1	-	-
	1924	-	3	-	-	2	-	1
	1925	-	5	2	3	4	-	1
	⋮							
	1927	1	11	3	1	9	2	3
	⋮							
	1929	-	24	1	1	24	1	-
	1930	1	15	1	2	11	1	6
	⋮							
	1932	5	19	7	4	17	-	2
	1933	3	9	3	2	6	-	1
	… 1934							

Dementsprechend ist zunächst zu beobachten, dass in den Jahren 1919, 1927, 1929, 1930 und 1932 mehr Veränderungen auf einen der betreffenden Bezüge zu treffen als in den anderen Jahren. Im Jahr 1919 entfallen im politisch-inhaltlichen Bezug besonders viele Namen auf die Eigenschaft *Sozial-Progressiv*, jedoch noch mehr auf die Eigenschaft *Anderer*. Diese Namen waren aufgrund der Quellenlage nicht eindeutig in der Zweiteilung einzuordnen.

Im politisch-institutionellen Bezug zeigt sich ein anderes Bild. Hier dominieren Veränderungen mit der Eigenschaft Monarchisch, während die Eigenschaft Demokratisch nicht einmal einen halb so hohen Wert erreicht hat und schließlich die Eigenschaft Sozialistisch mit dem Wert drei lediglich vorkommt. Erneut waren außerdem einige wenige Namen nicht klar zu bestimmen. Im Zeitraum bis einschließlich 1925 sind diese beiden Bezüge kaum vorhanden, jedoch ist ein Anstieg der Veränderungen in der Straßennamenlandschaft zu beobachten: Es gibt einen leichten Anstieg von Veränderungen mit sozial-progressiven politisch-inhaltlichem Bezug sowie demokratischem politisch-institutionellem Bezug. Dieser setzt sich bis 1929 fort, wo er schließlich seinen Hochpunkt erreicht. 1930 entwickeln sich diese beiden Bezugseigenschaften etwas zurück und steigen erneut 1932, sinken jedoch im Jahr darauf erneut. Schließlich stagnieren alle weiteren Eigenschaften in diesen beiden Bezügen. Erst zu Beginn der 1930er Jahre erhöht sich die Zahl von Veränderungen, die der Eigenschaft Christlichsozial-Einheitspartei entsprechen. Gleiches gilt für monarchische Namensveränderungen. Auch hier gibt es gegen Ende des Betrachtungszeitraumes wieder einen leichten Anstieg, dem zuvor kaum Werte voraus gehen, die besonders wären außer im Jahr 1925, wo diesbezüglich immer drei Veränderungen eingeordnet sind.

Einen anderen Blick erlaubt Abbildung 65. In ihr ist die absolute Verteilung der *politisch-geografischen Bezüge* auf die *Arten der Veränderung* in Wien während des gesamten Betrachtungszeitraums. In dieser Übersicht wird zunächst deutlich, dass unter allen Veränderungen die Eigenschaften *Sozial-Progressiv*, *Demokratisch* und *Monarchisch* dominieren.

Abbildung 65: Absolute Verteilung der möglichen *politisch-geografischen Bezüge* auf die *Arten der Veränderung* in Wien während des gesamten Betrachtungszeitraums

Quelle: Eigene Erhebung und eigene Darstellung, das Zeichen „ - “ entspricht dem Wert „0“, das Zeichen „ … “ bedeutet eine Auslassung von Jahren.

Art der Namensveränderung	Politisch–Inhaltlicher Bezug			Politisch–Institutioneller Bezug			
	Christlichsozial – Einheitspartei	Sozial – Progressiv	Anderer	Monarchisch	Demokratisch	Sozialistisch	Anderer
Gewachsen	-	-	-	-	-	-	-
Modifiziert	-	1	-	-	-	-	-
Neubenannt	10	90	19	12	80	3	14
Umbenannt	3	32	7	3	31	3	3
Weggefallen	4	3	54	74	2	1	2
Rückbenannt	-	-	-	-	-	-	-
∑	17	126	18	89	113	7	19

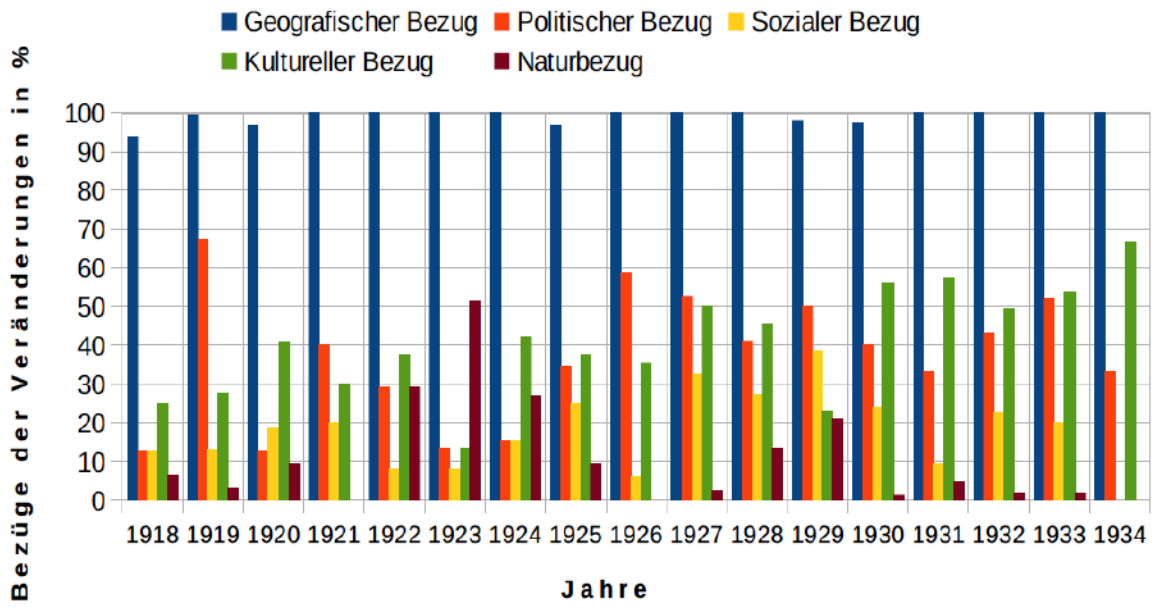
Sie bilden jeweils die höchsten Summen im gesamten Betrachtungszeitraum. Etwas anderes zeigt der genauere Blick: Keine Eigenschaft ist ausschließlich von *wegfallenden* Namen betroffen. Werden die einzelnen Veränderungsarten einzeln beschrieben, zeigt sich, dass auf *gewachsene* und *rückbenannte* Namen keiner der Bezüge entfällt und lediglich ein Name *sozial-progressiv* modifiziert wurde. Jedoch zeigt sich in den Neubenennung, dass sie nun zu äußerst hohem Teil von den Eigenschaften *Sozial-Progressiv* und *Demokratisch* dominiert werden. Wobei sich der zweitgrößte Wert der Neubenennungen in beiden Bezügen in der Eigenschaft *Anderer* findet und erst an dritter Stelle christlichsoziale Neubenennung sowie monarchische Neubenennung vorkommen. Politisch-institutionell betrachtet sind lediglich drei Namen sozialistisch ein zu gruppieren. Nahezu in einem gleichen Verhältnis stehen die Werte der einzelnen Eigenschaft in Bezug auf die Umbenennungen. Auch hier haben *sozial-progressive* Namen und *demokratische* Namen jeweils den höchsten Wert und auch hier ist die Eigenschaft *Anderer* am zweitstärksten. Allerdings muss das mit Blick auf den politisch-institutionellen Bezug insofern eingeschränkt werden, als das hier die Eigenschaften alle den gleichen Wert haben – abgesehen von der Gruppe der

demokratischen Namen. Nichtsdestotrotz haben Namen in Bezug auf ihre *christlichsoziale* Tendenz den dritthöchsten Wert. Schließlich bleibt nur noch die Art der Veränderungen *Weggefallen.* Politisch-inhaltlich dominieren hier Veränderungen, die die Eigenschaft *Anderer* besitzen, während politisch-institutionell *monarchische* Veränderungen den höchsten Wert haben. Alle anderen Eigenschaften besitzen hinsichtlich dieser Art der Veränderung nur äußerst kleine Werte, aber es gibt Einzelfälle, in denen *christlichsoziale* und *sozial-progressive* Namen ebenso wegfallen wie *demokratische* und *sozialistische* Namen dieser Änderungsart einzuordnen sind.

Doch über die bisher behandelten Bezüge hinaus, wurden weitere Bezugsinformationen erhoben. Diese werden teilweise in Abbildung 66 ersichtlich. Der bedeutendste Bezug ist der geografische Bezug. Ihm konnten jedes Jahr nahezu 100% aller Namen zugeordnet werden. Alle anderen erhobenen Bezüge schwanken oder weisen einige Tendenzen auf. Wird zunächst nur der politische Bezug allgemein betrachtet, dann zeigt sich, dass 1919 der höchste Wert erreicht wird. Das heißt, 1919 ist der Anteil jener Namensveränderungen mit einem politischen Bezug im Verhältnis zu allen vorgenommen Veränderungen am größten. Dieser Wert wird auch von keinem anderen Bezug im Betrachtungszeitraum signifikant überstiegen. 1920 fällt der Wert des politischen Bezuges, dann um 1921 nochmals deutlich zu steigen. Schließlich schwankt der Wert, sinkt aber nur selten unter 30% eines Jahres. 1926, 1927, 1929 und 1933 übersteigt er nochmals nach 1919 die 50%, bleibt aber sonst darunter. Demgegenüber bleiben Veränderungen mit einem sozialen Bezug relativ niedrig. Die Werte hierzu schwanken ebenfalls relativ stark und reichen lediglich knapp unter die 40%-Marke (1929), fallen daraufhin aber wieder. Eine andere Entwicklung beschreiben allerdings die Werte hinsichtlich des kulturellen Bezuges. Hierbei zeigt sich zwar ebenfalls ein leichtes Schwanken der Werte, im gesamten Betrachtungszeitraum sind die Schwankungen allerdings nicht so groß wie beim sozialen Bezug. Hinzu kommt, dass ein Anstieg an Veränderungen mit kulturellem Bezug zu beobachten ist. Dessen Wert von 1918 steht noch bei knapp 25% übersteigt aber mit einigen größeren Einbrüchen (1923, 1929) und einigen kleineren 1934 den Wert von 60%. Wobei einschränkend zu sagen ist, dass 1934 nicht das ganze Jahr berücksichtigt wurde, sondern lediglich der Jahresanfang.

Abbildung 66: Relative Verteilung des *geografischen*, *politischen*, *sozialen*, *kulturellen* und *Naturbezuges* exklusive der Eigenschaft *ohne* aufgrund der Veränderungswerte je Jahr in Wien.

Quelle: Eigene Erhebung und eigene Darstellung.



Dennoch ist der Anstieg bereits zu Beginn der 1930er Jahre im Vergleich zum Beginn des Betrachtungszeitraums zu sehen. Der Naturbezug jedoch bleibt niedrig, nur 1922, 1923 und 1924 erreicht er höhere Werte, übersteigt jedoch sonst nicht den Wert von 25% innerhalb eines Jahres.

Die letzte bisher nicht erwähnte Bezugsinformation, die erhoben wurde, ist die historische Tiefe einer Namensveränderung, sprich des eingeführten oder weggefallen Namens. Abbildung 67 zeigt die absolute Verteilung der *Historischen Tiefe* auf die *Arten der Veränderung* in Wien während des gesamten Betrachtungszeitraums. Erneut spielen gewachsene Namen keine Rolle, da sie *per defitionem* aus dem unmittelbaren Alltagsgebrauch stammen. Auch Rückbenennungen haben mit nur einer mittelalterlichen Rückbenennung wenig Relevanz. Das hiesige Beispiel des Kärntnerringes wurde bereits im Zuge der Ringstraße erläutert. Modifizierende Veränderungen fallen besonders mit einer Historischen Tiefe bis in das 17. Jahrhundert zusammen. Allerdings sind die Werte mit jeweils eins sehr gering. Die bedeutendsten Arten der Veränderungen sind erneut die Neubenennungen, die Umbenennungen und das Wegfallen. Unter den Neubenennungen sind einige wenige mittelalterliche Bezüge zu finden, ebenso finden sich sechs Veränderungen mit frühneuzeitlicher Tiefe. Der Wert der

Neubenennung mit einer historischen Tiefe in der *Neueren Geschichte (17.-18. Jh.)* ist allerdings bereits größer als die Summe der bisher betrachteten Eigenschaften im Hinblick auf Neubenennungen. Auf die Eigenschaft Neueste Geschichte (19. Jh.) entfällt unterdessen in Zusammenhang mit den Neubenennungen der höchste Wert. 231 Namensveränderungen haben einen Bezug in das 19. Jahrhundert während es immerhin noch 122 sind, die einen Bezug in der unmittelbaren Gegenwart der Zeitgenossen haben. Werden die weiteren Veränderungsarten betrachtet, zeichnet sich ein ähnliches Bild. Die Eigenschaften *Neueste Geschichte* und *Gegenwart* dominieren in einem extrem hohen Maß gegenüber allen anderen Eigenschaften, die erhoben wurden. Allerdings haben die Umbenennungen einen höheren Wert, nämlich 52, bei der *Gegenwart* als bei der *Neuesten Geschichte (19. Jh.)*, der bei 33 liegt. Die *weggefallenen* Namen hingegen haben wieder deutlich öfter einen Bezug auf das 19. Jahrhundert als auf die *Gegenwart* oder einen anderen historischen Zeitraum.

Abbildung 67: Absolute Verteilung der *Historischen Tiefe* auf die *Arten der Veränderung* in Wien während des gesamten Betrachtungszeitraums.

Quelle: Eigene Erhebung und eigene Darstellung, das Zeichen „ - “ entspricht dem Wert „0“, das Zeichen „ … “ bedeutet eine Auslassung von Jahren.

		Historische Tiefe							
		Spätes Früh-mittelalter (9.-11. Jh.)	Hoch-mittelalter (11.-13. Jh.)	Spät-mittelalter (14.-15. Jh.)	Frühe Neuzeit (16. Jh.)	Neuere Geschichte (17.-18. Jh.)	Neueste Geschichte (19. Jh.)	Gegenwart	Anderer
Art der Namens-veränderung	Gewachsen	-	-	-	-	-	-	-	-
	Modifiziert	-	-	-	-	1	1	1	-
	Neubenannt	1	-	5	6	36	231	122	-
	Umbenannt	-	2	-	2	3	33	52	-
	Weggefallen	2	1	-	-	12	53	20	-
	Rückbenannt	-	-	1	-	-	-	-	-
	∑	3	3	6	8	52	318	195	-

Schließlich zeigen die Summen der einzelnen Eigenschaften, dass beim Bezug der Historischen Tiefe besonders die *Neueste Geschichte (19.Jh.)* eine bedeutende Rolle einnimmt. Doch ebenso bedeutend ist der Wert für die Veränderungen, deren Historische Tiefe sich unmittelbar aus der *Gegenwart* schöpft. Dagegen sind die 20

Veränderungen, die sich auf die Eigenschaften *Spätes Frühmittelalter (9.-11. Jh.)*, *Hochmittelalter (11.-13. Jh.)*, *Spätmittelalter (14.-15. Jh.)* und *Frühe Neuzeit (16. Jh.)* aufteilen zu äußerst gering.

Wird der Blick vom Stadtgebiet auf bedeutende Orte weg gelenkt, so wird deutlich, dass an diesen Orten die Tendenzen wiederholt werden. Abbildung 68 zeigt dazu die absolute Verteilung der *Historischen Tiefen* auf *Bedeutungsvolle Orte* in Wien während des gesamten Betrachtungszeitraums. Auch an bedeutenden Orten dominiert die Eigenschaft *Neueste Geschichte (19. Jh.)* gemeinsam mit der *Gegenwart*. Die Differenz ist jedoch verhältnismäßig kleiner als zuvor, das heißt, auf die Gegenwart wird sich bei bedeutungsvollen *Orten* eher bezogen. Werden das Stadtgebiet und die *bedeutungsvollen Orte* miteinander in den anderen Eigenschaften verglichen, bleiben die Werte mittelalterlicher und früh-neuzeitlicher Bezüge gering. Die Eigenschaft Neuere Geschichte (17.-18. Jh.) bleibt jedoch bedeutender als die zeitlich weiter in der Vergangenheit liegenden Eigenschaften, ihr Wert ist im Vergleich zu jenen der näher an der Gegenwart liegenden Eigenschaften dennoch gering.

Abbildung 68: Absolute Verteilung der *Historischen Tiefen* auf *Bedeutungsvolle Orte* in Wien während des gesamten Betrachtungszeitraums.

Quelle: Eigene Erhebung und eigene Darstellung, das Zeichen „ - “ entspricht dem Wert „0“, das Zeichen „ … “ bedeutet eine Auslassung von Jahren.

	Historische Tiefe							
	Spätes Früh-mittelalter (9.-11. Jh.)	Hoch-mittelalter (11.-13. Jh.)	Spät-mittelalter (14.-15. Jh.)	Frühe Neuzeit (16. Jh.)	Neuere Geschichte (17.-18. Jh.)	Neueste Geschichte (19. Jh.)	Gegenwart	Anderer
Bedeutungsvolle Orte	-	3	1	-	10	61	54	-

Die nun folgende Abbildung 69 greift nochmals die *bedeutungsvollen Orte* auf, zeigt aber besonders deren politisch-geografische Bezüge. Dabei findet sich hier wie bereits im gesamten Stadtgebiet die Eigenschaft *Anderer* am meisten wieder, während *Deutsch* jene ist, die direkt daraufhin folgt, allerdings nur weniger als halb so groß ist. *Italienisch* und *Österreichisch* kommen an bedeutungsvollen Orten kaum vor, *Rumänisch* und *Tschechoslowakisch* ebenso nicht.

Abbildung 69: Absolute Verteilung der *politisch-geografischen Bezüge* auf *Bedeutungsvolle Orte* in Wien während des gesamten Betrachtungszeitraums.

Quelle: Eigene Erhebung und eigene Darstellung, das Zeichen „ - “ entspricht dem Wert „0“, das Zeichen „ … “ bedeutet eine Auslassung von Jahren.

	P o l i t i s c h - G e o g r a f i s c h e r B e z u g					
	Deutsch	Italienisch	Österreichisch	Rumänisch	Tschecho-slowakisch	Anderer
Bedeutungsvolle Orte	12	1	3	-	-	34

3.2.6 Fallbeispiele: Gustav Mahler. Sozialdemokratischer Künstler und 1848 als Sozialdemokratische Revolution.

Am 1. Mai 1905 habe sich Gustav Mahler zu einem Besuch verspätet. „[D]iese Leute auf der Straße, diese unintelligenten halb vertierten Gesichter“[1754], wie sie ein anderer Gast zum gleichen Treffen beschrieben haben soll, hielten auch Mahler ab, pünktlich zu sein. Mahler jedoch sah andere Menschen. „Diese entschlossenen, fröhlichen Menschen, diese Freude, diese Heiterkeit, diese Kraft! Es war so schön, ich konnte nicht anders, ich bin ein Stück mitmarschiert, daher meine Verspätung.“[1755] Es war der 1. Mai 1905, an dem auch „die autographe Reinschrift der Sechsten Symphonie“[1756], datiert wurde. David Josef Bach berichtet davon in einem Text, wo es um das Verhältnis von Viktor Adler und Gustav Mahler geht.[1757] Gustav Mahler wurde im Herbst 1919 auch eine Straße im I. Wiener Gemeindebezirk gewidmet. Sie wurde in Erinnerung an den „großen Symphoniker und verdienstvollen Operndirektor Gustav Mahler“[1758] dort eingeführt, wo bisher die Maximilliansstraße bestand.[1759] Diese Änderung wurde auf Vorschlag von Max Winter[1760] beschlossen. Die Lage der Mahlerstraße ist der Abbildung 70 zu

1754 Anonymisierter Komponist zitiert nach Bach, David: Viktor Adler und Gustav Mahler; in: Arbeiterzeitung vom 11. November 1926, Nr. 311, S. 5.

1755 Mahler, Gustav zitiert nach Bach, David: Viktor Adler und Gustav Mahler; in: Arbeiterzeitung vom 11. November 1926, Nr. 311, S. 5.

1756 Hanheide, Stefan: Mahlers Visionen vom Untergang. Interpretationen der Sechsten Symphonie und der Soldatenlieder; Osnabrück, 2004, S. 45.

1757 Vgl.: Mahler-Werfel, Alma Maria: Erinnerungen ans Gustav Mahler; herausgegeben von Donald Mitchell, Frankfurt am Main, Berlin, Wien, 1978, S. 129.

1758 Amtsblatt der Stadt Wien, 22.11.1919, Nr. 94, S. 2780.

1759 Vgl.: Amtsblatt der Stadt Wien, 22.11.1919, S. 2780.

1760 Max Winter, 1870 in Tárnok geboren, 1937 in Hollywood gestorben, Reichstagsabgeordneter 1911,Gemeinderatsabgeordneter 1918-1923, Autor verschiedene Sozialreportagen für die

entnehmen. Denn zunächst sollte die Maximilianstraße in Meistersingerstraße umbenannt werden. [1761]

Bereits in der langen Diskussion über diesen Antrag aus November 1919 wurde der Wille deutlich, Künstler zu würdigen. Gustav Mahler war einer von ihnen. Er ist auch eines jener Beispiele, zu dem die Menschen 1919 noch einen sehr unmittelbaren, fast gegenwärtigen Bezug haben. Der 1911 in New York verstorbene Mahler wurde aufgrund seiner Funktionen in Wien geehrt.

Abbildung 70: Die Lage der „Maximillianstraße“ im I. Bezirk, die in „Mahlerstraße“ umbenannt wurden ist.

Quelle: Eigene Hervorhebung, Ausschnitt selbst aus Quelle erstellt. Kartenquelle: WStLA, Pläne und Karten: Sammelbestand P5 – Neuerwerbungen: 6344 – Stadtplan, „I. Bez. Inner Stadt“; in: Stern's Plan und Führer von Wien in Buchform; Wien, 1915.



Ob Mahler sich allerdings so eindeutig parteipolitisch verorten lässt, wie das Eingangszitat nahe legt, ist eher schwierig. Denn dem steht beispielsweise die Aussage seiner Frau zumindest teilweise entgegen. 1905 schrieb sie „Mahler ist heute international“ [1762]. Damit bezog sie sich auf wohl Wirkungsstätten und musikalische Einflüsse. Das übernationale sei für Mahlers Kunst nach eigener Aussage das wertvollere gewesen als das nationale. Diese Aussage hat bis zu

Arbeiterzeitung.

1761 Vgl.: Amtsblatt der Stadt Wien, 22.11.1919, S. 2781. Erst 1938 bis 1946 wurde die Straße nach dem nicht sanktionierten Erstvorschlag „Reimersgasse“ (nach Georg Reimers, 1860-1936, Burgschauspieler) der zuständigen Magistratsabteilung dann zur Meistersingerstraße. Vgl.: Jüdische Straßennamen. Umbenennung, Mag. Abt. 23/2717/38, WStLA, Topographische Sammlung, 3.14.A3: Verkehrsflächen: Neubenennungen, Umbenennungen, Streichungen, 1917-1988, 39, Liste der am 11. Dezember 1938 bekanntgegbenen neuen Straßennamen und Text der dazugehörigen Erläuterungstafeln, Mag. Abt. 23/1419/38, WStLA, Topographische Sammlung, 3.14.A3: Verkehrsflächen: Neubenennungen, Umbenennungen, Streichungen, 1917-1988, S. 49, Nußbaumer, Martina, Kommunale ‚Einschreibungen‘: Musikergedenkstätten und Straßennamen, in: Dies.: Musikstadt Wien. Die Konstruktion eines Images, Freiburg im Breisgau, Berlin, Wien, 2007, S.160.

1762 Mahler-Werfel, Alma: Mein Leben, 35. Auflage, Frankfurt am Main, 2000, S. 38f.

1763 Vgl.: Mahler-Werfel, Erinnerungen, S. 109-110.

seiner letzten Station hohe Relevanz. Schließlich schreib Bach im selben Artikel, dass Mahler sich „immer dem politischen Leben und allem Parteimäßigem ferngehalten“ [1764] habe. Dennoch bestand offenbar bereits 1880 eine gute Bekanntschaft zu Viktor Adler, Engelbert Pernstorfer und anderen die im übertragenen Sinn „ohne Parteibuch“ funktionierte. Das begann mit Treffen eines Lesevereins und basierte nicht zuletzt auf geistigem Austausch und Lektüre von Sozialismus und Deutschnationalismus [1765]. Das Lied der deutschen war die Vereinshymne, die Mahler immer wieder spielen musste, gleichsam waren Normalarbeitstag oder Unfallversicherungen ebenso wichtige Inhalte des Vereins [1766] wie es auch der Vegetarismus und die Kritik an Krieg und Militarisierung waren[1767]. Der Deutschnationalismus war langfristig ebenso wenig prägend [1768] wie der Vegetarismus. Doch zeige diese Ideen, dass er und die Gruppe sich teilweise sehr stark lebensweltlich und nicht nur künstlerisch an dem Denken Wagners orientierten. Davon ausgenommen blieb zumindest bei Mahler wohl sie Wagnersche Schrift „Das Judentum in der Musik“, die 1869 unter der Autorenschaft Richard Wagners erschien [1769] – zu der auch keine überlieferte Position Mahlers zu finden ist[1770]. Doch aus dem neugegründeten Wagnerverein traten Mahler und einige seiner Freunde alsbald „aus unbekannten Gründen“[1771] wieder aus. Schlussendlich war der persönliche Kontakt zu Adler und Pernstorfer zumindest bis in die 1890er eng – alle drei hatten nahe beieinander gelegene Urlaubsorte. [1772] Seine Kunst beispielsweise, konkret die Soldatenlieder, fanden auch unter Sozialdemokraten Beachtung. Sie wurden von „Specht, Adler u.a. zwar schon angesprochen, aber unter dem Begriff ‚Soldaten- oder

1764 Arbeiterzeitung vom 11. November 1926, 5.

1765 Vgl.: Fischer, Jens Malte: Mahler. Leben und Welt; in: Sponheuer, Bernd / Steinbeck,Wolfram (Hrsg.): Mahler Handbuch; Stuttgart, 2010, S. 14-59, hier S.19-20.

1766 Vgl.: Hanheide, Mahlers Visionen, S. 27. Hanheide verweist hier auf Ermers, Max: Viktor Adler; Wien, 1932, S. 99.

1767 Vgl.: Eckstein, Friedrich: „Alte unnennbare Tage!“. Erinnerungen aus siebzig Lehr- und Wanderjahren; Wien, Leipzig, Zürich, 1936, S. 105-114; Wagner, Richard: Religion und Kunst (1880); in: Ders.: Sämtliche Schriften und Dichtungen. Volksausgabe. Zehnter Band; 6. Auflage, Leipzig, 1912, S. 211-285; Hanheide, Mahlers Visionen, S. 28.

1768 Vgl.: Hanheide, Mahlers Visionen, S. 47.

1769 Der Text erschien bereits 1850. Allerdings wurde das Pseudonym K. Freigedank verwendet. Vgl.: Fischer, Jens Malte: Gustav Mahler und das „Judentum in der Musik“; in: Merkur. Deutsche Zeitschrift für europäisches Denken; Jhg. 51, Heft 8,August, 1997, S. 665-680, hier S. 669.

1770 Fischer, Jens Malte: Gustav Mahler und das „Judentum in der Musik“; in: Merkur. Deutsche Zeitschrift für europäisches Denken; Jhg. 51, Heft 8,August, 1997, S. 665-680, hier S. 670.

1771 Hanheide, Mahlers Visionen, S. 28.

1772 Vgl.: Hanheide, Mahlers Visionen, S. 26-30.

Landsknechtsromantik‘ bagatellisiert“[1773]. Die Lieder beschreiben „Soldatentum und Krieg“[1774], was „den Menschen zugrunde richten“[1775]. Sie basieren auf den mehrjährigen Erfahrungen Mahlers mit dem Militär von den Kindheitstagen in Jihlava über spätere Karrierestationen in Ljubljana, Olomouc und Kassel, wo er als Kapellmeister sogar mit einem aktiven Major zusammenarbeitet, der der Intendant des königlich preußischen Theaters war. Von seiner darauf folgenden Anstellung schrieb Mahler seinem ehemaligem Vorgesetzten, dem Major, dass er bei ihm lernte, „zu gehorchen, um befehlen zu können, seine Pflicht getreu zu erfüllen, um dies von andern verlangen zu dürfen“[1776]. Dennoch war die Arbeitsweise sicher nicht leicht, wie er ebenso betonte, da die künstlerischen Differenzen relativ hoch schienen und der Antisemitismus in Kassel gegen Mahler deutlich formuliert wurde[1777].[1778]

In Prag selbst war er Mitte der 1880er Jahre im Spannungsfeld zwischen deutschem und tschechischem Nationalismus am Deutschen Theater und war dementsprechend bei der Programmgestaltung eingeschränkt. In Leipzig gab es keine Probleme dieser Art und in Budapest hat er als neuer Operndirektor gemeinsam mit dem damaligen Intendanten Ungarisch als Aufführungssprache eingeführt [1779] – auch für Opern von Wagner, Mozart und Beethoven. Nur Kurzzeitengagements blieben in Originalsprache. Mahler selbst schaffte es allerdings nicht, Ungarisch zu lernen. Antisemitismus und Nationalismus in Politik, Presse und seitens des 1891 neuen Intendanten Zichy Géza waren es, die Mahler dazu brachten, den acht-Jahresvertrag vorzeitig zu beenden[1780]. Gleichsam, wurde von damaligen Leitredakteuren der ungarischen Presse die Leistung Mahlers

---

1773 Hanheide, Stefan: Mahlers Soldatenlieder, im Internet verfügbar unter http://www.grandhotel-toblach.com/fileadmin/user_upload/gm-downloads/vortraege/vortrag-hanheide-toblach-2010.pdf, 26. Februar 2014.

1774 Hanheide, Soldatenlieder.

1775 Hanheide, Soldatenlieder; vgl.: Hanheide, Stefan: Pace. Musik zwischen Krieg und Frieden. Vierzig Werkporträts; Kassel, 2007, S.69, S. 71-72, S. 74.

1776 Gustav Mahler im Brief an Freiherr Adolph von und zu Gilsa vom 29. Dezember 1885, Prag; in: Blaukopf, Herta (Hrsg.): Gustav Mahler. Briefe; erweiterte Auflage, Wien, Habmburg, 1982, S. 47.

1777 Vgl.: Gustav Mahler im Brief an Friedrich Löhr vom 12. Mai 1885, Kassel; in: Blaukopf, Herta (Hrsg.): Gustav Mahler. Briefe; erweiterte Auflage, Wien, Habmburg, 1982, S. 40.

1778 Vgl.: Fischer, Mahler, S. 21-23; Hanheide, Mahlers Visionen, S 21-24; Hanheide, Pace, S.69.

1779 Vgl.: Hanheide, Stefan: Mahlers Visionen vom Untergang. Interpretationen der Sechsten Symphonie und der Soldatenlieder; Osnabrück, 2004, S. 25. Hanheide verweist hier auf Karpath, Ludwig:Begegnung mit dem Genius; Wien, Leipzig, 1934, S. 17.

1780 Vgl.: Roman, Zoltan: Gustav Mahler and Hungary; Studies in Central and Eastern European Music, Vol. 5, Budapest, 1991, S. 115-140; Hanheide, Mahlers Visionen, S 26.

gelobt.[1781]

In Hamburg waren es vor allem künstlerische Spannungen zwischen dem Intendanten und dem Ersten Kapellmeister Mahler. Doch war er sich der Tatsache bewusst, dass der Antisemitismus ihm den weiteren Weg in ein Hoftheater schwer machte: „Mein Judentum verwehrt mir, wie die Sachen jetzt in der Welt stehen, den Eintritt in jedes Hoftheater. – Nicht Wien, nicht Berlin, nicht Dresden, nicht München steht mir offen. Überall bläst derselbe Wind.“[1782] Dies bleibt nicht die einzige Äußerung dieser Art [1783] . Schließlich konvertierte er 1897 in der Michaeliskirche in Hamburg zum Katholizismus und dennoch war seine Anstellung in Wien nicht leicht[1784] zu realisieren.[1785] In Wien begannen nach anfänglicher Zurückhaltung die antisemitischen Angriffe nach etwa einem Jahr häufiger zu werden. Seine Reaktionen sind allerdings nur in Erinnerungen überliefert, denen gemäß für ihn seine jüdische Herkunft ebenso wichtig gewesen sei wie für sein künstlerisches Schaffen eine auch vom Katholizismus geprägte Religiosität[1786].

„Mahlers Privatreligion […] war eine sehr individuelle Mischung aus Pantheismus im Sinne Goethes, aus einem Glauben an die Entelechie im Sinne Gustav Fechners und Eduard von Hartmanns, an eine Bestimmung, die von einer Macht außerhalb des Menschen dem Menschen auferlegt, produktiv zu sein, aus einer Mitleidsreligion im Sinne Dostojewskis, aus einem Selbstdenkertum im Sinne Nietzsches und aus einer tief empfundenen Naturreligiosität. Wann Mahler das Wort 'Gott' aussprach, so war nicht der christliche oder der jüdische Gott gemeint, sonder ein Amalgam aus all dem und noch mehr.“[1787]

So erklärt sich auch, dass er sich für den Katholizismus nach eigener Aussage auch interessierte ohne getauft worden zu sein[1788]. Der Antisemitismus prägte ihn

---

1781 Vgl.: Fischer, Mahler, S. 23-24, S. 28-32; Hanheide, Mahlers Visionen, S 24-26.

1782 Gustav Mahler in einem Brief an Friedrich Löhr ohne Datum, Hamburg; in: Blaukopf, Herta (Hrsg.): Gustav Mahler. Briefe; erweiterte Auflage, Wien, Habmburg, 1982, S. 117.

1783 Vgl.: Hanheide, Mahlers Visionen, S 33-34. Hanheide verweist hier auf Gustav Mahler in einem Brief an Arnold Berliner vom 14. Januar 1897, Hamburg; in: de La Grange, Henri-Louis; Weiß, Günther: Ein Glück ohne Ruh'. Die Briefe Gustav Mahlers an Alma. Erste Gesamtausgabe; Berlin, 1995, S. 192; Gustav Mahler in einem Brief an Ödön von Michalovich, 25.Januar 1897, Hamburg; in: Blaukopf, Kurt: Mahler. Sein Leben, sein Wer und seine Welt in zeitgenössischen Bildern und Texten; Wien, 1976, S. 210; Karpath, Ludwig: Begegnung mit dem Genius; Wien, Leipzig, 1934, S. 179.

1784 Vgl.: Hanheide, Mahlers Visionen, S 35. Hanheide verweist hier auf Karpath, Ludwig: Begegnung mit dem Genius; Wien, Leipzig, 1934, S. 32-34; Willnauer, Franz: Gustav Mahler und die Wiener Oper; Wien; 1979, erweiterte Fassung, 1993, S. 31-37.

1785 Vgl.: Hanheide, Mahlers Visionen, S 33-35.

1786 Vgl.: Mahler-Werfel, Erinnerungen, S. 129.

1787 Fischer, Gustav Mahler, S 671-672. Vgl. ebenso: Nowak, Adolf: Mahlers geistige Welt; in: Sponheuer, Bernd / Steinbeck, Wolfram (Hrsg.): Mahler Handbuch; Stuttgart, 2010, S. 62-75, hier S. 69-72.

1788 Vgl.: Hanheide, Mahlers Visionen, S 36-37. Hanheide verweist hier auch auf Karpath, Ludwig: Begegnung mit dem Genius; Wien, Leipzig, 1934, S. 101-102; vgl.: Fischer, Gustav Mahler, S 666-667.

sehr – unberührt von seinen Abneigungen gegenüber „Ostjuden“[1789], während sich seine Kunst bei einer Identifizierung in die Amalgamität von Narrativen zurückzieht [1790]. „Die diskriminierende Grundtendenz des sich im Wachstum befindlichen mit antijüdischer Hetze wurde von Mahler als permanente gesellschaftliche Erscheinung erfahren.“ [1791] Final lässt sich allerdings nicht unbedingt deuten, denn „[d]ie Wahrheit ist für jeden – und für jeden zu verschiedenen Epochen verschieden – anders geartet.“ [1792] wie Mahler selbst schrieb. Der Beitrag von Bach allerdings fällt in das Jahr 1926 und greift diese Anknüpfungspunkte zwischen Mahler und Ideen sowie Personen der SDAP wieder auf. Denn trotz parteipolitischer Distanz, habe sich Mahler „sozialistisch gefühlt“[1793]. Das zeige sich, so schreibt der Bach, zum einen 1901. Bei der Reichtagswahl dieses Jahres wählte Gustav Mahler, kaiserlicher Beamter, öffentlich Viktor Adler. Das Deutschen Volksblatt schrieb daraufhin Äußerungen wie „Er [Dr. Viktor Adler; Anm. d. A.] verdankt das Mandat der verjudeten internationalen Sozialdemokratie“[1794]. Allerdings war da die liberale Partei eingeschlossen. Denn diese wurde am Vortag als „judenliberale Partei“[1795] bezeichnet. Das Deutsche Volksblatt mutmaßte über die Gründe der Verbindung von beiden Parteien. „[Z]wischen den ’Bürgerlichen‘ […] und der rothen Judenschutztruppe“[1796] sei gem. dem Deutschen Volksblatt der „Philosemitismus“[1797] der wesentliche Grund.[1798] Allerdings war dieses Wahlvorgehen auch eng verbunden mit der Tatsache, dass es sich um eine Stichwahl handelte und der christlichsoziale Gegenkandidat ein Antisemit gewesen war. Daher lässt sich für diesen einzelnen Akt auch nicht sicher sagen, inwiefern er als explizites Bekenntnis gelten kann. Dennoch machen die bisherigen Punkte eine Tendenz zum (sozial)liberalen beziehungsweise

1789 Vgl.: Fischer, Gustav Mahler, S S. 672.

1790 Vgl.: Fischer, Gustav Mahler, S 679.

1791 Hanheide, Mahlers Visionen, S 41. Vgl. insgesamt: Fischer, Mahler, S. 32-38.

1792 Gustav Mahler in einem Brief an Alma Mahler vom 22. Juni 1909, in: Henri-Louis de La Grange, Günther Weiß, Ein Glück ohne Ruh'. Die Briefe Gustav Mahlers an Alma. Erste Gesamtausgabe, Berlin, 1995, 388 zitiert nach Hanheide, Soldatenlieder, S. 14.

1793 Arbeiterzeitung vom 11. November 1926, S. 5; vgl.: Hanheide, Mahlers Visionen, S 44.

1794 Deutsches Volkblatt vom 08. Januar 1901, 1.

1795 Deutsches Volkblatt vom 07. Januar 1901, 1.

1796 Deutsches Volkblatt vom 07. Januar 1901, 1.

1797 Deutsches Volkblatt vom 07. Januar 1901, 1.

1798 Vgl.: Maderthaner, Wolfgang: Politik als Kunst: Victor Adler, die Wiener Moderne und das Konzept einer poetischen Politik; in: Nautz, Jürgen / Vahrenkamp, Richard (Hrsg.), Die Wiener Jahrhundertwende. Einflüsse, Umwelt, Wirkungen, Wien, Köln, Graz, 1993, S. 759-776, hier S. 765.

progressiven. Schließlich war aber auch der Antisemitismus ein Katalysator für derartige politische Handlungen. Durch diese und andere am eigenen Leib erfahrene Fremddefinitionen[1799] war auch die Selbstdefinition, das eigene Narrativ geprägt. Der Antisemitismus begegnete ihm ungeachtet seiner Konversion zum Katholizismus und in der Tagespresse schien seine Religion grundsätzlich kaum eine Rolle zu spielen.[1800] Schließlich war der Antisemitismus längst rassistisch, denn „die Zeiten, in denen die Konversion genügte, um aus einem Juden einen Nicht-Juden zu machen, [war] schon lange vorüber, wenn es sie je im 19. Jahrhundert gegeben hatte."[1801] Somit wurde er als Jude wahrgenommen[1802], „in Wien selbst schwand nie die Atmosphäre des Verdachts, der Missgunst, der Antipathie, der antisemisch unterfütterten Ranküne"[1803], schließlich war es auch die ihm fehlende Aufführungsqualität während Repertoirebetriebs die Probleme innerhalb der Wiener Oper und seine eigene Kompositionstätigkeit, die ihn dazu bewogen, anderorts weiter zu arbeiten. Er starb am 18. Mai 1911 im Sanatorium Löw.[1804] Während seine Rezeption in Wien durch die eingangs zitierte Geschichte, ebenso wie aufgrund der relativ unmittelbaren Gegenwärtigkeit seines Wirkens in Wien, für die Straßenbenennung sehr relevant gewesen sein dürfte.

Aber noch signifikanter als Namen mit einem Bezug zur unmittelbaren Gegenwart sind Namen, deren historische Tiefe im 19. Jahrhundert liegt. Bei einigen dieser Namen ist der parteipolitische Bezug besonders deutlich. Ein großflächiges Beispiel ist die Cluster-Siedlung des Achtundvierziger-Platzes. Dieser Platzname sowie die ihn umgebenden Straßennamen wurden neu eingeführt. 1929 werden im in Abbildung 71 gezeigten Siedlungsgebiet die Verkehrsflächen benannt. Im Plan, der in Abbildung 71 dargestellt ist, sind auch die Namen zu erkennen, die vergeben wurden sind. Darunter sind zum Beispiel die heutigen Namen [1805] Schamborgasse, Koniczekweg, Donhardtgasse, Köppelweg und weitere 13 Namen für Wege und Straßen um den Achtundveirzigerplatz. Der unterscheidet

1799 Vgl.: Csáky, Ideologie der Operette, S. 214-218.

1800 Vgl.: Csáky, Ideologie der Operette, S. 216.

1801 Fischer, Gustav Mahler, S 665.

1802 Vgl.: Fischer, Gustav Mahler, S. 672-673.

1803 Vgl.: Fischer, Mahler, S. 48.

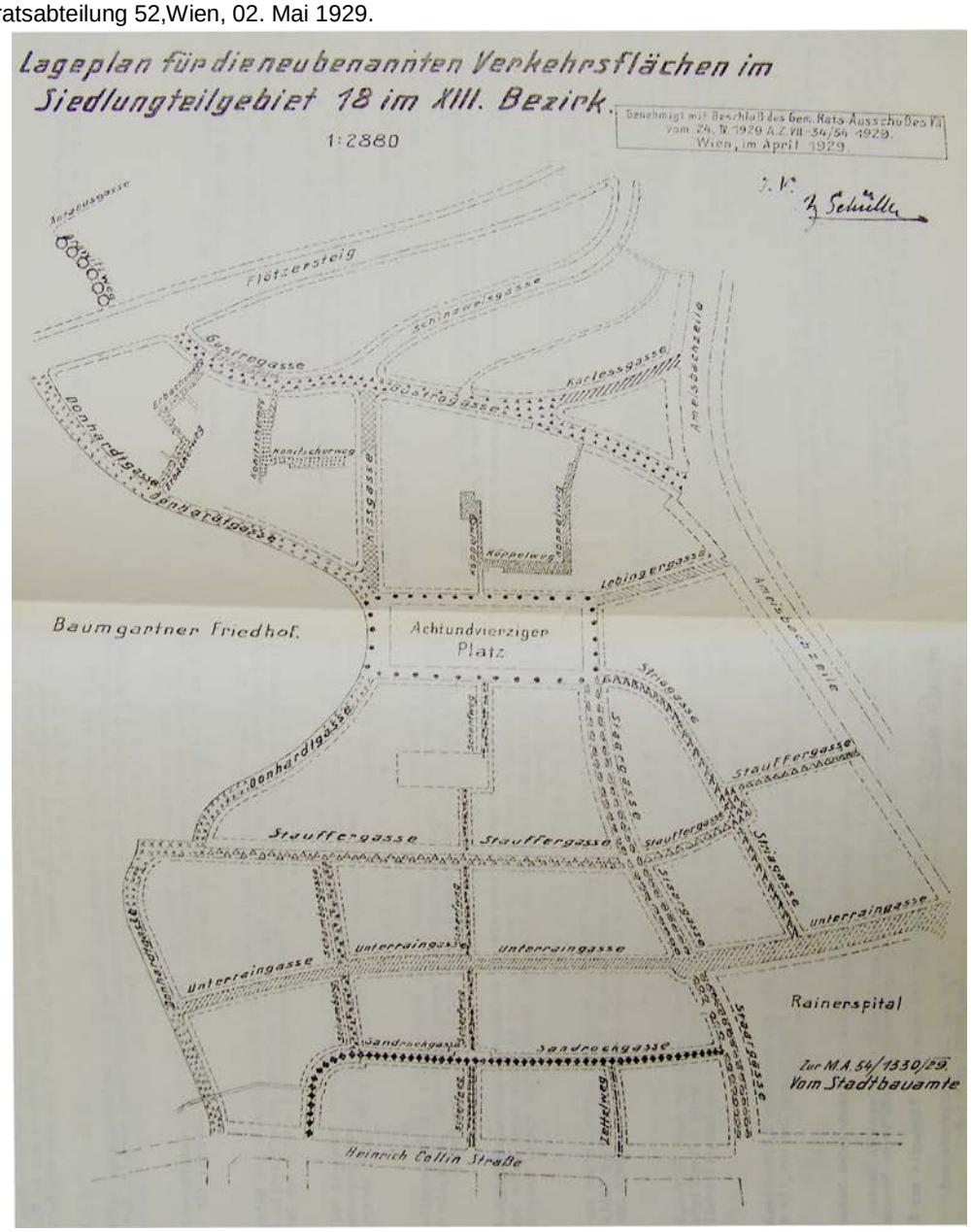
1804 Vgl.: Fischer, Mahler, S. 51.

1805 Zum Teil wurden sie in anderer Schreibweise beschlossen. Vgl.: WStLA, M. Abt. 14, A3/1 – Schreiben der Magistratsabteilung 54 an die Magistratsabteilung 52,Wien, 02. Mai 1929.

sich gegenüber der Mahler nicht nur wegen seines Chrakters als Cluster, sondern darüber hinaus in dem Punkt, dass es keine Erläuterungstafel gibt.

Abbildung 71: Lageplan des „Achtundvierziger Platzes“ im XIII. Bezirk.

Kartenquelle: WStLA, M. Abt. 14, A3/1 – Lageplan aus Schreiben der Magistratsabteilung 54 an die Magistratsabteilung 52,Wien, 02. Mai 1929.



Im Beschluss des zuständigen Ausschusses sowie in den Unterlagen des Magistrats heißt es dazu: „Der Text der die übliche Erläuterungstafeln ersetzenden Gedenktafel hat zu lauten: Zur Erinnerung an das Revolutionsjahr 1848. Die umliegenden Gassen wurden nach den am 13. März 1848 in Wien für die Freiheit

Gefallenen benannt.“[1806]

Es werden also nicht einzelne für ihre jeweiligen Taten geehrt, sondern eine Gruppe, die relativ anonym bleibt. Denn anders als im Fall der Robert-Blum-Gasse, einer Neubenennung vom 06. November 1919 im 20.Bezirk, sind die Lebensläufe der Personen kaum bekannt. Um kurz die Bezüge zur Robert-Blum-Gasse zu erläutern: die Gasse wurde „nach dem hier [in der Nähe jener Gasse; Anm. d. A.] füsilierten Freiheitskämpfer Robert Blum (geb. 1807) mit Robert Blumgasse neubenannt.“[1807] in der oben ausführlich dargestellten Diskussion zum Beschluss aus dem November wird Robert Blum noch konkreter gedacht. In Verbindung mit dieser Benennung wurde „an den deutschen Freiheitskämpfer Robert Blum“ gedacht, so Robert Danneberg, „der im Jahre 1848 von den Schergen der Konterrevolution in Wien ermordet wurden ist.“[1808] Das Gedenken an ihn wurde allerdings erst nach 1918 erfolgreich realisiert, denn bis 1913 war unbekannt, wo Blum begraben wurde und erst im Zuge der Umbrüche 1918 kam es zu einem verstärkten Interesse[1809].

So wie sich Danneberg hier auf 1848 bezieht, bezog sich die SDAP auch 1929 auf 1848, nur dass sie dazu überging, anderen Personen zu gedenken. Die oben genannten Straßennamen sind benannt nach 17 Menschen, die im März 1848 an der Revolution beteiligt schienen und entsprechend der Gedenktafel gestorben seien. Ungeachtet der detaillierten Biographien, der einzelnen Personen sollen die obigen vier Beispiele kurz anhand ihrer zeitgenössischen Bezüge dargestellt werden. Die Schamborgasse, der Koniczekweg, die Donhardtgasse und der Köppelweg sind nur exemplarisch ausgewählt. Sie sollen die Problematik der Nachvollziehbarkeit von Bezug und Bedeutung eines Straßennamens oder dieses Clusters insgesamt illustrieren. Denn aufgrund der einzelnen Lebensläufe von Rosina und Margarete Schamborg, die eine Dienstmagd, die andere

1806 Ausschuss für Allgemeine Verwaltung: Bericht über die Sitzung vom 24. April 1929; in: Amtsblatt der Stadt Wien, Nr. 42, 25. Mai 1929; WStLA, M. Abt. 14, A3/1 – Schreiben der Magistratsabteilung 54 an die Magistratsabteilung 52,Wien, 02. Mai 1929.

1807 Stadtrat: Bericht über die Sitzung vom 6. November 1919; in: Amtsblatt der Stadt Wien; Nr. 94, 22. November 1919, S. 2881.

1808 Danneberg, Robert zitiert nach Gemeinderat: Stenographischer Bericht über die öffentliche Sitzung am 14. Mai 1920; in: Amtsblatt der Stadt Wien; Nr. 42, 26. Mai 1920, S.1418.

1809 Vgl.: Bussenius, Daniel: Der Mythos der Revolution nach dem Sieg des nationalen Mythos. Zur Geschichtspolitik mit der 48er-Revolution in der Ersten Republik Österreich und der Weimarer Republik 1918–1933/34; Berlin, 2011, S. 77.

Wäscherin[1810], dem Lebensweg vom Studenten Karl Koniczek[1811] und jenen Lorenz Donharts[1812] und Jakob Parasels[1813], ersterer Tagelöhner, zweiter Maurergeselle eint die Namen um den Achtundvierzigerplatz vor allem die soziale Gruppe jener, die relativ arm, an der Grenze ihrer Existenz, lebten. Die vorliegenden Akten selbst geben nicht mehr Auskunft über die Personen, als dass es sich dabei um einige der „am 13. März 1848 in Wien für die Freiheit Gefallenen“[1814] Personen handelt. Daher sind die Namen nur schwer in der Bedeutungsebene zu erfassen, allerdings sind auch schon Bezugsinformationen kaum zu erheben. Jedoch konnten diese Lebensumfelder als sozialdemokratische Lebensläufe gelten, die 1929, also 81 Jahre nach der Revolution von 1848, einem großen Teil der Wählerschaft der SDAP entsprach. Primär waren es Missernten und Wirtschaftskrise, die Arbeitsverweigerungen und Unruhen führten. Die SDAP kultivierte bereits in der Frühphase das Gedenken an die Toten der Revolution von 1848 und vor allem die republikanischen Ziele – was 1848 im März nicht zwingend zusammen fiel, da die republikanischen Forderungen liberaler Denker nicht mit sozialen Forderungen von Bauern, Bäuerinnen, Arbeitern und Arbeiterinnen. Dabei bestand aber auch vor und während des Krieges keinesfalls eine einheitliche Position zum Gedenken an 1848, da sie nicht nur politische Revolution, sondern in der Habsburgermonarchie auch nationale Revolution war[1815]. Schließlich führte das 1918 auch zu einer Position, die zwar den Anschluss an das Deutsche Reich für gut hieß, aber eine neuerliche Verbindung mit den neuen Staaten, die aus der Monarchie entstanden, zu bevorzugen schien[1816].

Im Oktober 1918 votierten die sozialdemokratischen Abgeordneten des österreichischen Reichrats für das für einen zunächst unabhängigen deutschösterreichischen Staat, „der seine Beziehungen zu den anderen Nationen Österreichs und zum Deutschen Reiche nach seinen eigenen Bedürfnissen regeln

---

1810 Vgl.: Autengruber, Lexikon, S. 251.

1811 Vgl.: Autengruber, Lexikon, S. 166.

1812 Vgl.: Autengruber, Lexikon, S. 71.

1813 Vgl.: Autengruber, Lexikon, S. 219.

1814 Ausschuss für Allgemeine Verwaltung: Bericht über die Sitzung vom 24. April 1929; in: Amtsblatt der Stadt Wien, Nr. 42, 25. Mai 1929; WStLA, M. Abt. 14, A3/1 – Schreiben der Magistratsabteilung 54 an die Magistratsabteilung 52,Wien, 02. Mai 1929.

1815 Vgl.: Bussenius, Mythos, S. 28-40.

1816 Vgl.: Bussenius, Mythos, S. 44.

soll.“ [1817] Dennoch blieb das Märzgedenken ein wichtiger Bestandteil des sozialdemokratischen kulturellen Gedächtnisses und schließlich Anknüpfungspunkt für die historische Bildung der Bevölkerung[1818]. So wurde bereits 1919 auf der Märzfeier wieder das Gedenken an die Märzgefallenen betont und aus der Regierungsposition heraus auch entsprechend inszeniert und eine Kontinuitätslinie von der Revolution 1848 zur sozialistischen Revolution 1919 konstruiert[1819] und es kam auch 1928, zum 80jährigen Jubiläum, zu diversen Feierlichkeiten. Es gab eine Hauptfeier am Denkmal der Revolution und einige kleinere, veranstaltet vom Schutzbund, Freidenkerbund oder Roten Falken [1820]. Dies war untrennbar verbunden mit der retrospektiven Verherrlichung des „Blut[es], das einst im Frühjahr und Herbst 1848 vergossen worden war, den unfruchtbaren Boden, der es aufnahm, um solcherart gedüngt zu werden, die revolutionäre Saat, die alsbald aufging, und die sozialistische Ernte, die nach heißen, klassenbedingten Auseinandersetzungen dermal Einst einzubringen sein würde.“[1821]

Doch es bleibt „[a]bgesehen von *Oberkanonier Pollet*, der sich geweigert hatte, auf Aufständische zu schießen, und Robert Blum, […] sondern allgemein um die anonyme Masse der revolutionären Arbeiterschaft.“[1822] Auch Pollet wurde – wie bereits einige Jahre davor Robert Blum – eine Straße gewidmet. „Er verhinderte als Oberfeuerwerker am 13. März 1848 durch seine standhafte Weigerung, auf die vom Kohlmarkt gegen die Hofburg andrängenden Wiener Bürger zu feuern, folgenschweres Unglück.“[1823] So heißt es im dazugehören Beschluss im Amtsblatt

---

1817 o.A.: Die deutsche Sozialdemokratie und das Selbstbestimmungsrecht der Nationen; in: Arbeiterzeitung vom 4. Oktober 1918, Nr. 270, S. 1.

1818 Vgl.: Bussenius, Mythos, S. 78-79.

1819 Vgl.: Bussenius, Mythos, S. 62-64; o.A.: Die Märzfeier; in: Arbeiterzeitung vom 17. März 1919, Nr. 75, S. 3.

1820 Vgl.: Arbeiterzeitung. Nr. 73, 13. März 1928, S. 1, S. 5, S. 8; Früh, Eckart: „Geduld, Ihr Brüder!“ Sozialistische Gedichte zum März 1848, vaterländische und nationalsozialistische zum März 1938; in: Lengauer, Hubert / Kucher, Primus Heinz (Hrsg.): Bewegung im Reich der Immobilität. Revolutionen in der Habsburgermonarchie 1848-49. Literarisch-publizistische Auseinandersetzungen; Wien, Köln, Weimar, 2001, S. 496-520, hier S. 496.

1821 Früh, Eckart: „Geduld, Ihr Brüder!“ Sozialistische Gedichte zum März 1848, vaterländische und nationalsozialistische zum März 1938; in: Lengauer, Hubert; Kucher; Primus Heinz (Hrsg.): Bewegung im Reich der Immobilität. Revolutionen in der Habsburgermonarchie 1848-49. Literarisch-publizistische Auseinandersetzungen; Wien, Köln, Weimar, 2001, S. 496-520, hier S. 499. Zu 1928 insgesamt vgl.: Bussenius, Daniel: Der Mythos der Revolution nach dem Sieg des nationalen Mythos. Zur Geschichtspolitik mit der 48er-Revolution in der Ersten Republik Österreich und der Weimarer Republik 1918–1933/34; Berlin, 2011, S. 92-101.

1822 Früh, „Geduld...“, S. 501.

1823 Ausschuss für technische Angelegenheiten: Bericht über die Sitzung vom 09. November 1927; im Amtsblatt der Stadt Wien, Nr. 96, 30. November 1927, S. 1335. Vgl.: WStLA, M. Abt. 14, A3/1 – Schreiben der Magistratsabteilung 18 an die Magistratsabteilung 52,Wien, 11. November 1927. Dabei

der Stadt Wien. Diese beiden Personen stehen hier gewissermaßen stellvertretend für andere weitere Politiker, die im Zuge der 1848er Gedenkens der SDAP geehrt wurden. Schließlich wurde seitens der sozialdemokratischen Autoren der Arbeiter zum Heiland, der für ein besseres Leben voller Freiheit kämpfen sollte. Während die Geschichte der Monarchie bis in die frühen 1930er Jahre als eine Geschichte von Unterdrückung, Unfreiheit und Willkür zugespitzt und als Kritik an den anderen Parteien formuliert wurde.[1824]

3.3 Vergleich

Wird vorangegangenes „Revue passiert", werden im Vergleich beider Städte signifikante Gemeinsamkeiten und Unterschiede sichtbar, die nun kurz dargestellt werden sollen. Die Fallbeispiele werden dabei nicht mehr ähnlich umfassend erläutert, allerdings mit naheliegenden Fällen der jeweils anderen Stadt verbunden. Der Detailgrad erübrigt auch eine erneute Darstellung auf diese Weise, da dieser Vergleichsteil auch eine zusammenfassende Funktion hat. Werden also die Bezüge betrachtet, auf denen die Straßennamenveränderungen im Wesentlichen basieren, zeigt Abbildung 72 dich wichtigsten Daten in einem Überblick.

Abbildung 72 stellt die relative Verteilung des *geografischen*, *politischen*, *sozialen*, *kulturellen* und *Naturbezuges* bei allen Veränderungen in Budapest sowie in Wien dar. Diese Gegenüberstellung zeigt, dass ein geografischer Bezug in beiden Städten oft vorhanden war. Das dem so ist, liegt vor allem an der Unterteilung des geografischen Bezuges an sich. 85% aller Straßennamen in Budapest sowie nahezu 100% allen Namen in Wien konnte ein geografischer Bezug zugeteilt werden. Damit lassen sich die Veränderungen grundsätzlich gut lokalisieren. Die Detailschau des geografischen Bezugs, die sich hieran anschließt, wird einen besseren Einblick bieten. Unterdessen gibt es beim politischen Bezug der Veränderungen einen größeren Unterschied. Denn entgegen der 65% jener Veränderungen, die Budapest einen politischen Bezug haben, sind es in Wien nur 44%. Nichtsdestotrotz ist dieser Bezug der bedeutendste nach einem

---

lehnt sich die Rezeption Plollet wahrscheinlich an die Schilderungen von Bach, Maximillian: Geschichte der Wiener Revolution im Jahre 1848. Volkstümlich dargestellt; Wien, 1898, S. 46-47 an.

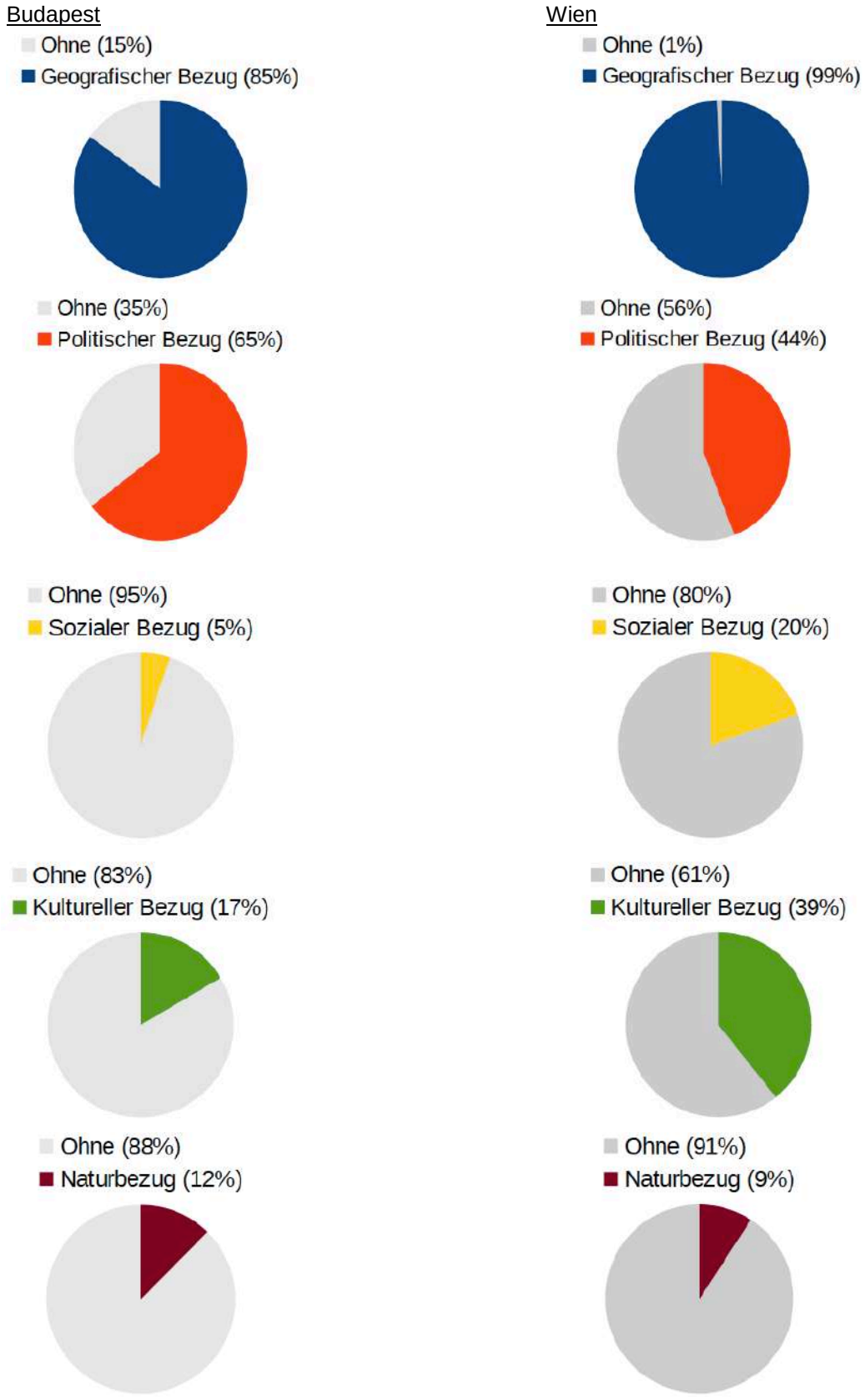
1824 Vgl.: Früh, „Geduld...", S. 501-505; Bussenius, Mythos, S. 107-112.

geografischen Bezug. Sowohl in Wien als auch in Budapest spielt er eine wesentliche Rolle und auch wenn sich die konkreten Unterebenen politisch-geografischer, des politisch-inhaltlicher und des politisch-institutioneller Bezug zwischen beiden Städten unterscheiden können, zeigt diese Gegenüberstellung bereits den Stellenwert dieser Kategorie.

Eine mögliche Erklärung für den Unterschied zwischen Wien und Budapest im politischen Bezug mag der soziale Bezug geben. Das Fallbeispiel des heutigen Kossuth Lajos tér und die dort zitierten Äußerungen von Klebelsberg zur Frage, welche Rolle das „soziale“ bei der Bewertung der 1848er Revolution haben soll, mag sich hier ebenso wieder spiegeln, wie das dazu korrespondiere Gegenstück in Wien und der dortige Umgang mit 1848 als einer sozialen Revolution. Während also in Budapest lediglich 5% aller Veränderungen einen nachvollziehbaren sozialen Bezug haben, entfällt auf die Wiener Veränderungen immerhin ein Anteil von 20%. Dabei ist allerdings zu sagen, dass die beiden Kategorien, politischer Bezug und sozialer Bezug, sich nicht miteinander aufwiegen lassen, da die Namen in der Bezugsanalyse mehrfach kodiert wurden. Wird der kulturelle Bezug betrachtet, zeigt sich im Fall Wiens, mit 39% aller Veränderungen die Umsetzung der Politik, Menschen aus dem kulturellen Bereich sowie teilweise der Wissenschaft zu ehren besonders. Wohingegen zu Budapest vergleichbare Akten und konkrete Äußerungen nicht vorliegen, aber auch der Anteil von 17% aller Veränderungen mit einem kulturellen Bezug nicht für eine solche Politik spricht. Am wenigsten bedeutend in beiden Städten sind allerdings Veränderungen mit einem Naturbezug, während in der ungarischen Hauptstadt 12% aller Veränderungen einen solchen Bezug aufweisen, finden sich in Wien mit 9% relativ gleich viele Veränderungen mit einem solchen Bezug.

Abbildung 72: Relative Verteilung des *geografischen*, *politischen*, *sozialen*, *kulturellen* und *Naturbezuges* bei allen Veränderungen in Budapest und Wien.

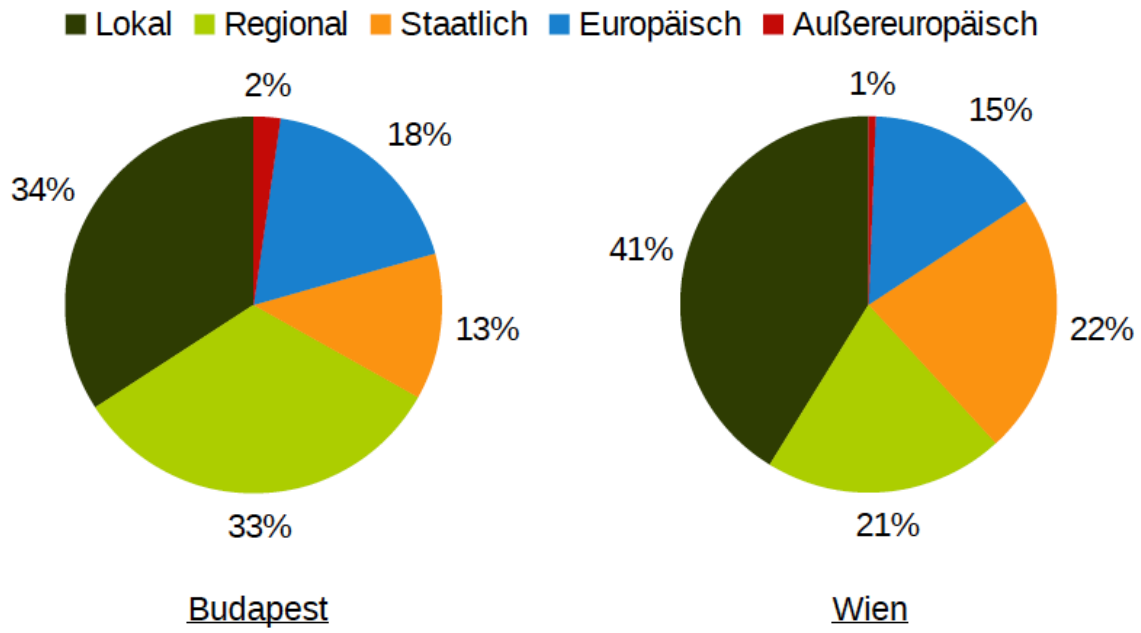
Quelle: Eigene Erhebung und eigene Darstellung.



Werden diese einzelnen Bezüge entsprechend ihrer Differenzierungen betrachtet, zeigen sich erste Unterschiede. Diese sind bereits oben angeklungen und werden in Abbildung 73 nochmal deutlich, wo die relative Werte der möglichen *geografischen Bezüge* exklusive der Eigenschaft *ohne* in Budapest und Wien während des gesamten Betrachtungszeitraums gegenübergestellt werden.

Abbildung 73: Relative Werte der möglichen *geografischen Bezüge* exklusive der Eigenschaft *ohne* in Budapest und Wien während des gesamten Betrachtungszeitraums.

Quelle: Eigene Erhebung und eigene Darstellung.

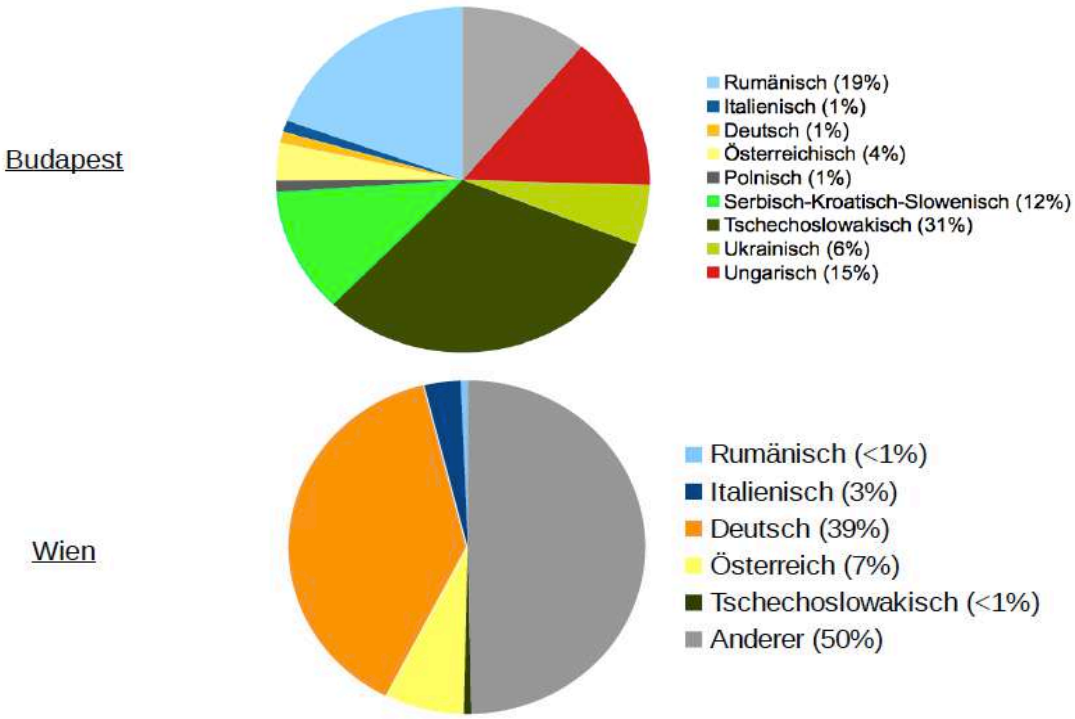


Dabei wird schnell ersichtlich, dass zwar Unterschiede vorhanden sind, diese aber gleichsam sehr gering sind. Während in Budapest lokal und regional bezogene Namen sich die Waage halten und jeweils mit 34% (lokal) und 33% (regional) nahezu gleiche Werte haben, dominieren in Wien Namensveränderungen mit lokalem Bezug zu 41%. Während sich hier jene mit regionalem (21%) und staatlichem (22%) Bezug sehr nahe sind. Der staatliche Bezug spielt in Budapest mit nur 13% allerdings eine untergeordnete Rolle und hat auch fünf Prozentpunkte weniger als jene Straßennamenveränderungen, die aus der Sicht Ungarns von 1919 einen europäischen Bezug (18%) aufweisen. In Wien ist dieses Verhältnis anders herum. Der europäische Bezug (15%) hat hier sieben Prozentpunkte weniger als der staatliche Bezug mit 22%. Außereuropäische Bezüge spielen in beiden Städten eine äußerst geringe Rolle. In Wien fällt auf 1% aller

Veränderungen ein außereuropäischer Bezug und in Budapest sind es 2%.

Abbildung 74: Relative Werte der möglichen *politisch-geografischen Bezüge* exklusive der Eigenschaft *ohne* in Budapest und Wien während des gesamten Betrachtungszeitraums.

Quelle: Eigene Erhebung und eigene Darstellung.



Werden diese Werte mit den obigen Beispielen zusammengeführt, zeigt sich, dass das seltene Beispiel eines außer-europäischen Bezugs in Wien im Fall der Argentinierstraße statistisch weniger Relevanz hat als aufgrund der hohen Zahl an vorliegenden Dokumenten. Unterdessen spielen Straßennamen mit einem lokalen, regionalen oder staatlichen Bezug eine deutlich größere Rolle. Die Namen die hierbei eingeführt werden – seien es Anthoponyme oder bereits existierende Toponyme – haben eine relativ unmittelbare Verbindung zur lokalen Bevölkerung, wobei diese Bande – physisch betrachtet – geringer wird, je weiträumiger – erneut ausschließlich physisch verstanden – der Raum wird. Denn auch die Beispiele des europäischen Bezugs in Budapest, besonders jene Veränderungen, die zur Einführung von bereits existierenden Toponymen führten, mögen im politischen Diskurs als sehr viel näher gegolten haben, als der europäische Bezug es erahnen lässt. Einen solchen Hinweis ermöglicht der Vergleich der politisch-geografischen Bezüge und deren relativer Anteil an den Veränderungen, die einen politischen Bezug haben.

Die Abbildung 74 zeigt die relativen Werte der möglichen *politisch-geografischen Bezüge* exklusive der Eigenschaft *ohne* in Budapest und Wien während des gesamten Betrachtungszeitraums. Dort zeigt sich, was in den Einzelbetrachtungen bereits ebenso deutlich geworden ist wie an einigen Beispielen: eine gewisse Tendenz zur Formulierung von Zugehörigkeiten oder gar Ansprüchen. Während allerdings in Budapest vor allem politisch-geografische Bezüge dominieren, die nach dem Ersten Weltkrieg nicht länger Teil des ungarischen Staates waren, ist es in Wien – abgesehen von Anderer – der deutsche politisch-geografische Bezug. Jene Veränderungen, die einen anderen politisch-geografischen Bezug haben, lassen sich hier kaum aufschlüsseln. Allerdings ist bereits an entsprechender Stelle in diesem Teilkapitel deutlich gemacht worden, dass es sich dabei oftmals Namen handelt, die dynastisch geprägt sind und somit vor allem die Integrität des Kaiserreiches – in welcher Staatsform auch immer – repräsentieren können. Die Annahme liegt vor allem deswegen nahe, weil es sich in einem hohen Maß um wegfallende Namen handelt, wie die folgenden Abbildungen zeigen werden. Denn sowohl politisch-inhaltlich wie politisch-institutionell gibt es relativ vorhersehbare Gemeinsamkeiten und Unterschiede, die in Abbildung 75 kurz dargestellt und erläutert werden, um die obigen Ausführungen in einen vergleichenden Kontext zu bringen.

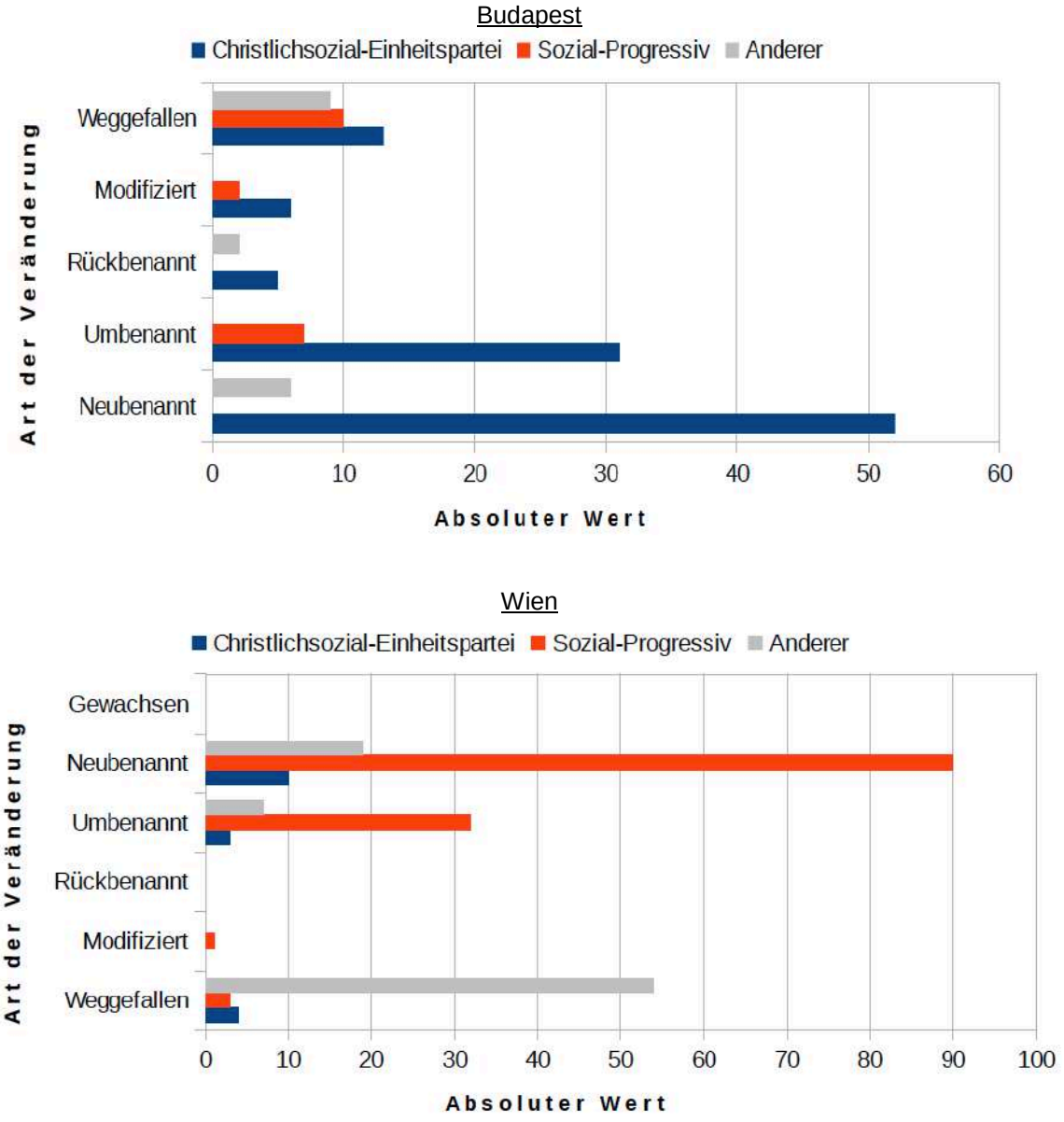
Die Abbildung 75 zeigt die absoluten Werte der möglichen *politisch-inhaltlichen* und *politisch-institutionellen Bezüge* exklusive der Eigenschaft *ohne* nach *Art der Veränderung* in Budapest und Wien während des gesamten Betrachtungszeitraums. Wird zunächst die Art der Veränderung weggefallen betrachtet, zeigt sich, dass politisch-inhaltlich zwar Veränderungen in Bezug auf Christlichsozial-Einheitspartei am ehesten mit dieser Veränderungsart zusammenfallen, sie aber kein signifikantes Übergewicht gegenüber den anderen politisch-inhaltlichen Bezügen besitzen. Schließlich ist zu berücksichtigen, dass es sich hierbei um den gesamten Betrachtungszeitraum handelt. So lässt sich erklären, dass die weggefallenen Straßennamen bezüglich der Eigenschaft Christlichsozial-Einheitspartei in deutlich höherem Maße bei anderen Arten der Veränderung vorkommen und deutlich mehr Namen dieses Bezuges durch Neubenennung, Umbenennung oder Modifizierung eingeführt werden als wegfallen. Gleichzeitig halten sich die Werte der weggefallenen Straßennamen mit Sozial-

Progressiven Bezug in etwa die Waage mit jenen, die durch Modifizierung und Umbenennung eingeführt wurden. Besonders deutlich ist aber auch, dass keine Neubenennungen auf diesen politisch-inhaltlichen Bezug entfallen. Darüber hinaus sind die Werte insofern nachvollziehbar, als das sie den Willen der Sozial-progressiven politischen Machthaber zu Beginn des Betrachtungszeitraumes zeigen, ihre Ideen in das Stadtbild einzuschreiben. Zu diesem Zweck sind auch Straßennamen mit dem politisch-inhaltlichen Bezug Christlichsozial-Einheitspartei weggefallen. In gleichem Maße wurde diese Politik von den darauf folgenden Machthabern der Einheitspartei in Budapest rückgängig gemacht und das Gegenteil begonnen: Sozial-progressiv konnotierte Namen wurden entfernt und ihrerseits veränderte die Partei die Straßennamenlandschaft zu Gunsten der als eigen verstandenen Namen, die somit den politisch-inhaltlichen Bezug Christlichsozial-Einheitspartei besitzen. Prägnant ist damit vor allem, dass diese Daten von den politischen Brüchen abhängen. Das zeigen auch die Rückbenennungen in Budapest, die zu Gunsten des Bezugs Christlichsozial-Einheitspartei und Anderer geschehen.

Werden diese Prozesse mit jenen in Wien verglichen, mag die Grafik den Eindruck machen, es hätte eine kurze Dominanz zu Gunsten von Straßennamenveränderungen mit dem politisch-inhaltlichen Bezug Christlichsozial-Einheitspartei gegeben. Denn auch hier gibt es zwar wegfallende Namen dieser Eigenschaft, aber sogar mehr Neubenennungen denn jene wegfallenden Veränderungen. Allerdings gab es eine solche stadtpolitische Phase nicht, sondern im Betrachtungszeitraum dominierte die sozial-progressive politische Richtung die Stadt- und Landespolitik. Das ist vor allem am sehr geringen Wert für weggefallene Namen mit der Eigenschaft sozial-progressiv zu erkennen. Auch der hohe Wert für Neu- und Umbenennungen bestätigt diesen Eindruck. Allerdings zeigen sich keine analogen Werte für Rückbenennungen. Dazu ist zu sagen, dass es zwar Rückbenennungen gibt, aber deren Erstveränderung nicht im Betrachtungszeitraum liegt.

Abbildung 75: Absolute Werte der möglichen *politisch-inhaltlichen Bezüge* exklusive der Eigenschaft *ohne* nach *Art der Veränderung* in Budapest und Wien während des gesamten Betrachtungszeitraums, $\sum_{Budapest} = 143$, $\sum_{Wien} = 223$.

Quelle: Eigene Erhebung und eigene Darstellung.



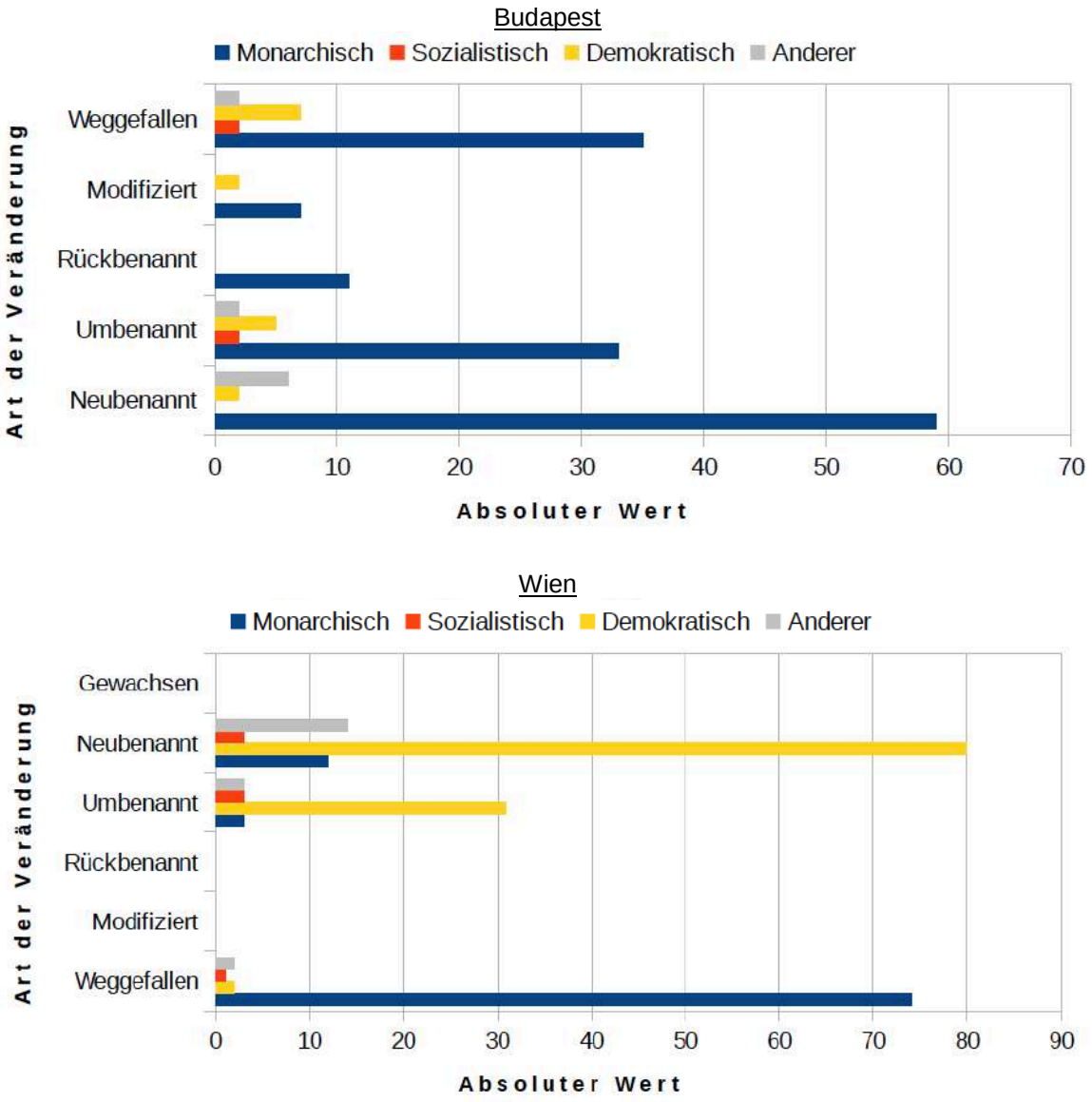
Im Einleitungsteil dieses Kapitel V wurde darauf hingewiesen, dass es einige Namensveränderungen entlang der Ringstraße gab. Diese fallen aber in die Zeit des Krieges und sind somit nicht Teil der quantitativen Untersuchung, weshalb die vorgenommenen Veränderungen als Umbenennungen geführt werden – gleichsam im Bewusstsein, dass die anderen Änderungen voran gingen. Diese aber eben außerhalb des Betrachtungszeitraumes liegen. Die Art der Veränderung *Gewachsen* konnte, wie bereits erwähnt, in den Budapester Quellen nicht

erschlossen werden, spielt aber in den Wiener Quellen eine Rolle. Ein Vergleich ist dadurch nicht möglich, aber zumindest sei hier der Hinweis gegeben, dass diese Namen keine politisch-inhaltlichen Bezüge enthalten. Abschließend muss noch auf den hohen Wert jener weggefallenden Veränderungen eingegangen werden, die den politisch-inhaltlichen Bezug Anderer haben. Dieser ist hier signifikant hoch. Ursache dafür ist eine fehlende Zuordenbarkeit zu den verwendeten politisch-inhaltlichen Bezügen. Allerdings vor allem, weil diese Namen grundsätzlich nur schwer der Parteipolitik der Wiener Zwischenkriegszeit zuzuordnen sind.

Ein wenig mehr Aufschluss über diese Gruppe mag Abbildung 76 geben. Diese zeigt die absolute Werte der möglichen *politisch-institutionellen Bezüge* exklusive der Eigenschaft *ohne* nach *Art der Veränderung* in Budapest und Wien während des gesamten Betrachtungszeitraums. Diese Grafik bestätigt erneut jenen Eindruck, den bereits die Abbildung 75 vermittelt hat. Vor allem werden dominierende Ideen der institutionellen Ordnung eines politischen Systems eingeschrieben. Jedoch gibt es einige Unterschiede. Denn in Budapest während es demnach noch denkbar ist, dass sehr viele Namen mit einem monarchischen politisch-institutionellen Bezug wegfallen, scheint es ungewöhnlicher, dass dieser konkrete Wert sogar über jenen mit demokratischem politisch-institutionellem Bezug liegt. Dies erklärt sich aber durch die weiteren Verhältnisse von politisch-institutionellem Bezug und Art der Veränderung. Denn jene Veränderungen mit einem demokratischen Bezug sind in deutlich geringerem Maße eingeführt worden. Dagegen ist davon auszugehen, dass die Zahl an existierenden Namen mit einem monarchischen Bezug bereits während und vor dem Krieg hoch war.

Abbildung 76: Absolute Werte der möglichen *politisch-institutionellen Bezüge* exklusive der Eigenschaft *ohne* nach *Art der Veränderung* in Budapest und Wien während des gesamten Betrachtungszeitraums, $\sum_{Budapest} = 143$, $\sum_{Wien} = 228$.

Quelle: Eigene Erhebung und eigene Darstellung.



Allerdings erklärt das noch nicht, weshalb nahezu ebenso viele wegfallende Veränderungen mit monarchischem Bezug vorhanden sind wie nahezu Umbenennungen und noch mehr Neubenennungen. Denn einen so umfassenden Beschluss gab es 1919 nicht, was bereits die Basisinformationen zeigten. Die Ursache für diese Grafik mag erneut in einer im Bezug fehlenden Binnendifferenzierung fehlen. Denn würde bei monarchisch noch verschiedene Dynastien unterschieden werden, würde deutlich werden, dass besonders Habsburger hinter diesen wegfallenden Veränderungen Budapests stehen,

während es andere ungarische Adelsfamilien oder Königsdynastien sind, die durch Neubenennung oder Umbenennung eingeführt werden. Sehr deutlich wurde das im Beispiel von Szent Herceg Imre und den um ihn und seinen Vater etablierten Kult.

Hinsichtlich Wien ist oben bereits angedeutet worden, dass Abbildung 76 Aufschluss über die Problematik der in Abbildung 75 dargestellten hohen Werte der Eigenschaft Anderer gibt. In Abbildung 76 zeigt sich nun, dass die Eigenschaft Anderer deutlich kleiner ist, allerdings der politisch-institutionelle monarchische Bezug deutlich höher. Dem politisch-inhaltlichen Bezug anderer liegt also vor allem die Komplexität des Kaiserhauses zu Grunde, dessen Mitglieder sich zum Teil nur schwer oder gar nicht in die parteipolitischen Sphären von 1919-1934 einordnen lassen. Ungeachtet dessen waren es eben jene Namen, die im gesamten Betrachtungszeitraum am meisten zusammenfallen mit der wegfallenden Veränderungsart. Gleichzeitig sind es Namensveränderungen mit dem demokratischen politisch-institutionellen Bezug, die die Neubenennungen und Umbenennungen dominieren, wenngleich bei diesen Änderungsarten auch Namen mit einem sozialistischen Bezug existieren.

Abschließend kann der Abbildung 77 nochmal ein Gesamtüberblick über die politisch-inhaltlichen und politisch-institutionellen Bezüge entnommen werden. Die Abbildung zeigt die relativen Werte der möglichen *politisch-inhaltlichen Bezüge* (links) und der *politisch-institutionellen Bezüge* (rechts) exklusive der Eigenschaft *ohne* in Budapest und Wien während des gesamten Betrachtungszeitraums. Dieser Gesamtüberblick bestätigt die bisher erhobenen Tendenzen. In Budapest dominieren sowohl die Eigenschaft Christlichsozial-Einheitspartei und Monarchisch während in Wien Sozial-progressiv und Demokratisch dominieren. Gleichsam ist zu erkennen, dass auch die anderen Eigenschaften hohe relative Werte haben, das liegt daran, dass in dieser Grafik alle Änderungen ungeachtet ihrer Art einfließen. Dies erklärt für Wien den hohen Anteil der Eigenschaften Anderer und Monarchisch. Beide stehen in enger Verbindung zur Änderungsart weggefallen. Gleiches gilt für die weiteren Eigenschaften, die im Stadtgebiet Budapests mit Veränderungen verbunden sind. Werden diese relativen Werte mit jenen verglichen, die sich lediglich auf Bedeutungsvolle Orte beschränken, zeigt sich ein ähnliches Bild, auch wenn es in einigen Details Abweichungen gibt.

Abbildung 77: Relative Werte der möglichen *politisch-inhaltlichen Bezüge* (links) und der *politisch-institutionellen Bezüge* (rechts) exklusive der Eigenschaft *ohne* in Budapest und Wien während des gesamten Betrachtungszeitraums.

Quelle: Eigene Erhebung und eigene Darstellung.

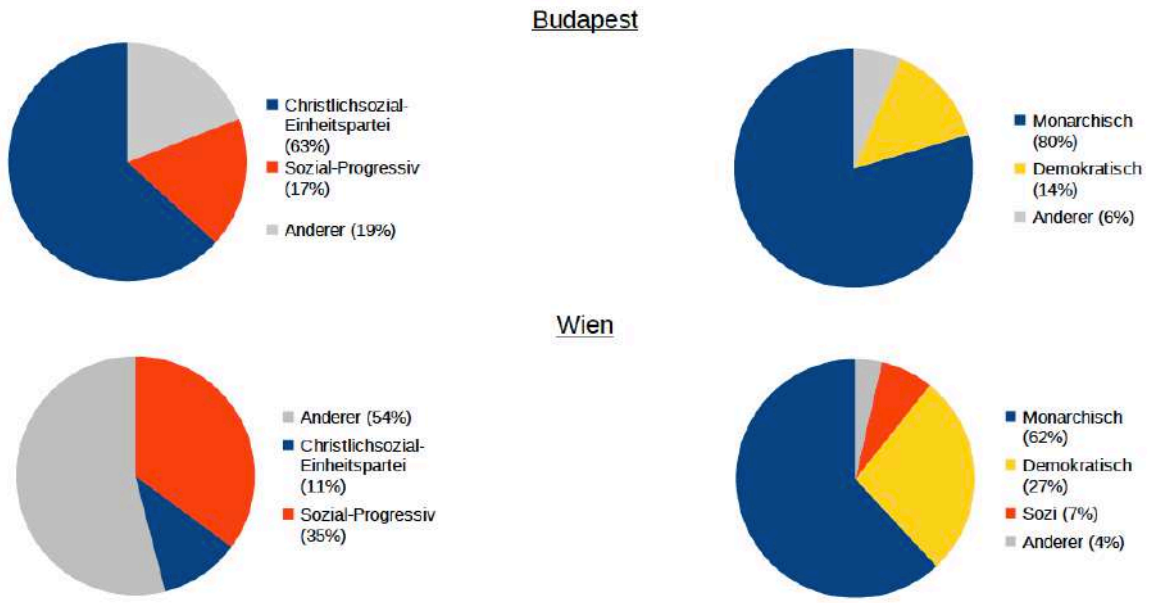


Abbildung 78: Relative Werte der möglichen *politisch-inhaltlichen Bezüge* (links) und der *politisch-institutionellen Bezüge* (rechts) exklusive der Eigenschaft *ohne* in Budapest und Wien während des gesamten Betrachtungszeitraums, bezogen auf *Bedeutungsvolle Orte*.

Quelle: Eigene Erhebung und eigene Darstellung.

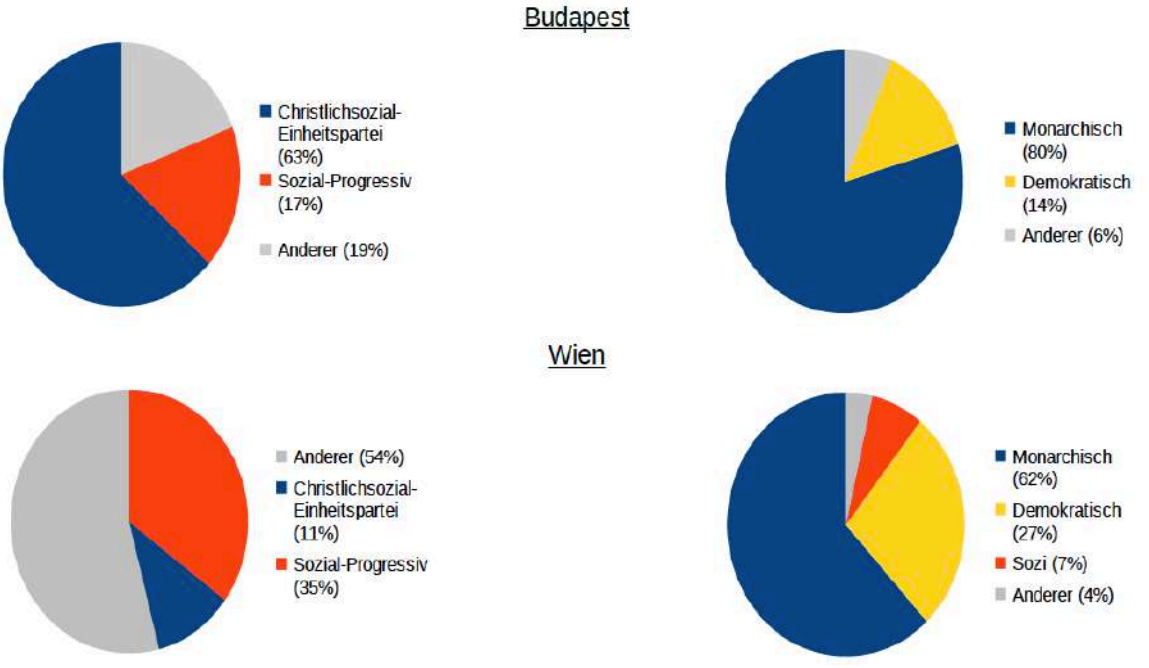


Abbildung 78 stellt entsprechend die relativen Werte der möglichen *politisch-*

inhaltlichen Bezüge (links) und der *politisch-institutionellen Bezüge* (rechts) exklusive der Eigenschaft *ohne* in Budapest und Wien während des gesamten Betrachtungszeitraums, bezogen auf *Bedeutungsvolle Orte, dar*.

Werden Abbildung 77 und Abbildung 78 verglichen, zeigt sich, dass nur in Budapest die Veränderungen an Bedeutungsvollen Orten nahezu vollständig die gesamtstädtischen Veränderungen mit politisch-inhaltlichem oder politisch-institutionellem Bezug reproduzieren. Demgegenüber gibt es in Wien größere Abweichungen. In Budapest stimmen auch die Diagramme der jeweiligen politisch-inhaltlichen Bezüge nicht genau überein, wenngleich die Tendenzen sehr ähnlich sind. Die politisch-institutionellen Bezüge im gesamten Stadtgebiet liegen aber relativ gesehen sehr nahe bei jenen an den Bedeutungsvollen Orten. In Wien dagegen existieren größere Unterschiede, die besonders darin begründet liegen, dass die Veränderungsart weggefallen an den bedeutungsvollen Orten besonders mit politischen Bezügen zusammenfällt. Dabei ist das Ausmaß jener Veränderungen wie Neubenennung oder Umbenennung mit einem politischen Bezug nicht genauso hoch. Daher verschieben sich in Wien die Werte der politisch-inhaltlichen und politisch-institutionellen Bezüge an bedeutungsvollen Orten zu Gunsten der wegfallenden Namen. Wird ein letzter Vergleich gezogen, der die bedeutungsvollen Orte weniger betrifft, sondern sich wieder auf die gesamten Stadtgebiete bezieht, zeigt sich ein größerer Unterschied zwischen beiden Städten.

Abbildung 79: Relative Werte der möglichen *Historischen Tiefe* exklusive der Eigenschaft *ohne* in Budapest und Wien während des gesamten Betrachtungszeitraums.

Quelle: Eigene Erhebung und eigene Darstellung.



Abbildung 79 zeigt die relativen Werte der möglichen *Historischen Tiefe* exklusive

der Eigenschaft *ohne* in Budapest und Wien während des gesamten Betrachtungszeitraums. Daraus sind zwei wesentliche Unterschiede zu erkennen, die mit detaillierten Werten bereits in den vorherigen Teilkapiteln beschrieben worden sind. Zunächst wird in Budapest eher gegenwärtiges einer Straßennamenveränderungen unterzogen. In Wien liegt der zeitliche Bezug von Straßennamenveränderungen vor allem im 19. Jahrhundert. Gleichzeitig gibt es in Budapest eine stärkere Tendenz Straßennamenveränderungen mit mittelalterlichem Bezug zu vollziehen als in Wien, wo wiederum das 17. und 18. Jahrhundert eher der historischen Tiefe entspricht, die Veränderungen betreffen.

Insgesamt zeigt der Vergleich beider Städte, dass es hinsichtlich der zeitgenössischen Bezüge jene sind, die von dominierenden politischen Gruppen geprägt wurden, die letztlich Eingang in die Straßennamenlandschaft fanden, sowie deren gegensätzlichen Bezüge ausgeschlossen wurden. Besonders prägnant ist das in Budapest zu beobachten. In Wien hingegen finden sich auch Einführungen von Namen, von denen geglaubt werden könnte, dass sie der sozial-progressiven, demokratischen Tendenz entgegenstehen. Die politisch-geografischen Bezüge zeigen wiederum kaum Ähnlichkeit. Die Blickrichtung der beiden Städte geht jeweils in unterschiedliche Richtungen. Während in Budapest das Königreich eine sehr schnelle Renaissance erlebt, ist es in Wien die etwas weiter zurückliegende Verbindung deutscher Staatlichkeiten. Sehr viel Ähnlicher sind sich die Städte im geografischen Bezug, hier spielen zu circa 2/3 Namensveränderungen eine Rolle, die im Stadtgebiet liegen. Sie beziehen sich entweder auf die Stadt oder gar auf konkrete Bezirke. Letzteres dominiert in Wien, während ersteres in Budapest einen größeren Anteil hat. Letztlich zeigen die Bezugsinformationen der Namensveränderungen beider Städte, dass es grundsätzliche Ähnlichkeiten bei der Benennung von Straßen gibt, die inhaltlich variabel sind. Dabei zeigen die konkreten Fallbeispiele, dass nicht nur Namensveränderungen existieren, die im zeitgenössischen Bezugssystem der dominierenden politischen Strömung zugeschrieben werden können, sondern dass dabei auch Gegensätze zwischen den Bezügen entstehen können. Das zeigte der Fall Dürers, dessen Name in Deutschland teilweise anders konnotiert war als in Ungarn. Gleichzeitig sind auch politische Konnotationen schwierig mit dem Selbstbild einer Person zu verbinden, wie der Fall Mahler zeigte. Dennoch gibt es

einen großen Unterschied zwischen den Historischen Tiefen. Während in Budapest deutlich mehr Gegenwart erinnert wird, ist es in Wien die Neueste Geschichte des 19. Jahrhunderts, auf die die Veränderungen bezogen sind.

4. Beobachtungen aufgrund der Bedeutungsinformationen unter Einschluss der Basis- und Bezugsdaten

Wenn in politischen Gremien über Formen diskutiert wird, mit denen Gedächtnisinhalte im Stadtbild kommuniziert werden sollen, dann wird oftmals kaum die Bezugs- von der Bedeutungsebene getrennt. Für die vorliegenden Seiten ist es aber teilweise recht bedeutend. Auf den folgenden Seiten dieses letzten Kapitels soll genau dies versucht werden: es soll noch stärker unabhängig von zeitgenössischen Bezügen zu einer Benennung analysiert werden, welche weiteren Denotationen ein Name mit sich bringt. Beispielsweise die biografischen Beispiele im Kapitel zur Bezugsanalyse zeigten diese Art der Betrachtung bereits. Auf den folgenden Seiten wird für jede der beiden Städte je ein Beispiel beschrieben und darüber hinaus Bezug genommen auf bereits geschilderte Beispiele vorangegangener Abschnitte. Daneben werden die erhobenen quantitativen Daten im Vordergrund stehen.

4.1 Wien

Die Amalienstraße wurde bereits im vorherigen Kapitel einige Male erwähnt. Besonders umfassend wurde diese Verkehrsflächenbenennung im stenographischen Bericht der Gemeinderatssitzung vom 14 Mai 1919 diskutiert.[1825] Die Amalienstraße sollte umbenannt werden, da der sozialdemokratisch dominierte Rat davon ausging, was einige Jahre zu vor in einem Namensbuch festgehalten wurde. Im „Namenbuch der Strassen und Plätze von Wien“, im Auftrage der Gemeinde Wien 1905 entstanden, stand zur Amalienstraße folgender Eintrag: „**Amalienstraße** (XIII. Bez., Ober-St.Veit) ist zu ehren der Kaiserin Amalie (1673-1742), der Gemahlin des Kaisers Josef I. benannt, welcher Besitzer des nahen Tiergartens war.“[1826] Es wurde bereits im vorherigen Kapitel wiedergegeben, wieso die SDAP-Gemeindesratsfraktion derartige Straßennamen verändern wollte. Besonders wenn Personen ausschließlich wegen ihrer dynastischen Verbindung

1825 Gemeinderat: Stenographischer Bericht über die öffentliche Sitzung am 14. Mai 1920; in: Amtsblatt der Stadt Wien; Nr. 42, 26. Mai 1920, S. 1411.

1826 Umlauft, Namenbuch, S. 3, Hervorhebung durch Umlauft.

geehrt worden seien, gerieten sie in den Fokus derer, die für Umbenennungen zuständig waren. Das vorherige Kapitel zeigte dazu einige Beispiele, deren Konnotation und zuweilen deren Denotation, unabhängig von der Verkehrsfläche bereits monarchisch waren. Im Fall der Amalienstraße wurde aufgrund dieses Lexikoneintrages ohne Zweifel davon ausgegangen, dass es sich um Kaiserin Amalie handelte, welche die der Verkehrsfläche vorangehende Bedeutung des Namens gewesen sei. Konnotation und Denotation oder Bezug zum Namen und dessen lexikalisch festgelegte Bedeutung deckten sich hier, was die Umbenennung zu einem relativ klaren Fall zu machen schien. So entstand gewissermaßen der Vorwurf, der von Karl Vaugoin in der Diskussion im Mai 1920 gegenüber den sozialdemokratischen Abgeordneten erhoben wurde: „der Herr Referent sieht die Tafel, sagt darauf 'oho, das ist eine monarchische Tafel, weg damit!'“[1827]

Vaugoin weist nun auf andere originale Aktenstücke hin, die dem Autor allerdings nicht vorliegen, und aus denen hervorginge, dass

„eine Gasse unten in der Au nach der Frau Charlotte Maria Amalia Strecker, der nachmaligen Gattin des Bürgermeisters Alexander Strecker, in Amalienstraße benannt werde zum Danke für ihr wohltätiges Wirken in Ober-St. Veit, weil sie das dortige Grundarmenhaus erbaut hat und weil sie auch in Ober-St.Veit selbst für die Armen außerordentlich wohltätig war.“[1828]

Vaugoin schließt mit dem Satz: „Sie sehen also, daß die Amalienstraße keinerlei monarchischen Anstrich trägt!“[1829] Schließlich weist er darauf hin, dass eine so umfassende Umbenennungsmaßnahme mehr benötige als nur ein Namenslexikon zu lesen. Aufgrund dieses Falls wird sogar von einem weiteren oppositionellen Gemeinderat daraufhin gewiesen, dass unter anderem sie „die ganze Voraussetzung der Namensänderung über den Haufen“ [1830] werfe. Diese Diskussion entwickelt sich nun noch weiter. Die Mehrheitspartei greift diese Anmerkungen zunächst dieser Art auf, dass sie die Schuld an die christlich-sozialen zurückverweist:

1827 Vaugoin, Karl zitiert nach Gemeinderat: Stenographischer Bericht über die öffentliche Sitzung am 14. Mai 1920; in: Amtsblatt der Stadt Wien; Nr. 42, 26. Mai 1920, S. 1411.

1828 Vaugoin, Karl zitiert nach Gemeinderat: Stenographischer Bericht über die öffentliche Sitzung am 14. Mai 1920; in: Amtsblatt der Stadt Wien; Nr. 42, 26. Mai 1920, S. 1411.

1829 Vaugoin, Karl zitiert nach Gemeinderat: Stenographischer Bericht über die öffentliche Sitzung am 14. Mai 1920; in: Amtsblatt der Stadt Wien; Nr. 42, 26. Mai 1920, S. 1411.

1830 Schmitz, Richard zitiert nach Gemeinderat: Stenographischer Bericht über die öffentliche Sitzung am 14. Mai 1920; in: Amtsblatt der Stadt Wien; Nr. 42, 26. Mai 1920, S. 1416.

„An der 'Amalia' sind Sie selbst mehr schuld als sonst irgendjemand. Unter der Bürgermeisterschaft Dr. Lueger's wurde dieses Buch von Umlauft herausgegeben und ist von der Gemeinde Wien approbiert wurden und wenn das falsch ist, dann ist ihre Gemeindeverwaltung aus dem Jahre 1905 einfach schlecht orientiert gewesen. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten) Es ist Ihre 'Amalia', das bringen sie nicht mehr weg.“[1831]

Worauf Skaret hier anspielt, ist wohl, dass es der promonarchische Blick gewesen sein möge, der die Angaben im Lexikon von Umlauft 1905 für den Stadtrat ebenso plausibel machte. Gleichfalls argumentiert Vaugoin, das der dem Monarchischen entgegengesetzte Blick der Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten es im Fall der Amalie nachvollziehbar mache, für eine Veränderung zu stimmen. Danneberg geht schließlich in seiner Rede für den Antrag auf die inhaltliche Berichtigung Vaugoins ein und macht darin nochmal deutlich, worum es der Mehrheit bei dem umfassenden Antrag ging:

„[W]enn Herr StR. Vaugoin wirklich Recht hat mit dem Protokolle, dann wird der Stadtrat das richtigstellen und es wird bei der Amalienstraße verbleiben, weil die Kinder von St. Veit, wenn sie den Ursprung der Straßennamen kennen lernen, erfahren sollen, daß das eine Wohltäterin von St. Veits gewesen ist und nicht etwa jemand, der bloß das Verdienst hatte, eine Kaiserin gewesen zu sein, von der man sonst weiter nichts weiß.“[1832]

Es ist eben jenes konkrete Wissen über einen Namen, das vorhanden ist oder nicht, dass die hiesige Diskussion dominierte. Das Bezugs- und das Bedeutungswissen können sich dabei zuweilen ergänzen oder widersprechen. Nachdem Danneberg eine Prüfung der Dokumente Vaugoins ankündigt und daraufhin entschieden werden soll, ob die Amalienstraße in der Straßennamenlandschaft erhalten bleibt, ist aufgrund der bis heute vorhandenen Straßenbezeichnung davon auszugehen, dass die Dokumente stimmten.

Analog zur Diskussion soll es auf den folgenden Seiten vor allem darum gehen, welche Personen und Orte hinter den Namen steckten, die als Straßennamen in der Zwischenkriegszeit in Wien verändert wurden. Dabei geht es wenig um den zeitgenössischen Bezug, sondern jene Dinge, die in der quantitativen Erhebung in den Quellen erfragt wurden oder durch biografische Informationen bekannt waren. Konkret werden in diesem Teil die Denotationen der Namen erhoben, die als Straßennamen Verwendung fanden. Im vorangehenden Beispiel ist das illustriert.

1831 Skaret, Ferdinand zitiert nach Gemeinderat: Stenographischer Bericht über die öffentliche Sitzung am 14. Mai 1920; in: Amtsblatt der Stadt Wien; Nr. 42, 26. Mai 1920, S. 1413.

1832 Danneberg, Robert zitiert nach Gemeinderat: Stenographischer Bericht über die öffentliche Sitzung am 14. Mai 1920; in: Amtsblatt der Stadt Wien; Nr. 42, 26. Mai 1920, S. 1419.

Ziel dieses letzten Schrittes der Erhebung ist es, nicht mehrere mögliche Bedeutungen zu erfassen, die hinter dem Namen „Amalie“ stehen, sondern das konkrete Objekt oder Subjekt, das ursprünglich mit „Amalie“ bezeichnet worden ist, zu betrachten. Dabei spielt vor allem lexikalisches Wissen eine bedeutende Rolle. Allerdings werden auch die Quellen einbezogen, wenn sie einen so bedeutenden Aussagewert haben, wie im beschriebenen Beispiel. Einen Schritt davor gilt es jedoch festzuhalten, dass neben Namen auch Begriffe Eingang in die Straßennamenlandschaft gefunden haben. Abbildung 80 stellt die einzelnen Werte dar, die auf Appelativa, Propria und unklare Bezeichnungen entfallen – absolut sowie relativ zur Gesamtmenge aller Namensveränderungen.

Abbildung 80: Absolute und Relative Verteilung der Straßennamen auf Appelativa und Propria in Wien. (n=707)

Quelle: Eigene Erhebung und eigene Darstellung.

	Appelativa	**Propria**	Unklar
Absolut	35	666	6
Relativ	4,95%	94,20%	0,85%

Es werden 35 Appelativa eingeführt, während demgegenüber 666 Propria neuerlich als Namen verwendet werden – diesmal für Straßen, Gassen und Wege. Demgegenüber sind lediglich sechs Bezeichnungen nicht eindeutig zuzuordnen, da hier der nicht-generische Namensteil in den beiden anderen Kategorien denkbar wäre. Ungeachtet dieser kleinen Gruppe, die mit unter einem Prozent statistisch nicht ins Gewicht fällt, dominieren mit 94,20% die Propria in Bezug auf alle vorgenommen Veränderungen im Betrachtungszeitraum. Gleichsam existieren 4,95% an Appelativa, die in die Straßennamenslandschaft aufgenommen wurden sind.

Abbildung 81: Absolute Verteilung der Appelativa in Wien auf allgemeine Begriffe und lokale Orte. (n=35)

Quelle: Eigene Erhebung und eigene Darstellung.

	Appelativa	
	Allg. Begriffe	Lokale Orte
Anzahl	12	23

Von diesen 4,95%, respektive 35 Appelativa, sind zwölf allgemeine Begriffe, während 23 lokale Örtlichkeiten bezeichnen. Allgemeine Begriffe, die unabhängig von der Veränderungsart betroffen waren, sind unter anderem „Revolution“,

„Freiheit“, „Reich“ und „Kaiser“. Lokale Orte, die als nicht-generischer Teil der Straßennamen die Lage der Straße oder ihre Aufgabe im Verkehrsnetz beschreiben, sind „Zufahrt“, „Allee“, „Serpentinen“, „Rathaus“ und „Messe“. Statt allgemeiner Begriffe, die eine hohe Bandbreite an Begriffsinhalten mit sich bringen, beschreiben „Allee“ oder „Serpentine“ aufgrund der lokalen Begebenheiten die Straße näher. Gleichfalls lässt sich die Straße anhand von lokalen Örtlichkeiten wie einem Rathaus oder einer Messe genauer bestimmen und schließlich wird auch die Funktion einer Straße oder Gasse deutlich, wenn sie als „Zufahrtsstraße“ eine Zufahrt ermöglicht.

Während sich die Appelativa noch unterteilen lassen, zeigt die Abbildung 82 zu den Propria, dass hier keine Unterteilung nachweisbar ist. Vielmehr illustriert die Abbildung über die Absolute Verteilung der Propria in Wien auf reale und fiktive Namen, dass kein fiktiver Name Eingang in die Straßennamenlandschaft gefunden hat.

Abbildung 82: Absolute Verteilung der Propria in Wien auf reale und fiktive Namen. (n=666)
Quelle: Eigene Erhebung und eigene Darstellung.

	P r o p r i a	
	Real	Fiktiv
Anzahl	666	0

Dementsprechend ist eine detailliertere Betrachtung der verwendenden Namenstypen unerlässlich. Nachdem Eigennamen von einem so großen Teil der beobachtbaren Veränderungen hinsichtlich der Straßenbenennungen betroffen sind, ist die Binnendifferenzierung in Abbildung 83 aufschlussreicher. Dabei wird nicht nur hinsichtlich der einzelnen erhobenen Typen von Propria unterschieden, die im Methodikteil erläutert wurden, sondern es werden in Abbildung 83 und der darauf folgenden Abbildung 84 auch Informationen ersichtlich die Aussagen hinsichtlich der Verteilung auf die Bezirke sowie die Jahre der Veränderung zu lassen. Grundsätzlich zeigen sie beide, dass in Summe vor allem Anthroponyme von Veränderungen betroffen waren. In einer kleineren Zahl sind auch Toponyme von Veränderungen betroffen. Insgesamt bilden diese beiden Namenskategorien die größte Gruppe, Praxo- beziehungsweise Phänonyme sind dagegen mit nur vier Veränderungen kaum zu berücksichtigen.

Abbildung 83: Absolute Verteilung der realen Nomina propria nach Art der Propriae und Stadtbezirk in Wien gemäß der Bezirksaufteilung aus dem Jahr 1930.

Quelle: Eigene Erhebung und eigene Darstellung, das Zeichen „ - “ entspricht dem Wert „0“.

	B e z i r k																				
	I	II	III	IV	V	VI	VII	VIII	IX	X	XI	XII	XIII	XIV	XV	XVI	XVII	XVIII	XIX	XX	XXI	∑
Praxo-/ Phäno-nym	1	1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1	-	1	4
Toponym	10	8	6	4	3	-	2	1	3	2	5	8	31	-	2	4	2	5	8	3	16	123
Anthropo-nym	21	21	20	5	3	4	1	2	10	41	13	49	114	2	7	29	20	25	30	16	96	529
Anderes	-	-	-	-	-	-	-	-	1	3	-	6	-	-	-	-	-	-	-	-	-	10

Werden die einzelnen Abbildungen genauer betrachtet lassen sich jedoch für die einzelnen Kategorien Muster zeigen. Abbildung 82, die die absolute Verteilung der realen Nomina propria nach Art der Propriae und Stadtbezirk in Wien gemäß der Bezirksaufteilung aus dem Jahr 1930 zeigt, bestätigt zunächst die allgemeine Entwicklung von Veränderungen hinsichtlich der Straßennamen in Bezug auf die Bezirke. So zeigt sich auch, dass in wachsenden Bezirken mehr Veränderungen lokalisierbar sind. Gleichsam weisen einige Bezirke, wie der 21., der 13. oder auch der 10. Bezirk eine sehr deutliche Tendenz in Richtung Anthroponyme auf, während in Bezirken mit kleineren Veränderungswerten, besonders im 4., 5., 6., 7. und 8. Bezirk sind die Werte sehr klein und gleichzeitig die beiden Werte der Namenskategorien Toponym und Anthroponym sehr dicht beieinander. Werden die Praxo-/ Phänonyme trotz ihres kleinen Wertes betrachtet, zeigt sich, dass immerhin zwei Ereignisnamen in relativ zentralen Bereich der Stadt zu finden sind. Wird Abbildung 83 einbezogen, und so die absolute Verteilung der realen Nomina propria nach Art der Propriae je Jahr der Veränderung in Wien betrachtet, ist eindeutig zu erkennen, dass die Ereignisnamen 1919 und 1921 zu finden – also in einer Zeit der Konsolidierung des jungen Staates.

Gleiches gilt für die Toponyme, auch hinsichtlich dieser Namenskategorie finden sich die meisten Namen bis einschließlich in das Jahr 1923. Besondere Hochpunkte sind 1919 und 1926 festzustellen. Bei den Anthroponymen hingegen zeigt sich ein anderes Muster.

Abbildung 84: Absolute Verteilung der realen Nomina propria nach Art der Propriae und Jahr der Veränderung in Wien.

Quelle: Eigene Erhebung und eigene Darstellung, das Zeichen „ - “ entspricht dem Wert „0“.

B e z i r k

	1918	1919	1920	1921	1922	1923	1924	1925	1926	1927	1928	1929	1930	1931	1932	1933	1934	∑
Praxo-/ Phänonym	-	3	-	1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	4
Toponym	4	34	6	2	9	26	8	8	3	3	5	4	4	2	2	3	-	123
Anthroponym	10	97	24	3	14	10	17	21	11	34	17	38	69	19	95	47	3	529
Anderes	-	1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	8	1	-	-	-	-	10

Hier gibt es 1919 eine sehr hohe Zahl an Veränderungen. In diesem einen Jahr sind es 97 Veränderungen, die Anthroponyme betreffen. In den darauf folgenden Jahren nimmt die Zahl der Veränderungen in dieser Namenskategorie wieder ab, bis sie 1929 wieder ansteigt auf 69 Veränderungen im Jahr 1930. 1931 sind es zwar nur wieder 19 Veränderungen, doch im darauf folgenden Jahr, 1932, entfallen auf Anthroponyme wieder 95 Veränderungen. Bis 1934 sinkt die Zahl der Veränderungen in dieser Namenskategorie wieder.

Die Anthroponyme stehen nun etwas detaillierter im Fokus. Abbildung 85 zeigt die absolute und die relative Verteilung der hinsichtlich der Anthroponymen erhobenen Eigenschaften. Dabei zeigt sich im oberen Abschnitt, in der Erhebung zum Namensteil eine erste wichtige Tendenz. Zunamen dominieren mit über 3/4 aller Veränderungen von Anthroponymen die diese Eigenschaft. Volle Namen haben mit 15% den zweitgrößten Anteil und jene Straßen, die nur mit Vornamen benannt wurden, sind am wenigsten vorhanden, wenn die statistisch irrelevanten 3 Namen unbeachtet bleiben.

Noch deutlicher wurden Anthroponyme ohne Titel verändert. Nur knapp über 3% beziehungsweise 17 veränderte Namen hatten einen Titel, darunter fallen akademische Titel und Adelstitel. Die Mehrzahl der Namen wurde ohne Titel verändert. Ähnlich eindeutig ist, dass vor allem Namen männlichen Geschlechts verändert wurden und die Namen, die weiblichen Geschlechts sind, und eingeführt, gelöscht oder in einer anderen Weise verändert wurden erreichen nicht den Wert von 1/10.

Abbildung 85: Absolute und relative Verteilung der Eigenschaften realer Anthroponyme in Wien, n=528

Quelle: Eigene Erhebung und eigene Darstellung, das Zeichen „ - “ entspricht dem Wert „0“.

		Absolut	Relativ in %
Namensteil	Vorname	31	5,87
	Zuname	413	78,22
	Volle Namen	82	15,53
	Sonstige	3	0,57
Titel	Ja	17	3,22
	Nein	512	96,97
Geschlecht	Weiblich	40	7,58
	Männlich	485	91,86
	Anderes	4	0,76
Wirkungsbereich	Lokal	41	7,77
	Regional	250	47,35
	Überregional	238	45,08
	Unklar	-	-
Nation	1	283	53,6
	2	170	32,2
	mehr	75	14,2
	Unklar	1	0,19
Funktion	Kulturelle Funktion	210	39,77
	Politische Funktion	109	20,64
	Ökonomische Funktion	14	2,65
	Militärische Funktion	41	7,77
	Religiöse Funktion	8	1,52
	Akademische Funktion	120	22,73
	Soziale Funktion	3	0,57
	Administrative Funktion	17	3,22
	Sonstige	5	0,95
	Unklar	2	0,38

Demgegenüber gibt es in Bezug auf die Unterkategorie des *Wirkungsbereiches* eine relativ gleichmäßige Aufteilung auf die Eigenschaften *regional* und *überregional*, während es deutlich weniger Namensveränderungen gibt, die vor allem einen lokalen Wirkungsbereich der Person „hinter“ dem Anthroponym haben,

das sind 7,7% der Namensveränderungen. 47,35% entfallen auf Namen von Personen, die verändert wurden, deren Wirkungsbereich vor allem regional war, während 45,08% der Anthroponyme Menschen zugeordnet werden können, die einen überregionalen Wirkungsbereich hatten. Inwiefern die Straßennamenveränderungen, die auf Anthroponyme entfallen, einer Nation zugeordnet wurden und welche Schwierigkeiten diese Unterkategorie mit sich bringt, wurde in den methodischen Erläuterungen deutlich gemacht. Die folgenden Zahlen geben dementsprechend keine Auskunft über eine bestimmte Nation, sondern zeigen nur, folgende Dinge: 1. Ob eine Namensveränderung, die ein Anthroponym betrifft, einer oder mehrer Nationen zuzuordnen ist, und wenn ja, dann zeigen die Zahlen nicht welche Nationen hier betroffen sind, sondern nur ob das betroffene Anthroponym einer, zwei oder mehrerer Nationen zuordenbar ist. Aus der Tabelle geht dementsprechend hervor, dass knapp über die Hälfte aller Namensveränderungen in der Unterkategorie der Anthroponyme einer Nation, etwas weniger als 1/3 aller Namen bereits zwei Nationen und 14,2% der Veränderungen in diesem Bereich mehr als zwei Nationen zuordenbar sind. Ergo sind 46,4% aller Veränderungen von Anthroponymen in der Straßennamenlandschaft zumindest mit einer binationalen Bedeutung.

Werden schlussendlich die Funktionen jener Menschen in Betracht gezogen, die Namenspaten waren, als ihre Namen in der Straßennamenlandschaft der Zwischenkriegszeit verändert wurden, zeigt sich ein differenziertes Bild. Dies basiert besonders auf den möglichen Eigenschaften. Namen von Personen mit einer kulturellen Funktion in ihrem Leben wurden mit knapp über 39% am meisten einer Straßennamenveränderung unterzogen. Dies korreliert mit den Zielen der Namenspolitik im Betrachtungszeitraum. Gleiches gilt für die 22,73% der Veränderungen von Anthroponymen, die auf akademische Lebensläufe verweisen. Neben diesen von den politischen Machthabern erklärten Veränderungsschwerpunkten sind 20,64% aller Namensveränderungen von Anthroponymen mit politischen Leben verbunden. Alle weiteren Eigenschaften dieser Unterkategorie der anthroponymischen Veränderungen sind einstellig. Am stärksten ist in dieser Gruppe noch die Eigenschaft *Militärische Funktion*, 7,7% aller Veränderungen von Anthroponymen in der Straßennamenlandschaft sind dieser Eigenschaft zuzuordnen, 3,22% entfallen auf *Administrative Funktion*, 2,65%

auf *Ökonomische Funktion* und 1,52% auf *Religiöse Funktion*. Hinsichtlich der Eigenschaften *Kulturelle Funktion* und *Politische Funktion* wurden aufgrund der theoretischen Grundlegung hohe Werte erwartet. Gleiches gilt für die *Akademische Funktion*. Doch während unter letzterem eine relativ eindeutige Personengruppe steht, subsumieren die beiden anderen Gruppen von Eigenschaften jeweils eine vergleichsweise heterogene Gruppe an Menschen. Daher lag hier eine weitere Binnendifferenzierung nahe, die in Abbildung 86 wiedergegeben werden soll.

Abbildung 86: Absolute Verteilung realer Anthroponyme mit kultureller und politischer Funktion auf die einzelnen Eigenschaften in Wien.

Quelle: Eigene Erhebung und eigene Darstellung, das Zeichen „ - “ entspricht dem Wert „0“.

		Absolut	**Relativ in %**
Kulturelle Funktion (n=210)	Autorin, Autor	64	30,48
	Künstlerin, Künstler	123	58,57
	Sportlerin, Sportler	-	-
	Architektin, Architekt	5	2,38
	Sonstige	18	8,57
Politische Funktion (n=109)	Kaiserin, Kaiser/Königin, König	20	18,35
	Thronfolgerin, Thronfolger	7	6,42
	Thronverweser	1	0,92
	Dynastische Rolle	20	18,35
	Bundespräsident	-	-
	Regierungschef	-	-
	Regierungsmitglied	4	3,67
	Abgeordneter	8	7,34
	Bürgermeister	6	5,5
	Lokalpolitiker	23	21,1
	Parteimitglied	12	11,01
	Gewerkschaftsmitglied	3	2,75
	Sonstige	5	4,59

Wird zunächst der obere Teil der Tabelle und somit die Differenzierung der Kulturellen Funktion betrachtet, wird deutlich, dass der Großteil aller Namen, 58,57%, sich in der Eigenschaft Künstler versammeln. Die Zweitgrößte Teilmenge, 30,48%, bildet die Gruppe der Autoren, woraufhin Sonstige, 8,57% und Architekten, 2,38%, folgen. Diese Aufteilung zeigt zunächst, dass auch die Gruppe der Künstler

nicht gut greifbar ist, da sie über die Malerei hinaus geht, gleichsam auch Autoren oder Architekten Kunst erschaffen mögen. Dennoch wird zumindest deutlich, dass ein hoher Schwerpunkt auf nicht-schriftlichen künstlerischen Lebensläufen liegt. Sportler und Sportlerinnen finden sich im Netz der Verkehrsflächenbenennung gar nicht wieder, während Personen, die besonders als Architekten in Erscheinung getreten sind, nur einen sehr kleinen Teil ausmachen, jedoch ist hier die Grenze zur plastischen Kunst nur schwer klar zu ziehen. Insgesamt ist daher die Aussagekraft hinsichtlich der Daten, die nicht-schriftliche Kunst zu erheben versuchen – abgesehen vom Bereich des Sports – eher gering.

Die Aufschlüsselung der Politischen Funktion hingegen ist orientiert an den tatsächlichen Funktionen. Ob eine Person diese Funktion innehatte, ist mit Ja oder Nein zu beantworten. Es wurde immer die höchste politische Funktion berücksichtigt. Dabei zeigt sich zuerst im Bereich *Kaiserin, Kaiser/Königin, König*, dass hier die meisten Veränderungen zu beobachten sind. Die 18,35% aller Veränderungen von Namen in dieser konkreten politischen Funktion bestätigen auch die Ergebnisse in der Bezugsanalyse. *Thronfolgerin, Thronfolger* (6,42%) und *Thronverweser* (0,92%) sowie anderweitige *Dynastische Rollen* (18,35%), stehen in engem Zusammenhang mit dem monarchischen Bezug. Insgesamt bildet diese Gruppe einen sehr hohen Teil aller Veränderungen innerhalb der Personennamen, deren Lebensläufe eine politische Funktion aufweisen. Sofern Straßennamen von Regierungsvorsitzenden oder Bundespräsidenten zur Diskussion standen beziehungsweise vorhanden waren, waren diese nicht von Veränderungen betroffen. Neben den Menschennamen, die mit Funktionen einer Monarchie in Verbindung stehen, sind im Weiteren nur Namen von Regierungsmitgliedern (3,67%) und Parlamentariern (7,34%) von Veränderungen betroffen gewesen, wenn die gesamtstaatliche Ebene der Politik im Blick bleibt. Doch diese Perspektive muss insofern geöffnet werden, dass auch kommunale politische Funktionen berücksichtigt werden. So wurde das in der hiesigen Erhebung getan und diese zeigt deutlich, dass Namen von Personen, die Bürgermeister (5,5%) oder Lokalpolitiker (21,1%) waren. Damit waren mehr als ein Viertel aller veränderten Anthroponyme, deren Namensträgern oder Namensträgerinnen in der Zwischenkriegszeit primär eine politische Funktion zukam, lokal bedeutend. Die weiteren Namensveränderungen der Unterkategorie Politische Funktion erheben

die Mitgliedschaft einer Person in Partei oder Gewerkschaft. Parteimitglied waren Namenspatronen hinsichtlich der Namensveränderungen zu etwas mehr als 11%, der Wert, der auf Gewerkschaftsmitglieder entfällt, ist mit 2,75% deutlich kleiner. Sonstige politische Funktionen umfassen immerhin noch über 4%. Doch ungeachtet dessen zeigen sich mit den Namensveränderungen bei politischen Funktionen in Verbindung mit der Monarchie und der Lokalpolitik zwei deutliche Gruppen ab, die von Veränderungen betroffen waren.

Nachdem nun innerhalb der Bedeutungsanalyse die Veränderungen der Anthroponyme im Vordergrund standen, folgen nun die Toponyme. Das heißt, nun werden als Abschluss der Bedeutungsanalyse Daten betrachtet, die sich auf Straßen- und Gassennamen beziehen, die ihrerseits ihren Ursprung in bereits vorhandenen Ortsnamen hatten oder in unmittelbarer räumlicher Verbindung mit den bezeichneten Orten stehen. Die Tabelle in Abbildung 86 stellt hierzu die absolute und relative Verteilung realer Toponyme auf Makro- und Mikrotoponyme, sowie die absolute Verteilung auf die einzelnen Eigenschaften innerhalb der Makrotoponyme und Mikrotoponyme in Wien dar. Eingangs soll die Aufmerksamkeit auf die beiden Zeilen gerichtet sein, die die Gesamtwerte für Makro- und Mikrotoponyme angeben. Demnach wurden 29 Makrotoponyme und 94 Mikrotoponyme verändert. Damit ist bereits deutlich, dass lokale, dem zu benennenden Ort nahe Namen mit 76,42% deutlich öfter sind als Makrotoponyme. Denn innerhalb der Gruppe der Toponyme entfallen nur 23,58% aller Veränderungen auf diese Namenskategorie. Wird diese kleinere Gruppe nun im Detail betrachtet, sind es abgesehen von der Sammeleigenschaft *Sonstige* besonders Staaten, die mit neun Benennungen häufiger sind als Orte respektive Regionen. Die Werte für *Burg*, *Berg*, *Gewässer* und *Ort hinführend* sind null. Derartige Benennungen treten in keiner Veränderungsart in Erscheinung.

Die Mikrotoponyme hingegen sind deutlich öfter Teil einer Veränderung innerhalb der Straßennamenlandschaft. Dies erlaubt auch eine stärkere Binnendifferenzierung. Hier wurde in einem ersten Schritt zwischen Flurnamen und lokal zu verortenden Benennungen unterschieden. Dominant sind besonders die Namen der zweiten Eigenschaft *Lokal*. Auf sie entfallen 61 Namensveränderungen der 94 Veränderungen, bei denen Mikrotoponyme insgesamt vorkommen. Daneben stehen 33 Veränderungen, die sich auf offenbar vorhandene

Flurbezeichnungen zurückführen lassen. Innerhalb der Gruppe der lokal zu verortenden Mikrotoponyme wurde nochmals eine Einteilung vorgenommen, um genauer sehen zu können, woran die Veränderung der Benennung orientiert war. Eine besonders wichtige Rolle spielten dabei anliegende Bauwerke. Sie wurden bei 34 der 61 Veränderungen als Grundlage für eine Veränderung herangezogen.

Abbildung 87: Absolute und relative Verteilung realer Toponyme auf Makro- und Mikrotoponyme sowie absolute Verteilung auf die einzelnen Eigenschaften innerhalb der Makrotoponyme und Mikrotoponyme in Wien.

Quelle: Eigene Erhebung und eigene Darstellung, das Zeichen „ - “ entspricht dem Wert „0“.

			Absolut	**Relativ in %**
Makrotoponyme	Gesamt		29	23,58
		Ort hinführend	-	
		Ort	6	
		Burg	-	
		Berg	-	
		Gewässer	-	
		Region	2	
		Staat	9	
		Sonstige	12	
Mikrotoponyme	Gesamt		94	76,42
		Flur	33	
		Lokal	61	
		Natur	14	
		Bauwerk	34	
		Infrastruktur	1	
		Siedlung	12	
		Selbstreferentiell	0	
		Sonstige	0	

Natürliche Begebenheiten in der Umgebung waren in 14 Fällen Grundlage für Veränderungen in der Straßennamenlandschaft und zwölf Mal waren es existierende Siedlungen, während nur ein Fall mit der Eigenschaft *Infrastruktur* verbunden werden konnte. Auch hier wiederholt sich das Muster, dass lokale und mit der Bevölkerung in Verbindung stehende Bezeichnungen, i.e. relativ stark auf den unmittelbaren örtlichen Begebenheiten gründende Bezeichnungen, eine wichtige Rolle spielen. Damit findet sich sowohl bei den Anthroponymen wie bei

den Toponymen ein ähnliches Muster.

4.2 Budapest

In Budapest gibt es hinsichtlich der Toponyme einige andere Tendenzen. Doch zuvor sollen die Daten zu den Propria allgemein beleuchtet werden. Daher zeigt Abbildung 88 die ersten allgemeinen Daten, die Ausgangspunkt für die weitere Bedeutungsanalyse sein werden. Abbildung 89 stellt entsprechend die absolute und relative Verteilung der Straßennamen auf Appelativa und Propria in Budapest dar. Dabei zeigt sie sehr deutlich, dass das Gros aller Namensveränderungen bereits existierende und als solche verwendete Propria zur Grundlage hatte. Appelativa sind dagegen nur in 96 Fällen, beziehungsweise 14,5% bedeutungsgebend für eine Veränderung in der Straßennamenlandschaft. Die Propria dominieren hier mit 85,5% die Veränderungspolitik.

Abbildung 88: Absolute und Relative Verteilung der Straßennamen auf Appelativa und Propria in Budapest. (n=660)

Quelle: Eigene Erhebung und eigene Darstellung.

	Appelativa	**Propria**	Unklar
Absolut	96	564	-
Relativ	14,50%	85,50%	-

Werden die Appelativa genauer betrachtet und eine etwas feinere Unterteilung verwendet, sind es allgemeine Begriffe, die eine wichtige Rolle einnehmen. Das lässt sich in Abbildung 88 ablesen. Hier wird die absolute Verteilung der Appelativa in Budapest auf allgemeine Begriffe und lokale Orte abgebildet. Auf die Eigenschaft *Allgemeine Begriffe* entfallen 74 Veränderungen. Die Eigenschaft *Lokale Orte* ist hingegen nur in 22 Fällen Ausgangspunkt für die Bedeutung einer zu verändernden Verkehrsflächenbezeichnung. Damit sind Veränderungen dieser Eigenschaft am wenigsten bedeutend, wenn der Gesamtwert berücksichtigt wird.

Abbildung 89: Absolute Verteilung der Appelativa in Budapest auf allgemeine Begriffe und lokale Orte. (n=96)

Quelle: Eigene Erhebung und eigene Darstellung.

	Appelativa	
	Allg. Begriffe	Lokale Orte
Anzahl	74	22

Die Eigenschaft *Allgemeine Begriffe* nimmt eine größere Bedeutung ein. Damit

sind Veränderungen verbunden, die vor allem symbolisch für politische Ideen stehen: Köztársaság tér, Nép körút, Korona utca, Koronaherceg utca und Biblia utca sind nur fünf Beispiele.

Die nächste Abbildung, Abbildung 90, schlüsselt die Propria etwas genauer auf. Die Unterscheidung in reale und fiktive Propria zeigt sehr deutlich, dass reale Propria in der quantitativen Erfassung der Veränderungen in Budapest dominieren.

Abbildung 90: Absolute Verteilung der Propria in Budapest auf reale und fiktive Namen. (n=564)
Quelle: Eigene Erhebung und eigene Darstellung.

	Propria	
	Real	Fiktiv
Anzahl	563	1

Fiktive Propria hingegen spielen eine extrem untergeordnete Rolle. Der einzige Fall, wo diese Kategorie eine Rolle spielt, ist im Fall des Rozsák tér, der in Verbindung mit dem Rosenwunder und Elisabeth von Ungarn, beziehungsweise Szent Erzsébet steht. Im Weiteren spielen daher die fiktiven Namen keine Rolle, sondern es werden die realen Nomen propria differenzierter betrachtet. Diese detaillierte Betrachtung findet zunächst in Bezug auf die Stadtbezirke statt. Abbildung 91 zeigt die absolute Verteilung der realen *Nomina propria* nach Art der *Propriae* und Stadtbezirk in Budapest gemäß der Bezirksaufteilung aus dem Jahr 1930. Damit zeigt sich zunächst die geringe Bedeutung von *Praxo-* beziehungsweise *Phänonymen*. Die nur im fünften und elften Bezirk vorkommen. Besonders allerdings im politisch bedeutenden fünften Bezirk zeigt die Umbenennung zum Október 29. tér im Jahr 1918 sowie das erneute wegfallen dieses Namens im darauf folgenden Jahr, wie politisiert derartige Namen sind.

Abbildung 91: Absolute Verteilung der realen Nomina propria nach Art der Propriae und Stadtbezirk in Budapest gemäß der Bezirksaufteilung aus dem Jahr 1930.
Quelle: Eigene Erhebung und eigene Darstellung, das Zeichen „ - “ entspricht dem Wert „0“.

	Bezirk														
	I	II	III	IV	V	VI	VII	VIII	IX	X	XI	XII	XIII	XIV	∑
Praxo-/ Phänonym	-	-	-	-	2	-	-	-	-	-	1	-	0	-	3
Toponym	53	51	21	1	7	7	13	4	-	4	46	10	0	71	288
Anthroponym	43	31	5	4	49	17	19	20	8	6	27	1	0	18	248
Anderes	1	4	2	-	2	1	1	1	2	5	1	1	0	3	24

Die Toponyme hingegen stehen deutlich öfter in Verbindung mit einer Veränderung. Besonders relevant sind Toponyme bei Veränderungen im 1., 2., 11. und 14. Bezirk. Mit 220 Veränderungen von 287 allein in diesen vier Bezirken liegt dort der Schwerpunkt. Sehr eng damit verbunden sind die in der Bezugsanalyse erhobenen Veränderungen mit einem geografischen Bezug. Dabei handelt es sich hierbei jedoch durchaus auch um Veränderungen, deren Bedeutungen lokaler Art sind. Diese konkretisierte Betrachtung folgte weiter unten in diesem Teilkapitel. Zunächst bleibt vor allem zu bemerken, dass sich in den größeren und äußeren Bezirke Budapests Veränderungen mit toponymischer Bedeutung lokalisieren lassen.

Eine andere Tendenz zeigt sich bei den Veränderungen mit anthroponymischer Bedeutung. Hier sind zunächst erneut der 1. und 2. Bezirk sehr wichtig. Doch abgesehen von diesen Bezirken, die sowohl innere wie auch äußere Gebiete der Stadt umfassen, sind die meisten Veränderungen von Straßennamen mit einer Bedeutung aufgrund eines Anthroponyms im 5. Bezirk zu finden. Neben dem 1. Bezirk umfasst vor allem der 5. Bezirk politische Institutionen und Organisationen und bedeutende Straßen und Plätze die an Regierungsgebäuden liegen oder zu ihnen führen. Dies scheint die Tendenz zu stärken, Personennamen bei Veränderungen der Straßennamenlandschaft stärker zu berücksichtigen. Welche Bedeutungen mit diesen Namen berücksichtigt wurden, wird später noch bei einer detaillierteren Auswertung betrachtet werden.

Doch gegenüber diesen beiden Kategorien, sind sowohl die Praxo-/Phänonyme sowie die Namen in der Kategorie *Andere* statistisch weit weniger relevant – wobei vor allem erstere durchaus als symbolische Fallbeispiele für die Bezugsanalyse von Wert sind. Dies gilt auch für die Verteilung hinsichtlich der Veränderungen auf die einzelnen Jahre im Betrachtungszeitraum, wie sie Abbildung 92 zeigt. Hier wird die absolute Verteilung der realen Nomina propria nach Art der Propriae und Jahr der Veränderung in Budapest veranschaulicht.

In dieser Abbildung wird entsprechend der oben bereits erwähnten Veränderung von Praxo-/Phänonymen erneut die Seltenheit dieser Namenskategorie deutlich. 1929 handelt es sich nur um die Einführung eines neuen Namens durch eine Umbenennung. Dabei handelt es sich um die Nagyboldogasszony útja. Sie wird 1929 in Verbindung mit dem Szent Imre-Jubiläumsjahr eingeführt und im

Betrachtungszeitraum nicht mehr verändert.

Abbildung 92: Absolute Verteilung der realen Nomina propria nach Art der Propriae und Jahr der Veränderung in Wien.

Quelle: Eigene Erhebung und eigene Darstellung, das Zeichen „ - “ entspricht dem Wert „0“.

	Jahr der Veränderung																	
	1918	1919	1920	1921	1922	1923	1924	1925	1926	1927	1928	1929	1930	1931	1932	1933	1934	∑
Praxo-/ Phänonym	1	1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1	-	-	-	-	-	3
Toponym	4	2	1	4	1	4	5	9	3	-	29	89	32	27	39	29	10	288
Anthroponym	30	22	7	12	2	3	7	8	5	2	8	33	33	21	24	14	17	248
Anderes	1	-	-	1	-	-	2	2	-	-	1	2	3	1	8	1	2	24

Dagegen wiederholt sich bei den Toponymen gewissermaßen die Tendenz, die bereits bei den geografischen Bezügen erkennbar wurde. Namensveränderung dieser Art findet sich viel eher ab 1929 und dann bis gegen Ende des Betrachtungszeitraums. Demgegenüber sind Veränderungen von Namen mit einer Bedeutung in der Kategorie der Anthroponyme bereits 1918 zu beobachten. Ihre Anzahl sinkt dann recht stark, bis sie 1929 erneut stark ansteigt.

Dabei ist sowohl bei den Veränderungen, die Toponyme betreffen, sowie bei jenen, die Anthroponyme betreffen, eine detaillierte Kategorisierung vorgenommen worden, die Einblick in die Verteilung von bestimmten Unterebenen dieser eher groben Bedeutungsebenen gibt. Dies soll zunächst in Bezug auf die Anthroponyme geschehen. Abbildung 93 zeigt zu diesem Zweck die absolute und relative Verteilung der Eigenschaften realer Anthroponyme in Budapest. Ausgehend von der Anzahl aller Veränderungen, deren Bedeutungen auf Anthroponyme zurückzuführen sind, ist der relative Anteil vorhanden. Bei den Namensteil ist bei 46,13% der volle Name berücksichtigt wurden, das ist insofern deutlich, als das die Fälle, wo nur Vornamen oder nur Nachnamen betroffen sind, jeweils deutlich geringer sind. Im ersten Fall sind es 21,7% und im zweiten Fall 25,41%. Nur in Summe übersteigen diese beiden Werte jenen der Eigenschaft *Volle Namen* ein wenig. Deutlich stärker ist der Unterschied bei der Frage, ob bei der Veränderung auch Titel der betroffenen Person mit eingeführt werden. Über 80% aller Anthroponyme, die als Straßen- oder Platznamen Teil einer Veränderung werden, sind demnach ohne Titel der entsprechenden Person. Weniger als ein Fünftel sind mit Titel. Dabei wurde allerdings nicht gefragt, ob die Personen einen Titel haben.

Womöglich verschieben sich die Werte, wenn nur bestimmte Arten von Titeln oder nur Personen mit Titel berücksichtigt werden. Wird das Geschlecht betrachtet, ist der Wert hinsichtlich des männlichen Geschlechts besonders hoch.

Abbildung 93: Absolute und relative Verteilung der Eigenschaften realer Anthroponyme in Budapest, n=244

Quelle: Eigene Erhebung und eigene Darstellung, das Zeichen „ - “ entspricht dem Wert „0“.

		Absolut	Relativ in %
Namensteil	Vorname	53	21,7
	Zuname	62	25,41
	Volle Namen	113	46,31
	Sonstige	19	7,79
Titel	Ja	46	18,85
	Nein	202	82,79
Geschlecht	Weiblich	28	11,48
	Männlich	190	77,87
	Anderes	29	11,89
Wirkungsbereich	Lokal	7	2,87
	Regional	84	34,43
	Überregional	133	54,51
	Unklar	21	2,87
Nation	1	83	34,02
	2	34	34,02
	mehr	111	45,49
	Unklar	19	7,79
Funktion	Kulturelle Funktion	45	18,44
	Politische Funktion	99	40,57
	Ökonomische Funktion	8	3,28
	Militärische Funktion	31	12,7
	Religiöse Funktion	22	9,02
	Akademische Funktion	14	5,74
	Soziale Funktion	-	-
	Administrative Funktion	1	0,41
	Sonstige	2	0,82
	Unklar	24	9,84

Bei 77,87% aller Veränderungen, denen Anthroponyme zugrunde liegen, sind oder

waren die Namensträger männlich. Bei lediglich 11,48% dieser Veränderungen wurden weibliche Personen berücksichtigt – doch 11,89% der Veränderungen beziehen sich auf Gruppen, das heißt Familien oder Dynastien, wo es sich um kollektive Anthroponyme handelt.

Selbst diese sind damit noch häufiger vorhanden als weibliche Anthroponyme. Wird der Wirkungsbereich der Personen hinter den Namen eingehender angeschaut, zeigt sich, dass in Budapest Personennamen in Form von Straßennamen verändert wurden, vor allem einen überregionalen Wirkungskreis oder zumindest einen regionalen Handlungsbereich hatten. Das betrifft konkret über die Stadt hinaus das Königreich Ungarn – regional – oder die Monarchie beziehungsweise reicht über sie hinaus – überregional. Kurzum sind anhand der Zahlen Menschen wichtig, deren Wirkungsbereich sich räumlich nicht auf die Stadt oder zum größten Teil nicht auf das Königreich Ungarn beschränken lässt, sondern deren Handlungen darüber hinaus von Relevanz waren. Diese Beobachtung lässt sich nicht nur auf das Wirken der Menschen beziehen. Auch ihrer Herkunft nach ist die Mehrheit der durch Veränderung in der Straßennamenlandschaft betroffenen Anthroponyme vielfältiger. 45,49% aller Personen lassen sich mehr als einer Nationalität zuordnen, 13,93% noch immer mehr als einer. Allerdings bleibt immerhin etwas mehr als ein Drittel aller Personen besonders einer Nation zuordenbar.

Die Funktionen der einzelnen Menschen wiederum sind grundsätzlich nicht leicht einzuteilen, dennoch zeigt sich recht deutlich, dass die Eigenschaft *Politische Funktion* die bedeutendste Rolle spielt, wenn es um Veränderungen bei Straßennamen geht. 40,57% aller Veränderungen basierend auf Anthroponymen sind davon betroffen. *Kulturelle Funktion* (18,44%) und *Militärische Funktion* (12,7%) sind in Summe nicht genauso bedeutend, aber dennoch bilden sie die beiden größten anderen Gruppen. 9,84% der Personen, deren Namen in der Straßennamenlandschaft verändert wurden, sind in ihrer Funktion nicht klar zu bestimmen gewesen. Die Mehrzahl der Personen ließ sich allerdings einordnen, darunter auch 9,02% der Namen in die Gruppe der *Religiösen Funktion* sowie 5,74% der Namen in die *Akademische Funktion*. Überwiegend ist allerdings die *Politische Funktion*. Die *Ökonomische Funktion* und die *Soziale Funktion* sind als Eigenschaften allerdings nahezu unbedeutend. Die Erste umfasst 3,28% der

Namen während die Zweite nicht vorhanden ist.

Nachdem die Eigenschaften Politische Funktion und Kulturelle Funktion jeweils so hohe Werte haben, folgt entsprechend der Methodik und Kategorisierung eine differenzierte Betrachtung. Wird Abbildung 94, das heißt, die absolute Verteilung realer Anthroponyme mit kultureller und politischer Funktion auf die einzelnen Eigenschaften in Budapest, betrachtet, dann wird die Binnenverteilung innerhalb der heterogenen Überkategorien ersichtlich. Die relativen Werte in der Darstellung sind insofern mit Zurückhaltung zu betrachten, als dass die n-Werte der beiden Eigenschaften Politische Funktion und Kulturelle Funktion nicht so hoch sind. Dennoch soll kurz auf die Verteilungen eingegangen werden. Innerhalb der kleineren Eigenschaftsgruppe Kulturelle Funktion sind schreibend kulturell Wirkende am stärksten vertreten.

Abbildung 94: Absolute Verteilung realer Anthroponyme mit kultureller und politischer Funktion auf die einzelnen Eigenschaften in Budapest.

Quelle: Eigene Erhebung und eigene Darstellung, das Zeichen „ - “ entspricht dem Wert „0“.

		Absolut	**Relativ in %**
Kulturelle Funktion (n=45)	Autorin, Autor	23	51,11
	Künstlerin, Künstler	19	42,22
	Sportlerin, Sportler	1	2,22
	Architektin, Architekt	-	-
	Sonstige	2	4,44
Politische Funktion (n=99)	Kaiserin, Kaiser/Königin, König	24	24,24
	Thronfolgerin, Thronfolger	7	7,07
	Thronverweser	6	6,06
	Dynastische Rolle	33	33,33
	Bundespräsident	-	-
	Regierungschef	8	8,08
	Regierungsmitglied	2	2,02
	Abgeordneter	5	5,05
	Bürgermeister	-	-
	Lokalpolitiker	1	1,01
	Parteimitglied	3	3,03
	Gewerkschaftsmitglied	-	-
	Sonstige	10	10,1

Weitere Künstler und Künstlerinnen spielen mit 19 von 45 Veränderungen die zweitwichtigste Rolle. Eine Veränderung entfällt auf eine sportlich aktive Person war Teil einer Straßennamensveränderung und weitere zwei Namen entfallen auf *Sonstige*. Trotz einer feineren Unterteilung ist die Binnendifferenzierung der Eigenschaft *Politische Funktion* deutlicher. Die hier vorhandenen 99 Straßennamensveränderungen, konkreter die Bedeutung hinter den Anthroponymen, sind zum größten Teil in ihrer Funktion mit der Monarchie verbunden. 24 von 99 Veränderungen umfassen König, Königin, Kaiser, Kaiserin. Dieser Wert wird nur noch von Veränderungen überstiegen, die in der Gruppe *Dynastische Funktion* zusammengefasst sind. Das heißt, die Personen dieser Namen haben keine der anderen politischen Funktionen inne gehabt, sind aber dynastisch einordbar. Sechs Veränderungen entfallen auf Anthroponyme, deren Namensträger Thronverweser waren, sieben Veränderungen auf Personennamen, wo die Namensträger Thronfolger gewesen sind. Geringer sind die Werte für andere politische Funktionen. Am höchsten ist hier noch der Wert jener Veränderungen, wo in der Bedeutungsanalyse die Unterkategorie Regierungschef betroffen ist – der Wert ist acht von 99. Fünf von 99 Veränderungen beziehen sich auf *Abgeordnete*, drei auf die Unterkategorie *Parteimitglied* und zwei auf *Regierungsmitglied*. Eine Veränderung entfällt auf *Lokalpolitiker*, wobei keine auf *Bürgermeister* oder *Gewerkschaftsmitglied* entfällt. Jedoch ist der Wert für *Sonstige* mit zehn von 99 höher, ist allerdings im Verhältnis zu den Werten von *Dynastische Funktion* und *Kaiserin, Kaiser/Königin, König* nicht so bedeutend.

Im Weiteren werden analog zu den Anthroponymen die Toponyme differenzierter betrachtet. Dabei werden auf die gleiche Weise wie in der Betrachtung der Werte in Wien nicht nur die Überkategorien betrachtet, sondern in die Abbildung 95 auch die ihnen nachgestellten Unterkategorien direkt aufgenommen. Dabei ist zunächst festzustellen, dass Makrotoponyme die überwiegende Mehrheit überhaupt bilden. Das heißt, dass bei Straßennamensveränderungen zu einem besonders großen Teil Bezeichnungen betroffen sind, deren Bedeutungen auf bereits existierende Raumnamen zurückzuführen sind. Diese Namen wiederum bezeichnen großräumige Flächen wie Orte, Burgen, Regionen, Gewässer, Berge oder Staaten. Der Wert für Veränderungen, wo Straßennamen betroffen sind, die auf eine solche Bedeutung zurückzuführen sind, ist 88,5%. Die fehlenden 11,5% der von einer

Veränderung betroffenen Straßennamen, deren Bedeutung auf andere Toponyme zurückzuführen sind, entfallen auf die Mikrotoponyme.

Werden zunächst die Makrotoponyme betrachtet, sind Namen von Orten mit über 76% beim Anteil von Veränderungen bedeutungstragend für die jeweiligen Straßenbezeichnungen. Dagegen sind die Werte aller anderen Unterkategorien deutlich kleiner. Während noch 9% der Veränderungen sich in ihrer Bedeutung auf Namen von Regionen beziehen und bei 5,88% der Veränderungen die Bedeutung in einem Ortsnamen liegt, wo der Verkehrsweg selbst hinführt, spielen Burgen (3,9%), Berge (3,9%) oder gar Staaten eine kleine bis gar keine Rolle.

Abbildung 95: Absolute und relative Verteilung realer Toponyme auf Makro- und Mikrotoponyme sowie absolute Verteilung auf die einzelnen Eigenschaften innerhalb der Makrotoponyme und Mikrotoponyme in Budapest.

Quelle: Eigene Erhebung und eigene Darstellung, das Zeichen „ - “ entspricht dem Wert „0“.

		Absolut	Relativ in %
Makrotoponyme	Gesamt (n=288)	255	88,5
	Ort hinführend (n=255)	15	5,88
	Ort (n=255)	195	76,47
	Burg (n=255)	10	3,92
	Berg (n=255)	10	3,92
	Gewässer (n=255)	2	0,8
	Region (n=255)	23	0,02
	Staat (n=255)	-	-
	Sonstige (n=255)	-	-
Mikrotoponyme	Gesamt	33	11,5
	Flur (n=33)	2	6,06
	Lokal (n=33)	31	93,94
	Natur (n=31)	9	29,03
	Bauwerk (n=31)	9	29,03
	Infrastruktur (n=31)	2	6,45
	Siedlung (n=31)	9	29,03
	Selbstreferentiell (n=31)	-	-
	Sonstige (n=31)	2	6,45

Die Mikrotoponyme sind mit 33 Veränderungen von 288 und somit 11,5% ebenso wenig bedeutend. Flurnamen nehmen in dieser Gruppe eine noch kleinere Bedeutung ein. Eher sind lokale Verortungen noch bedeutungsgebend bei

Veränderungen. Abbildung 94 weißt im unteren Teil daraufhin, dass dies für 31 der 33 Veränderungen zutrifft, die sich in ihrer Bedeutung auf Mikrotoponymen gründen. Die wichtigsten Unterkategorien sind Natur, Bauwerk und Siedlung. Auf all diese Gruppen entfallen jeweils 9 der 31 Veränderungen. Infrastruktur und Sonstige sind mit jeweils 2 von 31 kaum bedeutend. Selbstreferentiell ist keine Veränderung.

4.3 Vergleich

In den vorherigen beiden kürzeren Betrachtungen zur Bedeutungsanalyse der Veränderungen von Straßennamen in Wien und Budapest in der Zwischenkriegszeit wurden bereits wesentliche Werte prozentual betrachtet. Daher werden nun nicht nochmal erneut umfassende Wertetabellen verwendet, sondern wesentliche Einzelwerte einander gegenüber gestellt. Sie sind alle den vorangegangenen Tabellen der Teilkapitel 4.1 und 4.2 entnommen.

Eine wichtige Eingangsdifferenzierung bei den aufgenommenen Veränderungen der Straßennamen ist die Unterscheidung von *Appelativa* und *Propria*. Dabei zeigt sich in beiden Städten eine deutliche Tendenz zu *Propria*. In Budapest entfallen 85,5% aller Veränderungen auf *Propria*, während es in Wien 94,2% sind. Damit sind auf dieser Ebene die Städte sehr ähnlich. Was mit detaillierterem Blick auf die Kategorie der Propria nochmals bestätigt wird. Denn sowohl in Budapest mit 99,82% als auch in Wien mit 100% der Propria sind bereits anderweitig real verwendete Propria bei Veränderungen in der Straßennamenlandschaft von einer der Veränderungsarten betroffen. Werden die Werte eine Ebene detaillierter betrachtet, nämlich hinsichtlich der Frage, wie die Werte der Veränderungen sich auf die Unterkategorien dieser Kategorie der *realen Propria*, das heißt konkret auf *Toponym*, *Anthroponyme*, *Praxo-/Phänonym* und *Sonstige* aufteilen, gibt es einige stärkere Unterschiede. In Budapest ist der Wert 51,01% betreffend der Toponyme knapp höher als der Wert der Anthroponymen (44,13%). In Wien allerdings ist der Prozentsatz der Anthroponyme mit 79,43% sehr viel höher als jener Prozentwert der Toponyme, der bei 18,47% liegt. Zwar sind in beiden Städten die Anthroponyme dominierender Teil des Veränderungsprozesses, in Budapest ist allerdings der Wert der Toponyme signifikant höher als in Wien. Werden die

Anthroponyme in den ihnen angeschlossenen Unterkategorien betrachtet gibt es erneut Unterschiede. In Budapest geht die Tendenz zur Verwendung voller Anthroponyme (46,31%), während in Wien zu 78,22% die Zunamen eines realen Anthroponyms verwendet werden. Eine Implikation dieser Art der Benennung wurde mit dem Beispiel der Amalienstraße illustriert. Doch auch wenn die Vornamen einzelner Anthroponyme in beiden Städten zum kleinsten Anteil verwendet werden, in Wien zu 5,87% und in Budapest zu 21,72%, ist der Wert fast vier Mal so hoch wie der Wert für Wien.

Eine deutlich höhere Ähnlichkeit gibt es allerdings in beiden Städten bei der Frage, ob auch Titel von Personen, deren Name in der Straßennamenlandschaft verändert wird, vorhanden sind. Denn sowohl in Budapest (82,79%) als auch in Wien (96,97%) sind sowohl akademische Titel wie auch Adelstitel nicht bei den Veränderungen vorhanden. Ebenso deutlich ist, dass in beiden Städten Personen männlichen Geschlechts deutlich öfter bei Veränderung berücksichtigt werden/betroffen sind als Frauen. In Budapest liegt der Wert mit 77,87% zwar nicht so hoch wie in Wien, wo er bei 91,85% liegt, doch werden Budapest deutlich öfter Namen von Gruppen verwendet, die in der Kategorie *Anderes* mit 11,89% einen vergleichsweise hohen Wert haben. Denn in Wien ist der Wert in dieser Kategorie unter 1%.

Werden die Anthroponyme betrachtet, so wurden hierzu nicht nur Namensteile als Unterkategorien angelegt, sondern auch auf die Biographien der Personen bezogene Analysekategorien. Die erste Frage diesbezüglich war die Frage nach der Wirkungsreichweite einer Person. Diesbezüglich lässt sich beobachten, dass sowohl in Wien als auch in Budapest der jeweilige Wert für Personen mit lokalem Wirkungsbereich signifikant gering ist (Budapest: 2,87%, Wien: 7,77%). Die beiden Werte für *Regional* sind deutlich höher, in Budapest bei 34,43% und in Wien bei 47,34%. Für Wien ist das der höchste Wert in dieser Unterkategorie. Bezüglich Budapest ist der Wert für Überregional mit 54,51% noch höher, in Wien liegt dieser Wert bei 45,07%. Hier sind also leichte Unterschiede zu erkennen, wobei es eine Gemeinsamkeit gibt, nämlich dass lokal wirkende Personen eher selten Teil einer Straßennamenveränderung sind. Hinsichtlich der möglichen nationalen Zugehörigkeiten einer Person, deren Anthroponym bei einer Straßennamenveränderung vorkommt, ist es allerdings so, dass in Wien 53,59%

einer Nation angehören mögen, 32,1% zwei Nationen zuordenbar scheinen und 14,2% mehr als das. In Budapest hingegen entfallen 34,02% auf den Wert für eine Nation, 13,93 auf den Wert zweier Nationen und 45,49% auf mehr. Das heißt schließlich, in Budapest ist ein Personenname, der von einer Veränderung betroffen war, viel weniger leicht und eindeutig einer Nation zuzuordnen als in Wien im gleichen Betrachtungszeitraum – ungeachtet der Frage, welche dies sein mag!

Werden schließlich die Funktionen betrachtet, in denen entsprechende Namensträger vor allem wirkten, gibt es in einem ersten Überblick wenig Unterschiede. In Budapest dominieren die folgenden vier Unterkategorien: *Politische Funktion* (40,57%), *Kulturelle Funktion* (18,44%), *Militärische Funktion* (12,7%) und *Religiöse Funktion* (9,02%). In Wien sind drei dieser vier Kategorien ebenso zentral, allerdings eröffnet der Vergleich der Werte den Blick auf Unterschiede. In Wien entfallen auf die *Politische Funktion* 20,64% und auf die *Kulturelle Funktion* 39,77%. Würde für Wien ebenso eine Reihung vorgenommen werden, würde allerdings die für Budapest kaum bedeutende *Akademische Funktion* mit 22,72% noch zwischen die bereits genannten Kategorien geschoben werden müssen (In Budapest ist der Prozentsatz dieser Kategorie 5,74%). Dennoch ist die *Militärische Funktion* auch in Wien mit 7,77% unter den „ersten vier“ Kategorien dieser Analyseebene. Denn die *Religiöse Funktion* hat in Wien einen Anteil von 1,51%. Kurzum dominiert in Budapest die *Politische Funktion*, während es in Wien die *Kulturelle Funktion* ist. Diese kommt in Budapest erst an zweiter Stelle, wo aber in Wien noch vor der sehr bedeutenden *Politischen Funktion* die *Akademische Funktion* steht.

Die Politische Funktion und die Kulturelle Funktion wurden nochmals detaillierter betrachtet. Dabei zeigt sich im Vergleich, dass – wohl unter unterschiedlichen Vorzeichen, wie die Bezugsanalyse zeigte – in beiden Metropolen die Funktionen, die einer Monarchie verbunden waren, in der Analyse der Veränderungsprozessen auch bei der Bedeutungsanalyse hohe Werte haben. Allerdings ist hierbei zu sagen, dass die Summe der Unterkategorie dieser Art (*Kaiserin, Kaiser/Königin, König*; *Thronfolgerin/ Thronfolger*; *Thronverweser*; *Dynastische Rolle*) der Wert in Budapest mit 70,7% deutlich höher ist als der Vergleichswert Wiens, der bei 44,04% liegt. Entsprechend entgegengesetzt ist es bezüglich der anderen Funktionen.

Wobei in Wien weder *Regierungschef* noch *Bundespräsident* Teil einer Benennung sind, während zumindest in Budapest *Regierungschef* mit dem Wert 8,08% eine Rolle spielt. In Wien hingegen besonders hoch im Wert sind Lokalpolitiker (21,10%) und Parteimitglieder (11,01%). Beide Werte zusammen in Budapest liegen unter 5%. Damit ist auch hier ein wesentlicher Unterschied zu sehen.

Wird der Blick von den Anthroponymen noch einmal zu den Toponymen geführt, ist bereits deutlich geworden, dass die Toponyme besonders für Budapest relevant sind. Doch auch hier ist ein Vergleich lohnend. Denn in Wien lässt sich sehr deutlich sagen, dass von den dort veränderten Toponymen die überwiegende Mehrheit, nämlich 76,42% Mikrotopnyme sind, während es in Budapest zu 88,5% Makrotoponyme sind. Da in Wien der Wert der Toponyme so niedrig ist, ist eine weitere relative Aufteilung nicht mehr vorgenommen worden. Doch an diesen Werten zeigt sich bereits eine Tendenz, die bereits in der Bezugsanalyse Budapests deutlich geworden ist. Denn von diesen 88,5% handelt es sich um die Kategorie *Ort*, während nur 5,88% der Makrotoponyme auf die Kategorie *Ort* hinführend entfallen. Damit zeigt sich zwischen Budapest und Wien in der Bedeutungsanalyse, dass es abhängig von der konkreten Fragestellung oder Kategorie deutliche Unterschiede oder ein hohes Maß an Übereinstimmung gibt. Wie genau diese Werte sich begründen lassen, wird in der abschließenden Synthese gezeigt werden.

VI. Zusammenfassende Analyse und Schlussbetrachtung

Ganz am Beginn der Arbeit wurde die Frage gestellt, ob eine Bevölkerung „republikanische Gefühle“[1833] habe. Das zumindest ein Teil der Menschen in der Zwischenkriegszeit derartige Gefühle hat hegen können, wurde an verschiedenen Stellen der vergangenen Seiten deutlich. Es existierte bereits in den 1890er Jahren die Sensibilität in bestimmten Bevölkerungsgruppen, dass die Möglichkeiten und gewissermaßen die Notwendigkeit bestanden, den eigenen Handlungsspielraum zu erweitern. Die Mittel der Demonstrationen und Kundgebungen überlagern sich mit möglichen Ursachen wie steigendem Warenangebot, (für den Mensch) intensiveren Produktionsweisen, größeren Bewegungsmöglichkeiten und neuen technischen Kommunikationsmitteln. Die sich daraus entwickelte “Krise von kollektiven und individuellen Identitäten führte” [1834] in Verbindung mit den Erfahrungen von „Überfüllung, Chaos und Kontingenz“ [1835] zur Suche und Etablierung neuer Weltbilder, die diese Erfahrungen zu ordnen – mindestens jedoch ertragbar zu machen – schienen. Der Rahmen politischer Partizipation kam dabei eine besondere Rolle zu. Denn politische Partizipation in Form des sich ausweitenden Wahlrechts schien einen einzelnen Wähler oder eine Wählerin in die Lage zu versetzen, mit einer Stimmabgabe das Chaos zu ordnen, die Kontingenz zu senken. Ebenso war Bildung ein Mittel, die komplexer werdende Umwelt zu verstehen.[1836]

Beide Bereiche betrafen räumlich in Besonderem Maß die Großstädte Wien und Budapest sowie dort die Arbeiterbewegungen und kleine Unternehmer in Wien, beziehungsweise zusätzlich kleine Adlige in Budapest/Ungarn. Für diese Gruppen formten politische Parteien – meist zentralistisch organisiert – aus teilweise unklaren Gefühlslagen und individuell reflektierten Einzelinteressen gesamtgesellschaftlich einzufordernde politische Interessen.[1837]

Schließlich waren beide Städte innerhalb der Habsburgermonarchie von

1833 Gemeinderat: Stenographischer Bericht über die öffentliche Sitzung vom 30. Mai 1919; in: Amtsblatt der Stadt Wien vom 07. Juni 1919, Nr. 46, S. 1312.

1834 Csáky, Ideologie der Operette, S. 136.

1835 Maderthaner / Musner, Anarchie der Vorstadt, S. 136.

1836 Maderthaner / Musner, Anarchie der Vorstadt, S. 136.

1837 Maderthaner / Musner, Anarchie der Vorstadt, S. 136.

herausragender Bedeutung. Staatliche Investitionen, Infrastrukturprojekte und die Stadtentwicklung katalysierten diese Prozesse stark[1838].

So entstanden mit verschiedenen Parteien verschiedene Theorien von Welt und unterschiedliche Symbole für die jeweilige Welt. Diese Symbole waren nicht nur zeitliche Referenzpunkte sondern sollten sich auch räumlich wiederfinden. Damit waren die Veränderungen von alltäglich genutzten Straßennamen auf der Karte einer Großstadt eine Möglichkeit, ein Weltbild zu kommunizieren. Gleichsam wurde die Straßen*namen*landschaft damit auch zum Raum politischer Auseinandersetzung. Damit kämpften ab den ersten großen Straßennamensveränderungen nicht nur Menschen auf der Straße – oft gegeneinander – für ihr Weltbild, sondern die Namen der Straßen wurden als neue – tiefere – Ebene des politischen Kampfes verwendet, um ein bestimmtes Weltbild in den Alltag der Menschen zu tragen – aus ihrer Sicht teilweise unbewusst Staatsbildung auszusetzen.[1839] Anders formuliert: Eine Liturgie des Politischen und die Politik der Straßen – die vor allem in den Anfangsjahren prägend war für die SDAP – zielte auf eine emotionalisiertere Bindung oder gar Vergemeinschaftung ab[1840].

Im vorangegangenen Kapitel V, „Straßennamenveränderungen in der Zwischenkriegszeit“, wurde genau diese Politik anhand verschiedener Analysekategorien betrachtet und teils qualitativ, teils quantitativ dargestellt. Die Kernfrage dieser Arbeit, warum Straßennamen, die unterschiedliche Narrative kommunizieren, a) vergeben, b) gelöscht, c) neu eingeführt oder d) innerhalb des Stadtgebietes auf andere Orte verlegt, soll nun unter Berücksichtigung theoretischer Annahmen und nochmals mit einigen kurzen Referenzen auf das allgemeine Zeitgeschehen beantwortet werden. Die wesentliche theoretische Grundannahme dabei ist, dass Straßen- und Platznamen als Orte von Gedächtnis einem aktiven gesellschaftlichen Erinnerungsprozess ausgesetzt sind. Der Prozess zeigt sich dadurch, dass die Gedächtnisorte als gesellschaftliche Konstruktionen

1838 Vgl.: Melinz / Zimmermann, Großstadtgeschichte und Modernisierung, S. 28.

1839 Hobsbawn, Mass-producing traditions, S. 264. Hobsbawn verweist hier auf Weber, Eugen: Peasants into Frenchmen: The Modernization of Rural France, 1870-1914; Stanford, 1976. Vgl.: Hobsbawn, Mass-producing traditions, S. 282. Sowie Hobsbawn, Mass-producing traditions, S. 271-275. Hobsbawn verweist hier auf Gérard, Alice: La Révolution Française: Mythes et Interprétations. 1789-1970; Paris, 1970.

1840 Vgl.: Maderthaner, 1860 bis zum Jahr 1945, S. 363, S. 368.

zeitweise Anlass für Revision ihrer Inhalte bieten. Revision ist hier die Prüfung der Inhalte, unter Umständen das Durchsuchen nach ungeliebten Details und/oder das Abändern. Das Toponym als solches unterstreicht dabei diesen kommunikativen Charakter der gesellschaftlichen Gedächtniskonstruktionen, das heißt der Revision, und ist sowohl vor wie nach einer Revision (mit welchem Ausgang auch immer) Auslöser von Erinnerungsprozessen. Denn oft referieren Straßen- und Platznamen nicht nur auf den Ort, sondern bringen andere Bedeutungen wie Biografien, historische Daten oder Umbrüche mit, die Anlass für Meinungsverschiedenheiten sein können.[1841]

Mit dem Analyseraster von Bering et al.[1842] lag dem Autor dieser Seiten ein umfassendes Kategoriensystem vor, dass für die hiesige Fragestellung adaptiert und konkretisiert, sowie terminologisch geschärft wurde. Nichtlinguistische Daten, konnotative und denotative Aspekte wurden betrachtet und miteinander im Kapitel VI in Bezug gesetzt, um die Leitfrage der Arbeit zu beantworten.[1843] Darüber hinaus wurde diese quantitative Betrachtung kombiniert mit der Methodik, die vor allem von Oliver Rathkolb, Peter Autengruber, Birgit Nemec und Florian Wenninger genutzt wurden.[1844] Sie kontextualisieren einzelne Fälle noch mit zeitgenössischen Quellen und betrachten die kleinen Geschichten hinter den einzelnen Personen, wenn diesen, ein Straßenname gewidmet worden ist. Diese Methode der *Micro Histories* bedeutet eine starke Einbettung einzelner Fälle in ihrer jeweiligen Zeit, macht unter Umständen Handlungsspielräume und Bewertungen von bestimmten Bedeutungen nachvollziehbarer. In der vorliegenden Arbeit, im vorangegangenen Kapitel haben diese detaillierter erörterten Einzelfälle das Ziel gehabt, die quantitativen Beobachtungen mit dem zeitgenössischen Kontext in Verhältnis zu setzen – zumindest sofern es das Quellenmaterial zuließ.

Die ersten Seiten der Darstellung von Straßennamenveränderungen widmeten sich allgemeiner Informationen. Zeitliche und Räumliche Muster lassen sich mittels dieser Analyseebene der Basisinformationen erkennbar machen und beschreiben. Dies war auch das Ziel: Wann wurden wo Straßennamenveränderungen

1841 Vgl.: Assmann, Körper und Schrift, S. 206; vgl. insbesondere zu Ritualen Kertzer, Ritual, S. 30; sowie Assmann, Schatten der Vergangenheit, S. 32f.

1842 Vgl.: Bering / Großsteinbeck / Werner, Wegbeschreibungen, S. 147.

1843 Vgl.: Bering / Großsteinbeck / Werner, Wegbeschreibungen, S. 146-147.

1844 Vgl.: Rathkolb et al., Forschungsprojektendbericht sowie vgl.: Nemec, Straßenumbenennungen.

vorgenommen, welche Arten von Veränderungen werden wann und wo beschlossen? Wann und wo werden welche Themencluster etabliert?

Dabei kommt der Annahme, dass *bedeutungsvolle Orte* oft betroffen sind, in dieser Kategorie ebenso eine wichtige Rolle zu wie der Annahme, dass politische Brüche eher zu Veränderungen in der Straßennamenlandschaft führen. Bedeutungsvolle Orte sind deswegen in Verbindung mit Straßennamenveränderungen relevant, denn

„Toponymic commemoration involves both naming places and placing names. In principle the politics of toponymic commemoration involves two interrelated aspects: eligibility for commemoration and the status of the commemoration, evinced in the prestige of its location in space.“[1845]

Es lässt sich anhand verschiedener Faktoren definieren, wann ein Platz bedeutungsvoll ist. Ungeachtet dessen besteht „historical space as a narrative medium“[1846] neben anderen Medienformen.

Das zeigt sich in Budapest ganz unmittelbar – kombiniert mit der Annahme hinsichtlich erhöhtem Veränderungsaufkommen bei politischen Umbrüchen – kommt in Budapest in den Jahren 1918 und 1919 dem V. Bezirk, dem unmittelbaren politischen und wirtschaftlichen Zentrum (Parlamentsgebäude, Universität, Börse) Pests eine herausragende Bedeutung bei Veränderungen zu. Nicht zuletzt weil es das Stadtzentrum betrifft, korrelieren die Veränderungen auch mit *ÖPNV*-Anbindung und eben erwähnten *bedeutungsvollen Orten*. Gleiches gilt für das Jahr 1929 – wenngleich in geringerem Ausmaß. In Wien ist es der I. Bezirk, wo als Zentrum der österreichischen Hauptstadt viele Veränderungen zu Beginn der Betrachtung lokalisierbar sind. Doch anders als in Budapest beschränken sich die Veränderungen in den ersten Jahren nach dem Krieg nicht auf das Zentrum. In Wien wird das gesamte Stadtgebiet berücksichtigt.

Die Veränderungsprozesse konzentrieren sich vor allem auf äußere Bezirke, beziehungsweise Bezirke, die in der Zwischenkriegszeit wachsen. Im Fall Budapests ist etwa ab 1929 das politische System in Ungarn und Budapest relativ stabil. Bis 1934 gibt es daher ein neues Muster hinsichtlich der Lage von Straßennamenveränderungen. Denn in dieser Phase steht die städtische

1845 Azaryahu, Rabin's road, S. 74.

1846 Azaryahu / Foote, Historical space, S. 180.

Ausdehnung im Vordergrund und teilweise bereits bewohnte Randgebiete bekommen Straßennamen.

Wozu führt das hinsichtlich der Benennungsarten? Waren am Ende des Betrachtungszeitraumes wachsende Bezirke oder Stadtteile von Straßennamenveränderungen betroffen, so sind das oft Neubenennungen, die dominieren.

Damit wird ein grundlegender Zweck von Raumbenennungen verfolgt: Diese Festlegungen von Straßen- oder Platznamen sollen es der Verwaltung, Reisenden oder anderen nichtortsansässige Personen ermöglichen, sich zu navigieren, beziehungsweise die Bevölkerung „zu verwalten“, i.e. dem Stadt ermöglichen, zu wissen, wer wo wohnt, um Steuern einzuziehen oder Wahlkarten zu versenden.[1847] Anders ist es bei den zentral gelegenen Bezirken und *bedeutungsvollen Orten*. Die alten, historisch lange besiedelten inneren Bezirke besitzen oft bereits Namen. Genauso wie es in der Charakteristik eines *bedeutungsvollen Ortes* liegt, dass seine Bedeutung bereits dazu führte, dass er benannt wurde. Der politische Umbruch 1918-1920 in Verbindung mit dem lokalen Fokus auf Stadtzentren macht es unumgänglich, dass Einführung durch Umbenennung und Wegfallen von Straßen- und Platznamen dominierend sind für diese erste Phase. Das zeigen beide Städte sehr deutlich.

In diesen Fällen konkurrieren oftmals politische Narrative miteinander, die zu einer bereits oben erwähnten Revision der existierenden Straßennamen geführt haben. Welche Bezüge, das heißt, welche konnotativen Inhalte fallen mit welcher Veränderungsart oder welchem Stadtteil oder Jahr der Veränderung zusammen und welche Bezüge gibt es eigentlich in den beiden Städten? Diese Fragen berühren den Kern des dritten Teils der Betrachtungen: die Bezugsanalyse.

Für diesen Teil ist wiederum eine andere theoretische Annahme bedeutend. Straßennamen und Namen von Plätzen geben nicht nur Orientierung im Raum, sondern auch in der Geschichte. Die Namen werden, das wurde im vorherigen Kapitel beschrieben, in einem Prozess durch politische Machthaber fixiert und unter Umständen anderen Narrativen vorgezogen und in den Alltag aller Menschen

1847 Vgl.: Löffler, Probleme der amtlichen Flurnamengebung, S. 499. Vgl. ebenso: Rose-Redwood / Aldermann / Azaryahu, Geographies of toponymic inscription, S. 461f.

eingeschrieben.[1848]

Es sind eben auch jene Weltbilder deren Variabilität zeigt, dass Toponyme eine Form von Gedächtnis sind – das letztlich auf der Abwesenheit von Vergessen und der Selektion von „Erinnerungswertem“ in Abhängigkeit der verfügbaren Medien [1849] basiert. Offiziell als „erinnerungswert“ Ausgewähltes bleibt generationenübergreifend erhalten[1850] und verbindet Vergangenheit mit Zukunft[1851]. Da aber das, was „erinnerungswert“ ist, abhängig von der herrschenden (Partei-)Ideologie ist, kommt es dazu, dass „[...] place names reproduce discourses of ideology and identity.“ Straßen*namen*landschaften werden zu einem Kampfgebiet [1852] , wo sich verschiedenen Formen des bewussten oder unbewussten Widerstandes entwickeln können[1853].

Die verschiedenen Beispiele in Wien illustrieren, dass der Widerstand sich vor allem innerhalb politischer Gremien und Tageszeitungen abspielt und artikuliert wird oder lokale Netzwerke aktiviert werden – wie im Fall der Argentinierstraße. In diesen Fällen sind oft politische Fragestellungen relevant – es handelt sich dabei oft um die Frage der Bezüge. Außer eben im Fall der Argentinierstraße, wo ökonomische Interessen der Anlieger einschlägig sind.

Werden die Ergebnisse der Bezugsanalyse mit den theoretischen Annahmen und dem Zeitgeschehen verknüpft, muss zunächst festgestellt werden, dass kaum ein Name in beiden Städten ohne einen geografischen Bezug ist. Es sind dieser und der politische Bezug, die in beiden Städten am bedeutendsten sind. In Wien nimmt außerdem der kulturelle Bezug eine wichtige Rolle ein, in Budapest spielt dieser Bezug eine kleinere Rolle, ist dennoch relevant. Hinsichtlich der Straßennamenveränderungen in Wien kommt außerdem der soziale Bezug als relevante Größe hinzu.

1848 Vgl.: Azaryahu, German reunification, S. 480. Vgl. ebenso: Hobsbawn, Mass-producing traditions.

1849 Vgl.: Enzensberger, Baukasten, S. 167.

1850 Vgl.: Csáky, Gedächtnis der Städte, S. 103.

1851 Vgl.: Schmidt, Medien, S. 63; Luhmann, Politik, S. 175.

1852 Vgl.: Rose-Redwood / Aldermann / Azaryahu, Geographies of toponymic inscription, S. 462. Rose-Redwood / Aldermann / Azaryahu verweisen hier auf Kadmon, N.: Toponymy and geopolitics: the political use – and misuse – of geographical names; in: The Cartographic Journal, Nr. 41, 2004, S. 85-87.

1853 Vgl.: Rose-Redwood / Aldermann / Azaryahu, Geographies of toponymic inscription, S. 462. Rose-Redwood / Aldermann / Azaryahu verweisen hier auf Berg, L. / Kearns, R.: Naming as norming: 'Race', gender, and the identity politics of naming places in Aoteeroa/ew Zealand; in: Environment and Planning D, Nr. 14, 1996, S. 99-122; vgl. ebenso: Coates, Endonymic Place-name Alternants, S. 61-70.

Ohne die Bezüge direkt mit Arten der Veränderung zu verbinden, sondern dies erst später zu tun, lässt sich beim geografischen Bezug kein signifikanter Unterschied zwischen Wien und Budapest erkennen. Auch beim politisch-geografischen Bezug wird deutlich, dass die Veränderungen der Straßennamenlandschaft gewissermaßen die Heterogenität der Bevölkerung reflektieren. Auch wenn diese Daten zum Teil stark differieren, bilden sie für Ungarn wie für Österreich in der Zeit die außenpolitische Orientierung ab: In Ungarn sind Straßennamenveränderungen mit rumänischem und tschechoslowakischem geografischen Bezug besonders bedeutend und decken sich damit mit den Interessenssphären revisionistischer Außenpolitik – sie war schließlich einigende Klammer der Bevölkerung und roter Faden der ungarischen Außenpolitik in den 1920er und 1930er Jahren[1854]. In Wien hingegen ist es der deutsche politisch-geografische Bezug, der einschlägig ist und trotz des Verbotes, Teil des Deutschen Reiches zu werden, eine Richtung der Außenpolitik ist – wenngleich das insofern relativiert werden muss, als das viele Straßennamenveränderungen in diesem Bereich „andere“ sind. Deutlicher wird es aber auch in der Kulturpolitik, zum Beispiel in Wien, wo die Vermittlung „Tradition der (deutschen) Aufklärung“[1855] ein besonderer Stellenwert zukam.

Allerdings geschah dies bei der Betrachtung der politischen Bezüge. Hier lässt sich der Widerstreit der Ideologien in der Straßennamenlandschaft besonders stark illustrieren. Im gesamten Betrachtungszeitraum fielen in Budapest und in Wien Namen mit jenen politischen Bezügen weg, die der machtpolitisch unterlegenen Gruppierung zuzuordnen sind. In Wien bedeutet das, dass christlich-soziale Namen deutlich öfter wegfallen als Sozial-progressive Namen. In Budapest fielen zwar in den ersten Monaten der Zwischenkriegszeit auch jene Namen weg, die der späteren Einheitspartei zuzuordnen gewesen wären, allerdings lässt sich die Mehrzahl der weggefallenen Namen der sozial-progressiven Politik zuordnen – sowohl in Hinsicht auf inhaltliche wie institutionelle Bezüge. Das bestätigt damit die oben zitierte Annahme, wodurch machtpolitisch überlegene Gruppierungen im Rahmen ihres Weltbildes eine Revision der Straßennamenlandschaft vornehmen und Straßennamenveränderungen durchführen. Ganz besonders deutlich wurde das in der Vergleichsdarstellung, denn dort dominieren in Budapest für den

1854 Vgl.: Molnár, Geschichte Ungarns, S. 369f; Rothschild, East Central Europe, S. 162-163.

1855 Maderthaner, 1860 bis zum Jahr 1945, S. 363.

gesamten Betrachtungszeitraum der *politisch-inhaltliche* Bezug: *Christlichsozial-Einheitspartei* und *politisch-institutionell Monarchisch*. In Wien dominiert für den gesamten Betrachtungszeitraum *politisch-inhaltlich: Sozial-Progressiv* und *politisch-institutionell Demokratisch*.

Ein anderes äußerst relevantes Ergebnis ist, dass ausgehend von der Zwischenkriegszeit damals gegenwärtige bis maximal 100 Jahre alte Bezüge bei Straßennamenveränderungen berücksichtig werden. Das liegt wohl in der bereits geschilderten Entwicklung, dass die politischen Machthaber in der Zwischenkriegszeit oftmals auf größere Bewegungen bauen, die selbst noch relativ jung sind und sich erst im Laufe der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts formiert haben. Daher mögen Entscheidungsträger in dieser Periode auch historische Daten, Helden und Ikonen oder Vorbilder finden, die ihnen als kommunikationswürdige Anknüpfungspunkte und Symbole im öffentlichen Raum dienen, um ihre Weltbilder offiziell in der Straßennamenlandschaft einzuschreiben.

Die Bezugsebene hat vor allem konnotative Elemente erfasst. Bereits die konkreten Fallbeispiele innerhalb des dazugehörigen Kapitels haben im Fall von Personen gezeigt, wie unterkomplex eine solche Betrachtung seitens politisch verantwortlicher Personen sein kann. Allein das Beispiel Heinrich Heines hat das deutlich illustriert. Eine Ebene tiefer sind besonders bei erinnernden Toponymen Bedeutungen vorhanden, die oft in der täglichen Debatte nur schwer zu erfassen sind. Unabhängig von zeitgenössischen Debatten der Zwischenkriegszeit hat jeder dieser (oftmals Personen-) Namen eine konkrete Denotation: eine Person, einen Menschen – inklusive seiner Vielfältigkeit und biografischen Brüche. Auch die anderen Beispiele in der Bezugsanalyse haben das bereits offen gelegt: Szent Imre Hercég, Albrecht Dürer und das Beispiel der Amalienstraße. Zusätzlich zu diesen Beispielen wurden in der Bedeutungsanalyse vor allem quantitative Daten gesammelt, welche die Problematik zeitgenössischer Diskussionen ohne umfangreichen Kenntnisstand andeuten sollen. Das ist besonders deswegen relevant, da in beiden Städten im Betrachtungszeitraum *Propria*, konkret die *realen Propria*, eindeutig gegenüber *Appelativa* dominieren. Reale Anthroponymen kommt vor allem in Wien eine erhebliche Bedeutung zu. In Budapest sind Toponyme etwas öfter vorhanden – was in vor allem Orte betrifft, die bei der Bezugsanalyse bereits stark betrachtet worden sind und oft außerhalb der

Grenzen des ungarischen Staates nach 1919 weisen.

Menschennamen – und hier relevant: die mit ihnen verbundenen wechselreichen Biografien – werden also überwiegend erinnert. Deutlich komplexer wird dieses Problem noch, wenn – wie in Wien signifikant oft in der Zwischenkriegszeit geschehen – nur Zunamen verwendet werden. Eine Zuordnung der Person ist kaum mehr möglich. Gleichsam wird dadurch die Verwendung des Straßennamens als Straßenname vereinfacht. Anders als in Budapest, wo volle Namen öfter von einer Straßennamenveränderung betroffen waren. Das im Betrachtungszeitraum Titel jeder Art weniger betroffen sind von Straßennamenveränderungen, mag besonders bei Adelstiteln in Österreich am „Gesetz vom 3. April 1919 über die Aufhebung des Adels, der weltlichen Ritter- und Damenorden und gewisser Titel und Würden“ liegen.

In Ungarn gab es – abgesehen von der kurzen Phase zwischen Herbst 1918 und Spätherbst 1919 – keine vergleichbaren Bestrebungen, dementsprechend gibt es in Budapest mehr Straßennamenveränderungen, wo Titel berücksichtigt wurden. Jedoch begann die Regierung Károlyi in der kurzen freien republikanischen Periode bereits sehr stark gegen monarchische Symbole zu arbeiten. Die Regierung ließ sich zwar noch auf den König vereidigen, um legitim im Amt zu sein. Sie entband sich aber am 11. November 1918 wieder von diesem Eid, da der König seine Amtsgeschäfte niederlegte[1856]. Gleichsam wurde diese Politik vor allem nach dem Herbst 1919 nicht fortgeführt, da letztlich viele einflussreiche Gruppen selbst Titel trugen und hier keinen Handlungsbedarf sahen.[1857] Beziehungsweise blockierten sie jede weitere Art von Veränderung, da sie von der rücksichtslosen und radikalen Veränderungspolitik der Kommunisten in ihren Funktionen, in ihrem Denken und ihrem bisherigen Leben komplett in Frage gestellt wurden und zum Teil physische Opfer waren[1858].

In beiden Städten waren *männliche* Personennamen vorzugsweise Teil von Straßennamenveränderungen. Zumeist waren sie *regional* oder *überregional* aktiv – das heißt im Stadtgebiet oder innerhalb des Landes. Bei diesen beiden Ausprägungen zeigt sich, dass Straßennamen praktikabel sein sollten und in

1856 Vgl.: Fischer / Gündisch, Geschichte Ungarns, S. 161; Hoensch, Ungarn, S. 74.

1857 Vgl.: Fischer / Gündisch, Geschichte Ungarns, S. 161.

1858 Vgl.: Rothschild, East Central Europe, S. 146-150; Fischer / Gündisch, Geschichte Ungarns, S. 174.

irgendeiner Weise die Gemeinde, im Fall der Hauptstadt darüber hinaus die Gesellschaft des Staates, symbolisch repräsentieren sollen.[1859] Gleichzeitig wird aber auch die gesellschaftliche Herausforderung deutlich, dass Frauen unterrepräsentiert sind. Anders repräsentativ ist die nationale Zuordenbarkeit von Personennamen, die von einer Straßennamenveränderung betroffen sind. Denn besonders im Fall von Budapest spiegeln die Personen hinter den Namen den Vielvölkerstaat stark wieder. Gleiches gilt für Wien. In Beiden Städten liegt der Wert für zwei oder mehr nationale Zuordnungsmöglichkeiten knapp unter (Wien) oder über 50% (Budapest).

Hinsichtlich des Ansinnens der politisch verantwortlichen Personen bei Straßennamenveränderungen in der Zeit findet sich schließlich der Punkt der Ikonen/Vorbilder erneut bei der Bedeutungsanalyse wieder. Abgesehen davon, dass eine nahezu vollständig männliche politische Führungsgruppe vor allem Männern erinnert, wurden außerdem besonders in Budapest oft politische Funktionsträger (40,57%) erinnert, weniger als 20% der an Straßennamenveränderungen beteiligten Personennamen hatten eine kulturelle Funktion. In Wien dreht sich das um und auch die akademische Funktion bekommt hier eine größere Bedeutung. Darin zeigt sich auch das politische Ansinnen einer offeneren demokratischen Gesellschaft: Es ging der Sozialdemokratie in Wien darum, die Gesellschaft zu bilden und besonders ihre Parteibasis an kulturellem Leben teilhaben zu lassen. Straßennamenveränderungen werden hier komplementär eingesetzt zu Schulpolitik, Kulturpolitik und innerparteilichen Bildungsprogrammen[1860]. Es ging um ein „'Infreiheitsetzen der Elemente der neuen Gesellschaft' innerhalb der bestehenden Verhältnisse“[1861]. Oder: das alltägliche Erfahrbar-Machen der Revolution in Form von evolutionären Schritten[1862].[1863] Die Kulturpolitik während der Rätephase in Ungarn forcierte ähnliches, nur deutlich weniger evolutiv und kaum an die gesellschaftliche Situation in Ungarn angepasst,

1859 Vgl.: Fuchshuber-Weiss, Strassenamen, S. 766.

1860 Vgl.: Maderthaner, 1860 bis zum Jahr 1945, S. 368.

1861 Maderthaner, 1860 bis zum Jahr 1945, S. 368. Maderthaner zitiert hier Bauer, Otto auf dem sozialdemokratischen Parteitag in Linz; in: Protokoll des sozialdemokratischen Parteitages 1926. Abgehalten in Linz vom 30. Oktober bis 3. November 1926; Wien, 1926, S. 273.

1862 Vgl.:Maderthaner, 1860 bis zum Jahr 1945, S. 368. Maderthaner verweist hier auf Lewis, Jill: Fascism and the Working Class in Austria, 1918-1934. The Failure of Labour in the First Republic; New York, Oxford, 1991, S. 67ff.

1863 Vgl.: Maderthaner, 1860 bis zum Jahr 1945, S. 363, S. 368-373.

womit sie entsprechend kaum erfolgreich war[1864]. Schließlich lag das unter Umständen auch daran, dass Budapest der Hauptfokus blieb, wenn in der Räterepublik Kulturförderung stattfand[1865].

Nicht zu unterschätzen ist auch der Unterschied zwischen kulturellem Interesse der Elite und der Bevölkerung – eine Herausforderung, mit der die Parteiführungen in Wien und Budapest zu kämpfen hatten. Dies betraf teilweise auch die Straßennamenveränderungen in den Städten.

Warum wurden also bestimmte Namen vergeben? Die Analyse hat einige theoretische Annahmen bekräftigt. Straßennamenveränderungen finden statt, wenn es einen politischen Systemwechsel gibt, also 1918/1919. Sie finden aber auch statt, wenn ein politisches System institutionell und repräsentativ konsolidiert wird, und das Verhalten der Opposition berechenbarer geworden ist, also wie in den 1920er Jahren. Denn Straßennamenveränderungen bedeuten eigene Weltbilder symbolhaft aufgrund politischer Macht zu kommunizieren oder dem widersprechende Symbole zu löschen. Aber Straßennamenveränderungen ermöglichen auch Ortsreferenzen zu neuen Orten durch Benennung. Beides ist schließlich damit verbunden, dass es Orte innerhalb einer Stadt gibt, die von einer anderen Bedeutung sind als andere Orte in der Stadt. Hier werden Straßennamenveränderungen relevant, wenn ein Name mehr oder weniger bedeutend in der Straßennamenlandschaft präsent sein soll.

Alle diese Prozesse: Weglassen/Löschen, Neu benennen, Verlegen und damit das grundsätzliche Vergeben im Raum wurden in der Arbeit aus Perspektive der Entscheidungsträger fokussiert und sofern es offizielle Quellen erlaubt haben, wurden auch dem widersprechende Meinungen eingebunden. Doch besonders bei Straßennamenveränderungen, wo etwas oder jemand erinnert werden sollte, wurde Widerstand in Gremien formuliert. Das zeigt schlussendlich auch, dass Straßennamen allein nicht funktionieren, wenn sie erinnern sollen. Sollen sie das nicht, sind sie Ortsreferenz – dann allerdings sollte Mensch sich an Nicht-Wissen hinsichtlich Bezügen oder Bedeutungen nicht stören. So oder so besteht die berechtigte Befürchtung, dass Straßennamen „in der Region Heimat zur Kulisse

1864 Vgl.: Borbándi, Kulturpolitik der ungarischen Räterepublik, S. 172-173; Fischer / Gündisch, Geschichte Ungarns, S. 169-174; Hauszmann, Ungarn, S. 220-221.

1865 Vgl.: Vörös, Budapests Weg zur Großstadt, S. 49.

machen – durch Auswechselbarkeit und Beliebigkeit, durch Konturenlosigkeit und Geschichtslosigkeit, durch Geschichtsverfälschung und Vergangenheitsverdrängung“[1866] machen.

Sollen Straßennamen mehr als Ortsreferenzen sein und an Menschen oder Ereignisse erinnern, müssen sich die motivierenden Bezüge und der komplette Bedeutungsumfang bezüglich des zu erinnernden Subjekts in anderen Kommunikationsmedien wieder finden und thematisiert und unter Umständen regelmäßig einer Revision unterzogen werden. Denn Straßennamen und Platznamen sind über ihren linguistischen Charakter hinaus in Form von Beschilderung, Kartendrucken, Visitenkarten, offiziellen Ausweisdokumenten und Urkunden auch Verbreitungsmedium dieser Bezüge und Bedeutungen. Sie können Orientierung in Raum und Zeit bieten – müssen dazu aber in einem größeren Rahmen komplementär durch Unterricht, Informationstafeln und andere Medienangebote verstärkt werden.[1867]

Damit ist eine bedeutende weitere Forschungsmöglichkeit benannt: In der vorliegenden Arbeit war die Quantität der Veränderungen im Fokus. Aufgrund der zahlenmäßigen Betrachtung sollte die Hypothese über prüft werden, ob vor allem Veränderungen im Regierungssystem als Ursache – besonders ideologische Wechsel innerhalb eines Systems – gelten können. Dieser Schwerpunkt führte zu einer deutlich geringeren Betrachtung von dem Toponym als Verbreitungsmedium umgebenden anderen Formen der Kommunikation – Schulmaterialien, öffentliche Stellungnahmen, allgemeinere Betrachtungen von Geschichtsbildern oder gar der konkreten Form, den Farben oder Schriftarten von Beschilderungen und Karten. Dies wurde teilweise umgesetzt, als Einzelfälle besprochen wurden, aber in einem größeren Umfang böte sich hier Potenzial für weitergehende Analysen. Hierin liegt auch die Möglichkeit, mehr über den Umgang mit Namensveränderungen durch Anlieger zu erfahren – die Quellenlage machte dies leider sehr schwer.

Ein weiterer Bereich sind die generischen Namensteile, die in der vorliegenden Arbeit aufgrund des kurzen Betrachtungszeitraumes nicht berücksichtigt wurden. Doch besonders in polyglotten Städten wie Budapest und Wien es sind und waren, böte sich für umfassendere Analysen eine Möglichkeit, die Forschungen in diesem

1866 Fuchshuber-Weiss, Strassenamen, S. 766.

1867 Vgl.: Luhmann, Unwahrscheinlichkeit, S. 86; Erll, Medium des kollektiven Gedächtnisses, S. 13.

Themenfeld weiter zu ergänzen.

Schlussendlich sei noch ergänzt, dass Straßennamenveränderungen in kleinen Städten ebenso von wissenschaftlicher Relevanz sind – zumal die in dieser Arbeit betrachteten Städte von äußerst hoher politischer Bedeutung waren und sind und damit Straßennamen an bestimmten Orten eine andere Relevanz zu kommt als unter Umständen in kleineren Städten, die nicht Hauptstadt eines Landes sind, beziehungsweise Residenzstadt eines Königreiches waren.

Somit hat die vorliegende Arbeit die eine oder andere Frage beantwortet, während sie gleichzeitig neue Fragen und Gedanken zum Weiterdenken aufgeworfen hat. Diesbezüglich bleibt zu hoffen, dass diese neuen Ideen in den verschiedenen wissenschaftlichen Disziplinen – bildlich gesprochen – „auf fruchtbaren Boden fallen“ und dort erkenntnisreiche Texte entstehen.

Quellen- und Literaturverzeichnis

Gedruckte Quellen

Gesetze und offizielle Publikationen

Amtsblatt der Stadt Wien

1927. évi XXXI. Törvény: március tizenötödikének nemzeti ünneppé nyilvánításáról, http://net.jogtar.hu/jr/gen/hjegy_doc.cgi?docid=92700031.TV&celpara=#xcelparam, 28. April 2015.

Gesetz vom 14. December 1885; in: Landesgesetz- und Verordnungsblatt für das Erzherzogthum Oesterreich unter der Enns; Jhg. 1886; Wien, 1886, Nr. 1, S 1.

Gesetz vom 19. December 1890; in: Landesgesetz- und Verordnungsblatt für das Erzherzogthum Oesterreich unter der Enns; Jhg. 1890; Wien, 1890, Nr. 45, S. 78-82.

Gesetz vom 21. Oktober 1907; in: Landesgesetz- und Verordnungsblatt für das Erzherzogthum Oesterreich unter der Enns; Jhg. 1907; Wien, 1907, Nr. 131.

Gesetz vom 26. Jänner 1907; in: Reichsgesetzblatt für die im Reichsrate vertretenen Königreiche und Länder; Jhg 1907, Wien, 1907, Nr. 15.

Landesgesetz vom 5. Oktober 1868; in: Landesgesetz- und Verordnungsblatt für das Erzherzogthum Oesterreich unter der Enns; Jhg. 1868; Wien, 1869.

Tanácsülési és bizottsági jegyzőkönyvek, BFL II.1.a.

Zeitungen / Zeitschriften

Arbeiterzeitung

Deutsche Presse

Deutsches Volksblatt

Die Presse

Neue Freie Presse

Neues Wiener Journal

Reichspost

Karten

HU BFL, Kogutowicz Manó: Budapest belterület és Kőbánya közlekedési térképe; Magyar Földrajzi Intézet, Maßstab ~1:14000, Budapest, 1910, XV.16.e.251/123.

HU BFL, Kogutowicz Manó: Budapest belterület és Kőbánya közlekedési térképe; Magyar Földrajzi Intézet, Maßstab ~1:14000, Budapest, 1910, XV.16.e.251/123.

HU BFL, Kogutowicz Manó: Budapest székes-főváros egész területének térképe. Budapest székes főváros térképe; Magyar Földrajzi Intézet, Maßstab ~1:25000, Budapest, 1910er, XV.16.e.251/42.

HU BFL, Magyar Király Allámi Térkép: Budapest várostérképe; Maßstab 1:25000, Budapest, 1928, XV.16.e.251/54a-a.

HU BFL, Magyar Királyi Állami Térképés: Budapest várostervezési térképe a beltelkek régi határának és a beépítettség utólagos jelölésével; Budapest székesfőváros és környékének térképe, Maßstab ~1:25000, Budapest, 1930, XV.16.e.251/123.

HU BFL, Pharus Litográfiai Intézet: Budapest belterületének és a külterület egy rvárostérképe; Maßstab ~1:15000, Budapest, 1912, XV.16.e.251/173.

HU BFL, Stoits, György; Szelnár, Aladár: Budapest belterületének közlekedéstechnika; Maßstab ~1:20000, Grafikai Intézet, Budapest, 1928, XV.16.e.251/181.

WStLA, Plan und Führer von Wien in Buchform aus dem Jahr (1915), 3.2.1.1.P5.6344.

WStLA, Pläne und Karten: Sammelbestand P5 – Neuerwerbungen: 6344 – Stadtplan, „XIII. Bez. Hietzing Blatt 1“; in: Stern's Plan und Führer von Wien in Buchform; Wien, 1915.

Sonstige veröffentlichte Quellen

Adolph Lehmann's allgemeiner Wohnungs-Anzeiger : nebst Handels- u. Gewerbe-Adressbuch für d. k.k. Reichshaupt- u. Residenzstadt Wien u. Umgebung; Wien, 1933.

Deák Ferenc: „Húsvéti cikk“; in: Pesti Napló vom 16. April 1865; im Internet verfügbar unter http://kerdem.blog.hu/2013/04/16/ma_148_eve_jelent_meg_a_pesti_naploban_deak_ferenc_husveti_cikke, 25. Juni 2014, sowie veröffentlicht in Kónyi, Mano: Deák Ferenc Bezedei; Band 3, Budapest, 1889, S. 309-310.

Grillparzer, Franz: Studien zur deutschen Literatur. Heinrich Heine (1857); im Internet abrufbar unter http://gutenberg.spiegel.de/buch/studien-zur-deutschen-literatur-zum-eigenen-schaffen-1515/6, 15. Juli 2014.

Gustav Mahler im Brief an Freiherr Adolph von und zu Gilsa vom 29. Dezember 1885, Prag; in: Blaukopf, Herta (Hrsg.): Gustav Mahler. Briefe; erweiterte Auflage,

Wien, Habmburg, 1982, S. 47.

Gustav Mahler im Brief an Friedrich Löhr vom 12. Mai 1885, Kassel; in: Blaukopf, Herta (Hrsg.): Gustav Mahler. Briefe; erweiterte Auflage, Wien, Habmburg, 1982, S. 40.

Gustav Mahler in einem Brief an Friedrich Löhr ohne Datum, Hamburg; in: Blaukopf, Herta (Hrsg.): Gustav Mahler. Briefe; erweiterte Auflage, Wien, Habmburg, 1982, S. 117.

Heine, Heinrich: Lutetia. Berichte über Politik, Kunst und Volksleben. Vorrede zur französischen Ausgabe; in: Ders.: Sämtliche Werke. Neunter Band. Zweiter Teil; herausgegeben von Strodtmann, Adolf, Hamburg, 1862.

Karpeles, Gustav: Heinrich Heine und seine Zeitgenossen; Berlin, 1888.

Kosten zweier Lebensmittelkörbe in Budapest in den Jahren 1914-1918; in: Österreichische Akademie der Wissenschaften (Hrsg.): Die Habsburgermonarchie und der Erste Weltkrieg. 2. Teilband: Weltkriegsstatistik Österreich-Ungarn 1914-1918; Wien, 2014, S. 258-259.

Kraus, Karl: Die Feinde Goethe und Heine (1915); in: Goltschnigg, Dietmar; Steinecke, Hartmut (Hrsg.): Heine und die Nachwelt. Geschichte seiner Wirkung in den deutschsprachigen Ländern. Texte und Kontexte, Analysen und Kommentare; Band 2. 1907-1956; Berlin, 2008, S. 249-257.

Lebensmittel- und Brennstoffbewirtschaftung im Königreich Ungarn 1900/01-1917/18, Tabelle 44; in: Österreichische Akademie der Wissenschaften (Hrsg.): Die Habsburgermonarchie und der Erste Weltkrieg. 2. Teilband: Weltkriegsstatistik Österreich-Ungarn 1914-1918; Wien, 2014, 252-253.

Lebensmittel- und Heizstoffpreise in Städten Österreichs und im Mutterland Ungarn 1913-1918, Tabelle 45; in: Österreichische Akademie der Wissenschaften (Hrsg.): Die Habsburgermonarchie und der Erste Weltkrieg. 2. Teilband: Weltkriegsstatistik Österreich-Ungarn 1914-1918; Wien, 2014, S. 254-256.

Lehmann’s Allgemeiner Wohnungsanzeiger nebst Handels- und Gewerbeadreßbuch für die k.k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien; 60. Jhg., Wien, 1918.

Mahler-Werfel, Alma Maria: Erinnerungen ans Gustav Mahler; herausgegeben von Donald Mitchell, Frankfurt am Main, Berlin, Wien, 1978.

Mahler-Werfel, Alma: Mein Leben, 35. Auflage, Frankfurt am Main, 2000. Eckstein, Friedrich: „Alte unnennbare Tage!“. Erinnerungen aus siebzig Lehr- und Wanderjahren; Wien, Leipzig, Zürich, 1936.

Mehring, Franz: Der „Vorkämpfer freier Menschheit“; in: Goltschnigg, Dietmar / Steinecke, Hartmut (Hrsg.): Heine und die Nachwelt. Geschichte seiner Wirkung in den deutschsprachigen Ländern. Texte und Kontexte, Analysen und Kommentare; Band 1. 1856-1906; Berlin, 2006, S. 239-243.

o.A.: „Fest in deutscher Hand“, in Wien im Ersten Weltkrieg, geleitet von Alfred Pfoser / Andreas Weigl, https://erster-weltkrieg.wien.gv.at/site/fest-in-deutscher-hand/; 11.02.2015.

Wagner, Richard: Religion und Kunst (1880); in: Ders.: Sämtliche Schriften und Dichtungen. Volksausgabe. Zehnter Band; 6. Auflage, Leipzig, 1912.

Ungedruckte Quellen

Budapest Székesfőváros Tanácsának iratai, BFL IV.1407.

HU BFL, Raktári Jegyzék, XV.18 1-45 kötet.

Székesfőváros Polgármesterének iratai, BFL IV.1409.

WStLA, M. Abt. 116, A38 – Strassenumbenennungen.

WStLA, M. Abt. 350, Neu- und Umbenennungen in diversen Bezirken, 1917-1945

WStLA, Straßenverzeichnis des Konskriptionsamts 1890-1930, 1.1.8.B53.25.

WStLA, Straßenverzeichnis des Konskriptionsamts 1890-1930, 1.1.8.B53.26.

WStLA, Topographische Sammlung, 3.14.A3 - Verkehrsflächen: Neubenennungen, Umbenennungen, Streichungen | 1917-1988.

Literaturverzeichnis

Adriányi, Gabriel: Geschichte der katholischen Kirche in Ungarn; Bonner Beiträge zur Kirchengeschichte, Band 26, Köln, Weimar, Wien, 2004.

Ahrens, Daniela: Grenzen der Enträumlichung. Weltstädte, Cyberspace und transnationale Räume in der globalisieren Moderne; Opladen, 2001.

Aldermann, Derek H.: Street names and the scaling of memory: the politics of commemorating Martin Luther King, Jr within the African American community; in: Area, Nr. 35, Vol. 2, 2003, S. 163-173.

Alejandro, Carlos F. Díaz: Argentina, Australia and Brazil Before 1929; in: Platt, D.C.M.; Di Tella, Guido (Hrsg.): Argentina, Austrlia and Canada. Studies in Comparative Development, 1870-1965; St. Antony's Macmillan Series; Oxford, 1985, S. 95-109.

Alexander, Neil J.: Marienfeste; in: Betz, Hans Dieter; Browning, Don S.; Janowski, Bernd; Jüngel, Eberhard (Hrsg.): Religion in Geschichte und Gegenwart. Handwörterbuch für Theologie und Religionswissenschaft. Band 5 L-M; 4. Auflage, Tübingen, 2002, S. 819.

Assmann, Aleida / Assmann, Jan: Das Gestern im Heute. Medien und soziales Gedächtnis; in: Merten, Klaus / Schmidt, Siegfried J. / Weischenberg, Siegfried (Hrsg.): Die Wirklichkeit der Medien. Eine Einführung in die Kommunikationswissenschaft; Darmstadt, 1994, S. 114-140.

Assmann, Aleida: Der lange Schatten der Vergangenheit. Erinnerungskultur und Geschichtspolitik; BpB Band 368, Bonn, 2007.

Assmann, Aleida: Erinnerungsräume. Formen und Wandlungen des kulturellen Gedächtnisses; 4. Auflage, München, 2004.

Assmann, Aleida: Zur Mediengeschichte des kulturellen Gedächtnisses; in: Erll, Astrid / Nünning, Astrid (Hrsg.): Medien des kollektiven Gedächtnisses. Konstruktivität – Historizität – Kulturspezifizität; Berlin, 2004, S. 45-60.

Assmann, Jan: Körper und Schrift als Gedächtnisspeicher: Vom kommunikativen zum kulturellen Gedächtnis; in: Csáky, Moritz / Stachel, Peter (Hrsg.): Speicher des Gedächtnisses. Bibliotheken, Museen, Archive 1: Absage an und Wiederherstellung von Vergangenheit – Kompensation von Geschichtsverlust; Wien, 2000, S. 199-213.

Autengruber, Peter: Lexikon der Wiener Straßennamen; 9. Auflage, Wien, 2012.

Azaryahu, Maoz / Golan, Arnon: (Re)naming the landscape: The formation of the Hebrew map of Israel 1949-1960; in: Journal of Historical Geography, Nr. 27, Vol. 2, 2001, S. 178-195.

Azaryahu, Maoz / Kenneth E. Foote: Historical space as narrative medium: on the

configuration of spatial narratives of time at historical sites; in: GeoJournal, Nr. 73, 2008; S. 173-194.

Azaryahu, Maoz: German reunification and the politics of street names: the case of East Berlin; in: Political Geography, Nr. 6, Vol. 16, 1997, S. 479-493

Azaryahu, Maoz: Rabin's road: The politics of toponymic commemoration of Yitzhak Rabin in Israel; in: Political Geography, Nr. 31, 2012, S. 73-82.

Azaryahu, Maoz: Renaming the Past: Changes in „City Text“ in Germany and Austria, 1945-1947; in: History and Memory 2, 2, 1990, S. 32-53.

Azaryahu, Maoz: The Critical Turn and Beyond: The Case of Commemorative Street Naming; in: An International E-Journal for Critical Geographies, 10 (1), 2011, S. 28-33.

Azaryahu, Maoz: The power of commemorative street names; in: Environment and Planning D: Society and Space, 14, 1996, S. 311-330.

Azaryahu, Maoz: The purge of Bismarck and Saladin: The Renaming of streets in East Berlin and Haifa, a comparative Study in culture-planning; in: Germanistische Linguistik, Nr. 129-130, 1996, Reader zur Namenskunde III, 1, Toponymie; S. 801-814.

Banik-Schweitzer, Renate: Großstädte im gesellschaftlichen Entwicklungsprozess in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts; in: Melinz, Gerhard / Zimmermann, Susanne (Hrsg.): Wien – Prag – Budapest: Blütezeit der Habsburgmetropolen; Urbanisierung, Kommunalpolitik, gesellschaftliche Konflikte (1867-1918); Wien, 1996, S. 34-45

Banik-Schweizer, Renate: Der Prozess der Urbanisierung; in: Österreichische Akademie der Wissenschaften (Hrsg.): Soziale Strukturen. 1. Teilband: Von der feudal-agrarischen zur bürgerlich-industriellen Gesellschaft. Teilband 1/1: Lebens- und Arbeitswelten in der industriellen Revolution; Wien, 2010, S. 185-232.

Barenscott, Dorothy: Trafficking in Photographs. Representational Power and the Case of Lajos Kossuth, Budapest 1894; in: History and Memory, Vol. 22, Nr. 2, 2010, S. 34-67.

Barta, István: Kampf um die bürgerliche Umgestaltung. Revolution und Freiheitskampf (1790-1849); in: Barta, István et al. (Hrsg.): Die Geschichte Ungarns; Budapest, 1971, S. 241-334.

Berg, Lawrence D. / Vuolteenaho, Jani: Towards Critical Toponymies; in: Dies. (Hrsg.): Critical Toponymies. The Contested Politics of Place Naming; Re-materialising Cultural Geography, Band 5, Farnham, Burlington, 2009, S. 1-18.

Bering, Dietz / Großsteinbeck, Klaus / Werner, Marion: Wegbeschreibungen. Entwurf eines Kategoriensystems zur Erforschung synchroner und

diachroner Straßennamenkorpora; in: Zeitschrift für Germanistische Linguistik, Nr. 3, Vol. 27, 1999, S. 135-166.

Bering, Dietz: Das Gedächtnis der Stadt. Neue Perspektiven der Straßennamenforschung; in Kremer, Dieter / Arcamone, Maria G. (Hrsg.): Onomastik. Akten des 18. Internationalen Kongresses für Namenforschung, Trier, 12.-17. April, Band 1: Chronik, Namenetymologie und Namengeschichte, Forschungsprojekte; Tübingen, 2002, S. 209-226.

Bering, Dietz: Fußballstadien. Zur Kommerzialisierung der Namenwelt; in: Reitzenstein, Wolf-Armin Frhr. v. (Hrsg.): Flurnamen, Straßennamen; Deutsche Namenforschung auf sprachgeschichtlicher Grundlage, Band 3, Hildesheim, Zürich, New York, 2011, S. 23-33.

Bering, Dietz: Grundlegungen kulturwissenschaftlicher Studien über Straßennamen: Der Projektentwurf von 1989; in: Eichhoff, Jürgen / Seibicke, Wilfried / Wolffsohn, Michael (Hrsg.): Name und Gesellschaft. Soziale und historische Aspekte der Namengebung und Namenentwicklung; Thema Deutsch, Band 2, Mannheim, Leipzig, Wien, Zürich, 2001, S. 270-281.

Bering, Dietz: Straßennamen und kulturelles Gedächtnis; in: Föllner, Ursula / Luther, Saskia / Weiner, Jörn (Hrsg.): Straßennamen und Zeitgeist. Kontinuität und Wandel am Beispiel Magdeburgs; Halle (Saale), 2011, S. 12-34.

Binder, Dieter A. / Bruckmüller, Ernst: Essay über Österreich. Grundfragen von Identität und Geschichte 1918-2000; München, 2005.

Birgit Nemec: Straßenumbenennungen in Wien als Medien von Vergangenheitspolitik. 1910-2010. Mit besonderer Berücksichtigung der Gender-Problematik; Diplomarbeit, Wien, 2008.

Bodnar, Eva: “I Have Often Walked Down This Street Before...But What Was it Called?”: Changes to Street Names in Budapest from the End of Turkish Rule to the Present; in: Past Imperfect, 15, 2009, S. 115-153.

Bodó, Béla: Father Zadravec and the Failure of Right Radicalism in Hungary, 1919-23; in: East European Quarterly, Vol. XL, Nr. 3, September 2006, S. 293-331.

Bodó, Bela: Hungarian Aristocracy and the White Terror; in: Journal of Contemporary History, Vol. 45, No. 4, S. 703-724.

Bodó, Bela: Militia Violence and State Power in Hungary, 1919-1922; Hungarian Studies Review; Vol. 33, Nr. 1-2, 2006, S. 121-156.

Bogyay, Thomas von / Bak, János / Silagi, Gabriel: Die heiligen Könige; Ungarns Geschichtsschreiber, Band 1; Graz, Wien, Köln, 1976.

Bogyay, Thomas von: Bayern und die Kunst Ungarns; Studia Hungarica. Schriften des Ungarischen Instituts München 1, München, Zürich, 1964.

Bogyay, Thomas von: Emmerich; in: Bautier, Robert-Henri et al. (Hrsg.): Lexikon des Mittelalters III. Codex Wintoniensis bis Erziehungs- und Bildungswesen; München, Zürich, 1986, S. 1889.

Bogyay, Thomas von: Grundzüge der Geschichte Ungarns; 4. Auflage, Darmstadt, 1990.

Borbándi, Gyula: Die Kulturpolitik der ungarischen Räterepublik; in: Ungarn-Jahrbuch. Zeitschrift für interdisziplinäre Hungarologie; Band 5, 1973, S. 171-18.

Borbándi, Gyula: Geistige Bewegungen in Ungarn zwischen den beiden Kriegen; in: Ungarn-Jahrbuch. Zeitschrift für interdisziplinäre Hungarologie; Band 6, 1974/1975, S. 131-147.

Braun-Troppau, Edmund W.: Agleybecher (Ackleybecher); in: Schmitt, Otto (Hrsg.): Reallexikon zur deutschen Kunstgeschichte. Band 1. A-Baubetrieb; Stuttgart, 1937, S. 206-212.

Brauneder, Wilhelm: Parlamentarismus und Parteiensystem in der österreichisch-cisleithanischen Reichshälfte 1867-1918; in: Erdődy, Gábor (Hrsg.): Das Parteiensystem Österreich-Ungarns; Budapest, 1987, S. 13-36.

Brenner, Andrea: Das Maisgespenst im Stacheldraht. Improvisation und Ersatz in der Wiener Lebensmittelversorgung des Ersten Weltkrieges; in: Pfosner, Alfred / Weigl, Andreas (Hrsg.): Im Epizentrum des Zusammenbruchs. Wien im Ersten Weltkrieg; Wien, 2013, S. 140-149.

Brix, Emil: Pluralität. Die Erneuerung der Moderne; in: Wunberg, Gotthart / Binder, Dieter A. (Hrsg.): Pluralität. Eine interdisziplinäre Annäherung; Wien, Köln, Weimar, 1996, S. 273-296.

Bruck, Robert: Das Skizzenbuch von Albrecht Dürer in der kgl. Öffentlichen Bibliothek zu Dresden; Straßburg, 1905.

Bussenius, Daniel: Der Mythos der Revolution nach dem Sieg des nationalen Mythos. Zur Geschichtspolitik mit der 48er-Revolution in der Ersten Republik Österreich und der Weimarer Republik 1918–1933/34; Berlin, 2011.

Butschek, Felix: Das Makroökonomische Umfeld während des Krieges und danach; in: Pfoser, Alfred / Weigl, Andreas (Hrsg.): Im Epizentrum des Zusammenbruchs. Wien im Ersten Weltkrieg; Wien, 2013, S. 200-209.

Coates, Richard: A strictly Millian Approach to the Definition of the Proper Name; in: Mind and Language; Nr. 24, Vol. 4, 2009, S. 433-444.

Coates, Richard: Endonymic Place-name Alternants and Their Cultural Significances; in: Helleland, B.; Ore, C.-E.; Wikstrøm, S. (Hrsg.): Names and Identities; Oslo Studies in Language 4/2, Oslo, 2012, S. 61-70.

Cortés Conde, Roberto: Some Notes on the Industrial Development of Argentina

and Canada in the 1920s; in: Platt, D.C.M. / Di Tella, Guido (Hrsg.): Argentina, Austrlia and Canada. Studies in Comparative Development, 1870-1965; St. Antony's Macmillan Series; Oxford, 1985, S. 149-160.

Csáky, Moritz: Das Gedächtnis der Städte: kulturelle Verflechtungen - Wien und die urbanen Milieus in Zentraleuropa; Wien, Köln, Weimar, 2010.

Csáky, Moritz: Die Mehrdeutigkeit von Gedächtnis und Erinnerung. Ein kritischer Beitrag zur historischen Gedächtnisforschung; http://epub.ub.uni-muenchen.de/603/, 10. Oktober 2011.

Csáky, Moritz: Ideologie der Operette und Wiener Moderne. Ein kulturhistorischer Essay zur österreichischen Identität; Wien, Köln, Weimar, 1996.

Csendes, Peter: Das Werden Wiens - Die Siedlungsgeschichtlichen Grundlagen; in: Ders. / Opll, Ferdinand (Hrsg.): Wien. Geschichte einer Großstadt, Band 3: Von 1790 bis zur Gegenwart; Wien, 2006, S. 55-94.

Czeike, Felix / Csendes, Peter: Die Geschichte der Magistratsabteilungen der Stadt Wien; Wiener Schriften, Heft 33, Wien, München, 1972.

Debus, Friedhelm / Seibicke, Wilfried: Vorwort; S. XII; in: Germanistische Linguistik, Nr. 129-130, 1996, Reader zur Namenskunde III, 1, Toponymie; S. XI-XVI.Debus / Seibicke, Vorwort, S.

Dvorák, Paul: Die Geschichte der österreichischen Sozialdemokratie 1930-1938, Ein Forschungsüberblick; in: Wenninger, Florian; Dreidemy, Lucile (Hrsg.): Das Dollfuß/Schuschnigg-Regime 1933-1938. Vermessung eines Forschungsfeldes; Wien, Köln, Weimar, 2013, S. 17-40.

Dwyer, Owen J. / Aldermann, Derek H.: Memorial landscapes: analytic questions and metaphors; in: GeoJournal, Nr. 73, 2008, S. 165-178.

Egressy, Gergely: A Statistical Overview of the Hungarian Numerus Clausus Law of 1920 – A Historical Necessity of the First Step Toward the Holocaust?; in: East European Quarterly, Vol. 34, Nr. 4, Januar 2001, 447-464.

Enzensberger, Hans Magnus: Baukasten zu einer Theorie der Medien; in: Kursbuch, 1970, Nr. 20, S. 159-186.

Erényi, Tibor: Das Austromarxismus und die ungarische Sozialdemokratie; in: Erdődy, Gábor (Hrsg.): Das Parteiensystem Österreich-Ungarns; Budapest, 1987, S. 91-94.

Erll, Astrid: Medium des kollektiven Gedächtnisses: Ein (erinnerungs-) kulturwissenschaftlicher Kompaktbegriff; in: Dies. / Nünning, Astrid (Hrsg.): Medien des kollektiven Gedächtnisses. Konstruktivität – Historizität – Kulturspezifizität; Berlin, 2004, S. 3-24.

Faragó, Tamás: Die Budapester Bevölkerungsentwicklung und die Zuwanderung. 1840 bis 1941; in: Melinz, Gerhard / Zimmermann, Susanne (Hrsg.): Wien –

Prag – Budapest: Blütezeit der Habsburgmetropolen; Urbanisierung, Kommunalpolitik, gesellschaftliche Konflikte (1867-1918); Wien, 1996, S. 58-72.

Faßmann, Heinz: Auswanderung aus der österreichisch-ungarischen Monarchie 1869-1910; in: Horvath, Traude / Neyer, Gerda (Hrsg.): Auswanderungen aus Österreich. Von der Mitte des 19. Jahrhunderts bis zur Gegenwart; Wien, Köln, Weimar; 1996, S. 33-56.

Fassmann, Heinz: Die Bevölkerungsentwicklung 1850-1910; in: Österreichische Akademie der Wissenschaften (Hrsg.): Soziale Strukturen. 1. Teilband: Von der feudal-agrarischen zur bürgerlich-industriellen Gesellschaft. Teilband 1/1: Lebens- und Arbeitswelten in der industriellen Revolution; Wien, 2010, S. 159-184.

Fischer, Holger / Gündisch, Konrad: Eine kleine Geschichte Ungarns; Frankfurt am Main, 1999.

Fischer, Jens Malte: Gustav Mahler und das „Judentum in der Musik“; in: Merkur. Deutsche Zeitschrift für europäisches Denken; Jhg. 51, Heft 8, August, 1997, S. 665-680.

Fischer, Jens Malte: Mahler. Leben und Welt; in: Sponheuer, Bernd; Steinbeck,Wolfram (Hrsg.): Mahler Handbuch; Stuttgart, 2010, S. 14-59.

Fischer, Peter Wilhelm: Der Einfluß des Auslandskapitals auf die wirtschaftliche Entwicklung Argentiniens 1880-1964; Arbeitsberichte des Ibero-Amerika-Instituts für Wirtschaftsforschung an der Universität Göttingen, Heft 12, Göttingen, 1970.

Friedrich, Margret / Mazohl, Brigitte / Schlachta, Astrid von: Die Bildungsrevolution; in: Österreichische Akademie der Wissenschaften (Hrsg.): Soziale Strukturen. 1. Teilband: Von der feudal-agrarischen zur bürgerlich-industriellen Gesellschaft. Teilband 1/1: Lebens- und Arbeitswelten in der industriellen Revolution; Wien, 2010, S. 67-107.

Früh, Eckart: „Geduld, Ihr Brüder!“ Sozialistische Gedichte zum März 1848, vaterländische und nationalsozialistische zum März 1938; in: Lengauer, Hubert; Kucher; Primus Heinz (Hrsg.): Bewegung im Reich der Immobilität. Revolutionen in der Habsburgermonarchie 1848-49. Literarisch-publizistische Auseinandersetzungen; Wien, Köln, Weimar, 2001, S. 496-520.

Fuchshuber-Weiss, Elisabeth: Strassennamen in der Region – Befunde Tatsachen, Folgerungen; in: Germanistische Linguistik, Nr. 129-130, 1996, Reader zur Namenskunde III, 1, Toponymie; S. 761-767.

Gabriel, Eberhard: 100 Jahre Gesundheitsstandort Baumgartner Höhe; Wien, 2007.

Gal, Csilla V.: Borrowing Ideas: The Changing Form of Metropolitan Housing in

Budapest; 15th International Planning History Society Conference; http://www.fau.usp.br/iphs/abstractsAndPapersFiles/Sessions/02/GAL.pdf, 24.06.2014.

Gerő, András: Public Space in Budapest. The History of Kossuth Square; übersetzt aus dem Ungarischen ins Englische von DeKornfeld Helen / DeKornfeld Thomas J., New York, 2009.

Gerő, Andŕas: Public Space in Budapest. The History of Kossuth Square; Aus dem Ungarischen übersetzt von Thomas J. DeKornfeld / Helen DeKornfeld, New York, 2009.

Giddens, Anthony: Die Konstitution der Gesellschaft. Grundzüge einer Theorie; Frankfurt am Main, 1988.

Gill,Graeme: Changing Symbols: The Renovation of Moscow Place Names; Russian Review, Nr. 3, Vol. 64, 2005, S. 480-503.

Glaser, Peter: Vom Ortsgedächtnis zum Gedächtnisort: Straßennamen zwischen Mittelalter und Neuzeit; in: Eichhoff, Jürgen / Seibicke, Wilfried / Wolffsohn, Michael (Hrsg.): Name und Gesellschaft. Soziale und historische Aspekte der Namengebung und Namenentwicklung; Thema Deutsch, Band 2, Mannheim, Leipzig, Wien, Zürich, 2001, S. 282-302.

Goethe J.W.: Sämtliche Werke. Vollständig in zwölf Bänden; Band 6, Herisau, 1837.

Goltschnigg, Dietmar / Steinecke, Hartmut (Hrsg.): Heine und die Nachwelt. Geschichte seiner Wirkung in den deutschsprachigen Ländern. Texte und Kontexte, Analysen und Kommentare; Band 1. 1856-1906; Berlin, 2006.

Gönczi, Katalin: Lajos Kossuth oder die Personifikation der Freiheit. Eine Fallstudie zur Entstehung von nationalen Mythen in Ungarn; in: Fischer, Holger (Hrsg.): Lajos, Kossuth (1802-1894). Wirken – Rezeption – Kult; Hamburg, 2007, S. 137-154

Gottas, Friedrich: Liberale in Österreich und Ungarn – Versuch einer Gegenüberstellung; in: Erdődy, Gábor (Hrsg.): Das Parteiensystem Österreich-Ungarns; Budapest, 1987, S. 47-70.

Grander, Margarete: Hungerstreiks, Rebellion, Revolutionsbereitschaft; in: Pfoser, Alfred; Weigl, Andreas (Hrsg.): Im Epizentrum des Zusammenbruchs. Wien im Ersten Weltkrieg; Wien, 2013, S. 558-565.

Gyáni, Gábor: Großstadterfahrung am Beispiel Budapests; aus dem Ungarischen übersetzt von Ulrike Harmat; in: Österreichische Akademie der Wissenschaften (Hrsg.): Soziale Strukturen. 1. Teilband: Von der feudal-agrarischen zur bürgerlich-industriellen Gesellschaft. Teilband 1/1: Lebens- und Arbeitswelten in der industriellen Revolution; Wien, 2010, S. 539-560.

Hajnal, Anett: Die Ganz-Werke um die Wende des 19./20. Jahrhunderts in

Budapest – schöne alte Welt oder schlimme Ausbeutung? Ein Bericht über verschiedene Lesarten von Bürgern und Arbeitern; Vortrag vom 11. April 2014, gehalten auf der Konferenz „Wirtschaft und Erinnerung. Industrie und Handel zwischen Traditionalismus, Identitätsbildung und Musealisierung“, Chemnitz, 2014.

Halász, Zoltán: Kurze Geschichte Ungarns; Budapest, 1974.

Hanák, Péter: Das Zeitalter des Neoabsolutismus (1849-1867); in: Barta, István et al. (Hrsg.): Die Geschichte Ungarns; Budapest, 1971, S. 335-375.

Hanák, Péter: Die Geschichte Ungarns. Von den Anfängen bis zur Gegenwart; Essen, 1988.

Hanák, Peter: Die Parallelaktion von 1898. Fünfzig Jahre ungarische Revolution und fünfzig Jahre Regierungsjubiläum Franz Josephs; in: Ders. (Hrsg.): Der Garten und die Werkstatt. Ein kulturgeschichtlicher Vergleich. Wien und Budapest um 1900; Kulturstudien. Bibliothek der Kulturgeschichte Sonderband 13, Wien, Köln, Weimar, 1988, S. 101-117.

Hanák, Peter: Verbürgerlichung und Urbanisierung. Ein Vergleich der Stadtentwicklung Wiens und Budapests; Kulturstudien. Bibliothek der Kulturgeschichte Sonderband 13, in: Ders. (Hrsg.): Der Garten und die Werkstatt. Ein kulturgeschichtlicher Vergleich. Wien und Budapest um 1900; Wien, Köln, Weimar, 1988, S. 17-59.

Hanebrink, Paul: Transnational Culture War: Christianity, Nation, and the Judeo-Bolshevik Myth in Hungary, 1890–1920; in: The Journal of Modern History, Vol. 80, Nr. 1, März, 2008, S. 55-80.

Hanheide, Stefan: Mahlers Soldatenlieder, im Internet verfügbar unter http://www.grandhotel-toblach.com/fileadmin/user_upload/gm-downloads/vortraege/vortrag-hanheide-toblach-2010.pdf, 26. Februar 2014.

Hanheide, Stefan: Mahlers Visionen vom Untergang. Interpretationen der Sechsten Symphonie und der Soldatenlieder; Osnabrück, 2004.

Hanheide, Stefan: Pace. Musik zwischen Krieg und Frieden. Vierzig Werkporträts; Kassel, 2007.

Hauszmann, Janos: Kleine Geschichte Budapests; Regensburg, 2012.

Hauszmann, Janos: Ungarn; Regensburg, 2004.

Hayden, Dolores: Urbane Landschaftsgeschichte: Der „Sense of Place“ und die Politik des Raumes; in: Franzen, Brigitte; Krebs, Stefani (Hrsg.): Landschaftstheorie; Köln, 2005, S. 204-237.

Healy, Maureen: Am Ende und doch kein Ende; in: Pfoser, Alfred / Weigl, Andreas (Hrsg.): Im Epizentrum des Zusammenbruchs. Wien im Ersten Weltkrieg; Wien, 2013, S. 572-577.

Heer, Friedrich: Der Kampf um die österreichische Identität; Wien, Köln, Graz, 1981.

Heine, Heinrich: Die Heimkehr; in: Buch der Lieder. Gedichte; Düsseldorf, 2006.

Herrmann, Heike: Raumbegriffe und Forschungen zum Raum – Eine Einleitung; in: Dies. (Hrsg.): RaumErleben. Zur Wahrnehmung des Raumes in Wissenschaft und Praxis; Beiträge zur Sozialraumforschung, Band 4, Farmington Hills (MI), 2001, S. 7-30.

Heydenreich, Clemens: Der heilige Emmerich und die Legenda sancti Emerici ducis (frühes 12. Jahrhundert); in: Herbers, Klaus et al. (Hrsg.): Mirakelberichte des frühen und hohen Mittelalters; Band 43, Darmstadt, 2005, S. 246-253.

Hobsbawn, Eric: Mass-producing traditions: Europe 1870-1914; in: Ders. / Ranger, T. (Hrsg.): The Invention of Tradition; Cambridge, 1983.

Hoensch, Jörg K.: Ungarn. Geschichte. Politik. Wirtschaft; Hannover, 1991.

Hufschmied, Richard: Energie für die Stadt. Die Kohlenversorgung von Wien im Ersten Weltkrieg; in: Pfosner, Alfred / Weigl, Andreas (Hrsg.): Im Epizentrum des Zusammenbruchs. Wien im Ersten Weltkrieg; Wien, 2013, S. 181-189.

Hutchinson, Jane Campbell: Albrecht Dürer. Eine Biographie; Aus dem Englischen übersetzt von Eva Gärtner; Frankfurt am Main, New York, 1994.

Ignácz, Károly: Power Tools for “Correcting” the Will of the Voters. The Principles and Practice of the Municipality Election System in Budapest during the Horthy Era (1920–1944); aus dem Ungarischen übersetzt von Ágnes Gyenes, in: Feitl, István / Sipos, Balázs (Hrsg.): Regimes and Transformations. Hungary in the Twentieth Century; Budapest, 2005, S. 45-70.

Innis, Harold A.: Die Eule der Minvera; in: Barck, Karlheinz (Hrsg.): Harold A. Innis –

Innis, Herald A.: Das Problem des Raumes; in: Barck, Karlheinz (Hrsg.): Harold A. Innis – Kreuzwege der Kommunikation. Ausgewählte Texte; Wien, New York, 1997, S. 147-181.

Innis, Herald A.: Ein kritischer Rückblick; in: Barck, Karlheinz (Hrsg.): Harold A. Innis – Kreuzwege der Kommunikation. Ausgewählte Texte; Wien, New York, 1997, S. 182-187.

Innis, Herald A.: Ein Plädoyer für die Zeit; in: Barck, Karlheinz (Hrsg.): Harold A. Innis – Kreuzwege der Kommunikation. Ausgewählte Texte; Wien, New York, 1997, S. 120-146.

Innis, Herald A.: Tendenzen der Kommunikation; in: Barck, Karlheinz (Hrsg.): Harold A. Innis – Kreuzwege der Kommunikation. Ausgewählte Texte; Wien,

New York, 1997, S. 95-119.

Javorics, Daniela: Roter Terror und seine Auswirkungen auf Westungarn; in: Drăghiciu, Andra-Octavia; Gouverneur, Fabienne; Sparwasser, Sebastian (Hrsg.): „Bewegtes Mitteleuropa“; Schriftenreihe der Fakultät für Mitteleuropäische Studien der Andrássy Gyula Deutschsprachige Universität Budapest, Band VIII; Herne, 2014, S. 45-59.

Jeshion, Robin: The Significance of Names; in: Mind and Language; Nr. 24, Vol. 4, 2009, S. 370-403.

John, Michael: „Straßenkrawalle und Exzesse“. Formen des sozialen Protests der Unterschichten in Wien 1880 bis 1918; in: Melinz, Gerhard / Zimmermann, Susanne (Hrsg.): Wien – Prag – Budapest: Blütezeit der Habsburgmetropolen; Urbanisierung, Kommunalpolitik, gesellschaftliche Konflikte (1867-1918); Wien, 1996, S. 230-245.

Jordan, Peter: Criteria for the use of exonyms - a next approach; United Nations Group of Experts on Geographical Names, Working Paper 64; Wien, 2011, http://unstats.un.org/unsd/geoinfo/ungegn/docs/26th-gegn-docs/WP/WP64_Criteria.pdf, 03. Mai 2014, S. 3.

Juhász, Gyula: Hungarian Foreign Policy 1919-1945; Budapest, 1979.

Kalla, Zsuzsa: An der Spitze der Märzjugend: Petőfis politisches Bild; in: Fischer, Holger (Hrsg.): Die ungarische Revolution von 1848/49. Vergleichende Aspekte der Revolutionen in Ungarn und Deutschland; Hamburg, 1999, S. 93-108.

Kalousková, Lenka: Deutsche Straßen- und Platznamen Prags; in: Beiträge zur Namesnforschugn, Nr. 4, Vol. 47, 2012, S. 441-457.

Kann, Robert A.: Geschichte des Habsburgerreiches 1526-1918; Forschungen zur Geschichte des Donauraumes, Band 4, 3. Auflage, Wien, Köln, Weimar, 1993.

Károly, Pereházi: Wohnsiedlungen; in: Tóth-Epstein, Elisabeth (Hrsg.): Historische Enzyklopädie von Budapest; Budapest, 1970, S. 415-418.

Kertzer, David: Ritual, Politics and Power; Yale, 1988.

Kleiber, Wolfgang: Vom Sinn der Flurnamenforschung. Methoden und Ergebnisse; in: Germanistische Linguistik, Nr. 129-130, 1996, Reader zur Namenskunde III, 1, Toponymie; S. 405-417.

Klimo, Arpád von: Nation, Konfession, Geschichte. Zur nationalen Geschichtskultur Ungarns im europäischen Kontext (1860-1948); München, 2003.

Kohlbauer-Fritz, Gabriele: „Elend, überall wohin man schaut“. Kriegsflüchtlinge in Wien; in: Pfosner, Alfred / Weigl, Andreas (Hrsg.): Im Epizentrum des Zusammenbruchs. Wien im Ersten Weltkrieg; Wien, 2013, S. 96-103.

Konrad, Helmut: Arbeiterbewegung und Sozialismus in Cisleithanien; in: Erdődy, Gábor (Hrsg.): Das Parteiensystem Österreich-Ungarns; Budapest, 1987, S. 95-124.

Konrad, Helmut: Zur österreichischen Arbeiterkultur der Zwischenkriegszeit; in: Boll, Friedhelm (Hrsg.): Arbeiterkulturen zwischen Alltag und Politik. Beiträge zum europäischen Vergleich in der Zwischenkriegszeit; Wien, Düsseldorf; 1986, S. 89-100.

Kovács-Betrand, Anikó: Der ungarische Revisionismus nach dem Ersten Weltkrieg. Der publizistische Kampf gegen den Friedensvertrag von Trianon (1918-1931); Sudosteuropäische Arbeiten, Band 99, München, 1997.

Krämer, Sybille: Das Medium als Spur und als Apparat; in: Dies. (Hrsg.): Medien. Computer. Realität. Wirklichkeitsvorstellungen und Neue Medien; Frankfurt am Main, 1998, S. 73-93.

Krämer, Sybille: Was haben die Medien, der Computer und die Realität miteinander zu tun? Zur Einleitung in diesen Band; in: Dies. (Hrsg.): Medien. Computer. Realität. Wirklichkeitsvorstellungen und Neue Medien; Frankfurt am Main, 1998, S. 9-26.

Kreuzwege der Kommunikation. Ausgewählte Texte; Wien, New York, 1997, S. 69-94.

Kriechbaumer, Robert: Die großen Erzählungen der Politik. Politische Kultur und Parteien in Österreich von der Jahrhundertwende bis 1945; Wien, Köln, Weimar, 2001

Kristan, Markus: Denkmäler der Gründerzeit in Wien; in: Riesenfellner, Stefan (Hrsg.): Steinernes Bewußtsein I. Die öffentliche Repräsentation staatlicher und nationaler Identität Österreichs in seinen Denkmälern; 1998, Wien, Köln, Weimar, S. 77-166.

Kühn, Ingrid: Strassennamen nach der Wende; in: Germanistische Linguistik 129-130. Reader zur Namenskunde III, 1, Toponymie, 1996, S. 793-800.

Kühn, Ingrid: Umkodierung von öffentlicher Erinnerungskultur am Beispiel von

Kühn, Ingrid: Veränderungen der Straßennamen in den neuen Bundesländern nach der Wende; in: Tiefenbach, Heinrich / Löffler, Heinrich (Hrsg.): Personenname und Ortsname. Basler Symposion. 6. und 7. Oktober 1997; Heidelberg, 2000, S. 267-277.

Langendonck, Willy van: Theory and Typology of Proper Names; Trends in Linguistics. Studies and Monographs 168; Berlin, New York, 2007, S. 205-210.

Langthaler, Ernst: Die Großstadt und ihr Hinterland; in: Pfosner, Alfred / Weigl, Andreas (Hrsg.): Im Epizentrum des Zusammenbruchs. Wien im Ersten Weltkrieg; Wien, 2013, S. 232-239.

László, Gerő; Berza, László: Ansiedlungsgeschichte; in: Tóth-Epstein, Elisabeth (Hrsg.): Historische Enzyklopädie von Budapest; Budapest, 1970, S. 11-37.

László, Gerő: Zitadelle; in: Tóth-Epstein, Elisabeth (Hrsg.): Historische Enzyklopädie von Budapest; Budapest, 1970.

Lefebvre, Henri: The Production of Space; übersetzt aus dem Französischen von Donald Nicholson-Smith; Maiden, Oxford, Victoria, 1991.

Light, Duncan / Young, Craig: Place (re)naming, power, resistance and indifference in post-socialist Bucharest; in: Trends in Toponymy 5. Programme and Book of Abstracts; Bern, 2012, S. 32.

Light, Duncan et. al.: Toponymy and the Communist city: Street names in Bucharest, 1948-1965; in: GeoJournal 56, 2002, S. 135-144.

Light, Duncan: Street names in Bucharest, 1990-1997: exploring the modern historical geographies of post-socialist change; in: Journal of Historical Geography 30, 2004, S. 154-172.

Lijphart, Arend: Typologies of Democratic Systems; in: Comparative Political Studies 1/3, 1968, S. 3-44

Löffler, Heinrich: Probleme der amtlichen Flurnamengebung aus nameskundlicher Sicht; in: Germanistische Linguistik, Nr. 129-130, 1996, Reader zur Namenskunde III, 1, Toponymie; S. 495-505.

Löw, Martina; Steets, Silke; Stoetzer, Sergej (Hrsg.): Einführung in die Stadt- und Raumsoziologie; Frankfurt am Main, 2001.

Luhmann, Niklas: Die Politik der Gesellschaft; hrsg. von André Kieserling, Frankfurt am Main, 2000.

Luhmann, Niklas: Einführende Bemerkungen zu einer Theorie symbolisch generalisierter Kommunikationsmedien; in: Ders.: Aufsätze und Reden; Stuttgart, 2011, S. 33-75.

Luhmann, Niklas: Gesellschaft der Gesellschaft; Band 1, Frankfurt am Main, 1997.

Luhmann, Niklas: Macht; 4. Auflage, Konstanz, München, 2012.

Luhmann, Niklas: Unwahrscheinlichkeit der Kommunikation; in: Ders.: Aufsätze und Reden; Stuttgart, 2011, S. 76-94.

Luhmann; Niklas: Die Realität der Massenmedien; Frankfurt am Main, 1996.

Lukacs, John: Ungarn in Europa. Budapest um die Jahrhundertwende; Berlin, 1990.

Luutz, Wolfgang: Warum Macht eine immanente soziale Angelegenheit ist. Eine notwendige Gegenrede; in: Allgemeine Zeitschrift für Philosophie, Jhg. 33, 2008, S. 181-189.

Madaras, Éva: Der Nachklang der Wiener Bürgermeisterkrise in den Jahren 1895-1897 in Ungarn; in: Erdődy, Gábor (Hrsg.): Das Parteiensystem Österreich-

Ungarns; Budapest, 1987, S. 137-145.

Maderthaner, Wolfgang / Musner, Lutz: Die Anarchie der Vorstadt: Das andere Wien um 1900; Frankfurt am Main, 1999.

Maderthaner, Wolfgang: Arbeiterbewegung und Krieg (1); in: Pfosner, Alfred / Weigl, Andreas (Hrsg.): Im Epizentrum des Zusammenbruchs. Wien im Ersten Weltkrieg; Wien, 2013, S. 46-51.

Maderthaner, Wolfgang: Das Revolutionäre Prinzip. Arbeiterbewegung und Krieg (2); in: Pfoser, Alfred / Weigl, Andreas (Hrsg.): Im Epizentrum des Zusammenbruchs. Wien im Ersten Weltkrieg; Wien, 2013, S. 566-571.

Maderthaner, Wolfgang: Kaffeehauswelten und Vorstadtmilieus: Fußball im Wien der Zwischenkriegszeit; in: Koller, Christian / Gruhner, Janina (Hrsg.): Sport als städtisches Ereignis; Stadt in der Geschichte, Band 33, Ostfildern, 2008, S. 77-94.

Maderthaner, Wolfgang: Politik als Kunst: Victor Adler, die Wiener Moderne und das Konzept einer poetischen Politik; in: Nautz, Jürgen / Vahrenkamp, Richard (Hrsg.), Die Wiener Jahrhundertwende. Einflüsse, Umwelt, Wirkungen, Wien, Köln, Graz, 1993, S. 759-776.

Maderthaner, Wolfgang: Von der Zeit um 1860 bis zum Jahr 1945; in: Csendes, Peter / Opll, Ferdinand (Hrsg.): Wien. Geschichte einer Stadt. Band 3: Von 1790 bis zur Gegenwart; Wien, Köln, Weimar, 2006, S. 175-524.

Marschik, Matthias: „... im Stadion dieses Jahrhunderts“. Die 2. Arbeiterolympiade in Wien 1931; in: Koller, Christian / Gruhner, Janina (Hrsg.): Sport als städtisches Ereignis; Stadt in der Geschichte, Band 33, Ostfildern, 2008, S. 189-210.

Melinz, Gerhard / Zimmermann, Susanne: Die aktive Stadt. Kommunale Politik zur Gestaltung städtischer Lebensbedingungen in Budapest, Prag und Wien (1867-1914); in: Dies. (Hrsg.): Wien – Prag – Budapest: Blütezeit der Habsburgmetropolen; Urbanisierung, Kommunalpolitik, gesellschaftliche Konflikte (1867-1918); Wien, 1996, S. 140-176.

Melinz, Gerhard / Zimmermann, Susanne: Großstadtgeschichte und Modernisierung in der Habsburgermonarchie; in: Dies. (Hrsg.): Wien – Prag – Budapest: Blütezeit der Habsburgmetropolen; Urbanisierung, Kommunalpolitik, gesellschaftliche Konflikte (1867-1918); Wien, 1996, S. 15-33.

Mertens, Christian: Die Auswirkungen des Ersten Weltkriegs auf die Ernährung Wiens; in: Pfosner, Alfred / Weigl, Andreas (Hrsg.): Im Epizentrum des Zusammenbruchs. Wien im Ersten Weltkrieg; Wien, 2013, S. 162-171.

Mertens, Christian: Die Christlichsoziale Partei im Ersten Weltkrieg; in: Pfosner, Alfred / Weigl, Andreas (Hrsg.): Im Epizentrum des Zusammenbruchs. Wien

im Ersten Weltkrieg; Wien, 2013, S. 53-59.

Mertens, Christian: Die Wiener Stadtverwaltung im Ersten Weltkrieg; in: Pfosner, Alfred / Weigl, Andreas (Hrsg.): Im Epizentrum des Zusammenbruchs. Wien im Ersten Weltkrieg; Wien, 2013, S. 284-291.

Molnár, Miklós: Geschichte Ungarns. Von den Anfängen bis zur Gegenwart; herausgegeben und übersetzt aus dem Französischen von Balla, Bálint, Hamburg, 1999.

Mommsen-Reindl, Margareta: Österreich; in: Wende, Frank (Hrsg.): Lexikon zur Geschichte der Parteien in Europa; Stuttgart, 1981, S. 441-470.

Musner, Lutz, „Waren alle nur Schlafwandler? Die österreichische Sozialdemokratie und der Ausbruch des Ersten Weltkrieges“, in: Mesner, Maria et al. (Hrsg.): Parteien und Gesellschaft im Ersten Weltkrieg. Das Beispiel Österreich-Ungarn; Wien / Köln / Weimar, 2014, S. 55-69.

Nagy, Zsuzsa K.: Budapest zwischen den beiden Weltkriegen (1919-1945); in: Ságvári, Ágnes (Hrsg.): Budapest. Die Geschichte einer Hauptstadt; Aus dem Ungarische von Alpári, Tilda / Alpári, Paul u.a. Budapest, 1973, S. 50-61.

Naumann, Horst: Zur Entwicklung der Mikrotoponymie in der sozialistischen Landwirtschaft; in: Germanistische Linguistik 129-130. Reader zur Namenskunde III, 1, Toponymie, 1996, S. 507-515.

Nemec, Birgit: Straßenumbenennungen als Medien von Vergangenheitspolitik; in: Rathkolb et al., Forschungsprojektendbericht, S. 25-44.

Nick, Rainer / Pelinka, Anton: Bürgerkrieg – Sozialpartnerschaft. Das politische System Österreichs. 1. und 2. Republik. Ein Vergleich; Wien, 1983.

Nissen, Momme: Dürer als Führer; in: Der Kunstwart: Rundschau über alle Gebiete des Schönen ; Monatshefte für Kunst, Literatur und Leben; München, 1904, 17. Jhg., Heft 15, S. 93-102.

Nowak, Adolf: Mahlers geistige Welt; in: Sponheuer, Bernd / Steinbeck, Wolfram (Hrsg.): Mahler Handbuch; Stuttgart, 2010, S. 62-75.

Nübling, Damaris: Zeitnamen; in: Brendler, Andrea / Brendler, Silvio (Hrsg.): Namenarten und ihre Erforschung. Ein Lehrbuch für das Studium der Onomastik. Anlässlich des 70. Geburtstags von Karlheinz Engst; Hamburg, 2004, S. 835-856.

Nußbaumer, Martina, Kommunale ‚Einschreibungen‘: Musikergedenkstätten und Straßennamen, in: Dies.: Musikstadt Wien. Die Konstruktion eines Images, Freiburg im Breisgau, Berlin, Wien, 2007.

Oberlechner, Manfred: Strukturelle Versäulungen in Österreich und den Niederlanden. Gemeinsamkeiten, Unterschiede, Auswirkungen; in:

Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft, 34 Jg., 2005, Nr. 2, S. 191–206.

Oplatka, Andreas: Graf Stephan Széchenyi. Der Mann, der Ungarn schuf; Wien, 2004.

Pajkossy, Gábor: Lajos Kossuth; in: Gerő, András (Hrsg.): Die ungarischen Liberalen; Budapest, 1999, S. 151-166.

Palonen, Emilia: Canonisation an Recanonisation in Hungarian Street Names; in: Dobos, István / Szegedy-Maszák, Mihály: Kánon és kanonizáció; Budapest, 2003, S. 148-161.

Palonen, Emilia: Politics of Memory in the City-Text of Budapest; ECPR Working Paper, Edinburgh, 2003; http://helsinki.academia.edu/EmiliaPalonen/Papers/384133/The_City-Text_In_Post-Communist_Budapest_Street_Names_Memorials_and_the_Politics_of_Commemoration, 24. Januar 2012.

Palonen, Emilia: Reading Budapest: Political Polarisation in Contemporary Hungary; Ph.D. Thesis, University of Essex, 2006, http://polemics.files.wordpress.com/2007/06/emilia_palonen_phd_thesis2006.pdf, 29. Dezember 2012.

Palonen, Emilia: The city-text in post-communist Budapest: street names, memorials, and the politics of commemoration; in: GeoJournal, 73, 2008, S. 219-230.

Petri, Heinrich: Marienverehrung; in: Betz,Hans Dieter / Browning, Don S. / Janowski, Bernd / Jüngel, Eberhard (Hrsg.): Religion in Geschichte und Gegenwart. Handwörterbuch für Theologie und Religionswissenschaft. Band 5 L-M; 4. Auflage, Tübingen, 2002, S. 820-822.

Pfoser, Alfred / Weigl, Andreas: Wohnverhältnisse und Mieterschutz; in: Dies. (Hrsg.): Im Epizentrum des Zusammenbruchs. Wien im Ersten Weltkrieg; Wien, 2013, S. 462-469.

Pohanka, Reinhard: Eine kurze Geschichte der Stadt Wien; Wien, Köln, Weimar, 1998.

Politie; in: Schmidt, Manfred G.: Wörterbuch zur Politik; 3. Auflage; Stuttgart, 2012.

Ráday, Mihály: Budapesti utcanevek A-Z; Budapest, 2013.

Radvánszky, Anton: Das ungarische Ausgleichsgesetz vom Jahre 1867; in: Forschungsinstitut für den Donauraum Wien (Hrsg.): Der Österreichisch-Ungarische Ausgleich von 1867. Vorgeschichte und Wirkungen; Wien, München, 1967, S. 90-112.

Randall, Laura: An Economic History of Argentina in the Twentieth Century; New

York, 1978.

Rathkolb, Oliver / Autengruber, Peter / Nemec, Birgit / Wenninger, Florian: Forschungsprojektendbericht. Straßennamen Wiens seit 1860 als “Politisches Erinnerungsorte”; Wien, 2013.

Révész, László: Die Organisation der Diktatur und des Terrors in der Räterepublik; in: Ungarn-Jahrbuch. Zeitschrift für interdisziplinäre Hungarologie; Band 5, 1973, S. 132-157.

Riesenfellner, Stefan (Hrsg.): Steinernes Bewußtsein I. Die öffentliche Repräsentation staatlicher und nationaler Identität Österreichs in seinen Denkmälern; 1998, Wien, Köln, Weimar.

Rolf, Eckard: Symboltheorien; Berlin, New York, 2006.

Roman, Zoltan: Gustav Mahler and Hungary; Studies in Central and Eastern European Music, Vol. 5, Budapest, 1991, S. 115-140.

Rose-Redwood, Reuben / Alderman, Derek: Critical Interventions in Political Toponomy; in: ACME: An International E-Journal for Critical Geographies, Nr. 1, Vol. 10, 2011, S. 1-6.

Rose-Redwood, Reuben / Aldermann, Derek / Azaryahu, Maoz: Collective memory and the politics of urban space: an introduction; in: GeoJournal, Nr. 73, 2008, S. 161-164.

Rose-Redwood, Reuben / Aldermann, Derek / Azaryahu, Maoz: Geographies of toponymic inscription: new directions in critical place-name studies; in: Progress in Human Geography, Nr. 34, Vol. 4, 2010, S. 453-470

Rothschild, Joseph: East Central Europe between the Two World Wars; A History of East Central Europe, Band 9, Seattle, London, 1974.

Röttgers, Kurt: Freiheiten und Mächte; in: Fischer, Peter (Hrsg.): Freiheit oder Gerechtigkeit. Perspektiven politischer Philosophie; Leipzig, 1996, S. 88-130.

Ságvári, Agnes: Budapest als ungarische Nationalhauptstadt und Berlin als „europäisches“ Vorbild (1867-1937); in: Brunn, Gerhard / Reulecke, Jürgen (Hrsg.): Metropolis Berlin. Berlin als deutsche Hauptstadt im Vergleich europäischer Hauptstädte 1871-1939; Bonn, Berlin, 1992, S. 445-470.

Sauer, Karl Otto: Die Morphologie der Landschaft; in: Franzen, Brigitte / Krebs, Stefani (Hrsg.): Landschaftstheorie; Köln, 2005, S. 91-107.

Scheuermann, Ulrich: Sprachliche Erschließung der Dorfflur mit Hilfe von Flurnamen; in: Germanistische Linguistik, Nr. 129-130, 1996, Reader zur Namenskunde III, 1, Toponymie; S. 537-570.

Schmidt, Siegfried J.: Medien: Die Koppelung von Kommunikation und Kognition; in: Krämer, Sybille (Hrsg.): Medien. Computer. Realität. Wirklichkeitsvorstellungen und Neue Medien; Frankfurt am Main, 1998, S.e

55-72.

Schmidt, Wilhelm; Grotewohl, Christian: Argentinien in geografischer, geschichtlicher und wirtschaftlicher Beziehung; Hannover, 1912.

Schmitt, Hans-Georg: “Im Namen Gottes, des Allmächtigen”: christlich - deutsch - berufsständisch. Ausgewählte Aspekte über den Stand und die Perspektiven der Forschung über das christlichsoziale Lager in den Jahren 1929 bis 1938; in: Wenninger, Florian / Dreidemy, Lucile (Hrsg.): Das Dollfuß/Schuschnigg-Regime 1933-1938. Vermessung eines Forschungsfeldes; Wien, Köln, Weimar, 2013, S. 141-158.

Schneider, Constantin: Die Kriegserinnerungen 1914-1919; hrsg. von Oskar Dohle; Wien, Köln, Weimar, 2003.

Schönner, Johannes: „Die Geschichte einer Flucht nach vorne. Die Christlichsozialen im Spannungsfeld zwischen Kaisertreue und Pragmatismus“; in: Mesner, Maria et al. (Hrsg.): Parteien und Gesellschaft im Ersten Weltkrieg. Das Beispiel Österreich-Ungarn; Wien / Köln / Weimar, 2014, S. 31-54.

Schulz, Hans-Joachim: Marienfeste; in: Höfer, Josef; Rahner, Karl (Hrsg.): Lexikon für Theologie und Kirche. Siebter Band. Marcellinius bis Palleotti; 2. Auflage, Freiburg, 1962, S. 65-69.

Seel, Martin: Medien der Realität und Realität der Medien; in: Krämer, Sybille (Hrsg.): Medien. Computer. Realität. Wirklichkeitsvorstellungen und Neue Medien; Frankfurt am Main, 1998, S. 244-264.

Seliger, Maren / Ucakar, Karl: Wahlrecht und Wählerverhalten in Wien 1848-1932. Privilegien, Partizipationsdruck und Sozialstruktur; Kommentare zum Historischen Atlas von Wien 3, Wien, 1984.

Seliger, Maren / Ucakar, Karl: Wien. Politische Geschichte 1740-1934. Entwicklungen und Bestimmungskräfte Großstädtischer Politik. Teil 2: 1896-1934; Wien, München, 1985.

Semenza, Carlo: The Neuropsychology of Proper Names; in: Mind and Language; Nr. 24, Vol. 4, 2009, S. 347-369.

Silagi, Gabriel (Hrsg.): Die „Gesta Hungarorum“ des anonymen Notars. Die älteste Darstellung der ungarischen Geschichte; Sigmaringen, 1991.

Sillaber, Alois: Straßennamen: Wegweiser zur Identität; in: Riesenfellner, Stefan (Hrsg.): Steinernes Bewußtsein I. Die öffentliche Repräsentation staatlicher und nationaler Identität Österreichs in seinen Denkmälern; 1998, Wien, Köln, Weimar, S. 575-618.

Sipos, András: „Stammeshäuptlinge“ und Reformer. Kräfteverhältnisse und Strukturen in der Budapester Kommunalpolitik 1873 bis 1914; in: Melinz, Gerhard / Zimmermann, Susanne (Hrsg.): Wien – Prag – Budapest:

Blütezeit der Habsburgmetropolen; Urbanisierung, Kommunalpolitik, gesellschaftliche Konflikte (1867-1918); Wien, 1996, S. 108-122.

Sommerfeldt, Karl-Ernst: Zu den Bezeichnungen Genossenschaftlicher Betriebe in der DDR; in: Germanistische Linguistik 129-130. Reader zur Namenskunde III, 1, Toponymie, 1996, S. 347-353.

Stachel, Peter: Der Heldenplatz als österreichischer Gedächtnisort; http://www.oeaw.ac.at/ikt/mitarbeit/sta/heldenplatz_d.html, 24. Januar 2012.

Stachel, Peter: Der Heldenplatz. Zur Semiotik eines österreichischen Gedächtnis-Ortes; in: Riesenfellner, Stefan (Hrsg.): Steinernes Bewußtsein I. Die öffentliche Repräsentation staatlicher und nationaler Identität Österreichs in seinen Denkmälern; 1998, Wien, Köln, Weimar, S. 619-656.

Stachel, Peter: Stadtpläne als politische Zeichensysteme. Symbolische Einschreibungen in den öffentlichen Raum; in: Ders. / Jaworski, Rudolf (Hrsg.): Die Besetzung des öffentlichen Raumes. Politische Plätze, Denkmäler und Straßennamen im europäischen Vergleich; Berlin, 2007, S. 13-60.

Stadterweiterung; in: Historisches Lexikon Wien, Band 5, Ru-Z, 289-299.

Steininger, Barbara: Der Wiener Gemeinderat und der Wiener Landtag. Eine Zeitreise 1848-2013; Veröffentlichungen des Wiener Stadt- und Landesarchivs, Reihe B: Ausstellungskataloge, Heft 89, 2013.

Stekl, Hannes: „Die Verelendung der Mittelklassen nimmt ungeahnte Dimensionen an...“; in: Pfosner, Alfred / Weigl, Andreas (Hrsg.): Im Epizentrum des Zusammenbruchs. Wien im Ersten Weltkrieg; Wien, 2013, S. 88-95.

Stock, Antonia: Städtepartnerschaft und interkulturelle Begegnung – ausgewählte deutsche Städte und ihre Partner im Ausland; Magisterarbeit, Hildesheim, 2005.

Straßennamen in den neuen Bundesländern; in: Eichhoff, Jürgen / Seibicke, Wilfried / Wolffsohn, Michael (Hrsg.): Name und Gesellschaft. Soziale und historische Aspekte der Namengebung und Namenentwicklung; Thema Deutsch, Band 2, Mannheim, Leipzig, Wien, Zürich, 2001, S. 303-317.

Szabó, Márton: The Communist Worker as a New Citizen in History. An Essay on the Three Phases of Hungarian Socialism; in: Redescriptions: Yearbook of Political Thought, Conceptual History and Feminist Theory; Vol. 12, 2008, S. 19-4

Szegö, Johann: Ungarisches Wien; Wien, 1998.

Szulovszky, János: Die gewerblich-industrielle Arbeitswelt in Ungarn; in: Österreichische Akademie der Wissenschaften (Hrsg.): Soziale Strukturen. 1. Teilband: Von der feudal-agrarischen zur bürgerlich-industriellen Gesellschaft. Teilband 1/1: Lebens- und Arbeitswelten in der industriellen

Revolution; Wien, 2010, S. 379-422.

Thöle, Reinhard: Marienverehrung; in: Betz, Hans Dieter; Browning, Don S.; Janowski, Bernd; Jüngel, Eberhard (Hrsg.): Religion in Geschichte und Gegenwart. Handwörterbuch für Theologie und Religionswissenschaft. Band 5 L-M; 4. Auflage, Tübingen, 2002, S. 820-824.

Toth, Adalbert: Parteien und Reichtagswahlen in Ungarn. 1848-1892; Südosteuropäische Arbeiten, Band 70, München, 1973.

Toth, Adalbert: Ungarn; in: Wende, Frank (Hrsg.): Lexikon zur Geschichte der Parteien in Europa; Stuttgart, 1981, S. 731-773.

Trapp, Wolfgang / Fried, Torsten: Handbuch der Münzkunde und des Geldwesens in Deutschland; 2. Auflage, Stuttgart, 2006.

Uhl, Heidemarie: „Bollwerk deutscher Kultur“. Kulturelle Repräsentation nationaler Politik in Graz um 1900; in: Uhl, Heidemarie (Hrsg.): Kultur – Urbanität – Moderne. Differenzierungen der Moderne in Zentraleuropa um 1900; Studien zur Moderne 4, Wien, 1999, S. 39-82.

Umlauft, Fried: Namenbuch der Straßen und Plätze von Wien; Wien, 1905.

Urban, Otto H.: „'... und der deutschnationale Antisemit Dr. Matthäus Much' – Der Nestor der Urgeschichte Österreichs? Mit einem Anhang zur Urgeschichte in Wien während der NS-Zeit, 2. Teil“, in: Archaelogia Austriaca, Nr. 86/2002, S. 7–43.

Vasil'eva, Natalija: Die Terminologie der Onomastik, ihre Koordinierung und lexikographische Darstellung. Kurze Problemdarstellung; in: Namenkundliche Informationen, Nr. 99/100, 2011, S. 31-46.

Veliky, János: Wandlungen der Unabhängigkeitsbewegung in Ungarn nach 1867; in: Erdődy, Gábor (Hrsg.): Das Parteiensystem Österreich-Ungarns; Budapest, 1987, S. 71-76.

Vörös, Károly: Budapets Weg zur Großstadt (1848-1919); in: Ságvári, Agnes (Hrsg.): Budapest. Die Geschichte einer Hauptstadt; Aus dem Ungarische von Alpári, Tilda / Alpári, Paul u.a., Budapest, 1973, S. 40-49.

Vörös, Károly: Milleniumszeit; in: Tóth-Epstein, Elisabeth (Hrsg.): Historische Enzyklopädie von Budapest; Budapest, 1970, S. 221-235.

Weigl, Andreas: Eine Stadt stirbt nicht so schnell. Demographische Fieberkurven am Rande des Abgrundes;in: Pfosner, Alfred / Weigl, Andreas (Hrsg.): Im Epizentrum des Zusammenbruchs. Wien im Ersten Weltkrieg; Wien, 2013, S. 62-71.

Weigl, Andreas: Kommunale Daseinsvorsorge. Zur Genesis des „Fürsorgekomplexes“; in: Pfosner, Alfred / Weigl, Andreas (Hrsg.): Im Epizentrum des Zusammenbruchs. Wien im Ersten Weltkrieg; Wien, 2013, S.

336-347.

Wilding, Peter: Technik und Urbanität: Der Ausbau der technischen Infrastruktur als Leitmotiv städtischer Modernisierung in Wien und Graz um 1900; in: Uhl, Heidemarie (Hrsg.): Kultur – Urbanität – Moderne. Differenzierungen der Moderne in Zentraleuropa um 1900; Studien zur Moderne 4, Wien, 1999, S. 243-286.